# Fürst Bismarck

## nach seiner Entlassung.

# Fürst Bismarck nach seiner Entlassung.

Leben und Politik des Fürsten
seit
seinem Scheiden aus dem Amte
auf Grund aller authentischen Kundgebungen.

Herausgegeben und mit historischen Erläuterungen versehen
von
Johs. Penzler.

Dritter Band.

6. December 1891 — 27. Juni 1892.

Leipzig.
Verlag von Walther Fiedler.
1897.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

# V. Periode:

## Friedrichsruh 14. November 1891 — 17. Juni 1892.

(Fortsetzung aus dem II. Bande.)

---

Ueber eine dem Fürsten Bismarck bereitete Huldigung in Leipzig berichtet am 6. December das „Leipziger Tageblatt“:

Wie man in den verschiedenen Schichten des deutschen Volkes des Fürsten von Bismarck, seines großen Kanzlers, gedenkt, davon giebt u. A. auch ein Vorfall bei der vom hiesigen Militairverein „Jäger und Schützen“ am 2. d. Mts. im großen Saale der Centralhalle veranstalteten Gedenkfeier der Schlacht von Villiers-Brie Zeugniß. Als nach der Festrede, die in einem Hoch auf den König Albert und Kaiser Wilhelm ausgeklungen hatte, ein Festlied gesungen wurde, in welchem nach einer packenden Schilderung jenes ruhmreichen Kampfes der sächsischen Truppen und besonders der Schützen und Jäger folgende Strophe vorkam:

„Nun Frieden! Jahr auf Jahr verrinnen,
Gelichtet ist der Helden Schaar.
Auch unser Moltke ging von hinnen,
Der uns zum Sieg einst Führer war.
Und Bismarck?! Fern vom Weltgetriebe,
Das er mit starker Hand gelenkt!
Doch blieb Dir Deines Volkes Liebe,
Das treu noch seines Kanzlers denkt,“

da erhob sich plötzlich und unvermittelt ein Sturm der Begeisterung, der jeder Beschreibung spottet. Hurrah-, Bravo- und Hochrufe auf den Fürsten Bismarck durchbrausten mit elementarer Gewalt den Saal, und mit schmetternden Tönen fiel die wackere Regiments-Capelle der 134er unter der schneidigen Leitung ihres Directors Jahrow zu einem Tusche ein. Die schlichten Worte des Festliedes hatten die tiefste Saite des Volksgemüthes getroffen, so daß

sie laut und voll erklang. Eine mächtige Bewegung hatte alle Festtheilnehmer, vom höchsten Officier bis zum schlichtesten ehemaligen Soldaten herab, hatte Mann und Weib, Jüngling und Jungfrau ergriffen. Diese spontane Kundgebung für Deutschlands größten Sohn, für unsern Bismarck, war einer der charakteristischsten Momente jenes weihe- und würdevoll verlaufenen Festes.

*　*
*

Am 7. December gehen dem deutschen Reichstage die Handelsverträge Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien zu. Den 9. December (M.-A.) schreiben die „Hamb. Nachr.“:

Zu den Handelsverträgen. Die Handelsvertragsvorlage ist ein Buch, das im großen Format der parlamentarischen Drucksachen etwa 350 Seiten mit Tabellen enthält. Der Inhalt liest sich nicht wie ein Zeitungsartikel; fast jede Seite erfordert umständliches Nachschlagen und vergleichendes Studium für den Abgeordneten, der sich Gewißheit über die Tragweite seines Votums verschaffen will. Dazu ist Zeit erforderlich und jede Ueberstürzung um so mehr zu vermeiden, als die Verträge, welche die Bedingungen des Erwerbslebens eines Volkes von fünfzig Millionen erheblich modificiren, das Werk verhältnißmäßig weniger Männer sind, über deren Qualification hierzu wenig bekannt ist. Unter diesen Umständen wird der Reichstag das Bedürfniß empfinden, eine möglichst genaue Prüfung der Vorlagen vorzunehmen und sich vor jeder Uebereilung zu hüten. Außerdem liegt hier eine Frage vor, welche das Ansehen des Reichstages in der Bevölkerung berührt. Was die Regierung durch anderthalb Jahre unter Verfügung über alles Material und mit fortgesetzter Berathung ihrer Sachverständigen ausgearbeitet hat, kann der Reichstag nicht nach oberflächlicher Kenntnißnahme unterschreiben, ohne auf seine verfassungsmäßige und verantwortliche Mitwirkung an der Gesetzgebung Verzicht zu leisten. Eine solche partielle Abdication könnte unmöglich dazu beitragen, die Autorität des Reichstages zu heben, oder sie auch nur auf der bisherigen Höhe zu erhalten. Die Wähler würden zu Betrachtungen über die Wirksamkeit der parlamentarischen Institutionen veranlaßt werden, die zu vermeiden im Interesse des Reichstags liegt. Den Reichstag in vollem Ansehen und das Gleichgewicht zwischen den gesetzgebenden Gewalten zu erhalten, ist ein dringendes Bedürfniß der Wohlfahrt des Reiches; es würde von jedem nationaldenkenden Deutschen schmerzlich empfunden werden, wenn dieses Gleichgewicht gestört würde und der Reichstag seine Stellung nicht zu wahren vermöchte.

Der Druck, der zu Gunsten der Uebereilung mit dem Hinweise auf den Ablauf der jetzigen Verträge am 1. Februar 1892 ausgeübt wird,

darf für den Reichstag nicht entscheidend sein, wenn er sich gegen Recriminationen Derjenigen sichern will, denen die Verträge Opfer zumuthen. Wir vermeiden es, auf die Frage einzugehen, welche Schäden für das deutsche Volk das Erlöschen der bestehenden Verträge am 1. Februar 1892 nach sich zöge; wir halten es für sehr viel leichter für die betheiligten Regierungen, durch gegenseitige Verständigung eine provisorische Verlängerung des status quo um einen oder mehrere Monate herbeizuführen, als es für den Reichstag sein kann, ohne ausreichende Prüfung der Vorlage und ihrer Tragweite dieselbe en bloc anzunehmen. Die Bedürfnißfrage ist nicht so dringend, daß dem Reichstage nicht Zeit gelassen werden könnte, sich zu orientiren. Die Ungewißheit, welche bisher in Folge der geheimgehaltenen Verhandlungen bestand, hat zur Erzeugung des Beunruhigungsbacillus, über den Herr von Caprivi neulich im Reichstage klagte, mehr beigetragen als die gesammte auswärtige Situation. Um diesen Bacillus nach Möglichkeit zu zerstören, ist es vor allen Dingen nöthig, der Nation das Gefühl zu erhalten, daß ihre Interessen durch ihre gewählten Vertreter im Reichstage sorgfältig geprüft werden und daß über sie nicht ausschließlich vom grünen Tisch aus entschieden wird, namentlich wenn Entscheidungen für einen so langen Zeitraum wie den von zwölf Jahren in Frage stehen.

Wie wichtig der Inhalt der Vorlage für das gesammte Wirthschaftsleben der Nation ist, geht aus dem Passus der Denkschrift zu den Verträgen hervor, der es klar ausspricht, daß es sich um principielles Verlassen der auf Schutz der nationalen Arbeit gerichteten Wirthschaftspolitik handelt, die im Jahre 1879 inaugurirt wurde. Ein vergleichender Rückblick auf Zeit und Mühe, die bei der damaligen Umgestaltung auf die Berathung der Tariffragen verwendet worden sind, muß die Zumuthung, die mit der überstürzten Genehmigung der Handelsverträge an den Reichstag gestellt wird, um so bedenklicher erscheinen lassen.

Wir erinnern an die Ziffern der Abstimmung, mittels derer in diesem Frühjahre vom Reichstage der Antrag auf Herabsetzung der Getreidezölle abgelehnt wurde.[1]) Wir sollten glauben, daß die damaligen Majoritätsparteien, namentlich das Centrum, wenn sie der neuen Wendung der Zollpolitik im Gegensatz zu ihrem damaligen Votum zustimmen wollen, das Bedürfniß hätten, sich über die Motive hierzu mit ihren Wählern zu verständigen.

Wir wollen nicht darüber streiten, ob die Verträge vom Reichstage amendirt werden können, oder ob letzterer nur Ja oder Nein dazu zu

---

[1]) Am 11. Juni wurde der Antrag, der vom Abg. Rickert und Gen. ausging, mit 223 gegen 20 Stimmen abgelehnt. D. Verf.

sagen hat. Wenn dies der Fall wäre, so würde der Reichstag wichtigen Fragen gegenüber, die im Wege des Vertrages mit dem Auslande neu geregelt werden sollen, auf den Standpunkt herabgedrückt, den das preußische Herrenhaus dem Budget gegenüber einnimmt; es befände sich der Reichstag in einer beschränkteren Lage, als sie ihm verfassungsmäßig zusteht. Aber selbst wenn der Reichstag nichts wie Ja oder Nein zu den Handelsvertägen zu sagen hat, muß er doch das Bedürfniß haben, sich durch speciellere Prüfung der Verträge, die nur in der Commission möglich ist, in die Lage zu bringen, sein Ja oder Nein mit Ueberzeugung abgeben zu können. Wenn die geringsten Ausgabeposten nicht ohne Passirung des Prüfungsstadiums in der Budgetcommission bewilligt werden, so wird dies hier erst recht der Fall sein müssen, wo ganz andere Interessen auf dem Spiele stehen, und wo die Rückwirkung auf das Budget des Reiches und der Einzelstaaten durch Verminderung der Zolleinnahmen sehr viel beträchtlicher ist, als eine beliebige Position des Militair- oder Marine-Etats. Es ist unzutreffend, daß, weil der Reichstag die Verträge nur en bloc annehmen oder verwerfen könne, eine commissarische Berathung unangebracht sei; die Commission ist das wirksamste Prüfungsorgan des Parlaments und gerade dann nothwendig, wenn dasselbe nur mit Ja oder Nein über eine Vorlage abstimmen kann; gerade für diese Abstimmung muß ihm die Commission die Unterlagen liefern, über die er sonst nicht verfügen würde. Erst auf Grund der Commissionsberathung kann das Plenum zu einem einigermaßen fundirten Urtheil gelangen über die Opfer, die gebracht, und über die Vortheile, die gewonnen werden sollen. Ein überstürztes Durchdrücken der Vorlage ohne eingehende commissarische Prüfung würde daher den schwersten Bedenken nicht nur in politischer, sondern auch in materieller Hinsicht unterliegen.

* * *

Die „Kreuz-Zeitung“ beurtheilt die Grundsätze, die in den neuen Handelsverträgen zur Geltung kommen sollen, am 8. December in einem längeren Artikel, dem wir, weil er den Gegensatz zu der Behandlung derartiger Fragen durch den Fürsten Bismarck klar hervorhebt, folgende Ausführungen entnehmen:

Der Wortlaut der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien kann, wenn man unbefangen urtheilt, zunächst als Beweis betrachtet werden, daß wir uns an der Schwelle einer freihändlerischen Aera befinden. Es würde zu nichts führen, sich darüber in Täuschungen zu wiegen. Einige Politiker und einige Zeitungen machen zwar den Versuch, das Ablenken von der Bahn eines verständigen Schutzes der nationalen Arbeit so darzu-

stellen, als ob man kleine Concessionen mache, um das Ganze zu erhalten. Aber wie könnte eine solche Dialektik den wirklichen Thatbestand verhüllen. . . .

Es ist eine Täuschung zu glauben, daß diese Verträge das höchste Maaß von Concessionen darstellen. Ganz im Gegentheil ist zu besorgen, daß sie sich im Laufe der Zeit zu einem Piedestal entwickeln werden, auf welchem der Freihandel sich noch viel erfolgreicher ausnehmen wird. Es ist in dieser Beziehung hervorzuheben, daß die Verträge das Reich nicht verhindern, dieselben Zollermäßigungen auch anderen Staaten zu gewähren und in der Ermäßigung der Zölle autonom unter die durch die Verträge festgelegten Zölle herabzugehen . . .

Die Sympathien, welche dem Gedanken eines Handelsvertrages mit Oesterreich entgegengebracht wurden, beruhten auf der Vorstellung, daß ein solcher Vertrag die Grundlage eines mitteleuropäischen Zollbündnisses darstelle, welches die verbündeten Länder in den Stand setze, ihren Haushalt ohne Rußland und ohne die Vereinigten Staaten zu führen, unter Umständen auch gegen dieselben. In dem Maaße, als es sich herausstellte, daß einem solchen Ideal nicht nachzukommen sei unter den obwaltenden Umständen, bildete sich die Ueberzeugung heraus und befestigte sich, daß es, angesichts derzeitiger Unmöglichkeiten, das Beste sei, den Grundsatz: quieta non movere zu beobachten und so lange auf zollpolitische Concessionen an andere Staaten zu verzichten, bis auf diesem Wege etwas Ganzes zu erreichen sei. Taktische Erwägungen hätten demnach dazu führen sollen, den Zolltarif bis auf Weiteres zu lassen, wie er ist. Um so mehr als die wirthschaftlichen Calamitäten, unter denen ganz Europa jetzt leidet, mit der Zeit neue Gesichtspunkte in allen Ländern zu reifen versprechen.

Die innere politische Lage in Deutschland hätte aus der Beobachtung des Grundsatzes quieta non movere gleichfalls Vortheil gezogen. Die Finanzlage im Reich ist ebensowenig von der Art, welche den Verzicht auf einen Theil der Zölle als Kleinigkeit erscheinen ließe. Die Erträge der Eisenbahn-Verwaltung versprechen einen Ausfall, wie allgemein angenommen wird. Wenn das auch kein entscheidender Gesichtspunkt ist, so bildet er doch immerhin ein Symptom einer im Ganzen nicht erfreulichen Lage, die vorsichtige Behandlung erfordert. Die vorurtheilslose, von liberalisirenden Velleitäten freie Beurtheilung der vitalen Interessen der deutschen Landwirthschaft hätte gleichfalls von einer Aenderung des Zollsystems abrathen müssen.

Wenn der Zolltarif Früchte tragen sollte, so hätte er Jahrzehnte hindurch in seinen Grundgedanken festgehalten werden müssen. Denn was von der Vertheidigung der Grenzen des Landes gesagt worden ist: „daß wir fünfzig Jahre Gewehr bei Fuß stehen müssen,“ das gilt im gewissen Sinne auch von der Vertheidigung des Ackers und seiner Frucht. Es wäre nothwendig, daß der Landmann fünfzig Jahre unter dem Schutze des Tarifs den Acker

pflügt; die sorgfältigere und intensivere Bewirthschaftung, die Meliorationen, die Erhaltung eines Stammes von ländlichen Arbeitern und vieles andere — das sind alles Aufgaben, die sich gedeihlich nur lösen lassen, wenn die Landwirthschaft die Garantie hat, daß der Schutz, auf den sie sich verlassen hat, ihr nicht jählings entzogen wird.

Für die Landwirthschaft in ihren derzeitigen Verhältnissen bedeutet die Veränderung des Zollschutzes nichts Geringeres, als die Veränderung ihrer Lebensbedingungen. Es ist bekannt, daß der Vertrag in beiden vertragschließenden Ländern mit gemischten Empfindungen betrachtet wird. Auch ein Grund, weshalb die Commissions-Berathung zu fordern ist.

* * *

Auch sei hier noch eines Artikels der „Dresdner Nachrichten" gedacht der auf mancherlei Bedenken Bezug nimmt, die während der Vorverhandlungen über die Handelsverträge von dem Fürsten Bismarck nahe stehender Seite zur Sprache gekommen sind:

Zunächst erhebt sich von Neuem die Frage: Warum sind die einzelnen Positionen geheim gehalten worden? Mußte man nicht voraussehen, daß bei gewissen Erscheinungen im österreichischen Beamtenstande die wichtigsten Punkte dennoch bekannt und von den Großmächten der Börse zu wilden Speculationen benützt werden würden? Wußte man in Berlin nicht, daß sich über unser ganzes öffentliches Leben unter dem Druck des Geheimnisses Geschäftsunlust entwickeln, daß jeder Unternehmungsgeist erstickt werden würde? Man kann kaum die bittere Vermuthung unterdrücken, daß das Geheimniß nur deshalb so sorglich gewahrt wurde, damit — die Urtheile sachverständiger Interessenten nicht in die Oeffentlichkeit dringen könnten.

Bis zur Verhandlung sind noch wenige Tage; man hat Seitens der Regierung gerade lange genug gewartet, daß ein eingehendes Studium der einzelnen Positionen durch die Volksvertreter zur Unmöglichkeit würde. Man verlangt also von dem Reichstage ein blindes Hineintappen in die Zukunft; man verlangt, daß die noch nirgends durch einen positiven Erfolg bewährte Politik der Herren Huber[1]) und Genossen mit der Ergebung des Türken ertragen und acceptirt wird; man verlangt, daß dieselben Männer, die vor wenigen Monaten so energisch, wie der Nationalliberale Buhl, der Pole von Komierowski, der Clericale von Schalscha, der Elsässer Zorn von Bulach, der Freiconservative von Kardorff, der Conservative von Mirbach, der Süddeutsche Lutz sich gegen die Zollermäßigung erklärten, jetzt „Zipp" sagen und wedelnd hinter dem Karren herlaufen, der, nach einem Worte Bismarck's, uns in das „nationale Unglück" fährt!

[1]) Der wegen seiner freihändlerischen Neigungen bekannte preußische Geheimrath Huber war einer der Unterhändler bei dem Handelsvertrag mit Oesterreich gewesen.

Ja, man will es sogar unmöglich machen, daß in einer Commissionsberathung die Einzelheiten durchgegangen werden; man geht in der Sorge und Angst um das liebe Kind des neuen Courses soweit, zu fordern, daß die Volksvertreter etwa drei oder vier große Bierreden vom Stapel lassen und dann gehorsam schweigen. Daß das Centrum hierbei die erste Flöte spielt, ist heutzutage selbstverständlich. An den Nationalliberalen und Conservativen wird es sein, dafür zu sorgen, daß in der so eminent wichtigen Frage nicht Hals und Beine gebrochen werden. Was sagt denn unsere Geschäftswelt zu der merkwürdigen Hast? Die nächsten paar Wochen reichen doch sicherlich nicht hin, um all die weittragenden Consequenzen, die sich aus den Verträgen ergeben, zu ziehen und neue Conjuncturen wahrzunehmen, die sich — wie die „Frankfurter Zeitung" in plötzlicher Erkenntniß zugiebt — jetzt rapide und gewaltsam einstellen werden. „Die Verschwiegenheit der Diplomaten wird der Volkswirthschaft noch viel Geld kosten." Das meinen wir auch.

Es steht viel auf dem Spiele und nicht für unsere Volkswirthschaft allein. Das große Ziel der Bismarck'schen Schutzpolitik war es, uns wirthschaftlich unabhängig vom Auslande zu machen, unserer heimischen Production die Möglichkeit zu verleihen, das auf unserm Markte abzusetzen, was sie hervorbringt. Das wird nun anders. Das ungarische Getreide wird massenhaft zu uns hereindrängen, unser Getreidebau wird zusammenschmelzen, unsere Brodpreise in Budapest bestimmt werden. Zwölf Jahre lang werden wir nicht in der Lage sein, aus guten Ernten Vortheil zu ziehen. Von Wien und Pest aus wird man dagegen jede wirthschaftliche Zwangslage Deutschlands dazu benutzen, um uns politisch den Daumen aufs Auge zu drücken. Das harte Wort kann leicht zur Wahrheit werden: „Deutschland wird in Zukunft ein Vasallenstaat Oesterreichs sein!"

* * *

Am 9. December (A.=A.) melden die „Hamb. Nachr.":

> Professor Schwenninger, der kürzlich in Friedrichsruh war, hat, wie wir erfahren, dem Fürsten Bismarck von der Betheiligung an den Reichstagsverhandlungen für jetzt dringend abgerathen.

* * *

Bezüglich der Gefahren, die dem Lande aus socialdemokratischer Beeinflussung unseres Unterofficiersstandes drohen, führen die „Hamb. Nachr." am 9. December (M.=A.) in Uebereinstimmung mit dem früher (vgl. Band II, S. 344 und 362 f.) angeführten Artikel andern Blättern gegenüber Folgendes aus:

> Einige Blätter versuchen sich in Skepsis bezüglich unserer neulichen Darlegung der Gefahren, die aus der socialdemokratischen Bear=

beitung der Unterofficiercorps sich ergeben. Mit welchem Recht hier Optimismus geübt wird, mag folgende Erwägung ergeben: ein Complex von Wahlkreisen hat bei der Reichstagswahl zu zwei Dritttheilen socialistisch gewählt, besteht also in diesem Verhältniß aus Socialdemokraten; dann ist die Annahme berechtigt, daß in Truppenkörpern, die sich aus dieser Gegend recrutiren, das nämliche Verhältniß zum Ausdruck gelangt, nämlich daß zwei Dritttheile der Mannschaft dem socialdemokratischen Lager entstammen. Wenn in einer solchen Truppe die Unterofficiere ebenfalls socialdemokratischer Bearbeitung unterliegen, so bedarf es keiner besonders pessimistischen Veranlagung, um hieraus Besorgniß zu schöpfen. Angenommen, es kommt in dem betreffenden District zu socialistischen Ruhestörungen, und militairisches Einschreiten von der betreffenden Truppe wird nothwendig, ist dann mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Soldaten ihre Schuldigkeit thun? Wir glauben, daß diese Frage eine der wichtigsten ist, auf die es in der Zukunft ankommt.

* * *

Am Nachmittag des 10. December trifft Fürst Bismarck in Hamburg ein und fährt sofort weiter nach Altona. Die Anwesenheit des Fürsten giebt dem Publicum abermals Gelegenheit zu warmen Ovationen. In Altona besucht der Fürst den General Grafen von Waldersee. Gegen Abend kommt er nach Hamburg zurück, um einer Einladung des Barons von Schröder zum Diner zu folgen. Die Rückfahrt nach Friedrichsruh erfolgt am Abend um 9 Uhr vom Berliner Bahnhof aus. Trotz strömenden Regens hat sich ein zahlreiches Publicum versammelt. Bis zum Salonwagen begleiten fortwährende Hochrufe den Fürsten; unter den Klängen des Gesanges „Deutschland, Deutschland über Alles“ fährt der Fürst wieder heim.

* * *

Einen weiteren Artikel über die Handelsverträge und deren geschäftliche Behandlung im Reichstage bringen die „Hamb. Nachr.“ am 11. December (M.=A.):

Zu den Handelsverträgen. Wir haben in der Mittwoch=Morgenausgabe einen Artikel der „Kreuz=Zeitung“ mitgetheilt (vergl. oben S. 4 ff.), welcher die neuen Handelsverträge als Wendung zum Freihandel bezeichnet. Dem gegenüber sei in Erinnerung gebracht, daß wir schon früher das ganze beim Handelsvertrag mit Oesterreich angewandte Verfahren, die zeitweilige Bevorzugung der Industrie vor der Landwirthschaft, als darauf berechnet bezeichnet haben, eine Spaltung zwischen den landwirthschaftlichen und den industriellen Interessenten hervorzurufen und das Bündniß zu sprengen, durch welches die Zollpolitik von 1878

zu Stande kam. Es wäre dringend zu wünschen, daß die landwirthschaftlichen Verstimmungen, die dadurch hervorgerufen werden können, sich nicht gegen die Industrie richten, sondern daß sie dem Versuche, das Bündniß zu sprengen, sich entziehen; zumal die Handelsverträge nach Allem, was bekannt ist, ihren Ursprung nicht irgendwelchen Agitationen oder Bestrebungen der Industriellen von Elberfeld, Crefeld, Aachen oder denen der oberschlesischen Eisenwerke verdanken, sondern lediglich der Initiative der theorisirenden Freihändler, welche Einfluß auf die gouvernementalen Entschließungen erlangt haben.

Uns wenigstens ist bisher kein Anzeichen bekannt, aus welchem man schließen könnte, daß die Initiative zur Lossagung der industriellen Interessen von den landwirthschaftlichen von industrieller Seite ausgegangen sei; wir suchen den Ausgangspunkt des Versuches, Verstimmungen zwischen Landwirthschaft und Industrie hervorzurufen, lediglich in den Berechnungen, mit welchen der Generalstab der Freihändler seine Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen ausnützt. Wir möchten vor jeder Empfindlichkeit, welche in landwirthschaftlichen Kreisen der Industrie gegenüber entstehen könnte, warnen und empfehlen, daran festzuhalten, daß der Schutz der heimischen Arbeit, auch wenn er mehr der Industrie als der Landwirthschaft zu Gute kommt, im Interesse beider liegt und für das wirthschaftliche Wohl der Nation festzuhalten ist.

Wenn in der Denkschrift zu den Handelsverträgen ausgeführt wird, daß die Landwirthschaft an dem Vorhandensein einer blühenden Industrie stark interessirt und der Rückgang der Industrie der Landwirthschaft schädlich sei, so ist das umgekehrt vielleicht in noch höherem Grade der Fall. Dieser Erkenntniß und derjenigen der Nothwendigkeit der vollen Aufrechterhaltung der Interessengemeinschaft zwischen beiden Productionsclassen wird sich die Industrie auch ihrerseits schwerlich entziehen. —

In der Behauptung, daß der Reichstag an den Handelsverträgen nichts ändern dürfe, daß diese daher im Plenum und nicht in der Commission zu verhandeln seien, liegt, wie wir schon neulich andeuteten, eine petitio principii. Fügt der Reichstag sich dieser Behauptung, so giebt er seine Gleichberechtigung bei der Gesetzgebung damit auf. Nach Art. 11 Abs. 3 und Art. 4 Abs. 2 der Reichsverfassung unterliegen die Handelsverträge des Reiches der Genehmigung des Reichstages, dem Wege der Gesetzgebung, und es ist dabei Alles erforderlich, was zur Beschlußfassung über jedes andere Gesetz im Reichstage gehört. Wenn der Reichstag darauf verzichtet und sich nur als registrirende Behörde ansieht, so involvirt dies eine Abdication seinerseits, die wir nur als einen schweren Verlust an nationalem Besitzthume — zu dem

wir den Reichstag und seine Privilegien rechnen — ansehen würden. Wenn der Reichstag erst durch den Kampf der Fractionen und durch ihr Wettkriechen um die Gunst der Regierung seine Autorität einbüßt, dann wird auch das Zusammenhalten der Regierung bald nicht mehr dasselbe sein wie bisher.

Die „Kölnische Zeitung" sagt, die Ablehnung der Handelsverträge würde eine Auflösung des Reichstages und dann radicale Wahlen zur Folge haben. Wenn letzere Folgerung sicher ist, so glauben wir nicht, daß die jetzige Regierung zur Auflösung schreiten wird; denn die Consequenz der Nothwendigkeit, mit einem radicalen Parlamente zu regieren, würde doch nur ein weiterer Regierungswechsel sein.

* * *

Den wichtigsten Punkt der gegenwärtigen Lage, die Nothwendigkeit eines einträchtigen Zusammengehens der Landwirthschaft und Industrie, bringt die „Post" im Einklang mit den zuletzt citirten Ausführungen der „Hamb." Nachr." wie folgt zur Geltung:

Wäre die Annahme zutreffend, daß in Zukunft die agrarischen Schutzzöllner auf Herabsetzung der Industriezölle, die industriellen Schutzzöllner auf weitere Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle drängen würden, so wäre allerdings der Sieg des Freihandels besiegelt; die Schutzzöllner selbst würden jeder an seinem Theil ihm Vorspann leisten, indem sie statt den gemeinsamen Gegner zu bekämpfen, die Waffen gegeneinander kehren. Allein die Annahme, daß durch die Handelsverträge der Zusammenschluß der landwirthschaftlichen und industriellen Schutzzöllner gesprengt sei, dürfte der Begründung entbehren.

Wohl sinnen die Handelsverträge in der Hauptsache dem Landbau Opfer an, während die Industrie Vortheile genießt. Trotzdem bleibt nach dem Inkrafttreten das Verhältniß zwischen landwirthschaftlichen und industriellen Schutzzöllen immer noch günstiger für die ersteren, als es bis 1878 war. Wie die industriellen Schutzzöllner sich durch die in jenem Jahre begonnene einseitige Erhöhung der Getreidezölle nicht von dem Bündniß mit den Agrariern absprengen ließen, so wird auch jetzt ein ausreichender Grund für eine Lossagung der Agrarier nicht anzuerkennen sein. Die Erinnerung an die schlimmen Folgen der Uneinigkeit in der Aera Delbrück und an die günstigen Folgen der Einigkeit seit 1878 ist noch zu frisch, um an die Möglichkeit einer solchen Kurzsichtigkeit zu glauben. In Wahrheit haben Landwirthschaft und Industrie mehr denn je Ursache, dem gemeinsamen Gegner einig entgegenzutreten. Die Gemeinsamkeit der Interessen tritt für die Zukunft womöglich noch stärker hervor, als für die Gegenwart, sie dürfte die Hoffnung der Freihändler auf Uneinigkeit im schutzzöllnerischen Lager zerstören."

* * *

Ueber die Stellung des Fürsten Bismarck zu den Handelsverträgen, die den Lesern dieser Blätter aus dem Vorangegangenen sattsam bekannt ist, äußert sich die „Rheinisch-Westf. Ztg." unter Anführung von Artikeln aus den „Hamb. Nachr." u. A. wie folgt:

„Zunächst ist es vollständig irrig zu behaupten, Fürst Bismarck sei ein principieller Gegner dieses Vertrages. Seine Sorge ist lediglich in folgenden Richtungen lebendig gewesen und wahrscheinlich noch heute lebendig. Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden nicht bloß durch gegenseitige Sympathien der Völker, sondern durch zwingende Interessen des Gleichgewichts vereint. Aber das europäische Gleichgewicht hat mit den auseinandergehenden wirthschaftlichen Interessen beider Reiche nichts zu thun. Diese Interessen sind nun, an und für sich betrachtet, einer zoll- und handelspolitischen Einigung oder Verschmelzung beider Staaten nicht günstig. Das jetzige Bündniß ist von den Sympathien aller Schichten der beiderseitigen Bevölkerungen getragen. Das würde nicht in demselben Maaße der Fall sein, wenn zu dem Bündnisse eine Zollunion oder eine sonstige Einrichtung träte, welche die Verschiedenheit der wirthschaftlichen Interessen beider Völker außer Acht ließe. Hüben wie drüben würde es eine Menge Leute geben, die sich dadurch geschädigt fühlten. Das Bündniß mit Oesterreich-Ungarn würde für sie an Volksthümlichkeit verlieren. Fürst Bismarck hat auf der einen Seite das österreichisch-ungarische Bündniß stets gegen alle Anfechtungen gesichert, auf der anderen Seite im Dienste des eigenen Vaterlandes das System der deutschen Production aller Art, namentlich auch der landwirthschaftlichen, vertreten und gefördert. Diesem Schutz der nationalen Production verdanken wir nach dem Zeugniß aller zuständigen Beurtheiler die Besserung unserer materiellen Zustände seit 1879."

* * *

Die „Freis. Ztg." sucht dem Fürsten Bismarck wieder etwas am Zeuge zu flicken, wie sich aus folgender Mittheilung der „Hamb. Nachr." vom 11. December (M.-A.) ergiebt:

Von dem Abgeordneten Herrn von Kardorff-Wabnitz geht der „Post" am 11. December Folgendes zu:

Die „Freis. Ztg." schreibt:

„Fürst Bismarck ist seitens des Herrn Abgeordneten von Kardorff dringend ersucht worden, doch an den Handelsvertrags-Verhandlungen im Reichstage theilzunehmen. Fürst Bismarck aber hat mit einem kategorischen Nein geantwortet."

Diese Meldung ist von Anfang bis zu Ende unwahr.

von Kardorff.

Nach der „Kreuz-Ztg." vom 10. December hat Herr von Kardorff nur die Anfrage an den Fürsten Bismarck gerichtet, ob er zur ersten Berathung

der Handelsverträge nach Berlin kommen würde, darauf aber die Antwort erhalten, daß der Fürst behindert sei.

Die „Kreuz-Ztg.“ bemerkt dazu, sie würde es bedauern, und zwar im Interesse des Fürsten Bismarck selbst, wenn er nicht an den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages über die Handelsverträge theilnehmen würde. Sie fährt dann fort:

„Nachdem er einmal ein Reichstagsmandat übernommen hat, das ihm doch auch Pflichten auferlegt, die zu erfüllen wenn je, so in diesem Momente nicht bloß seine Wähler, sondern breite Kreise des deutschen Volkes von ihm zu erwarten vollauf berechtigt sind, würde es einen weithin reichenden Eindruck machen, wenn er in einer so bedeutsamen Lage die Erfüllung dieser Pflichten allein von ärztlichen, und nicht von politischen Gesichtspunkten abhängig machen wollte. Und das um so mehr, als schon jetzt von gewisser Seite, die dem Fürsten Bismarck, solange er Reichskanzler war, ganz sich zur Verfügung stellte, im Reichstag die Behauptung verbreitet wird, der Fürst habe früher ähnlichen Ideen, wie sie die Handelsverträge vertreten, so sympathisch gegenüber gestanden, daß er, wenn er heute noch im Amte wäre, selbst die Verträge vorgelegt haben würde.“

Die Verbreiter dieser Behauptung müssen die vielfachen Ausführungen der „Hamb. Nachr.“ gegen die Verträge ganz übersehen haben; die „Kreuz-Ztg.“ aber übersieht, daß für das Fernbleiben des Fürsten Bismarck neben den ärztlichen auch schwerwiegende politische Gesichtspunkte maßgebend waren, besonders der sehr loyale, daß der Fürst durch sein Erscheinen bei dieser Berathung der Regierung keine vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten wollte. Wir verweisen auf die vielfachen Aeußerungen des Fürsten selbst darüber, z. B. im Anfang und im Schluß der Ansprache an die Abordnung aus Siegen (unten S. 16 und 18).

* * *

Am 11. December empfängt der Fürst in Friedrichsruh den Redacteur der in Lübeck erscheinenden „Eisenbahn-Zeitung“. Dieser berichtet darüber in seinem Blatte Folgendes:

Die Augen mit einer Brille bewaffnet und gefolgt von seinen beiden Doggen, trat der Fürst in die Thür und wehrte meine feierliche Verbeugung nebst obligater Ansprache durch einen kräftigen Händedruck und mit den Worten ab:

> „Aber, lieber Freund — im Frack? Das sind wir ja hier gar nicht mehr gewohnt! — Ich bin im Begriffe, meinen Spaziergang zu machen. Begleiten Sie mich, wenn es Ihnen recht ist.“

Natürlich beeilte ich mich, dieser Einladung Folge zu leisten. Der Fürst empfahl mir, meinen Mantel ja recht fest zuzuknöpfen und mich auch meines

Halstuches zu bedienen. Er wolle mich nicht auf dem Gewissen haben. Trotz des furchtbaren Windes, der uns im Freien entgegenwehte, erzählte der Fürst ohne Anstrengung von seiner Lebensweise, welche durch die Behandlungsmethode der Aerzte streng geregelt sei. Ich bat ihn, seine Gesundheit durch lautes Sprechen in diesem Sturmwinde nicht zu gefährden. Der Fürst erwiderte, daß ihn dies nicht angreife. Er führte mich alsdann in einen geschützten Nadelholzgang, den er sich eigens für seine Spaziergänge angelegt. Hier war es fast windstill. Auf meine Frage nach dem allgemeinen Gesundheitszustande Sr. Durchlaucht erzählte mir der Fürst im freundlichsten Plaudertone, daß er sich heute nicht gerade sehr wohl fühle. Auf der Soirée bei dem Baron von Schröder (vgl. S. 8) habe er von einem vortrefflichen weißen Bordeaux und nachher sogar Thee getrunken; er müsse diesen verbotenen Genuß regelmäßig mit einer schlaflosen Nacht bezahlen.

„Im Uebrigen aber", sagte der Fürst weiter, „geht's Berg auf, Berg ab, mal besser, mal schlechter, wie das bei meinen 77 Jahren nicht anders zu erwarten ist. Früher haben mir Seebäder sehr gut gethan, jetzt aber darf ich damit nicht wieder anfangen. Ich vermisse das Vergnügen des Reitens sehr. Leider büße ich jeden Versuch ebenso wie allzu rasche Spaziergänge durch eine Erkältung, die sich in heftigen neuralgischen Gesichtsschmerzen äußert. Nun, diese Schmerzen wären zwar noch auszuhalten, aber sie nehmen mir die Nachtruhe, und das ist das Schlimmste."

Auf meine Bemerkung, daß sich Se. Durchlaucht unter diesen Umständen gewiß nicht den gesundheitlichen Gefahren einer Reise nach, bezw. eines Aufenthalts in Berlin aussetzen werde, mit Rücksicht besonders auf die dort grassirende Influenza, benutzte der Fürst diese Andeutung, um auf politisches Gebiet hinüberzulenken.

Ueber sein Fernbleiben von den Verhandlungen des Reichstages bemerkte der Fürst:

Ich würde den Bitten meiner Frau und den wohlbegründeten Vorstellungen meiner Aerzte direct entgegenhandeln, wenn ich nach Berlin fahren wollte, um an den Verhandlungen des Reichstages Theil zu nehmen. Dort würde mir die Ruhe und die Bequemlichkeit fehlen, welche ich hier genieße. Aber selbst dann, wenn ich den wohlgemeinten Abmahnungen nicht Folge leisten wollte, wenn mich keine gesundheitlichen Bedenken abhielten, würde ich es dennoch abgelehnt haben, an den Berathungen der Handelsverträge Theil zu nehmen. Ich bin nicht in der Lage, über die Verträge mein Votum als Abgeordneter abgeben zu können und zwar aus dem einfachen Grunde, weil uns nicht genügend Zeit gegeben ist zur Information. Kein Abgeordneter sollte sich über etwas entscheiden, was er nicht genau kennt. Es ist kaum möglich, in

drei Tagen ein wissenschaftliches Werk von dem Umfange der Vorlage zu studiren, viel weniger denn eine so complicirte Materie mit ihren zahllosen Tabellen. Es ist doch unlogisch, daß ein Abgeordneter sich in drei Tagen beschlußfertig gemacht haben soll über eine Vorlage, an deren Fertigstellung die Regierung viele Monate lang angestrengt gearbeitet hat. Ich bin auch der Ansicht, daß die Wähler, die öffentliche Meinung überhaupt zu wenig unterrichtet sind über die Handelsverträge und ihre wirthschaftlichen Zwecke und Folgen. Ich habe meiner Zeit immer danach gestrebt, so früh als nur irgend möglich das Urtheil der Oeffentlichkeit heraus zu fordern. Die Regierung hat jetzt im Geheimen gearbeitet und ist mit der Vorlage über die Handelsverträge als mit einer Art Weihnachtsüberraschung hervorgetreten. Ich halte das nicht für ersprießlich im Interesse dieser hochwichtigen Sache.

Hinsichtlich des Wortes suprema lex regis voluntas machte der Fürst zu der Aeußerung, daß er einmal Anhänger des Absolutismus gewesen sei, den Zusatz:

Er erblicke das Heil des Staates in einer starken Monarchie unter Wahrung der im Parlament vertretenen Volksrechte.

Die Ansprache des Kaisers an die Potsdamer Rekruten[1]) veranlaßte ihn zu der Bemerkung:

„Es scheint mir nicht gut, die jungen Rekruten erst zum Nachdenken über eine so heikle Sache anzuregen.“

Sodann sprach sich Fürst Bismarck gegen die Errichtung von Gewerbeschiedsgerichten aus:

Dieselben seien bekanntlich nicht obligatorisch, sondern facultativ, und er halte sie nur für geeignet innerhalb einzelner größerer Etablissements. Er könne den Arbeitern nicht zumuthen, bei Wind und Wetter Stunden Wegs zu laufen, ihren Verdienst zu versäumen, um in Angelegenheiten zu verhandeln, die sie mitunter gar nicht verständen. Das sei eine Belästigung der Arbeiter.

Von der Alters- und Invaliditäts-Versicherung sagte Fürst Bismarck:

Die Agitation gegen das Klebegesetz scheint mir in den rechten Bahnen zu sein. Die Sache ist auch nicht haltbar. Es lag im Sinne der von mir verfaßten Botschaft des alten Herrn, daß die Arbeiter nicht zu Beiträgen herangezogen werden dürften. Das Tabaksmonopol sollte die Mittel liefern. Ich kenne doch die Arbeiter. So ein junger Mann

---

[1]) Rede des Kaisers vom 23. November 1891. Vgl.: Die Reden Kaiser Wilhelm's II. in den Jahren 1888—1895. Gesammelt und herausgegeben von Johs. Penzler. Leipzig 1897, Verlag von Phil. Reclam jun., S. 196f.

von 17, 18 Jahren läßt sich nicht gern Lohnabzüge machen, und ganz besonders nicht für eine Sache, von der er erst nach 40 oder 50 Jahren Nutzen ziehen kann. Und das ist dem Manne gar nicht zu verargen. Bei dem Gesetz ist die Psychologie und Menschenkunde außer Acht gelassen.

Bei einem flüchtigen Blick in eine vor ihm liegende Zeitung äußerte der Fürst:

Da soll ich auch, als ich den Namen meines Nachfolgers erfuhr, gesagt haben: Gott sei Dank! also nicht der Andere! (Vgl. Band II, S. 357.) Ich wüßte nicht, wen ich damit gemeint haben könnte. Etwa den Grafen Waldersee? Ich kenne ihn schon von lange her, und er ist mir ein guter Freund, den ich ja auch gestern wieder besucht habe. Aber daß er Reichskanzler werden könnte, ist mir nie eingefallen. Ich wußte ganz genau, daß Caprivi mein Nachfolger werden würde, und ich habe ihn dem Kaiser sogar empfohlen, als ich dessen Absicht merkte, sich von mir zu trennen. Caprivi ist General, und das kommt ihm in heutiger Zeit zu Statten.

* * *

Am 12. December empfängt Fürst Bismarck im Schlosse von Friedrichsruh die Deputation der Stadt Siegen, die ihm deren Ehrenbürgerbrief überbringt. Die Ansprache, die der Fürst hierbei hält, hat nach den „Hamb. Nachr." vom 14. December (A.-A.) folgenden Wortlaut:

Mitbürger Ihrer Stadt zu sein, ist mir eine hohe Ehre und Freude, zumal mein Interesse für das Siegener Land schon alt ist. Zum ersten Male kam ich mit ihm in Beziehung, als ich vor 50 Jahren ein Gut übernommen hatte, welches durch unzweckmäßige Rieselwirthschaft geschädigt war. Damals hörte ich zuerst von Siegener Rieselwiesen und sah landwirthschaftliche Techniker aus Ihrer Gegend bei mir, um meine Wiesen nach der bewährten Siegener Methode zu verbessern.

Das war der erste, landwirthschaftliche, Anknüpfungspunkt. Der zweite war forstlicher Natur. Als ich in den Besitz größeren Waldes kam, erlangte das Siegener Land mit seinen Haubergen ein besonderes Interesse für mich. In Pommern und selbst hier in Lauenburg können wir aber einen so guten Schälwald nicht erzielen; unserem Eichenwalde fehlt dazu die Sonne und der Bergboden Ihrer Gegend. Zu meinem Bedauern habe ich letztere nie selbst gesehen.

Drittens verbindet mich mit Ihnen meine Stellung in der industriellen Gesetzgebung, und am Himmel der Industrie bildet das Siegener Land ja ein helles Sternbild; in Eisen und in Leder pflegt es zwei für die Wehrkraft besonders hervorragende Industrien.

Dieses dreifache Interesse, das in mir bei Nennung Ihrer Stadt erweckt wird, erregt auch heute meine Freude über die ehrenvolle An-

erkennung, welche meine Wirksamkeit bei Ihnen gefunden hat, und ich wünschte, daß ich auch in der Lage wäre, mich Ihnen noch jetzt besonders in dem dritten Punkte nützlich zu machen. Aber ich bin aus den amtlichen Beziehungen zu Ihrer Industrie heraus und kann auch jetzt in Berlin die Sache nicht angreifen. Wenn ich hinkäme und im Reichstage den Mund aufthäte, so müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegen treten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde; ich müßte entweder schweigen, oder so reden, wie ich denke. Wenn ich Letzteres thue, so hat das eine Tragweite nach unten, nach oben, nach außen und nach innen, an die ich mich heute noch nicht gewöhnen kann. Es kann ja sein, daß die Nothwendigkeit für mich eintritt, dieses subjective Gefühl zu überwinden. Für heute möchte ich nur sagen: Nondum meridies. Wenn ich jetzt nach Berlin käme und spräche für den Schutz der Landwirthschaft, so würde man nur sagen: „Vous êtes orfèvre, monsieur," und meine Bedenken für interessirt halten; damit wäre die Sache erledigt. Ich würde deshalb, wenn ich dort wäre, mehr für Politik eintreten und für das Interesse der Industrie mehr wie für das eigene. Die Landwirthschaft ist ohnehin schon daran gewöhnt, das Stiefkind der Bureaukratie zu sein, die ihr Lasten auferlegt ohne Wohlwollen und Sachkunde.

Aber es ist doch auch eine große Menge von Industriezweigen, die benachtheiligt werden durch die neuen Vorschläge. Einige haben Vortheile erlangt; wie groß diese im Ganzen sind, und wie groß auf der anderen Seite der Nachtheil ist, den die unter bessere Bedingungen versetzte österreichische Concurrenz uns bringt, und ob die Kaufkraft Oesterreichs für unsere Producte einer Steigerung fähig ist, und wie weit unser Import in Oesterreich Transit nach dem Balkan und Orient ist, entzieht sich bisher meinem Urtheile. In der Liste der Industriewaaren sind es etwa 30 oder mehr, deren Zollschutz gemindert werden soll. Aber so lange die betroffenen Industriellen nicht selbst klagen und sich an ihre Reichstagsabgeordneten wenden, damit diese für sie eintreten, kann ich mich ihnen nicht aufdrängen. Dazu bin ich nicht sachkundig genug. — Wer ist Industrieller unter Ihnen? (Antwort: Fast Alle.) — Da werden Sie sich die Liste vergegenwärtigen und sich nicht verhehlen, daß wir nicht nur der österreichischen und italienischen, sondern auch der französischen und englischen, ja sogar der amerikanischen Industrie, trotz Mac Kinley-Bill, wesentliche Erleichterungen zugestehen sollen. Denn die mit diesen Staaten geschlossenen Verträge kann man nicht brechen. Die Amerikaner haben

in dem Vertrage mit Preußen 1885 das Meistbegünstigungsrecht erhalten, werden also nach Annahme der Verträge zu den neuen Zollsätzen importieren. Ihnen das unter Vorwänden zu verwehren, würde dort als Vertragsbruch gedeutet werden. Welchen Industriezweigen dies Ganze gefährlich ist und welche es weniger schädigt, das kann ich nicht beurtheilen, und wie der Reichstag das so schnell beurtheilen will, ist mir unerklärlich. Das Beunruhigendste am Ganzen ist mir die Abdication des Reichstags, wenn er in wenigen Tagen das begutachten und zur dauernden Einrichtung machen will, was Herren vom grünen Tisch in Zeit eines Jahres im Geheimen ausgearbeitet haben. Wer hat denn alle diese Aenderungen und Bestimmungen entworfen? Geheimräthe, ausschließlich Consumenten, auf die das Bibelwort paßt: Sie säen nicht, sie ernten nicht und sammeln nicht in die Scheuern — Herren, die der Schuh nicht drückt, den sie für den Fuß der Industrie zurechtschneiden. — Die Bureaukratie ist es, an der wir überall kranken.

Ich würde nie den Muth gehabt haben, auf zwölf Jahre den Sprung ins Dunkle zu thun. Die Härten der neuen Verträge werden sich beim Gebrauche bald herausstellen, und sie werden unabänderlich sein. Sich derselben jetzt, vor der endgültigen Festlegung, bewußt zu werden, dafür bleibt der Industrie nicht Zeit. Es war ja bisher Alles ein Geheimniß. Wenn gesagt worden ist, unter der vorigen Regierung sei dieselbe Taktik des Verschweigens beobachtet worden, so ist das eine Fiction. Wir haben 1878 damit begonnen, die Tarif-Frage in die Oeffentlichkeit zu werfen; wir haben das gemacht, was die Engländer „fair play“ und die Franzosen „carte sur table“ nennen. — Diesmal war heimliche Vorbereitung beliebt, und der Reichstag soll sich in wenigen Tagen mit dem Ganzen abfinden. Darin liegt politisch ein sehr bedauerliches Ergebniß. Wenn der Reichstag das auf sich nimmt, so schädigt er sein Ansehen im Volke. Will er es wahren, so muß er in so einschneidenden Fragen wenigstens die Anstandsfrist beobachten, in der eine sachliche Prüfung möglich ist.

Die Schmerzen, wenn die neuen Stiefel erst angezogen sind, werden folgen. Was haben unsere Abgeordneten dabei gethan? wird dann gefragt werden, und die Antwort wird lauten: Sie haben zugestimmt, weil die Regierung es wünschte.

Daß der Reichstag nicht die Möglichkeit habe, an den Verträgen zu ändern, ist eine weitere Fiction. Er kann bei jedem einzelnen Paragraphen sagen: Den wollen wir nicht und werden ihn ablehnen, wenn er nicht geändert wird. Der Reichstag ist in der Gesetzgebung auch über Zölle vollkommen gleichberechtigt mit dem Bundesrathe.

Der Reichstag ist das unentbehrliche Bindemittel unserer nationalen Einheit. Verliert er an Autorität, so werden die Bande, die uns zusammenhalten, geschwächt. Unser Zusammenhalten im Reiche beruht auf den Verträgen, welche die deutschen Regierungen mit einander geschlossen haben, aber auch auf der gemeinsamen Vertretung im Reichstage. Diese widerstandsfähig und in Ansehen zu erhalten, ist unsere nationale Aufgabe.

Hierzu würde ich auch in den jetzt vorliegenden Verhandlungen gern mitwirken; aber nachdem alle Fractionen aus Gründen des Fractionsinteresses sich vorher verpflichtet haben, muß ich mein Auftreten für nutzlos halten. Ich weiß, was so ein Fractionsbeschluß besagt, an ihm ist nicht zu rütteln, wie auch nachher die Haltung der Fraction wechseln mag. Angenommen wird das Ganze so wie so. Mein Hinkommen und meine Aussprache würde jetzt sich darauf beschränken müssen, die Urheber der Vorlage und die, welche sie annehmen, ohne Erfolg zu kritisiren und anzugreifen. Das ist eine Aufgabe, die mir widerstrebt. Ich hoffe, daß der Reichstag selbst in Erkenntniß seiner Stellung im Lande sich wenigstens vor einer Uebereilung hüten werde, unter der sein Ansehen leiden könnte. Ich bin zu einer so tiefgreifenden Kritik, wie ich sie üben müßte, wenn ich heute im Reichstage reden wollte, weniger berufen wie Andere; ich bin fünfzig Jahre im Dienste des Staates gewesen und Jahrzehnte lang an erster Stelle; gegen dessen Leiter öffentlich so aufzutreten, wie ich müßte, wenn ich im Reichstage überhaupt redete, widerstrebt meinem Gefühle und ist mir peinlich, und es müßten noch stärkere Gründe wie heute vorliegen, daß ich diesen Widerwillen überwinde. Die Nöthigung dazu läuft mir vielleicht nicht weg, aber ich will es noch abwarten.

Dies Alles führe ich Ihnen als Entschuldigung an, daß ich hier auf der Bärenhaut liege, anstatt mein Mandat zu erfüllen. Mein Arzt ist, wie Sie sehen, wieder hergekommen, um mich bei den Rockschößen festzuhalten; er hörte von meiner Frau, daß ich nach Berlin wollte, und beeilt sich, den Flüchtling wieder einzufangen.

Ich schiebe meine Theilnahme an den Verhandlungen noch auf, so schwer auch die Sorge auf mir lastet, daß wir für zwölf Jahre an Zustände gebunden werden sollen, deren Wirkung heute Niemand übersieht, auch ihre Urheber nicht.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ vom 15. December (A.-A.) enthalten folgende Notiz: Wir lesen in der „Köln. Ztg.“:

Die „National-Zeitung“ gestattet sich gegen die Bismarck'sche

Politik und deren Anhänger folgende beschimpfende Verdächtigung, die wir hiermit gebührend niedriger hängen:

„Im Jahre 1879 und noch eclatanter 1885 und 1887 ist einfach von der parlamentarischen und noch mehr von der Regierungsmacht zum Vortheil rücksichtsloser Interessen-Coalitionen Gebrauch gemacht worden. Es ist jedenfalls ein außerordentlicher Gewinn, daß die Regierung wieder sich zu der gerade ihr in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht in erster Reihe obliegenden Aufgabe bekennt, für die Ausgleichung der einander bekämpfenden materiellen Interessen zu wirken, während 1879 und in dem folgenden Jahrzehnt die Zollpolitik nicht am wenigsten nach der Methode betrieben ward, mächtigen Sonderinteressen zu Willen zu sein und dadurch Unterstützung seitens der Vertreter dieser für andere politische Zwecke zu erlangen."

Wir vermuthen im Gegentheil aus dem Schlußsatz, daß die „National-Zeitung" mit ihrem Artikel nur eine verblümte und ironische Anspielung auf die heutigen Beziehungen der polnischen und der Centrums-Fraction zur Regierung beabsichtigt hat.

* * *

Der „Schwäbische Merkur" stellt am 15. December Betrachtungen darüber an, mit welchen Gefühlen Fürst Bismarck jetzt die Briefe des Grafen von Roon, die eben in der „Deutschen Revue" veröffentlicht werden, wohl lesen mag, und meint:

Wir glauben, daß der abgedankte Kanzler nur mit Wehmuth diese Correspondenz seiner nächsten Freunde gelesen haben wird, aus der er ersehen konnte, wie mit Vorbehalt und hundert Einwendungen selbst diese Männer ihn gelten ließen und wie sie stets berietheu, ob man ihn noch weiter dürfe gewähren lassen. Wir blicken in Verhältnisse hinein, die vielleicht dem Auge des Publicums noch länger hätten entzogen bleiben dürfen. Doch wie man auch über diese Veröffentlichung von Roon's Briefen in Fleischer's Deutscher Rundschau denken mag, das Eine stellen dieselben jedenfalls klar ans Licht, wie thurmhoch Bismarck über den Vorurtheilen seiner Partei stand.

Während Roon und Blankenburg auch nach dem glorreichen Kriege die deutschen Angelegenheiten nur unter dem Gesichtswinkel der preußischen Conservativen betrachten, ihre Vorurtheile gegen die Verbindung des preußischen Königthums mit einem nationalen deutschen Kaiserthume beibehalten, in allen Errungenschaften nur einen Triumph des demokratischen Geistes über die conservativen Ideale sehen, ist Bismarck der Zukunft voll, und die Kreuzzeitungsmarotten liegen wie eine abgestreifte Schlangenhaut hinter ihm.

Das Andere aber, was wir aus diesen Veröffentlichungen zu lernen haben,

ist die Erkenntniß, mit welchen unglaublichen Schwierigkeiten Bismarck zu kämpfen hatte, von denen das Publicum nie erfuhr. Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie Roon eine so selbstverständliche staatliche Ordnung, wie die obligatorische Civilehe, als einen Hochverrath an dem christlichen Preußen betrachtet und dem König in den Ohren liegt, sich bis zum letzten Augenblicke für die facultative Civilehe zu verwenden, die Falk ablehnt? Wenn man bis jetzt das Scheitern des preußischen Staates im Culturkampfe ausschließlich der Zähigkeit der Curie und dem souverainen Unverstande der Friedensengel zuschrieb, so erfahren wir hier, daß die orthodox-protestantischen preußischen Conservativen mit vollem Hochdruck am Sturze Falk's gearbeitet haben, und während Männer wie Roon und Blankenburg mit den ausgetriebenen Jesuiten und Klosterfrauen um die Wette jammern über die Härte der preußischen Regierung, macht der Justizminister Friedberg Scherze über den Effect der Internirungsmaßregel, die er doch selbst zu vertreten hat. Daß einer solchen Gegnerschaft gegenüber Falk sich nicht halten konnte, begreift sich; ist sie doch Bismarck selbst bald zu stark geworden. Wir aber wissen jetzt, wer es zu verantworten hat, wenn der preußische Culturkampf mit einem Fiasco der Staatsgewalt abschloß. Das Alleinstehen Bismarck's im Kampfe, einen wie niederschlagenden Eindruck es auf jeden patriotischen Leser der Rundschau machen muß, vermehrt doch nur den Respect vor dem großen Manne, der diesen Kampf gekämpft hat. Er hatte Schwierigkeiten zu überwinden, von denen die Menschen keine Ahnung hatten und mit denen auch die Götter sonst vergeblich zu kämpfen pflegen.

* * *

Schon am 18. December findet die dritte Berathung der Handelsverträge statt. Die in der namentlichen Abstimmung festgestellte Präsenzziffer von 296 Mitgliedern entspricht nicht ganz der Wichtigkeit des Gegenstandes. Zum Theil erklärt sie sich aus dem Fehlen der dissentirenden Mitglieder des Centrums, an ihrer Spitze der Herr von Schalscha, der so fulminant gegen die Verträge gesprochen hatte. Das Centrum hält darauf, daß seine Regierungsfreundlichkeit in ungetrübtem Lichte erstrahlt. Kein einziges seiner anwesenden Mitglieder stimmt mit Nein. Mit 243 gegen 48 Stimmen werden die Verträge — fünf Mitglieder enthalten sich der Abstimmung — angenommen. Von den 48 Verneinenden fallen fünf auf die Nationalliberalen — sämmtlich Vertreter von weinbautreibenden Bezirken —, einige auf die Antisemiten, die Uebrigen auf die Conservativen.

Herr von Caprivi wird an demselben Tage in den Grafenstand erhoben.

* * *

Am 19. December trifft der Fürst in Wandsbeck ein zur Theilnahme an einer Ergänzungswahl für den Kreistag des Kreises Stormarn, dem der Fürst als Großgrundbesitzer angehört. Sowohl in Hamburg wie in Wandsbeck selbst wird er jubelnd begrüßt, hier zum Ehrenbürger ernannt. Im Rathhause wird der Alt-Reichskanzler vom Vorsitzenden in den Sitzungssaal geführt, woselbst ihm Kenntniß von dem soeben gefaßten Beschlusse und die Bitte vorgetragen wird, das ihm verliehene Ehrenbürgerrecht huldvollst annehmen zu wollen. Mit einem Hoch auf den Ehrenbürger schließt der Oberbürgermeister seine Ansprache.

Fürst Bismarck dankt in bewegten Worten über die neue Auszeichnung, die ihm von der Nachbarstadt Hamburgs verliehen worden sei und die er dankbar annehme. Er sei jetzt von der Bühne der hohen Politik in den Zuschauerraum hinabgestiegen, ohne auf das Recht jedes Zuschauers, das der Kritik, zu verzichten. Er hoffe, daß seit dem Freiwerden des Verkehrs mit dem Binnenlande das Handwerk einen erfreulichen Aufschwung genommen habe. Jedenfalls spräche die steigende Bevölkerungsziffer der Stadt dafür. Ob die Steigerung nach gewisser Richtung eine zu rapide sei, das vermöge er allerdings nicht zu beurtheilen. Er hoffe noch recht oft mit den Vertretern der Stadt im Kreistage zusammen zu kommen. Er kenne Wandsbeck schon lange, da er bereits zum ersten Male 1837 auf einer Reise durch Hamburg die Stadt besucht habe, um den von Schimmelmann'schen Park zu sehen. Dieser sei, ebenso wie das kleine Schlößchen, verschwunden. Damals habe er allerdings keine Ahnung davon gehabt, daß er einstmals als Kreisgenosse in der Mitte dieser Versammlung stehen werde.

Er gibt nochmals seiner Freude und Genugthuung über die ihm gewordene Auszeichnung unter Worten herzlichen Dankes Ausdruck und unterzeichnet dann folgendes Protocoll:

„Wandsbeck, den 19. December 1891. Nachdem die städtischen Collegien in ihrer heutigen gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung einstimmig beschlossen haben, Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck in treuer Verehrung und dankbarer Anerkennung der unvergleichlichen Verdienste Seiner Durchlaucht um das deutsche Vaterland das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wandsbeck zu ertheilen, haben Seine Durchlaucht bei dem heutigen Besuche der Stadt Wandsbeck durch eigenhändige Unterschrift dieses Protocolls Sich zur Annahme des Ehrenbürgerrechts bereit erklärt."

Nachdem der Fürst seine Unterschrift vollzogen hat, läßt er sich die Mitglieder der städtischen Collegien vorstellen, um sich darauf zu verabschieden. Herr Bürgerworthalter Jung bringt noch ein Hoch auf den Scheidenden aus, das lebhaften Widerhall findet.

Vom Kreisausschuß wird der Fürst in den Kreistag gewählt. Am

Nachmittag ist ein Festmahl bei dem Landrath von Bülow. Nachdem dieser einen Trinkspruch auf den Fürsten ausgebracht, ergreift der neue Kreisdeputirte selbst das Wort, um auszudrücken,

daß er tief gerührt sei über all' die Freundlichkeit und Liebe, die ihm hier in Wandsbeck entgegengebracht werde. Die Beziehungen zum Kreise Stormarn, dem er angehöre, seien mit dem heutigen Tage viel engere geworden durch die Thatsache, daß der Kreistag ihn zu seinem Mitgliede erwählt habe, ferner dadurch, daß ihm auch das Ehrenbürgerrecht der Kreishauptstadt verliehen worden sei, und endlich durch die weitere Thatsache, daß ihm die Bürgerschaft Wandsbecks in so überaus herzlicher und freundlicher Weise entgegen gekommen sei. Er hoffe, daß es ihm vergönnt sein möge, noch öfter hierherzukommen, von wo er nur freundliche Erinnerungen mitnehme. Er trinke auf das Wohl des Kreises, insbesondere seines freundlichen Wirthes, des Herrn Landrath von Bülow und seiner Genossen.

Abends erfolgt dann über Hamburg die Rückfahrt nach Friedrichsruh.

* * *

Gegen eine durch den „Hamb. Corresp." verbreitete Legende wenden sich die „Hamb. Nachr." am 20. December (M.-A.):

Der „Hamb. Corresp." veröffentlicht in seiner Morgen-Ausgabe vom 16. December folgende Mittheilung, betreffend die Stellung des Fürsten Bismarck zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetze:

„Den Mittheilungen gegenüber, Fürst Bismarck habe sich über das Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetz abfällig geäußert, wird in Reichstagskreisen vielfach an einen Vorgang erinnert, der am Tage der Entscheidung des Reichstags über das Gesetz sich abgespielt hatte und damals vielfach mitgetheilt worden ist. Der Staatssecretair im Reichsamt des Innern von Boetticher meldete dem Reichskanzler ziemlich kleinlaut die endgültige Annahme des Entwurfs im Reichstage mit nur zwanzig Stimmen Mehrheit. Der Reichskanzler tröstete den Staatssecretair mit den Worten: ‚Das sind noch neunzehn Stimmen zu viel. Wir haben den Entwurf durchgebracht und dürfen uns Glück dazu wünschen!' Die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, worüber ja nur der Staatssecretair von Boetticher Auskunft zu geben vermag, würde man doch Mühe haben, sich in die jetzigen Angaben hineinzufinden."

Diese Erzählung ist vollständig erfunden. Wahr ist, daß Herr von Boetticher dem Fürsten Bismarck vor der Abstimmung mitgetheilt hat, es wäre das Gerücht verbreitet, daß der Reichskanzler ein Gegner der Alters- und Invaliditäts-Versicherung geworden sei. Dies Gerücht war

aus der Thatsache entstanden, daß der vom Fürsten Bismarck ausgegangene Gedanke dieser Versicherung durch seine Ausgestaltung im Reichstage eine Entwickelung genommen hatte, die von der ursprünglichen Absicht des Kanzlers abwich. Dieser hatte die Hoffnung gehabt, daß dem invaliden Arbeiter mit Eintritt der Invalidität durch Alter oder sonstige Umstände eine vom Armenrechte unabhängige Unterstützung gewährt werden sollte, ohne daß er schriftlichen oder Markenbeweis über das Maaß seiner Arbeitsleistung in der Vergangenheit zu führen hätte.

Dieser Gedanke ist ohne Zuthun des Reichskanzlers lediglich im Wege der Reichstagsverhandlungen und der vom Reichskanzler unabhängigen staatlichen Ausführung verloren gegangen, und dadurch war das Interesse des Fürsten Bismarck an den weiteren Verhandlungen seiner ursprünglichen Anregung allerdings erkaltet.

Wenn er in der Sitzung vom 29. März 1889 durch seine Collegen und namentlich durch Herrn von Bötticher veranlaßt wurde, dem Gerüchte entgegenzutreten, als ob er ein Gegner der Sache geworden sei, so hat er diesem Ersuchen entsprochen in Anlaß der Collegialität, welche ihn immer mit den Mitarbeitern noch verband, die seine Gedanken und Anregungen in einer seiner Ansicht nach unpraktischen Weise entwickelt und zur Ausführung gebracht hatten. Es ist zu bestreiten, daß der vormalige Reichskanzler für die Art der Ausführung seines Gedankens und vornehmlich für das System des Markenklebens irgend eine Verantwortung trägt.

* * *

Ueber die letzte Unterredung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten Windthorst will die Presse noch immer nicht zur Ruhe kommen. So sehen sich die „Hamb. Nachr." vom 20. December (M.-A.) wieder genöthigt, ein clericales Märchen zu widerlegen:

Durch die Presse läuft folgende Notiz über den letzten Besuch Windthorst's beim Fürsten Bismarck:

„Windthorst hat nach der ‚Germania' nicht lange vor seinem Tode über seine Zusammenkunft mit Bismarck geäußert: ‚Ich hatte das merkwürdige Schicksal, an sein politisches Sterbebett gerufen zu werden."

Wenn sich der verstorbene Abgeordnete Windthorst wirklich so geäußert hätte, so wäre das eine thatsächliche Unwahrheit gewesen. Die „Germania" könnte sich am sichersten davon überzeugen, wenn sie bei Herrn von Bleichröder Erkundigungen einzöge.

Die Unwahrheit der Angabe in der „Germania" wird auch durch einen Artikel des „Westf. Merkur" beleuchtet, nach welchem der Centrums-Abgeordnete Dr. Porsch in Breslau geäußert haben soll:

„Ich kann z. B. sagen, ich bin mit Windthorst zusammen gewesen, ehe er damals zu Bleichröder ging, und ich bin der Erste und einer der Wenigen gewesen, mit dem er sofort darüber vertraulich sprach, was ihm Bleichröder gesagt hätte. Das war an einem Sonntag, und am folgenden Montag hatte er die Unterredung mit dem Fürsten Bismarck."

Hier wird ein unwillkürliches Zeugniß dafür abgelegt, daß Windthorst die Initiative zu seinem Besuche beim Fürsten Bismarck ergriffen hat. Das Ergebniß der Windthorst'schen Besprechung mit Herrn von Bleichröder war die Mittheilung des letzteren an den damaligen Reichskanzler, daß Windthorst ihn zu sprechen wünsche.

Dasselbe Gebiet behandelt folgender Artikel desselben Blattes vom 21. December (A.=A.):

Clericale Entstellungen. Die demokratische Centrumspresse setzt ihre Bemühungen fort, die Vorgänge im März des vorigen Jahres und den Besuch Windthorst's beim damaligen Reichskanzler zu entstellen. Wir haben erst gestern einer falschen Angabe der „Germania" entgegentreten müssen, heute ist es der „Westf. Merkur", welcher uns zwingt, der Wahrheit ihr Recht zu wahren. Das Blatt bringt in seiner Morgenausgabe vom 17. December einen Artikel, in welchem u. A. gesagt wird:

„Es steht fest, daß der ehemalige Reichskanzler kein Bedenken trug, die Kaiserin Friedrich um ihre Vermittelung anzugehen, um seinen Sturz hintanzuhalten. Es ist bekannt, aus welchen Gründen die Kaiserin jegliche Intervention abgelehnt hat. Die Besprechung Bismarck's mit dem Führer der stärksten Partei des Reichstags war ein weiterer Versuch, das gefährdete Portefeuille mit Hilfe des Centrums zu retten. Windthorst's Antwort lautete ähnlich, wie diejenige der Kaiserin Friedrich."

Diese ganze Erfindung und namentlich die Angabe über die angeblichen Versuche des Reichskanzlers, sein gefährdetes Portefeuille mit Hilfe des Centrums zu retten, ist unhaltbar gegenüber der Thatsache, daß die Lösung der amtlichen Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser schon mehrere Wochen vor der fraglichen Besprechung mit Windthorst für beide dabei Betheiligten außer Zweifel stand, nur mit der Maßgabe, daß der genauere Zeitpunkt und die Modalitäten der Entlassung des Kanzlers erst festgestellt werden sollten, nachdem derselbe die ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage geführt haben würde, also etwa im Mai oder Juni 1890. Die Vorgänge, durch welche eine Beschleunigung der Entlassung herbeigeführt wurde, entwickelten sich erst in den Tagen unmittelbar nach der Besprechung des Kanzlers mit dem Centrumsführer, und wir lassen ihre Beziehung zu dieser Besprechung einstweilen unerörtert.

Ebenso abgeschmackt ist die Erfindung, daß der Reichskanzler die Kaiserin Friedrich um Mitwirkung angegangen habe, „um seinen Sturz ‚hintanzuhalten'". Ueber diesen „Sturz" bestand seit Wochen auf keiner Seite ein Zweifel, nur die Beschleunigung und die Umstände, von denen die Anticipation begleitet war, konnten unerwartet sein. Unwahr, und für jeden mit den Vorgängen Bekannten überzeugend unwahr ist es, daß von Seiten des Kanzlers irgend ein Schritt zur Verhinderung seines Ausscheidens geschehen wäre oder auch nur hätte geschehen können. Thatsachen sind freilich für Blätter der jesuitischen Demokratie gleichgültig; es liegt in ihren Grundsätzen, der Wahrheit nach Bedürfniß durch Correctur zu Hilfe zu kommen.

Der „Westf. Merkur" sucht ferner, gleich andern seiner Gesinnungsgenossen, aus dem Interesse des Fürsten Bismarck für die Autorität des Reichstages bei Gelegenheit der Ueberhastung wichtiger und complicirter Vorlagen einen Widerspruch zu der Haltung des Fürsten Bismarck im Amte als Reichskanzler zu construiren. Ein leitender Minister in Preußen und im Reiche hat unserer Ansicht nach die Hauptaufgabe, das Gleichgewicht der verfassungsmäßigen Gewalten im Staate zu erhalten und an dessen Herstellung zu arbeiten, wenn es gestört worden ist. Als Herr von Bismarck im Jahre 1862 Minister wurde, war die königliche Gewalt in ihren Rechten und namentlich in ihrem Ansehen beeinträchtigt, und in den Kämpfen gegen die von Windthorst geführte Reichstags-Opposition von 1884 war die verfassungsmäßige Stellung des Kaisers und des Bundesrathes durch die oppositionelle Majorität bedroht. Heutzutage liegt der Eindruck näher, daß das Gleichgewicht der verfassungsmäßigen Gewalten zum Nachtheile der parlamentarischen Seite durch Verzicht der Parlamente und durch Strebsamkeit ihrer Fractionsführer gestört ist. Es steht zu befürchten, daß der Einfluß des Parlaments unter das Maaß sinken könnte, das die Verfassung ihm zuweist. Eine solche Abschwächung der Bedeutung der Controle und der Kritik, zu der die Parlamente der Regierung gegenüber berufen sind, würde die Bürgschaften vermindern, die dem staatlichen Leben in Deutschland in der Verfassung sowie in der auf derselben beruhenden Vertheilung der Staatsgewalten gewährt sind.

* * *

Anknüpfend an das Erscheinen einer in Stuttgart herausgegebenen Bismarck-Anthologie[1]) sagt am 20. December die „Köln. Zeitung":

Es ist widerwärtig anzusehen und es gewährt einen tiefen Einblick in die

[1]) Bismarck-Anthologie. Eine systematisch angeordnete Blüthenlese aus Bismarck's Reden und Briefen. Stuttgart 1891, Verlag von Otto Weisert.

Verkommenheit, der die menschliche Natur fähig ist, wenn eine kindische Wuth und eine unersättliche Rachsucht den großen Mann, der das deutsche Volk in den Sattel gehoben hat, selbst bis in den stillen Frieden des Sachsenwaldes und bis in die Ruhe des Privatlebens verfolgt, wenn byzantinische Liebedienereien und partei-politisches Streberthum sich durch Verunglimpfung des genialen Staatsmannes vorwärts zu schieben sucht.

Um so wohlthuender berührt jedes Zeichen, welches dem deutschen Patrioten beweist, daß natürliches, edelmenschliches Empfinden, daß Verehrung vor geschichtlicher Größe, daß Dankbarkeit gegenüber unverwelklichen Verdiensten in deutschen Herzen noch nicht erstorben ist. In unserer Zeit des klug redenden Epigonenthums wirkt es wahrhaft erfrischend auf Geist und Gemüth, wenn man wieder einmal staunend in den Hochwald Bismarck'scher Gedanken vordringt, wenn man wieder einmal gleichsam dem unmittelbaren Athem des deutschen Sprachgeistes lauscht.

Die Briefe und Reden, in denen Bismarck in so eigenartiger, blendender Fassung die Fülle seiner Einsicht vor uns ausbreitet, gehören zu dem eisernen Bestand des geistigen Capitals jedes deutschen Mannes, der berufen ist, auf den Gang der deutschen Geschichte irgend welchen Einfluß auszuüben. Die Pracht der Bilder, das glänzende Feuerwerk von Witz und kerndeutschem Humor, die sprachgewaltige Gestaltungskraft, welche den Gedanken Formen verleiht, die sie unvergeßlich einprägen — das Alles macht den Fürsten Bismarck, wie er aus seinen Briefen und Reden zu uns spricht, zu einer im edelsten Sinne volksthümlichen Figur, deren Zauber auch die weiteren, politisch nicht angeregten Kreise sich nicht entziehen können.

* * *

Am 21. December wird aus Berlin gemeldet:

Herr J. F. Holtz, Director der chemischen Fabrik auf Actien, vormals Schering, und Vorsitzender der Berufsgenossenschaft für chemische Industrie, hatte mit Rücksicht auf die eventuelle Absicht des Fürsten Bismarck, nach Berlin zu kommen, demselben während der Dauer seines Aufenthaltes hierselbst seine prachtvoll ausgestattete Villa in Westend zur Verfügung gestellt. Auf dieses Anerbieten erhielt er folgende Antwort:

> „Ihr freundliches Schreiben und Antrag vom 16. v. Mts., über den mir auch Professor Schwenninger berichtete, hat mich sehr erfreut und wird der Werth Ihres liebenswürdigen Anerbietens für mich nicht dadurch vermindert, daß jetzt kein Bedürfniß für mich vorliegt, demselben näher zu treten. Ich bitte Sie und Ihre Frau Gemahlin, für den warmen Ausdruck Ihres Wohlwollens meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen."

* * *

In Ladecop (Regierungsbezirk Stade) fand am 20. December eine von den Socialdemokraten einberufene Volksversammlung statt, die einen ganz unerwarteten Ausgang nahm. Die Parteiredner der Socialdemokraten waren Cigarrenfabrikant Schmalfeldt aus Stade (der Gegencandidat des Fürsten Bismarck bei der Stichwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise), Tapezierer Grünwald und Maurer Lorenz aus Hamburg, während die Gegner der Socialdemokraten durch Dr. Diederich Hahn aus Berlin als Redner vertreten waren, der auch das begeistert aufgenommene und von den Socialdemokraten mitgerufene Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Schmalfeldt hatte acht Tage zuvor in einer Volksversammlung zu Bremerhaven an den Fürsten Bismarck die Aufforderung gerichtet, sein Reichstagsmandat niederzulegen; er wiederholte heute seine früheren Angriffe gegen den Fürsten, dessen Platz im Reichstage immer unbesetzt sei. Der 19. hannoversche Wahlkreis entbehre damit jeglicher Vertretung seiner Interessen im Reichstage. Dr. Hahn vertheidigte unter dem Beifall der überwältigenden Mehrheit der Versammlung den Fürsten Bismarck, und alle Versuche Schmalfeldt's, den Dr. Hahn als Gegner der jetzigen Regierung zu denunciren und ihm die Vertheidigung Bismarck's als unerlaubte Auflehnung gegen die Obrigkeit auszulegen, fielen bei den Anwesenden auf gänzlich unfruchtbaren Boden.

Schließlich entschied nach beinahe vierstündigen Debatten die Versammlung zur Geschäftsordnung dahin, nach den Schlußworten der Herren Dr. Hahn und Schmalfeldt ein von Dr. Hahn eingebrachtes Vertrauensvotum für den Fürsten Bismarck zur Abstimmung zu bringen. Ein Versuch des socialdemokratischen Vorsitzenden, durch vorzeitigen Schluß der Versammlung nach den letzten Worten Schmalfeldt's die Abstimmung zu hintertreiben, mißlang. Unter lebhaftestem Beifall wurde mit fast allen gegen nur wenige socialdemokratische Stimmen das Vertrauensvotum angenommen, dessen Wortlaut war:

„Die von socialdemokratischer Seite einberufene, heute zu Ladecop, Regierungsbezirk Stade, tagende Volksversammlung erklärt hiermit zu dem politischen Verhalten ihres heimischen Reichstags-Abgeordneten Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck ihre rückhaltlose Zustimmung und spricht Sr. Durchlaucht auch für die weitere Zukunft ihr unbedingtes Vertrauen aus."

Nach dreimaligen begeisterten Hochrufen auf Fürst Bismarck trennte sich die Versammlung.

* * *

Unter der Ueberschrift „Ne quid nimis" bringt die „Post" am 22. December einen bemerkenswerthen Artikel, der, in die Form einer Polemik gegen die „Schlesische Zeitung" gekleidet, über die Handelsvertragspolitik sich u. A. wie folgt äußert:

Die „Schlesische Zeitung", welche den Handelsverträgen bisher nicht gerade ablehnend, aber wenigstens nicht völlig vertrauensvoll hingebend gegenüberstand und in einem vielbemerkten Leitartikel „Vom Fürsten Bismarck" das Wiedereingreifen des Begründers Deutschlands in die Geschicke des Reiches verlangte, weil es ohne ihn so recht nicht mehr ginge, vollzieht in einem dithyrambisch geschriebenen Leitartikel „Graf Caprivi" den Uebergang in den neuen Cours mit einer Lebhaftigkeit, welche dem ernsten Blatte seltsam ansteht.

Es ist wohl nur ein schwer zu begreifender lapsus calami, wenn die „Schlesische Zeitung" es als „einen Weiterausbau" des vom Fürsten Bismarck so glorreich begründeten Werkes betrachtet, daß der neue Cours die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit im freihändlerischen Sinne umwandelt. Fürst Bismarck hat in seiner Rede an die Siegener Abordnung doch so deutlich gesprochen, daß die „Schlesische Zeitung" bei ihren Lesern schwerlich Glück mit der Berufung auf ihn machen wird.

Unbegreiflicher aber erscheinen noch verschiedene andere Behauptungen dieses Blattes, das von Maaßlosigkeiten sich sonst fern hält.

In den schäumenden Wein des jungen Enthusiasmus der „Schlesischen Zeitung" sind wir genöthigt, einige Tropfen Wermuth zu gießen, denn „sie rückt die Ereignisse nicht ins rechte Licht", sondern in ein durchaus falsches. Amerika hat Meistbegünstigungsverträge mit den meisten Staaten Europas, mit Preußen seit 1828, und der Bundesrath erkannte an, daß dieser Vertrag auch für das Deutsche Reich Geltung habe. Diesen Vertrag konnte und mußte die Regierung kündigen, wenn sie irgendwie die Absicht hegte, Amerika in „die übelste Lage zu versetzen", und es „in der sicheren Beherrschung seiner Absatzmärkte zu bedrohen". Weit entfernt hiervon, beeilte sich bereits am 22. August der kaiserliche Gesandte in Washington mit der Anzeige, daß Deutschland den Vereinigten Staaten diejenigen Zollvergünstigungen gewähre, welche es dem „mitteleuropäischen Zollbunde" zubillige, um mit der „Schlesischen Zeitung" zu reden; zugleich erfolgte die Wiederzulassung von amerikanischen Schweinen, Schweinefleisch und Würsten und wurde hierdurch dem amerikanischen Präsidenten jede Möglichkeit genommen, seine Befugnisse gesetzlich gegen Deutschland anzuwenden. Er konnte bei dem löblichsten Willen, deutschen Zucker differenziell zu besteuern, dies gar nicht thun. „Der Kampf der Rübe gegen das Schwein", welcher der „Schlesischen Zeitung" ganz entgangen zu sein scheint, war durch das einfache und vollständige Nachgeben der kaiserlichen Regierung beigelegt. Und die zweite stärkere Waffe, die Getreidezölle, wurde nicht einmal gezückt, sondern schon ein Vierteljahr, bevor sie geschmiedet war, ins Arsenal gelegt. Durch diese Bindung der landwirthschaftlichen Zölle auf 12 Jahre hat sich Deutschland jedes Einflusses begeben, den es gegen Mr. Mac Kinley und Genossen anzuwenden im Stande war.

Die „Schlesische Zeitung“ weiß, warum diese Action der deutschen Regierung so überaus glänzend war. Vielleicht erkennt sie jetzt, daß die „übelste Lage“, in welcher sie Amerika schon zu allen Concessionen bereit wähnt, nichts ist als ein Phantasiegebilde, und daß leider die üble Lage sich diesseits des Oceans nach wie vor den Handelsverträgen nicht verbessert, sondern verschlechtert hat.

Bezüglich Frankreichs behauptet die „Schlesische Zeitung“ weiter, „die zollverbündeten Staaten seien in die Lage versetzt, auf die Aufnahme französischer Waaren nahezu verzichten zu können. Jetzt wird es plötzlich den französischen Staatsleitern klar, daß eine verständige Wirthschafts-Politik nicht nur für Schutz der heimischen Production, sondern auch für Erhaltung der Absatzmärkte zu sorgen habe.“ ..... In der That, die „Schlesische Zeitung“ hält die Franzosen doch für gar zu beschränkt und kurzsichtig, wenn sie ihnen das plötzliche Klarwerden des volkswirthschaftlichen Abc jetzt erst zumuthet. Die Franzosen arbeiten nach dem sehr bewährten Princip, welches unsere jetzigen Zollverbündeten mit vollem Bewußtsein durchgeführt haben, ehe sie in die Verhandlungen eintraten. Sie revidirten ihre Zolltarife im Sinne möglichster Erhöhung aller Schutzzölle, um ein recht hohes Abhandlungsobject in der Hand zu haben, wenn es mit Deutschland ans Feilschen ging.

Deutschlands fast unveränderter Tarif hat das beinahe ehrwürdig zu nennende Alter von 1879, er wurde nur durch Erhöhung der Getreide- und Holzzölle unwesentlich verändert, während die Tarife aller jetzt mit uns verbundenen bez. noch unterhandelnden Staaten Schlag auf Schlag in den allerletzten Jahren erhöht worden sind. War die Schweiz ja sogar so grob, während der Verhandlungen ihren Tarif maaßlos heraufzuschrauben, um, ehe er noch vom freien Schweizervolke genehmigt war, auf Grund dieses ungeborenen Tarifs mit uns zu verhandeln. Den Erfolg dieses diplomatischen Vorgehens spürt jetzt Deutschland sehr schmerzlich in den ihm aufgezwungenen Zollsätzen, welche ihm Millionen und aber Millionen kosten werden. Frankreich geht denselben Weg, welchen die Anderen außer Deutschland vor ihm gingen, und es wäre vorsichtiger, abzuwarten, welchen Erfolg dies haben wird, als jetzt schon voreilig Frankreich in der „übelsten Lage“ sehen zu wollen.

Die „Schlesische Zeitung“ begnügt sich nicht, die beiden genannten Staaten in dieser fatalen Situation zu entdecken, auch Rußland muß bereits Anzeichen verrathen, daß es dem Zollbunde sich beuge. Und welches ist eines dieser Anzeichen? Die Erklärung in dem Organ des russischen auswärtigen Amtes, daß Rußland sich auch Frankreich gegenüber die bekannte „freie Hand“ wahren müsse. — In der That, die „Schlesische Zeitung“ macht es sich doch ein wenig leicht, wenn sie dem Grafen Caprivi Weihrauch durch solche Beweisführung streuen will. Wir empfehlen der geschätzten Collegin, doch einmal

die Betrachtungen des Herrn Reichskanzlers in seiner großen Rede bei Einführung der Handelsverträge nachzulesen, welche er über die Macht und Kraft gerade der Weltreiche anstellte, die sie seiner überlegenen Staatskunst jetzt schon zu Füßen legt. Wir meinen, der Graf wird lächelnd das Haupt schütteln, wenn er diesen bewundernden Erguß liest, und einfach sagen: Das habe ich mir allerdings nicht träumen lassen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 24. December (M.-A.) führen Folgendes aus:

Fürst Bismarck und das Versorgungsgesetz. Die Bemerkungen, die wir in unserer letzten Sonntagsnummer über die Stellung des Fürsten Bismarck zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetze gemacht haben, sind in der Presse mehrfach auf Widerspruch gestoßen. Wir hatten unter anderem gesagt, wenn Fürst Bismarck seinerzeit im Reichstage der Annahme entgegengetreten sei, daß er ein Gegner des Gesetzes geworden wäre, so habe er damit der Collegialität entsprochen, welche ihn mit seinen Mitarbeitern noch verband, auch nachdem sie seine Gedanken in einer seiner Ansicht nach unpraktischen Weise entwickelt und zur Ausführung gebracht hatten. Selbstverständlich erschöpft diese Andeutung nicht die damalige Sachlage. Das Interesse, das der Reichskanzler in seiner Rede an dem Zustandekommen des Gesetzes bekundete, wurde nicht durch die Collegialität, sondern auch durch die Thatsache begründet, daß es sich im damaligen Momente nach Angabe der sachkundigen Mitstreiter darum handelte, ob das ganze Gesetz zu Falle gebracht werde oder nicht.

Wenn letzteres auch inzwischen im Bundesrathe wie im Reichstage Modificationen erlitten hatte, nach denen es dem ursprünglichen Gedanken des Reichskanzlers nicht mehr vollständig entsprach, so war für diesen die Annahme des Residuums doch immer das mindere Uebel im Vergleiche mit der definitiven Ablehnung des Ganzen.

Für das Gesetz in seinem Principe wird Fürst Bismarck die Verantwortlichkeit auch jetzt nicht von sich weisen; ihn aber für die Einzelheiten der Ausführung und namentlich für das Markenkleben verantwortlich zu machen, halten wir für eine Ungerechtigkeit. Der Reichskanzler ist nach seiner amtlichen Stellung überhaupt nicht in der Lage, Reichsgesetze zur Ausführung zu bringen oder in Einzelheiten die Ausführung zu überwachen. Im Bereiche der letzteren erscheint uns namentlich das System des Markenklebens unter Berechnung 50jähriger Dauer des Klebmaterials unpraktisch, und wir glauben auch nicht, daß der frühere Reichskanzler in dem Momente, wo er im Principe für schließliche Annahme des Gesetzes eintrat, diese Besonderheiten hat vertreten wollen.

Die Ausführung der Gesetze ist Sache der vollziehenden Gewalt, und diese ist bei den einzelnen Regierungen verblieben und nicht in den Händen des Reiches.

Wir sind ferner der Ansicht, daß Fürst Bismarck bei seinen Aeußerungen im Reichstage geglaubt hat, theils durch das Stellvertretungsgesetz, theils durch die Executive der einzelnen Regierungen gedeckt zu sein, ohne selbst die concrete Entwickelung des Gesetzes controliren zu müssen. Dies geht mit aller Klarheit aus den Worten hervor, welche die „Magdeburger Zeitung" aus der Rede des Fürsten Bismarck vom 29. März 1889 gegen ihn citirt. Es heißt da:

„In den vorliegenden Fragen (der Invaliditätsversicherung) bin ich durch meinen Collegen von Boetticher mehr als ersetzt. Ich hätte das, was er in dieser Sache gethan und geleistet hat, selbst nicht leisten können, auch selbst wenn ich in der Möglichkeit gewesen wäre, mich ausschließlich dieser Angelegenheit zu widmen. Jeder hat sein eigenes Fach, und in diesem Fache sehe ich neidlos das Verdienst meines Collegen als das größere an als das meinige. Aber so viel Verdienst habe ich doch auch an dieser Sache, daß ich es fast als eine Beleidigung ansehen könnte, wenn man von mir glauben wollte, daß ich sie nun im Augenblicke der Entscheidung im Stiche lassen würde. Ich darf mir die erste Urheberschaft der ganzen socialen Politik vindiciren, einschließlich des letzten Abschlusses davon, der uns jetzt beschäftigt. Es ist mir gelungen, die Liebe des hochseligen Kaisers Wilhelm für diese Sache zu gewinnen. Er hat es als seinen schönsten Triumph bezeichnet, den er noch haben würde und den er noch zu erleben wünschte, wenn diese Fürsorge für die Bedürftigen noch unter seiner Regierung zum Abschluß kommen könnte. Der jetzt regierende Kaiser hat es eine seiner ersten Aeußerungen sein lassen, sich diese Neigung seines hochseligen Großvaters unbedingt anzueignen. Wie sollte ich nun dahin kommen, dieses unter meiner Initiative ins Leben gerufene Werk dicht vor dem Abschlusse zu verleugnen, ja sogar zu bekämpfen?"

Diese Worte bestätigen, was wir oben gesagt haben, daß Fürst Bismarck das durch seine Initiative ins Leben gerufene Werk nicht dicht vor dessen Abschluß hat verleugnen oder bekämpfen können. An die Klebmarken wird er dabei schwerlich gedacht haben; und nur diesen gegenüber seine Verantwortlichkeit in Abrede zu stellen, beabsichtigte unser Artikel am Sonntage.

Die „Weser-Zeitung" spricht die Ueberzeugung aus, daß das Gesetz sicher abgelehnt worden wäre, wenn der Reichskanzler sich gegen dasselbe ausgesprochen hätte. Wäre das begründet, so bedauern wir nicht, daß die Aussprache unterblieben ist, und es wäre auch sicherlich dem

ursprünglichen Antragsteller (dem Fürsten Bismarck) nicht eingefallen, die Ablehnung des Gesetzes in seiner abgeschwächten Tragweite herbeizuführen. Nur das Klebesystem würde er vielleicht, wenn er auf die Einzelheiten der Ausführung eingegangen wäre, schon damals bekämpft haben.

Die „National-Zeitung" ficht unsere Auffassung hierüber mit der Bemerkung an: ob ein besserer Nachweis als der vermittelst der Marken möglich gewesen wäre, das sei eine Frage für sich; ganz selbstverständlich aber sei, daß irgend ein Nachweis der Arbeitsleistung als Voraussetzung der Pension verlangt werden mußte — es wäre denn, daß man eine Prämie auf das Faulenzen hätte setzen wollen. Ob ein Verzicht auf den Nachweis jeder Arbeitsleistung eine Prämie auf das Faulenzen gewesen sein würde, müssen wir ebenfalls als eine Sache für sich bezeichnen.

* * *

An gleicher Stelle findet sich nachstehende Richtigstellung über die Verabschiedung des früheren Finanzministers Camphausen:

In ihrem oben von uns erwähnten Artikel bezweifelt die „Magdeburger Zeitung" die Collegialität des Fürsten Bismarck gegen seine Minister-Collegen. Um zu beweisen, „daß sich andere Minister nicht der zarten Rücksicht zu erfreuen gehabt hätten, wie Herr von Boetticher im Falle der Alters- und Invalidenversicherung", bezieht sich das Blatt auf Herrn Camphausen. An dem Rücktritt dieses Ministers war Fürst Bismarck vollständig unbetheiligt. Herr Camphausen ist in Folge des peinlichen Eindruckes zurückgetreten, den die Debatten der letzten erheblicheren Reichstagssitzungen, in denen er das Wort ergriffen hatte, auf ihn gemacht hatten. Er hat vollständig aus eigenem Antriebe demissionirt, ohne irgend welche Nöthigung, weder von höchster noch von kanzlerischer Seite. Er nannte die Reichstags-Verhandlung, der er beigewohnt hatte, in seiner ersten Erregung eine „Abschlachtung" und erklärte seinen Collegen, er wolle sich einer solchen nicht abermals aussetzen. Die „Abschlachtung" ging aber von der Opposition im Reichstage und keineswegs von den Collegen des Herren Camphausen aus. Uebrigens lebt letzterer, wie wir glauben, noch und würde, wenn er als Zeuge berufen würde, den Sachverhalt ohne Zweifel bestätigen.

* * *

Auch an die Adresse der „Germania" enthält die zuletzt erwähnte Nummer der „Hamb. Nachr." eine Notiz. Sie lautet:

Die „Germania" beklagt sich in einer Zuschrift, die sie aus Wandsbeck über den neulichen Besuch des Fürsten Bismarck daselbst erhalten haben will, darüber, daß bei den verschiedenen Veranstaltungen zu Ehren des

früheren Reichskanzlers der protestantische, aber nicht der katholische Pastor zugezogen worden sei, auch nur ersterem, nicht letzterem habe der Fürst einen Besuch gemacht. Wir haben über diese Beschwerde der „Germania" keine weitere Betrachtung anzustellen, müssen sie aber als charakteristisch für das Blatt und seine sonstige Haltung doch erwähnen.

* * *

Zum Weihnachtsfest wird uns ein Blick in das stille Schloß von Friedrichsruh und in das echt deutsche Familienleben gestattet, das dort gepflegt wird. Die „Hamb. Nachr." vom 24. December (A.-A.) melden:

Das diesmalige Weihnachtsfest wird sämmtliche Mitglieder der fürstlichen Familie Bismarck in Friedrichsruh vereinigen; namentlich werden auch die beiden Söhne des Fürsten, die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck, anwesend sein.

* * *

Die „Post" setzt am 28. December ihre Polemik gegen die „Schlesische Zeitung" wegen deren Schwenkung zu Gunsten des neuen Courses fort. Die „Schles. Ztg." hatte die Bemerkung der „Post", daß dem Breslauer Blatt ein lapsus calami untergelaufen sei, wenn es die neuen Handelsverträge als den „Weiterausbau des Werkes des Fürsten Bismarck" seinen Lesern empfohlen habe, nicht gelten lassen, da sie als Werk des Fürsten ganz allgemein „die Begründung und Befestigung des neuen Deutschen Reiches" verstehe. Dazu schreibt die „Post":

„Nun handelt aber der ganze (neue) Artikel (der ‚Schles. Ztg.') ‚Graf Caprivi' nur allein von den Handelsverträgen und von nichts Anderem; wir erklären uns daher außer Stande, zu begreifen, daß die ‚Schles. Ztg.' ganz etwas Anderes als die Handelspolitik des Fürsten gemeint hätte, als sie den Satz schrieb, der dem ganzen Artikel den strahlenden Schlußstein setzen sollte: ‚Das Eine jedenfalls steht jetzt fest, daß es fähige und patriotische Männer sind, welche der Kaiser zum Weiterausbau des vom Fürsten Bismarck so glorreich begründeten Werkes berufen hat.'

„Nur noch eine Frage an die schlesische Collegin. Hat sie denn die hochbedeutsamen Worte Sr. Majestät des Kaisers in dem Toaste schon ganz vergessen, welcher den Grafen Caprivi proclamirte, und auch die zweite Tafelrede Allerhöchst desselben im Neuen Palais? Der Telegraph meldete, Se. Majestät habe es ausgesprochen: wir ständen an einem Wendepunkte der Geschichte, und später wurde dies dahin verbessert: wir ständen vor einer neuen wirthschaftlichen Aera.

„Sie rufe diese Reden in ihr Gedächtniß zurück und erlasse es uns, mit ihr darüber zu streiten, ob sie einen ‚neuen Cours' anzuerkennen vermag oder nicht."

* * *

In ausführlicher Weise behandeln die „Hamb. Nachr.“ am 29. December (M.-A.) noch einmal das vielumstrittene Thema:

Fürst Bismarck und die Altersversorgung. Man wird sich erinnern, daß im Jahre 1884 in nicht sehr geschickter Weise die Wahlparole ausgegeben wurde, das Tabaksmonopol solle die Mittel aufbringen, um die Altersversorgung auszuführen und in ihr gewissermaßen ein patrimonium pauperis zu schaffen; ein hervorragender Gelehrter auf dem Gebiete der Socialwissenschaften hatte auf Grund einer Besprechung mit dem Fürsten Bismarck in Kissingen zuerst diesen Gedanken lancirt. Der Gedanke fand keinen Anklang, aber er beweist, daß es die ursprüngliche Absicht des Fürsten Bismarck war, die Altersversorgung aus Staats- resp. Reichsmitteln derart zu dotiren, daß von Beiträgen der Arbeiter abgesehen werden konnte.

Wenn wir jüngst gesagt haben, daß bei der Beitragspflicht der Arbeiter die Psychologie nicht genügend berücksichtigt worden sei, indem man dem Arbeiter zumuthe, mit 18 Jahren Beiträge zu zahlen, von denen er erst nach einem halben Jahrhundert, wenn er es erlebt, Nutzen hat, so haben wir dies in der Ueberzeugung geäußert, daß es richtiger gewesen wäre, von dem Arbeiter überhaupt keinen Beitrag zu fordern und ihn zur Versicherung seiner Zukunft nicht gesetzlich zu zwingen. Daß er die Kosten dieser Zwangsversicherung nur theilweise zu tragen hat, darüber wird ihm die Klarheit schwer kommen und leicht verloren gehen; er wird einstweilen lediglich das Gefühl haben, daß er mit einer persönlichen Abgabe für staatliche Zwecke neu belastet sei. Er wird sich auch nicht immer klar machen, daß diese Belastung von ihm durch Lohnerhöhung auf seinen Arbeitgeber abgebürdet werden wird und abgebürdet werden muß, da der Arbeiter von seinem Arbeitslohne etwas zu missen vielleicht nicht im Stande, jedenfalls aber nicht geneigt ist.

Der erste Grundgedanke der ganzen Altersversorgung, wie sie vom Fürsten Bismarck seiner Zeit angeregt wurde, war die Sicherstellung des invaliden Arbeiters ohne dessen Belastung; es war eine freie Zuwendung beabsichtigt, die dem Arbeiter das wohlwollende Interesse des Staates bekunden sollte. Dieser Grundgedanke fand aber Widerspruch, und schon die im November 1887 veröffentlichten Grundzüge der Invaliditäts- und Altersversicherung schlugen daher vor, ein Drittel der Kosten durch das Reich, das andere Drittel durch die Arbeitgeber, das letzte aber durch die Arbeiter aufbringen zu lassen, eine Vertheilung, die auch in dem am 22. November 1888 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf beibehalten wurde. Aber selbst in dieser erheblichen Abschwächung war der ursprüngliche Gedanke nicht zu verwirklichen; es wurde befürchtet, daß immer weiter gehende Anforderungen an die Hilfe

des Reiches gestellt werden würden, und das Ergebniß war, daß die Beiträge von den Arbeitgebern und von den Arbeitern zu gleichen Theilen aufgebracht werden sollten, das Reich aber nur einen jährlichen Zuschuß von fünfzig Mark für jede Rente zu zahlen habe.

Durch diese Abänderungen wurde das persönliche Interesse des Fürsten Bismarck für die Sache einigermaßen abgekühlt. Die Erreichung des Zweckes, den Arbeiter durch wohlwollende Fürsorge für sein Alter zu gewinnen, wurde dadurch beeinträchtigt, daß man den Arbeiter zwang, zu dieser Fürsorge durch Abzüge von seinem Lohne beizutragen. Urtheilslose Arbeiter erwogen nicht, daß dieser Beitrag nur ein partieller sei, sondern behielten das Gefühl, daß der Staat und die Arbeitgeber sich auf ihre Kosten durch einen Abzug bereicherten. Was in der Form preußischer Anträge und in Form bundesräthlicher Vorlagen an den Reichstag gelangt ist, war nicht mehr der Ausdruck des ursprünglich vom Fürsten Bismarck angeregten Gedankens, sondern es war hervorgegangen aus dem Compromiß, durch das dieser ursprüngliche Gedanke im preußischen Staatsministerium und dann im Bundesrathe, gestützt auf die Abneigung des Reichstages gegen die „Freihaltung" der Arbeiter, modificirt worden war. Daß auch schließlich dieses Compromiß mit der Unterschrift des Reichskanzlers an den Reichstag gelangen konnte, liegt in den Bestimmungen der Reichsverfassung. Der Kaiser legt die Beschlüsse des Bundesrathes dem Reichstage nach den Bestimmungen des Art. 16 der Verfassung vor, ohne daß ihm das Recht zur Aenderung beiwohnte. Die Frage, ob der Kanzler diesen kaiserlichen Act durch seine Gegenzeichnung zur „Gültigkeit" zu bringen verpflichtet ist, oder ob er ihn, wenn er die Verantwortlichkeit nicht übernehmen will, durch Verweigerung der Contrasignatur hemmen kann, beschäftigt uns hier nicht, weil in dem fraglichen Falle unserer Ueberzeugung nach dem Reichskanzler auch das, was er von seiner ursprünglichen Absicht auf dem Umwege durch die preußischen Anträge und durch Bundesrathsbeschluß an den Reichstag bringen konnte, immer noch eine Verbesserung im Vergleich mit der im Falle der Ablehnung verbleibenden Lage erschien.

Wir glauben durch diese thatsächliche Darlegung die Kritiken zu entkräften, welche dem Fürsten Bismarck vorwerfen, daß er sich von der durch ihn angeregten Altersversicherung lossage. Er hat das Ziel, das ihm vorschwebte, dem Widerstande des Reichstages und des Bundesrathes gegenüber nicht pure erreichen können; er hat zwar immer noch das Bedürfniß gehabt, das Mögliche in der erstrebten Richtung durchzubringen, aber für die ganze Sache doch nicht mehr dasselbe Interesse empfunden, wie für seine ursprüngliche Anregung, weil er den social-

politischen Nutzen, den er sich von der Ausführung derselben versprochen hatte, von dem schließlichen Destillat der Berathungen der legislativen Körperschaften nicht mehr erwartete.

Ganz unbillig ist es, den Reichskanzler für die praktische Ausführung der von ihm angeregten und gegen seinen Willen modificirten Maßregel verantwortlich zu machen. Schon das Stellvertretungsgesetz dispensirt ihn von dieser Verantwortlichkeit, da derjenige Minister, welcher mit der Vertretung des Reichskanzlers beauftragt ist, logischer Weise für Alles, was er als Vertreter thut und spricht, auch die Verantwortung trägt. Im vorliegenden Falle war dieser Stellvertreter Herr von Boetticher, dessen persönliches Verdienst an der Ausgestaltung und dem Zustandekommen des Versorgungsgesetzes in seiner letzten Gestalt die allseitige Anerkennung erfahren hat. Von der Verantwortlichkeit für die Beschwerden aber, die über die schließliche Ausführung des Gesetzes laut geworden sind, ist der vormalige Reichskanzler dadurch entlastet, daß die ausführenden Behörden nicht ihm, sondern den Landesregierungen unterstellt sind.

Die „Nat.-Ztg." hat neulich zur Vertheidigung des Markenklebsystems darauf hingewiesen, daß ohne solchen Arbeitsnachweis die Rente unter Umständen zu einer Prämie für Faulenzer geworden wäre. Die ursprüngliche Absicht der ganzen Versorgung war auch nicht die, über den höheren oder niedrigeren Grad der Arbeitsamkeit des einzelnen Versorgten ein Scrutinium anzustellen, sondern die, dem hilflosen Arbeiter eine annehmbarere Unterstützung zu gewähren, als sie von der Armenpflege gewährt werden kann. Demnach ist es auch unzutreffend, wenn ein anderes Blatt behauptet, daß es sich dabei nur um einen andern Namen für den Begriff Almosen gehandelt haben würde. In der Armenpflege ist der bedürftige Arbeiter abhängig von dem Wohlwollen und der Freigebigkeit der Armenbehörde, mag sie in einem Gemeinderathe oder in einem Gutsbesitzer bestehen; die Zulänglichkeit der Unterstützung wird immer vom persönlichen Ermessen des Armenpflegers abhängig sein, und wenn sie wirklich vor Hunger schützte, so würden Selbstmorde aus Nahrungssorgen, wie sie namentlich in großen Städten nicht selten registrirt werden, überhaupt nicht vorkommen. Die auf Gesetz beruhende Altersversorgung gewährt einen völlig anderen Anspruch, abgesehen von der Thatsache, daß die meisten Leute Scheu tragen, sich ins Armenrecht zu begeben, während sie eine ihnen gesetzlich zustehende Pension ohne Kränkung ihres Selbstgefühls bereitwillig annehmen. Uebrigens wird sich die Besorgniß der „Nat.-Ztg.", daß die Faulenzer unterstützt werden könnten, auch durch das Klebesystem nicht bis zur vollen Gewissensberuhigung beseitigen lassen.

Wir sind weit davon entfernt, das Altersversorgungsgesetz in seinen Fundamenten anzufechten und glauben auch, daß man dem Fürsten Bismarck Unrecht thut, wenn man ihm eine solche Absicht zuschreibt. Wir wünschen nur die Ueberzeugung zu vertreten, daß das Klebesystem ein Mißgriff gewesen ist. Man hat sich die Sache eben vom grünen Tisch aus leichter gedacht, als sie sich im praktischen Leben gestaltete, und wir zweifeln nicht, daß die hervorgetretenen Uebelstände gewichtig genug sein werden, um eine Aenderung in dieser Beziehung herbeizuführen, ohne die humanen Intentionen des Gesetzes im Ganzen zu schädigen.

Zu dieser Preisgabe des „Klebesystems" bemerkt Tags darauf die „Vossische Zeitung":

„In der letzten Bemerkung werden auch die liberalen Parteien dem Fürsten Bismarck beistimmen. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Gesetzes in seiner heutigen Form ist weit verbreitet, und eine Aenderung, die sich die gesammelten Erfahrungen zu Nutze macht, wird im Reichstage auf allen Seiten Freunde finden."

* * *

In dem Artikel „Clericale Entstellungen" (vgl. oben S. 24 f.) war von der Thatsache die Rede, „daß die Lösung der amtlichen Beziehungen des Kanzlers zum Kaiser schon mehrere Wochen vor der fraglichen Besprechung mit Windthorst für beide dabei Betheiligten außer Zweifel stand." Was für verkehrte Schlüsse aus diesem Satze gezogen worden sind, das zeigt folgende Richtigstellung in den „Hamb. Nachr." vom 29. December (M.-A.):

„Weser-Ztg.", „Rhein. Cour." und andere Blätter ejusdem farinae folgern aus unserm neulichen Artikel, daß Fürst Bismarck von der Unhaltbarkeit seiner Stellung schon einige Wochen vor der Entlassung überzeugt gewesen ist. Das ist nicht der Fall. Auf Grund der gesammten Situation ist Fürst Bismarck von der Unhaltbarkeit seiner Stellung niemals überzeugt gewesen, wohl aber, und dies geht aus unserem Artikel, wenn man ihn unbefangen liest, auch vollständig hervor, ist er schon vor der Windthorst'schen Unterredung überzeugt gewesen, daß der Kaiser entschlossen sei, von seiner Berechtigung, einen anderen Kanzler zu ernennen, Gebrauch zu machen. Man braucht nicht, wie die „Weser-Ztg." es thut, eine gezwungene Deduction zu Hilfe zu nehmen, um zu begreifen, daß diese Ueberzeugung des Fürsten Bismarck mit seiner Abneigung, die Verantwortlichkeit für sein Ausscheiden selbst zu tragen, vollständig verträglich war.

* * *

In derselben Nummer der „Hamb. Nachr.“ begegnen wir folgender Belehrung der „Frankf. Ztg.“:

Die „Frankfurter Zeitung“ hat einer Correspondenz aus Berlin Aufnahme gewährt, in der unter Anderem behauptet wird, Fürst Bismarck habe in seiner bekannten Parlamentsrede zur Berliner Miethssteuer von einer in Berlin existirenden Pferdesteuer gesprochen, die es aber in Wirklichkeit dort gar nicht gebe. Nach dieser absoluten Ableugnung der in Berlin existirenden Pferdesteuer möchten wir vermuthen, daß der Einsender des Artikels in der „Frankf. Ztg.“ in Berlin niemals gewohnt oder dort niemals Pferde gehabt hat, sonst würde er wissen, daß in Berlin am 1. November jedes Jahres die an diesem Tage in den Stallungen vorhandenen Pferde versteuert werden müssen. Sollte diese Berliner Pferdesteuer, welche an diesem Tage jährlich fällig war, im letzten Jahre abgeschafft sein, so würde uns das im Interesse der Pferdebesitzer freuen und auch im Interesse der Stadtgemeinde Berlin, welche eine Steuer, die sich stets ohne Schwierigkeit erheben ließ, entbehren konnte. Hat aber eine solche Abschaffung nicht stattgefunden, so müssen wir der Redaction der „Frankf. Ztg.“, die in allen finanziellen Sachen sonst sehr sorgfältig ist, eine auffällige Unkenntniß der Berliner Steuerverhältnisse zum Vorwurf machen.

* * *

Am 30. December traf Fürst Bismarck zur Theilnahme an der Kreistagssitzung wieder in Ratzeburg ein. Der Vorsitzende, Kammerherr von Dolega-Kozierowski, stellte dem Fürsten die ihm noch nicht bekannten Kreistagsabgeordneten vor. Der Fürst hielt folgende Ansprache:

Zwanzig Jahre habe ich in Ihrer Mitte geweilt, ohne daß es mir möglich gewesen ist, meinen Pflichten und Rechten als Lauenburger zu leben. Nachdem ich jedoch von meinen anderen Geschäften entbunden worden bin, ist es mir eine Genugthuung und Freude, an Ihren Berathungen Theil zu nehmen. Ich bitte Sie, mich in diesem Kreise als einen der Ihrigen zu betrachten und mir mit Vertrauen entgegen zu kommen.

Der Landrath dankte für das Interesse, welches der Fürst vielfach den lauenburgischen Angelegenheiten entgegen gebracht habe.

Fürst Bismarck dankte in längerer Rede. Er wies darauf hin, wie er mit dem Herzogthum Lauenburg zuerst als preußischer Minister in Berührung getreten sei. Seine durch die Verhältnisse gebotenen Eingriffe in alte Gewohnheiten und Interessen habe man vielleicht nicht immer angenehm empfunden. Sie seien aber zum Wohle des Landes geschehen. Landwirthschaft und Handwerk habe stets seine Fürsorge

empfunden. Heute trete er als gleichberechtigter Mitarbeiter für das Wohl des Kreises in die Versammlung. Als solcher bitte er von der Vergangenheit abzusehen und ihm das Vertrauen entgegen zu bringen, das man jedem guten Nachbar, der die gleichen Interessen habe, entgegen trüge, auch wenn er nicht Minister gewesen sei.

Der Fürst griff während der Sitzung mehrere Male in die Debatte ein. Er sah äußerst wohl und frisch aus.

Nach der Kreistagssitzung, die etwa zwei Stunden dauerte, fand ein gemeinschaftliches Diner im Rathskeller statt, an welchem sich fast sämmtliche Abgeordnete, auch der lauenburgische Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Kammerrath Berling-Büchen, sowie Graf Herbert Bismarck betheiligten.

Erblandmarschall von Bülow brachte das Hoch auf den Fürsten aus. Dieser erwiderte:

Es sind etwas mehr als 25 Jahre, als ich mit Sr. Majestät dem hochseligen König Wilhelm I. in diesem selben Saale zusammen war. Seit jener Zeit hat sich Vieles geändert, Manches nicht in erwünschter Weise, aber das Meiste doch zum Guten. Wenn der lauenburgische Bauernstand die Verhältnisse von damals mit denen von jetzt vergleicht, so muß er, wenn er unparteiisch urtheilen will, Sr. Majestät Kaiser Wilhelm I. von Herzen dankbar sein. Ich bin dann mehrere Jahre lauenburgischer Minister gewesen. In meinen schlaflosen Nächten frage ich mich oft, ob ich das Amt, das ich zu meinen andern Aemtern übernahm, weil keine andere geeignete Kraft da war, auch immer zu Gunsten Lauenburg's verwaltet habe. Ich bitte Sie, mir mit Vertrauen entgegen zu kommen. Ich habe gedacht, daß ich nur im Sommer bei Ihnen in meinem Friedrichsruh weilen würde. Die Verhältnisse haben es anders mit sich gebracht. Ich bin jetzt bei Ihnen glebae adscriptus. Heute habe ich hier zum ersten Male so zu sagen Besitz ergriffen, indem ich von meinem Rechte als lauenburgischer Großgrundbesitzer Gebrauch gemacht habe. Ich freue mich der Einigkeit, von der ich heute bei Ihren Verhandlungen Zeuge gewesen bin. Das möge so bleiben zum Wohl des Kreises. Das uralte Herzogthum Lauenburg möge blühen und gedeihen! Das Herzogthum Sachsen-Lauenburg lebe hoch!

Nach dem Diner zog der Fürst noch einige Abgeordnete in ein längeres Gespräch, in welchem er sich in bedeutsamer Weise über unsere heutigen Verhältnisse ausließ.

* * *

So ist denn das zweite Jahr der nachbismarckischen, der Caprivi'schen Zeit zu Ende. Das Facit bietet wenig Erfreuliches: eine Annäherung zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem Nachfolger ist nicht zu Stande gekommen.

Denn auch die Aeußerungen des Herrn von Caprivi vom 23. Februar (s. Band II, S. 43), die mit so vieler Hoffnung begrüßt wurden, boten keine Aussicht dafür. Oder sieht es etwa aus wie Friedfertigkeit, wenn zu Jemand gesagt wird: Bei deiner Bundesgenossenschaft wird mir unheimlich, deshalb bin ich froh, dich heute auf meines Vorgängers Seite zu sehen?

Mit einiger Genugthuung sind nur zwei Thatsachen aus diesem Jahre zu begrüßen: einmal, daß der Bruch mit dem alten Course durch die rasende Eile, mit der die Handelsverträge unter Dach gebracht wurden, nun auch für das blödeste Auge und für das vertrauensseligste Gemüth deutlich erkennbar geworden ist; sodann die Thatsache, daß in Folge der Unsicherheit über die Ziele der neuen Regierung auch in weiten zeitweilig verblendet gewesenen Kreisen sich die Erkenntniß darüber Bahn bricht, um wie viel werthvoller eine feste, energische Regierung ist, als eine solche, die es mit keiner Partei verderben will und sich daher auf keine mehr verlassen kann, oder mit anderen Worten, daß der Reiz des Neuen ziemlich verflogen und dafür die Werthschätzung des Alten in erhöhtem Maaße wieder in ihr Recht getreten ist.

# 1892.

In dem Neujahrsartikel der „Badischen Landeszeitung“ heißt es:

Unfaßbar ist es noch heute den meisten Vaterlandsfreunden, daß Bismarck gehen mußte, daß er dem jugendlichen, reichbegabten, thatenlustigen Kaiser nicht mehr mit Rath zur Seite stehen darf. Ein einfacher General kann und wird ihn nie ersetzen. Er ist es, der das Deutsche Reich geschaffen; das deutsche Kaiserthum ist ein Kind seines Geistes, seiner staatsmännischen Weisheit; und dafür schulden ihm die Fürsten und Völker Deutschlands, an ihrer Spitze der Kaiser selbst, unendlichen, niemals verlöschenden Dank. Das kann nicht oft und laut genug betont werden, gerade in dieser Zeit, wo gewisse Kreise mit hämischer Absicht die Verdienste Caprivi's über die Gebühr verherrlichen und immer frechere Schmähungen gegen Bismarck wagen, wenn er warnend, zum Schutze des Reiches, seiner eigensten Schöpfung, die Stimme erhebt. Es leidet keinen Zweifel, Deutschland hat in den letzten Jahren viel an seinem Ansehen nach Außen eingebüßt, es hat die führende Rolle in Europa verloren, und im Innern herrscht Unbehagen, Mißstimmung und Unsicherheit bei allen Ständen und Berufsclassen. Die Feinde werden ermuthigt, die Freunde verwirrt. Das ist die Folge des neuen Courses, den unser Staatsschiff eingeschlagen.

Und die „Dresdener Nachrichten“ klagen:

Selbst aus Zeitungen, die sonst mit vollen Segeln im neuen Course einherschwimmen, dämmert die Erkenntniß, daß das abgelaufene Jahr beherrscht war von den „Nachwirkungen des Rücktritts des Fürsten Bismarck“. Wider Willen berühren sie hiermit den Kern der Lage, ohne ihn doch vollständig zu begreifen. Nicht die Personenfrage ist es, um die es sich hier handelt, nicht darum dreht es sich, daß in der Verfolgung des ersten Kanzlers sich unsere Nation selbst ein Schandmal setzt; mit dem Verluste dieses Mannes hätten wir doch einmal rechnen müssen, und auch nach Perikles' Tode bestand Athen.

Aber mit dem Fürsten Bismarck ist auch der Mann geschieden, der einen guten Theil der deutschen Autorität auf seinen Schultern trug, und er hatte nicht Zeit gehabt, sie dem Nachfolger zu übertragen. Mit ihm ist zugleich der Mann fortgegangen, der dem Herrscherwillen gegenüber die Pflicht der Warnung vertrat und der überdies das Recht hierzu herleiten durfte aus dem Borne unergründlich reicher Erfahrung. Nicht weil Bismarck fehlt, sondern weil der Bismarck'sche Geist fehlt, muß Germania trauern. Die Angst der Reichsfeinde, daß ihr alter Gegner, wenn auch nur in der Stunde dringendster Gefahr, noch einmal auf dem Plane erscheinen und daß er über sie hinwegfahren könnte, wie der Wind über die Stoppeln, erklärt allein die gegenwärtige Situation, erklärt die Beeiferung, mit welcher Centrum und Freisinn dem Grafen Caprivi die Riemen von den Schuhen lösen.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." vom 4. Januar (A.=A.) bringt zum Uebergang aus dem alten ins neue Jahr folgende Betrachtung:

Es darf als ein immerhin nicht unerfreuliches Zeichen in der allgemeinen politischen Situation gelten, daß das neue Jahr acute ungelöste Fragen internationaler Natur, d. h. Fragen, welche den Gegenstand unmittelbarer diplomatischer Verhandlung bilden, eigentlich nicht überkommen hat. Die allgemeine Spannung freilich ist fortgesetzt die gleiche, wie seit Monaten, sie kann nicht schwinden, solange ihre Ursachen fortbestehen; und wenn die heutige Gruppirung der europäischen Großmächte auch keineswegs neueren Datums ist, so hat sie im verflossenen Jahre doch unverkennbar an Schärfe das Gegensatzes gewonnen durch die vorgeschrittene Rüstung Rußlands, durch die Ankündigung der „Bereitschaft" Frankreichs und durch die formelle Annäherung dieser beiden Mächte an einander.

Wir haben nun zwar zu verschiedenen Malen und von verschiedenen Seiten die Erklärung gehört, daß die russisch=französische Entente nichts weiter bedeute als ein natürliches Gegengewicht gegen den Dreibund; da letzterer seine Fronten gegen diese beiden Länder kehre, so sei es naturgemäß, daß auch sie sich zusammenschließen; durch das Gegengewicht aber werde nur das Gleichgewicht in Europa hergestellt.

In diesem „Gleichgewicht" einen Fortschritt zu erkennen, vermögen wir uns indeß vom deutschen Standpunkt aus nicht zu entschließen. War um die Wende des vorigen Jahrzehnts die Auffassung nicht ohne Berechtigung, daß ohne Genehmigung des deutschen Kaisers kein Kanonenschuß fallen dürfe, so beweist der jetzige Zustand des „Gleichgewichts" jedenfalls, daß die allgemeine Lage sich von jener für Deutschland so stolzen Stellung bereits recht weit entfernt hat. Die Ursache liegt in

erster Linie in dem Hochdruck, mit welchem Frankreich und Rußland die Herstellung ihrer Actionsbereitschaft beschleunigt haben. Hing ehedem ihr Eintritt in eine europäische Action von ihrem Können ab, so ist sie jetzt fast ausschließlich von ihrem Wollen abhängig; denn es scheint nicht rathsam, den Folgen der Mißernte in Rußland eine so weitgehende Bedeutung beizumessen, daß Rußland auf Grund derselben, auf eine ihm nothwendig scheinende Action verzichten müßte, wenn sie ihm heute auch weniger wünschenswerth sein mag.

Die unbestrittene Ueberlegenheit, ja Vorherrschaft Deutschlands in der europäischen Politik beruhte von der Beendigung des deutsch-französischen Krieges an bis gegen das Ende der achtziger Jahre vor Allem auf der Ueberlegenheit unserer Kriegsfähigkeit, daneben auf dem hohen persönlichen Ansehen und dem Einfluß Kaiser Wilhem's des Ersten und des Fürsten Bismarck. Seitdem ist nicht nur die Kriegsbereitschaft der andern Mächte eine der deutschen gleichartigere geworden, sondern mit dem Tode des alten Kaisers und dem Rücktritt seines Kanzlers hat sich Deutschlands ehemals so autoritative Stellung naturgemäß herabgemindert, weil die Wiederherstellung des von jenen Männern besessenen Maaßes von Ansehen und Einfluß nur durch neue Erfolge bewirkt werden kann. Aber Erfolge von solcher Bedeutung und Tragweite wiederholen sich nicht zu oft in einem Jahrhundert.

Das Deutsche Reich, wie seine Begründer es hinterlassen haben, hat kein Bedürfnis nach neuen auswärtigen Entscheidungen, bei denen es nichts zu gewinnen vermöchte. Es muß im Gegentheil sein Hauptaugenmerk seiner inneren Kräftigung zuwenden, damit der Reichsbau gegen Stürme kommender Tage fest und wohlgefügt sei. Der politische Unterschied zwischen dem heutigen Deutschland und dem Kaiser Wilhelm's I. beruht auf dem historischen Unterschiede. Ehedem galt es, Entscheidungen herbeizuführen, weil nur durch diese die Fundamente des nationalen Lebens zu gewinnen und festzulegen waren; jetzt gilt es, neue Entscheidungen nicht zu suchen, sondern thunlichst zu vermeiden, weil dabei nichts mehr zu gewinnen, sondern nur das Gewonnene zum Einsatz zu bringen ist.

Diese Maxime hat seit dem Abschluß des Frankfurter Friedens auch die Politik des Fürsten Bismarck beherrscht und zwar in so entschiedener Weise, daß der Kanzler zu wiederholten Malen selbst den ausgesprochenen Gegensatz zum Feldmarschall Moltke nicht scheute, welcher an der Ansicht festhielt, daß es für Deutschland besser sei, den Einsatz zu wagen, solange er der geringeren Kriegsbereitschaft der Gegner wegen ungleich weniger gefährdet sei.

Die weise Beschränkung der Politik des Fürsten Bismarck auf das

Nothwendige im Gegensatz zum Begehrenswerthen hat Deutschland zwei Jahrzehnte des Friedens nach Außen, des wachsenden Vertrauens der deutschen Reichsgenossen nach Innen gesichert. In das neue Jahr können wir somit nur mit dem Wunsche eintreten, daß die festgelegten Fundamente dieser Politik nicht verlassen werden, und daß wenigstens nach dieser Richtung, um ein oft gebrauchtes Wort noch einmal zu wiederholen, der Cours der alte bleibe. Wollte man ihn aufgeben — was bis jetzt glücklicherweise ausgeschlossen erscheint —, das im besten Falle Erreichbare würde niemals im Verhältniß zum Werthe des Einsatzes stehen.

* * *

Am 3. Januar (M.=A.) erzählen die „Hamb. Nachr." Folgendes:

Ein Malstündchen bei Bismarck. Im liebenswürdigen Eingehen auf einen von einem Herrn in Köln ausgesprochenen Wunsch nach einem Originalbildniß des Fürsten Bismarck, erklärte sich der Fürst bereit, der im Falle der Zustimmung mit der Ausführung dieses Bildnisses betrauten Künstlerin, Frau Vilma Parlaghy, einige Sitzungen zu gewähren. Bei einem vorbereitenden Besuche, den die Künstlerin vor einiger Zeit in Begleitung ihres Gemahls, des Herrn Dr. Krüger, dem Fürsten in Friedrichsruh abstattete, und in dessen Verlauf sie vielfach Gegenstand liebenswürdiger Auszeichnung seitens des Fürsten war, wurde der Schlußtag des alten Jahres für die erste Sitzung festgestellt. Die endgültige Vereinbarung wurde indeß von den Licht- und Wetterverhältnissen abhängig gemacht. Da nun den ganzen 31. December über starkes Nebelwetter herrschte, unterblieb der Besuch der Künstlerin an diesem Tage, wogegen ein vorgestern in später Abendstunde hier (d. h. in Hamburg) eingelangtes Telegramm sie verständigte, daß der Fürst sich für gestern Vormittag gegen 11 Uhr zu ihrer Verfügung halte.

Am gestrigen Vormittage fand nun die Künstlerin bei ihrer Ankunft den Fürsten schon in schwarzer Civilkleidung zur Sitzung bereit, so daß die Aufnahme in dem ersten rechtseitigen Parterresaal, in dem der Fürst stets die ihn aufsuchenden Deputationen zu empfangen pflegt, und der um diese Zeit zum größten Theile den Weihnachtsspielgeräthen der fürstlichen Enkel eingeräumt ist, gleich beginnen konnte. Die Sitzung währte etwa eine Stunde, und wer da weiß, wie selten sich der Fürst bereit finden läßt, dem forschenden Auge eines Portraitisten, gleichviel ob er Maler ist oder Bildhauer, auch nur vorübergehend Stand zu halten, geschweige denn, sich in ruhiger Sitzung zu fügen, der wird schon an dieser Thatsache allein unschwer das Interesse ermessen können, das der Fürst selbst dem unter so eigenartigen Nebenumständen ins Werk gesetzten Unternehmen entgegenbringt. Gleichwohl mag es auch der Künstlerin nicht leicht gefallen sein, den Fürsten zum ruhigen Aushalten zu bewegen. So wußte sie sich, als sie einmal fast schon an der

Erreichung dieses Zieles zu verzweifeln begann, nicht anders als mit dem Trällern eines Liedchens zu helfen:

Als ich Dich geseh'n,
War's um mich gescheh'n.

Und siehe da, das Mittel half. War es das muntere Wesen der jugendlichen Künstlerin oder die Neuheit der Situation, oder auch beides zusammen — kurz, der Fürst lachte herzlich und fügte sich geduldig.

Nach beendeter Sitzung trat der Fürst einen kleinen, halbstündigen Spaziergang an, nach dessen Abschluß sich die sämmtlichen Familienmitglieder und sonstigen Gäste des Hauses — die Schwester des Fürsten, Frau von Arnim-Kröchelndorf, Prof. Schweninger, Prof. Fr. von Lenbach, Frau Vilma Parlaghy und deren Gemahl Dr. Krüger — im Ganzen etwa 18 Personen, an der gemeinsamen Frühstückstafel zusammenfanden. Die Künstlerin kam hierbei zwischen die Fürstin und ihren berühmten Berufsgenossen Prof. von Lenbach zu sitzen — nebenbei bemerkt denselben Meister, unter dessen Augen sie im Beginne des vorigen Jahrzehnts als fünfzehnjähriges Mädchen in München die ersten Versuche auf dem von ihr nun so erfolgreich beschrittenen Gebiete gemacht. Nach aufgehobener Tafel kehrte die Künstlerin nach Hamburg zurück, nicht ohne von dem Fürsten das Versprechen mit auf den Weg zu nehmen, daß er sich ihr jederzeit im Interesse des begonnenen Werkes zur Verfügung halten wolle.

Wir hatten das Vergnügen, die interessante Künstlerin — Frau Parlaghy ist eine geborene Ungarin und Abkömmling einer angesehenen adeligen Beamtenfamilie — kurz nach ihrer Rückkehr aus Friedrichsruh zu sehen und zu sprechen und fanden sie ergriffen unter dem Eindrucke der machtvollen Persönlichkeit des Fürsten, dessen Aussehen sie vortrefflich, dessen körperliche und geistige Beweglichkeit sie gleich erstaunlich fand. „Es ist ein unbegreifliches, geheimnißvolles Leben in diesem mächtig aufgebauten Kopfe, das auf den Beschauer geradezu überwältigend in den Augenblicken wirkt, da er den Blick über die Personen und Gegenstände seiner näheren Umgebung hinweg und in die Ferne schweifen läßt." So schilderte sie den empfangenen Eindruck.

* * *

Am 12. Januar trifft Fürst Bismarck in Begleitung der Fürstin in Hamburg ein, um an einem Diner bei dem Oberingenieur F. Andreas Meyer in dessen Wohnung Theil zu nehmen. Das fürstliche Paar wird bei der Ankunft und der Abreise von der Bevölkerung freudig begrüßt.

* * *

In der Reichstagssitzung vom 12. Januar stand wieder einmal die Diätenfrage zur Verhandlung. Diese Gelegenheit wurde von einzelnen Abgeordneten zu groben Ausfällen gegen den Fürsten Bismarck benutzt. Dr. Lieber erklärte:

Nicht das allgemeine Wahlrecht hat den Ton der öffentlichen Discussion herabgestimmt, sondern das war der frühere Kanzler des Deutschen Reichs. Und um das zu beweisen, setzt er hinzu: „Bezüglich des Reichskanzlers a. D. und des Reichstagsabgeordneten in absentia will ich nur daran erinnern, daß er dem Centrum einen Meuchelmörder an die Rockschöße hängen wollte, daß er die persönlichsten Angriffe als Waffe benutzte." Der Abgeordnete Richter aber behauptete gar: „Der abwesende Abgeordnete Fürst Bismarck trägt die Hauptschuld an dem Antisemitismus! Auf seine wohlwollende Neutralität ist alles Häßliche dieser Bewegung zurückzuführen."

Gegen solches Gebahren wendet sich das „Frankf. Journal", indem es ausführt:

Wie tief eingewurzelt der blinde Haß gegen den Fürsten Bismarck bei einzelnen Parteien und Persönlichkeiten ist, davon gab einmal wieder die Sitzung des Reichstags am Dienstag ein beredtes Zeugniß. Dr. Lieber vom Centrum, Eugen Richter vom Freisinn und Herr Singer von der Socialdemokratie, sie reichten sich die Hand zum schönen Bunde, um den früheren Reichskanzler in allen Tonarten zu schmähen; und wenn der Präsident diesem taktlosen Treiben nicht Einhalt gethan hätte, der Haß jener drei Herren und Parteiführer hätte sich wohl in noch unqualificirbareren Anklagen und Schmähungen Luft gemacht.

Der größte Aerger dieser Feinde des Alt-Reichskanzlers ist, daß dieser es verschmäht, sich seinen kleinen Gegnern auf dem parlamentarischen Kampffelde zu stellen. Sie haben sogar den traurigen Muth, dem Fürsten Bismarck bei diesem Fernbleiben vom Reichstage Motive unterzuschieben, durch die sich jeder einfache Mann aus dem Volke auf das Tiefste beleidigt fühlen würde; den Vorwurf der Feigheit erträgt so leicht kein Mann, wenn er nicht eben auf einer solchen Höhe steht, daß ihn die Schmähungen der Kleinen unten im Thale nicht erreichen können.

Die Feinde des Fürsten Bismarck haben kein Gefühl für die Motive, welche den Fürsten bestimmen, den Reichstagsverhandlungen vor der Hand fern zu bleiben. Er ist nicht ein Politiker gewöhnlichen Schlages, der um jede kleine politische Streitfrage zu Felde ziehen muß; er kann sich nicht in das alltägliche politische Gezänk mischen, welches jetzt einmal wieder Sitte geworden ist. Die großen Gesichtspunkte verschwinden ja mehr und mehr aus unserer inneren Politik, welche ein epigonenhaftes Ansehen anzunehmen beginnt. Die kleinen Geister eines Lieber, eines Richter, eines Singer, fühlen sich in diesem kleinen täglichen Kampfe wohl, das ist ihr Element; sie haben nicht die großen Gesichtspunkte, welche die Politik eines Fürsten Bismarck leiteten.

Wie die kläffenden Hunde über den Löwen würden sie über den Fürsten herfallen, sollte sich dieser im Reichstage zeigen; sie würden keine Gelegenheit

vorübergehen lassen, um ihn durch geheime und offene Anspielungen, durch kleinliche, aber schmerzliche Nadelstiche zu reizen und zu necken, und wenn dann der Löwe sich reckte und voll Zorn einige seiner Gegner in seinen gewaltigen Pranken schüttelte, dann gäbe es ein Geschrei und Getobe, daß Fürst Bismarck nur gekommen zu sein scheine, um kleine Streitigkeiten auszutragen; dann wäre es den Herren wieder nicht recht, daß Fürst Bismarck sich seiner Haut wehrte.

Wir haben es bedauert, daß Fürst Bismarck nicht zu den Berathungen des Handelsvertrags gekommen ist, aber wir haben seine Motive wohl verstanden, die ihn verhinderten, in dem Reichstage zu erscheinen, um die Reihen der Opposition gegen die Handelsverträge zu verstärken. Wir ehren diese Motive, denn sie sind diejenigen eines treuen, alten Dieners, der neuen Wegen seines früheren Herrn und Gebieters nicht entgegentreten will.

* * *

Am 15. Januar wird aus Berlin unter den „Parlaments-Nachrichten" gemeldet:

Der mündliche Bericht der VI. Abtheilung des Reichstags über die Wahl des Fürsten von Bismarck im 19. Wahlkreise der Provinz Hannover liegt jetzt vor. Die Abtheilung beantragt:

Der Reichstag wolle beschließen, die Wahl für gültig zu erklären, und den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die in den telegraphischen Depeschen vom 15. und 30. April 1891 aufgestellten Behauptungen über Verstöße der Wahlvorstände in einigen Ortschaften auf ihre Richtigkeit zu prüfen und eventuell durch geeignete Instructionen ähnlichen Verstößen für die Zukunft vorbeugen zu lassen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." melden am 17. Januar (M.-A.):

Fürst und Fürstin Bismarck, sowie Graf Herbert Bismarck, welche gestern Abend um $5^1/_2$ Uhr hier eintrafen, sind nicht, wie früher gemeldet war, zum Besuch des Grafen von Waldersee nach Altona gefahren, sondern zu Herrn Bürgermeister Dr. Petersen, wo ein Diner stattfand. Auf dem Berliner Bahnhofe war der Fürst von Herrn Bürgermeister Dr. Petersen und Herrn Dr. Gustav Petersen empfangen worden. Herr Bürgermeister Dr. Petersen geleitete die Frau Fürstin zum Wagen. Der Empfang, der dem Fürsten seitens des Publicums wieder zu Theil wurde, war begeistert und übertraf womöglich noch die Freudenbezeigungen bei seiner letzten Anwesenheit in unserer Stadt. Der Fürst dankte nach allen Seiten in bekannter Liebenswürdigkeit.

An dem Diner bei Herrn Bürgermeister Dr. Petersen nahmen u. A. außer den erlauchten Gästen und den Familienmitgliedern des Herrn Bürgermeisters

Theil: Herr Bürgermeister Dr. Mönckeberg, Herr Senator Dr. Burchard und Gemahlin, Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Sieveking und Gemahlin, Herr Ober-Ingenieur F. Andreas Meyer und Gemahlin, Herr Emil Voigt und Gemahlin, Frau de Boor, Herr Dr. Hans von Bülow und Gemahlin, Frau Rheinhold.

Während des Essens herrschte die animirteste Stimmung und erfreute namentlich der Fürst Bismarck die Anwesenden durch die Liebenswürdigkeit seines Wesens und seine lebhafte Unterhaltung.

Abends präcis 9 Uhr erfolgte die Rückkehr der fürstlichen Gäste nach Friedrichsruh. Am Berliner Bahnhof hatte sich das Publicum in noch weit größerer Zahl als am Nachmittag eingefunden. Der Fürst fuhr in offener Equipage vor und wurde von den Anwesenden mit dem Gesange „Deutschland, Deutschland über Alles" empfangen. Fürst Bismarck dankte durch freundliches Grüßen und verließ mit den ihn begleitenden Herren den Wagen. Während der Fürst von seinen Begleitern Abschied nahm, stürmte das Publicum auf den Perron, um bei der Abfahrt zugegen zu sein. Als der Salonwagen an den bereit stehenden Zug herangefahren wurde, erschollen stürmische Hochs und wurde abermals das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles" gesungen. Beim Anschluß des Wagens an den Zug und während der Abfahrt war der Andrang nach dem Salonwagen ein geradezu enormer. Der Fürst dankte sichtlich gerührt von den freudigen und herzlichen Kundgebungen durch freundliches Grüßen und Händereichen der ihm zunächst stehenden Personen. Bei der Abfahrt wurde dem Fürsten ein Lebehoch aus Tausenden von Kehlen nachgerufen. Der Fürst sah frisch und wohl aus.

* * *

Am 18. Januar wurden die Chargirten des Akademisch-dramatischen Vereins in Leipzig, dessen Ehrenmitgliedschaft der Fürst angenommen hatte, im Friedrichsruher Schloß empfangen. Einer der Studirenden berichtet über den Besuch in der „Braunschw. Landes-Ztg." Folgendes (vgl. „Hamb. Nachr." vom 25. Januar, A.-A.):

Am 11. Januar 1892 war bei uns beschlossen worden, beim Fürsten anzufragen, ob er geneigt wäre, die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen. Wir erhielten durch Herrn Dr. Chrysander Antwort, daß der Fürst die Mitgliedschaft gern annehme und die Chargirten, wenn sie sich nicht durch das winterlich-unwirthliche Wetter abhalten ließen, am 18. Januar, 1 Uhr Mittags empfangen würde. So trafen wir am 18. in Hamburg ein, und nachdem wir uns dort in unser studentisches Galacostüm geworfen hatten, setzten wir die Fahrt nach Friedrichsruh fort, wo wir alsbald anlangten und das in nächster Nähe des Bahnhofes belegene Fürstenschloß aufsuchten. Ein Portier öffnete uns das Thor desselben und ließ uns eintreten, worauf wir dann nach kurzem Verweilen in das Schloß geführt wurden. Der Fürst war noch nicht von

seinem Spaziergange zurückgekehrt, so lernten wir denn zunächst die Herren Dr. Chrysander, Professor Schweninger, Graf Herbert Bismarck, Lothar Bucher und Mr. Whitman kennen. Wenige Minuten nach 1 Uhr trat der Fürst ins Zimmer. Welch ein ganz anderes Bild, als man wohl in neuerer Zeit von dem Fürsten zu entwerfen beliebte! Eine hohe imposante Figur, nicht gebeugt, mit freiem, durchaus nicht das Alter verrathendem Gange, kurz, das Bild eines rüstigen Sechzigers, so trat er vor uns hin, in liebenswürdiger Weise die kleine Verspätung durch den Befehl des Professors Schweninger entschuldigend. Nachdem der Sprecher, dem der Fürst mit sichtlichem Interesse sehr aufmerksam zugehört hatte, seine Anrede beendet hatte, dankte uns der Fürst in einer längeren Erwiderung, in der er, zunächst auf den speciellen Zweck unseres Besuches näher eingehend, folgende Worte an uns richtete:

„Ich danke Ihnen von Herzen für die Ehre, die Sie mir durch die Aufnahme in Ihren Verein und durch Ihr Erscheinen erweisen, und Ihr Diplom wird mir unter den Zeichen des Wohlwollens, die ich aus studentischen Kreisen empfangen habe, werthvoll sein. Ich freue mich über jede Anerkennung, die ich bei der Jugend erfahre; wenn man in meinem Alter ist, so hofft man mehr wie früher auf die jüngeren und nachfolgenden Generationen, und ich bin nicht gleichgültig gegen deren Urtheil nach meinem Tode. Zu den Symptomen für diese meine Hoffnungen post obitum gehört auch die Theilnahme, die ich bei der studentischen Jugend finde, zu der mich die Erinnerung an die Jahre hinzieht, während deren ich selbst Student war. Sie sagten, dieser Augenblick sei bis jetzt der bedeutendste Ihres Lebens. Ich weiß nicht, ob ich sagen soll: ich fürchte, oder ich hoffe, daß Sie noch bedeutendere erleben werden und schwerere. Meine Wünsche begleiten Sie dahin.

„Wenn ich in Anbetracht der künstlerischen Ziele, denen Sie dienen, noch ein Wort pro domo reden darf: Ich bin in den Verdacht gekommen, als wenn ich für Kunst keinen Sinn hätte; noch neulich hatte ich Gelegenheit, dies zu hören, und gerade der von mir sehr geliebten Musik gegenüber. Mit der Politik geht es aber wie mit allen menschlichen Leidenschaften: sie nehmen die Hand, wenn man den Finger giebt, und wie stärkere Raubfische die schwächeren fressen, so läßt auch die stärkste unter den Neigungen die anderen nicht aufkommen. Ich hatte mich von der Politik ganz erfassen lassen und für Theater und Kunst keine Zeit übrig.

„Jetzt, wo ich mit dem Dienste nichts mehr zu thun habe, würde ich gern den Schaden nachholen und oft nach Hamburg ins Theater fahren, wenn die Hamburger sich erst mehr an mein Erscheinen gewöhnt haben und mich wie einen der Ihrigen, der ich ja kraft Bürgerbrief bin, circuliren lassen. Wenn die Jahreszeit günstiger wird, hoffe ich, auch mehr ins Theater zu kommen.

„Nehmen Sie, meine Herren, die besten Wünsche für das Gedeihen Ihres Vereins. Ich freue mich, daß Sie Ihrer Neigung zur Kunst auch selbst darstellend nachkommen. Goethe schätzt das Theaterspielen als eine vorbereitende Schule für äußeres Auftreten im Leben, und ich glaube, sie ist besonders für den Deutschen wichtig zum Zweck des dégourdir, des ‚Entschüchterns‘. Frei und beweglich mache es im äußeren Auftreten fürs Leben.“

Als der Fürst geendet hatte, forderte er uns auf, ihm zu seiner Gemahlin zu folgen, mit der er uns bekannt machen wolle, und dann ein gemeinsames Frühstück am Familientische einzunehmen. Auf einer Flasche befand sich das Wappen von Litthauen, dieses veranlaßte Herrn Rocke zu der Bemerkung: „Nun, die Litthauer werden ihr Wappen wohl auch nicht lange mehr führen.“ Der Fürst erwiderte:

„Wissen Sie, das ist mir ganz gleichgültig, um Politik kümmere ich mich nicht mehr; es geht mir wie einem Wanderer im Schnee, er fängt allmählich an zu erstarren, er sinkt nieder, und die Schneeflocken bedecken ihn, es ist ein angenehmes Lustgefühl. So erstarre auch ich allmählich, mein Interesse an der Politik schwindet, aber ich fühle mich wohl dabei.“

Dann wurden Cigarren gereicht, der Fürst selbst rauchte eine Pfeife. Während der Tafel wurde dem Fürsten ein Gedicht in Keilschrift von einem Professor der Assyriologie in Philadelphia überreicht, das die Runde an der Tafel machte. Die Zeit floß rasch, nur zu rasch dahin, so daß wir den Zug versäumten; da im Laufe des Tischgespräches der Sachsenwald berührt war, so bot uns der Fürst in liebenswürdigster Weise an, uns den Sachsenwald durch eine Schlittenpartie zeigen zu lassen. Da wir indeß in Wichs und Frack erschienen waren, dieses Costüm aber zu einer Schlittenpartie wohl nicht ganz geeignet gewesen wäre, so mußten wir die Pelzgarderobe Seiner Durchlaucht benutzen. Nach allseitiger, ich kann wohl sagen, recht herzlicher Verabschiedung bestiegen wir den Schlitten, und fort ging's. Unsere äußere Bekleidung bewirkte denn, daß wir allseitig ehrerbietig begrüßt wurden. Die Fahrt durch den mit mächtigen Buchen bestandenen Sachsenwald war herrlich, nur zu kurz. Besonders fielen uns die überaus zahlreichen Wechsel des Rothwildes auf. Als wir auf dem Bahnhof ankamen, war Herr Dr. Chrysander schon anwesend, der uns an den bald ankommenden Zug geleitete, nachdem wir vorher noch einen steifen Grog getrunken hatten.

* * *

Am 18. Januar fand in Leipzig ein Festmahl zur Feier des Jahrestages der Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreichs statt. Dem Bericht des „Leipz. Tgbl.“ darüber entnehmen wir folgende auf den Fürsten Bismarck bezügliche Stelle:

Der dritte Toast galt dem Fürsten Bismarck. Herr Bürgermeister

Dr. Tröndlin brachte den Trinkspruch aus und entfesselte durch seine Worte einen solchen Sturm des Beifalls, daß die Feder nur schwach den Eindruck auf die Hörerschaft schildern kann. Man konnte hieraus wieder klar sehen, welche Gefühle in den Herzen unseres Volkes lebendig sind.

Der hochgeschätzte Herr Redner betonte, daß gewiß Alle freudig in das Lob eingestimmt hätten, welches der erste Redner der Entwickelung unserer Reichsverhältnisse gezollt, und daß man mit Begeisterung dem Rufe zur Ausbringung des Hochs auf unsern Kaiser gefolgt sei; jedoch der Thatsache könne man sich unmöglich verschließen, wie viel schöner und besser es sein würde, wenn wir nicht den Mann, der mit so genialer Begabung und geübter Hand das deutsche Staatsschiff durch alle Wogen und Brandungen sicher hindurch geführt, an dessen Steuerruder zu missen hätten.

Trotz aller Beruhigungsversuche sei es nicht gelungen, von dem deutschen Volke das drückende Bewußtsein hinwegzunehmen, daß, wie es schon einer der Vorredner angedeutet, wir durch den Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinem Amt ein ganz unschätzbares Capital verloren haben.

Dieses Gefühl werde noch niederdrückender durch die traurige Thatsache, daß die Gegner des Fürsten Bismarck, mit denen er, als er noch in seiner mächtigen Stellung war, ritterlich kämpfte, daß diese Leute sich jetzt, wo sie glauben, er könne ihnen nicht mehr gefährlich sein, nicht schämen, ihn mit Schmähungen und Beleidigungen zu überhäufen. Und sei es für jeden deutschen Patrioten nicht betrübend, daß dieser Mann — ein Mann, wie ihn in solcher genialen Größe und Alles überragenden Bedeutung die Vorsehung nur in Zeiträumen von Jahrhunderten einmal einem Volke zu schenken pflege — so klanglos vom Schauplatz seines Wirkens abtreten mußte, daß weder der Reichstag, noch der preußische Landtag sich der Ehrenpflicht des Dankes für das Wirken des Fürsten Bismarck erinnerten?

Nun, uns solle wenigstens der Vorwurf der Undankbarkeit nicht treffen, im Gegentheil, wir wollen bei jeder Gelegenheit und namentlich am heutigen Tage die Verdienste unseres Bismarck um das deutsche Vaterland preisen und hochhalten.

In das Hoch auf Fürst Bismarck stimmte die ganze Tafelrunde mit brausendem Jubel ein, das Hochrufen und Händeklatschen wollte kein Ende nehmen, und schließlich sang die Versammlung stehenden Fußes das Lied „Deutschland, Deutschland, über Alles“.

* *
*

Gegen den früheren Unterstaatssecretair und Gesandten z. D. Grafen von Limburg-Stirum wird wegen abfälliger Kritik der Regierung in Sachen der Handelsverträge die Disciplinaruntersuchung eingeleitet. Das giebt den „Hamb. Nachr.“ Anlaß zu einer Warnung vor Beamtenwahlen. Sie schreiben am 20. Januar (M.-A.):

Die Beamtenwahlen. Durch die Disciplinaruntersuchung, welche gegen den Abgeordneten Grafen Limburg-Stirum wegen seiner Kritik an den Handelsverträgen eingeleitet worden ist, wird Denjenigen Recht gegeben, die stets davor gewarnt haben, Beamte zu wählen. In dem Vorkommniß liegt ein Beweis dafür, daß der Wähler, wenn er einen unabhängigen Vertreter seiner Interessen im Parlamente haben will, sich enthalten muß, einen ihm sonst vielleicht sympathischen Beamten zu wählen, weil dieser bei dem Drucke, der unter Umständen auf ihn geübt wird, unmöglich die Unabhängigkeit behalten kann, die für einen Volksvertreter wünschenswerth ist.

Früher war es Tradition in zahlreichen Wählerschaften Preußens, daß es nützlich sei, Beamte und namentlich den Landrath in die Kammer zu wählen, weil dieser ohnehin in der Lage sei, Einfluß auf den Kreis und für die Kreiseingesessenen auszuüben, aber auch die Bedürfnisse des Kreises genau kenne und an ihrer Befriedigung interessirt sei. Neuerdings ist die Stellung des Landraths in Preußen jedoch eine völlig andere geworden. Wer in früheren Zeiten Landrath wurde, der wurde es mit dem Gedanken, in dieser Stellung alt zu werden und sie bis an sein Lebensende als Kreiseingesessener zu verwalten. Er war deshalb geneigt, als Abgeordneter die Interessen seines Kreises, wenn er glaubte, daß die Regierung sie schädigte, zu vertheidigen. Heutzutage ist es umgekehrt; der Landrath wird in der Regel die Regierungsinteressen dem Kreise gegenüber wahrnehmen. Die jetzigen Landräthe sind junge Assessoren oder ähnliche Beamte; sie betrachten den Landrathsposten als eine Stufe in ihrer Carrière. Um letztere zu fördern, sind sie in der Versuchung, nach Oben hin sich dienstbar, strebend zu erweisen und sich ein Verdienst daraus zu machen, die Intentionen der Regierung mit Energie und Erfolg zu fördern, ohne sich immer klar darüber zu werden, ob das Ergebniß für das Wohlbefinden der Kreiseingesessenen nützlich ist. Zwischen der Bezirksregierung und dem Landrath bestand früher eine Scheidelinie, jenseit derer vom Landrath eine Vertretung der Kreisinteressen bei Prüfung der Regierungsmaßregeln erwartet werden konnte. Gegenwärtig ist der Landrathsposten der staatlichen Bureaukratie vollständig einverleibt, und der Landrath, der nicht geneigt ist, in seinem Kreise zu bleiben, bis er emeritirt wird, wird nur im Falle eines höchst unabhängigen Charakters sich dazu verstehen, im Parlamente dem ihm vorgesetzten Minister, von dem seine weitere Beförderung zum Ober-Regierungsrath, Präsidenten oder Ministerialhülfsarbeiter abhängt, offen und mit Schärfe entgegen zu treten, welche allein in der parlamentarischen Arena Eindruck macht. Aehnlich wie mit dem Landrathe aber verhält es sich mit den meisten Beamten.

Wenn schon Beamte, die zur Disposition gestellt sind, in Fragen, die mit ihrem früheren Amte nichts zu thun haben, auf Grund ihrer Beurtheilung von Regierungsvorlagen disciplinarisch verfolgt werden, so ist bei einem Beamten im Dienste um so mehr zu befürchten, daß er als Abgeordneter einem Drucke unterliegt, der von oben her auf ihn geübt werden und sich in Begünstigung oder Zurücksetzung in seinem amtlichen Verhältniß geltend machen kann, ohne daß der äußerliche, der Kritik unterworfene Apparat processualischen Verfahrens dabei Anwendung zu finden brauchte.

Es liegt also im Interesse der Wähler, wenn sie dasselbe voll zur Geltung bringen wollen, sich bei zukünftigen Wahlen der Wahl von Beamten nach Möglichkeit zu enthalten. Wir stimmen der „Post" völlig zu, welche neulich schrieb: „Diese Auffassung ist im Interesse der Regierung, wie sicher nicht bezweifelt werden kann, nichts weniger als erwünscht. Sie ist auch geeignet, der parlamentarischen Thätigkeit der zahlreichen und bis zu einem gewissen Grade nicht wohl entbehrlichen Beamten in dem Reichs- und Landtage noch engere Schranken zu ziehen, als dies bereits jetzt thatsächlich der Fall war."

* * *

Am 10. Januar hatten die „Polit. Nachr." des Gerüchts von Meinungsverschiedenheiten Erwähnung gethan, die zwischen dem Finanzminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten entstanden sein sollten, es aber für unbegründet erklärt. Daraus waren dann schon weitere Folgerungen gezogen, die sich sogar bis zu der Meldung von dem nahen Rücktritt Dr. Miquels verstiegen. Dagegen sagen die „Hamb. Nachr." am 20. Januar (M.-A.):

> Bezüglich der jetzt die Zeitungen durchlaufenden und auch in diesem Blatte neulich in einer Berliner Correspondenz behandelten Gerüchte über Gegensätze im preußischen Ministerium, bei denen insbesondere Herr Dr. Miquel betheiligt sei, möchten wir die Ansicht äußern, daß wir die Stellung des Finanzministers in keiner Weise für bedroht ansehen können und dies zwar, weil wir glauben, daß Herr Dr. Miquel der einzige Minister ist, der das Vertrauen des Centrums, der jetzigen Hauptstütze der Regierungspolitik, genießt.
>
> Wir sind der Ansicht, daß, wenn die Regierung entschlossen ist, sich auch fernerhin auf das Centrum zu verlassen, sie Herrn Dr. Miquel im Amte halten muß, da sein Ausscheiden sie der Unterstützung des Centrums berauben würde. Wir glauben auch nicht daran, daß Herr Dr. Miquel gegen den Volksschulgesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, im Ministerrathe gestimmt hat, wie verschiedentlich behauptet wird, sondern wir halten im Gegentheil die persönliche Betheiligung des Herrn Dr. Miquel an dem Entwurfe für höchst wahrscheinlich. Endlich sind

wir der Meinung, daß eine vom Centrum gestützte Regierung nicht anders procediren kann, als dies mit der jetzigen Vorlage geschehen ist. Wir sind überzeugt, daß dem Centrum noch ganz andere Zugeständnisse als die vorliegenden gemacht werden; wir betrachten den Entwurf nur als Einleitung zu weiteren Schritten auf der damit beschrittenen Bahn.

* * *

In derselben Nummer wird auf die Gefahr hingewiesen, die die polenfreundliche Politik der Regierung und die regierungsfreundliche Haltung der Polen für die Beziehungen Deutschlands zu Rußland in sich birgt; besonders bemerkenswerth in der Hinsicht ist das Verhalten des neuernannten Erzbischofs von Posen und Gnesen, Dr. von Stablewski:

Die unnöthige Schärfe der jetzigen Haltung Rußland gegenüber wird erheblich verstärkt durch die Art, wie die polnische Unterstützung der neuen Politik in officiösen Artikeln als verdeckte Batterie bezeichnet wird, die mitten im Frieden gegen Rußland errichtet ist. Schon die Rede, durch welche der neue Erzbischof von Posen und Gnesen sich in Thorn als regierungsfreundlich introducirt hat (vgl. Band II, S. 340), und welche das Hauptargument für die Möglichkeit bildet, von seiner 15jährigen parlamentarischen Thätigkeit Umgang zu nehmen, enthält doch, ohne den Worten Gewalt anzuthun, ein Bekenntniß zur Vergangenheit der ehemaligen Republik Polen und eine indirecte Erklärung, für die Wiederherstellung derselben nach wie vor thätig sein zu wollen.

Wenn man annimmt, daß ähnliche Motive in Bezug auf die Vergangenheit für Inauguration eines französischen Geistlichen im Elsaß, für Anstellung eines dänischen Prälaten in Nordschleswig geltend gemacht würden, Motive, in welchen das Zurückschrauben des gegenwärtigen Zustandes auf den vergangenen als letztes vorschwebendes Ziel gekennzeichnet wäre, und man sich den Eindruck klar macht, den dergleichen Demonstrationen in Deutschland hervorbringen müßten, so kann man sich nicht wundern, wenn bei den russischen Politikern den jetzigen polnischen Demonstrationen gegenüber das Gefühl, schon im Frieden mit einem künftigen Appell an die polnischen Unterthanen Rußlands bedroht zu werden, ebenfalls zu Tage tritt. Der Gedanke der Russen, daß sie vom Dreibunde eine aggressive Politik vorkommenden Falles zu erwarten haben, gewinnt dann an Verständlichkeit.

* * *

Die „Voss.-Ztg." ist so unvorsichtig, ihre Freude darüber zu verrathen, daß der Volkswirthschaftsrath unter der neuen Regierung noch nicht wieder zusammenberufen sei. Darauf antworten die „Hamb. Nachr." in der oben genannten Nummer:

Die „Voss. Ztg." triumphirt darüber, daß der preußische Volkswirthschaftsrath verschollen sei. Wir können diese Thatsache nur mit Bedauern anerkennen, und das Bedauern ist um so größer, als die Ansicht, daß der Volkswirthschaftsrath nicht nöthig sei, weil im Reichstage alle Landesinteressen ausreichend vertreten seien, sich unserer Ansicht nach bei den jüngsten wirthschaftlichen Verhandlungen des Reichstages über die Handelsverträge nicht bestätigt hat. Unserer Meinung nach kann eine möglichst vielseitige Prüfung der wirthschaftlichen Landesinteressen vor Erlaß von Gesetzen, welche tief in dieselben einschneiden, niemals vom Uebel sein.

* * *

Ein vernichtendes Urtheil über die deutsche Politik der Handelsverträge finden wir in den „Hamb. Nachr." vom 20. Januar (A.-A.):

Von Berlin aus wird officiös versichert, daß die Aussichten einer Zollverständigung mit Spanien wirklich vorhanden seien. Wir sind geneigt, das zu glauben, und zweifeln auch nicht, daß alle übrigen Staaten Neigung haben werden, mit Deutschland Handelsverträge abzuschließen. Wenn ihnen analoge Concessionen wie Oesterreich, Italien und namentlich der Schweiz gemacht werden, wird jede Nation bereit sein, an der Curée theilzunehmen, die auf Kosten Deutschlands geliefert wird.

* * *

Ueber die im Widerspruch mit dem neuen Handelsvertrag in Ungarn gewährten Refactien lassen sich die „Hamb. Nachr." am 21. Januar (M.-A.) folgendermaßen aus:

In den Blättern ist sehr viel von Refactien die Rede, die mit Zustimmung der ungarischen Regierung gewährt werden, aber nicht von denen, die nach den ungarischen Traditionen sich der staatlichen Controle entziehen. Dies sind die eigentlichen, geheimen Refactien. Ob dieselben auf den ungarischen Staatsbahnen zur Anwendung gelangen, wollen wir dahingestellt sein lassen; jedenfalls haben sie bisher auf den ungarischen Privatbahnen in großem Umfange bestanden, namentlich auf solchen Bahnen, welche der ausschließlichen Leitung potenter ungarischer Geldmänner unterstehen.

Der russische amtliche Sprachgebrauch unterscheidet in Bezug auf den Schmuggel an der Grenze zwischen legalem und illegalem Schmuggel. Legal wird, nicht ohne Anflug von Sarkasmus, derjenige Schmuggel genannt, welcher sich derart vollzieht, daß der Zug mit den einzuschmuggelnden Waaren, bevor er in den Bereich des russischen Zollamts tritt, einen Unterhändler abschickt, der mit den Grenzbeamten verhandelt, für welchen Betrag von „Refactien" sie den Zug durchlassen wollen, der bei Gelingen einer Verständigung nach Rußland hineingeführt wird, bei

Mißlingen umkehrt. Der illegale Schmuggel ist derjenige, der unter Führung beherzter Schmuggler, die zu fechten bereit sind, die Grenzlinie ohne Verständigung mit der Douane zu durchbrechen versucht.

Wir möchten diejenigen Eisenbahnrefactien in Ungarn, welche die diesseitige Staatsregierung zulassen und hindern kann, als die legalen bezeichnen, und wir sind von der Loyalität der Pester Regierung überzeugt, daß sie diese legalen Refactien beseitigen wird, sobald die Handelsverträge am 1. Februar dieses Jahres in Kraft getreten sind. Wie aber steht es mit den illegalen Refactien, die sich der Controle der Behörden entziehen? Wenn ein ungarischer Waldbesitzer oder eine Finanzgenossenschaft in Ungarn oder Galizien einen Wald niederschlagen und verkaufen will, so bestand bis vor noch nicht langer Zeit und besteht vielleicht noch die Praxis, daß die Verkäufer des Waldes sich mit der nächstgelegenen Eisenbahnverwaltung in Verbindung setzen und sie fragen, für welches Pauschquantum dieselbe den Wald bis zur preußischen Grenze abzufahren geneigt ist, oder für welchen Satz per Klafter. Ist die Forderung dem Petenten zu hoch, so droht er damit, sich an eine andere, räumlich vielleicht etwas entlegenere Bahn oder Transportanstalt zu wenden, und wird zuletzt immer über den Preis der Abfuhr seines Holzes eine Verständigung erzielen, bei der von Tarifsätzen überhaupt nicht die Rede ist. Das Geschäft gestaltet sich noch weit leichter und einfacher, wenn der Waldverkäufer entweder identisch mit einem einflußreichen Miigliede der betreffenden Bahnverwaltung ist, oder wenn, wie dies bei einzelnen Bankfirmen wohl der Fall sein kann, diese über die Bahnverwaltung mit derselben Autorität verfügen, wie über den eigenen oder erkauften Wald, mit einem Wort, wenn Waldverkäufer und Bahnverwaltung von den nämlichen finanziell mächtigen Persönlichkeiten repräsentirt werden. Was aber von Holz gilt, wird sich mit derselben Leichtigkeit auch bei Kohlen und anderen schweren Bahnfrachten anwenden lassen.

Dergleichen Vorkommnisse sind in preußischen und deutschen Verhältnissen nicht denkbar; aber kein Handelsvertrag kann eine Garantie gegen ihr ferneres Vorkommen in Ungarn und in Galizien gewähren. Wir glauben, daß die Durchführung der Vertragsclausel, welche die tarifmäßige Gleichberechtigung deutscher und ungarisch-galizischer Güter vorschreibt, bei den thatsächlichen Verhältnissen in diesen Ländern außerhalb der Macht der Behörden liegt, und befürchten, daß den maßgebenden Factoren der deutschen Gesetzgebung diese Verhältnisse unzulänglich bekannt sind. Geheime Refactien der ungarischen Regierung auf den Staatsbahnen wird selbst Herr von Kardorff auf die Dauer nicht befürchtet haben, wohl aber solche Refactien, die auch für die Regierung geheime bleiben, oder wenigstens als solche behandelt werden können.

* * *

Ungeachtet der Ausführungen der „Hamb. Nachr." vom 29. December 1891 (vergl. S. 34 ff.) setzt die freisinnige Presse ihre Anstrengungen fort, für die Unzuträglichkeiten', mit denen die Ausführung des Gesetzes über die Alters- und Invaliditäts-Versicherung verknüpft ist, den Fürsten Bismarck allein verantwortlich zu machen. Dem halten die „Hamb. Nachr." vom 22. Januar (M.-A.) Folgendes entgegen:

Die freisinnig-demokratische Presse fährt fort, den Fürsten Bismarck für die Mängel des Versorgungsgesetzes verantwortlich zu machen. Wir sehen nicht ein, weshalb man sich in dieser Sache ausschließlich an den damaligen Reichskanzler hält und nicht auch an den Bundesrath. Dieser hatte weit mehr Arbeitskräfte als der Reichskanzler zur Verfügung, um das Gesetz in seinen Einzelbestimmungen entsprechend zu prüfen und umzugestalten. Aber nicht nur der Bundesrath hat dem Entwurf zugestimmt, sondern auch die Mehrheit des Reichstages, welche mindestens in demselben Maaße die Verantwortlichkeit für das Gesetz in seiner Ausgestaltung trifft, wie den Fürsten Bismarck, der zur Zeit der Verhandlungen über die Vorlage überdies in seinen vielen Aemtern wahrscheinlich wichtigere Dinge zu thun hatte, als die Einzelheiten des Klebewesens zu studiren. Es ist ein Beweis ungerechter Feindseligkeit, wenn man aus den mindestens tausend Personen, die für das Klebesystem verantwortlich sind, gerade den Fürsten Bismarck herausgreift, der außerdem durch das Stellvertretungsgesetz von der Verantwortlichkeit für die Vorlage, die im Reichsamt des Innern ihre Ausarbeitung gefunden hatte und von dem betreffenden Minister amtlich vertreten wurde, sich befreit fühlen durfte.

Fürst Bismarck hält, wie wir wiederholen, das Gesetz auch jetzt noch für richtig und heilsam, wenn man es von der ungeschickten und lästigen Ausführungsbestimmung des Klebesystems befreit. Eine Remedur in dieser Richtung kann von jedem Reichstagsabgeordneten wie von jeder Bundesregierung und namentlich von Preußen beantragt werden. Daß die Gesetzgebung auf einem ganz neuen Gebiete mit dem Bedürfniß und dem Vorbehalt ins Leben trat, durch die Erfahrung rectificirt zu werden, ist bei den Verhandlungen über das Versorgungsgesetz sowohl von den Regierungsbevollmächtigten wie von den Rednern des Hauses vielfach ausgesprochen worden, und es ist nicht verständlich, weshalb diese Remedur nicht schon längst in Angriff genommen worden ist.

* * *

Ein ultramontanes Preßerzeugniß, der Regensburger „Marienkalender" für 1892, bringt es fertig, über den Fürsten Bismarck folgenden Satz zu schreiben:

„Es ist nur der Langmuth des Monarchen zu danken, daß der rücksichtslose Frondeur, der größte Feind des Deutschen Reiches, nicht vor Gericht gestellt wurde.“

Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.“:

Um derartige Gehässigkeiten, zum Beispiel den neulichen an den Haaren herbeigezogenen Ausfall des Abg. Lieber im Reichstage gegen den Fürsten Bismarck (vergl. oben S. 45 f.), vollständig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß nach der Beendigung des kirchenpolitischen Kampfes, in den achtziger Jahren, der Clericalismus vielfach geradezu unterwürfig gegen den damaligen Kanzler war, ihm, um irgend etwas zu erreichen, den Hof machte. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre war es Windthorst, der regelmäßig das ehemals Lasker'sche Wort sprach: „Der Herr Reichskanzler hat ganz Recht.“

* * *

Die Opposition, die seitens der „Hamb. Nachr.“ gegen die Handelsverträge, speciell gegen den mit Oesterreich-Ungarn, gemacht worden war, hatte besonders politische Gründe. Nachdem die Handelsverträge angenommen sind, nehmen die „Hamb. Nachr.“ angesichts der Verhandlungen des Reichstages über Ausführungs-, Tarif- und andere mit den genannten Verträgen in Verbindung stehende Bestimmungen Gelegenheit, noch einmal alle ihre politischen Bedenken zusammenzufassen und zu begründen. Es heißt in den „Hamb. Nachr.“ vom 24. Januar (M.-A.):

> Zur auswärtigen Lage. Die Vertretung der Handelsverträge mit Oesterreich und Italien ist u. A. von dem Gesichtspunkte aus erfolgt, daß politische Gründe für die Vorlage sprächen und die Verbündeten gestärkt werden müßten. Wir haben dagegen eingewandt, daß wirthschaftliche Verträge nicht die Fähigkeit hätten, politisch consolidirend zu wirken, ja nicht einmal Kriege zu verhüten, wie das Beispiel des früheren Deutschland zeige. Wir haben auch ausgeführt, daß für die Zwecke des Dreibundes die Stärkung der Verbündeten ohne Effect bleiben würde, wenn sie auf entsprechender Schwächung Deutschlands beruhe. Es ist ferner von uns hervorgehoben worden, daß die Sympathien für den Dreibund auf deutscher Seite geschädigt würden, wenn Deutschland in Gestalt der Handelsverträge einen förmlichen Tribut an die Allianz bezahlen müsse, obwohl es weitaus der stärkere Theilnehmer derselben sei; und schließlich haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß die wirthschaftlichen Opfer, die deutscherseits zur Stärkung des Dreibundes gebracht werden sollten, keine ausreichende Bürgschaft gegen finanzielle Inanspruchnahme Deutschlands durch seine Verbündeten bei Ausbruch eines Krieges böten, mithin vielleicht zwecklos erfolgten. Alle diese Gründe sind von der Mehrheit des deutschen Reichstages bei der überhasteten Annahme der

Verträge aus Connivenz gegen die Regierung ignorirt worden. Wir sind auf 12 Jahre an Abmachungen gebunden, die wir wirthschaftlich für nachtheilig halten müssen, während die politischen Verhältnisse, zu deren Gunsten sie getroffen sind, allen möglichen Wechselfällen ausgesetzt sind.

Letzteres ist wesentlich eine Folge des Umstandes, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nicht mehr die sind, welche sie bis 1890 trotz des Bündnisses mit Oesterreich waren. Der Vertrag von 1879 bezog sich Rußland gegenüber lediglich auf dessen etwaigen Angriff gegen die Verbündeten. Es wurde dementsprechend von deutscher Seite in Wien stets die Auffassung vertreten, daß das Bündniß nur die österreichisch-ungarische Monarchie decke, nicht auch deren Orientpolitik gegen Rußland; für diese war seitens Deutschlands Oesterreich immer gerathen worden, Schutz durch Sonderabkommen mit gleichinteressirten Staaten wie England und Italien zu suchen. Auf dem Boden dieser vertragsmäßigen Auffassung war Deutschland in der Lage, sich stets mit Rußland zu verständigen und dadurch erfolgreich auf Oesterreich einzuwirken, falls dieses Neigung zeigen sollte, seiner Orientpolitik eine unerwünschte Wendung zu geben.

Diese vortheilhafte Lage, deren Aufrechthaltung an das diplomatische Geschick allerdings erhebliche Anforderungen stellte, wurde später für zu complicirt erachtet; zugleich führten persönliche Verstimmungen zur Preisgabe der guten Petersburger Beziehungen und dafür zur russisch-französischen Annäherung. Die Situation, in welche Deutschland hierdurch gerathen ist, kann nicht als eine günstige angesehen werden. Lag es früher in Deutschlands Hand, sich jederzeit mit Rußland zu verständigen und zwar, wie wir annehmen müssen, auf Grund bestimmter, jetzt nicht mehr vorhandener Abmachungen, die neben dem Vertrag mit Oesterreich bestanden, so ist in Folge der zwischen Deutschland und Rußland eingetretenen Entfremdung jetzt Oesterreich in die Möglichkeit versetzt, eventuell auf Deutschland Pression zu üben, indem es sich nach Petersburg wendet, was ebenfalls geschehen kann, ohne den Vertrag mit Deutschland zu brechen. Für Abmachungen Oesterreichs mit Rußland ohne Vorwissen Deutschlands ist die bekannte Reichsstädter Convention charakteristisch, durch welche Oesterreich sich Bosnien zusichern ließ, bevor der russisch-türkische Krieg begann, was dann u. A. zur Folge hatte, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich mit Entrüstung gegen Deutschland wandte, weil dieses angeblich auf dem Berliner Congreß Rußland um die Früchte seines Sieges gebracht und sie Oesterreich zugewendet habe!

Einstweilen mag die Gefahr, daß Oesterreich über Deutschlands Kopf hinweg Verständigung mit Rußland sucht, nicht groß sein; aber es fragt

sich, ob die jetzige Lage dauernd aufrecht zu erhalten ist, ohne daß Deutschland die Orientpolitik Oesterreichs gegen Rußland unterstützt und damit den Zwecken des Friedensbundes wie seinen eigenen Interessen entgegenhandelt. Wenn nicht alles täuscht, so liegen schon jetzt Anzeichen dafür vor, daß die Haltung der deutschen Politik nicht mehr die völlig neutrale in den orientalischen Dingen ist, die sie früher zum Vortheile Deutschlands war. Auf diesem Wege aber würde Deutschland allmälig in ein Abhängigkeitsverhältniß zu Oesterreich gerathen, das seiner Machtstellung und seiner nationalen Würde wenig angemessen wäre; es würde schließlich Gut und Blut für die Wiener Balkanpolitik riskiren und außerdem noch auf dem Wege der Handelsverträge Tribut zahlen müssen. Das ist eine Perspective, angesichts deren man es verstehen wird, weshalb Fürst Bismarck immer und immer wieder davor warnte, es mit Rußland ganz zu verderben; man wird auch die Kurzsichtigkeit Derer erkennen, die jeden verständigen Politiker, der gegen die maßlosen antirussischen Verhetzungen der deutschen Presse Stellung nahm, quasi als Landesverräther behandelten.

Die Aenderung der europäischen Lage zu Deutschlands Nachtheil kann mit dem Hinweise auf die Macht des Dreibundes nicht entschuldigt werden. Der Dreibund bestand auch früher und erhielt erhöhte Bedeutung gerade dadurch, daß Deutschland in ihm freie Hand und die Führung in Europa besaß. Wir fürchten, die Festigkeit des Bundes hat seitdem nicht zugenommen und wird auch nach den Handelsverträgen nicht zunehmen. Eine Krisis in Italien, ein Thronwechsel in Oesterreich und ähnliche Ereignisse können die Grundlage des Bundes derart erschüttern, daß seine Aufrechterhaltung trotz aller geschriebenen Verträge unmöglich wird; dann aber wäre es für Deutschland erst recht bedenklich, wenn ihm, um nicht isolirt zu sein, keine andere Wahl bliebe, als mit Oesterreich im Orient durch Dick und Dünn zu gehen. Deutschland könnte dann ins Schlepptau einer Macht gerathen, die zwar die Umgestaltung der Dinge in Preußen und Deutschland acceptirt und sich ihr unterworfen hat, von der aber Niemand wissen kann, ob nicht alter Groll in ihr erwachen und nach Bethätigung suchen würde, falls das Kriegsglück oder auch nur der Druck der europäischen Verhältnisse sich gegen das neue Reich kehrte, dessen Suprematie in Oesterreich bei aller Vertragstreue stellenweise doch nur widerwillig ertragen worden ist.

* * *

Vertreter des Schwarzenbeker Kriegervereins werden am 24. Januar vom Fürsten Bismarck empfangen, um demselben das Ehrendiplom des Vereins zu überreichen. Regierungs-Baumeister Seckerl hält die Ansprache, auf die der Fürst in huldvollster Weise antwortet. Die Herren werden auch der

Frau Fürstin vorgestellt, und das fürstliche Paar läßt es sich nicht nehmen, die Vertreter des kleinen Vereins aus der nächsten Nachbarschaft zur Frühstücks-tafel heranzuziehen, an der auch Lothar Bucher und Dr. Chrysander Theil nehmen. Der Fürst trinkt auf das Wohl des Kriegervereins und spricht goldene Worte, die sich dem Gedächtniß seiner Gäste tief einprägen. Hoch-beglückt und entzückt von der Aufnahme, die sie gefunden, verlassen die Vertreter das gastliche Haus, um ihren Kameraden in Schwarzenbek zu berichten.

* * *

Zur Polenfrage bringt das „Zwickauer Tageblatt" einen Artikel, dem die „Hamb. Nachr." am 24. Januar (M.-A.) folgende Abschnitte entnehmen:

Fürst Bismarck ging von dem Grundsatze aus: es liegt im Interesse der Regierung wie der Unterthanen, daß jeder die officielle Landessprache versteht. Wer ständig in Deutschland wohnt, der muß eben, mag er nun eine Mutter-sprache reden, welche er will, auch Deutsch verstehen, und darum legte er — ganz abgesehen von den wichtigen politischen Gründen — Werth auf den Schulunterricht in den halbpolnischen Gebietstheilen. Das war um so mehr erforderlich, als die katholische Kirche in jenen Bezirken offen das Polenthum begünstigt und selbst die deutschen Kinder zu dem Unterricht im Polnischen heranzieht.

So lange Fürst Bismarck am Ruder war, wurden nun die ausgesprochenen polnisch-nationalen Lehrer in deutsch-katholische Gegenden versetzt, sogar an den Rhein, und es wurden deutsche katholische Lehrer, die des Polnischen mächtig, in die polnischen Gegenden berufen, wobei ihnen in Anbetracht der Niedrigkeit der dortigen Lehrergehälter und der Schwierigkeit der Stellung der Lehrer in einer polnischen Bevölkerung eine Gehaltszulage bewilligt wurde. Bei Fortsetzung dieser Politik wären die Polen trotz des Widerstandes, den sie unter dem Schirme ihrer Geistlichkeit dagegen leisteten, allmälig germanisirt worden, und deshalb richtete sich der ganze Groll der Hauptfanatiker der Polen gegen das Schulsystem.

Die Bismarck'sche Schulpolitik war auch um deswillen nöthig, weil die Polen in Folge der Polonisirungsthätigkeit ihrer Geistlichkeit unter den Deutsch-katholiken immer mehr Terrain gewannen. In weiteren Kreisen bekannt geworden ist die Thatsache, daß 30 Orte in der Provinz Posen, in denen gut-deutsche Bamberger angesiedelt waren, im Laufe der Jahre sämmtlich polonisirt worden sind. Mit welchem Eifer die katholische Geistlichkeit bei der Polo-nisirung verfährt, ist erstaunlich. So wird selbst in deutschen Städten — mit ganz geringem Procentsatze Polen — die Hälfte der Predigten oder noch mehr in polnischer Sprache gehalten, der Confirmandenunterricht erfolgt ebenfalls in dieser Sprache, und nur in dieser wird die Beichte entgegen-genommen.

So mußte der Staat mit der Schule dem Deutschthum zu Hülfe kommen, zumal die Germanisirung der polnischen Gegenden eine hohe politische Bedeutung in Anspruch nehmen darf. Sollen jene Gegenden ganz polnisch oder sollen sie deutsch werden? Das ist die Frage. Eine Sprache muß doch mal die Oberhand gewinnen. Fürst Bismarck sagte: Sie sollen deutsch werden, denn eine Polonisirung bedeutet eine Entfremdung der dortigen Bewohner, also eine Schwächung des Deutschen Reiches.

Das wahre Interesse Deutschlands fordert eine stille, friedliche Germanisirung durch die Schule; mit dieser Germanisirung aber hat die preußische Regierung nunmehr gebrochen, indem sie für die Provinz Posen erlaubt hat, den Religionsunterricht (d. h. dort füglich so viel, als den ganzen Elementarunterricht) an polnische Kinder, auch an diejenigen, die Deutsch verstehen, in polnischer Sprache zu ertheilen.

Diese Schwenkung hat in der ganzen preußischen Monarchie, vor Allem in den östlichen Provinzen, viel böses Blut gemacht, und sie wird die unheilvollsten Früchte zeitigen. Wenn Graf Caprivi glaubt, die Polen versöhnen zu können, so zeigt das nur, daß er sie nicht kennt. Man hat den Polen einen Finger gegeben, und nun streben sie nach der ganzen Hand; aber je mehr man ihnen entgegenkommt, um so mehr werden sie sich national absondern und einen Staat im Staate bilden, und stärker und stärker wird bei ihnen die Sehnsucht nach kriegerischen Wirren werden, die ihnen Aussicht auf die Wiederaufrichtung Polens bieten. Dies verrathen ihre Zeitungen. Im „Kuryer Poznanski" (dem Blatte des Posener Domcapitels) räth der Rittergutsbesitzer von Morawski zwar zu ehrlicher Versöhnung mit dem Deutschthum, aber er spricht davon, daß ein Krieg mit Rußland „einige Träume der Polen verwirklichen könnte". — Der „Dziennik Poznanski" bezeichnete das Zugeständniß der preußischen Regierung einfach als eine „Abschlagszahlung".

Mit der ihm gewordenen Concession wird das Polenthum unter einem nationalen Bischofe von Posen, der bei ihnen ja herkömmlich als „Primas (das geistliche Oberhaupt) von Polen" gilt, wesentlich erstarken, und das Deutschthum wird auf seinem eigenen Gebiete das Aschenbrödel werden. Wer Wind säet, wird Sturm ernten; manchmal erntet auch Undank, wer Versöhnung sucht. Die preußische Regierung wird bald sehen, was ihre unzeitige Nachgiebigkeit für schwere Folgen hat. Die Agitation für die weitere Ausbildung der polnischen Sprache wird inzwischen in Westpreußen und Ermland eifrig fortgesetzt. In Ermland sowohl wie in Westpreußen sollen zu Gunsten der polnischen Sprache zahlreiche Volksversammlungen abgehalten werden. Die Concession, welche die Polen in Posen für ihre Muttersprache erreicht haben, veranlaßt auch die Litthauer in Ostpreußen zu gleichem Vorgehen. Die Litthauer haben an den preußischen Cultusminister eine Petition gerichtet, worin sie um Ertheilung des Religionsunterrichtes in der litthauischen Sprache

bitten. Die Elsaß-Lothringer und die Dänen können ja diesem Beispiele folgen.

Wahrlich, die preußische Regierung wird bald mit dem Zauberlehrling sprechen: „Die ich rief, die Geister werd' ich nun nicht los."

* * *

Auf die Behandlung der Polenfrage seitens der Regierung kommen die „Hamb. Nachr." am 26. Januar (M.-A.) auch selbst noch wieder zurück:

Polnische Politik. Welche Wirkung die gegenwärtige Politik auf die Nationalpolen ausübt, tritt in ihrer Presse immer deutlicher hervor. Der „Goniec Wielkopolski" verleiht den Empfindungen, welche das Polenthum in Folge der neuesten Zugeständnisse beseelt, bezeichnend Ausdruck, indem er schreibt, „die Sympathien der polnischen Nation würden bald eine theure Waare sein".

Das Blatt rechnet also schon darauf, daß Verhältnisse eintreten könnten, in denen die Polen in die Lage kämen, für oder gegen Preußen, resp. Deutschland Partei zu nehmen; denn wenn die Entscheidung hierüber für die Polen von vorn herein fest stände, würde sie keine „theure Waare" sein. Man scheint auf polnischer Seite dazu zu neigen, eine Art Licitationsverfahren darüber einzuleiten, mit wem das Polenthum im Falle eines Conflictes gehen, wer ihm am meisten bieten wird. Daß die Seite, auf die sich die Polen stellen würden, nach polnischer Auffassung nicht nothwendig die preußische zu sein braucht, geht aus einer ferneren Andeutung des polnischen Blattes hervor, worin mit Bezug auf den neuen Erzbischof von Posen die Zuversicht ausgesprochen wird, daß, wenn sich die Nothwendigkeit einer Entscheidung herausstellen solle, er nicht zurückschrecken werde, selbst vor den Thoren Ostrowo's nicht. Damit sind die Pforten des Gerichtsgefängnisses gemeint, in dem der Erzbischof Graf Ledochowski zwei Jahre verbüßt hat. Der neue Erzbischof wird auf diese Weise ermahnt, den Widerstand im polnischen Interesse gegen die Regierung nicht zu scheuen; er wird schon jetzt aufgefordert, die polnische Sache eventuell gegen den Willen der preußischen Regierung und gegen die Macht der preußischen Gerichte zu vertreten.

Die Kundgebungen des polnischen Blattes finden ihre Ergänzung in der bekannten Thorner Rede des neuen Erzbischofs. Dieser sprach darin zu den Polen und Katholiken in ihrer Verschmelzung; er redete im gemeinschaftlichen Plural per „wir" und „uns", als er fragte: „Wo wird im Falle eines von Osten heraufziehenden Gewittersturmes unser Platz sein?" (Vgl. Band II, S. 341.) Er drückte damit die Ueberzeugung aus, daß die Gemeinschaft, die er mit „wir" bezeichnete, also die der preußisch-polnischen Katholiken, nicht absolut an die preußische

Politik gebunden sei, sondern nach eigenem Ermessen darüber zu entscheiden habe, wo ihr Platz sei.

Der Reichskanzler hat diese Rede zwar für so preußisch und so preußisch-patriotisch erklärt, wie man sie überhaupt von den Bewohnern polnischer Zunge in der Provinz Posen erwarten dürfe. Wir können nicht leugnen, daß die Höhe unserer Erwartung in dieser Beziehung durch die Stablewski'sche Rede doch nicht vollständig erreicht worden ist. Wir haben in den letzten Kriegen, die zur Herstellung des Deutschen Reiches führten, die Ueberzeugung gewonnen, daß die große Masse der Bewohner polnischer Zunge in der Provinz Posen vorkommenden Falls bereit ist, mehr für Preußen und Deutschland zu leisten, als die kühle Alternative von politischen Zweckmäßigkeitsgründen in der Thorner Rede in Aussicht stellt. Die polnischen Soldaten sind mit derselben Entschlossenheit und Tapferkeit wie alle Truppen unter den preußischen Fahnen bereit gewesen, Blut und Leben für den Staat, dem sie angehören, einzusetzen, ohne sich die Frage in Bezug auf die Nützlichkeit für polnisch-nationale Bestrebungen vorzulegen, wie dies Herr Stablewski in seiner Thorner Rede gethan hat.

Die Kritik, welche der polnische Erzbischof über die „Bismarck'sche Herrschaft", wie er es nennt, ausgesprochen hat, trifft die ganze Zeit der Regierung Kaiser Wilhelm's I. und die gesammte Politik, der wir die Herstellung des Deutschen Reiches verdanken. Sie ist im Munde eines Nationalpolen, der diese Politik fünfzehn Jahre hindurch im preußischen Abgeordnetenhause mit Schärfe öffentlich bekämpft hat, nicht überraschend; sie gewinnt ihre Bedeutung nur durch die Zustimmung und Billigung, die sie von Seiten der jetzigen Reichsregierung erhalten hat.

* * *

Den Geburtstag des Kaisers begrüßen die „Hamb. Nachr." am 27. Januar (M.-A.) mit folgenden Worten:

Der Geburtstag des Kaisers. Kaiser Wilhelm vollendet heute sein 33. Lebensjahr. Wie überall in Deutschland wird der kaiserliche Geburtstag auch in Hamburg feierlich begangen werden. Gestern sind bereits entsprechende Festacte in den Volksschulen, die heute den Unterricht ausfallen lassen, abgehalten worden, Abends war Zapfenstreich; heute findet Reveille, Militairgottesdienst und Parade statt, die Kirchthürme und öffentliche Gebäude tragen Flaggenschmuck, der Senat veranstaltet ein officielles Diner, Officiere und Bürger Hamburgs vereinigen sich zu einem Festessen; außerdem erfolgen alle Veranstaltungen, die für die Begehung des kaiserlichen Geburtstages seit Jahren herkömmlich geworden sind.

Kaiser Wilhelm II. ist in verhältnißmäßig jungen Jahren im Vergleich mit seinem Großvater und seinem Vater zur Regierung gelangt; früher hingegen war der Regierungsantritt im jüngeren Mannesalter fast generell bei den Hohenzollern. Der Große Kurfürst war 20 Jahre alt, als er den Thron bestieg, Friedrich Wilhelm I. zählte einige zwanzig Jahre, als er die Herrschaft antrat, Friedrich der Große gelangte im 29. Lebensjahre zur Regierung, Friedrich Wilhelm III. stand im 28. Lebensjahre, als er König wurde. Erst die drei letzten Hohenzollernkönige wurden in vorgerückterem Lebensalter zur Regierung berufen. Friedrich Wilhelm IV. war 45 Jahre alt, als er succedirte; König Wilhelm I., der spätere erste deutsche Kaiser nach Wiederherstellung des Reiches, hatte zur Zeit seiner Krönung das 64. Lebensjahr überschritten; Kaiser Friedrich war 57 Jahre alt, als er den Thron seiner Väter bestieg. Der jetzige Kaiser stand in der ersten kräftigsten Mannesjugend, als ihm die Krone Preußens und die Würde des deutschen Kaisers zufiel; er war erst 28 Jahre alt.

Wir haben mit der Richtung, welche die Minister des jetzigen Monarchen in der Politik eingeschlagen haben, nicht in allen Punkten übereinstimmen können; aber wir schöpfen aus der Thatsache, daß, wie unser Rückblick zeigt, einige der bedeutendsten seiner Vorfahren, der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, ebenfalls früh zur Regierung gelangten, die Hoffnung, daß der Verlauf seiner Regierung ein ebenso ruhmvoller und gesegneter wie derjenige der genannten drei preußischen Regenten sein werde, und daß sich an die Regierung Kaiser Wilhelm's II. in Zukunft ähnliche ehrenvolle Andenken knüpfen, wie an die seiner Vorgänger, die wie er in jugendlichem Alter den Thron bestiegen.

* * *

Gegen das „Berl. Tagebl." wenden sich die „Hamb. Nachr." am 27. Januar (M.-A.) mit folgenden Ausführungen:

Zur Richtigstellung. Das „Berl. Tagebl." bespricht unsern neulichen Artikel über die veränderte Stellung der Landräthe (vgl. oben S. 52f. den Artikel vom 20. Januar über Beamten-Wahlen) zustimmend, jedoch nur um die Frage daran zu knüpfen, „wer denn aber mehr dazu beigetragen habe, um die steifnackigen preußischen Landräthe aus der Schule Rochow's zu geschmeidigen, dienstbar strebenden Beamten zu machen als gerade Fürst Bismarck und sein politischer Handlanger Herr von Puttkamer". Das ist ein Anachronismus. Die veränderte Haltung der Landräthe ist nicht unter dem Ministerium Puttkamer erfolgt, sondern sie war das Ergebniß der Verwaltungsreform, welche unter den

beiden Grafen Eulenburg als Minister des Innern vorgenommen wurde. Ob dies überall mit dem Einverständnisse des Fürsten Bismarck geschah, wird nur der beurtheilen können, der Einsicht in die damaligen Verhandlungen des preußischen Staatsministeriums hatte. Unsere Zweifel darüber knüpfen sich an die Vorgänge, welche den Rücktritt des zweiten Grafen Eulenburg zur Folge hatten. Dieser Rücktritt stand bekanntlich in Verbindung mit einer Art von Separatvotum, das der durch Krankheit damals von den Geschäften des Ministerpräsidenten ferngehaltene Fürst Bismarck durch einen seiner Räthe, Herrn Rommel, in der betreffenden parlamentarischen Verhandlung abgeben ließ. Ganz abgesehen von dem Wortlaute dieses Separatvotums und von den uns nicht bekannten Einzelheiten der seit Jahr und Tag vorhergegangenen einschlägigen Discussion im Staatsministerium ist schon an diesem Symptom und aus dem Ausscheiden des damaligen Ministers des Innern erkennbar, daß die Beschlüsse über wesentliche Theile der damaligen Verwaltungsreform-Gesetzgebung im Schooße des preußischen Staatsministeriums schwerlich einstimmig gefaßt worden waren.

Zu einer weiteren Berichtigung veranlaßt uns das in freisinnigen und clericalen Blättern herrschende Bestreben, den früheren Reichskanzler für jede einzelne Vorlage, die während der 28 Jahre seiner Amtsthätigkeit eingebracht worden ist, verantwortlich zu machen, aber natürlich nur, wenn das betreffende Gesetz sich nicht bewährt hat; in anderm Falle wird das Verdienst der Initiative für den Reichstag, das Volk, für irgend einen Minister, General oder eine beliebige andere Stelle in Anspruch genommen.

Um die Verantwortlichkeit des Fürsten Bismarck für Alles, was geschehen ist, zu begründen, wird die Stellung, die derselbe eingenommen hat, zu einer ganz ungeheuerlichen aufgebauscht, wie sie in der Wirklichkeit nie bestehen konnte.

„Ministerpräsident“ ist in Preußen bekanntlich nicht mehr als ein Titel. Eine verfügende, corrigirende Directorialgewalt auch nur wie sie ein Regierungspräsident seinen Collegen gegenüber übt, wohnt dem Ministerpräsidenten verfassungsmäßig nicht bei. Der eigentliche Ministerpräsident ist der König, der befehlen kann. Der ernannte Ministerpräsident wie jeder seiner Collegen kann nur an den König appelliren gegen Beschlüsse, denen er nicht zustimmt, und muß im Uebrigen bestrebt sein, seine Collegen durch Ueberredung und Bitten für seine Meinung zu gewinnen. Er ist mit einer Verantwortlichkeit belastet, die eine sehr viel weitere Tragweite hat, als seine Macht und sein Stimmrecht im Ministerium. Einzelne vortragende Räthe, denen es

gelungen ist, ihre Ressortchefs für ihre Meinung zu gewinnen, haben unter Umständen thatsächlich einen stärkeren Einfluß auf die Entschließungen des Ministeriums gehabt als der Ministerpräsident, wenn ihr Chef es auf sich nahm, die Majorität der Collegen für die Ansicht des betreffenden Rathes einzunehmen; namentlich in solchen Fällen, wo der Rath mit der Specialfrage, um die es sich handelte, vertrauter war als sein Chef, was bei arbeitsscheuen Chefs naturgemäß, aber auch bei arbeitssamen in Folge der Vielseitigkeit der Ressorts nicht selten zutrifft.

Ein Gesetzentwurf von hundert und mehr Paragraphen, der die sorgfältige, mitunter jahrelange Arbeit eines competenten Rathes darstellt, ist in manchen Fällen schon für den Chef selbst ein fait accompli, dessen sachkundiger Revision die Leistungsfähigkeit oder auch die Arbeitslust des Chefs nicht immer gewachsen ist. Noch weniger fühlen die Collegen des antragstellenden Ministers den Beruf, in alle Consequenzen eines größeren Gesetzentwurfes sachkundig einzudringen. Sie beauftragen ihren Justitiarius, oder einen Rath ihres Vertrauens mit der Durchsicht aus dem Standpunkt der Frage, ob der Entwurf etwas für das eigene Ressort Verfängliches enthält; im Uebrigen werden sie sich über die Hauptgrundsätze der Vorlage ein eigenes Urtheil zu bilden suchen, aber doch im Großen und Ganzen der Einsicht des vorlegenden Ressortcollegen vertrauen und von ihm in ähnlichen Fällen das gleiche Vertrauen erwarten. Ebenso unmöglich ist es für den Ministerpräsidenten, dessen Räthe sich nicht in den Ziffern von dreißig bis hundert bewegen, sondern, soviel wir wissen, zwei oder drei sind, jede Gesetzvorlage mit dem gewissenhaften Gefühle eigener Verantwortlichkeit für jeden Theil ihres Inhalts zu begleiten. In den Sitzungen des Staatsministeriums aber hat das Votum des Ministerpräsidenten keine höhere Bedeutung als das jedes andern Ministers. Der Ministerpräsident hat, wenn er in der Minorität bleibt, keine andere Waffe zur Vertheidigung seiner Auffassung, als die Cabinetsfrage; aber die Stellung derselben beschränkt ihre Wirkung nicht immer auf die speciellen Fragen, in Bezug auf welche Meinungsverschiedenheit vorhanden war. Wenn der Ministerpräsident sie stellt, so übernimmt er die Verantwortlichkeit für die Beschaffung eines auch in allen übrigen Fragen ausreichenden Ersatzes, oder er muß sich in der Lage fühlen, die Führung des betreffenden Ressorts interimistisch selbst zu übernehmen und für die Weiterführung der Geschäfte Sorge zu tragen.

In noch viel höherem Grade wie der Einfluß des preußischen Ministerpräsidenten wird der des Reichskanzlers in der Presse überschätzt. Derselbe hat als solcher für den Inhalt der Vorlagen absolut gar keine Verantwortlichkeit, sondern nur soweit wie er als preußischer Bevoll-

mächtigter, falls er das gleichzeitig ist, sie im Bundesrathe eingebracht oder für dieselben gestimmt hat. In beiden Fällen aber kann er nicht nach persönlichem Ermessen verfahren, sondern nur nach Instruction, welche ihm der König auf Grund der Verhandlungen und Beschlüsse des preußischen Ministeriums ertheilt. Der Reichskanzler kann in vielen Fällen selbst die Initiative ergreifen, aber je weiter er den Kreis dieser seiner Initiative ausdehnt, desto weniger wird ihm Zeit bleiben, Vorlagen anderweitigen Ursprungs zu prüfen und sich von der Richtigkeit jeder Einzelheit in denselben gewissenhaft zu überzeugen. Fürst Bismarck hat, wie auch die freisinnigen Blätter, die ihn jetzt angreifen, wissen könnten, jederzeit darauf gehalten, daß die im Reichstage von ihm vertretenen Vorlagen und Meinungen als solche der „verbündeten Regierungen" gekennzeichnet wurden und nicht als die einer in der Legislative gar nicht vorhandenen Reichsregierung, oder gar als die des Kaisers selbst, als eines nach Analogie der Minister der Einzelstaaten auf dem Gebiete der Legislative verantwortlichen Vertreters.

Der Reichskanzler spielt in der Gesetzgebung des Reiches als solcher gar keine Rolle; er ist der verantwortliche Beamte auf dem Gebiete der dem Reiche überwiesenen vollziehenden Gewalt. Er ist verantwortlich für alle Maßregeln der Reichsexecutive, für alle Handlungen der verschiedenen Reichsämter, soweit er nicht durch das Stellvertretungsgesetz gedeckt ist. Es ist eine staatsrechtlich unrichtige Gewohnheit, den ersten preußischen Bevollmächtigten, so oft er das Wort nimmt, als Reichskanzler zu bezeichnen. Er hat in dieser letzteren Eigenschaft, wenn er nicht zugleich preußischer Bevollmächtigter ist, nicht einmal das verfassungsmäßige Recht, den Reichstagsverhandlungen beizuwohnen und nach Belieben das Wort zu ergreifen. Die Verantwortlichkeit für die an den Reichstag gebrachten Vorlagen liegt im vollsten Maaße bei dem Bundesrathe, bei der Gesammtheit der verbündeten Regierungen und ihren Ministerien. Die freisinnige Presse kennt das Reichsrecht nicht, auch nicht einmal die seit zwanzig Jahren geübte Praxis, wenn sie behauptet, daß dieser oberste Grundsatz des Reichsrechtes in den bisherigen Verhandlungen jemals zweifelhaft gewesen wäre. Der Reichstag selbst hat der Fiction zugestrebt, als ob der Reichskanzler der dem Reichstage verantwortliche Minister des Kaisers außerhalb der kaiserlichen Executive sei auch für die Gesetzgebung. Die äußere Form dieses Bestrebens kann aber den inneren Gehalt der Reichsverfassung nicht modificiren, und die Aufgabe, die damit dem Reichskanzler gestellt wäre, würde die Arbeitskraft eines jeden auch noch so arbeitskräftigen Mannes überschreiten. Es ist also eine völlige Absurdität, wenn die freisinnige Presse behauptet, Fürst Bismarck habe keine andere Verantwortlichkeit

neben der seinigen geduldet, es müßte denn die Verantwortlichkeit der freisinnigen Blätter für die Staatsgeschäfte gemeint sein, die Fürst Bismarck freilich nie „geduldet“ hat.

* * *

Am 29. Januar hielt der Reichskanzler Graf von Caprivi seine bekannte Rede zu Gunsten des Zedlitz'schen Volksschulgesetz-Entwurfes. Die Rede gipfelte in den Worten: „Wenn nun aber bei dem gegenwärtigen Gesetze Differenzen aufgetreten sind, so glaube ich allerdings, daß diese Differenzen ihren Grund und ihre Wurzeln doch tiefer haben, als im allgemeinen angenommen wird, und ich befinde mich in dieser Beziehung in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Porsch. Ich glaube, es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern es handelt sich um christlich und Atheismus.“

Der Parlamentsbericht verzeichnet zu diesen Worten: „Lärmender, lebhafter, unwilliger Widerspruch bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen. Einige Abgeordnete schlagen mit den Fäusten auf die Tische. Beifall rechts und im Centrum.“

Das deutschfreisinnige „Berl. Tgbl.“ vollends ist über den Grafen Caprivi derart entrüstet, daß es ganz gegen seine sonstige Gewohnheit zum Lobredner des Fürsten Bismarck sich aufwirft. Das Blatt weist die Caprivi'sche Ansicht, es handle sich nicht mehr um die Begriffe katholisch oder protestantisch, sondern um Christenthum und Atheismus, zurück und schreibt:

„Fürwahr, man wird selbst unter der Unmasse von leidenschaftlichen Ausbrüchen des ehemaligen Reichskanzlers gegen seine parlamentarischen Widersacher vergeblich nach einem derartig schmähenden und durch Nichts zu rechtfertigenden Vorwurf suchen. Der Fürst Bismarck pflegte von seinen Gegnern als von Reichsfeinden zu sprechen. Gottesleugner hat er sie niemals, auch nicht in seinen erregtesten Augenblicken genannt.

„Während aber Fürst Bismarck für manche seiner parlamentarischen Heftigkeiten einen Entschuldigungsgrund in seinem ungeheuer leidenschaftlichen Temperamente finden und erhalten dürfte, kann dem so ruhigen, man möchte sagen phlegmatischen Grafen Caprivi dieser Milderungsumstand nicht zugebilligt werden. Mit der gleichgültigsten Miene von der Welt, kühl bis ans Herz hinan, schleudert er allen denjenigen Parteigruppen, welche sich nicht in dem Netze seiner dürren formal-logischen Formel einfangen lassen wollen, die allerschwersten Kränkungen entgegen.

„Mit welchem Rechte, darf man wohl fragen, nimmt sich der gegenwärtige Herr Ministerpräsident eine derartige Sprache gegen die Volksvertretung heraus, wie er gestern anzuwenden für gut und für zweckmäßig befand?

In dieser Hinsicht ist denn doch wohl ein Unterschied zwischen dem eisernen Kanzler und dem gegenwärtigen. Dem genialen Großmeister in der diplomatischen Staatskunst, dem unsterblichen Vollstrecker des deutschen Einheitsgedankens konnte Vieles nachgesehen werden, wozu dem Nachfolger gegenüber nicht die allermindeste Veranlassung vorliegt. ‚Eines schickt sich nicht für Alle, sehe Jeder, wo er bleibe, und wer steht, daß er nicht falle' — heißt es in dem bekannten Goethe'schen Spruche."

* * *

Die „Kölnische Zeitung" bringt im Anschluß an diese Rede des Grafen Caprivi folgende Auslassung:

Man hatte gehofft, daß die erregte Stimmung unserer Abgeordneten über das Volksschulgesetz in der Sitzung vom 28. Januar ihren Höhepunkt erreicht habe. Das war eine Täuschung: vielmehr ist eine kaum für möglich gehaltene Steigerung eingetreten. Das Unglaubliche ist geschehen, daß der Ministerpräsident des Staates Friedrich's des Großen die sich bekämpfenden Gegensätze als christlich und atheistisch bezeichnet, also die Liberalen beider Fraktionen und mit ihnen natürlich auch ihre Gesinnungsgenossen in dem gegenwärtigen Kampfe, die Freiconservativen, im Gegensatze zu den „Christen" des Centrums und der extrem conservativen Fraction „Atheisten" genannt hat. Der Ruf „das ist empörend" hat nur den Empfindungen Ausdruck gegeben, die alle Liberalen durchbeben, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland, wie zahlreiche Kundgebungen verschiedenster Art darthun.

Das übereilte Wort des Grafen Caprivi ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Same keimt über Nacht. Die Halme sprießen schon hervor und versprechen einen reichen Ertrag — an Haß und Verleumdung. Nicht nur in der ultramontanen Presse, sondern auch auf den Kanzeln ist schon die Hetze gegen die angeblichen Gottesleugner ins Werk gesetzt worden. Wir nennen ein Beispiel: in der Kapuzinerkirche zu Ehrenbreitstein wurden gestern in der Predigt die Nationalliberalen und Freisinnigen als Atheisten und Feinde der Kirche dargestellt. Kein Katholik dürfe die Organe dieser Parteien lesen u. s. w.

Ganzen Parteien, einem großen Theile des Volkes wird hier auf der Kanzel ein Stempel aufgedrückt, der als ein Brandmal gelten soll. Wir zweifeln wahrlich nicht daran, daß Herr von Caprivi auch bei dem Volksschulgesetz nach seiner Ueberzeugung ernst und ehrlich das Beste des deutschen Volkes im Auge hat — aber sollte es ihn denn nicht stutzig machen, zu sehen, wer denn seine eifrigsten Bundesgenossen in diesem Kampfe sind?

* * *

Der „Verein deutscher Eisenhüttenleute“, in dem die Dankbarkeit gegen den Fürsten Bismarck von je her feste Wurzeln geschlagen hatte, hielt am 31. Januar in Düsseldorf seine Generalversammlung ab. Darauf fand ein von 400 Personen besuchtes Festmahl statt, bei dem Generaldirector Brauns-Dortmund das Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Generaldirector Haarmann-Osnabrück erhob sich sodann, um den Altreichskanzler Fürsten von Bismarck in einem mit lange anhaltendem Beifall aufgenommenen Trinkspruch zu feiern, der an die jüngsten ergreifenden Worte des Fürsten von dem müden, langsam im winterlichen Schneegestöber erstarrenden Wanderer anknüpfte (vgl. oben S. 50). Dem lebhaft kundgegebenen Verlangen nach Absendung eines Huldigungs-Telegramms an den Fürsten wurde in folgender Form entsprochen:

„Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Ew. Durchlaucht sendet die heutige Haupt-Versammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute mit herzlichem Gruß den Ausdruck unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung.“

Ernst Scherenberg gab darauf den die stattliche Versammlung beherrschenden Anschauungen und Gefühlen in den folgenden improvisirten Versen dichterische Form; minutenlanger, stürmischer Beifall unterbrach seine Improvisation bei der Stelle über die deutsche Schule und am Schlusse des Gedichts, dem ein Hoch auf die deutsche Einigkeit folgte:

Mein Auge schweift in ernster Stund'
Zurück ein Menschenleben:
Das deutsche Volk ein loser Bund
Von schwachen Eisenstäben.

Da kam Er, mit dem Adlerflug,
Dem ewgen Dank wir schulden;
Und des Titanen Stimme frug:
Wie lang noch wollt ihr's dulden?

Wie lang noch, deutsche Stämme, laßt
Ihr einzeln euch zerbrechen?
Wann wollt, von heilgem Zorn erfaßt,
Die wälsche Schmach ihr rächen? —

Er sprach's und schürt aus Noth und Qual
Des Kampfs gewaltge Flammen
Und schweißt zum Riesenblock von Stahl
Die Stäbe all' zusammen.

O, Meister, der solch Werk gethan —
Daß man Dich gehen heißen!
Nun rütteln Kleinmuth, Gier und Wahn
Am Bau, ihn zu zerreißen.

Im Grund vulkanisch Feuer grollt,
Daß Schwache drob erzittern —
Von droben säuselt's fromm und hold,
Uns geistig zu zersplittern.

Doch wie es auch im Dunkeln schleich',
Und wie es lockend buhle —
Wir halten fest am Deutschen Reich
Und fest an deutscher Schule!

Und naht der Kampf — des Meisters werth
Woll'n wir uns all' erweisen:
Wir schwingen frohgemuth das Schwert,
Stahlhart ward unser Eisen.

Nicht einzeln sollt den schwachen Schaft
Ihr brechen wieder und biegen —
Du erzene deutsche Bürgerkraft,
Glückauf, Glückauf zum Siegen!

* * *

Fürst und Fürstin Bismarck trafen am 30. Januar Nachmittags, von Friedrichsruh kommend, auf dem Berliner Bahnhof in Hamburg ein, freudig begrüßt von einer zahlreichen Menschenmenge. Der Fürst dankte, sichtlich erfreut über die ihm entgegengebrachten Sympathien, nach allen Seiten. Er und die Frau Fürstin waren einer Einladung des Bürgermeisters Dr. Mönckeberg gefolgt. Dieser empfing das fürstliche Paar mit herzlichen Worten und geleitete die Fürstin zum Wagen. Bei der Abfahrt erschallten wieder freudige Hochrufe. Die Rückreise des fürstlichen Paares nach Friedrichsruh erfolgte am Abend um 9 Uhr.

* * *

Die Volksschulgesetz-Vorlage wird im preußischen Abgeordnetenhause am 30. Januar an eine Commission von 28 Mitgliedern verwiesen. Die „Hamb. Nachr." äußern sich über den Entwurf selbst in ausführlicher Weise zum erstenmal am 2. Februar (M.-A.):

Zum Volksschulgesetzentwurf. Die „Hamb. Nachr." haben sich bisher enthalten, auf den Text der Vorlage im Detail einzugehen. Es wird darauf im gegenwärtigen Stadium der Sache auch nicht so sehr ankommen, da man nicht weiß, in welcher Form die Vorlage aus der Commissionsberathung hervorgehen wird, und da die Regierung aus der dem Centrum zu Gefallen eingebrachten Vorlage keine Cabinetsfrage macht, sondern sie discutiren läßt. Die Regierung ist, wie wir schon sagten, durch die bloße Einbringung der Vorlage dem Centrum gegenüber

in jedem Falle liberirt, wenn sie etwa Verpflichtungen eingegangen sein sollte. Aber die Regierung Wilhelm's I. hat den Culturkampf nach Möglichkeit à l'amiable zum Abschlusse gebracht, um gegenüber der äußeren Situation des Reiches einen inneren Kampf zum Stillstand zu bringen, der als eine Schwächung und als eine Möglichkeit der Anknüpfung an eine innere Unzufriedenheit von Außen her hätte angesehen werden können. Die frühere Regierung hat sich mit der Errungenschaft begnügt, die immer noch als Gewinn des Kampfes übrig geblieben ist: daß die Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung beseitigt wurden, womit die staatliche Autorität in Betreff der Schule in der Hauptsache wiederhergestellt und die Einbuße, welche sie durch die Verfassung von 1850 erlitten hatte, wieder gut gemacht war. Das war immerhin der Mühe werth. Ueber die staatliche Errungenschaft aus dem Culturkampfe würde letzterer durch das geplante Gesetz von Neuem eröffnet werden und zwar nicht in der Form eines Angriffes hierarchischer Bestrebungen gegen die Staatsgewalt, sondern mit umgekehrter Front in Gestalt eines gouvernementalen Vorgehens gegen diejenigen staatlichen Elemente, in deren Interesse früher der Culturkampf defensiv geführt wurde und in deren Interesse man sein Endresultat, die Befreiung der Schule aus deren Beengung durch die erwähnten Verfassungsartikel, aufrecht erhalten hatte. Wir glauben, daß der modus vivendi, wie er durch die spätere Revision der Maigesetze erreicht wurde, auf längere Zeit lebensfähig gewesen sein würde; wenigstens hätten wir es gewünscht. Aber wir können es nicht für nützlich halten, daß das vergrabene Kriegsbeil des Culturkampfes durch Regierungsvorlagen wieder ausgegraben, daß der Kampf, wie wir schon erwähnten, mit umgekehrter Front erneuert und damit zugleich in Gestalt der Vorlage ein Eris-Apfel zwischen die Parteien des Parlaments geworfen wird.

Die Versetzung der Politik mit confessionellen Fragen läßt sich leider in paritätischen Staaten nicht immer vermeiden; aber sie nach Möglichkeit zu vermeiden und da, wo diese Möglichkeit aufhört, zu verhüten, daß sie brennender werden, ist unserer Ansicht nach eine Aufgabe vorsichtiger und versöhnlicher Regierungspolitik.

Wir fragen uns vergebens nach den zwingenden Gründen, welche die Regierung in die unabweisliche Nothwendigkeit versetzt haben könnten, den Culturkampf durch eigene Initiative zu erneuern. Wir glauben nicht, daß es unmöglich gewesen sein würde, in dem status quo ante der Vorlage auf absehbare Zeit fortzuleben. Mag man ein Schulgesetz erlassen, wenn der Zustand der Schulen ein solches Gesetz als unentbehrlich erscheinen läßt; aber war es wirklich nöthig, die confessionellen Zustände der Schule und das Autoritätsverhältniß zwischen Lehrer und

Geistlichkeit in der Art, wie es geschehen ist, zur parlamentarischen Discussion zu stellen, den Bestrebungen nach Vertiefung der Kluft, welche die Parteien zwischen sich aufzureißen ohnehin nur zu geneigt sind, neue Kräfte zuzuführen und neue Streitpunkte zwischen die Parteien zu werfen?

Die Regierungsvorlage hat den Parteien hierzu ein Material geboten, welches zunächst die conservative Fraction mit Entschlossenheit benutzt hat, indem sie die Regierung auf ihr in der Rede des Herrn von Buch enthaltenes Programm festzunageln und die Verständigung mit den liberalen Elementen zu erschweren versucht hat. Es kann sein, daß dieses rasche Verfahren vom Standpunkte der Fractionstaktik nützlich und Erfolg versprechend erschienen ist; aber vom staatlichen Standpunkte und im Hinblick auf die fernere Zukunft bezweifeln wir unsererseits, daß es nützlich ist, zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei Streit und Mißtrauen zu säen. Im Gegentheil, die conservative Partei sollte im Interesse ihrer eigenen Unabhängigkeit vom Centrum ihre und der Regierung Beziehungen zu den Nationalliberalen gangbar erhalten. Keine dieser Parteien kann vorhersehen, wann und wie der Moment eintritt, wo die eine der anderen bedürfen wird, und die Parteikämpfe zwischen monarchischen Parteien sollten nur immer so geführt werden, daß die Möglichkeit eines künftigen Zusammengehens und einer Verständigung nicht ausgeschlossen wird. Wir fürchten, daß diese Möglichkeit gefährdet wird, wenn ein Gesetz, gegen welches die Abneigung bis in den rechten Flügel der Freiconservativen und jedenfalls in die gemäßigten Elemente der Conservativen hineinreicht, von einer conservativ-clericalen Majorität durchgezwungen wird. Die Möglichkeit hierzu liegt unzweifelhaft vor, und im Kampfgefühle der Parteien wiegt vielleicht die Freude einstweilen die Nationalliberalen kränken zu können, schwerer, als die kühleren Erwägungen zukünftiger Gestaltung des Parteiwesens und die der Unterlagen für die Regierung.

Nach den unwidersprochenen Mittheilungen in der Presse darf man annehmen, daß der Finanzminister Miquel sich solchen Erwägungen nicht verschließt, und wir finden es erklärlich, daß ihm ein Platz in einem Ministerium, welches ihn im Kampfe ohne andere Unterstützung als das Centrum und die strengeren Conservativen lassen würde, mit seiner früheren Stellung zur nationalliberalen Partei nicht verträglich erscheinen mag. Und da wir gerade Herrn Miquel für den Träger der bisherigen gouvernementalen Beziehungen zum Centrum halten, so glauben wir, daß es seinen Bedürfnissen nicht entsprechen wird, zwischen dem Centrum und der nationalliberalen Partei definitiv und dauernd optiren zu müssen.

Wir lassen es dahingestellt sein, ob es die Tendenz der conservativen Fraction gewesen sein mag, den jetzigen Finanzminister in diese Lage

zu versetzen und ihn darin festzuhalten. So lange das Bündniß zwischen den Conservativen und dem Centrum hält, und so lange der demokratische Theil des Centrums von den conservativen Einflüssen desselben im Zaum gehalten wird, so lange kann der Wechsel zwischen einem nationalliberalen und clericalen Finanzminister in Preußen vom Standpunkte der Fractionspolitik vielleicht als ein Gewinn betrachtet werden; aber wir möchten solchen Berechnungen gegenüber doch das Dichterwort citiren: „Mit des Geschickes Mächten ist kein ewger Bund zu flechten.“ Unser Glaube, daß auf diesem Wege eine staatliche Entwickelung zu Stande zu kommen vermöchte, welche dem altpreußischen Conservatismus willkommen sein könnte, ist kein sehr fester. Wir fürchten, daß dieser Weg in Regionen führt, in welchen der „Beunruhigungs-Bacillus“, d. h. die Unsicherheit über die Zukunft, noch sehr viel üppiger wuchern würde als im letzten Jahre und jedenfalls stärker, als es bis zum Jahre 1890 der Fall war.

Vor 1890 kannte man diesen Bacillus überhaupt nicht. Er ist, wenn nicht ein Product, doch eine Erfindung der neuen Aera. Das Bestreben, die Gesammtheit der staatlichen Interessenten durch Entgegenkommen zufrieden zu stellen, führt sehr schnell zu der Erfahrung, daß die Zufriedenheit des Einen mit der Unzufriedenheit des Andern gleichbedeutend ist, und wir halten den Grundsatz, das Gute zu nehmen da, wo man es findet, für keinen gouvernemental richtigen. Eine Regierung, wie die preußische, soll das Gute nicht finden, sondern bringen. Ob man, selbst wenn man sucht, immer etwas findet, ist fraglich; nur das, was man selbst hat und dem Staate bringt, ist sicher. Die Initiative der Regierung sollte deshalb unserer Ansicht nach nicht dadurch bedingt sein, daß sie glaubt, etwas Gutes bei irgend einer Fraction gefunden zu haben, sondern durch die selbstständige Erwägung, ob das, was sie nach ihrer Ueberzeugung der staatlichen Zukunft bringt, das Richtige ist. In dem Gedankenvorrath einer einzelnen Fraction und in der Neigung, der letzteren gefällig zu sein, wird das Gute, oder sagen wir das Richtige, überhaupt nicht immer zu finden sein. Die Hitze des Kampfes, wie er zwischen den Parteien leider besteht, macht gedankenarm für Alles, was außerhalb des Bestrebens liegt, in augenblicklichen Gefechten zu siegen.

* * *

Am 2. Februar (A.-A.) bringen die „Hamb. Nachr.“ folgende Notiz:

Ueber eine charakteristische Bekundung polnischer Verkommenheit wird uns aus Posen vom 1. Februar geschrieben:

Die den Polen gegenüber proclamirte Versöhnungspolitik beginnt ihre eigenthümlichen Früchte zu tragen. Im hiesigen polnischen Theater ist in der vergangenen Woche das genugsam bekannte Stück von Herm. Sudermann

„Die Ehre“ in polnischer Uebersetzung aufgeführt worden. Während nun auf dem Theaterzettel bei allen übrigen Personen des Stückes die vom Autor vorgeschriebenen deutschen Namen beibehalten sind, hat das hiesige polnische Theater, offenbar von der Atmosphäre des Dramas angesteckt, bei dem darin auftretenden Hauptlumpen, dem Tischler „Michalski“, den zufälligen polnischen Namen mit witzloser Bosheit in den deutschen „Otto Schönhausen“ umgeändert. Ein guter Theaterdirector kennt sein Publicum; man wird also annehmen dürfen, daß er mit diesem Geniestreich der Stimmung seiner Zuschauer entgegengekommen ist. Die Deutschen in Posen sind erklärlicher Weise darüber empört, daß demjenigen Manne, welcher dem deutschen Namen überall erst die höchste Ehre und den geziemenden Respect verschafft hat, hier auf öffentlicher Bühne ein so hämischer Hieb versetzt wird. Der Vorgang ist um so bezeichnender, als die erste Aufführung der „Ehre“ gerade am Geburtstage Sr. Maj. des Kaisers und Königs stattfand, kaum acht Tage nachdem der neuernannte Verbrüderungserzbischof, Herr von Stablewski, seinen Friede und Eintracht verheißenden Einzug in Posen gehalten hatte.

Im Uebrigen ersieht man aus der Sache wenigstens das Neue, daß den vielerlei Thieren, die dem alten Löwen im Vorübergehen ihr höhnisches Compliment gemacht haben, sich nun auch ein Esel polnischer Rasse mit seinem Fußtritt beigesellt hat.

Mit Bezug auf diese Notiz wird den „Hamb. Nachr.“ eine am 5. Februar von der Polizei-Direction in Posen an eine dritte Person ergangene Depesche zur Verfügung gestellt:

„Posen, den 5. Februar. Umänderung des Namens Michalski in Otto Schönhausen von Krakau übernommen, von hiesiger polnischer Theater-Direction übersehen, sofort auf meine Veranlassung bereitwilligst abgeändert.

Polizei-Director.“

Und einige Tage später wird den „Hamb. Nachr.“ darüber aus Posen noch geschrieben:

„Der verehrlichen Redaction theile ich noch ergebenst mit, daß Ihr Artikel über den polnischen Theaterzettel unter den hiesigen gebildeten Deutschen allgemeine Freude und Genugthuung erregt hat. Hiesige deutsche Blätter, die sehr beschämt waren, daß sie ihrerseits über den Fall Nichts gebracht hatten, und die auch Ihren Artikel nicht vollständig nachgedruckt haben, bringen jetzt eine Erklärung des ‚Dziennik‘, worin es heißt, das polnische Theater hätte den Zettel, ohne sich etwas dabei zu denken, aus Krakau übernommen; auch sei der Name alsbald geändert worden, sowie man ‚darauf aufmerksam gemacht worden sei‘.

„Diese Entschuldigung ist überaus dürftig; die hiesige Polizei hat vielmehr, auf meine Anregung, dem Theaterdirector eine Geldstrafe — wenn ich nicht

irre, 30 Mk. — androhen müssen, für den Fall, daß der Name nicht geändert würde. Erst hierauf erfolgte für die späteren Vorstellungen die Abänderung des Namens aus ‚Otto Schönhausen‘ in ‚Otto Krapke‘. Der Vorname Otto ist also immer noch geblieben, obwohl Michalski bei Sudermann keinen Vornamen hat.

„Im Uebrigen dürfte es gleichgültig sein, ob der polnische Esel aus Krakau oder Posen stammt; auch ist an dem dolus des polnischen Theaters natürlich garnicht zu zweifeln.

„Ich gestatte mir noch zu bemerken, daß hier viele Deutsche, und nicht die schlechtesten, mit unverbrüchlicher Treue und Verehrung am Fürsten Bismarck hängen. Angriffe auf den Charakter des Fürsten dulden wir nicht in unserer Gegenwart, verfahren in solchem Fall vielmehr genau so, als wenn wir persönlich beleidigt worden wären. Es möchte wünschenswerth sein, wenn diesem Standpunkt weitere Verbreitung verschafft werden könnte. Möge Gott Seiner Durchlaucht noch ein recht langes Leben schenken, möge der Fürst noch recht viele so köstliche Aussprüche thun, wie jüngst wieder. Es mag ihn wohl freuen, wenn er jetzt findet, daß er zur jüngeren Generation Deutschlands ungefähr den Standpunkt inne hat, wie einst Goethe in seinen letzten Lebensjahren.“

* * *

Auf die Behandlung der Carolinenfrage durch den Fürsten Bismarck zurückzugreifen, finden die „Hamb. Nachr.“ am 3. Februar (M.-A.) Anlaß durch eine Erörterung der „Köln. Ztg.“. Die „Hamb. Nachr.“ führen aus:

Zur auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck. Die „Kölnische Zeitung“ hat kürzlich alte Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck neu erhoben und zwar wegen der Behandlung, die derselbe im Jahre 1885 der Carolinenfrage hat zu Theil werden lassen.

Wir glauben, daß wenn Fürst Bismarck für irgend etwas den Dank des Vaterlandes beanspruchen kann, so ist es sein Verhalten in dem Conflicte mit Spanien. Dieser Staat hatte damals seine erst sieben Jahre alte Erklärung, daß ihn die Carolinen nichts angingen, einfach abgeleugnet; die spanische Presse hatte Deutschland mit den empörendsten Invectiven überschüttet, auf den Carolinen war die deutsche Flagge widerrechtlich niedergeholt und beschimpft worden, von dem deutschen Gesandtschafts-Hotel in Madrid hatte der fanatische Pöbel das Schild abgerissen — genug, es lag der schönste Kriegsgrund für uns vor. Die Landung einer spanischen Flotte an der Nordseeküste stand nicht in Aussicht, aber unserer Marine war eine ihr höchst erfreuliche Gelegenheit geboten, ihre Geschütze an den spanischen Häfen zu probiren, spanische Schiffe zu vernichten, kurz und gut, die Gelegenheit für eine auch für die inneren Angelegenheiten nicht unangenehme auswärtige Diversion

in Gestalt eines Bombardements der Küstenplätze des wortbrüchigen und insolenten Spaniens war günstig und verlockend. Aber bei der Hartnäckigkeit der Spanier und bei der Schwierigkeit einer Landung in Spanien und eines schließlichen Marsches auf Madrid wäre der Krieg immerhin eine zweifelhafte Sache gewesen; er hätte außerdem die Handelsverbindungen mit Spanien unterbrochen und sie auf lange Jahre durch die Erbitterung der Spanier über das deutsche Vorgehen erheblich geschädigt. Ein solcher Krieg wäre eine Unternehmung wie die napoleonischen Kriegszüge nach Mexico u. s. w. gewesen.

Für Kaiser Wilhelm I. würde es nicht unerwünscht gewesen sein, seine Marine an der Arbeit zu sehen, und er würde ohne Zweifel den Befehl hierzu ertheilt haben, wenn ihm die Ehrenfrage im Conflict mit Spanien irgendwie in einem scharfen Lichte dargestellt worden wäre. Für einen Minister, der das Bedürfniß gehabt hätte, seine inneren Schwierigkeiten durch auswärtige Verwicklungen zu erleichtern, wäre es also außerordentlich bequem und eine berechtigte Gelegenheit gewesen, auf Kosten des spanischen und, wenn man will, des deutschen Volkes die Gemüther des letzteren chauvinistisch zu beschäftigen. Daß unser Handel nach Spanien, der sich auf beinahe 50 Millionen jährlichen gegenseitigen Umsatzes beläuft, auf ein Menschenalter unterbrochen worden wäre, konnte einem solchen Minister gleichgültig sein. Wir halten es sonach für eine der dankenswerthesten Leistungen des Fürsten Bismarck, daß er dieser Versuchung zu einem ungefährlichen und ruhmreichen maritimen Vorgehen widerstanden und sich den Excessen des spanischen Pöbels gegenüber benommen hat, wie der Commandeur einer überlegenen Truppe, der von der Straßenmeute mit Schmutz beworfen wird.

Der weitere Vorwurf, den die „Kölnische Zeitung“ in dieser spanischen Episode gegen den Fürsten Bismarck erhebt, ist der der Nachsuchung des päpstlichen Arbitriums. Wir glauben aber, daß durch diesen Schachzug, wie das volksthümliche Sprichwort sagt, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen wurden. Das Papstthum ist eine unabhängige politische Macht, gerade so wie Holland oder Schweden, und hätte man eine der beiden letzteren zum Schiedsspruch angerufen, so würde auch die „Kölnische Zeitung“ nichts dagegen gehabt haben, wenn sie unseren Darlegungen über die Unzweckmäßigkeit eines deutsch-spanischen Krieges, wie wir voraussetzen, zustimmt. Wir wollen davon absehen, ob Spanien das Arbitrium einer protestantischen Macht acceptirt, ob es uns nicht dennoch genöthigt hätte, unser Recht militairisch zu nehmen und uns auf diese Weise den entlegenen Staat, der sonst mit uns keine Rivalitäten hat, dauernd zum Feinde zu machen. Der Papst war eine Autorität, der auch der exaltirteste Spanier sich fügt, und da es der

deutschen Politik darauf ankam, die Möglichkeit eines unerwünschten und schädlichen Krieges aus der Welt zu schaffen, so, glauben wir, war es geschickt von ihr, daß sie den Papst zum Schiedsrichter wählte. Außerdem war der Papst für unsere inneren confessionellen Angelegenheiten immerhin eine Potenz, deren Wirksamkeit gegenüber den inländischen Jesuiten ins Gewicht fiel, und ihn durch eine Huldigung für seine hohe Stellung und seinen persönlichen Charakter für uns in bessere Stimmung zu versetzen, war für einen deutschen Minister, wenn er es vernachlässigte, ein Fehler, und wenn er es that, nicht zu tadeln.

Mit noch stärkerem Recht wie die Verhütung des spanischen Krieges hätte man diejenige des Krieges mit Nordamerika wegen Samoa der deutschen Politik zur Last legen können. Auch in diesem Falle war die öffentliche Meinung in einem Staatswesen, das stärker ist wie Spanien, in ungerechter Weise gegen uns aufgestachelt worden, sie konnte durch eine schroffe, wenn auch berechtigte Haltung Deutschlands leicht überkochen, und auch da fand das französische Sprichwort Anwendung: Le jeu n'en vaut pas la chandelle. Ein von uns nicht provocirter Krieg mit Nordamerika wäre in den inneren Verhältnissen Deutschlands für eine Regierung, wenn sie reactionair gewesen wäre, vielleicht nützlich gewesen; aber die deutsche Regierung hat damals nach dem vom Fürsten Bismarck stets vertretenen Grundsatz gehandelt, daß, wenn man einen Krieg führe, man nach Beendigung desselben noch in der Lage sein müsse, nachzuweisen, daß trotz aller inzwischen gebrachten Opfer der Krieg dennoch im Interesse des Landes gelegen habe. Wir erwähnen dies nur beiläufig gegenüber der geringschätzigen Spitze, mit welcher die „Kölnische Zeitung" das päpstliche Schiedsgericht in der Carolinenfrage gegen den Fürsten Bismarck verwerthet.

Wir ersehen aus vielen öffentlichen Kundgebungen, daß in weiteren Bevölkerungskreisen Dankbarkeit für die Politik des Fürsten Bismarck bei Herstellung des Deutschen Reiches besteht; aber wir glauben doch nicht unerwähnt lassen zu dürfen, daß bei der Rückkehr unserer Truppen aus Frankreich die allgemeine Meinung auch bei uns vorherrschte, daß wir in mindestens fünf und spätestens zehn Jahren einen neuen großen Krieg und zwar nicht mit Frankreich allein zu führen haben würden. Niemand hat geglaubt, daß wir nach 1870/71 zwanzig Jahre Frieden haben würden. Wir möchten den Tadlern des päpstlichen Schiedsspruches in der Carolinensache die Frage stellen, ob diese Leistung des Leiters der deutschen Politik, deren Wirkung uns, wir glauben auch heute noch, den Frieden erhält, nicht auch einiges Dankes werth wäre. Innerhalb der Leistungen des Fürsten Bismarck für die Erhaltung des Friedens aber spielt die Behandlung der Carolinenfrage und namentlich deren

Beilegung durch den Papst für Jeden, der in die europäische Diplomatie eingeweiht ist, eine sehr bedeutende Rolle.

* * *

In der Commission des preußischen Abgeordnetenhauses zur Berathung des Volksschul-Gesetzentwurfes wird nach Ablehnung des Vorsitzes seitens der Nationalliberalen zum Vorsitzenden der conservative Graf Clairon d'Haussonville, zu dessen Stellvertreter der freiconservative Abgeordnete Wessel gewählt. An diese Wahl knüpft die Presse Betrachtungen und Folgerungen über den Lauf der Berathungen. Wir lesen in den „Hamb. Nachr." vom 3. Februar (A.-A.):

Zum Volksschulgesetz wird dem „Hann. Cour." aus Abgeordnetenkreisen geschrieben:

„Die Wahl des Vorsitzenden in der Volksschulcommission, eines Conservativen und eines Freiconservativen, hat immerhin eine symptomatische Bedeutung. In den zwischen den Vertretern der Parteien gepflogenen Vorbesprechungen wurde von conservativer Seite höflicherweise daran erinnert, daß im vorigen Jahre der nationalliberale Abgeordnete Francke den Vorsitz geführt habe. Darauf erfolgte nationalliberalerseits sofort ein ausdrücklicher Verzicht auf den Vorsitz, unter Hinweis auf die oppositionelle Stellung, welche die Partei zu der diesmaligen Vorlage eingenommen habe. Ebenso lehnte das Centrum eine Betheiligung an dem Vorsitze ab. Damit ergab sich die Wahl eines Conservativen und eines Freiconservativen von selbst. Das Bemerkenswerthe an dem Vorgange ist der freiwillige Verzicht des Centrums. Wäre man im Lager des letzteren der Waffenbrüderschaft der Conservativen ganz sicher, so hätte man sehr wohl ein Interesse daran gehabt, dies durch eine gemeinschaftliche Leitung der Commissionsarbeiten von vornherein zu bekunden. Wenn man es nicht gethan, so beweist das deutlich, daß das Centrum einen Gang der Commissionsverhandlungen, wenn nicht befürchtet, so doch für möglich hält, mit dem es nicht einverstanden sein könnte."

Unserer Ansicht nach ist die Politik des Centrums nach wie vor und unausgesetzt darauf gerichtet, die Regierung immer mehr in die Enge zu treiben und schließlich in volle Abhängigkeit von sich zu versetzen. Aus diesem Grunde wird das Centrum nichts thun, was ihm die eventuelle Verfügung über die clerical-conservative Mehrheit entziehen würde. Sollte die Regierung in der Frage des Volksschulgesetzes wegen des Widerstandes der Kammer jetzt etwa nicht in der Lage sein, vertragsmäßig zu liefern, so wird es dem Centrum nicht einfallen, zornig zu werden, sondern es wird verfahren, wie der schlaue Wucherer, der seinem „Clienten" nach und nach alle anderen Hülfsquellen abschneidet, um ihn allein in die Hand zu bekommen. Wenn dies mit Geschick und unter

Benutzung von Hofeinflüssen geschieht, so ist die Wahrscheinlichkeit des Erfolges groß, sobald die Regierung parlamentarisch in eine Nothlage geräth. Im Uebrigen sagt sich das Centrum: Stören wir doch die Regierung nicht in ihrem Gange, sie besorgt unsere Geschäfte. Auch der Fortschritt läuft trotz der starken Absage seitens des Grafen Caprivi und trotz des Volksschulgesetzes neuerdings wieder mit dem Hute in der Hand neben dem Ministerium her, in der Erwägung, daß es sein Vortheil ist, wenn im preußischen Staate ungeschickt regiert wird. Die früheren Reichsfeinde hoffen eben, daß der neue Cours ihren Bestrebungen von selbst zu Gute kommt, und sind der Ansicht, daß man einen Nachtwandler nicht anrufen darf.

Inzwischen sagt die „Germania" in einem Artikel „Deutschland am Scheidewege" von den letzten Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über das Volksschulgesetz:

„Das waren große und schöne Tage, die wir durchlebten! Kampfestage zwar waren es, nur am Mittwoch durchbrochen vom Kriegsfrieden. Aber es galt, ‚einen guten Kampf zu kämpfen', und wer ‚den Lauf vollendet', für ‚den ist die Krone der Gerechtigkeit' hinterlegt. Wer dagegen ‚die Hand an den Pflug legte und dann zurückzieht', — der verdirbt selbst das, was jetzt schon erreicht ist, und das ist wahrlich nicht wenig."

Auf Grund der Vergangenheit wird im deutschen Volke das Gefühl vorherrschen, daß, wenn die Regierung den Ultramontanen „große und schöne Tage" bereitet, dies ein Grund zur ernsten Beunruhigung sei.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." bringt einen ausführlichen Auszug einer Darlegung der italienischen Zeitschrift „Esercito Italiano" über den von den Franzosen an der nordafrikanischen Küste errichteten Kriegshafen Biserta. Diesen Artikel geben die „Hamb. Nachr." am 4. Februar (M.-A.) in vollem Umfange wieder und führen dazu Folgendes aus:

Eine Mahnung an England. Bekanntlich ist Frankreich im Begriff, den nordafrikanischen Hafenplatz Biserta unweit der nördlichen Spitze der afrikanischen Mittelmeerküste, dem Cap Blanco, in einer Entfernung von nur 30 geographischen Meilen von Sicilien gelegen, mit starken Kriegshafenanlagen zu befestigen. Italien plant in Folge dessen die Anlage eines verschanzten Lagers bei Castro Giovanni im Mittelpunkt Siciliens. Eine Studie in dem „Esercito Italiano", der dem italienischen Kriegsministerium nahe steht, führt bei Besprechung dieser beiderseitigen Maßregeln aus, daß Biserta eine hervorragende militairische Position sei, dieselbe beherrsche das östliche und westliche Mittelmeerbecken. Als

Operationsbasis an der Verengung desselben Sicilien gegenüber gelegen, bilde sie eine besondere Gefahr für die italienische Flotte, welche von dort aus unerwartet angegriffen werden könne, und stelle eine beständige Bedrohung der italienischen Küsten des Tyrrhenischen und Jonischen Meeres dar. Biserta, befestigt, und wie es beabsichtigt sei, mit Torpedogeschwadern dotirt, werde mit Malta und Gibraltar rivalisiren, es vermöge den Weg nach Indien zu unterbrechen und werde England nöthigen, wenn es seine Stellung im Mittelländischen Meere behaupten wolle, dort seine Flottenstreitkräfte zu verdoppeln, nicht nur um die französischen zu neutralisiren, sondern auch um jede Gefahr von den britischen Küsten fernzuhalten. Um zu verdeutlichen, inwiefern Biserta als französischer Kriegshafen nicht nur eine schwere Bedrohung Italiens, sondern auch der englischen Schiffahrt, des englischen Handels und der Besitzungen und Küsten Englands bilde, bespricht der Autor des „Esercito Italiano" den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und England.

Vor Allem geht aus den Ausführungen des italienischen Schriftstellers hervor, daß England ein starkes Interesse daran hat, für seine Flotte und sein Heer etwas tiefer in den Geldbeutel zu greifen, als es bis jetzt thut, und sich nicht in dem bisherigen Maaße darauf zu verlassen, daß andere Mächte wie Deutschland und Oesterreich und namentlich Deutschland die englischen Interessen im Mittelmeer wahrnehmen, so daß England in seinen defensiven Leistungen für seine Mittelmeer-Stellung zurückhalten könnte. Für England hat es gar keine Schwierigkeit, seine Flotte, wenn nicht zu verdoppeln, so doch viel wesentlicher, als jetzt beabsichtigt ist, zu verstärken. Die Ausdehnung der englischen Herrschaft in Ostasien, seine Besitzungen nicht bloß in Indien, sondern auch in Hongkong, Singapore, in Australien, in der Südsee, seine Interessen in Südamerika und in Westindien müssen es ihm doch der Mühe werth machen, ein paar Millionen Pfund Sterling mehr als bisher für seine Rüstungen aufzuwenden, ganz abgesehen von der besseren Vertheidigung der britischen Inseln selbst.

Die englische Herrschaft ist über den Erdkreis im Verhältniß viel stärker angewachsen als die englische Flotte und die englische Streitkraft. Wir möchten nicht glauben, daß der bisherige englische Aufwand für Marine und Heer ausreicht, um Englands gesammtes ungeheuerliches Besitzthum und seinen Handelsverkehr auf der Weltkugel zu decken. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß England weit im Rückstand geblieben ist, und daß es immer noch glaubt, seine Weltinteressen, die seit dem Suezcanal wesentlich auf dieser Verbindung zwischen Asien und Amerika beruhen, würden durch andere europäische Mächte gedeckt und geschützt.

Eine richtige deutsche Politik würde es unseres Erachtens sein, den

Engländern klar zu machen, daß diese Berechnung nicht mehr zutrifft, daß England seine Interessen selbst decken muß. Aber auch für die Verbündeten Englands ist es ein Bedürfniß, daß England in seinen militairischen Leistungen zu Wasser und zu Lande stärker sei, als es bisher der Fall ist. Mit den bisherigen englischen Kräften würde die Rechnung leicht trügerisch sein, die Englands etwaige Verbündete auf dessen Beistand machen könnten.

* * *

Am 7. Februar empfing Fürst Bismarck in Friedrichsruh die Abgesandten des Lübecker Kampfgenossenvereins. Nach Ueberreichung der kunstvoll in Leder hergestellten Rolle, die die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft des Fürsten enthält, wurden die Anwesenden einzeln in liebenswürdiger Weise vom Fürsten begrüßt. Nachdem hierauf die Lübecker Herren der Frau Fürstin vorgestellt waren, begab man sich zur Frühstückstafel, an welcher auch die anwesenden Graf Asseburg und Gemahlin, Geheimrath Lothar Bucher, Dr. Chrysander und später Frau Baronin Merck Theil nahmen. Die lebhafte und zwanglos fröhliche Unterhaltung, welche der fürstliche Wirth während voller drei Stunden mit seinen Gästen führte, machte auf Alle einen unvergeßlichen Eindruck; beim Champagner trank Fürst Bismarck auf das Wohl seiner „Kameraden, der tapferen Hanseaten,“ und auf die Bemerkung, daß Lübeck in ihm seinen einzigen Ehrenbürger feiere, äußerte er sich dahin, es sei sein lebhafter Wunsch, sobald es die Jahreszeit gestatte, die ehrwürdige Hansestadt zu besuchen und dann seine Kameraden wiederzusehen.

* * *

Am 9. Februar (A.-A.) heißt es in den „Hamb. Nachr.“:

Die „Germania“ fährt in einer Polemik gegen die „Hamb. Nachr.“ fort, die Siege von 1870/71 auf den „confessionellen“ Schulunterricht und die „geistliche Schulinspection“ zurückzuführen. Warum nicht auch gleich die Siege der Römer und Griechen im Alterthume? Unserer Ansicht nach entscheidet über den Ausfall eines Krieges die militairische Tüchtigkeit des Heeres und seiner Führer, sowie die Vaterlandsliebe, die sich bei uns in den Jahren 1870/71 als furor teutonicus so unwiderstehlich äußerte. Wir glauben, daß an diesen Ursachen unserer militairischen Erfolge der confessionelle Schulunterricht und die geistliche Schulinspection ziemlich unbetheiligt waren. Will man die Confession in Deutschland mit kriegerischen geschichtlichen Vorgängen in Zusammenhang bringen, so bietet dazu die beste Gelegenheit der 30jährige Krieg; der aber war das größte Unglück, das unser Vaterland jemals getroffen hat.

* * *

Auch am 11. Februar kamen Fürst und Fürstin Bismarck wieder nach Hamburg, diesmal einer Einladung des Herrn Adolf Woermann folgend. Sie wurden von diesem am Bahnhof empfangen. Das Publicum, das sich in außerordentlich großer Zahl eingefunden hatte, begrüßte den Fürsten mit enthusiastischen Hochrufen. Die Abfahrt erfolgte am Abend gegen 9 Uhr. Der Menschenandrang auf dem Berliner Bahnhof war so groß wie nie zuvor; die Hochs auf den Fürsten, für die dieser nach allen Seiten hin freundlich dankte, wollten kein Ende nehmen. Als sich der Zug in Bewegung setzte, erscholl der Gesang: „Deutschland, Deutschland über Alles!"

Ueber solche Huldigungen in Hamburg wird Tags darauf dem „Schwäbischen Merkur" von dort geschrieben:

„Die lebhaften Empfangs- und Abschiedsbezeigungen, die dem Fürsten Bismarck bei seinen jetzt häufigen Besuchen in Hamburg zu Theil zu werden pflegen, sind als Zeichen der Zeit keineswegs außer Acht zu lassen. Hamburg vertritt in dieser persönlichen Beziehung zu seinem berühmten Nachbarn und Mitbürger sozusagen die deutsche Nation in ihren besten Elementen, wenigstens würden dem Altkanzler heute in jeder anderen größeren Stadt des Reiches ohne Frage ähnliche Ehren erwiesen werden wie hier.

„Die Demonstrationen der Verehrung, Hingebung und Dankbarkeit, deren Schauplatz die wenig anmuthige Berliner Bahnhofshalle zu sein pflegt, haben sich in ihrem Ausdruck desto mehr gesteigert, je weiter der ‚neue Cours' die alte Bahn verlassen hat. Je besorgter die öffentliche Meinung des gebildeten Bürgerthums der Zukunft entgegenblickt, um so lauter macht sich die mit tiefer Wehmuth gemischte Sehnsucht nach dem Manne geltend, aus dessen schöpferischem Geiste die Idee des Reiches in ihrer concreten Gestalt entsprungen ist und der bis vor zwei Jahren, wie einst König Karl, am Steuer saß und mit fester Hand das Schiff durch Wind und Wogen leitete.

„Solche Gedanken und Gefühle sind es, die auch gestern (11. Februar) Abend in der Bahnhofshalle zum Ausbruch kamen, und zwar in so stürmischer Weise, wie kaum je zuvor. Jung und Alt, Männer und Frauen, waren unter den Zuschauern vertreten und brachten dem Fürsten, der hochaufgerichtet am Wagenfenster seines Salonwagens stand, bis zur Abfahrt eine ununterbrochene Ovation dar. Die Herren schwenkten unter endlosen Hochrufen die Hüte, die Damen winkten mit den Tüchern, soweit sie es im Getümmel vermochten; der Andrang, den verabschiedeten Hort und Schirmer Deutschlands auch auf einen Augenblick von Angesicht zu sehen, war ein gewaltiger. Was aber dieser patriotischen Erregung den eigentlichen Stempel aufdrückt, ist, daß ihr nichts Gemachtes und keine Verabredung zu Grunde liegt, und noch obendrein sind es die sonst so maßvollen und kühl rechnenden Börsenkreise, namentlich die jüngere Kaufmannschaft, von denen diese Bewegung ausgeht und getragen wird."

* * *

Die unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten von Levetzow am 11. Februar abgehaltene Sitzung des Centralcomités für die Errichtung eines National-denkmals für den Fürsten Bismarck beschließt, den Gesammtbetrag der Sammlungen in Höhe von Mk. 1 014 438 in dreiprocentiger Reichsanleihe anzulegen und über die Platzfrage für das Denkmal und die auszuschreibende künstlerische Concurrenz erst dann Beschluß zu fassen, wenn die Platzfrage für das Kaiser Wilhelm-Denkmal entschieden sei.

Die „Nationalliberale Correspondenz“ bringt noch folgende interessante Notizen:

„Wie wir hören, mußte von weiteren Schritten zur Ausführung des Denkmals, insbesondere auch von einem Concurrenzausschreiben einstweilen Abstand genommen werden, bis die Frage endgültig erledigt ist, auf welchen Platz der Reichshauptstadt das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. zu stehen kommen soll. Der vorgelegte Cassenbericht ergab, daß die eingegangenen Gelder bis zum 3. Februar 1892 insgesammt 995 151 Mk. betrugen, bezw. mit Hinzurechnung von 19 287 Mk. verauslagter Unkosten 1 014 438 Mk. Aus dem Beitragsverzeichniß heben wir folgende Angaben hervor: von den regierenden Bundesfürsten betheiligten sich mit Beiträgen: der Prinz-Regent von Bayern, der König von Sachsen, König Karl von Württemberg, Prinz Albrecht, Regent von Braunschweig, mit je 1000 Mk., die Großherzoge von Weimar und Mecklenburg-Schwerin, die Herzoge von Altenburg, Coburg-Gotha, Meiningen und Anhalt mit je 500 Mk., die Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß j. L., Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Hohenzollern mit je 300 Mk., die Senate von Hamburg, Bremen, Lübeck mit 1000, 500, 300 Mk. Auf die einzelnen Bundesstaaten entfallen 488 700 Mk. auf Preußen (darunter 169 900 Mk. auf Berlin, 108 700 Mk. auf die Rheinprovinz), auf Bayern 28 200 Mk., auf Sachsen 74 800 Mk., auf Württemberg 14 300 Mk., auf Baden 30 000 Mk., auf Hessen 23 400 Mk., auf Hamburg 78 500 Mk. u. s. w. Aus Großbritannien gingen ein 33 600 Mk., aus Rußland 11 660 Mk. Auch fast alle außereuropäischen Länder sind mit Beiträgen vertreten; merkwürdigerweise fehlen nur die Vereinigten Staaten von Nordamerika gänzlich.“

* * *

Ueber eine Kundgebung für den Fürsten und den Grafen Herbert Bismarck in München berichtet die dortige „Allg. Ztg.“ am 13. Februar:

Se. Excellenz der Staatsminister a. D. Graf Herbert Bismarck traf gestern Abend auf der Durchreise nach Italien hier ein und nahm im Hotel Marienbad Absteigequartier. Nach dem im kleinen Kreise eingenommenen Nachtessen begab Graf Bismarck sich in die „Allotria“, wo Herr Hofschauspieler Dreher einen seiner köstlichen Liederabende veranstaltet hatte. Sein erheiterndes und unter lebhaftem Beifall ausgeführtes Programm erfuhr durch musikalische

Vorträge der Herren Generalmusikdirector Levi und Hofcapellmeister Fischer, sowie durch gesangliche Leistungen der Herren Kammersänger Gura und Nachbaur noch eine werthvolle Fortsetzung. Professor von Lenbach feierte den hohen Gast mit bewegten Worten in einem allseitig mit größter Wärme und Herzlichkeit aufgenommenen Toast, Rechtsanwalt Dr. Dürck gab sodann in einem Trinkspruche auf den Fürsten Bismarck Dem Ausdruck, was in Aller Herzen und auf Aller Lippen lag, und entfesselte in der den Saal dicht füllenden Gesellschaft mit wahrhafter Sturmesgewalt erbrausende, nicht enden wollende Hochrufe. Der berühmte große Zinnkrug, aus welchem Fürst Bismarck bei seiner Anwesenheit in München im Jahre 1886 getrunken, und an welchen sich in neuerer Zeit das bekannte Wort: „Wer ihn nicht fassen kann, der setzt ihn ab" — geknüpft hat, war zu Ehren des Gastes in Thätigkeit gesetzt.

Graf Herbert Bismarck dankte wiederholt für die so freundliche Begrüßung, die ihm in diesem Kreise zu Theil geworden, sowie für die herzbewegende Kundgabe der unerschütterlichen Gesinnungen für seinen Vater, die allerdings in München nicht mehr überraschen könne. Heute Vormittag setzte Graf Bismarck mit dem Schnellzuge 11 Uhr 15 Min. die Reise nach Italien fort.

* * *

Als Curiosum mag folgende Nachricht der in Hongkong erscheinenden „Daily Preß" auch hier verzeichnet werden:

The „North China Daily News" makes the following announcement, wisely giving it under all reserve: „We hear from a German source but we give the news with all reserve, that the German Emperor has made Prince Bismarck King of Switzerland."

Zu Deutsch:

Die „North China Daily News" enthält folgende Mittheilung, die sie wohlweislich unter allem Vorbehalt giebt: „Wir hören aus einer deutschen Quelle — aber wir geben die Nachricht mit allem Vorbehalt —, daß der Deutsche Kaiser den Fürsten Bismarck zum König der Schweiz ernannt hat."

* * *

In der Kieler „Nord-Ostsee-Ztg." lesen wir über einen Besuch beim Fürsten Bismarck Folgendes:

Von den Eindrücken, die ein uns befreundeter Herr aus einer benachbarten Stadt dieser Tage von einen Besuch bei dem Fürsten Bismarck mitgebracht hat, erhalten wir folgende Mittheilungen:

„Der Vollendung des 77. Jahres entgegengehend, ist der Fürst das Bild körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Auf seinen Spaziergängen führt er, weitausschreitend, den Knotenstock nicht als Stütze bei sich, sondern benutzt

ihn, von den Ellbogengelenken gehalten, als Geradehalter. Dem Erfinder des ‚schnell alternden Reichskanzlers (von ehedem)‘ kann versichert werden, daß eher von einem in der gegenwärtigen ‚Erholung‘ von den Strapazen des Dienstes schnell sich verjüngenden Bismarck die Rede sein kann. So verleugnet er auch nach Temperament und Stimmung und nach der Tiefgeistigkeit seiner Unterhaltung in Nichts sein lebensvolles mächtiges Naturell. Kurz, den ‚frommen‘ Wünschen Derer, die ihm die sog. Ruhe des Greisenalters wünschen, schlägt er ein Schnippchen; denn Gott sei Dank, Bismarck wird nicht alt. Wer, zumal in der wachsenden Wirrniß der Politik des neuen Courses, an der Zuversicht festhält, daß in der Stunde der Noth ‚sein Rath und seine Thatkraft, seine Treue und Hingebung uns nicht fehlen werden‘, dem freut sich das Herz, wenn er diesen Siebenundsiebziger hoch aufgerichtet und sein weißes Jupiterhaupt nach wie vor mit dem überwältigenden Ausdruck geistiger Uebermacht in den voll ruhigem Feuer leuchtenden Augen vor sich erblickt.

„Im Laufe des Zwiegesprächs wurde die Frage berührt, ob sein Residiren in Friedrichsruh wirklich ein definitives sein sollte. Entgegen den Ausstreuungen der Presse, die seinen angeblich nach Genugthuung dürstenden Ehrgeiz die Rückkehr in die leitenden Aemter erstreben läßt und zum Compaß seiner Preßäußerungen macht, stellte der Fürst, vielleicht auch im Hinblick auf die gegenwärtig veränderte Bedeutung ministerieller Stellungen, mit einer nicht mißzuverstehenden volksthümlichen Wendung die Neigung, dahin zurückzukehren, wo er den 20. März 1890 erlebt hat, auf das Entschiedenste in Abrede.“

* *
*

Am 24. Februar, dem Tage, an dem vor 25 Jahren der Reichstag des Norddeutschen Bundes zum ersten Male eröffnet wurde, bringt die Münchener „Allg. Ztg.“ (A.-A.) folgenden Artikel:

Fünf und zwanzig Jahre. Fünf und zwanzig Jahre sind verflossen, seit am 24. Februar 1867 König Wilhelm I. von Preußen den constituirenden Reichstag des Norddeutschen Bundes mit der glänzendsten Thronrede eröffnete, welche jemals in der weiten Halle des Weißen Saales im Berliner Schlosse erklungen ist; fünf und zwanzig Jahre seit jenem verhängnißvollen Frühling, da das neue Deutschland aus Träumen und Sehnen in das Gebiet der Wirklichkeit und der Thatsachen trat. Am Eingang dieses Vierteljahrhunderts deutscher Geschichte steht der 24. Februar 1867 gleich einem schönen jungen Morgen, reich an Hoffnungen und hochgemuther Zuversicht, von den Gedenksteinen unsrer nationalen Entwickelung einer der leuchtendsten. Inmitten einer wenig erfreulichen Gegenwart weilen die Gedanken um so lieber bei den Erinnerungen einer so großen Vergangenheit, heute bei jenem Augenblick, da „inmitten einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen

Fürsten umgeben", vom preußischen Throne herab das erlösende Wort für Deutschlands Zukunft erklang. Die Hoffnungen und Verheißungen jener Thronrede, die lauter als alle Kunde siegreicher Schlachten durch die Welt hallte, sind alle und buchstäblich erfüllt worden, wie es denn überhaupt das charakteristische Merkmal der reich gesegneten Regierung des ersten deutschen Kaises im neuen Reiche ist, daß die großen grundlegenden, programmatischen Gedanken seiner Politik sich sämmtlich und ausnahmslos bewahrheitet haben.

In der That, es war eine Reichsversammlung, wie zuvor kein Jahrhundert der deutschen Geschichte sie geschaut hatte. Die preußische Wählerschaft hatte dankbar die größten Namen in den Reichstag entsandt: Bismarck, Moltke, Roon, Prinz Friedrich Karl, Steinmetz, Vogel von Falckenstein, Herwarth von Bittenfeld, die Führer in Rath und That, zierten die Reihen dieses ersten aus dem allgemeinen directen Wahlrecht hervorgegangenen Parlaments. Und vor diesem Parlamente der siebzigjährige König, der in seinem hohen Alter in die großen Aufgaben seines Hauses und seines Staates mit wahrhaft vorbildlicher Pflichttreue hineinwuchs. Fürst Bismarck vertrat damals seinen heimathlichen Schönhauser Wahlkreis; heute, nach 25 Jahren, finden wir den größten Sohn der deutschen Erde wiederum in den Listen der Volksvertretung — im Ruhestande.

Der Abschluß des Krieges von 1866 hatte unerfüllte Hoffnungen hinterlassen. Gar mancher grollte ob der Trennungslinie, die durch Deutschland gezogen schien, die Schutz- und Trutzbündnisse, welche den Süden und den Norden bereits fest verknüpften, waren in jenem Augenblicke nur erst in engsten Kreisen bekannt. Die Einen tadelten die Vergrößerung Preußens, die Anderen waren unzufrieden, daß der Sieger auf halbem Wege stehen geblieben war; die Stimmung im Süden setzte sich noch zum großen Theil aus Haß und Befürchtung zusammen, nur eine verhältnißmäßig kleine Gemeinde des nationalen Gedankens begrüßte mit froher Zuversicht den anbrechenden Tag.

Es war die große That des leitenden Staatsmannes, Bismarck's unvergeßliche und, so Gott will, unvergängliche That, welche die engherzigen Gegensätze in dem einen großen Gesichtspunkte des gemeinsamen Vaterlandes aufzulösen und auszugleichen verstand die Blicke seiner Landsleute, denen er die Waffen aus der Hand gewunden, auf höhere gemeinsame Ziele, auf große nationale Aufgaben, auf die Gemeinschaftlichkeit der wirthschaftlichen Existenz und die Gemeinschaftlichkeit ihres Schutzes richtete. Das ein Jahr später den Mitgliedern des Zollparlaments zugerufene Wort: „Nehmen Sie die Gewißheit mit in die Heimath, daß der Süden im Norden Bruderherzen und

Bruderhände findet für jegliche Lage des Lebens!"[1]) — es war der Wahlspruch, der ungeschrieben, aber für jedes Auge erkennbar, bereits über der Eingangspforte des ersten Norddeutschen Reichstags stand.

Zu den mancherlei Empfindungen, welche damals die deutschen Gemüther bewegten, gesellte sich dann noch in erster Linie der Ausblick auf Frankreich. Die französische Intervention hatte in die politische Neugestaltung Deutschlands vermittelnd und hemmend eingegriffen, die stolze Abweisung, welche die französischen Compensationsforderungen im August 1866 gefunden hatten, Bismarck's Antwort auf die französische Alternative: Mainz oder Krieg — gut, dann ist Krieg! war im Interesse der Erhaltung des Friedens geheim geblieben; Freunde und Gegner der neuen Bündnißverträge hatten die Ueberzeugung, daß die letzte endgültige Entscheidung nur in einem heißen Ringen mit Frankreich gesprochen werden würde. Die siegesfrohe Zuversicht, daß die erste Bedrohung von französischer Seite auch die Vollendung der deutschen Einheit sein werde, ward selbst in Norddeutschland nicht überall getheilt.

Gerade auch in dieser Beziehung ist die Thronrede vom 24. Februar 1867 von hoher und charakteristischer Bedeutung: es ist überall von der deutschen Verfassung, der Bundesgenossenschaft der deutschen Staaten, der deutschen Macht und Ehre, der Begründung der deutschen Einheit, Macht und Ehre die Rede. „Im Namen Deutschlands" fordert der König den Reichstag auf, die große nationale Arbeit rasch und sicher durchzuführen, und um keinen Zweifel, auch im Auslande, über die Entschlossenheit seiner Absichten und die Entschlußkraft seines Handelns bestehen zu lassen, verkündet die Thronrede, daß mit der Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes der Augenblick gekommen sein werde, den süddeutschen Brüdern die Hand offen und entgegenkommend darzureichen. Die Schutz- und Trutzbündnisse leise andeutend, werden „die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft und die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebiets" als die Grundbedingungen der von beiden Theilen anzustrebenden Verständigung bezeichnet.

„Der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter" ist seit jenem Tage glorreich der Erfüllung entgegengeführt

---

[1]) Die ergreifenden Worte Bismarck's am 23. Mai 1868 lauteten: „Die kurze Zeit unseres Beisammenseins ist schnell vergangen wie ein Frühlingstag. Möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens! und daß jedes erneute Beisammensein das Verhältniß stärken wird und muß! Lassen Sie uns dies Verhältniß festhalten, lassen Sie uns dies Familienleben pflegen. In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches ‚Auf Wiedersehen!' zu."

worden, und eine neue Generation ist herangewachsen, für welche die Worte des Königs gelten: „Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß unsre Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.“

Die dankbaren Herzen eines neuen Geschlechts wenden sich heute tiefbewegt nach der stillen Königsgruft im Park zu Charlottenburg, wo das müde Kaiserhaupt ruht, das so glorreich über Deutschland geleuchtet; zum Sachsenwalde, wo der Atlas, der auf seinen Schultern das junge Deutschland getragen, einsam den Abend seines Lebens an sich vorüberziehen sieht, umrauscht von den Wipfeln seiner Eichen, von den Erinnerungen einer so gewaltigen Vergangenheit.

Einsam, aber nicht verlassen. Wo immer deutsche Herzen für Deutschlands Größe schlagen, werden sie sich bei dem Namen Bismarck mit freudigem Stolze erheben, dem Namen, der für fünfzig Millionen Deutsche das unvergängliche und unveräußerliche Eigenthum ist. Wie klein und gering ist die Zeit, die, sich sonnend im Abglanz solcher Größe, hinter ihm wandelt, die weder auszubauen noch aufzubauen versteht, der die mächtigen Hallen des deutschen Hauses schier zu weit und zu hoch sind, deren enge Geister verengen möchten, wo er mit starker Hand erweitert hat. Die stolze siegeskräftige Sprache der Thronrede vom 24. Februar — fast muthet sie uns heute an wie eine halbverklungene Göttersage vom greisen König, der hochaufgerichtet auf des Schiffes Bord zu seinen Recken redet, von dem greisen König, dessen Größe nicht zum mindesten seine Treue, seine Aufrichtigkeit und seine Dankbarkeit war, die selbstverleugnende Anpassung der großen Erfahrungen seines vielgeprüften Lebens an den Rath Derer, welche sein lebenskluger Blick erkoren und denen er, wie selten ein Herrscher, die Treue gehalten hat.

Es ist das niemals hoch genug zu preisende Glück des deutschen Volkes gewesen, daß an der Wiege seiner Wiedergeburt ein solcher Herrscher und ein solcher Kanzler gestanden haben. Dem Staatsmanne, welchem die Einigkeit höher stand als die Einheit, das Vertrauen und die Zufriedenheit der Bundesgenossen höher als der Zwang, ihm, dem Schöpfer und Begründer des heutigen Deutschland, das er hinterlassen stark und mächtig, gefestigt und gefürchtet, werthvoll für den Freund und unantastbar für den Feind, ihm, der heute — Gott sei es gedankt — noch unter den Lebenden wandelt und gar Vielen Hoffnung und Zuversicht ist, sei heute aus dem Süden Deutschlands erneut der Dank dargebracht, der sich für jeden Deutschen mit der Erinnerung an die Wiederaufrichtung des Reiches unauflöslich verbindet.

Im Anschluß hieran theilt die „Allg. Ztg.“ den Wortlaut der mehrfach citirten, natürlich vom damaligen Bundeskanzler redigirten Thronrede vom

24. Februar 1867 mit. Wir folgen ihr darin, wohl wissend, daß sie nicht unmittelbar in den Rahmen dieser Blätter gehört, aber dennoch überzeugt, daß ihr Fehlen hier eine Lücke bedeuten würde, ihre Aufnahme jedoch vom Leser freundlich willkommen geheißen wird.

Die Thronrede lautete:

Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des Norddeutschen Bundes!

Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke Ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke ersehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Führung, werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernt haben, im Rückblicke auf die Geschichte Deutschlands erkennen.

Einst mächtig, groß und geehrt, weil einig und von starken Händen geleitet, sank das Deutsche Reich nicht ohne Mitschuld von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europa's, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Wahlstatt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpreise hergab.

Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur gesteigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatsachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern.

In diesem Sinne haben die verbündeten Regierungen, im Anschlusse an gewohnte frühere Verhältnisse, sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit als zweifellosen Bedürfnisses liegen.

Der Ihnen vorzulegende Verfassungs-Entwurf muthet der Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesammtheit nur diejenigen Opfer zu,

welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu schützen, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwickelung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten.

Meinen hohen Verbündeten habe Ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher sie den Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes entgegengekommen sind. Ich spreche diesen Dank in dem Bewußtsein aus, daß Ich zu derselben Hingebung für das Gesammtwohl Deutschlands auch dann bereit gewesen sein würde, wenn die Vorsehung Mich nicht an die Spitze des mächtigsten und aus diesem Grunde zur Leitung des Gemeinwesens berufenen Bundesstaates gestellt hätte. Als Erbe der preußischen Krone aber fühle Ich Mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preußens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind. —

Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens und obschon die gewaltigen Ereignisse des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der deutschen Verfassung zu allseitiger Ueberzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derselben empfänglicher gemacht hatten, als sie früher waren und später wiederum sein würden, haben wir doch in den Verhandlungen von Neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Uebereinstimmung zwischen so vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen, welche bei ihren Zugeständnissen obendrein die Stimmungen ihrer Landstände zu beachten haben.

Je mehr Sie, Meine Herren, sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um so vorsichtiger werden Sie, davon bin Ich überzeugt, bei Prüfung des Verfassungs-Entwurfes die schwerwiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge behalten, welche für die friedliche und gesetzmäßige Durchführung des begonnenen Werkes entstehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergestellte Einverständniß der Regierungen über die vom Reichstage begehrten Aenderungen nicht wieder gewonnen würde. Heute kommt es vor Allem darauf an, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu versäumen. Der vollendetere Ausbau desselben kann alsdann getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volksstämme überlassen bleiben.

Die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unseren Landsleuten im Süden des Mains ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheim gestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Ländern offen und entgenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein.

Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden

Grundbedingungen der Verständigung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden.

Wie die Richtung des deutschen Geistes im Allgemeinen dem Frieden und seinen Arbeiten zugewandt ist, so wird die Bundesgenossenschaft der deutschen Staaten wesentlich einen defensiven Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen unsere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutsche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen, sondern lediglich das Bedürfniß, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des staatlichen Gedeihens zu gewähren, welche ihnen der Entwickelungsgang früherer Jahrhunderte verkümmert hat. Nur zur Abwehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme; und daß ihre Verbrüderung auch von ihren Nachbarvölkern in diesem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigsten europäischen Staaten, welche ohne Besorgniß und ohne Mißgunst Deutschland von denselben Vortheilen eines großen staatlichen Gemeinwesens Besitz ergreifen sehen, deren sie sich ihrerseits seit Jahrhunderten erfreuen. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es frei von Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Wiederherstellung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag.

Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf die gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.

Meine Herren! Ganz Deutschland auch über die Grenze unseres Bundes hinaus, harrt der Entscheidungen, die hier getroffen werden sollen. Möge durch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden.

Im Namen aller verbündeten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere Ich Sie vertrauensvoll auf: Helfen Sie uns die große nationale Arbeit rasch und sicher durchführen.

Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und fördere das vaterländische Werk!

* *
*

Wie streng die „Hamb. Nachr.“ unterscheiden zwischen allem auf die Person des Kaisers Bezüglichen und den Maßnahmen der Regierung, zeigt folgende Erklärung an der Spitze der A.-A. vom 26. Februar:

Einige Blätter richten directe Aufforderungen an die Adresse unseres Blattes, sich über die Kaiserrede (im Brandenburgischen Provinziallandtage am 24. Februar. Der Verf.) zu äußern; andere ersuchen uns sogar, ihnen unsere Publicationen zu telegraphiren. Wir bedauern, dem nicht entsprechen zu können. Die Veröffentlichung der kaiserlichen Rede im „Reichsanzeiger" ist von keinem Minister contrasignirt, stellt also im Sinne der Verfassung, auf deren Beobachtung wir halten, keine Regierungshandlung des Monarchen dar, sondern eine allerhöchste Privatansicht, über die wir uns der Kritik enthalten. Dagegen glauben wir uns verpflichtet, mit der begonnenen Reproduction der Preßstimmen über die kaiserliche Rede fortzufahren, um unseren Lesern ein Bild über die Auffassungen zu geben, die darüber in den verschiedenen Parteien und in der öffentlichen Meinung Deutschlands bestehen.

* * *

Am 26. Februar heißt es in den „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Bei Beginn der vorgestrigen Sitzung des Reichstages erinnerte, wie mitgetheilt ist, der Präsident von Levetzow daran, daß vor 25 Jahren, am 24. Februar 1867, der erste norddeutsche constituirende Reichstag eröffnet worden sei, und fügte hinzu, daß von den gegenwärtigen Mitgliedern des Hauses fünf: die Abgeordneten von Bennigsen, Graf Hompesch, Richter, Freiherr von Stumm und von Unruhe-Bomst an der Eröffnungs-Sitzung vor 25 Jahren theilgenommen hätten. Zu diesen Mitgliedern zählt auch Fürst Bismarck, der damals nicht nur Bundeskanzler, sondern auch Reichstagsabgeordneter war und der auch jetzt dem Reichstage als Mitglied angehört, wenngleich er einstweilen an den Verhandlungen des Hauses nicht persönlich Theil nimmt. Herrn von Levetzow war wohl die Thatsache der Mitgliedschaft des damaligen Grafen Bismarck am constituirenden Reichstage nicht gegenwärtig, sonst würde er gewiß nicht unterlassen haben, sie zu erwähnen; wir holen hierdurch das Versäumte nach.

* * *

In derselben Nummer wird einer schon von der „Berliner Börsen-Zeitung" bestrittenen Nachricht über den Fürsten Bismarck entgegengetreten:

Der „Berliner Börsen-Zeitung" wird über eine angeblich bevorstehende Theilnahme des Fürsten Bismarck an den Berathungen des Herrenhauses geschrieben:

„Abermals colportiren einige Blätter die Meldung, Fürst Bismarck werde noch im Laufe der Session nach Berlin kommen, um im Herrenhause Stellung zu dem neuen Volksschulgesetz-Entwurf zu nehmen.

„Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ist diese Nachricht vollständig aus der Luft gegriffen. Der greise Fürst will nicht mehr in den Kampf des Tages eintreten. Ihn als Gegner der Regierung öffentlich sprechen zu hören,

ihn als willkommenen Zielpunkt für Angriffe zu haben, würde seinen alten Feinden sehr willkommen sein. Sie würden nicht den Frondeur, sondern den früheren Bismarck angreifen und durch seine Stellungnahme gegen den ‚neuen Cours' nachweisen, daß auch Bismarck selbst nicht anders kann, als den liberalen Ideen zustimmen und sich zu ihren seit 30 Jahren selbst verfochtenen Anschauungen zu bekehren. Das Volk würde es glauben und würde es übersehen, daß Bismarck nur das wieder vertheidigen würde, wofür er früher kämpfte, wodurch er seiner Zeit Erfolge erzielte und das Land wie das Reich vor Erschütterungen bewahrte.

„Es würde den Lesern erzählt werden, der frühere Gegner der Freisinnigen beschließe seine politische Wirksamkeit durch eine vollständige Bekehrung zu ihren politischen Maximen — und es gäbe Tausende, welche das Taschenspielerkunststück der Verdrehung der Wahrheit nicht zu durchschauen vermöchten, oder durchschauen zu wollen nicht objectiv genug wären.

„Diesen Spaß verdirbt ihnen der sie alle überragende, sie bis in ihre innersten Absichten richtig beurtheilende Fürst und bleibt den Verhandlungen fern. Wie ihm zuweilen zu Muthe sein mag, wenn er den Lauf der Dinge verfolgt, das ist das tragische Moment in seinem Leben; vielleicht gönnt der Lenker der Völkergeschicke ihm noch eine Genugthuung, und die Katharsis tritt zeitig vor dem Ende der comedia ein."

Es hat nie in der Absicht des Fürsten gelegen, sagen dazu die „Hamb. Nachr.", an den Berathungen des Herrenhauses über das Volksschulgesetz Theil zu nehmen. Wenn er aber Neigung gehabt hätte, seinen Sitz im Hause einzunehmen, so würde dieselbe durch das Verhalten des letzteren in der Frage der Landgemeindeordnung wesentlich abgeschwächt worden sein. Durch diese Haltung ist hinreichend documentirt worden, daß das Herrenhaus kein Boden ist, auf dem ein unabhängiger Politiker irgendwelche Aussicht auf Erfolg hat.

* * *

Der Kaiser hatte in seiner am 24. Februar im Brandenburgischen Provinziallandtage gehaltenen Rede gesagt:

„Der berühmte englische Admiral Sir Francis Drake war in Centralamerika gelandet nach schwerer, stürmisch bewegter Reise; er suchte und forschte nach dem andern großen Ocean, von dem er überzeugt war, daß er vorhanden sei, den die meisten seiner Begleiter jedoch als nicht existirend annahmen. Der Häuptling eines Stammes, dem das eindringliche Fragen und Forschen des Admirals aufgefallen, von der Macht seines Wesens eingenommen, sagte ihm: ‚Du suchst das große Wasser; folge mir, ich werde es dir zeigen,' und nun stiegen die beiden trotz warnenden Zurufs der übrigen Begleiter einen gewaltigen Berg hinan. Nach furchtbaren Beschwerden an der Spitze angelangt, wies der Häuptling auf die Wasserfläche hinter ihnen, und Drake sah die

wildbewegten Wogen des zuletzt von ihm durchschifften Meeres vor sich. Darauf drehte sich der Häuptling um, führte den Admiral um einen kleinen Felsvorsprung herum, und plötzlich that sich vor seinem entzückten Blicke der vom Gold der aufgehenden Sonne bestrahlte Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden Stillen Oceans auf."

Dazu bemerken streng sachlich die „Hamb. Nachr." am 26. Februar (A.-A.):

> In seiner neulichen Rede hat der Kaiser den vormaligen Seeräuber und Freibeuter, den späteren englischen Admiral Sir Francis Drake als Entdecker des Stillen Oceans bezeichnet. Es liegt dem anscheinend eine Verwechslung mit dem spanischen Abenteurer Vasco Nuñez de Balboa zu Grunde. Dieser war der erste Europäer, der am 26. September 1513, 32 Jahre vor Drake's Geburt, von einem Berge auf dem Isthmus von Panama das Stille Meer erblickte, an dessen Küste herabstieg und in dessen Fluthen hineinschreitend mit gezogenem Degen von dem Meere für Spanien Besitz ergriff. Drake gelangte erst 60 Jahre später zu dem Anblick des Stillen Oceans, als dessen Existenz in Europa und für ihn längst kein Geheimniß mehr war.

* * *

Graf Limburg Stirum (vgl. oben S. 51 ff.) wurde am 6. Februar vom Disciplinarhof für nicht richterliche Beamte verurtheilt zur Dienstentlassung, zum Verlust der Pension und zur Entziehung des Titels „Gesandter". Die Angelegenheit wird von den „Hamb. Nachr." am 27. Februar (M.-A.) in folgendem Artikel behandelt:

> Zum Falle Limburg-Stirum. Das Urtheil des Disciplinarhofes gegen den Grafen Limburg-Stirum wird in der Presse vorwiegend abfällig besprochen, wie uns scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich die Vertheidiger des Urtheils auf frühere Disciplinirungen von Beamten und gar auf den Fall Harry Arnim berufen, so ist dies sachlich ungerechtfertigt. Der prägnante Unterschied zwischen diesen Fällen besteht darin, daß Graf Limburg-Stirum wohl Beamter zur Disposition war, aber zur Zeit der incriminirten Handlung kein Amt hatte und nur äußerlich der Beamtendisciplin unterworfen war. Es handelte sich in seinem Falle um das Maaß von Ansprüchen, das auf Grund der Beamtendisciplin an ihn zur Zeit zu stellen war.
>
> Dieses Maaß ist ein anderes gegenüber einem Beamten, der noch in Function ist, und gegenüber einem solchen, der in der Form der Zurdispositionsstellung aus jedem Amte entlassen ist. Die gesammten Bestimmungen der Beamtengesetzgebung über die Zurdispositionsstellung haben ursprünglich nur den Grund, daß Staatsbeamte gewisser Kategorien, auf deren Mitwirkung im Sinne ihrer Politik die Regierung nicht ver-

zichten kann, ohne zu große Schädigung an ihren erworbenen Amtsansprüchen von ihrer ferneren Mitwirkung an der Staatspolitik nach Bedürfniß zeitweilig entbunden werden können, z. B. Oberpräsidenten, Gesandte und diplomatische Beamte überhaupt. Sobald dies aber geschehen ist, erscheint es als eine tendenziöse Schärfe gegen den zur Disposition gestellten Beamten, namentlich wenn er zugleich Abgeordneter ist, daß ihm nicht einmal mehr gestattet sein soll, seine von der Regierungsansicht abweichende Meinung in der maaßvollen und von Animosität gänzlich freien Form auszusprechen, wie es Graf Limburg-Stirum in seinem „Kreuzzeitungs“-Artikel gethan hat. Es liegt in diesem Verfahren eine erhebliche Steigerung der Ansprüche an Beamte zur Disposition, welche während der verflossenen vierzig Jahre des verfassungsmäßigen Lebens in Preußen nicht stattgefunden hat.

Das Urtheil gegen den Grafen Limburg-Stirum ist aber auch nach einer anderen Seite hin symptomatisch und drängt die von uns schon früher einmal erörterte Frage von der Rathsamkeit fernerer Wahlen von Beamten für das Parlament in den Vordergrund. Als Fürst Bismarck im Jahre 1862 das Ministerium übernahm, war das Gleichgewicht der constitutinonellen Gewalten zwischen Krone und Parlament zum Nachtheile der Krone gestört. Jetzt dürfte der gegentheilige Fall vorliegen, und wir halten es im Staatsinteresse für dringend nothwendig, die ins Abnehmen gerathene Autorität der Parlamente zu heben. Dazu ist u. A. nöthig, daß weniger Beamte wie früher gewählt und daß namentlich solche von der Wahl zu Abgeordneten ausgeschlossen werden, die ihre Beförderung von Seiten der Regierung zu gewärtigen haben, wie namentlich die jungen Landräthe und ähnliche Beamte. Wenn schon eine gemäßigte Opposition wie die des Grafen Limburg-Stirum ein so scharfes Einschreiten zur Folge hatte, so läßt sich daraus ersehen, wie sehr der Bogen der Disciplin angespannt werden dürfte, um allen Abgeordneten, die active Beamte sind, jeden Widerspruch gegen die Regierungspolitik unmöglich zu machen. Damit aber wird deren Mandat gänzlich paralysirt. Graf Limburg-Stirum ist zum Glück ein Mann, dessen Vermögen und gesellschaftliche Stellung ihn in die Lage setzen, sich durch den Druck, der auf ihn geübt wurde, nicht beeinflussen zu lassen; aber wie viele Beamte sind in der gleichen Lage? In dem zahlreichen Vorhandensein von Beamten in den Parlamenten ist deshalb unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Schädigung der Unabhängigkeit der letzteren der Regierung gegenüber zu erblicken. Namentlich gilt dies vom preußischen Abgeordnetenhause. Nicht alle Landräthe haben die Unabhängigkeit wie der Abgeordnete Rauchhaupt, der übrigens auch eingeschüchtert und zurückgewichen ist in Folge der von hoher Stelle an

ihm geübten Kritik. Wir halten es im Interesse des wiederherzustellenden Gleichgewichts der gesetzgebenden Gewalten für nothwendig, daß sich die Wähler bei den nächsten Wahlen der Wahl von abhängigen Beamten nach Möglichkeit enthalten.

* * *

In der eben citirten Nummer der „Hamb. Nachr." begegnen wir auch folgender geschichtlichen Richtigstellung:

Die „Liberale Correspondenz" behauptet, daß Fürst Bismarck in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre angefangen habe, der Mitwirkung der Liberalen, die er bei Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Reiches nicht hätte entbehren können, müde zu werden. Das gerade Gegentheil ist der Fall; die Liberalen fingen damals an, der Mitwirkung des Fürsten Bismark müde zu werden, und sagten sich mehr und mehr von ihm los, indem sie die Beziehungen des Reichskanzlers zu seinen Collegen in einer Zeit zu untergraben begannen, als es dem Fürsten Bismarck nicht gelang, die Berufung des Herrn von Bennigsen (vgl. Band II, S. 130 f.) an Stelle des ausscheidenden Ministers des Innern beim Könige durchzusetzen. Die Reaction des Reichskanzlers gegen diese Bestrebungen der Liberalen war, wie die Umgestaltung des Ministeriums, rein defensiver Natur.

* * *

Der englische Arzt Sir Morell Mackenzie war am 5. Februar gestorben. Es lag nahe, daß bei diesem Anlaß die Erinnerung an seine unrühmliche Behandlung Kaiser Friedrich's III. wieder lebhaft erwachte. Aber sowohl Londoner wie freisinnige deutsche Blätter benutzten diesen Anlaß auch wieder zu Angriffen auf den Fürsten Bismarck. Dagegen wenden sich die „Hamb. Nachr." am 27. Februar (M.-A.):

Anläßlich des Todes des englischen Arztes Mackenzie, der seiner Zeit den Kaiser Friedrich behandelt hat, nehmen einige Londoner und natürlich auch einige deutsch-freisinnige Blätter ihr altes Verdächtigungsgewerbe gegen den Fürsten Bismarck wieder auf und beschuldigen ihn, er habe die Thronbesteigung des kranken Herrschers dadurch verhindern wollen, daß er die Krankheit des Letzteren öffentlich durch den „Reichsanzeiger" als Krebs habe bezeichnen lassen.

Es ist eine völlig unsinnige Ansicht, daß eine Erkrankung des Königs an Krebs zur Einsetzung einer Regentschaft in Preußen nöthige. Dieser Gedanke ist hauptsächlich auf englischem Boden gewachsen, und die Nachricht, daß die damalige Regierung eine entsprechende Auffassung gehegt habe, vollständig aus der Luft gegriffen; ob im ärztlichen oder politischen Interesse, lassen wir unentschieden. In allen hausgesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen Preußens wird sich keine Unterlage für die

Behauptung auffinden lassen, daß ein Thronfolger, der krebsleidend wäre, zur Regierung unfähig sei. Wir können mit Sicherheit behaupten, daß die Frage der Einsetzung einer Regentschaft niemals von irgend Jemandem im Inlande ventilirt worden ist, und daß die Besprechungen, die zur Zeit des Besuches der Königin von England im Charlottenburger Schloß ohne deutsche Initiative stattgefunden haben, mit der allerentschiedensten Abweisung jeder Möglichkeit eines solchen Verfahrens geendigt haben. Es ist eine posthume Lüge im Sinne der Freunde Mackenzie's und dessen ärztlicher oder menschlicher Reputation, wenn das Gegentheil nachträglich behauptet wird.

Die Notiz im „Reichsanzeiger" vom 12. November 1887, daß das Leiden des Thronfolgers carcinomatöser Natur sei, hatte gar keinen politischen, sondern nur einen ärztlichen Charakter und konnte ersteren nicht haben, weil in deutschen politischen Kreisen der Gedanke, daß ein Krebsleiden ein dauerndes Hinderniß im Sinne des Art. 56 der Verfassung sei, niemals aufgetaucht, geschweige denn besprochen worden ist. Die Thronbesteigung Kaiser Friedrich's ist in keinem einzigen Augenblick gefährdet gewesen.

* *
*

Am 28. Februar (M.-A.) führen die „Hamb. Nachr." Folgendes aus:

Rücksicht auf die Bundesgenossen. Die „Kreuz-Zeitung" macht es der „Kölnischen Zeitung" zum Vorwurf, daß diese auf den nachtheiligen Eindruck hingewiesen habe, den die neue preußische Schulpolitik in Italien hervorrufen müsse. Die „Kreuz-Zeitung" bestreitet aufs Entschiedenste, daß irgend Jemand das Recht habe, sich vom Standpunkte des Dreibundes in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen; Deutschland lasse in dieser Hinsicht Jedermann freie Hand, müsse aber auf volle Gegenseitigkeit bestehen.

Das ist ganz unsere Auffassung, nur bedauern wir, die Befolgung dieses richtigen Grundsatzes in der deutschen Politik Oesterreich gegenüber in neuerer Zeit durchaus vermißt zu haben. Wenn irgend etwas als innere Angelegenheit zu gelten hat, so ist es das wirthschaftliche Leben eines Volkes, die autonome Regelung seiner Zollpolitik. Auf die Gestaltung dieser Dinge aber ist bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht nur von Oesterreich, also vom Auslande aus, starker Einfluß und zwar nach unserer Auffassung zum Nachtheile Deutschlands ausgeübt worden, sondern der deutsche Reichskanzler hat auch im Reichstage die Handelsverträge ausdrücklich mit dem Argumente unterstützt, daß wir unsere Verbündeten stärken müßten; er hat also genau das gethan, was die „Kreuz-Zeitung" vom Standpunkte des deutschen Nationalgefühls

mit ihrem Interdict belegt, d. h. er hat Angelegenheiten, die, wie die deutsche Zollgesetzgebung, innere Politik sind, vom Standpunkte der Dreibundspflege aus behandelt. War aber die Rücksicht auf Oesterreich bei den Handelsverträgen nöthig — wir bestreiten es —, so fragen wir die „Kreuz-Zeitung“, die über den Hinweis der „Kölnischen Zeitung“ auf die Wirkung der preußischen Schulvorlage in Italien so entrüstet ist, ob die Sympathien, auf denen der Dreibund beruht, nicht auch Rücksicht auf das verbündete Italien, auf die dortigen inneren Zustände und Kämpfe verlangen, ob diese Rücksicht nicht gerade so wichtig ist wie diejenige, die dazu führte, Oesterreich zu Liebe unvortheilhafte Verträge abzuschließen. Durch diesen Abschluß hat sich die deutsche Politik den Grundsatz angeeignet, daß es nicht nur zulässig, sondern nothwendig sei, die innere Politik des Landes nach den Bedürfnissen ausländischer, uns verbündeter Staaten und mit Rücksicht auf diese einzurichten; es ist ein Präcendenzfall dafür geschaffen, daß die innere Politik des einen oder des anderen der verbündeten Länder so eingerichtet werden soll, daß sie die — lediglich auf der Basis der auswärtigen Politik und militairischer Erwägungen abgeschlossene — Allianz befestigen hilft. Unserer Ansicht nach ist dies zwar eine höchst gefährliche Politik; aber nachdem sie einmal in Deutschland zur Annahme gelangt ist, hat die „Kreuz-Zeitung“ kein Recht mehr, die von der „Kölnischen Zeitung“ verlangte Rücksichtnahme auf Italien bei der preußischen Schulgesetzgebung als eine Art Landesverrath zu behandeln.

Die Forderung der „Kölnischen Zeitung“ stellt lediglich eine logische Consequenz der Grundsätze und Anschauungen dar, die Oesterreich gegenüber von deutscher Seite officiell anerkannt und vertreten worden sind; nur wenn diese als unsinnig und schädlich abzuweisen sind, ist es auch die Forderung der „Kölnischen Zeitung“.

Die Schulgesetzgebung ist nicht mehr und nicht minder eine innere Angelegenheit wie die Zollgesetzgebung, und wenn bei Aenderung der letzteren Rücksicht auf das verbündete Ausland statthaft und nothwendig war, so muß sie es auch bei Modificationen auf dem Gebiete der ersteren sein. Die „Kölnische Zeitung“ ist mithin nicht im Unrechte, wenn sie ihre Besorgniß ausspricht, daß wir in Italien, wegen der bekannten dortigen Zustände und Kämpfe, in Folge der preußischen Schulpolitik an Sympathie verlieren könnten. Wie gesagt, wir halten unsererseits das Princip der Rücksichtnahme auf das verbündete Ausland bei Maßregeln der inneren Gesetzgebung generell für unrichtig und schädlich; aber die „Kreuz-Zeitung“ kann nicht bestreiten, daß durch die neue Handelsvertragspolitik, für welche die conservative Partei im Reichstage mitgestimmt hat, dieses falsche Princip deutscherseits acceptirt worden

und daß jetzt im Deutschen Reiche die Ansicht in Kraft steht, es sei für die innere Politik des einen oder des anderen der verbündeten Staaten ein Hauptexigens, sich den Ansprüchen der Bundesstaaten zu conformiren.

Daß diese Auffassung bei uns in Geltung steht, glauben wir u. A. aus der geplanten Einlösung der Vereinsthaler österreichischen Gepräges entnehmen zu können. Es findet dabei eine Freigebigkeit gegen Oesterreich statt, die nur aus dem Bestreben, diesem Staate gefällig zu sein, also unsere inneren Maßregeln nach fremden Bedürfnissen einzurichten, zu erklären ist. Es bestand für das Deutsche Reich rechtlich weder jene Verpflichtung zur unbeschränkten Annahme noch zum Austausche, resp. zur Einlösung der Vereinsthaler österreichischen Gepräges. Wie kommen wir dazu, mit Oesterreich über die Einziehung seiner Vereinsthaler eine Vereinbarung zu treffen, welche der Reichscasse eine Last von vielen Millionen Mark auferlegt? Wenn Oesterreich seine Vereinsthaler einziehen wollte, so hätte es dies auf seine Kosten thun müssen, und wenn wir diese Münzen nicht mehr haben wollten, so konnten wir uns nach dem deutschen Münzgesetze darauf beschränken, sie nicht mehr anzunehmen.

Die Beihülfe, die wir Oesterreich zur Einziehung seiner minderwerthigen Vereinsthalerstücke leisten, läßt sich durch nichts rechtfertigen, wenn nicht durch das Princip, daß die innere Gesetzgebung für den ausländischen Verbündeten arbeiten muß. Für jede Regierung gilt sonst der Grundsatz, daß sie ihre Münzen selbst, ohne fremde Beihülfe, einlösen muß. Die Sache liegt also so, daß wir Oesterreich nicht nur durch unseren Ausfall von Zolleinnahmen, sondern auch durch directe hohe Beisteuer zu seiner Thalereinziehung unterstützen, wozu die Mittel durch diesseitige Steuern aufgebracht werden müssen! Es handelt sich hierbei um eine so wesentliche Modification unserer inneren Politik „vom Standpunkte des Dreibundes aus“, daß die von der „Kreuz-Zeitung“ im Tone drohender Entrüstung gegen die „Kölnische Zeitung“ vorgebrachte Anklage: diese verlange von der preußischen Schulpolitik Rücksicht auf den Kampf, der in dem verbündeten Italien zwischen dem Quirinal und dem Vatican stattfinde, einfach lächerlich erscheint.

* * *

Ebenda wird auf eine Maßregel hingewiesen, die einen neuen Beweis für die erstaunliche Kurzsichtigkeit der Regierung in Handelsfragen liefert:

Einer neulichen, vom officiösen Berliner Telegraphen weiter verbreiteten Meldung der Wiener „Presse“ zufolge nimmt die deutsche Regierung bei der Einfuhr von Getreide aus Oesterreich-Ungarn von der Beibringung von Ursprungscertificaten Abstand. Die natürliche Folge hiervon wird sein, daß auch das russische Getreide zu dem niedrigen Zollsatze der Handelsverträge über die österreichische Grenze bei

uns importirt wird. Der Weg über Galizien ist für das russische Getreide nicht weiter als der über Warschau und Thorn. Außer den Nachtheilen, die daraus für die deutsche Landwirthschaft entstehen, wird die Maßregel zur Folge haben, daß der Handel mit Rußland, der bisher in den Händen unserer Ostseeplätze lag, sich von dort weg und auf die österreichischen Verkehrswege zieht.

* *
*

Auch das Vorgehen der preußischen Regierung in der Angelegenheit der Volksschulgesetzvorlage zeugt nicht von weitem Blick. Darüber wird an gleicher Stelle ausgeführt:

In Bezug auf das Volksschulgesetz und die Aufregung, die es hervorgerufen hat, müssen wir daran festhalten, daß es politisch nicht geschickt war, ohne Noth mit der Vorlage einen Zankapfel zwischen die Parteien zu werfen, den modus vivendi, der mit der katholischen Kirche hergestellt war, zu stören und die erloschenen Kohlen des Culturkampfes durch Anblasen aufs Neue in Brand zu setzen. Wir erblicken den Grund hiervon nicht in wirklich vorliegenden Bedürfnissen, sondern in Versprechungen, die dem Centrum, um seine Unterstützung zu gewinnen, gemacht worden sind, und die zu halten man sich nicht im Stande sehen wird.

Der Grundfehler besteht darin, daß die Regierung glaubte, unversöhnliche Gegner, wie Centrum, Polen und Welfen, durch Concessionen versöhnen und die Staatspolitik auf den Beistand von Elementen basiren zu können, die früher durch Jahrzehnte hindurch sich als Todfeinde Preußens resp. des Reiches erwiesen haben und deren Bekämpfung demgemäß unausgesetzt eine der Hauptaufgaben der früheren Regierung war.

* *
*

An derselben Stelle findet sich folgende Auslassung an die Adresse des Reichstagsabgeordneten Dr. Bachem:

Kürzlich fand in Crefeld eine Versammlung der Centrumspartei statt, auf welcher der ultramontane Reichstags- und Landtagsabgeordnete Bachem den Wunsch des Centrums nach Wiedervereinigung Deutschlands mit dem katholischen Oesterreich wie folgt aussprach und begründete:

„Es ist von jeher das Bestreben der Katholiken Deutschlands gewesen, ein geeinigtes Deutschland herzustellen. Dies ist aber nicht möglich ohne Oesterreich. Man nennt das die großdeutsche Politik, welche im Jahre 1866 zuerst unterbrochen wurde. Sie ist wieder aufgenommen worden mit der Gründung des Dreibundes und hat eine Ergänzung gefunden durch den Abschluß der Handelsverträge.

„Meine Herren! Wie die Dinge in Europa liegen, gehören das Deutsche Reich und Oesterreich zusammen; sie sind aufeinander angewiesen, nicht allein durch die Interessen der Selbstvertheidigung, sondern auch in Folge der Gemeinsamkeit der Abstammung der meisten Bevölkerungstheile. Wir sind von Natur deutsch und freuen uns deutsch zu sein, ebenso sind die Oesterreicher deutsch in ihrer großen Mehrheit und wollen deutsch bleiben. Es ist dies erklärlich, wenn man sich die Thatsache vor Augen hält, daß die Nationen heutzutage immer mehr zum Selbstbewußtsein kommen; es wollen auch alle Deutschen sich vereinigen. Wir haben es auch stets bedauert, daß Oesterreich nicht mehr zum Deutschen Bunde gehört, weil das österreichische Kaiserhaus treu am katholischen Bekenntnisse hält."

Wir dürfen hieraus schließen, daß der Abgeordnete Bachem und seine Gesinnungsgenossen nicht nur die Rückkehr zum alten Bunde mit Oesterreich, in dem wir sogar den Dualismus vergeblich erstrebten, im Auge haben, sondern daß man auf clericaler Seite sogar die österreichische Vormundschaft, in der wir bis zum Jahre 1866 in Deutschland lebten, wieder einführen will.

* * *

Ueber den Cardinal Grafen Ledochowski bringen die „Hamb. Nachr." am 28. Februar (M.-A.) folgende interessante Mittheilung:

Vor einiger Zeit machte ein Aufsatz über die Ernennung des Cardinals Ledochowski zum Präfecten der Congregation de propaganda fide die Runde durch die Presse. In dem Artikel war u. A. erwähnt, daß Fürst Bismarck und die damalige preußische Regierung sich bei der Ernennung Ledochowski's zum Erzbischof von Posen und Gnesen über dessen wahre Gesinnung getäuscht und den Bock zum Gärtner gesetzt hätten. Wenn damit beabsichtigt war, die jetzige Ernennung von Stablewski zu beschönigen, so wird übersehen, daß Ledochowski ein diplomatisch geschulter Mann war, der sich nicht leicht die Rolle angeeignet hätte, welche Stablewski fünfzehn Jahre lang im preußischen Landtage als Gegner der Regierung übernommen hatte, und daß demnach die Täuschung im letzteren Falle eine erheblich größere gewesen ist als im ersteren.

Was die in jenem Artikel erwähnte Reise Ledochowski's in das deutsche Hauptquartier nach Versailles betrifft, so ist hierzu Folgendes zu bemerken: Ledochowski war dorthin beschieden worden, um ihm mitzutheilen, daß, wenn Deutschland dem Papste einen Dienst leisten solle, es Gegendienste verlange, eine Hand wasche die andere. Ob er die Gegendienste gewähren könne und ob er dazu die Macht habe, das wolle man daran erkennen, ob auf den französischen Clerus dahin Einfluß geübt werde, daß dieser auf die französische Regierung im Interesse des

baldigen Friedensschlusses einwirke. Ledochowski erklärte sich zu dem Versuche bereit und trat mit den französischen Bischöfen in Verbindung, erhielt aber einen Refus, indem sich herausstellte, daß die französischen Bischöfe ihre nationalen Beziehungen höher stellten als ihre Neigung, dem Papst einen Dienst zu verweisen. Erst nachdem auf diese Weise die Impotenz des Papstes und seine Machtlosigkeit den französischen Geistlichen gegenüber festgestellt war, erfolgte deutscherseits die Ablehnung der Forderung, für seine Interessen einzutreten.

Wenn es richtig ist, daß Ledochowski damals eine andere Richtung eingeschlagen hat, so lag dies in der Erkenntniß, daß der Papst nicht stark genug war, Deutschland die erforderlichen Gegendienste zu leisten, eine Erkenntniß, die auf deutscher Seite später in den inneren Kämpfen mit dem Centrum befestigt worden ist und welche die damalige Regierung zu der Ueberzeugung brachte, daß in der Katholicität Mächte existirten, die den Papst, auch abgesehen von der Wirksamkeit des französischen Nationalgefühls bei den dortigen Bischöfen, außer Stand setzten, für Dienste, die ihm geleistet würden, seinerseits Gegendienste zu gewähren.

* * *

Die nationalliberale Partei des Reichstages und des preußischen Landtages feiert am 28. Februar das Fest ihres fünfundzwanzigjährigen Bestehens. An die in Berlin stattfindende Feier schließt sich ein Festmahl im Kaiserhof. Nach anderen Trinksprüchen bringt der Reichstagsabgeordnete Bürklin ein Hoch auf den Fürsten Bismarck aus.

In Heidelberg findet an demselben Tage eine gleiche Feier statt. Hier bringt nach dem Hoch auf Kaiser und Großherzog und auf die Partei den Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck der Staatsanwalt von Dusch aus, ein Sohn des früheren badischen Ministers. Er sagt unter Anderem:

„Er wolle hier eines Mannes gedenken, der jetzt leider einsam im Sachsenwalde weilt, dem wir aber alle mit unvergeßlichem Danke zugethan sind. (Langanhaltender Beifall.) Welch' eine Fülle von vaterländischen Erinnerungen erweckt doch der Name Bismarck! Dicht an der Seite des ersten Kaisers des neuen Deutschen Reiches sehen wir den unvergleichlichen Mann, stets den treuesten Diener seines Kaisers, dem aber auch dieser sein allertreuester Herr geblieben ist. (Stürmischer Beifall.) Von weiten Kreisen des Volkes verspottet und verachtet, hat er Schritt für Schritt die Größe und Einheit des Vaterlandes durchgeführt ...

„Als sich im Osten und Westen des politischen Horizonts mächtige Wolken aufthürmten, da sprach Fürst Bismarck das herrliche Wort: ‚Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt!‘ Und dieser Mann sitzt jetzt einsam und verlassen auf seinem Landgut. Ob er berufen sein wird, noch einmal

seine Stimme für das Vaterland zu erheben, wissen wir nicht; aber das wissen wir, daß wir immerdar mit unwandelbarer Treue, Liebe und Dankbarkeit Seiner gedenken werden!"

Danach wurde zum Zeugniß unauslöschlicher Dankbarkeit ein Telegramm an den Fürsten geschickt. Dieser antwortete darauf an Geh. Hofrath Professor Georg Wagner sofort mit folgendem Schreiben:

Friedrichsruh, den 29. Februar 1892.

Für Ihr freundliches Telegramm bitte ich Sie und die betheiligten Herren, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Ihre wohlwollende Begrüßung erfreut mich als Erinnerung an die Sympathie und den Beistand, welche ich zur Zeit der Begründung des Reichs bei den Nationalliberalen gefunden habe. v. Bismarck.

* *
*

Die „Hamb. Nachr." kommen am 3. März (M.=A.) zurück auf den Getreideimport via Oesterreich. Wir hatten neulich von einer Mittheilung der Wiener „Presse" Notiz genommen, wonach die deutsche Regierung bei der Einfuhr von Getreide aus dem Verkehre Oesterreich-Ungarns von der Beibringung von Ursprungscertificaten Abstand nehme (vgl. oben S. 101 f.). Wir hatten an diese Mittheilung die Vermuthung geknüpft, daß nun auch das russische Getreide zu dem niedrigeren Zollsatze der Handelsverträge über die österreichische Grenze bei uns importirt werden dürfte, da der Weg über Galizien für das russische Getreide nicht weiter als der über Warschau und Thorn sei; außer den Nachtheilen, die daraus für die deutsche Landwirthschaft entständen, würde die Folge davon sein, daß der Handel mit Rußland, der bisher in den Händen unserer Ostseeplätze liege, sich von dort weg und auf die österreichischen Verkehrswege ziehe.

Hierauf wird in der „Nordd. Allg. Ztg." erwidert:

„Hieran ist richtig, daß bei der Einfuhr von Getreide aus Oesterreich-Ungarn von der Beibringung von Ursprungszeugnissen Abstand genommen wird. Unrichtig ist dagegen der Schluß, daß hierdurch dem russischen Getreide, wenn es den Weg über Oesterreich-Ungarn nimmt, der Vortheil der vertragsmäßigen Zollerleichterungen zu Theil werde. Denn wenn auch bei der Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn der Nachweis, daß das Getreide österreichisch-ungarischen Ursprungs, d. h. österreichisch-ungarisches Bodenerzeugniß ist, nicht verlangt wird und nach dem Wortlaute des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn nicht verlangt werden kann, so wird doch der Nachweis gefordert, daß das Getreide aus dem freien Verkehr des österreichisch-ungarischen Zollgebietes kommt. Um diesem Erforderniß entsprechen zu können, müßte russisches Getreide zuerst

den österreichisch-ungarischen Eingangszoll entrichten. Derselbe beträgt beispielsweise für Weizen und Roggen 1,50 Gulden Gold oder 3 Mk. per 100 Kilogramm. Es hätte also russischer Weizen und Roggen, um durch den freien Verkehr des österreichisch-ungarischen Zollgebietes nach Deutschland zu gelangen, 3 Mk. österreichisch-ungarischen + 3,50 Mk. deutschen Eingangszoll, zusammen 6,50 Mk., zu entrichten, während bei directer Einfuhr nach Deutschland nur 5 Mk. zu zahlen sind. Die von den ‚Hamb. Nachr.' angeknüpften weiteren Folgerungen bedürfen hiernach keiner Widerlegung."

Die „Nordd. Allg. Ztg." betrachtet danach die deutsche und die österreichische Zollbehörde als eine gemeinsame Institution, wie früher zollgeeinigte deutsche Staaten sie besaßen. Diese unterhielten aber auch gemeinsame Beamte, durch welche sie ihren Grenzschutz gegenseitig controlirten. In den neuen Verträgen ist das nicht vorgesehen, wir haben keinerlei Controle über die Art der Erhebung des Zolles auf der Grenze Oesterreichs von Krakau bis zur Bukowina, ebenso wie auf den Grenzen der Länder der ungarischen Krone.

Die Ursprungszeugnisse bilden einen theilweisen Ersatz der Sicherheit, welche durch gemeinsame Controle erreicht werden kann. Wenn eine solche nicht stattfindet und auch auf Vorlegung von Ursprungscertificaten verzichtet wird, so drängt sich die Frage auf, ob die österreichische Regierung bei dem ehrlichsten Willen im Stande sein wird, alle Manipulationen der großen und geschäftskundigen Kornhändler zu controliren. Wir hoffen, daß der Zoll von drei Mark überall auf der galizisch-ungarischen Grenze zur Hebung kommt; aber eine verantwortliche Gewißheit kann unsere Reichsregierung sich aus eigener Anschauung darüber nicht bilden.

Wir sind überzeugt, daß die österreichische Regierung alle Unternehmungen und Verbindungen mächtiger Finanzkräfte in Ungarn und Galizien nach Maßgabe der ihr zu Gebote stehenden Kräfte ebenso wie bei der Eisenbahn controliren und amtliche Refactien nicht dulden wird. Daß es ihr gelingen wird, in allen Theilen der Monarchie ihre loyalen Intentionen durchzuführen, muß das Deutsche Reich auf guten Glauben annehmen, nachdem es auf die Ursprungsatteste verzichtet hat, die einigen Anhalt zur Controle noch gewährten. Es fragt sich nur, ob der Verzicht auf dieselben auch allen meistbegünstigten Staaten zu gewähren sein wird.

* * *

In Sachen des Bismarck-Denkmals schreiben die „Münchner Neuesten Nachrichten":

„Mit einer gewissen Besorgniß sieht man in Berliner Künstlerkreisen dem

Fortgange der Angelegenheit des Bismarck-Denkmals entgegen. Der Vorsitzende des Comités, Herr von Levetzow, hat unlängst erklärt, es könne in der Sache nichts geschehen, bis nicht die Platzfrage geregelt sei. Diese aber sei abhängig von der Platzfrage des Kaiser Wilhelm-National-Denkmals. Seitdem zu Ende December die vier Entwürfe für dieses verpackt wurden, ohne daß die betheiligten Künstler irgend etwas über den Stand der Angelegenheit erfuhren, sind nun wieder fast zwei Monate verflossen, ohne daß sie einen Entscheid gebracht hätten. Während das Volk in schneller Bereitschaft über eine Million Mark für das Bismarck-Denkmal aufbrachte, scheint man jetzt auch diese Sache auf die lange Bank schieben zu wollen. Es giebt sehr Viele, welche der Ansicht sind, die Frage des Bismarck-Denkmals ließe sich sehr wohl auch schon jetzt regeln. Für dieses ist die Umgebung des Reichstagsgebäudes die naturgemäß vorgezeichnete Lage. Nachdem der Kaiser sich dagegen entschied, dorthin das Nationaldenkmal zu setzen, soll man nicht zögern, eine Angelegenheit ernstlich zu betreiben, für welche die Nation so entschieden und freudig eintrat."

* * *

Zur Feier des 77. Geburtstages des Fürsten Bismarck erläßt ein Comité angesehener Dresdener Bürger, dessen Ehrenpräsident der Generalmajor z. D. von Kusserow ist, im „Dresdener Journal", dem officiellen Blatt der sächsischen Regierung, folgenden Aufruf:

„In unauslöschlicher Dankbarkeit gedenken wir des Mannes, der mit weitem Blick des Genies und mit deutscher Thatkraft den gewaltigen Kampf unternahm zu des Reiches Einheit und Größe; der diesen beispiellosen Kampf durchführte zu glanzvollem Ende. Ihm unsre tiefe Verehrung, unsre Huldigung darzubringen, beabsichtigen wir am Vorabend seines siebenundsiebzigsten Geburtstages ein Fest zu begehen, aus dem ihm die Kunde entgegenhallen soll, daß die große Mehrheit deutscher Männer treu zu ihm steht und gewillt ist, sein Werk zu schützen mit aller Kraft.

„War es dem eisernen Altreichskanzler durch die Verhältnisse auch nicht vergönnt, ‚in den Sielen zu sterben' — noch lebt der alte Bismarck, noch weilt der hehre Recke unter uns, noch kann der Jubel sein Ohr erreichen und sein edles Herz erfreuen.

„Folgt deshalb unserm Rufe, Ihr deutschen Männer Dresdens und Sachsens, die Ihr fest zu Kaiser und Reich steht, wie zu dessen greisem Begründer und treuestem Anhänger; vereinigt Euch mit uns zu würdiger, königstreuer Festfeier, zu Ehren des Fürsten Bismarck!"

* * *

Unter der Ueberschrift „Ledochowski und Garibaldi" bringt die Münchener „Allg. Ztg." vom 7. März (A.-A.) noch einige nähere Mittheilungen über die Verhältnisse, unter denen Graf Ledochowski seiner Zeit

in das Hauptquartier nach Versailles berufen wurde und über die damaligen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien. Der Artikel lautet:

„Der von uns im Morgenblatt Nr. 61 mitgetheilte Artikel der ‚Hamburger Nachrichten‘ über den Aufenthalt des Erzbischofs Grafen Ledochowski im Versailler Hauptquartier ist von mehreren deutschen Zeitungen mit Bemerkungen wiedergegeben worden, welche in einem Ausdruck des Bedauerns oder der Verwunderung darüber enden, daß die deutsche Politik damals gegen die Einheit Italiens gerichtet gewesen sei.

„Sofern jenes Bedauern oder Verwundern von Personen herrührt, welche die damalige Zeit in vollem politischen Verständniß mit erlebt haben, würde es ein neuer Beweis dafür sein, wie schnell politische Dinge sich im Gedächtniß der Zeitgenossen verschieben.

„Die deutsche Politik hatte im Jahre 1870 nicht die Aufgabe, die Einheit Italiens zu machen. Das italienische Königshaus stand uns feindlich gegenüber, es war nur durch die Siegeskunde von Weißenburg und Wörth verhindert worden, sich mit allen seinen Kräften activ am Kriege gegen Deutschland zu betheiligen. Die Abhängigkeit der italienischen Politik von der französischen war damals noch eine vollständige und um nichts geringer als sie sich im Jahre 1866 erwiesen hatte. Und zwar gilt dies nicht nur von den Beziehungen des Hauses Savoyen zu Napoleon III.; denn die italienische Regierung ließ nach dem Sturze der napoleonischen Herrschaft Garibaldi mit den Seinigen gewähren, die den Krieg gegen Deutschland zu Gunsten der französischen Republik offen ankündigten und ohne Behelligung seitens der italienischen Regierung zur Ausführung brachten. Der deutschen Regierung hätten damals nicht unwirksame Gegenmittel im Königreich Italien selbst zur Verfügung gestanden: sie verzichtete im Interesse des monarchischen Princips darauf, von denselben Gebrauch zu machen.

„Als Graf Ledochowski in Versailles erschien, lag Garibaldi seit zwei Monaten gegen uns im Felde. Die Thaten seiner Leute, welche mit ihren langen Messern überfallenen deutschen Feldwachen die Kehlen durchschnitten, waren nicht dazu angethan gewesen, die sehr starke berechtigte Verstimmung der leitenden Kreise des Hauptquartiers gegen Italien und die Italiener zu mindern. Für Deutschland konnte und mußte es damals absolut gleichgültig sein, ob Italien seine Hauptstadt in Rom, in Florenz oder wo sonst hatte, die starke republikanische Strömung in den nicht piemontesischen Gebieten verhieß dem monarchischen Italien zu jener Zeit ohnehin geringe Aussicht auf Dauer.

„Die Einheit Italiens war somit kein Gegenstand der Sorge und Fürsorge der deutschen Politik. Für diese letztere kam es vielmehr darauf an, die deutsche Einheit unter Sicherung ihrer staatlichen Zwecke in

einer allen Betheiligten erträglichen Form zum Abschluß zu bringen. Zugleich war nach Möglichkeit auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken, dessen fortgesetzte Dauer die Einmischung der Neutralen in bedrohlichere Nähe rückte, welche leicht auch den vornehmsten Preis des Sieges, die staatliche Einigung Deutschlands, zu bedrohen vermochte. Die deutsche Politik mußte somit in ihre Rechnung jeden Factor einstellen, der sich für die Herbeiführung einer friedlicheren Stimmung in Frankreich wirksam erweisen konnte. Sie hat demgemäß, unseres Erachtens mit vollem Recht, den Gegendienst des Papstes für eine ihm durch den Grafen Ledochowski erbetene Hülfeleistung in Anspruch genommen, und sie war dazu um so mehr berechtigt und verpflichtet, als eine freundlichere Stellung des Papstes zur deutschen Politik nur von gutem Erfolg für die Aufnahme der Neugestaltung Deutschlands im Süden des Reiches sein konnte. Die Einheit Italiens hingegen, die Frage seiner Hauptstadt, durfte angesichts der Sachlage für Deutschland damals ganz und gar nicht in Betracht kommen, die deutsche Politik hatte ihr Verhalten Italien gegenüber vielmehr ausschließlich von dem thatsächlichen Verhalten des letzteren abhängig zu machen. Ueber das, was etwa zu geschehen habe, falls der päpstliche Einfluß in Frankreich sich als ein dem Abschlusse des Friedens förderlicher erwiesen hätte, haben indeß unseres Wissens damals in Versailles keinerlei Entschließungen stattgefunden."

* * *

Die Nationalliberalen Berlins begingen das Parteijubiläum am 4. März. Professor Dr. Pfleiderer feierte in zündenden Worten den Fürsten Bismarck, der in unvergleichlicher Weise gelehrt, daß nationales Wohl und nationale Ehre das Höchste sei, wonach ein Volk streben müsse; er forderte schließlich auf zu einem Hoch auf diesen „Recken Siegfried, diesen echten deutschen Mann".

* * *

Aus Lübeck wird am 6. März berichtet:

Der präsidirende Bürgermeister Dr. Bohn ist gestern vom Fürsten Bismarck in Friedrichsruh empfangen worden. Wie verlautet, hat Bürgermeister Dr. Bohn dem Fürsten, der Ehrenbürger Lübeck's ist, eine Einladung zum Besuche der Stadt überbracht. Fürst Bismarck, der bereits bei verschiedenen früheren Gelegenheiten seinen Besuch im benachbarten Lübeck in Aussicht gestellt hat, soll auch dem Bürgermeister Dr. Bohn gegenüber zugesagt haben, dieses Versprechen demnächst zu erfüllen und damit zugleich die Einladung angenommen haben. Fürst Bismarck hat Lübeck nur einmal im Jahre 1849 auf der Durchreise flüchtig berührt.

* * *

An die obige Mittheilung über den Erzbischof Grafen Ledochowski (vgl. oben S. 103 f.) knüpft auch folgende Darlegung der „Hamb. Nachr." vom 8. März (M.-A.) an:

Aus dem Jahre 1870. Wir hatten neulich der während des deutsch-französischen Krieges erfolgten Berufung des vormaligen Erzbischofs Ledochowski in das deutsche Hauptquartier nach Versailles mit dem Bemerken Erwähnung gethan, daß dieser Prälat damals ersucht worden sei, durch den französischen Clerus auf die französische Regierung einen Druck im Sinne baldigen Friedensschlusses auszuüben, und daß erst, als diesem Verlangen nicht entsprochen werden konnte, deutscherseits das nachgesuchte Eintreten für die päpstlichen Interessen abgelehnt worden sei. Die „Weser-Ztg." knüpft daran die Bemerkung, „es sei überraschend, wie nahe hiernach die deutsche Regierung daran gewesen sei, einen der denkbar größten Fehler zu begehen, nämlich um eines etwas beschleunigten Friedensschlusses willen die Einigung Italiens zu hintertreiben."

Wir haben hierzu zu bemerken, daß die deutsche Politik damals hauptsächlich darauf gerichtet war, die Einigung Deutschlands zu erreichen, und daß diejenige Italiens für uns im Hintergrund stand. Dies um so mehr, als der damalige Eindruck nicht war, daß König Victor Emanuel unter keinen Umständen Napoleon's Bundesgenosse werden würde, was vielleicht geschehen wäre, wenn wir die ersten Schlachten verloren hätten. Dieser Italien ungünstige Eindruck wurde durch Garibaldi sehr verschärft, der, an der Spitze der italienischen extrem-nationalen Bestrebungen, im Dienste der Abhängigkeit Italiens von Frankreich uns wie ein toller Hund anfiel. Die Erbitterung gegen Garibaldi, nicht gemildert durch Sympathien für den König Victor Emanuel und abfärbend auf Italien überhaupt, war damals nicht bloß im diplomatischen, sondern auch im militairischen Hauptquartiere Deutschlands eine sehr lebhafte. Das Italien von heute ist nicht mehr dasselbe wie dasjenige, das uns im Jahre 1870 im Kriege mit Frankreich in Gestalt Victor Emanuel's und Garibaldi's gegenüberstand, und nicht mehr dasselbe wie das Italien von 1867—1870 (Salzburg u. s. w.), das die Vorbereitungen zu einer italienisch-österreichisch-französischen Tripelallianz nicht so unbedingt von der Hand gewiesen hätte, wie es das heutige Italien thun würde.

Wir können also die nationalen Politiker der „Weser-Ztg." nur darauf aufmerksam machen, daß die Einigung Italiens, die beinahe hintertrieben zu haben die deutsche Politik angeklagt wird, damals nicht die Aufgabe war, für welche unsere Armeen bei Mars-la-Tour und Sedan bluteten, sondern die Einigung Deutschlands. Diese Einigung war um die Zeit, wo mit Ledochowski verhandelt wurde, nicht so unbedingt sicher unter Dach und Fach gebracht, wie die heutigen

Politiker der „Weser-Ztg." anzunehmen pflegen; unsere Abmachungen mit Frankreich waren noch ernstlich durch die Möglichkeit einer Einmischung der neutralen Mächte bedroht, für welche die Versuchung in dem Maaße sich steigerte, in welchem der feste Angriff und die Einnahme von Paris aus Gründen verschleppt wurden, die uns hier nicht beschäftigen.

Die Haltung, die das damalige Italien bei einer Einmischung der neutralen Mächte Deutschland gegenüber beobachtet hätte, war 1870 keineswegs mit derjenigen Sicherheit zu berechnen, mit welcher die „Weser-Ztg." sie heute einschätzt. Die Politiker des Bremer Blattes haben eben die diplomatischen Krisen von 1870 nicht mit erlebt und können deshalb mit der Leichtigkeit der Dilettanten Phrasen darüber drucken lassen, daß es der „denkbar größte" Fehler gewesen wäre, die Einigung Italiens zu verhindern. Der denkbar größte Fehler eines deutschen Diplomaten wäre damals gewesen, wenn er die Einigung Deutschlands derjenigen Italiens geopfert hätte. Wir glauben noch heute, daß, wenn der Papst damals die Macht und den Willen gehabt hätte, den Zielen der deutschen Politik seinen Beistand zu widmen, Deutschland auch nicht abgeneigt gewesen sein würde, das päpstliche Interesse bei dem damaligen Italien zu vertreten, wenn es auf diesem Wege die schnellere Sicherung der deutschen nationalen Einigung hätte erreichen können.

* * *

An gleicher Stelle erfährt die „Germania" eine humorvolle, aber ganz nachdrückliche Abfertigung:

Die „Germania" construirt für ihre Zwecke einen Widerspruch daraus, daß Fürst Bismarck sich nach Zeitungsberichten zur Zeit wohl befinde, während er andrerseits seine Nichtbetheiligung an den parlamentarischen Verhandlungen durch Gesundheitsrücksichten und ärztliche Vorschriften vor der Oeffentlichkeit entschuldigen lasse. Die Gesundheit des Fürsten Bismarck beruht zur Zeit eben auf der Thatsache, daß er allen politischen Geschäften fern bleibt, d. h., daß er nach Vorschrift der Aerzte seine nach vierzigjähriger Sorge und Arbeit angegriffenen Nerven nicht neuen Kämpfen aussetzt. Sein Wegbleiben von den parlamentarischen Verhandlungen wird also seitens der Aerzte als Vorbedingung derjenigen Gesundheit betrachtet, deren sich Fürst Bismarck zur Zeit erfreut.

Außerdem wird der Fürst vielleicht auch politische Bedenken haben, in der augenblicklichen Situation in Berlin zu erscheinen; er wird die Besorgniß hegen, durch einen solchen Zusatz zu der chemischen Mischung der Parteien eine politisch schädliche Einwirkung zu üben, was, aus der Chemie in die Physik übersetzt, heißt: er wird sich hüten wollen, gewitter-

scheuen Leuten als Blitzableiter zu dienen, oder, nach dem bekannten Sprichwort, die Hand zwischen Thür und Angel zu stecken in einer Situation, in welcher beide Theile froh wären, ihre Verlegenheit auf einen Dritten abzuwälzen und die Streitfragen, welche die augenblicklichen Verlegenheiten verursachen, in einen Kampf zwischen dem alten und neuen Course überzuführen, um auf diese Weise der Unannehmlichkeit zu entgehen, daß Jeder seinerseits aussißt, was er sich eingebrockt hat. Man kann annehmen, daß die Abneigung des früheren Reichskanzlers, sich als bouc émissaire für fremde Bestrebungen herzugeben, eine sehr lebhafte ist.

Zu ihrer Illustration wurde neulich in den Zeitungen erzählt, daß der Fürst einem seiner Tischgäste auf dessen inter pocula gestellte Frage, ob er ins Herrenhaus zu gehen gedenke, gut gelaunt mit dem bekannten Verse des Commersbuches von Bruder Straubinger geantwortet habe:

„Da müßt' ich doch ein Esel sein,
Ein Kerl als wie ein Rinde!"

Wir können diesen Ausspruch bestätigen, müssen aber bei dieser Gelegenheit das Commersbuch dahin corrigiren, daß es a. a. O. heißen muß: „Ein Stück von einem Rinde."

* * *

In dieser Zeit macht ein mit großem Geschrei angekündigtes (aber gar nicht erschienenes) Pamphlet „Hundert unverbrannte Quittungen über den Welfenfonds" viel von sich reden; die directen, noch mehr aber die indirecten Urheber dieses Machwerks hoffen dadurch, wenigstens zeitweilig, dem Fürsten Bismarck Verlegenheiten zu bereiten. Sie verrechnen sich aber damit gründlich, das zeigt die nachstehende Aeußerung der „Hamb. Nachr." vom 8. März (M.-A.):

Die „Germania" spricht von einer Aufregung, die in Friedrichsruh wegen der buchhändlerischen Ankündigung der Herausgabe von hundert unverbrannten facsimilirten Welfenfonds-Quittungen herrschen solle. Von einer solchen Aufregung kann in Friedrichsruh keine Rede sein. Für die Interessen des Fürsten Bismarck könnten alle, auch die geheimsten Acten des Welfenfonds publici juris werden; der Eindruck würde für manche Leute, die jetzt zu den Angreifern des Fürsten gehören, gewiß sehr unbequem sein, für ihn selbst aber in keiner Weise.

* * *

Die Rede, die Kaiser Wilhelm II. am 24. Februar im Brandenburgischen Provinziallandtage gehalten hatte, hatte in der Presse eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. Besonders gab folgende Stelle dazu Anlaß:

„Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an Allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten

ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres gesammten großen deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Nörgeln und dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unsern elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns thäten sie einen großen Gefallen damit."

Ebenso der Satz gegen den Schluß der Rede:

„Mit Schlagwörtern allein ist es nicht gethan, und den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Cours und seine Männer erwidere Ich ruhig und bestimmt: Mein Cours ist der richtige, und er wird weiter gesteuert."

Schon nach acht Tagen war die Staatsanwaltschaft gegen die Kölnische Zeitung, gegen die Berliner Neuesten Nachrichten und gegen die Frankfurter Zeitung eingeschritten — Maßnahmen, die dazu geeignet waren, immer wieder von Neuem Staub aufzurühren.

Die Münchener „Allg. Ztg." schreibt am 8. März (A.-A.) mit Bezug darauf:

Auf die Tagesordnung der deutschen Presse ist durch bekannte Vorgänge der jüngsten Zeit das Thema der „Majestätsbeleidigungen" gesetzt worden. Mit einem Eifer, für welchen ein gemeinsamer amtlicher Ausgangspunkt angeblich zwar nicht vorhanden sein soll, dessen gleichzeitiges Auftreten in Berlin, Köln und Frankfurt a. M. jedoch unleugbar auf einen inneren Zusammenhang weist, haben die Staatsanwaltschaften Confiscationen von Zeitungen und Zeitschriften wegen Majestätsbeleidigung verfügt und ein Verfahren daraufhin eingeleitet in Fällen, denen das öffentliche Rechtsbewußtsein mit der Ueberzeugung gegenübersteht, daß Majestätsbeleidigungen wohl nicht vorliegen, sondern daß die betreffenden Artikel nur der vielleicht in der Form vergriffene Ausdruck der in der Nation — und zwar in allen ihren Schichten — vorhandenen kritischen Stimmungen und Anschauungen gewesen sind. In den Berliner Reichstags- und Landtagskreisen sind diese Anschauungen die weit überwiegenden, sie reichen auch in anderen politischen Kreisen sehr hoch hinauf.

Parlament und Presse sind in dem politischen und Culturleben der civilisirten Völker zwei Institutionen, die sich nicht mehr beseitigen lassen und mit welchen auszukommen jede Regierung sich einrichten muß, wie groß auch immer die Antipathien der höchsten Stelle gegen diese Einrichtungen sein mögen. Sie in der berechtigten Freiheit ihrer Kritik beschränken, heißt nur die Verschärfung

dieser Kritik herausfordern und unter Umständen in eine Erbitterung verwandeln, deren Anwachsen und Vertiefung nicht im Interesse eines geordneten Staatslebens liegt.

Einer solchen Strömung hat noch keine Regierung auf die Dauer Stand gehalten, und es ist gerade für Preußen eine naheliegende Erinnerung, daß die stärkste Regierung, welche Preußen jemals gehabt hat und kaum wieder haben wird, die vom Sommer 1866, es für ihre erste Pflicht erachtete, den glorreichen Erfolgen eines militairischen und diplomatischen Feldzugs ohne Gleichen den inneren Frieden hinzuzufügen, welcher allein der ewige Jungbrunnen der Stärke der Nationen und der Festigkeit der Dynastien ist.

Es ist bekannt, daß König Wilhelm I. das Wort „Indemnität" sehr schwer gefallen ist, und daß sein großer Berather hart ringen mußte, um die königliche Entschließung zu erreichen. Aber die Herrschergröße des für ganz Deutschland unvergeßlichen Monarchen bestand nicht zum wenigsten darin, daß er in seinem hohen Alter und aus den Erfahrungen seines langen, schwer geprüften Lebens langsam, aber sicher in die Aufgaben hineinwuchs, welche nacheinander und miteinander Königsamt und Kaiserwürde ihm stellten; daß er das Opfer seiner Person wie seiner Anschauungen gebracht hat, wo die Pflicht gegen seinen Staat und gegen Deutschland es forderte, ebenso wie er da unerschütterlich feststand, wo — z. B. in der Armeereform — er sich in seinen Anschauungen mit seinen Pflichten in Uebereinstimmung wußte.

Wenn morgen, wo der Todestag des ersten deutschen Kaisers sich zum vierten Male jährt, im weiten Vaterlande manch wehmüthiges Gedenken auf seine große Zukunft zurückblickt, so geschieht dies namentlich in dankbarer Bewunderung der Seelengröße, von welcher der hochherzige Monarch so oft ein leuchtendes Beispiel gegeben hat.

* * *

Die „Rheinisch-Westf. Ztg." veröffentlicht am 9. März eine Correspondenz aus Friedrichsruh, in welcher mit Bezug auf die Frage, ob und wann Fürst Bismarck in das parlamentarische Leben eingreife, Folgendes ausgeführt wird:

Dieselben Gründe, die den großen Staatsmann zur Zeit zum Verzicht auf die Ausübung seines Reichstagsmandats veranlassen, dürften ihn auch bestimmen, einstweilen dem Herrenhause fern zu bleiben.

„In Italien" — so etwa äußerte der Fürst unlängst zu einem seiner hiesigen Gäste — „existirte früher ein Commando: ‚facia feroce!', etwa entsprechend unserem ‚Gewehr zur Attacke rechts!' Diese facia feroce würde der Reichstag bei meinem Erscheinen aufweisen; es würden einzelne Mitglieder sich genirt fühlen, und die Parteien durcheinander gerathen; die Situation erführe jedenfalls eine merkliche Verschärfung.

Müßte ich dann pflichtgemäß hier und da meinem Nachfolger im Amte opponiren, so würde man unter den obwaltenden Verhältnissen die Kritik voraussichtlich als gegen eine noch höhere Stelle gerichtet glauben. Eine solche Wirkung aber möchte ich aus einer naheliegenden Rücksichtnahme thunlichst vermieden wissen, wenigstens so lange, als mein Gewissen, meine patriotische Ueberzeugung es irgend gestatten. Wie lange dies der Fall sein wird, vermag ich nicht zu sagen; das wird von den Verhältnissen, vom Gange der Ereignisse abhängen."

Hiernach hat der Fürst das Reichstagsmandat nur übernommen, um äußersten Falls im vaterländischen Interesse an einer Stelle, an der er gehört werden muß, das ganze Schwergewicht seiner Meinung, seines Patriotismus und seiner reichen Erfahrung zur Geltung bringen zu können, und wesentlich die gleichen Erwägungen dürften für sein Erscheinen oder sein Nichterscheinen im Herrenhause maßgebend sein. Gott gebe daher, daß Staat und Reich der Augenblick erspart bleibe, welcher den greisen Alt-Reichskanzler zwingen müßte, sein Tusculum zu verlassen und als getreuer Ekkehard unter Hintansetzung jeder anderen Rücksicht von der parlamentarischen Tribüne herab zum deutschen Volke zu sprechen.

Wir halten (so schreiben die „Hamb. Nachr." am 10. März, A.-A.) den Gewährsmann der „Rheinisch-Westf. Ztg." in dieser Frage für gut informirt.

* * *

Die „Hamb. Nachr." führen am 9. März (M.-A.) Folgendes aus:

Zur inneren Lage. Die Zeitungen sind bisher durch ihre Kritik der persönlichen Aeußerungen des Kaisers so ausschließlich in Anspruch genommen gewesen, daß sie — es ist dies schon ein Beweis für die absolutistische Richtung der Zeit — die eigentliche materia peccans, die gegenwärtige Gesammtsituation der verfassungsmäßigen Staatsmaschinerie in ihren politischen Erwägungen vor jenen Auslassungen fast gänzlich haben in den Hintergrund treten lassen.

Wenn man in weiteren Kreisen der deutschen öffentlichen Meinung vom Beunruhigungs-Bacillus, von Sorge und Verstimmung reden kann, so müssen wir den Hauptantheil daran nicht den Reden des Kaisers vindiciren, sondern der geschäftlichen Thätigkeit der jetzigen Regierung. Letztere erscheint heute vor dem deutschen und dem preußischen Volke als gestützt durch diejenigen Parteien, von welchen sie zur Zeit Kaiser Wilhelm's I. auf das schärfste und unversöhnlichste bekämpft worden ist. Ihre Hauptstütze bildet das Centrum, und, innerhalb des früheren Heerbannes des Abgeordneten Windthorst, die polnische Fraction.

Es ist ein altes und wahres Wort, daß die Staaten ihre dauernde Stütze nur in den Elementen finden können, welchen sie ihren Ursprung

verdanken; daß das Deutsche Reich, so wie es besteht, durch die sympathische Mitwirkung des Centrums, der Polen und des Fortschritts angebahnt und hergestellt worden sei, wird aber Niemand behaupten können, dem die letzten zwanzig Jahre unserer Geschichte gegenwärtig sind.

Wenn wir auf die parlamentarischen Bestrebungen des Centrums seit der Gründung dieser Fraction zurückblicken, so haben wir nicht den Eindruck, daß die Kräftigung des Deutschen Reiches unter dem Hohenzollern'schen Kaiserhause in der Tendenz der Stifter und Mitglieder dieser Fraction gelegen hat. Die Parteien aber, welche dem Centrum in der Bekämpfung der Reichsentwickelung unter Kaiser Wilhelm I. vielfach zur Seite gestanden haben, die freisinnige, die socialdemokratische und die sogenannte Volkspartei, haben ihre Stellung zur heutigen Reichsverfassung in unzweideutiger Weise durch ihre Ablehnung derselben bei den Verhandlungen und Abstimmungen über deren Annahme zu erkennen gegeben. Wir haben von diesen Parteien, wie von dem Centrum, den Polen, den Welfen und den Socialdemokraten, einstweilen kaum einen anderen Eindruck, als daß sie mit unausgesprochener innerer Genugthuung den Gang des neuen Courses in der Hoffnung beobachten, er werde ihre Ziele vielleicht nicht direct erreichen, aber doch diejenigen der Regierung Kaiser Wilhelm's I. zu Schaden bringen. Wir sehen in diesen Parteien zurückhaltende Beobachter des neuen Courses, welche fürchten, ihn in seiner Richtung zu stören.

Daß das Centrum und die Polen feste Stützen der evangelischen Kaiser-Dynastie in Deutschland auf die Dauer nicht sein werden, ist klar. Es giebt im Centrum Leute, die auch aus anderen als rein confessionellen Gründen mit der Entwickelung der letzten zwanzig Jahre unzufrieden sind. Das neuliche Pronunciamento des Centrums-Abgeordneten Bachem über die Gründe, aus denen er das Ausscheiden Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde bedauert, ist in dieser Beziehung ein Symptom, das nicht mißverstanden werden kann, und wir glauben nicht, daß der Abgeordnete Bachem im Centrum zu den einflußlosen Mitgliedern gehört.

Bei dieser Sachlage würden die Conservativen doch gut thun, ihr Verhältniß zum Centrum etwas schärfer als bisher ins Auge zu fassen.

Die an und für sich parlamentarisch schwer wiegende Macht des Centrums wird im preußischen Abgeordnetenhause zur Majorität, wenn die evangelischen Conservativen in ihrer Gesammtheit dem Centrum beitreten. Sollte auf diese Weise ein dualistisches Bündniß zwischen Centrum, Polen und Conservativen zur parlamentarischen Herrschaft gelangen, so würden die Conservativen in dieser Combination zweifellos der schwächere Bundesgenosse sein. Das Centrum ist ihnen an Energie, an Gewandtheit, an Weltstellung, an Hülfsmitteln, vor Allem aber an

geschlossener Einheit so überlegen, daß in dem weiteren gemeinschaftlichen Course beider Fahrzeuge das Centrumsschiff dasjenige des evangelisch-conservativen Bundesgenossen unbedingt ins Schlepptau nehmen oder seine Bewegung durch Begünstigung der radicalen Seiten des Parlaments neutralisiren würde. Zu letzteren kann das Centrum jederzeit nach Belieben abschwenken, wie die bekannten Vorgänge in den achtziger Jahren bei Wahlen wie bei Abstimmungen bewiesen haben. Für die Altconservativen ist diese Möglichkeit absolut ausgeschlossen. Wenn die Tripelallianz des Centrums, der Polen und der Conservativen in sich selbstständige Beschlüsse fassen müßte, so wäre kaum mit Sicherheit anzunehmen, daß die Conservativen auf das Ergebniß, d. h. auf das Centrum, eben so viel Einfluß üben würden wie die Polen. Mit diesen, den Welfen, Elsässern und Dänen zusammen wird die Macht des Centrums immer schwerer ins Gewicht fallen als die der conservativen Partei auf allen denjenigen Gebieten, welche die Basis der letzteren überhaupt bilden. Jede Politik im preußisch-conservativen Sinne wird alle die genannten Parteien zu Gegnern haben, sobald das Centrum sie aufbietet. Partei gegen Partei betrachtet ist das Centrum mit den Bundesgenossen, die es hat und die es haben kann, wenn es will, parlamentarisch mächtiger als die conservative Fraction. Letztere steht ihm gegenüber in einer Art von Rheinbund-Verhältniß, wenn man es vom preußischen Standpunkte beurtheilt. Die Conservativen können dem Centrum Gefolgschaft leisten, wie die Rheinbundstaaten Napoleon; sie können dadurch, parteiparticularistisch betrachtet, vorübergehend mächtiger werden, aber nur auf Kosten der Gesammtinteressen Preußens und des Deutschen Reiches.

Wenn ein Bund der Altconservativen mit den Centrumselementen das Schulgesetz im preußischen Landtage per majora durchdrückt, so fragen wir uns, welches die weiteren Consequenzen sein werden, in deren Richtung dieser Sieg der Coalition wahrscheinlich, vielleicht nothwendig, verfolgt werden wird? Die Zufriedenheit aller anderen Elemente wird nicht wachsen, und man wird sich genöthigt sehen, die Unzufriedenheit auf den gemeinsam betretenen Wegen gemeinsam weiter zu bekämpfen, wobei der tertius gaudens immer nur die wirthschaftlich und politisch radicalen Parteien sein würden: die rothen und die blauen Republikaner.

Man braucht im Hinblick auf solche Eventualitäten an auswärtige Verwicklungen gar nicht zu denken; schon die heimischen würden schwer genug werden und zu Ergebnissen führen, welche den Rechtsboden der preußischen und noch mehr den der Reichsverfassung auf harte Proben seiner Haltbarkeit stellen könnten.

* * *

Am 10. März Mittags kommt Fürst Bismarck nach Hamburg und begiebt sich von da nach Wandsbeck zur Theilnahme an einer Sitzung des Kreistages des Kreises Stormarn.

In der Sitzung richtet vor Eintritt in die Tagesordnung Oberbürgermeister Rauch an den Fürsten Bismarck die folgenden Worte der Begrüßung:

„Der Kreistag des Kreises Stormarn hat heute zum ersten Male die hohe Ehre, Se. Durchlaucht den Fürsten von Bismarck in seiner Mitte begrüßen zu können. Wir bringen Sr. Durchlaucht in Liebe und Verehrung den Willkommengruß dar, indem wir rufen: Seine Durchlaucht der Fürst von Bismarck lebe hoch!"

Der Fürst dankt für die liebenswürdige Begrüßung und giebt der Hoffnung Ausdruck, wenn der allgütige Gott ihm noch einige Jahre des Lebens schenke, noch oft an den gemeinsamen Geschäften der Stormarn'schen Kreistage Theil nehmen zu können.

Nachdem seitens des Vorsitzenden Landrath von Bülow hierauf die Beschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt worden ist, ernennt die Versammlung durch Zuruf zu Protocollvollziehern Se. Durchlaucht den Fürsten von Bismarck, Oberbürgermeister Rauch und Hofbesitzer Henneberg.

Punkt 1 der Tagesordnung betrifft die Prüfung der Legitimation der neugewählten Kreistagsabgeordneten. Die Wahlen werden für gültig erklärt. Ueber das vom Kreisausschuß vorgelegte Gutachten, betreffend die Revision des Verzeichnisses der wichtigeren Nebenwege entsteht eine längere Debatte, an der sich auch Fürst Bismarck wiederholt betheiligt.

> Er warnt davor, ein den Wünschen der Localinteressen entgegengesetztes Gutachten abzugeben, und empfiehlt, daß man, so weit es irgend angängig sei, dem Votum der Vertreter der letzteren sich anschließen und nur aus zwingenden Gründen ihm entgegentreten möge.

Das vorgeschlagene Gutachten wird mit geringer Aenderung genehmigt....

Vom Abgeordneten Henneberg wird die Errichtung von Verpflegungsstationen für mittellose Wanderer seitens des Kreises angeregt. Der Vorsitzende theilt mit, daß seitens des Kreisausschusses umfassende Ermittelungen über die Erfahrungen, welche mit dieser Einrichtung in anderen Kreisen der Provinz gemacht worden sind, angestellt wurden, die eingegangenen Aeußerungen aber derartige seien, daß sie nicht zur Nachahmung ermuthigen könnten. Der Kreistag geht hiernach zur Tagesordnung über.

Herr Oberbürgermeister Rauch empfiehlt bei Titel XII „Zur Förderung des Gemeindewegebaues" in einem längeren Vortrage dem Kreistage, dem geplanten Eisenbahnbau Wandsbeck-Trittau-Mölln sein Interesse zuzuwenden. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß er des Oefteren schon sein Interesse an dem in den betheiligten Kreisen überaus beifällig aufgenommenen Project bethätigt habe. Auch Fürst Bismarck giebt sein lebhaftes Interesse für

diesen Plan kund, warnt indessen davor, über unerwartete Vorlagen, wie deren eine der Antrag des Oberbürgermeisters Rauch, „Der Kreistag möge seine Geneigtheit ausdrücken, den Bau der Eisenbahn Wandsbeck-Trittau-Mölln zu fördern und die Einleitung der nöthigen Vorlagen gutheißen", sei, zu beschließen. Nach längerer Debatte wird auf Antrag des Fürsten Bismarck beschlossen, den Kreisausschuß zu beauftragen, die Anregung des Oberbürgermeisters Rauch, von Kreiswegen das Eisenbahnproject Wandsbeck-Trittau-Mölln zu fördern, zu prüfen und das Ergebniß dieser Prüfung zur Vorlage zu bringen.

Der Abgeordnete Henneberg regt an, dem Provinzialausschuß das Project des theilweisen Ausbaues der Nebenlandstraße Hellbrook-Bargteheide noch einmal vorzulegen. Ein Antrag auf Streichung oder erhebliche Kürzung des zur Hebung des Hebammenwesens eingestellten Betrages von 2000 Mk. wird mit großer Majorität abgelehnt und hierauf der Etat im Ganzen dem Entwurfe entsprechend genehmigt.

Sodann beschließt der Kreistag, der Provinzial-Wittwen- und Waisencasse nicht beizutreten, dagegen dem Kreisausschußsecretair Heider eine Wittwen- und Waisenversorgung nach Maßgabe der für Staatsbeamte bestehenden Bestimmungen zuzusichern.

Von der Befugniß des Kreises, die Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes ganz zu untersagen oder auf eine kürzere Zeit als fünf Stunden einzuschränken, beschließt der Kreistag im Hinblick namentlich auf die so überaus verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Communen des Kreises, einen Gebrauch nicht zu machen, vielmehr die betreffende Beschlußfassung zur Zeit den einzelnen Ortscommunalverbänden des Kreises zu überlassen.

Nachdem sodann noch verschiedene Wahlen vorgenommen und die in Vorschlag zu bringenden Amtsvorsteherstellvertreter für die Amtsbezirke Klein-Wesenberg, Krummbock, Ahrensburg und Nütschau bestimmt sind, wird die Sitzung nach dreistündiger Verhandlung geschlossen.

Die Rückreise des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh erfolgt dann am Abend um 7 Uhr, wieder auf dem Wege über Hamburg.

* * *

Am 12. März bringt die Münchener „Allg. Ztg." (A.-A.) folgende geschichtliche Reminiscenz:

Gestern, am 11. März, waren 25 Jahre verflossen, seit Fürst Bismarck dem deutschen Volke, zunächst dem damaligen Reichstage des Norddeutschen Bundes, eines seiner berühmtesten „geflügelten Worte" zugerufen, das gerade in jüngster Zeit so oft in deutschen Herzen wiedergeklungen: „Setzen wir

Deutschland sozusagen in den Sattel! Reiten wird es schon können!" Glorreicher hat sich selten eine Zuversicht erfüllt, als die in jenen Worten ausgesprochene, und die Freudigkeit daran darf auch durch den Umstand nicht verkümmert werden, daß es neuerdings zeitweise scheinen will, als ob Deutschland das Reiten verlernt habe, oder als ob das Roß rückwärts gehe: „Im Sattel freilich sitzen wir, Doch rückwärts geht das böse Thier — Wie lange wird es denn noch gehn, Bis Roß und Reiter sich verstehn?" So schloß der telegraphische Festgruß, welcher der nationalliberalen Reichstagsfraction beim Festmahl am 28. Februar aus Mannheim zugerufen wurde, und die lebhafte Zustimmung, welche das Wort aus dem Süden in der Reichshauptstadt fand, bewies, daß darin einem weit verbreiteten Empfinden Ausdruck gegeben war.

Gleichsam als hätte der damalige Kanzler des Norddeutschen Bundes neben die Zuversicht auch die Warnung setzen wollen, erwiderte er auf eine Bemerkung des Abgeordneten von Mallinckrodt an demselben Tage: „Woher kam die Zerrüttung während des Interregnums? Vom Abfall der Welfen und dem Siege der Ultramontanen!"

Heute nach 25 Jahren sind diese beiden vorstehend citirten Sätze gleichsam eine lapidare Inschrift für die Chronik unserer Tagesgeschichte.

* * *

Unter der Ueberschrift „Leipziger bei dem Fürsten Bismarck" geben die „Hamb. Nachr." am 21. März (A.-A.) folgenden Bericht des Leipziger „General-Anzeiger" wieder:

Der „Militairverein Kampfgenossen" in Leipzig hat, wie bekannt, den Fürsten Bismarck zu seinem Ehrenmitgliede ernannt. Am Dienstag den 15. d. Mts. wurde eine Deputation des Vereins behufs Uebergabe des Ehrendiploms an den Fürsten Bismarck von diesem in Friedrichsruh empfangen. Ueber diesen Act wird uns Folgendes mitgetheilt:

Vom Bahnhofe aus wurden die Herren von einem Kammerdiener nach dem Schlosse geleitet und zunächst vom Secretair des Fürsten Herrn Dr. Chrysander begrüßt. Alsbald aber öffneten sich die Flügelthüren des Empfangssaales, und aus dem Hintergrunde desselben trat, hoch aufgerichtet, Fürst Bismarck, begleitet von seinem Tyras.

Nach der Vorstellung der einzelnen Herren reichte Se. Durchlaucht Jedem einzeln die Hand und dankte mit kurzen Worten für die Ehre des Besuchs.

Nunmehr ergriff der Vorsitzende des Militairvereins der Kampfgenossen, Herr Otto Kästner, das Wort zu etwa folgender Ansprache:

Durchlauchtigster Fürst!

Im Namen des Militairvereins Kampfgenossen 1864/71 zu Leipzig danke ich für die hohe Ehre, welche Eure Durchlaucht durch Annahme der Ehren-

mitgliedschaft dem Verein erwiesen haben. Worte vermögen die Gefühle und die Freude, welche wir bei Annahme der Ehrenmitgliedschaft Euer Durchlaucht empfunden haben, nicht zum Ausdruck zu bringen.

Zu dem gebührenden Dank für diese Huld und Gnade versichern wir Euer Durchlaucht, daß wir jederzeit einstehen werden, wenn es gilt, das durch Eure Durchlaucht Errungene zu schützen. So lange noch das Herz in der Brust eines Kampfgenossen schlägt, wollen wir mit Gut und Blut eintreten, wenn es ja ein Feind wagen sollte, das von Euer Durchlaucht geeinte Deutschland anzugreifen. Wir wollen Alle den allmächtigen Gott bitten, daß er Eure Durchlaucht noch recht viele Jahre in rüstiger Gesundheit dem deutschen Volke erhalten möge.

So bitten wir nun weiter, Eure Durchlaucht wollen huldvollst geruhen, dies Diplom entgegenzunehmen, und wir versichern, daß wir uns der hohen Ehre würdig erweisen werden.

Hierauf nahm der Fürst mit sichtlicher Freude das Ehrendiplom entgegen und antwortete etwa Folgendes:

Die Ehre, meine Herren Kameraden, ist auf meiner Seite, und ich danke Ihnen vielmehr vielmals für diese Anerkennung unserer alten militairischen Kameradschaft, die sich in schweren Kämpfen bewährt hat. Diese Kämpfe sind unserem gesammten Vaterlande zu Gute gekommen, auch jene, wo wir selbst uns als Gegner gegenüberstanden.

Auch 1866 war nöthig zur Gestaltung unserer nationalen Einheit. Unsere Verhältnisse waren so verwickelt und so schwer zu lösen, daß das alte deutsche Gottesurtheil — der Griff zum Schwert — nöthig war.

Die Sachsen können keine unangenehme Erinnerung daran haben, denn sie waren eines der tapfersten Corps in der Armee, die uns gegenüber stand. Sie haben den Waffenruhm bewährt, den sie aus den ersten Jahren des Jahrhunderts übernommen haben.

Kürzlich habe ich das Tagebuch des sächsischen Obersten von Larisch gelesen, und da war es mir interessant zu lesen, wie zuerst an Preußens Seite bei Jena, dann mit Frankreich bei Wagram, in Rußland und bei Leipzig von den Sachsen gekämpft wurde. Ueberall waren sie tapfer und wohldisciplinirt.

Nur hat mich in dem Buche überrascht, zu sehen, daß noch bis 1816 in Frankreich disciplinarisch gründlich „gehauen" wurde. Man braucht nur einige Seiten zu blättern, um etwa citirt zu finden „Der und der zu spät vom Urlaub Gekommene erhält 20 Stockprügel". Bei uns war das früher auch. Heute jedoch hat man davon keine Vorstellung mehr, trotz aller heimlichen Soldatenmißhandlungen, die vorkommen mögen.

Die Lectüre des Buches hat mir den Vergleich jener Zeit nahe gelegt. Hoffentlich wird uns ein Wellenschlag wie der damals, der Alles auf

und nieder und Alles hin und her schob, in Zukunft nicht mehr treffen. Ich bin gewiß, daß in Zukunft Sachsen, Preußen, Bayern und Schwaben fest zusammenhalten werden, nachdem wir Alle die Vortheile der Bundesgemeinschaft erkannt haben.

Hierauf bat der stellvertretende Vorsitzende, Herr Otto Küntzel, Se. Durchlaucht, sich in die Stammrolle einzutragen, welchem Wunsche der Fürst bereitwilligst nachkam.

Alsdann wurde die Deputation Ihrer Durchlaucht der Fürstin Bismarck sowie den zu Besuch weilenden Damen, der Gräfin Eickstädt, der Frau von Köckeritz, sowie Herrn Geheimrath Lothar Bucher vorgestellt und vom Fürsten zum Frühstück eingeladen. Während der Tafel brachte Fürst Bismarck einen Toast auf Se. Majestät König Albert von Sachsen, Herr Kästner auf Se. Durchlaucht und Herr Küntzel auf Ihre Durchlaucht die Fürstin Bismarck aus. Bei dem Toast, welchen der Fürst Bismarck auf den König Albert ausbrachte, sagte der Fürst:

> König Albert sei ihm stets ein gnädiger Herr und lieber Freund gewesen. Auch sei König Albert ein ganz besonders tüchtiger Feldherr.

Hatten nun die Leipziger Herren schon bei dem Empfang die ganz besondere Liebenswürdigkeit des fürstlichen Paares kennen gelernt, so gestaltete sich die weitere Unterhaltung, welche $2^1/_2$ Stunden währte, so ungezwungen, daß man kaum daran dachte, daß man neben dem größten Staatsmann saß. In welch ungezwungener Weise sich der Fürst mit seinen Gästen unterhielt, geht aus folgenden Einzelheiten hervor:

Mehrere Herren des Vorstandes führten den Vornamen Otto. Sobald nun durch irgend eine gegenseitige Ansprache der Name Otto fiel, sah auch zunächst Se. Durchlaucht freundlich lächelnd auf, als wenn er angerufen worden wäre, dabei mächtige Rauchwolken aus seiner langen Pfeife, welche er zweimal leerte, in die Luft blasend. Als dem Fürsten von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Otto Küntzel, die Stammrolle des Vereins zur Einzeichnung vorgelegt wurde und Herr Küntzel Se. Durchlaucht bat, die Eintragung seines Namens an bevorzugter Stelle zu vollziehen, meinte der Fürst,

> er gehöre nicht auf den gänzlich unbeschriebenen Bogen, da gehöre König Albert hin, welchen er noch in der Stammrolle vermisse. Er dagegen wolle sich da einzeichnen, wohin er gehöre, nämlich in die Rubrik der anderen Ehrenmitglieder des Vereins.

Hierauf erfolgte die Einzeichnung unmittelbar anschließend an die letzte Eintragung des Herrn Professor Thiersch.

Bald kam auch die Rede auf Leipzig. Als dem Fürsten von Herrn Friedr. Wille erzählt wurde, daß kürzlich ein Zettel an seinem Reiterstandbild auf dem Marktplatz gehangen habe mit der Strophe:

„Lieber Bismarck, steig hernieder
Und regiere Du doch wieder,
Laß bei diesen schlechten Zeiten
Lieber doch Caprivi reiten!"

lachte der Fürst herzlich und meinte,

in Leipzig müsse er doch recht viele Freunde haben, denn häufig bekomme er mancherlei Anerkennungszeichen aus dieser Stadt. Das Gedicht vom Siegesdenkmal sei ihm auf einer Postkarte mitgetheilt worden, und diese Postkarte habe die Unterschrift getragen: „Ein kleines deutsches Mädchen." Auch von Dresden und aus Süddeutschland bekomme er fortwährend Zeichen der Verehrung, was ihn sehr freue; dennoch treffe auch auf ihn das Sprüchwort zu: „Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande." Auch in Amerika gedenke man seiner vielfach. Erst kürzlich habe er aus San Francisco eine Depesche mit bezahlter Rückantwort erhalten. In diesem Telegramm habe ein dort lebender Deutscher ihn um die Erlaubniß ersucht, seinen Sohn auch Otto taufen zu dürfen. Selbstverständlich habe er sofort dem Mann seine Zustimmung und seine Freude über den Fall mitgetheilt.

Herr Küntzel sprach hierauf den Wunsch aus, der Fürst möge doch Leipzig einmal besuchen, dann könne er sich davon überzeugen, wie viel Freunde er dort habe und wie ihm alle Herzen entgegenschlagen würden. Der Fürst meinte aber: „Werden Sie erst einmal 77 Jahre alt."

Die Fürstin Bismarck bemerkte hierzu, daß ihr Gatte ja vielleicht, wenn er nächstens nach Kissingen fahre, den Weg über Leipzig nehmen könne, worauf der Fürst erwiderte,

daß dies allerdings ein bedeutender Umweg sei, über Göttingen sei es viel näher, aber immerhin wolle er sich die Sache einmal überlegen.

Der Fürst erinnerte sich auch noch, wie er sich ausdrückte,

„an das Loch in Leipzig, aus welchem der ‚Teufel' auf einem Faß herausgeritten sei."

Die anwesenden Damen stutzten und meinten, was denn das für ein Loch sei, worauf die Erklärung folgte, daß hiermit das Weinrestaurant in Auerbachs Keller gemeint sei.

Herr Seelberg theilte dem Fürsten im Laufe der Unterhaltung scherzend mit, daß er sich ein Streichholz zum Andenken eingesteckt habe. Der Fürst meinte,

leider gäbe es jetzt keine Blumen bei ihm, sonst würde er den Herren einen Blumenstrauß binden lassen. Wenn den Herren aber etwas daran gelegen sei, dann lasse er für jeden ein Tannenreis abschneiden, ein Anerbieten, welches dankbar acceptirt wurde.

Herr Bastanier wurde gefragt, was er denn sei, worauf derselbe antwortete, er sei Besitzer eines Hauses, es sei aber nur von Holz; es sei nämlich ein Pfahlbau, der als Restaurant am Ufer der Pleiße stehe. Was Besonderes sei das nicht, aber er sei zufrieden.

Ja, bemerkte der Fürst, auch sein sehnlichster Wunsch sei es von frühester Jugend an gewesen, einmal ein Heim zu besitzen, aus dem er nicht unfreiwillig zu scheiden brauche; es sei ihm dies aber erst im späteren Alter gelungen.

Fürst Bismarck bemerkte auf einmal, daß die Herren alle ihr Vereinszeichen angelegt hatten. Er frug daher Herrn Kästner, wo denn sein, Bismarck's, Abzeichen sei, worauf sich Herr Kästner beeilte, Sr. Durchlaucht das Zeichen anzustecken.

„Und wie Sie alle so fein angezogen sind," fuhr der Fürst fort, „mich müssen Sie aber in meinem einfachen Waldanzug entschuldigen, denn ich fühle mich in diesem am wohlsten."

In dieser Weise unterhielt sich der Fürst mit seinen Gästen, die sich insgesammt von der außerordentlichen geistigen und körperlichen Frische und der guten Laune des ehemaligen Reichskanzlers überzeugen konnten. Es sind schöne Stunden für die alten Soldaten gewesen, die ihnen unvergeßlich bleiben werden.

* * *

Fürst und Fürstin Bismarck trafen am 19. März Abends um $5^1/_2$ Uhr von Friedrichsruh kommend, auf dem Berliner Bahnhof in Hamburg ein. Sie wurden von einer zahlreichen Menschenmenge mit Enthusiasmus empfangen, worauf der Fürst durch freundliche Grüße dankend erwiderte. Das fürstliche Paar war einer Einladung von Frau Senator Hayn zu einem Diner gefolgt und wurde von dem Sohne der genannten Dame und dem Senator Stahmer am Bahnhofe empfangen. Während das fürstliche Paar die Halle durchschritt, wurden ihm von einigen Damen Blumenbouquets überreicht.

Abends um 9 Uhr wurde die Rückfahrt nach Friedrichsruh angetreten. Fürst und Fürstin wurden von denselben Herren wie bei der Ankunft geleitet. Schon bei der Anfahrt der Equipagen erschollen aus der zahlreich versammelten Menge Hochrufe, die sich noch steigerten, als der Fürst mit Gemahlin dem Salonwagen zuschritt. Mit dem fürstlichen Paar bestiegen die genannten Begleiter den Salonwagen, der sodann dem Zuge nach Friedrichsruh eingereiht wurde. Der Fürst unterhielt sich anfänglich lebhaft mit den beiden Herren, mußte dann aber die weitere Unterhaltung der Frau Fürstin überlassen, denn seine lieben Hamburger wurden ungeduldig.

Der Fürst lehnte sich nun zum Wagenfenster hinaus und begann eine Plauderei mit dem vor dem Salonwagen stehenden Publicum und entzückte

durch seine Liebenswürdigkeit alle Anwesenden. Unter Andern richtete er auch einige Worte an den das Commando auf dem Bahnhof führenden Polizeisergeanten, wobei er sich u. A. nach Einzelnheiten über die Hamburger Schutzmannschaft, deren Dienst u. s. w. erkundigte.

Im Laufe des Gesprächs ergab sich nun, daß gerade vor dem Fürsten ein strammer Schutzmann stand, der im Halberstädter Kürassier-Regiment, dessen Chef bekanntlich der Fürst ist, gedient hatte. Auch an diesen richtete der Fürst in leutseligster Weise freundliche Worte. Dann erscholl das Signal zur Abfahrt. Noch einmal grüßte der Fürst die freudig erregte Menge. Die Herren Hayn und Senator Stahmer verabschiedeten sich von dem Fürstenpaar und verließen den Salonwagen. Unter stürmischen Hochrufen der Menge fuhr der Zug sodann aus der Halle.

* * *

Bezeichnend für die besonders in Süddeutschland immer höher anschwellende bismarckfreundliche Bewegung ist folgender Vorbericht über geplante Feiern des 1. April aus München vom 19. März:

Die größeren bayrischen Städte rüsten sich, den 77. Geburtstag des Fürsten Bismarck festlich zu begehen. Hier in München wird ein Festmahl im „Bayrischen Hofe" veranstaltet, zu welchem sich bereits viele Theilnehmer aus allen Ständen angemeldet haben. Die Vorderpfalz hat zu Ehren des Jubilars eine Festversammlung nach Neustadt einberufen. U. A. werden die Abgeordneten Dr. Buhl und Bürklin Vorträge halten. Von Seiten der pfälzischen Eisenbahndirection werden Extrazüge eingestellt, um dem voraussichtlich großen Andrange zu genügen. Auch in Kaiserslautern und Speyer finden Versammlungen statt, sowie in den rechtsrheinischen Städten Bayreuth, Hof, Nürnberg, Ansbach und anderen nationalgesinnten Orten. Besondere Ehrungen bereiten Augsburg und Kissingen für ihren Ehrenbürger vor. Das Nämliche beabsichtigen mehrere Privatvereine und die zu Ehren des Fürsten errichteten Stiftungen (Memmingen, Pommelsbrunn u. a.), deren Zinsen an diesem Tage nach den Satzungen an würdige Personen verliehen werden.

* * *

Am 22. März melden die „Hamb. Nachr." (M.-A.):

Hiesigen Blättern ist aus Friedrichsruh berichtet worden, daß der letzte Besuch des Fürsten Bismarck in Hamburg ihm nicht gut bekommen sei, der Fürst habe am Sonntage seine gewohnten Ausflüge ins Freie unterlassen und ebenso sei die für gestern projectirt gewesene Betheiligung am Kreistage in Ratzeburg abgesagt worden.

Wir können dem hinzufügen, daß die bis Montag Abend eingetroffenen Friedrichsruher Nachrichten befriedigend lauten.

* * *

Die deutsche Reichs- und die Freiconservative Partei feiern am 21. März in Berlin das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Dabei bringt der Abgeordnete von Kardorff das Hoch auf den Fürsten Bismarck aus in folgender Rede:

Meine Herren! Daß wir bei der heutigen Feier des Fürsten Bismarck gedenken, ist wohl selbstverständlich. (Lebhaftes Bravo.) Hat doch mein Freund Stengel schon mit Recht hervorgehoben, es sei immer die erste und vornehmste Aufgabe unserer Partei gewesen, die großdeutsche nationale Politik des gewaltigen Staatsmannes zu unterstützen. (Bravo!)

Meine Herren, das Verhältniß des Fürsten Bismarck zu unserer Partei hat sich am besten dadurch gezeigt, daß seine Söhne, die Grafen Herbert und Wilhelm Mitglieder unserer Partei waren, so lange sie parlamentarische Mandate inne hatten. Ich habe nun kürzlich bei meinem Verkehre mit jüngeren Herren die Erfahrung gemacht, daß die jungen Leute in der Geschichte recht unbewandert waren. Sie wußten von der vorbismarck'schen Zeit gar nichts, sie wußten recht wenig von der eigentlichen Wirksamkeit des Fürsten Bismarck. Ich bin aber doch nach näherem Nachdenken dahin gekommen, meine Vorwürfe, die ich diesen jungen Herren machte, für nicht ganz berechtigt zu halten. Wer die vorbismarck'sche Zeit nicht als denkender Mensch miterlebt hat, kann überhaupt kein volles Verständniß dafür gewinnen, was er für unser deutsches Vaterland geleistet hat. (Sehr richtig!)

Mein Freund Stengel hat bereits an die Misère der Conflictszeit in Preußen erinnert; ich gehe noch weiter zurück und sage, man muß auch die Zeiten erlebt haben von Olmütz und Bronzell, man muß das Jahr 1848 miterlebt haben, um einen wirklichen Begriff von dem zu bekommen, was Fürst Bismarck für Preußen und für Deutschland geleistet hat. (Sehr richtig!)

Wer die Misère miterlebt hat, die in der vorbismarck'schen Zeit in Deutschland herrschte; wer es miterlebt hat, wie die deutschen Höfe, die kleinen wie die großen, der Tummelplatz für das Intriguenspiel der Großmächte waren; wer es miterlebt hat, daß ein auswärtiger Autor damals mit Recht von Deutschland sagen konnte, derjenige, der am meisten in Deutschland zu sagen habe, sei der Kaiser Nikolaus von Rußland; wer es miterlebt hat, wie der deutsche Bundestag zu Frankfurt sich zu einem Tummelplatz für die Ränke und Intriguen der kleinen und großen Staaten in Deutschland entwickelte, wie er sich entwickelte als ein Schutz für alle particularistischen und egoistischen Bestrebungen der Einzelstaaten und als ein schwerer Hemmschuh für jeden gemeinsamen Fortschritt der deutschen Nation — wer alle diese Misèren miterlebt hat, der weiß erst, was es hieß, als Fürst Bismarck als Retter in der Noth erschien und die Fackel ergriff, um dem deutschen Volke herauszuleuchten aus der trüben Versumpfung und es zu führen auf die glorreichen

Schlachtfelder von Düppel, Königgrätz und Sedan (Bravo!), als Fürst Bismarck aus dem zerrissenen, zerspaltenen, ohnmächtigen deutschen Vaterlande eine Weltmacht ersten Ranges schuf. (Bravo!) Wer dies nicht alles miterlebt hat, kann gar keinen richtigen Maßstab für das gewinnen, was er für unser Vaterland geleistet hat.

Wer aber auch in der späteren Zeit, in den 20 Jahren, die auf 1870 gefolgt sind, nicht in irgend einer Weise hat mitwirken können an den großen Werken seiner Politik; wer es nicht mit hat beobachten können, wie er die gewaltigen Aufgaben, die ihm gestellt waren, zu lösen vermochte — meine Herren, der kann es nicht ermessen, wie groß die Leistungen des großen Kanzlers für das deutsche Vaterland gewesen sind.

Ich erinnere nur daran, daß es sich z. B. darum handelte, das Deutsche Reich neu auszubauen; daß es sich darum handelte, aus einem Dutzend von Particularrechten eine einheitliche deutsche Gesetzgebung auf allen Gebieten des öffentlichen Rechtes zu schaffen; daß es sich darum handelte, gleichzeitig in Preußen wichtige Reformen, die Einführung der Selbstverwaltung durchzuführen, die unser parlamentarisches Leben erst möglich und erträglich machte. Wer es weiß, was Fürst Bismarck alles in dieser Zeit geleistet hat, und weiß, in welchem Maaße er persönlich an allen diesen Arbeiten theilgenommen hat, der weiß auch, welches Maaß von Einsicht, von Willensstärke und von Energie und von unerschöpflicher, fast übermenschlicher Arbeitskraft er dabei bewiesen hat, und welch' hohe divinatorische Begabung für Beurtheilung der Ereignisse und der Menschen. Wer dies nicht alles mitgemacht und miterlebt hat, wer die vorbismarck'sche Zeit nicht miterlebt hat, dem kann man es gar nicht übel nehmen, wenn er kein volles Verständniß besitzt für das, was der große Kanzler unserem Vaterlande wirklich geleistet hat. (Sehr richtig!)

Meine Herren, als Fürst Bismarck sein Amt vor nun gerade zwei Jahren niederlegte, da konnte er dies Amt mit dem stolzen Bewußtsein seinem Nachfolger überliefern, daß zu keiner Zeit in der ganzen deutschen Vergangenheit das Deutsche Reich fester geeinigt war als zu dieser Zeit. (Sehr richtig!) Er konnte das Amt mit dem stolzen Bewußtsein übergeben, daß die Machtstellung und das Ansehen des Deutschen Reiches nach Außen niemals glänzender, niemals größer dagestanden haben, auch nicht zu den Zeiten der großen sächsischen Kaiser, auch nicht zu den Zeiten Friedrich Barbarossas, als zu dieser Zeit. Er konnte mit dem stolzen Bewußtsein zurücktreten, daß zu keiner Zeit im Deutschen Reiche für die bürgerliche individuelle und politische Freiheit größere Garantien vorhanden gewesen sind, als in diesem Augenblick. Er konnte die Verwaltung des Deutschen Reiches seinem Nachfolger mit dem stolzen Bewußtsein übergeben, daß das Deutsche Reich fest geeint war, und daß alle Re-

gierungen fest entschlossen waren, die Einheit unter allen Umständen aufrecht zuerhalten, und mit Liebe und Vertrauen zu dem Reiche hielten. Er konnte die Verwaltung des Deutschen Reiches aber auch mit dem stolzen Bewußtsein übergeben, daß das Deutsche Reich eine Heeresmacht erworben hatte, wie sie im Deutschen Reiche noch niemals, wie sie vielleicht in der Welt noch niemals in gleicher Vortrefflichkeit existirt hatte. Er übergab das Reich mit geordneten Finanzen und einem Wirthschaftssysteme, das dem wirthschaftlichen Aufblühen des Deutschen Reiches zum Heile gereicht hatte. (Bravo!)

Meine Herren, mag man den Fürsten Bismarck beurtheilen, wie man will, das müssen selbst seine Gegner und Hasser anerkennen, daß als einziges Motiv seiner Handlungen immer nur das Bestreben zu erkennen ist, das Deutsche Reich einiger, freier und mächtiger zu machen. Ich bitte Sie, uns zu ermächtigen, ein Telegramm an den Fürsten Bismarck abzusenden (Bravo!) mit folgendem Wortlaute: Fürst Bismarck, Friedrichsruh. Die deutsche Reichs- und freiconservative Partei bringt bei der heutigen fünfundzwanzigjährigen Feier ihres Bestehens dem Fürsten Bismarck, dem ersten Kanzler des Deutschen Reiches, in alter treuer Verehrung ihre aufrichtigen Wünsche dar für dauerndes Wohlergehen. Die Parteivorstände. (Folgen die Namen.)

Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn wir dieses Telegramm an den Fürsten Bismarck absenden und sein Inhalt bekannt wird, viele Millionen treuer Herzen im deutschen Vaterlande mit uns die gleichen Wünsche hegen werden. (Sehr richtig!)

Wenn wir dem Fürsten Bismarck aber hier noch lange Lebensjahre und dauerndes Wohlergehen wünschen, so sprechen wir damit zugleich den Wunsch für das Gedeihen des Deutschen Reiches aus; denn, meine Herren, das Wohlergehen des Fürsten Bismarck kann nur möglich sein, wenn es auch dem Deutschen Reiche wohl ergeht. (Bravo!) Darauf vertrauen wir; wir hoffen und vertrauen, daß es dem Deutschen Reiche auch in Zukunft wohl ergehen möge, und in diesem Sinne bitte ich, die Gläser zu erheben, indem wir rufen: Fürst Bismarck, unser alter, großer Kanzler, lebe hoch! hoch! und abermals hoch! (Stürmisches Bravo!)

An den Fürsten wurde nach dem Toaste das Begrüßungs-Telegramm gesandt. Fürst Bismarck antwortete mit folgendem Telegramm:

„Für die ehrenvolle Begrüßung im Namen der deutschen Reichs- und freiconservativen Partei danke ich verbindlichst und mit herzlichen Wünschen für das Gedeihen Ihrer politischen Bestrebungen.“

* * *

Am 22. März wird in Altona in Gegenwart des commandirenden Generals Grafen Waldersee und des Ersten Bürgermeisters Dr. Giese die 25jährige Erinnerungsfeier der Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen und Deutschland festlich begangen. Nachdem Graf Waldersee auf das Kaiserpaar gesprochen und der Vorsitzende des Festcommerses Rechtsanwalt Sieveking die Festrede gehalten hat, bringt Rechtsanwalt Schmidt aus Altona das Hoch auf den Fürsten Bismarck aus mit folgenden Worten:

Wir hatten gehofft, bei unserer heutigen Feier als Ehrengast den Fürsten Bismarck begrüßen zu dürfen, welchem von Allen nächst dem heimgegangenen Kaiser Wilhelm wir die großen Errungenschaften verdanken, deren Gedächtniß wir heute festlich begehen. Leider hat der Fürst der Einladung nicht folgen können; es ist uns deshalb nicht vergönnt, ihm von Angesicht zu Angesicht heute unsern Dank darzubringen für alles Das, was er für uns und unser Schleswig-Holstein und für Deutschland gethan hat.

Ist doch Fürst Bismarck mit unserer Provinz und mit der endlichen glücklichen Wendung ihres Geschickes auf das Engste verbunden; denn an hervorragender Stelle hat er damals inmitten der Ereignisse gestanden, welche mit der Lösung Schleswig-Holsteins von Dänemark begannen, um dann durch Kämpfe und Siege hindurch in der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches ihren glorreichen Abschluß zu finden. Alles, was er damals gethan und Großes vollendet hat, das hat die Geschichte seiner Zeit verzeichnet, welche auf jedem ihrer Blätter seinen Namen trägt.

Jetzt ist Fürst Bismarck allein noch übrig von den großen Führern jener bedeutungsvollen Zeit, darum wollen wir bei der heutigen Feier seiner vor Allen gedenken. Wir wollen ihm danken für alles Das, was er für uns und unser Vaterland gethan hat, und wir wollen geloben, das, was er uns errungen hat, das einige deutsche Vaterland, getreulich zu schirmen und zu wahren mit Gut und Blut und mit allen Kräften. Schon sind ihm bei Lebzeiten Denkmäler und Ehrensäulen errichtet; aber dauernder als in Marmor und Erz ist Bismarck's Name eingegraben in die Herzen des deutschen Volkes, in welchen er unsterblich fortleben wird, so lange noch irgend die Menschen großer Thaten gedenken. Se. Durchlaucht Fürst Bismarck, er lebe hoch, hoch, hoch!

Das Hoch fand nicht endenden, brausenden Widerhall. Immer und immer wieder erhoben sich minutenlang die stürmischen Kundgebungen, welche einen überzeugenden Beweis lieferten, wie hoch verehrt der erste Kanzler des Deutschen Reiches auch in Schleswig-Holstein ist.

* *
*

Am 10. März richtet der Herzog von Cumberland, Sohn des früheren Königs Georg V. von Hannover, ein Schreiben an den König von Preußen

und bittet ihn darin um gütliche Erledigung der Welfenfonds-Angelegenheit. Der König läßt den Brief dem Staatsministerium zugehen mit dem Bemerken, daß er den Zeitpunkt zur Aufhebung der Beschlagnahme für gekommen erachte.

Darauf geht dem Abgeordnetenhause schon am 15. März ein Gesetzentwurf zu über die Aufhebung der am 2. März 1868 verhängten Beschlagnahme der dem vormaligen König Georg von Hannover gewährten Entschädigung. Die Vorlage bestimmt, das Gesetz vom 15. Februar 1869 werde dahin abgeändert, daß die Wiederaufhebung der Beschlagnahme königlicher Verordnung vorbehalten bleibe.

Die „Hamb. Nachr." haben sich bisher darauf beschränkt, das Wichtigste aus den zahllosen Kundgebungen der gesammten Presse zu registriren. Nachdem nun aber schon am 21. März nach kurzer Berathung des Abgeordnetenhauses die Vorlage gegen die Stimmen des Centrums einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen ist, nehmen sie endlich am 24. März (M.-A.) selbst das Wort zu dieser Angelegenheit:

> Zur Welfenfonds-Frage. Die Wiener „Neue Freie Presse" bespricht die Freigebung des Welfenfonds und nennt letzteren dabei „eins der widerwärtigsten und gehässigsten Inventarstücke des Bismarck'schen Regiments". Es ist merkwürdig, warum unter allen den geheimen Fonds, die in verschiedenen Staaten existiren und benutzt werden — und in allen anderen Staaten reichlicher als in Deutschland —, gerade der Welfenfonds in seiner früheren Verwendung als besonders „widerwärtig und gehässig" stigmatisirt wird. Wenn die „Neue Freie Presse" den Gebrauch geheimer Fonds überhaupt als Pudendum betrachtet, so sollte sie sich mit ihrer Kritik in erster Linie an ihre heimischen Einrichtungen wenden; in Oesterreich fließen die Hülfsmittel aus Dispositionsfonds der verschiedensten Art sehr viel reichlicher, als im Deutschen Reiche jemals beansprucht worden ist.
>
> Daß solche Fonds auch bei uns Bedürfniß sind, hat der Reichstag anerkannt, indem er 500000 Mk. für geheime Ausgaben, die der Rechnungslegung nicht unterworfen sind, zu bewilligen bereit ist. Worin liegt nun der Unterschied, der es als anständiger erscheinen läßt, künftig aus dieser halben Million Mark Zahlungen zu bewilligen, oder zu empfangen, als es aus dem Welfenfonds der Fall war? Uebrigens glauben wir kaum, daß aus letzterem innerhalb des letzten Jahrzehnts die politischen Verwendungen die Summe von 500000 Mk. erreicht haben werden. Wir wissen, daß ein erheblicher Theil des Aufkommens durch Verwaltungskosten des Fonds und durch Unterstützungen resp. Zahlungen an Mitglieder und frühere Diener des welfischen Hauses festgelegt war. Außerdem erscheint zweifellos, daß in den letzten Jahren

der Welfenfonds hauptsächlich zur Pflege mancher communalen, wirthschaftlichen und sonstigen Einrichtungen von allgemeinem Nutzen gedient hat, um ihn nicht zu thesaurisiren.

In dem Berichte über die Anregung, die Herr von Hammerstein dem Kaiser zur Regelung der Welfenfondsfrage gegeben haben soll, ist uns der Gedanke Sr. Majestät angenehm aufgefallen, den Welfenfonds der Provinz Hannover in ihrer Gesammtheit zuzuwenden, und wir halten die Gründe, mit welchen Herr von Hammerstein diese landesherrliche Intention entkräftet hat, für absolut hinfällig. Es hat sich früher nie herausgestellt, daß, wie Herr von Hammerstein vorgetragen haben soll, hannoversche Gemeinden und Institute Zuwendungen aus dem Welfenfonds ablehnen würden; im Gegentheil werden die Wünsche in dieser Beziehung wohl nicht alle haben zur Erfüllung gelangen können. Wir wissen nicht, inwieweit Herr von Hammerstein welfische Sympathien hegt, und wundern uns nicht, wenn es der Fall ist; für Jemanden, der sie hegt, muß es offenbar nützlicher erscheinen, wenn der Welfenfonds in Zukunft für den welfischen Antheil der Bevölkerung Hannovers allein und nicht für die gesammte Provinz fructificirt wird. Wir werden abwarten, ob und in wie hohem Maaße dies der Fall sein, oder welche Verwendung der Herzog von Cumberland für die fraglichen Gelder haben wird. Den Welfen in Hannover wird die Auslieferung der 1867 bewilligten und beschlagnahmten Dotation für den König Georg natürlich erwünscht sein, und die Fähigkeit, aus dem Cumberland'schen Vermögen welfischen Bestrebungen Geld zuzuwenden, wird jedenfalls dadurch gesteigert werden.

Im Uebrigen haben wir immer geglaubt, daß, wenn man überhaupt nach der welfischen Richtung hin die Mittel des Fonds bewilligen wollte, sich daran wenigstens irgend ein Vortheil für Preußen oder die Provinz Hannover knüpfen werde; daß die Auslieferung vollständig gratuit erfolgen würde, wird von den Welfen selbst und der englischen Regierung kaum erwartet worden sein.

Ueber die frühere Verwendung des Einkommens im Sinne eines geheimen Fonds bestehen in der öffentlichen Meinung, wie wir glauben, wesentliche Irrthümer. Wir enthalten uns jeder Andeutung über die Gelder, welche für militairische Zwecke durch den Generalstab oder das Kriegsministerium gebraucht sein können, oder für Preßzwecke von Seiten des Ministeriums des Innern; aber wir glauben, daß der Reichskanzler und das auswärtige Amt vom Welfenfonds in dieser Richtung nur einen minimen Gebrauch gemacht haben. Die hauptsächlichste Verstimmung in der Presse, welche den Welfenfonds als eine finanzielle Macht erscheinen ließ, gegen die der Einzelne vergebens ankämpfe, hat sich, unserer Wahr-

nehmung nach, früher an die Thätigkeit der „Nordd. Allg. Zeitung“ geknüpft; und doch hat dieses Blatt, wie wir bestimmt wissen, niemals einen Pfennig Subvention erhalten, sondern die Hamburger Finanzkräfte, die über dasselbe verfügten, haben es freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung des damaligen Reichskanzlers ebenso wie zu der des jetzigen gestellt, und wir haben den Eindruck, daß Uebertreibung dieser Bereitwilligkeit unter dem früheren Course in geringerem Maaße stattgefunden hat, wie sie unter dem jetzigen vorkommt; der Redacteur Herr Pindter hatte früher offenbar mehr Widerstandskraft gegen solche Zumuthungen.

Unterstützungen von Redactionen als solchen haben von amtlicher Seite aus unseres Wissens überhaupt niemals stattgefunden, Redactionen werden regierungsseitig nur durch Nachrichten unterstützt oder durch Boycottirung auf diesem Gebiete fügsam gemacht. Geld wird aus Staatsmitteln kaum in einer andern Richtung flüssig geworden sein, als für einzelne gewandte Correspondenten, welche sich unter Angabe der Zeitungen, zu denen sie Zutritt hatten, zur Verfügung stellten, und die dann in Blättern der verschiedensten Richtungen ihre Correspondenzen in einem der Regierung wohlwollenderen Sinne einrichteten, als es ohne die angeknüpften Beziehungen der Fall gewesen sein würde. Wir glauben, daß diese Praxis, wie sie in Deutschland in der Hauptsache zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Regimes sich ausgebildet hat, auch in Zukunft nicht erlöschen wird, und daß die 500 000 Mk. des neuen geheimen Fonds genau dieselbe Verwendung finden werden, wie früher der verhältnißmäßig geringe Antheil der Zinsen des Welfenfonds, der für diesen Zweck überschüssig war.

Wozu also der Lärm und die Entrüstung über den Welfenfonds? Als ob es unanständiger gewesen wäre, aus diesem einen Zuschuß zu beziehen, als es sein würde, wenn dieser Zuschuß aus einem ad hoc bewilligten geheimen Fonds käme! Im Gegentheil, die Erinnerung an die Enthüllungen, welche beim Sturze Napoleon's III. über die Verwendung französischer geheimer Fonds in die Oeffentlichkeit geriethen, sollten eher dazu führen, dem geheimen Fonds einen Anstrich von Anrüchigkeit zu geben, als dem Worte „Welfenfonds“. Alle diejenigen, auf welche dieses Wort aufreizend wirkt, wie das rothe Tuch auf den Stier, setzen sich leicht dem Verdachte aus, daß sie verstimmt sind, weil sie an den Fleischtöpfen Aegyptens keinen Antheil gehabt haben. Wir sind übrigens der Ansicht, daß diese Fleischtöpfe im Vergleich mit dem, was sie in jedem anderen Staate und in specie in der Heimath der „Neuen Freien Presse“ liefern, nur eine kümmerliche Vegetarianerkost enthielten. Mögen diese Leute mit den neu zu bewilligenden Fonds bessere Geschäfte machen!

* * *

Die Bewegung gegen das Volksschulgesetz — wenn sie auch zu einem sehr großen Theile künstlich in die Wege geleitet war — hat unerwartete Folgen nach sich gezogen: nachdem am 17. März ein mehrstündiger Kronrath stattgefunden hatte, der sich mit der Vorlage beschäftigte; nachdem am 18. März der Cultusminister Graf Zedlitz sein Entlassungsgesuch eingereicht hatte; nachdem endlich der Reichskanzler Graf von Caprivi zweimal beim Kaiser in Hubertusstock gewesen war, bringt endlich der „Reichsanzeiger" am 24. März folgende Lösung der Krisis: Graf Zedlitz wird entlassen und durch den Staatssecretair des Reichsjustizamts Wirklichen Geheimen Rath Dr. Bosse ersetzt, der Reichskanzler aber wird entlastet durch die Entbindung von dem Amte eines preußischen Ministerpräsidenten; sein Nachfolger in diesem Amte wird der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Botho Graf zu Eulenburg.

Noch ehe die Entscheidung gefallen ist, lesen wir in den „Hamb. Nachr." vom 24. März (M.-A.) Folgendes:

> Der „Hamburger Correspondent" schreibt bei Besprechung der jetzigen Ministerkrise und der angeblich projectirten Trennung der Kanzlerschaft von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten:
>
> „Ein Versuch in diesem Sinne ist ja schon im Jahre 1872 gemacht worden, als Fürst Bismarck die Ministerpräsidentschaft niederlegte und sich auf das Reich zurückzog. Aber Graf Roon hat es an der Stelle als preußischer Ministerpräsident noch nicht ein Jahr ausgehalten, und Fürst Bismarck selbst erklärte damals, daß die Trennung der beiden Aemter unerträglich sei."
>
> Dies trifft insofern nicht zu, als Fürst Bismarck während jener Zeit sich nicht „auf das Reich zurückzog", sondern in seiner Eigenschaft als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Sitzungen des preußischen Staatsministeriums unter dem Präsidium des Grafen Roon regelmäßig Theil nahm, die wegen der Kränklichkeit des Grafen in dessen Wohnung stattfanden. Ferner ist die Initiative zur Aenderung dieses Modus und dieser Situation weder vom Grafen Roon, noch vom Fürsten Bismarck ausgegangen, sondern von den übrigen Ministern, namentlich unter Einfluß Camphausen's. Die Minister fanden aus verschiedenen Gründen dieses Verhältniß mit ihren Geschäften unverträglich und trafen mit ihren Wünschen nach Wiederherstellung des alten Zustandes beim Grafen Roon allerdings auf lebhaftes Entgegenkommen.

* * *

Im Aprilheft der „Deutschen Revue" beginnt die Veröffentlichung einer Reihe von Briefen, die Eduard Lasker in den Jahren 1870 und 1871 mit seinem damaligen Parteigenossen, dem Minister von Mittnacht, und Anderen

gewechselt hat. Darunter befindet sich auch ein Brief an den Grafen Bismarck vom 15. August 1870. Lasker bezeichnet es darin als Ueberzeugung des Volkes, daß Deutschland jetzt an Stelle der Verträge mit den süddeutschen Staaten die Staatseinheit in Form des Bundes gewinnen werde. Der Brief enthält die directe Anfrage, in wie weit Bismarck die Bestrebungen gutheiße, die die bundesstaatliche Einheit Deutschlands als unmittelbaren Erfolg des Krieges hervorkehren, und ob er ferner eine gewisse Verständigung über den äußeren Betrieb der Bestrebungen für wünschenswerth halte:

Zu diesem Schriftstück bemerken die „Hamb. Nachr." vom 24. März (M.-A.):

In den Zeitungen sind vor einiger Zeit Briefe aus dem Nachlaß des Abgeordneten Lasker veröffentlicht worden, welche dem Jahre 1870 entstammen. Darunter befindet sich ein Schreiben, das der genannte Parlamentarier d. d. Berlin, 15. August 1870 an den damaligen Grafen Bismarck über die Einigung Deutschlands gerichtet hätte. Wie wir mittheilen können, hat Fürst Bismarck auf Erkundigung erklärt, daß er keine Erinnerung hätte, einen Brief solchen Inhalts jemals empfangen zu haben. Wenn der Fürst auch bei den unzähligen Briefen, die ihm zugegangen seien, für sein Gedächtniß nicht mit absoluter Sicherheit einstehen könne, so würde er doch Jemandem, der im norddeutschen Parlamente als hervorragender Redner thätig gewesen und der beispielsweise die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund bereits früher öffentlich angeregt habe, schon aus Höflichkeit irgendwie geantwortet haben. Die Antwort aber würde sich im Nachlasse Lasker's als Zubehör zu dem veröffentlichten Briefe vorgefunden haben müssen, wenn letzterer wirklich abgeschickt wäre und seine Adresse erreicht hätte, was bei den unruhigen Verhältnissen jener Zeit nicht als unbedingt sicher zu betrachten sei.

Was den Brief selbst betrifft, so spricht er im Voraus das Programm aus, was späterhin annähernd verwirklicht worden ist. Allerdings erfolgt diese Aussprache vom Standpunkt eines parlamentarischen Politikers aus, der mit den Schwierigkeiten, der Politik der neutralen Mächte Vorschriften zu machen und die Mächte bis zur vollständigen Besiegung Frankreichs von der Einmischung abzuhalten, nicht vertraut sein konnte. Der praktischste unter den Politikern, deren Programme durch diesen Briefwechsel zu Tage gefördert werden, scheint uns noch der zu sein, der die Frage aufwirft, was denn aber werden solle, wenn die neutralen Mächte sich nicht so verhielten, wie es Herr Lasker ihnen vorschreibe?

Die beiden Hauptbedingungen der Erreichung der Ziele, um die es sich damals handelte, waren erstens die militairische, daß das deutsche Heer siegreich bliebe, und zweitens die diplomatische, daß die übrigen

Großmächte im Falle des deutschen Sieges von ihrer Einmischung abgehalten würden. Wir sind weit entfernt, die Bedeutung der Vorarbeit der nationalen Politiker für die deutsche Einheit zu unterschätzen; sie ist seit 1813 wirksam gewesen, mitunter latent und verfolgt, mitunter öffentlich und fortschreitend; aber die Blüthen, welche sie zur Zeit des Frankfurter Parlaments trieb, hatten eine unmittelbare Fructificirung nicht zur Folge. Ihre Mitarbeit war zwar unverloren, aber das Gewicht ihrer Ergebnisse fiel in die Waagschale des schließlichen Erfolges, nachdem die Wünsche, von denen die Träger der deutschen Bildung und des deutschen Geistes beseelt waren, ohne sie ausführen zu können, durch Kaiser Wilhelm, seine Politik und seine Waffen verwirklicht worden waren. Ob die parlamentarische Thätigkeit des Abgeordneten Lasker dieser Verwirklichung in allen ihren Phasen förderlich gewesen ist, darüber haben wir keinen Anlaß, einen posthumen Streit zu erheben.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ vom 24. März (A.=A.) schreiben:

In dem Magdeburger „General=Anzeiger“ lesen wir in einer Betrachtung, die an den Jahrestag der Entlassung des Fürsten Bismarck anknüpft, u. A.:

„Nach dieser Vergangenheit, nach diesen Zeichen seines Geistes und Charakters kann für den Fürsten Bismarck kein brennender Wunsch mehr bestehen, unter allen Umständen noch im hohen Greisenalter die Zügel der Regierung zu führen.“

Wir glauben, daß Fürst Bismarck während seines ganzen Lebens zu viel Beweise von politischem Urtheile gegeben hat, als daß man ihn im Verdachte haben könnte, überhaupt den Rücktritt in den Dienst zu erstreben. Das Gegentheil würde eine gänzlich irrthümliche Beurtheilung der Situation und der Person beweisen, während freilich die Zumuthung, daß Fürst Bismarck, nachdem er sein Leben in der Reichspolitik verbracht hat, sich in ein geistiges Zellengefängniß sperren und jede Meinungsäußerung über Politik vermeiden solle, nicht nur Mangel an Kenntniß bekundet, sondern außerdem eine Insolenz enthält, wie wir sie von einsichtigen Leuten nicht erlebt haben.

Daß Fürst Bismarck genöthigt sein sollte, seine Meinung auf den Bänken des Reichstages auszusprechen und die Möglichkeit hierzu durch stundenlanges Anhören von Reden zu erkaufen, die er in den Zeitungen lesen kann, ist von einem bejahrten und im angestrengten Dienste alt gewordenen Arbeiter auf dem Felde der Politik doch nur unter besonderen Umständen zu verlangen. Die Nothwendigkeit, dabei mit Gegnern in Berührung zu kommen, würde für den Fürsten Bismarck nur in seiner

langjährigen Gewohnheit liegen, und man könnte gegen ihn als Abgeordneten auch kaum so grob werden ohne präsidielle Einmischung, wie man es gegen ihn als Minister ziemlich dreißig Jahre hindurch gewesen ist. Wenn der Fürst in den Reichstag ginge, so würde er den jetzigen Ministern in kurzer Entfernung gegenüber sitzen; wir unsererseits glauben aber nach Gesprächen, die der Fürst geführt hat, annehmen zu sollen, daß er bis jetzt keine Neigung hat, den neuen Ministern in der Rolle von Banco's Geist bei den Festen, die sie feiern, gegenüber zu stehen.

* * *

Ebenda finden wir folgende scharfe Abwehr unberechtigter Unterstellungen der Presse:

Eine der widerlichsten Erscheinungen in der Presse, die den Fürsten Bismarck angreift, sind die officiösen Blätter, die auf Befehl von Oben sich auf ihn hetzen lassen. Zu diesen Preßorganen gehört u. A. die „Straßburger Post", ein Blatt, das sich dem Gouverneur der Reichslande gegenüber einer vollständigen Unabhängigkeit kaum erfreuen dürfte.

Die „Straßburger Post" fügt zu ihren gewohnheitsmäßigen Perfidien gegen den früheren Reichskanzler — auf dessen Antrag übrigens die heutige Besetzung des Straßburger Statthalterpostens erfolgt ist — die Insinuation, daß Fürst Bismarck Acten des Welfenfonds unverbrannt hinter sich habe, mit deren Veröffentlichung er drohen könne. Zu diesem Behufe entstellt das Straßburger Blatt eine Aeußerung der „Hamburger Nachrichten", in der wir gesagt hatten, daß, wenn alle Acten des Welfenfonds veröffentlicht würden, Fürst Bismarck dies nicht zu scheuen hätte. Diese unsere Aeußerung fälscht die „Straßburger Post" dahin, wir hätten gesagt, daß, wenn Fürst Bismarck etwa die Acten des Welfenfonds veröffentlichte, dies seinen Angreifern sehr unbequem sein werde. Das Straßburger Blatt will also andeuten, daß Fürst Bismarck die Acten des Welfenfonds unter Händen habe.

Die „Straßb. Post" spielt dabei mit scheinheiliger Miene auf den Fall Arnim an, obwohl sie so gut wie ihre Hintermänner weiß, daß von den Acten des Welfenfonds höchstens noch die Asche existirt.

Die „Straßb. Post" bezeichnet es als erfreulich, daß durch Auslieferung des Welfenfonds „die Quelle der Corruption" endlich erschöpft werde. Wir fragen dagegen: Betrachtet das Straßburger Blatt die 500 000 Mark, die als geheimer Dispositionsfonds nach Wegfall des Aufkommens aus der beschlagnahmten Welfendotation an deren Stelle zur Verwendung gelangen sollen, nicht ebenfalls als „Quelle der Corruption"? Und wenn es das nicht thut, weshalb dann die Entrüstung über den Welfenfonds?

Wir haben durch diese Bemerkungen nur die Giftmischerei ans Tageslicht ziehen wollen, die in den officiösen Blättern des Reichslandes gegen den früheren Kanzler betrieben wird. Uebrigens ist die „Straßb. Post“ Eigenthum und Filiale der „Kölnischen Ztg.“, resp. der Kölner Verlegerfirma Du Mont-Schauberg. Es drängt sich mithin die Frage auf, ob die Insinuationen, welche die „Straßb. Post“ gegen den früheren Reichskanzler richtet, aus Statthalterkreisen oder aus anderen Regionen via Köln stammen.

Diese Auslassungen druckt die „Berliner Börsen-Zeitung“ ab und bemerkt dazu:

Die „Hamburger Nachrichten“ bemühen sich jahraus jahrein, der gehässigen Legendenbildung in Bezug auf den Fürsten Bismarck entgegenzutreten. Die anständige Presse nimmt, im Bewußtsein, damit einer Ehrenpflicht zu entsprechen, regelmäßig von den Richtigstellungen Notiz, freilich ohne Vertrauen, daß der Hydra der Verleumdung und falschen Berichterstattung damit endgültig der Garaus gemacht werden könne.

Es ist im Ganzen ein häßliches Schauspiel, das von einem Theil der Presse mit der beabsichtigten Verkleinerung des Begründers des Deutschen Reiches geboten wird, und es steht zu fürchten, daß dies traurige Geschäft noch geraume Zeit mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden wird, ehe die Deutschen zur Einsicht kommen werden, daß sie keinen besseren Vaterlandsfreund und keinen würdigeren Vertreter ihrer Interessen besaßen, als den Mann, den die Vorsehung uns im letzten Moment schenkte, der dem Deutschthum zur Wiedergewinnung seiner vollen politischen Selbstständigkeit und Bedeutung noch geblieben war. Es wäre an der Zeit, daß man sich der Verleumdungen Bismarck's endlich schämte, noch keine einzige hat sich bewahrheitet. Fort mit dem Spuk also!

* * *

Die schon oben am 24. März berührte Verbindung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten wird am 26. März im Reichstage vom Abgeordneten Eugen Richter bei der dritten Lesung des Etats in die Debatte gezogen. Das giebt den „Hamb. Nachr.“ Anlaß, noch einmal ausführlich auf die Angelegenheit, besonders auch auf die zeitweilige Trennung beider Aemter im Jahre 1873 zurückzukommen. In der M.-A. vom 27. März heißt es:

Reichskanzler und Ministerpräsident. Im Reichstage ist gestern die stattgehabte Trennung des Reichskanzleramtes von der preußischen Ministerpräsidentschaft Gegenstand der Debatte gewesen. Es ist nicht unsere Absicht, auf die Reden darüber einzugehen, wir möchten nur die Ansicht vertreten, daß die neu getroffene Einrichtung aus den früheren

Erfahrungen heraus doch nicht als absolut ungangbar zu bezeichnen ist.

Wenn man auf den Versuch Bezug nimmt, der im Jahre 1873 in dieser Beziehung gemacht wurde, so ist dabei zu erwägen, daß zu jener Zeit das preußische Ministerium mehr heterogene Elemente in sich barg als heutzutage. Zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Roon und seinen Collegen walteten, abgesehen von persönlichen Beziehungen, weitgehende principielle Meinungsverschiedenheiten auf politischem Gebiete ob.

Roon und Camphausen, der nächst ihm wohl der bedeutendste Minister des damaligen Cabinets war, gehörten zwei Richtungen an, zwischen denen seit Jahrzehnten unvermeidliche Kämpfe im Innern geführt worden waren. Roon war conservativ, Camphausen liberal, und die Form, in welcher der Verkehr beider Ressorts, des Krieges und der Finanzen, geführt wurde, trug nichts zur Ueberwindung der Gegensätze bei. Man kann durchaus nicht sagen, daß der damalige Versuch an Schwierigkeiten und Differenzen gescheitert wäre, die zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler stattgefunden hätten. Beide waren nach wie vor unter sich vollkommen einig, da Graf Roon den Versuchen reactionairer Heißsporne, beide zu entzweien, dauernd widerstand, wie seine kürzlich veröffentlichte Correspondenz auf das Unzweideutigste beweist. Die Frictionen hatten innerhalb des preußischen Ministeriums selbst ihre Wurzel. Das Collegium vertrug sich nicht mit seinem Vorsitzenden, und Letzterer, ohnehin leidend und müde, verzweifelte schließlich an der Möglichkeit, gegen diese Verstimmung länger mit Erfolg anzukämpfen.

Wenn man sich ein preußisches Ministerium denkt, das übereinstimmt und durch persönliches Wohlwollen unter sich verbunden ist, so halten wir den Beweis, daß die Trennung der Reichskanzlerschaft von dem preußischen Ministerpräsidium unthunlich sei, für noch nicht geführt, und müssen der Erfahrung, die darüber bevorsteht, die Entscheidung des Streites anheimgeben. Nur liegt kein Grund vor, in dem jetzigen preußischen Ministerium mit dem Grafen Botho Eulenburg an der Spitze Uneinigkeiten vorauszusetzen, deren Beilegung dem geschäftskundigen und formgewandten Präsidenten nicht gelingen sollte. Er steht nach seiner ganzen Vergangenheit seinen Collegen viel weniger fern wie seiner Zeit Graf Roon den hervorragenderen Mitgliedern des Cabinets, und seine Höflichkeit verläßt ihn auch in erregten Discussionen nicht.

In den bisherigen Erörterungen über die Trennungsfrage wird, wie wir glauben, die Stellung des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten unterschätzt. Dieser hat nicht nur die wenigen preußischen Diplomaten zu instruiren, sondern er ist auch der Ressortminister für

die Beziehungen Preußens zum Reiche, sagen wir, für die „deutschen Angelegenheiten“, die im preußischen Staatsministerium verhandelt werden; gewiß für Preußen keine unwichtige Aufgabe. Dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten steht die Instruction der siebzehn preußischen Stimmen im Bundesrathe ressortmäßig zu, und in Fällen, wo er der Zustimmung des Staatsministeriums ohne Rückfrage gewiß zu sein glaubt, kann er diese Instruction auf eigene Verantwortung ertheilen, und wenn er der Zustimmung des Gesammtministeriums zu bedürfen meint, so ist er selbst der vortragende Ressortminister für seine eigene Sache.

Professor Laband unterschätzt in seiner neulich mitgetheilten bezüglichen Ausführung die Wichtigkeit des preußischen auswärtigen Ministeriums, wenn er äußert, der preußische Staat bedürfe desselben gar nicht mehr. Wir wüßten nicht, welche Beziehungen für Preußen wichtiger wären, als die zum Reiche, die der preußische auswärtige Minister ressortmäßig verwaltet. Er hat für Preußen und dessen Votum im Bundesrath dieselbe Bedeutung wie die entsprechenden Minister in Bayern, Sachsen u. s. w. Preußen bedarf so gut wie diese Staaten für seine Beziehungen zum Reiche des Organs eines auswärtigen Ministeriums; so wenig wie jenen Staaten zugemuthet werden darf, hierauf zu verzichten, kann dies bei Preußen geschehen. Der auswärtige Minister Preußens, der nicht zugleich Reichskanzler wäre, könnte sogar diesem seine Instructionen für den Bundesrath zuschicken und ihm unter Umständen das Leben sehr schwer machen. Die Schwierigkeiten, die hier eintreten könnten, sind bisher in der natürlichsten Weise durch Uebertragung beider Aemter auf eine Person vermieden worden, und dies wird so bleiben müssen.

Kann man sagen, daß die deutsche Politik innerhalb des preußischen Ministeriums mehr in der Hand der auswärtigen preußischen Minister als in der des Ministerpräsidenten liegt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß dieser Einfluß des preußischen auswärtigen Ministers dauernd mit der Politik des preußischen Gesammtministeriums in Widerspruch treten könnte. Das leuchtet ein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die preußischen Staatsminister, wir glauben ohne Ausnahme, Mitglieder des Bundesrathes und an den Discussionen desselben zur Theilnahme jederzeit berechtigt sind, wenn auch die Abgabe des preußischen Votums, genau genommen, nur nach der Instruction des preußischen auswärtigen Ministers erfolgen kann. Andererseits werden die Ausschüsse des Bundesrathes, in denen seine Beschlüsse ihre Vorbereitung finden, noch nicht von dem Reichskanzler, sondern in der Regel von dem betreffenden preußischen Ressortminister, und wenn er den Vorsitz nicht selbst übernimmt, von einem höheren Rathe in seinem Auftrage präsidirt, so daß

der preußische Einfluß, unabhängig von dem Reichskanzler, seine Canäle hat, durch die er sich geltend machen kann. Wir sehen deshalb a priori keinen Grund, warum, wenn das preußische Ministerium in sich einig und geschlossen bleibt, die jetzt ins Werk gesetzte Trennung des Reichskanzleramtes von der preußischen Ministerpräsidentschaft geschäftlich unhaltbar sein sollte. Nur eine neue Erfahrung kann hierüber belehren; die aus dem Roon'schen Beispiel entnommene deckt die Frage nicht.

Man kann von der neuen Einrichtung sagen, daß sie das Princip des Cartells zwischen Conservativen und Nationalliberalen auf die Regierungsorgane überträgt. Das altconservative Element findet durch den Reichskanzler, der moderirte Conservatismus durch den Ministerpräsidenten, der Nationalliberalismus durch den Finanzminister und vielleicht anderweit Vertretung. Außerdem schwebt über diesem ministeriellen Cartell die monarchische Gewalt unmittelbar und wirksam als zusammenhaltender Factor, während das Zusammengehen der disparaten ministeriellen Bestandtheile im Jahre 1873 nicht durch directe Einwirkung des Kaisers und Königs, sondern nur durch die vermittelnde des damaligen Reichskanzlers geübt werden konnte. Wir glauben auch nicht, daß Fürst Bismarck in seiner mehrfach angezogenen 1877er Rede die jetzt getroffene Einrichtung principiell und für alle Zukunft für ungangbar hat erklären wollen, sondern nur unter dem Eindruck gesprochen hat, daß es angebrachtermaßen 1873 unmöglich gewesen war, die Regierungsmaschine unter diesen Umständen in Gang zu halten.

Die Wahl der Minister und die Gestaltung der Ministerien ist übrigens heutzutage nicht mehr so wichtig, wie unter Kaiser Wilhelm I., weil der jetzige Monarch der Aufgabe, die er sich gestellt hat, sein eigener Kanzler zu sein, gerecht wird, und es somit nicht darauf ankommen kann, daß und wie eine Anzahl leitender Männer sich in die Gewalten theilt. Auf der Thatsache, daß der Kaiser und König die Politik selbst leitet, beruht auch die Hoffnung, daß er seinerseits ein politisches Auseinandergehen des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten nicht dulden und verhindern wird, daß der Staatswagen aus dem Geleise kommt.

* * *

Ueber den neuernannten preußischen Ministerpräsidenten ohne Portefeuille Grafen Botho zu Eulenburg berichtet die „Köln. Ztg.":

Am 31. Juli 1831 als Sohn des Landhofmeisters im Königreich Preußen Grafen Eulenburg-Wicken geboren, wurde er als Landrath zuerst von Marienwerder, dann in Deutschkrone, schon 1864 zunächst als Hülfsarbeiter, dann als vortragender Rath ins Ministerium des Innern berufen, dessen Chef seit 1863 sein Vetter Graf Fritz Eulenburg war und den er später, 1878,

zu ersetzen hatte. 1869 wurde er Regierungspräsident in Wiesbaden, 1872 Bezirkspräsident von Lothringen in Metz, endlich als Nachfolger des Fürsten Otto Stolberg-Wernigerode 1873 Oberpräsident von Hannover. Am 31. März 1878 wurde er zum Minister des Innern ernannt, welches Amt er bis zum 27. Februar 1881 innegehabt hat. Wenige Monate darauf, im August 1881, wurde er zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ernannt.

Die „Hamb. Nachr.“ stellen am 27. März (M.-A.) folgende Betrachtung über ihn an:

Nach den Antecedentien des Grafen Eulenburg ist zu vermuthen, daß er den Liberalen näher steht als Graf Caprivi. Bei den hervorragendsten Vorkommnissen seines früheren Ministeriums hat er sich auf der liberalen Seite des Conseils, wenn man sie so nennen kann, befunden. Er hat nach dem Nobiling'schen Attentate gegen die Auflösung des Reichstages sentirt, für welche Frage damals im Ministerrathe seitens des Kronprinzen als Stellvertreter seines verhinderten Vaters die Entscheidung getroffen wurde. Im zweiten Falle, der das Ausscheiden des Grafen zur Folge hatte, war sein Standpunkt auch der liberalere. Der Ministerpräsident hatte an dem königlichen Rechte der Beaufsichtigung der Landräthe und Gemeinden festgehalten, Graf Eulenburg sie gewählten Vertretern übertragen wollen.

Wir lassen die Richtigkeit der einen oder anderen Ansicht hier unerörtert, jedenfalls geht daraus hervor, daß der Conservatismus des Grafen Eulenburg nicht bis zu der Linie reicht, die damals Fürst Bismarck vertreten hat, und man kann von dem neuen Ministerpräsidenten wie früher einen moderirenden Einfluß auf den Conservatismus erwarten.

* * *

In der Sitzung des Reichstages vom 26. März hatte der Abgeordnete Richter geäußert, der Reichskanzler wäre zwar erschienen, aber nicht mehr als derselbe wie früher: er wäre halbirt. Er berief sich dabei auf den Fürsten Bismarck, der sich 1877 und 1878 gegen die Trennung der Aemter des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten ausgesprochen hätte. Graf Caprivi bestritt Richter's Behauptung auf Aeußerungen seines Vorgängers von 1873.

Zu diesem Zweikampf mit Waffen aus derselben Rüstkammer bemerkt die Münchener „Allg. Ztg.“ am 28. März (A.-A.):

Die vorgestrige Debatte des Reichstages ... zeigt einzelne Momente, auf welche wohl an dieser Stelle zurückgegriffen werden darf. Reichskanzler und Reichstag discutiren die Frage der Trennung der Aemter. Von beiden Seiten wird auf die früheren Reden und Ausführungen des Fürsten Bismarck Bezug genommen, die Jeder nach eigener Weise und nach eigenem

Zweck zurechtlegt — und Niemand denkt daran, daß Fürst Bismarck selbst nur wenige Eisenbahnstunden von Berlin sitzt, und daß zum mindesten doch wohl bei diesem Anlaß Grund genug vorhanden gewesen wäre, die Ansicht des Fürsten und seinen Rath einzuholen, wie dies die Cabinetsordre vom 20. März 1890 in Aussicht nahm.

Nichts von alledem ist geschehen. Die Reden des alten Kanzlers werden discutirt und interpretirt, als ob er längst nicht mehr auf der Welt und damit der große einzige Schatz seiner Erfahrung für Deutschland bereits endgültig verloren wäre. Auf diesen erstaunlichen Zug in der Handhabung der wichtigsten Angelegenheiten des Reiches hinzuweisen halten wir für eine Pflicht der unabhängigen Presse und glauben damit den Anschauungen vieler unserer Leser und auch sonst weiter Kreise in Deutschland zu entsprechen.

Graf Caprivi hätte den Rath seines großen Amtsvorgängers im vorliegenden Falle um so eher einholen können, als Fürst Bismarck (vgl. den Artikel S. 138) den vom Grafen Caprivi betretenen Weg nicht für so ungangbar hält, wie wir unsererseits und anscheinend auch der größere Theil des Reichstages es gethan haben. Vorbedingung des Gelingens sei gegenseitiges Wohlwollen und volle Homogenität im Staatsministerium. Inwiefern diese Homogenität jetzt vorausgesetzt werden darf, muß die Zeit lehren.

* * *

An derselben Stelle lesen wir:

Die Münchener „Allg. Ztg.“ druckt Aeußerungen einer Berliner Correspondenz über Analogien der eben beendeten Ministerkrisis mit der des Jahres 1890 ab und bemerkt dazu:

„Der Verfasser dieser Darstellung scheint zu übersehen, daß außer dem Grafen Caprivi und dem Grafen Zedlitz kein Minister mit der Vorlage einverstanden war. Seitdem Herr Miquel seinen eventuellen Rücktritt in Aussicht gestellt hatte, war dies offenes Geheimniß, und ebenso, daß, sobald die Frage Miquel oder Zedlitz lautete, der Letztere unterliegen mußte, auch wenn er die parlamentarische Mehrheit für sich hatte. So stand die Situation seit einer längeren Reihe von Wochen, und es war Recht und Pflicht des Monarchen, der zunehmenden Verbitterung und Verwirrung ein Ende zu machen, bevor diese und damit die allgemeine Unzufriedenheit in ganz Deutschland einen noch höheren Grad erreichten. Es hat sich somit nur der Fehler gerächt, daß eine solche Vorlage eingebracht und mit Hartnäckigkeit festgehalten worden war.

Wir finden, daß doch auch in der von der „Allg. Ztg.“ hervorgehobenen Beziehung die Analogie zutrifft, wenn man sich an Stelle des Volksschulgesetzes das Socialistengesetz denkt; dasselbe lag damals in seinem letzten Stadium dem Reichstage vor, es handelte sich darum, ob dieser vom Gesammtministerium mit der Unterschrift des Monarchen

vorgelegte Gesetzentwurf, bevor der Reichstag darüber beschlossen hatte, aus eigener Initiative der Regierung noch modificirt werden sollte. Für diese Abänderung der Vorlage hatte kein Minister außer Herrn von Boetticher gestimmt, und dennoch ist diese Frage der Ausgangspunkt der damaligen Ministerkrisis geworden.

* * *

In einem langen Artikel über die Berliner Krisis schreibt der dortige Correspondent des „Pester Lloyd" u. A. Folgendes:

„In der Krisis von 1890 sehen wir einen Staatsmann von seitens aller Zeitgenossen anerkannter gigantischer Größe sich mit allen Fasern seiner Kraft und Aufbietung aller Mittel an den Besitz der politischen Macht auch dann noch klammern, als ein unheilbarer Dissens der Meinungen über die der inneren und theilweise auch der äußeren Politik vorgeschriebenen Wege zwischen ihm und dem Monarchen so offenkundig bereits hervorgetreten war, daß an eine Verkleisterung des Risses schon deshalb nicht mehr gedacht werden konnte, weil die wenigstens von der einen, der staatsmännischen, Seite angeschlagene Tonart eine persönliche Verletzung des anderen Theils herbeigeführt haben mußte."

Diesen Passus hat die nachstehende Auslassung der „Hamb. Nachr." im Auge, wenn sie fortfährt:

Anknüpfend an eine Berliner officiöse Correspondenz des „Pester Lloyd" bemerkt die „Allg. Ztg." über die Krisis im März 1890 weiter:

„An dem Vorstehenden ist positiv unwahr, daß Fürst Bismarck ‚sich mit allen Fasern seiner Kraft und Aufbietung aller Mittel an den Besitz der politischen Macht auch dann noch geklammert habe' u. s. w. Der Briefschreiber weiß nicht oder verschweigt, daß für den allmählich zu vollziehenden Rücktritt des Fürsten Bismarck bereits seit Anfang Februar 1890 ein mit dem Kaiser vereinbartes Programm feststand; sodann ist es eine weitere Unwahrheit, daß die ‚Tonart' des Fürsten Bismarck eine persönliche Verletzung des anderen Theiles, d. h. des Kaisers, herbeigeführt habe."

Die „Allg. Ztg." ist vollkommen im Recht, wenn sie die Phantasiegebilde des Berliner officiösen Correspondenten des „Pester Lloyd" auf ihr richtiges Maaß zurückführt. Die Thatsache ist nicht nur, daß Fürst Bismarck seinerseits die Verantwortlichkeit für sein plötzliches Ausscheiden vor der öffentlichen Meinung nicht hat tragen wollen, sondern es auch dem Staatsinteresse angemessen hielt, sein Ausscheiden stufenweise vorzubereiten, und daß er sich von dieser schwierigen Aufgabe erst entbunden hielt, nachdem die Entscheidung der Frage nicht mehr von ihm abhängig war. Die Anklage gegen die „Tonart" des Fürsten können wir nach wie vor nur als lügenhafte Erfindung bezeichnen.

* * *

Die Klippe, an der die Reichskanzlerschaft des Grafen von Caprivi schon im März 1892 zu zerschellen drohte, ist jetzt noch glücklich umschifft worden; das Opfer des Grafen von Zedlitz genügte für dieses Mal noch. Aus dem Auslande kommen immer mehr Stimmen, die die höchste Befriedigung über das für dieses glückliche Ereigniß und Ergebniß aussprechen. Auf diese Thatsache bauen aber die „Hamb. Nachr." vom 29. März (M.-A.) eine geradezu vernichtende Kritik der bisher vom Grafen von Caprivi getriebenen Politik unter der sehr bezeichnenden Ueberschrift: Zur Politik der Freigebigkeit. Der Artikel lautet:

Der „Hamburger Correspondent" meint, es hätte sich bei der Beurtheilung, welche der Abschluß der Berliner Ministerkrisis im Auslande gefunden habe, herausgestellt, daß von den verbündeten und befreundeten Mächten Deutschlands das Verbleiben des Grafen Caprivi als Reichskanzler mit Genugthuung begrüßt werde, da sich derselbe in der kurzen Zeit seiner Amtsführung ihr volles Vertrauen erworben habe. Aehnlichen Auffassungen sind wir in der übrigen Presse und auch im Parlamente begegnet, und wir halten sie nicht für unbegründet, wenn wir die Vortheile ins Auge fassen, welche die betreffenden Staaten von Deutschland während der Reichskanzlerschaft Caprivi's gezogen haben. Insbesondere bezweifeln wir nicht, daß die Concessionen, die England in Afrika, Oesterreich und Italien durch die Handelsverträge gemacht worden sind, die Sympathien der Regierungen dieser Länder dem Grafen Caprivi gewonnen haben, und daß man in London wie in Wien und in Rom nach den bisherigen Ergebnissen das Verbleiben des Grafen Caprivi im Reichskanzleramte nur wünschen kann. Ob es aber im Interesse des Deutschen Reiches liegt, die während der letzten zwei Jahre angewandten Mittel zur Erhaltung des Vertrauens des Auslandes weiter zu benutzen, ist eine andere Frage.

Man wäre berechtigt gewesen, aus den finanziellen Opfern, welche unter dem jetzigen Reichskanzler deutscherseits dem Auslande gebracht worden sind, den Schluß zu ziehen, daß wir — um mit Herrn von Manteuffel zu reden — „heidenmäßig viel Geld" hätten. Das scheint indeß nicht der Fall zu sein; wenigstens wird im Reiche wie in Preußen von allen Seiten Sparsamkeit im Staatshaushalte als nothwendig hingestellt, und selbst officiöse Stimmen schließen sich dieser Auffassung an. Wenn es aber, hiernach zu urtheilen, an Geld fehlt, so fragen wir uns um so erstaunter, wie man zu einer so großen Freigebigkeit gegen das Ausland, wie sie beim Abschlusse der Handelsverträge erfolgt ist, sich entschließen konnte. Durch die Handelsverträge sind aus den Zolleinnahmen des Reiches zu Gunsten der auswärtigen Producenten Revenuen aufgegeben worden, die von Vielen auf 70, von der Regierung auf 35,

und von sonstigen sachverständigen Beurtheilern auf 45 Millionen Mark veranschlagt werden. Zwar hat Graf Caprivi erklärt, dies sei hauptsächlich geschehen, um unsere Alliirten zu stärken; aber ist die Erreichung dieses Zweckes schon an sich zweifelhaft, so erscheint es mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches und der Bundesstaaten nur um so zweifelhafter, ob die Regierung berechtigt war, unsere Verbündeten in dieser Weise zu „unterstützen“, um sie bei guter Laune zu erhalten; die finanziellen Opfer, die ihnen gebracht worden sind, gewinnen dann erst recht die Bedeutung eines „Tributes“, den Deutschland an sie zahlt, und der, wie wir fürchten, zwecklos bezahlt wird. Wenn ein plötzlicher Krieg ausbricht, so würden wir zwar die Kosten der Mobilmachung aufbringen, aber leicht würde uns das nicht werden. Wir erinnern daran, daß bei Ausbruch des französischen Krieges die deutschen Finanzquellen versagten. Wenn man jetzt glaubt, daß wir reich genug sind, nicht nur unsere eigenen Kriegskosten zu bestreiten, sondern auch noch unseren Alliirten Subventionen durch wirthschaftliche Verträge zuzuwenden, so giebt es andererseits Leute, welche die Ansicht vertreten, Deutschland werde, trotz aller Opfer durch die Handelsverträge, bei einem etwaigen Kriege für die Anleihen seiner Bundesgenossen mit eintreten müssen. Wenn aber mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden muß, so wäre es um so nöthiger gewesen, unsere eigenen finanziellen Kräfte nicht zu schwächen. Was wir durch die Handelsverträge an Oesterreich gewähren, wird dort nicht thesaurisirt, sondern verbraucht, Oesterreich wird deshalb beim Kriegsausbruch nicht reicher als heute sein.

Aehnlichen Gesichtspunkten wie der Handelsvertrag mit Oesterreich ist das Abkommen mit dem Herzog von Cumberland unterworfen. Dasselbe bedeutet keine finanzielle Stärkung von Reich und Staat, sondern abermals nur eine Zuwendung an Dritte, die nicht nur ohne Nutzen, sondern nicht einmal ohne Gefahr ist. Selbst wenn man von der Möglichkeit der Verwendung der Zinsen des Welfenfonds in specifisch welfischem Interesse absieht, wird nicht Deutschland, Preußen oder die Provinz Hannover den Vortheil aus dem Verbrauch jener Gelder durch den Herzog von Cumberland haben. Nach dem glaubhaften Zeugnisse eines Wiener Gewährsmannes des „Hamb. Corr.“ wird das Abkommen der preußischen Regierung mit dem Herzog von Cumberland, abgesehen von politischen Gründen, namentlich um deswillen in Oesterreich sehr sympathisch begrüßt, weil der Herzog dort lebt, und weil mithin sein künftiger Mehrverbrauch, den er der preußischen Regierung zu verdanken hat, den österreichischen Gewerbetreibenden u. s. w. zu Statten kommt. Also auch hier ist es nicht Deutschland, sondern Oesterreich, das aus Handlungen

der preußischen Regierung Nutzen zieht. Indessen ist damit die Folgenschwere des Abkommens mit dem Herzog von Cumberland nicht erschöpft.

Es ist bekannt, daß der Herzog durch dasselbe weder auf Hannover, noch auf die Thronfolge in Braunschweig verzichtet, sondern daß letztere, sogar nach preußischen officiösen Darstellungen, in der Zukunft für möglich gehalten wird. Unserer Ansicht nach aber wäre dringend zu vermuthen, daß, wenn der Herzog von Cumberland als souverainer Fürst in Braunschweig regierte, diese Stadt für Hannover zu einem Coblenz im Sinne der Prätendentenzeit würde. Selbst wenn der Herzog von Cumberland als regierender Herzog von Braunschweig die Bestrebungen zu Gunsten einer welfischen Restauration in Hannover persönlich nicht begünstigte, würde sein Hof naturgemäß dennoch zum Mittelpunkte welfischer Umtriebe und das braunschweigische Contingent zum Sammelplatze aller welfischen Officiere werden, die jetzt in Sachsen dienen, um nicht preußischen Regimentern anzugehören. Welche Gefahr hierin unter Umständen, d. h. je nach der Entwickelung, welche die politische Situation in Deutschland und Europa nimmt, für unsere innere Einheit und Sicherheit liegen würde, bedarf einer weiteren Auseinandersetzung ebensowenig, wie die Ansicht, daß man diese Gefahr in demselben Maaße vergrößert, als man ohne ausreichende Garantie gegen Mißbrauch die Mittel freigiebt, welche bisher die Bestimmung hatten, die welfische Agitation zu bekämpfen.

* * *

In der scharfen Auslassung der „Hamb. Nachr." vom 24. März gegen die „Straßburger Post" (vgl. oben S. 148 f.) war schon die Bezeichnung des Welfenfonds als einer „Quelle der Corruption" gemißbilligt worden. Aehnliches wiederholt sich am 29. März (M.=A.) bezüglich des Ausdrucks „trübe Quelle", den Prinz Arenberg gebraucht hat. Da heißt es:

Wie wir nachträglich bemerken, hat der Abgeordnete Prinz Arenberg im Reichstage als Referent bei Berathung des Titels der geheimen Ausgaben erklärt, es sei ein Fortschritt, daß das Reich nicht mehr aus der „trüben Quelle" des Welfenfonds, sondern aus eigenen Mitteln zu schöpfen haben würde.

Es ist nicht ersichtlich, wie Prinz Arenberg zu dieser Aeußerung kommt. Wir haben neulich schon darauf hingewiesen, daß es bei Leistungen aus geheimen Fonds auf den Namen der letzteren nicht ankommt. Wenn Prinz Arenberg die Bewilligung von 500000 Mark geheimer Fonds als Referent befürwortet hat, so möchten wir ihn fragen, mit welchem Rechte er den Welfenfonds eine „trübe Quelle" genannt hat, da dieser Fonds mindestens ebenso lauter ist, als der für „geheime Ausgaben" zu bewilligende neue Dispositionsfonds von 500000 Mark.

* * *

An derselben Stelle finden wir die thatsächliche Berichtigung einer Notiz des „Hamb. Corresp.“:

Der „Hamburger Correspondent“ macht in einer Notiz über Ministergehälter die Angabe, dem Staatsminister von Boetticher stünde als Vicepräsident des Staatsministeriums ein Gehalt von 45000 Mk. zu. Unseres Wissens ist dies nicht zutreffend; Herr von Boetticher hat als Vicepräsident des Staatsministeriums überhaupt kein Gehalt, wohl aber bezieht er als Staatssecretair des Innern, ebenso wie der Staatssecretair des Auswärtigen, aus Reichsmitteln ein Gehalt von 50000 Mark.

* * *

Eine Aeußerung des Abgeordneten Stöcker giebt den „Hamb. Nachr.“ Anlaß, die Stellung des Fürsten Bismarck zu den Conservativen vom Jahre 1866 an einer geschichtlichen Beleuchtung zu unterstellen. Am 29. März (A.-A.) lesen wir:

Fürst Bismarck und die Conservativen. In einer Rede, die der Abgeordnete Stöcker neulich gehalten hat, giebt er der Auffassung Ausdruck, daß der nationalliberale Einfluß den Fürsten Bismarck seinerzeit in der innern Politik von den conservativen Bahnen abgelenkt habe. Herr Stöcker vergißt bei Beurtheilung dieser Ablenkung, wenn sie überhaupt stattgefunden hat, daß es damals nicht in der Wahl des Fürsten lag, ob er mit den Conservativen oder mit den Nationalliberalen gehen wollte. Sein Bedürfniß war eine zu Compromissen führende Unterstützung durch beide Parteien; er sah sich aber oft auf die der Nationalliberalen beschränkt, da die conservative Partei ihn nicht nur im Stiche ließ, sondern sich sogar feindlich stellte.

Um den Ausbau des Reichs in Angriff zu nehmen und um zu verhindern, daß die auf dem Schlachtfeld errungene Einheit durch einen Stillstand der inneren Politik wieder in Zweifel gestellt werde, bedurfte die Reichsregierung nothwendig der parlamentarischen Mitarbeit einer deutsch gesinnten Majorität. Sie fand dieselbe aber nicht bei den Conservativen, sondern ausschließlich bei den Nationalliberalen, und war deshalb gezwungen, die Arbeit beim Ausbau und bei Befestigung des Reiches mit dieser Partei in Angriff zu nehmen. Daß die Zurückhaltung, resp. die Gegnerschaft der Conservativen auf die Richtung, die dieser Ausbau nahm, nicht ohne Einfluß bleiben konnte, liegt auf der Hand; die Regierung würde überhaupt keine Majorität im Reichstage erlangt haben, wenn sie dieser Unterstützung durch die liberale Partei nicht Rechnung hätte tragen wollen.

Die Entfremdung gegen den Fürsten Bismarck hat bei den Führern der Conservativen vielleicht schon im Jahre 1866 in Prag begonnen,

als eine conservative Deputation dem Streben des damaligen Ministerpräsidenten, den innern Conflict bei der Rückkehr nach Berlin zu schließen, durch den Versuch einer Einwirkung auf den König entgegentrat und bei gewissen Stimmungen des hohen Herrn auch Anklänge fand, obschon die Deputation nicht anzugeben wußte, welche Gestaltung der zukünftigen Entwickelung Deutschlands ihr nach den Ereignissen des Jahres 1866 vorschwebte, wenn bei der Heimkehr des siegreichen Heeres der seit bald sechs Jahren schwebende Conflict unverändert fortgesponnen werden sollte. Ob die Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik, welche in den letzten sechsziger Jahren bei den Conservativen öffentlich zum Ausbruch kam (z. B. in den Kämpfen um den hannöverschen Provinzialfonds und Aehnliches), an die Erinnerung an die Prager Vorgänge und an die Indemnitäts-Wendung in der Thronrede in bewußter Weise anknüpfte, lassen wir dahingestellt sein; jedenfalls waren die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten schon damals lebhafter, als mit freundlichen Beziehungen der conservativen Fraction und mit deren Unterstützung der Regierungspolitik verträglich war.

Nach dem französischen Kriege, beispielsweise bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes, stiegen die Angriffe, welche von conservativer Seite gegen den Ministerpräsidenten gerichtet wurden, zu einer Schärfe, die zum vollständigen Abbruche des persönlichen Verkehrs zwischen dem Fürsten Bismarck und seinen früheren Freunden führte. Die Stimmung und die Absicht der conservativen Führer kennzeichnete sich durch ihren Niederschlag in den bekannten Aera-Artikeln der Nathusius'schen „Kreuz-Ztg.“, in der öffentlichen Demonstration der Declaranten und schließlich am schärfsten in der „Reichsglocke“ und dem Verhalten ihrer Freunde und Mitarbeiter. Letztere gehörten fast ausschließlich der conservativen Fraction an, soweit sie nicht zu Hofkreisen und zu dem damaligen Hausministerium in Beziehung standen; sie bemühten sich während des Präsidiums des Grafen Roon, diesen von seinem Freunde, dem Ministerpräsidenten, zu trennen und letzteren auch unmittelbar bei Sr. Majestät dem Könige als einen „Gegner der Armee“ zu verdächtigen.

Daß das Vacuum, welches die Conservativen zu dieser Zeit zwischen sich und ihrem früheren Mitarbeiter, dem Reichskanzler, ließen, von der liberalen Seite bereitwilligst ausgefüllt wurde, war nicht zu verwundern, und die Folge davon bestand darin, daß liberale Einflüsse in der Gesetzgebung, durch welche das Reich befestigt und ausgebaut wurde, das Uebergewicht hatten. Conservative Einflüsse konnten sich nicht geltend machen, so lange die conservative Partei dem leitenden Staatsmanne ihre Mitwirkung versagte und ihn mit der leidenschaftlichen Schärfe bekämpfte, von welcher die Declaranten-Periode und die „Reichsglocke“ Zeugniß

ablegte. Das Bedürfniß der maßgebenden Führer der Conservativen, in der Besetzung des Kanzlerpostens einen Wechsel herbeizuführen, ist seit jener Zeit mehr als einmal zu Tage getreten und hat seine Befriedigung vor zwei Jahren gefunden. Die Haltung der conservativen Partei beim Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Dienste bewies, daß ihr der Personenwechsel kein unwillkommener war.

* * *

An gleicher Stelle finden wir bezüglich der oben (S. 136) mitgetheilten Auslassungen der „Straßburger Post" über den Welfenfonds folgende Richtigstellung:

Die amtliche „Straßburger Correspondenz" bringt in einer Extra-Nummer vom 26. März folgende Erklärung:

Die „Hamburger Nachrichten" beschäftigen sich in ihrer Nummer 72 vom 24. März (A.-A.) mit der „Straßburger Post", anläßlich einer von dieser gebrachten Besprechung der Aufhebung des Welfenfonds, und äußern am Schlusse ihrer gegen dieses Blatt gerichteten Polemik Folgendes:

„Es drängt sich mithin die Frage auf, ob die Insinuationen, welche die ‚Straßburger Post' gegen den früheren Reichskanzler richtet, aus Statthalterkreisen oder aus anderen Regionen via Köln stammen."

Dieser versteckte Angriff gegen den kaiserlichen Statthalter ist um so unverständlicher, als wiederholt erklärt worden ist, daß weder der Statthalter noch die demselben unterstellten Behörden zu Straßburg in irgend welcher Beziehung zur ‚Straßburger Post' stehen. Weder in anderen früheren Fällen noch auch in diesem speciellen Falle hat die ‚Straßburger Post' irgendwie officiösen Charakter. Die kaiserliche Regierung zu Straßburg bedient sich zu öffentlichen Kundgebungen, wie Jedermann wissen kann, lediglich der ‚Straßburger Correspondenz' und derartige immer von Neuem auftauchende Nachrichten über die Stellung der Regierung zur ‚Straßburger Post' können nur wider besseres Wissen und böswilliger Weise in Umlauf gesetzt werden. Man kann von den ‚Hamburger Nachrichten' erwarten, daß sie ihre, in oben erwähnter Notiz niedergelegte Auffassung nunmehr sofort und zwar endgültig richtig stellen werden."

Ungeachtet dieser Erwiderung kann unsere Redaction (so antworten darauf die „Hamb. Nachr." D. Verf.) den darin ausgesprochenen Wunsch nicht erfüllen; angesichts ihrer Berliner Beziehungen ist die „Straßburger Post" nicht für ein Blatt anzusehen, das sich mit derselben Freiheit bewegt, wie diejenigen Zeitungen, die officiöse Nachrichten aus Berlin oder anderswoher überhaupt niemals erhalten. Bei der für die Reichslande geltenden Gesetzgebung und der den Behörden gerade in Bezug auf die

Presse zustehenden Befugnisse erscheinen dergleichen lediglich persönliche und oft mit Nachdruck wiederholte Verdächtigungen dort leicht zu hindern, wenn sie sich nicht amtlicher Billigung erfreuen. Wir können die „Straßburger Post“ nicht für eine von amtlichen Mittheilungen und also auch Inspirationen unabhängige Zeitung halten.

* * *

Eine Vorfeier des fürstlichen Geburtstages fand am 29. März mittags im Schlosse Friedrichsruh statt. Die „Post“ berichtet darüber:

Eine große Auszeichnung wurde der Commission zu Theil, die den Auftrag erhalten hatte, den Fürsten Bismarck zu bitten, daß er die Ehrenmitgliedschaft des Deutschen Ziegler- und Kalkbrennervereins annehmen möchte. Im vorigen Sommer nämlich hatte der Verein den Fürsten in Friedrichsruh begrüßt (vgl. Band II, S. 154 f.), und dieser hatte darauf in seiner Erwiderung bemerkt, daß er selber auf seinen Gütern Ziegeln und Kalk gebrannt hätte und deshalb gewissermaßen sich als Fachgenossen der Besucher betrachten könne. Hierauf Bezug nehmend, hatte der Verein beschlossen, den Fürsten Bismarck zu seinem Ehrenmitgliede zu ernennen. Die mit der Ausführung dieses Auftrages betraute Commission, bestehend aus Königl. Baurath Friedrich Hoffmann, Gutsbesitzer Wiesecke-Plauenhof, Ziegeleibesitzer Löschke und Regierungs-Baumeister Kurt Hoffmann, hatten den Fürsten bitten lassen, sie am ersten April zu empfangen. Da indeß der Zudrang an diesem Tage voraussichtlich ein sehr großer werden würde, hatte der Fürst die Commission bereits auf den 29. März bestellt, und sie fand sich in Folge dessen an diesem Tage um 12 Uhr im Empfangszimmer des Schlosses zu Friedrichsruh ein.

Die Commission überbrachte dem Fürsten eine Mappe, die in plastischer Lederarbeit ausgeführt war und ein Gedenkblatt und eine Widmungsadresse enthielt, die beide Herr Regierungsbaumeister Kurt Hoffmann entworfen und gemalt hatte. Das Gedenkblatt war in bunten Aquarellfarben ausgeführt, stellte einen Triumphbogen in Ziegelrohbau dar, welcher, in monumentalen Renaissanceformen gehalten, über der Rundbogenöffnung das fürstliche Wappen zeigte. Der Bau, durch Laubgewinde, Kränze und Palmen auf's Herrlichste geschmückt, erhob sich auf einem hohen, steinernen Unterbau und trug oben über der Attica vier rauchende Bronzebecken. Die gesammte Bogenöffnung wurde durch eine große Bronzeplatte geschlossen, die oben auf einer Console die Büste des Fürsten Bismarck aus gleichem Material und die Widmung trug:

„Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, dem großen Baumeister des Deutschen Reiches, in tiefster Ehrfurcht gewidmet vom deutschen Ziegler- und Kalkbrennerverein.“

Zu beiden Seiten neigten sich mit den Spitzen über die Büste rechts ein junger Eichbaum, links ein Lorbeerbaum, beide mit jungen Trieben und Früchten, zugleich als Sinnbilder des herrliche Frucht tragenden und doch immer jungen Ruhmes. Vor den Pfeilern zu Seiten der Mittelöffnung trugen zwei Herolde in der einen Hand die deutsche Reichsflagge, in der anderen ein Schild, der eine mit den Abzeichen der Ziegler, der andere mit denen der Kalkbrenner. So hob sich der Bau im bunten Farbenschmuck prächtig hervor aus waldigem Hintergrunde.

Der Fürst strahlte in blühender Gesundheit und war offenbar in trefflichster Laune, ein prächtiges Bild des rüstigen Alters, das sich in vollkommener körperlicher und geistiger Frische dem Glücke des Ausruhens nach gethaner Arbeit hingeben darf. Er reichte leutselig jedem der Ankömmlinge die Hand und gab, nachdem der Vereinsvorsitzende ein Widmungsgedicht tiefbewegt vorgetragen hatte, seiner Freude Ausdruck über die ihm zugedachte Ehre. Der Fürst kam dann nochmals darauf zurück,

daß er vielfach Gelegenheit gehabt hätte, auf seinen Gütern das Ziegeleigewerbe zu betreiben, und begrüßte in den anwesenden Mitgliedern desselben Vertreter der gesammten deutschen Industrie. Er habe für diese immer ein warmes Herz gehabt und ihre Interessen wahrgenommen, sobald das Land beruhigt war und soweit die Verhältnisse es gestatteten.

Er wandte sich darauf gegen die Worte der Ansprache: „Zwar einsam bist Du; doch vergessen nicht" — das sei nicht ganz richtig, er fühle sich gar nicht vereinsamt, und er sei auch nicht einsam. Die Gegenwart der Anwesenden beweise das schon; er erhalte vielfach derartigen Besuch und halte zudem mit den umliegenden Gütern gute Nachbarschaft. Auch sei er in der glücklichen Lage, mit seiner Familie zusammen sein zu können, und fühle sich als Gutsherr hier im Sachsenwalde wohler als in der Stadt. Gedicht und Gedenkblatt werde er seinem Familienmuseum in Schönhausen einverleiben.

Der Fürst führte darauf die Herren der Fürstin zu, die diese in huldvollster Weise einlud, an der bereits gedeckten Frühstückstafel Platz zu nehmen. Die Kosten der Unterhaltung trug zumeist der Fürst, der in liebenswürdigster, oft von einem gemüthvollen Humor gewürzten Weise einzelne Züge aus dem reichen Schatze der Erinnerungen seines bedeutungsvollen Lebens zum Besten gab.

So erzählte er unter Anderem vom Kaiser Friedrich und rühmte ihn als den liebenswürdigsten Menschen, der ihm jemals begegnet. Nichts sei unrichtiger, als die vielfach verbreitete Meinung, daß seine Beziehungen zu diesem Monarchen keine besonders guten gewesen seien. Im Gegentheil, Kaiser Friedrich sei mit seinen Vorschlägen stets einverstanden gewesen, er selbst zu keiner Zeit so unumschränkt wie damals. Rührend

seien die Bemühungen dieses Herrschers gewesen, in seiner schweren Krankheit keine Höflichkeits-Bezeugung außer Acht zu lassen. Er habe es sich niemals nehmen lassen, ihn trotz der größten Schwäche bis zur Thür zu geleiten. Der Fürst sei dann hinter dem Kaiser gegangen in steter Erwartung, daß dieser zusammenbrechen werde, noch bevor er die Thür erreicht, und der Kranke habe sich dann eben noch mit Mühe am Thürknopf halten können.

Nach beendeter Mahlzeit zündete Frau Baronin von Merck, eine junge, anmuthige Erscheinung, Gutsnachbarin des Fürsten, diesem die Pfeife an, was er jedesmal durch einen leutseligen Dank und einen huldvollen Handkuß belohnte.

Nach aufgehobener Tafel wurden die Gäste von der Fürstin verabschiedet und der Fürst zeigte ihnen noch in eigener Person einige Schönheiten seines Parkes und darauf seine eigenen Schlaf- und Arbeitsräume, die, an sich höchst einfach, doch den behaglichen Luxus wiederspiegelten, den kleinere und größere Geschenke und Erinnerungsgegenstände an die gewaltige Vergangenheit des Bewohners hervorbringen müssen, und die Gäste verabschiedeten sich darauf voll des tiefstempfundenen Dankes und mit dem Bewußtsein, daß ihr Leben um eine Erinnerung reicher geworden sei, auf die noch ihre Enkel stolz sein würden, und um die sie viele Tausende beneideten.

* * *

Am 1. April ist der Geburtstag des Fürsten. In sichtbar steigendem Maaße wird die Feier dieses Tages ein nationales Fest; in immer mehr Städten wird es officiell gefeiert; immer größer wird die Zahl der Orte, in denen überhaupt festliche Veranstaltungen getroffen werden. So ist es z. B. eine recht charakteristische Erscheinung, daß in diesem Jahre Eugen Richters Domaine, die Stadt Hagen in Westfalen, dem Kreise der Festgenossen zum ersten Male sich zugesellt.

Zu den ersten Gratulanten gehörte der reichsdeutsche Verein „Niederwald“ in Wien, der schon am 31. März folgendes Telegramm an den Fürsten sandte:

Seiner Durchlaucht Fürst Bismarck, Friedrichsruh.

Unwandelbar in treuer Anhänglichkeit und patriotischer Verehrung sendet der Verein „Niederwald“, festlich versammelt, die innigsten Glück- und Segenswünsche zum morgenden Tage. Gott gestalte den Lebensabend Eurer Durchlaucht lang, friedlich und schön; im Glanze der unauslöschlichen Liebe des dankbaren deutschen Volkes! Gott schütze und behüte Eure Durchlaucht!

Der Vereins-Präsident Oertel.

Aus den zahllosen Glückwünschen, die dem Fürsten telegraphisch und schriftlich zugingen, heben wir hier nur noch die dreier wirthschaftlicher Vereinigungen hervor, aus denen dankbare Anerkennung für das Fürsten Bismarck vielgeschmähte Wirthschaftspolitik spricht. Zunächst die Adresse des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. Sie lautete:

Düsseldorf, Ende März 1892.

Durchlauchtigster Fürst!

In ernster Zeit weilen unsere Gedanken mit altgewohnter Anhänglichkeit im Sachsenwalde, und bei der Wiederkehr des Gedenktages, an welchem vor 77 Jahren der „eiserne Kanzler" und Begründer des Deutschen Reiches uns geschenkt wurde, entquillt tiefem Herzensgrunde der heiße Wunsch:

Gott segne und schütze Eure Durchlaucht, Gott erhalte Euer Durchlaucht kostbares Leben zur Freude Ihres Hauses, zum Heile unseres theuren Vaterlandes.

Indem wir im Auftrag der Hauptversammlung des Vereins vom 31. Januar d. J. diesen Wunsch übermitteln, verbleiben wir Euer Durchlaucht in unabänderlicher Treue ergebener

Verein Deutscher Eisenhüttenleute.

C. Lueg, Oberhausen, Vorsitzender. E. Schrödter, Geschäftsführer.

Ferner von dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen:

Fürst Bismarck, Friedrichsruh.

Heute, wo Millionen treuer deutscher Herzen im Sachsenwalde weilen, naht auch der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen", um Ew. Durchlaucht zum 77. Geburtstage die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen. Was Euer Durchlaucht für die Einigung Deutschlands, für die Stellung des deutschen Industriellen und deutschen Kaufmannes auf dem Weltmarkte gethan, das werden wir niemals vergessen und ein treues Gedenken daran auch unseren Kindern und Kindeskindern überliefern. Euer Durchlaucht theures Leben aber wolle der Himmel noch lange, lange Jahre schützen und erhalten zum Heil und Segen unseres geliebten deutschen, unter Euer Durchlaucht weiser Fürsorge geeinten Vaterlandes.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

Dr. Jansen-Dülken, Geh. Commerzienrath, Vorsitzender.

Dr. W. Beumer-Düsseldorf, geschäftsführendes Mitglied im Vorstande.

Endlich von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller:

Zum 77. Geburtstage sendet Ew. Durchlaucht als dem Gründer des Deutschen Reiches und Beförderer der nationalen Production die herzlichsten Glückwünsche mit der Versicherung unauslöschlicher Dankbarkeit und unwandelbarer Treue
Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller:
A. Servaes, Vorsitzender. W. Beumer, Generalsecretär.

Am Vormittag des festlichen Tages brachte zunächst die Kapelle des in Ratzeburg stehenden Jägerbataillons Nr. 9 eine Morgenmusik dar. Als dann der Fürst mit Professor Schwenninger von seinem gewohnten Spaziergang zurückkehrte, empfing er zunächst eine Deputation aus Bochum, bestehend aus 24 Herren, die sämmtliche Berufszweige vertraten, nicht etwa nur Arbeitgeber und große Fabrikbesitzer, sondern auch Handwerker, Landwirthe, Kaufleute, auch zwei uniformirte Bergleute. Die Deputation überreichte ein Faß Bier, einen Pumpernickel und einen westfälischen Schinken für die Frau Fürstin mit folgender Widmung:

„Westfälisches Brod, westfälisches Bier,
Westfälischen Schinken bringen wir dir,
Und treuen westfälischen Gruß dazu!
Gott schirme den Alten von Friedrichsruh!"

Auf die Ansprache des Bergassessors Hoffmann erwiderte der Fürst unter Anderem:

„Unter den zahlreichen Glückwünschen, die mir heute zugegangen sind, ist mir der Ihrige von Bochum besonders lieb gewesen, einestheils, weil ich Ihr Mitbürger bin, und andererseits, weil Ihre Stadt die Hauptvertreterin der beiden gewaltigsten Kräfte der wirthschaftlichen Zukunft, Kohle und Eisen, ist, wie Sie eben so richtig gesagt haben; fügen wir den Ackerbau hinzu, dem ich angehöre, so haben wir eine Dreiheit, auf der das Gedeihen der Nation beruht.

„Von Bochum ist in letzter Zeit ja viel geschrieben worden, aber ich bekenne Ihnen offen, daß ich den mißgünstigen Verleumdungen gegen Bochum und seine Söhne niemals Glauben geschenkt habe. Es passiren ja überall Unregelmäßigkeiten und Nachlässigkeiten; das ist in der menschlichen Natur begründet. Mir ist bekannt, daß Bochumer Schienen sich überall bewährt haben, und diese Thatsache steht so fest, daß dagegen keine Fusangelei aufkommen kann. Aber deshalb die gesammte deutsche Industrie dem Auslande gegenüber zu schädigen, das kann nur auf ausländische Bezahlung geschehen sein, denn freiwillig thut ein deutscher Mann so etwas nicht."

Als Delegierter des Kriegervereins zu Wesel, dessen Ehrenmitglied der Fürst ist, wurde Herr Vollrath-Wesel persönlich empfangen. Derselbe

überbrachte die Glückwünsche des Vereins und ein vom Vorsitzenden desselben verfaßtes Gedicht. Der Fürst sagte zu Herrn Vollrath u. A.: „Uns verbinden alte Beziehungen auf dem Boden des Cartells“ und erkundigte sich, wo er gedient hätte und ob er aus dieser Gegend sei. Herr Vollrath konnte dies bejahen, da er der Sohn eines früheren Pächters in Schwarzenbeck ist. Auf die Musik der concertirenden Jägercapelle hinweisend, meinte der Fürst scherzend: „Sie hören dort draußen vertraute Klänge.“ Nach dem Rundgang durch die Zimmer, in denen die Geschenke aufgestellt waren, sah Fürst Bismarck zufällig im Vorzimmer Herrn Vollrath wieder und wandte sich nochmals an ihn. Er habe ja noch nicht ermittelt, wie er nach Wesel gekommen sei. Als Herr Vollrath ihm kurze Auskunft gegeben, sagte der Fürst lächelnd:

„Die Lauenburger pflegen doch sonst nicht außer Landes zu gehen. Mein Oberförster pflegt zu sagen, wenn die Lauenburger außer Landes gehen, pflegen sie Hunger zu leiden.“

Am Abend brachte die Hamburger Bürgerschaft ihrem hochverehren Nachbar in gewohnter Weise wieder einen großartigen Fackelzug. Herr Ruperti aus Hamburg richtete eine kurze Ansprache an den Fürsten. Dieser erwiderte:

„Meine Herren, ich danke Ihnen für die beredten Worte, die ich aus Ihrem Munde soeben gehört habe. Wenn ich einen Rückblick werfe auf die Kundgebungen, die mir heute von einem großen Theile der Bevölkerung zu Theil geworden sind, so schließe ich daraus, daß des deutschen Volkes Beifall eine Quittung sein soll für die meine ganze Lebenszeit Ihrer Geschichte geleisteten Dienste. Ich schöpfe daraus die Ueberzeugung, weil es einer so großen Zahl der Bevölkerung wohlgefällig ist, daß Sie Alles daransetzen werden, um das gegen alle Feinde zu erhalten. Ich frage Sie, meine Landsleute, ob der Antheil, den ich immer an Ihrem Geschick genommen habe, Sie befriedigt? — (Hier allgemeine Zustimmung mit lautem Ja, Jawohl!) Befriedigt er sie, so habe ich die Zuversicht, daß Sie es festhalten werden. Thun wir das, so können die Feinde von allen Seiten kommen, vom Osten und vom Westen zugleich, sie können nicht gegen uns aufkommen. Wir hauen sie alle in die Pfanne! Herausfordern und angreifen werden wir sie nicht; kommen sie aber, so sollen sie mal sehen!“

Die Antwort des Fürsten auf die Ansprache des Herrn Ruperti wurde wiederholt durch laute Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Dann begann der Fackelzug, an dem ungefähr 4000 Personen Theil nahmen, an dem Fürsten vorüberzuziehen. Wunderbar hob sich der röthliche Lichtschein von den Baumstämmen und dem dunklen Himmel ab. Die nicht endenden begeisterten Zurufe der

Vorüberziehenden und die Klänge der Musik mischten sich mit dem prächtigen Bilde zu einem Gesammteindruck von überwältigender Macht. Hochaufgerichtet, das Haupt mit dem Kürassierhelm bedeckt, ließ der Fürst die Schaaren an sich vorbeidefiliren. Der Fackelzug bewegte sich in der Richtung vom Bahnhof her um den Park herum. Der ruhige Spiegel des Weihers strahlte das Licht bis zum Schlosse zurück, von dem Lichtstrahlen ausgehen, die ungezählte Herzen in Begeisterung für des Vaterlandes Macht und Größe erglühen lassen.

Nachdem der Fürst in das Schloß zurückgekehrt war und seine lange Pfeife angezündet hatte, trat er nochmals heraus, um den Anblick des hinter dem Teiche vorbeiziehenden Fackelzuges zu genießen. Der Fürst sprach wiederholt seine Bewunderung über den herrlichen Eindruck aus, welchen der röthliche Wiederschein der Lichter am Himmel hervorbrachte. Darauf setzte der Fürst seinen Weg durch den Park fort und trat plötzlich durch die nach dem Sachsenwalde führende Pforte mitten in die Schaar der zurückkehrenden Fackelträger. Im Nu war der Fürst von einem Kreise umringt. Es war ein prächtiges Bild: der Fürst beim Scheine der dunkelrothglühenden Fackeln umgeben von einer ihm unaufhörlich zujauchzenden Menge. Der Fürst äußerte, er habe schon manche Aufzüge und militairische Vorbeimärsche gesehen, aber niemals so viele fröhliche Gesichter.

* * *

Wie Hagen in die Reihe der feiernden Städte, so tritt ein Theil der linksliberalen und freisinnigen Presse heute zum ersten Mal in die Reihe der Blätter, die Festartikel zum Geburtstag des *entlassenen* Fürsten Bismarck bringen. Besonders bemerkenswerth ist uns dabei das „*Berliner Tageblatt*“. Seine Aeußerungen sind überaus bezeichnend für die Stimmung im Lande und erinnern lebhaft an den Artikel der demokratischen „Volkszeitung“, den wir Band II, Seite 321 f. mittheilten. Das „Berl. Tgbl.“ sagt in seinem Festartikel:

„Der erste Reichskanzler des Deutschen Reiches, *Fürst Bismarck*, vollendet heute sein 77. Lebensjahr, und das deutsche Volk gedenkt heute nicht ohne dankbare Rührung des Mannes, dem ein gütiges Geschick die Gabe verlieh, den nationalen Einheitstraum der Nation verwirklichen zu helfen.

„So lange Fürst Bismarck in Amt und Würden war, haben wir nie zu seinen Schmeichlern gehört. Insbesondere während der letzten zehn Jahre seiner Regierungsthätigkeit standen wir unentwegt im Lager der Opposition, da wir die Richtung, welche er in der inneren Politik eingeschlagen, und die Mittel, deren er sich bediente, um seine Pläne durchzuführen, in gleicher Weise für das Gemeinwohl verderblich erachteten. Als seinem Wirken durch eine höhere Gewalt Einhalt gethan wurde, vermochten wir daher nicht, sein Scheiden aus seinem Amte zu bedauern. Sein Nachfolger hat bereits manche der

schädlichen Auswüchse zu beseitigen verstanden, die unter Bismarck's Regiment der letzten Jahre die innere Gesundheit der Nation zu schädigen drohten.

„Aber je weiter wir uns von dem Zeitpunkte entfernen, in welchem das Programm seiner inneren Politik für Deutschland maßgebend war, desto reiner treten auch für uns die Contouren jener unvergeßlichen Thaten hervor, durch die es ihm vergönnt war, mitzuwirken an der gegenwärtigen Gestaltung und Größe des Deutschen Reiches. Die Anerkennung für diese Leistungen wird im ganzen Volk in demselben Maaße wachsen, in welchem sich die Erinnerung an die Irrwege seiner inneren Potitik verwischt, und in diesem Sinne wünschen auch wir dem großen Manne, der heute in der Einsamkeit des Sachsenwaldes in patriarchalischer Ruhe sein Wiegenfest feiert, auch fernerhin ein blühendes und fröhliches Alter.

„Wie das Volk, wenn es von Friedrich dem Großen spricht, nicht mehr an den Regenten denkt, der die Accise geschaffen und die Kaffeeriecher erfunden, sondern nur an den Helden und Herrscher, der Bewunderungswürdiges geleistet, so wird auch das dankbare Deutschland, wenn es von Bismarck spricht, nur der gewaltigen Thaten gedenken, deren Urheber er in der Blüthe seiner Jahre gewesen. Diesen Dankbaren schließen auch wir uns an, und unser Geburtstagsgruß darf als um so aufrichtiger gelten, je weniger wir zu Denen gehört haben, die ihn in den Tagen seiner Herrlichkeit umjubelten."

* * *

Die Zahl der am 1. April in Friedrichsruh eingelaufenen Briefe und Telegramme übersteigt alle Vorstellungen. Sie konnten nur zum kleinsten Theil von der Telegraphenstation Friedrichsruh aufgenommen werden; die meisten gingen an das Hamburger Haupttelegraphenamt, das sie in ganzen Stößen zu Hunderten von Stücken mit der Bahn nach Friedrichsruh schickte. Ihre Zahl allein am 1. April belief sich auf 7000. Während der Tafel war der Fürst eifrig damit beschäftigt, mit seinem langen Bleistift Notizen für die Beantwortung besonders bemerkenswerther Glückwunschtelegramme zu machen, die sofort abgefertigt wurden.

Unter den vielen Geschenken, die dem Fürsten dargebracht wurden, seien 500 Flaschen des edelsten Pfälzer Weines erwähnt, ein Geschenk des Reichstagsabgeordneten Siegle.

Auch unter den Adressen erscheint uns noch eine besonders bemerkenswerth: vom sog. „Montagskränzchen" in Königsberg, das seit 1815 besteht und in der ganzen Zeit nur einmal 1815 mit einer Kundgebung an Goethe aus seiner Verborgenheit hervorgetreten ist. Die zweite Kundgebung galt nun dem Fürsten Bismarck.

* * *

Leider müssen wir es uns versagen, auf die Festlichkeiten einzugehen, die in fast allen Theilen des Deutschen Reiches und unter den Deutschen im Auslande am 1. April veranstaltet wurden und einstimmig Zeugniß ablegten von dem unauslöschlichen Dank gegen den Fürsten Bismarck, der das deutsche Volk beseelt.

* * *

Ein schmerzlicher Nachklang der Feststimmung dringt an unser Ohr aus folgendem Artikel der Münchener „Allg. Ztg." vom 4. April (A.-A.):

Soweit bis jetzt bekannt, haben von den deutschen Fürsten des alten Kanzlers freundlich gedacht: die Kaiserin Friedrich, hierin die echte Erbin ihres hochsinnigen Gemahls und des heimgegangenen alten Kaiserpaares, Prinz-Regent Luitpold von Bayern, König Albert von Sachsen, der Großherzog von Weimar und, der großen Tradition ihres Hauses getreu, Kaiser Wilhelm's des Ersten hochbetagte Schwester, die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg.

Mit tiefem Bedauern werden viele Deutsche in dieser fürstlichen Reihe den *Kaiser selbst* vermissen. Wir haben bereits vor einigen Monaten bei einem andern Anlaß ausgesprochen, daß wir die Rathschläge für unheilvoll halten, welche den Kaiser von der Wiederannäherung an den Fürsten Bismarck abhalten und damit dem Vaterlande die Dienste und die Erfahrungen des größten Deutschen und des bedeutendsten lebenden Staatsmannes entziehen; wir wissen uns hierin einig mit vielen Millionen unserer Volksgenossen.

Es liegt heute nahe, an das berühmte Handschreiben Kaiser Wilhelm's I. an den Kanzler vom 1. April 1885 zu erinnern; es ist in die Geschichtsbücher unserer Zeit übergegangen, aber es sollte auch in den Herzen und im Gedächtniß der Menschen lebendig werden:

„Mein lieber Fürst! Wenn sich im deutschen Lande und Volke das warme Verlangen zeigt, Ihnen bei der Feier Ihres 70. Geburtstages zu bethätigen, daß die Erinnerung an Alles, was Sie für die Größe des Vaterlandes gethan haben, in so vielen Dankbaren lebt, so ist es Mir ein tiefgefühltes Bedürfniß, Ihnen heute auszusprechen, wie hoch es Mich freut, daß ein solcher Zug des Dankes und der Verehrung für Sie durch die Nation geht. Es freut Mich das für Sie als eine wahrlich im höchsten Maaße verdiente Anerkennung, es erwärmt mir das Herz, daß solche Gesinnungen sich in so großer Verbreitung kund thun, *denn es ziert die Nation in der Gegenwart, und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft*, wenn sie Erkenntniß für das Wahre und Große zeigt, und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt. An einer solchen Feier Theil zu nehmen, ist Mir und Meinem Hause eine besondere Freude und wünschen Wir Ihnen durch beifolgendes Bild (die Kaiserproclamation in Versailles) auszudrücken, mit welchen Empfindungen dankbarer Erinnerung Wir dies thun. Denn dasselbe vergegenwärtigt einen

der größten Momente der Geschichte des Hohenzollernhauses, dessen niemals gedacht werden kann, ohne sich zugleich auch Ihrer Verdienste zu erinnern.

Sie, Mein lieber Fürst, wissen, wie in Mir jederzeit das vollste Vertrauen, die aufrichtigste Zuneigung und das wärmste Dankgefühl für Sie leben wird! Ihnen sage Ich mit diesem nichts, was Ich Ihnen nicht oft genug ausgesprochen habe, und Ich denke, daß dieses Bild noch Ihren späteren Nachkommen vor Augen stellen wird, daß Ihr Kaiser und König und sein Haus sich dessen wohl bewußt waren, was Wir Ihnen zu danken haben. Mit diesen Gesinnungen und Gefühlen endige Ich diese Zeilen als, über das Grab hinausdauernd, Ihr dankbarer treu ergebener Kaiser und König Wilhelm."

So Kaiser Wilhelm I. am 1. April 1885. Aengstliche Gemüther, welche glauben, durch die Betheiligung an einer Bismarck-Feier „anstoßen" zu können, entnehmen aus diesen Kaiserworten vielleicht die nöthige Beruhigung — und eine Lehre.

* * *

Der Senat von Hamburg hatte folgendes Glückwunschschreiben an den Fürsten Bismarck gerichtet:

Hamburg, den 1. April 1892.

Ew. Durchlaucht

beehrt sich der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zum heutigen Geburtstage den ergebensten und herzlichsten Glückwunsch darzubringen.

In allen deutschen Gauen und in allen Welttheilen, wo Deutsche leben, wird dieser Tag mit Segenswünschen für Eure Durchlaucht begangen.

Es ist der Tribut aufrichtigster Dankbarkeit. Denn das deutsche Volk wird nimmer vergessen, welcher Antheil Euerer Durchlaucht daran gebührt, daß es heute mit stolzem Bewußtsein auf ein großes und einiges Vaterland sehen kann.

Wo könnte sich dieses Gefühl lebhafter geltend machen, als in unserer Stadt, die den großen Kanzler des Deutschen Reiches Ehrenbürger nennen darf, welcher in ihrer Nähe verweilt?

Der Senat macht es sich zur freudigen Aufgabe, diesem Gefühle Ausdruck zu geben in der frohen Hoffnung, daß es dem Allmächtigen gefallen möge, Eurer Durchlaucht noch manches Jahr der Gesundheit und des ungetrübten Glücks zu verleihen.

Der Senat
der freien und Hansestadt Hamburg.
Der Präsident des Senats
Carl Petersen, Dr.;
Hagedorn, Dr.,
Secretair des Senats.

Darauf antwortete der Fürst:

Friedrichsruh, den 3. April 1892.

Unter den Auszeichnungen, die mir aus Anlaß meines Geburtstages zu Theil geworden sind, hat mich der Glückwunsch des Hohen Senats der Freien und Hansestadt besonders wohlthuend berührt, nicht nur in meiner Eigenschaft als Ehrenbürger und Nachbar der größten Handelsstadt des Reichs und des Continents, sondern auch in Erneuerung der Freude, die ich an dem Aufschwunge habe, welchen Hamburg seit Jahrzehnten genommen und dessen fernere Entwickelung dem Unternehmungsgeiste, der Thätigkeit und dem Bürgersinne des Hamburgischen Gemeinwesens entsprechend ich erhoffe und mit Ueberzeugung voraussehe.

Ich bitte Eure Magnificenz, dem Hohen Senate mit dem Ausdrucke meines ehrerbietigen Dankes für seine Begrüßung meine herzlichsten Wünsche zur Kenntniß zu bringen für die fernere gedeihliche Entwicklung der Weltstadt, deren Mitbürger zu sein mir eine sehr hohe Ehre ist.

v. Bismarck.

* * *

An den Senat von Lübeck erging folgendes Dankschreiben des Fürsten Bismarck:

Friedrichsruh, den 3. April 1892.

Eure Magnificenz

bitte ich, dem Hohen Senate für die geneigten Glückwünsche zu meinem Geburtstage meinen ehrerbietigen Dank übermitteln zu wollen. Ihre anerkennenden Worte sind für mich um so ehrenvoller, als sie von dem Senate der in unserer Geschichte hervorragendsten Stadt des deutschen Nordens mir ausgesprochen werden, einer Stadt, deren altes Recht für die Städte in weiten Gebieten Norddeutschlands und über die Grenzen hinaus maßgebend geworden ist.

Die vielen Beweise des Wohlwollens, welche ich aus Lübeck erhalte, verbinden mich meinen Mitbürgern stets von Neuem zum lebhaftesten Danke und Wunsche für das Gedeihen des alten Hauptes der Hansa.

v. Bismarck.

* * *

Die nationalliberale Fraction des Reichstags hatte am 1. April an den Fürsten Bismarck folgendes Telegramm gerichtet:

„Seiner Durchlaucht Fürsten Bismarck, Friedrichsruh. Dem großen Staatsmann und Patrioten, welcher zwei Jahrzehnte lang die Geschicke des unter Kaiser und Reich neugeeinigten deutschen Vaterlandes zu dessen Ruhm und Heil leitete, senden zur heutigen Geburtstagsfeier herzliche Glücks- und Segenswünsche in dankbarer Verehrung die nationalliberalen Mitglieder des Reichstages. J. A.: Marquardsen."

Hierauf ist folgende telegraphische Antwort ergangen:

„An die nationalliberale Partei des Reichstags zu Händen Seiner Hochwohlgeboren Herrn Dr. von Marquardsen.

Friedrichsruh, den 4. April 1892.

Die warme Begrüßung der nationalliberalen Fraction zu meinem Geburtstage ist mir unter den wohlwollenden Kundgebungen, welche ich bei diesem Anlaß erhalten habe, von besonderem Werthe. Ich erinnere mich stets mit Freude der Zeit der gemeinsamen Arbeit mit Ihrer Fraction, aus der die Verfassung des Reichs hervorging. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren, für Ihre freundlichen Wünsche meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Herren Fractionsgenossen übermitteln zu wollen. v. Bismarck."

* * *

Auch die nationalliberale Fraction des preußichen Abgeordnetenhauses hatte dem Fürsten Bismarck zum 1. April einen Glückwunsch übersandt. Darauf hatte der Fürst gleichfalls am 4. April zu Händen des Herrn von Benda geantwortet:

„Euer Hochwohlgeboren bitte ich für die ehrenden Worte, welche die Herren Ihrer Fraction mir zum Geburtstage gewidmet haben, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes und meiner aufrichtigen Wünsche für die fernere Entwickelung der Partei entgegennehmen zu wollen, die seit nunmehr 25 Jahren auf die innere Gestaltung unseres Vaterlandes einen so gewichtigen, zumeist segensreichen Einfluß geübt hat

v. Bismarck.

* * *

Wir theilten oben (S. 154) des Fürsten Bismarck Antwort an die Abordnung aus Bochum mit, in der er auf die vom Redacteur Fusangel gegen den Geheimen Commerzienrath Baare angestiftete Schienenstempelgeschichte Bezug nahm. Diese Aeußerungen des Fürsten hat die socialdemokratische „Rhein.-Westf. Volks-Ztg." zum Gegenstand eines hämischen Angriffs gemacht. Die „Nordd. Allg. Ztg." aber druckt die Auslassung des socialdemokratischen Blattes wörtlich und ohne Commentar ab und macht sie so sich selbst zu eigen. Wir lesen darüber in den „Hamb. Nachr." vom 7. April (M.-A.):

Die „Nordd. Allg. Ztg." druckt folgenden Artikel der „Westf. Volks-Ztg." ohne Commentar ab:

„Daß Fürst Bismarck in der Affaire Baare-Fusangel auf die Seite des Ersteren sich stellen würde, war vorauszusehen; denn Herr Baare gehört zu den Gesippten Bismarck's, und seine Moral ist diejenige des gesammten Bismarck'schen Regiments. Daß Fürst Bismarck systematisch betriebene Urkundenfälschungen und Betrügereien als Unregelmäßigkeiten

und Nachlässigkeiten zu beschönigen versucht, ist für den gestürzten Machthaber ebenso bezeichnend, als der Umstand, daß er sich die Schimpfworte nationalliberaler Winkelblätter aneignet, um den Gegner Baare's zu treffen.

„Die in den Schlußworten (der Antwort der Fürsten auf die Bochumer Ansprache) liegende Insinuation ist so gemein, daß wir es verschmähen, darauf irgend etwas zu entgegnen. Fürst Bismarck kann sich gratuliren, wenn er in dieser Beziehung so makellos dasteht, wie der Redacteur Fusangel. Letzterer nimmt von Niemandem Trinkgelder, vom Auslande so wenig, wie vom Inlande."

Es hat uns die Billigung des westfälischen Textes, die in diesem Abdruck liegt, nur deshalb überrascht, weil die „Nordd. Allg. Ztg." Eigenthum des Freiherrn von Ohlendorff ist, und weil doch nur mit dessen Billigung, selbst wenn ein Auftrag des Berliner officiellen Preßbureaus vorgelegen hätte, das westfälische Citat in die Spalten der „Nordd. Allg. Ztg." hat Aufnahme finden können. Der Artikel, den die „Nordd. Allg. Ztg." weiter verbreitet, deutet indirect an, daß zwar nicht der Redacteur Fusangel, wohl aber Fürst Bismarck Trinkgelder von auswärts nehme, indem der Fürst sich gratuliren könne, wenn er in dieser Beziehung ebenso makellos dastände, wie Fusangel.

Wir hängen diese Leistung der „Nordd. Allg. Ztg." hiermit gebührend niedriger und benutzen zugleich die Gelegenheit zu der Richtigstellung, daß nach dem Wortlaute seiner betreffenden Aeußerung Fürst Bismarck den Redacteur Fusangel nicht beschuldigt hat, sich vom Auslande bezahlen zu lassen. Wir glauben auch kaum, daß dieser Herr nach seiner politischen Stellung einer Aufmunterung durch fremdes Geld bedarf, um im inneren Kampfe gegen seine nichtkatholischen Mitbürger zu thun, was in seinen Kräften steht. Der Fürst hat im weiteren Gespräche die Ansicht geäußert, daß die französischen und belgischen Concurrenten der deutschen Schienenfabrikanten keine Geldmittel sparen würden, um die deutsche Production zu schädigen und sie zu verdächtigen; aber er hat nicht behauptet, daß gerade der Redacteur Fusangel der Empfänger solcher Geldaufwendungen der ausländischen Concurrenten der deutschen Industrie sei.

* * *

Auf die am 24. März vollzogene Trennung des Reichskanzleramtes und der preußischen Ministerpräsidentschaft kommen die „Hamb. Nachr." am 7. April (M.=A.) noch einmal zurück:

Kanzler und Ministerpräsident. Bezüglich der Trennung der preußischen Ministerpräsidentschaft von dem Reichskanzleramte wird abzuwarten sein, inwieweit die theoretischen Schwierigkeiten, die die Sache ohne Zweifel hat, durch praktische Bereitwilligkeit zu Compromissen im

Falle von Meinungsverschiedenheiten, sowie durch das Eingreifen des Kaisers und Königs überwunden werden können. Um über die Eventualitäten, die hier in Betracht kommen, klar zu werden, muß man in Betracht ziehen, daß der Reichskanzler, so wie er auf dem Reichsboden sich darstellt, schon einen gewissen Dualismus in sich trägt. Der Reichskanzler im Bundesrathe ist als verfassungsmäßiger Vorsitzender dieses Collegiums ausschließlich Reichsbehörde. Seinen praktischen Einfluß auf die Geschäfte des Bundesrathes wird er indessen wesentlich in seiner zweiten Eigenschaft als Träger der preußischen Stimmen und als Ressortminister für deren Instructionen, also als preußisches Organ üben, wobei er durch die Mitarbeit seiner preußischen Collegen und der Räthe derselben in den Ausschüssen des Bundesraths controlirt wird. Dagegen hat er nach der Verfassung eine von den preußischen Instructionen ganz unabhängige Stellung als alleiniger und verfügender Minister in der gesammten Reichsverwaltung, also im Reichsamt des Innern, in den wirthschaftlichen, zoll- und handelspolitischen Angelegenheiten, in den Reichsfinanzen, und als oberster Chef der übrigen Reichsämter, des Post- und Telegraphenwesens &c. In dieser seiner ministeriellen Dispositionsberechtigung ist er vom preußischen Ministerium unabhängig und findet den Berührungspunkt mit demselben nur in der Person des Souverains.

In dieser Beziehung waltet also thatsächlich eine Art von Personalunion zwischen dem Reiche und Preußen ob, etwa wie zwischen Schweden und Norwegen, oder Oesterreich und Ungarn. Die Einheit ist durch den Souverain gegeben, die Verantwortlichkeit für dessen Anordnungen aber ist eine dualistische, und die Verfassung hat kein Organ, durch welches staatsrechtlich entschieden werden könnte, in welchem Sinne bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten der gemeinsame Souverain amtlich berathen werden solle. Nun sind die Berührungs- und Scheidepunkte der einzelnen Reichsverwaltungen und der preußischen sehr mannigfaltig und sehr complicirt. Soweit es sich um legislative Einrichtungen handelt, wird im preußischen Staatsministerium die letzte Entscheidung darüber liegen, wie das preußische Votum im Bundesrathe abgegeben werden soll, und der Reichskanzler wird als auswärtiger preußischer Minister seinen Einfluß in dieser Beziehung im Staatsministerium geltend machen können, sich aber in Bezug auf das von ihm abzugebende Votum im Bundesrathe der Majorität seiner Collegen fügen müssen, ohne einen präsidialen Einfluß gegen dasselbe zur Verfügung zu haben.

Dies Verhältniß reicht hin, um auf dem Gebiete der Gesetzgebung die Unbequemlichkeiten des Dualismus zu überwinden, so lange die Einrichtungen im versöhnlichen Sinne gehandhabt werden. Anders liegt

die Sache im Bereiche der vollziehenden Gewalt, auf welchem der Reichskanzler die Anweisungen aller Reichsbehörden und die Requisitionen, die er an andere Regierungen richtet, unabhängig von den Einflüssen seiner preußischen Collegen ins Leben rufen kann. Ob der Mangel an Executivorganen des Reiches die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete erwachsen können, steigern oder mindern wird, ist Sache der Erfahrung, soweit die Verwaltungen Preußens und des Reiches in letzterer Richtung von der Entscheidung des Kaisers und Königs in einer Person abhängen.

Die schwierigste Seite der Lösung dieser Aufgaben liegt vielleicht in den Militairverhältnissen, da nach Artikel 4, Nr. 14 der Reichsverfassung der Reichskanzler zugleich der für das Heerwesen verantwortliche Kriegsminister des Reiches ist, thatsächlich aber die Heeresverwaltung in den Händen der noch vorhandenen einzelstaatlichen Kriegsministerien und namentlich des preußischen liegt. Die Schwierigkeit, hier eine strenge Scheidung der Reichs- und Landescompetenz durchzuführen, ist stets von der Art gewesen, daß eine theoretische Lösung der einschlagenden Fragen niemals versucht worden ist, sondern der allseitige gute Wille in jedem concreten Falle eine Verständigung herbeiführte.

Erleichtert wird die Aufgabe in dieser Richtung zwischen dem Reiche und Preußen durch die Einheit in der Person des Kriegsherrn; erschwert kann sie in Zukunft werden, wenn der Reichskanzler ein Militair ist, der seine eigene autoritative Sachkunde auf dem Gebiete des Heerwesens höher anschlägt als die des jeweiligen preußischen Kriegsministers; doch steht zu hoffen, daß für Differenzen auf diesem Gebiete die kriegsherrliche Autorität des Kaisers und Königs stets ohne Appell und Widerspruch die entscheidende sein wird.

Wir können, wenn wir die Schwierigkeit der Aufgabe klarzulegen suchen, welche die Zweitheilung zwischen Kanzler und Ministerpräsident stellt, nur unsere früher ausgesprochene Meinung wiederholen, daß wir eine Ungangbarkeit des neuen Weges nicht a limine zuzugeben vermögen, wenn wir auch nicht für zweifelhaft halten, daß für die neue Einrichtung ein höheres Maaß von Verträglichkeit erforderlich sein wird, um dieselbe Einheitlichkeit der Leitung zu erzielen, welche früher dadurch gegeben war, daß die Personalunion zwischen dem Reiche und Preußen nicht erst auf dem Throne, sondern schon in der ministeriellen Instanz vorhanden und wirksam war.

* * *

Anknüpfend an die oben (S. 147 ff.) mitgetheilten Ausführungen halten die „Hamb. Nachr.“ am 7. April (A.-A.) dem „Reichsboten“ Folgendes entgegen:

Der „Reichsbote“ kritisirt unsere neulichen Angaben über die conservative Deputation, die im Jahre 1866 in Prag beim Könige

von Preußen erschien, um gegen die Indemnität zu wirken. Das conservative Blatt äußert sich dabei in einem Sinne, der beweist, daß es die Bedeutung der Indemnität absolut verkennt und sie mehr aus dem Gesichtswinkel der Fractionspolitik als vom staatsrechtlichen Standpunkte aus betrachtet.

Der „Reichsbote" bezeichnet den Indemnitäts-Antrag als ein pater peccavi. Es ist dies derselbe Ausdruck, der damals in Prag gebraucht wurde, um Eindruck auf den König zu machen, während für Jeden, der mit den parlamentarischen Traditionen vertraut ist, der Antrag auf Indemnität kein Sündenbekenntniß, sondern im Gegentheil einen Antrag auf Anerkennung der Thatsache bedeutet, daß in dem streitigen Falle von Seiten der Regierung nach Lage der Umstände richtig gehandelt worden sei, sodaß also die Bewilligung der Indemnität eine Anerkennung für die Regierung involvirt.

Der „Reichsbote" hat in seiner Redaction vielleicht einen philologisch gebildeten Mitarbeiter, der ihn darüber belehrt, daß er im vorliegenden Falle den Begriff Indemnität mit dem der Amnestie verwechselt hat Um dem „Reichsboten" auseinander zu setzen, daß der Indemnitätsantrag als „unglücklichster Gedanke" von ihm nicht glücklich bezeichnet wird, und welche Zustände in Deutschland wie in Europa bei Fortsetzung des preußischen Verfassungsconflictes Platz gegriffen haben würden, müßten wir einen historischen und politischen Vortrag halten, für den unsere Spalten heute keinen Raum bieten.

* * *

Dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr." wendet sich mit folgender Auseinandersetzung an die „Voss. Ztg.":

Die „Voss. Ztg." spricht davon, daß der Bruch mit dem Bismarck'schen Systeme der Beeinflussung der Presse von der großen Mehrheit des deutschen Volkes freudig begrüßt worden sei. Die „Voss. Ztg." ist ein zu reiches und zu unabhängiges Blatt, um eigene Wahrnehmungen darüber zu haben, ob die fragliche Beeinflussung der Presse wirklich eine Verminderung erfahren hat. Wenn sie es trotzdem glaubt, so hat sie keine Fühlung mit den Preßkreisen, um die es sich handelt, oder sie nimmt die Beeinflussung der Presse, die zur Zeit geübt wird, nicht wahr resp. sie will sie nicht wahrnehmen.

Wir sind der Ansicht, daß die officiöse Presse zur Zeit in noch weiterem Umfange besteht als früher, und daß die Beeinflussung dieser Presse mit erheblich größerer Rücksichtslosigkeit betrieben wird, als dies sonst der Fall war. Um dies einzusehen, braucht man nur die „Nordd. Allg. Ztg." zu lesen und ihre einstigen Leistungen mit den jetzigen unter Berück-

sichtigung des Umstandes zu vergleichen, daß das freiherrlich Ohlendorff'sche Organ früher der Regierung in gleich unbeschränktem Maaße, wie es gegenwärtig der Fall ist, zur Verfügung stand.

* * *

Endlich finden wir an gleicher Stelle die deutsche Wiedergabe eines Artikels der „Times“:

Die „Times“ vom 4. April bringen einen längeren Artikel über die Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck. Wir theilen den ersten Theil in der Uebersetzung wie folgt mit:

„Von warmherzigen deutschen Patrioten war es zu erwarten, daß sie den Geburtstag des Fürsten Bismarck mit Begeisterung feiern würden. Sie werden es ihm nicht gleich vergessen, daß er aus ihnen eine Nation geschaffen hat. Ohne seinen politischen Scharfsinn, sein Verständniß für das in jedem Falle Angemessene, sein Verzichten auf Nebensachen, wo große Fragen im Spiel waren, ohne seine unerschütterliche Entschlossenheit, ja seinen Eigensinn, würde nichts Anderes und Niemand anders Deutschland aus dem Sumpfe eines bodenlosen Chaos gerettet haben. Das Genie des Feldmarschalls Moltke und die Fähigkeiten seiner militairischen Mitarbeiter würden keine weitere Wirkung gehabt haben ohne die Staatskunst des mächtigen Kanzlers, welche die kommende Krisis voraussah und für die kriegerischen Kämpfe erst den Boden bereitete.

„Nach jedem der beiden wuchtigen Hammerschläge, welche zuerst den Norddeutschen Bund und dann das Deutsche Reich schmiedeten, blieb ihm die Aufgabe, die neue Maschine erst in rechten Gang zu setzen. Ohne das Vertrauen seiner Landsleute auf ihn und ohne sein eigenes Selbstvertrauen würde vermuthlich das ganze Werk wieder gestört und zerfallen sein (out of gear). In der Heimath riefen selbst seine Schwächen mehr Theilnahme als Widerspruch hervor; die Deutschen lächelten mehr darüber, als daß sie daran Anstoß genommen hätten, und waren stets davon überzeugt, daß er niemals der wahren Wohlfahrt seines Volkes in den Weg treten würde. Bei seinen stufenweise errungenen Erfolgen war die Bewunderung für ihn tief und aufrichtig genug, um den zersplitternden Einflüssen des Neides und übertriebener Erwartung Stand zu halten.

„Keinem Staatsmann ist es während des vollen Besitzes der Machtfülle jemals wie ihm zu Theil geworden, fortdauernd der Gegenstand des Vertrauens und der Zuneigung eines ganzen Reiches zu bleiben. Um so weniger wird es jetzt, wo er zurückgetreten ist, uns in Erstaunen setzen dürfen, wenn ihm in außergewöhnlichem Maaße Liebe und Dankbarkeit entgegengebracht wird. Dieses Gefühl war nie geschwunden, obgleich in dem Augenblick seines erschütternden Sturzes, wie bei einer

Herzlähmung, der volle Ausdruck des Bedauerns bei seinem Volke zeitweilig zurücktrat. Man wartete ab, was kommen würde, welchen Weg sein kaiserlicher Herr, welchen Weg er selbst einschlagen würde.

„Nachdem im Laufe der Zeit die öffentliche Meinung sich an das Schauspiel des verabschiedeten Kanzlers gewöhnt hat, ist der Strom des Volksgefühls in sein normales Bett zurückgetreten, während andererseits die ernste und verehrungsvolle Stimmung sich noch vertieft und gesteigert hat. Das Schloß in Friedrichsruh ist zum Wallfahrtsort eines Nationalhelden geworden, welchem noch bei seinen Lebzeiten eine Art von Apotheose zuerkannt worden ist. Im Ganzen hat man dabei wenig an die Zukunft, mehr an die Gegenwart und am meisten an die Vergangenheit gedacht. Des Fürsten Rücktritt von dem unmittelbaren Eingreifen in die politischen Kämpfe sieht man jetzt als einen thatsächlich definitiven an. Man pflegt jetzt seine Ansichten mehr wie die eines Orakels als wie die eines Mitkämpfers einzuholen. In seinem Namen erblicken viele Tausende heute vielmehr den Titel eines wunderbaren geschichtlichen Epos, als das Feldgeschrei für die Kämpfe der Gegenwart. Dies ist die vorklingende Tonart des deutschen Nationalgefühls, seitdem der Einsiedler von Friedrichsruh unfreiwillig von seinem Amte hat zurücktreten müssen — —."

* * *

Die Stellung des Fürsten Bismarck zur Selbsteinschätzung des Einkommens erörtern die „Hamb. Nachr." am 8. April (M.-A.) von Neuem; denn ein großer Theil der Presse hat sich durch die bisherigen Darlegungen (vgl. Band II, S. 47 ff.) noch immer nicht belehren lassen:

Zur Richtigstellung. In der Presse wird immer wieder der Vorwurf gegen den Fürsten Bismarck erhoben, daß er die Selbsteinschätzung bei der Steuerreform nicht betrieben habe. Wir können dem gegenüber nur auf die früher von uns publicirten Artikel verweisen, in denen ausgeführt wurde, daß das Urheberrecht an dem Gedanken der Selbsteinschätzung gerade für den früheren Reichskanzler in Anspruch genommen werden kann. Er hatte diesen Modus bei seinen Steuerreformplänen seit langen Jahren ins Auge gefaßt, aber als Vorbedingung stets die Beseitigung oder doch Milderung des Gewichts der Doppelbesteuerung derjenigen Einkommen verlangt, die aus dem Besitze von Gebäuden, Grund und Boden fließen, wenn auch diese Milderung nur in der Ueberweisung von bestimmten Quoten der Grund- und Gebäudesteuer an die Communalverwaltungen bestehe. Diese beiden Aufgaben, die Steigerung der Einkommensteuer durch Selbstdeclaration und die Erleichterung der Doppelbesteuerung des Einkommens aus Haus- und Grundbesitz, sind früher stets pari passu betrieben worden. Nachdem

die Steigerung der Einkommensteuer um, wie wir gern vernommen haben, mehr als 40 Millionen erreicht ist, haben wir nur keine Gewißheit, ob und in welchem Maaße dieser Ueberschuß über die früheren Einnahmen in einer Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden ein Correlat finden wird. Der Fiscus ist einstweilen von den Mehreinnahmen beatus possidens; ob er bei den vielfach an ihn herantretenden Forderungen später in der Lage und geneigt sein wird, von dem ihm zugefallenen Beneficium zu Gunsten der Communalverwaltungen in Form von Ueberweisungen an Grund- und Gebäudesteuer etwas wieder herauszugeben, ist eine Frage, deren Entscheidung nur die Zukunft bringen kann.

Jedenfalls würden solche Zukunftsconcessionen dem preußischen Fiscus leichter werden, wenn das Reich nicht durch die Handelsverträge um eine Summe, wie der Gewinn aus der Einkommensteuer sie darstellt, ärmer geworden wäre; und alle die Erwiderungen, die unsere Kritik in dieser Beziehung in der officiösen Presse hervorgerufen hat, beseitigen nicht die Thatsache, daß auf eine regelmäßige Einnahme von mehr als 40 Millionen Mark ohne Aequivalent verzichtet worden ist. Denn ein Aequivalent können wir aus den phrasenhaften Hinweisen auf „höhere politische Ziele“ und auf ein angeblich neues Handelsgebiet nicht entnehmen. Wir fürchten, daß die Berliner Finanzverwaltung in Bezug auf das unverminderte Festhalten des durch die Einkommensteuer gewonnenen Plus sich hartnäckiger erweisen wird, als sie sich bei der Preisgabe von 40 oder 50 Millionen früherer Zolleinnahmen an unsere Bundesgenossen erwiesen hat.

Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem officiösen Artikel als Argument gegen unser Bedauern des finanziellen Verlustes durch die Handelsverträge anführt, daß der Reichstag diese Verträge nach „eingehender Prüfung“ mit mehr als Zweidrittelmehrheit genehmigt habe, so gewinnen wir daraus nur einen Maaßstab dafür, was in der „Nordd. Allg. Ztg.“ für eine „eingehende parlamentarische Prüfung“ angesehen wird. Die Handelsverträge sind bekanntlich in unerhört kurzer Zeit, und man kann wohl, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, sagen, unter schärfstem Druck der Regierung im Reichstage durchgepeitscht worden. Die Motive, weshalb alle Fractionen sich diesem Drucke mit einer Hast gefügt haben, welche der Autorität dieser hohen Körperschaft nicht nützlich gewesen ist, wollen wir hier nicht näher untersuchen; sie sind bekannt im ganzen Reiche und werden wohl bei der nächsten Neuwahl ausführlicher erörtert werden, als wir es heute für unsere Aufgabe halten. Wir behaupten nur, daß eine an sich unrichtige Maaßregel durch einen Reichstagsbeschluß nicht zu einer richtigen werden kann, und daß uns die Zwei-

drittelmajorität, auf die sich die „Nordd. Allg. Ztg." beruft, die vielen Millionen nicht wieder verschafft, welche wir, unserer Meinung nach, ohne Aequivalent geopfert haben. Wir können an die getroffene Entscheidung im Interesse des Reiches nur den Wunsch knüpfen, daß die Reichstagsmehrheit sich künftig unabhängiger als damals von dem Ehrgeize der einzelnen Fractionen bilden möge.

Jedenfalls steht die Sache so, daß, wenn die Zolleinnahmen, auf die durch die Handelsverträge verzichtet worden ist, noch flössen, von dem Deficit, das der Finanzminister in der Höhe von 35—40 Millionen in Aussicht gestellt hat, keine Rede sein würde. Und wenn sich die „Nordd. Allg. Ztg." darüber beschwert, daß wir dieses Argument gegen die Handelsverträge wiederholen, so wird sich das Blatt darein finden müssen, daß wir während der zwölf Jahre, welche die Verträge laufen, immer wieder auf die Schäden zurückkommen, die durch ihren Abschluß hervorgerufen worden sind. Wir erblicken hierin das einzige Mittel, den Urhebern dieser Schäden, und zwar den ministeriellen wie den parlamentarischen Urhebern, vor Augen zu halten, wie sehr sie das Land benachtheiligt haben, und die Wähler vor der Wiederwahl derjenigen Abgeordneten, die für die Schädigung gestimmt haben, zu warnen. Die „Nordd. Allg. Ztg." scheint anzunehmen, daß wir blos zu ihrer Unterhaltung oder aus Streitsucht auf diese Dinge zurückgreifen; unsere Absicht ist aber lediglich auf Klarstellung der Wahrheit gerichtet, daß die heimischen Interessen gar nicht oder doch mit staatsmännischem Ungeschick wahrgenommen sind.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 9. April (M.-A.) erläßt Fürst Bismarck folgende Danksagung:

Friedrichsruh, den 7. April 1892.

Zu meinem Geburtstage habe ich in diesem Jahre eine größere Anzahl von Glückwünschen, Begrüßungen und Geschenken erhalten als in früheren. Je wärmer sich in denselben das Wohlwollen ausspricht, dessen ich mich bei einer großen Zahl meiner Landsleute im Reiche und in fernen Ländern erfreue, um so mehr bedrückt mich die Thatsache, daß meine und der Meinigen Kräfte nicht ausreichen, den Gefühlen der Dankbarkeit, welche mich erfüllen, einen meinem Herzensbedürfnisse entsprechenden Ausdruck jedem meiner Freunde gegenüber zu geben. Auch die Anerkennungen, die mir am 1. April an vielen Orten Deutschlands und wo Deutsche wohnen, durch öffentliche Feste und Reden zu Theil geworden sind, freuen und ehren mich, mehren aber auch meine ungelöste Dankesschuld für so viele Liebe.

Es macht mich glücklich, am Abende meines Lebens auf die Arbeiten und Kämpfe desselben zurückzublicken, wenn ich mir sagen darf, daß ich mir durch dieselben zwar manchen unversöhnten Gegner, aber in der Heimath doch auch viele Freunde erworben habe, unter denen die warmen wieder zahlreicher sind als die lauen. Ich danke von Herzen Allen, die mich bei meiner Jahreswende durch Kundgebung ihres Wohlwollens in diesem befriedigenden Bewußtsein bestärkt haben.

von Bismarck.

* * *

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ gilt folgende Frage der „Hamb. Nachr.“ vom 10. April (M.=A.):

Die Tonart der ultramontan=demokratischen Blätter, deren Aeußerungen die „Nordd. Allg. Ztg.“, wie wir kürzlich am Beispiele der „Westf. Volks=Ztg.“ zeigten, in ihre Spalten aufnimmt, scheint auf die Redaction des Berliner officiösen Blattes abgefärbt zu haben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ antwortet auf unsere Rüge lediglich mit einer Schimpferei über angebliche Unwahrheiten. Wir reproduciren das, was die „Nordd. Allg. Ztg.“ aus unserem früheren Artikel anführt:

„Es hat uns die Billigung des westfälischen Textes, die in diesem Abdruck liegt, nur deshalb überrascht, weil die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ Eigenthum des Freiherrn von Ohlendorff ist und weil doch nur mit dessen Billigung, selbst wenn ein Auftrag des Berliner officiellen Preßbüreaus vorgelegen hätte, das westfälische Citat in die Spalten der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung‘ hat Aufnahme finden können“,

und wir fordern die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf, doch anzugeben, in welchem Theile dieses Citats denn die Unwahrheit steckt, über welche sie sich beschwert.

* * *

Ueber den Eindruck, den der Streit zwischen den „Hamb. Nachr.“ und der „Straßb. Post“ wegen den in diesem Blatte über die Entlassung des Fürsten Bismarck veröffentlichten Artikel in Straßburg gemacht hat, wird dem Hamburger Blatte von dort unter dem 8. April (vgl. „Hamb. Nachr.“ vom 10. April, M.=A.) geschrieben:

Die Bemerkungen, die in den „Hamburger Nachrichten“ über die „Straßburger Post“ und deren Beziehungen gemacht worden sind, haben in hiesigen Kreisen zu mannigfachen Erörterungen über das letztgenannte Organ geführt. Im Allgemeinen geht die Ansicht dahin, daß die Straßburger Regierung an den Ausfällen der „Straßburger Post“ gegen den früheren Reichskanzler unbetheiligt ist, sie aber auch nicht gehindert hat, obwohl die besonderen Verhältnisse hierzulande die Möglichkeit dazu geboten hätten.

Manche wollen den Urheber der Artikel, die das Blatt gegen den Fürsten Bismarck bringt, in der Person eines Berliner Correspondenten der „Straßb. Post“ erkennen, der neuerdings in eine leitende Stellung des officiösen Preß-büreaus aufgerückt sein soll; Andere sind des Glaubens, daß die „Straßb. Post“ von der „Köln. Ztg.“, der sie gehört, zur Publication von Artikeln benutzt wird, die das Kölner Blatt selbst nicht bringen will, so daß, während man sich in Köln nationalliberal und vorwiegend kritisch gegen den neuen Cours verhält, dieser letztere in Straßburg auf Kosten des Fürsten Bismarck verherrlicht wird.

Wer die grundverschiedene Haltung beider einem Verlage gehörenden Blätter beobachtet, kann sich solchen Vermuthungen kaum verschließen, er müßte denn den Kölner Verlag als ein rein buchhändlerisch-geschäftliches Unternehmen ohne politische Grundsätze betrachten, das sich in Köln nationalliberal, in Straßburg gouvernemental und, wenn es in Westfalen eine Filiale hätte, dort vielleicht clerical redigiren ließe. Uebrigens dürfte die „Straßb. Post“ auch nicht ohne Fühlung mit dem Centrum durch die Person ihres Chefredacteurs sein, der dabei möglicherweise durch Eindrücke aus der Zeit seiner Jugend beherrscht sein könnte.

* *
*

Die „Hamb. Nachr.“ vom 11. April (A.-A.) enthalten folgende Berichtigung:

Wir theilen an anderer Stelle einen Auszug aus dem Berichte mit, den Herr C. Krall, Elberfeld, in der „Köln. Ztg.“ über seine Eindrücke und Erlebnisse bei der neulichen Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh veröffentlicht. Herr Krall berichtet über die Antwort des Fürsten auf die Ansprache des Herrn Ruperti beim Fackelzuge:

„Die Rede, die er auf die Begrüßung der Hamburger hielt, ist bekannt: ‚Ich betrachte diese Ovation als Beweis dafür, daß das, was ich geschaffen habe, Anklang und Beifall gefunden hat, ich betrachte sie als die Quittung für die Arbeit meines Lebens.‘ Das bejubelte: ‚Wir hauen sie alle in die Pfanne‘, wie er sich echt Hamburgisch ausdrückte, sagte er nicht mit gewaltigem Ton, sondern fast leise, humoristisch, als etwas ganz Selbstverständliches. Das Wort jedoch, das mir am meisten auffiel und das ich fast überall anders wiedergegeben finde, lautete nicht: ‚Und wenn sie (d. h. die Feinde) kommen, dann sollen sie mal sehen!‘ sondern: ‚Aber kommen werden sie, das sollen Sie mal sehen!‘ Da ich nur wenige Schritte vom Fürsten entfernt stand und seine Rede in fliegender Eile auf meine Manschette niederschrieb, so glaube ich mich wohl für die Richtigkeit dieser bedeutsamen Worte verbürgen zu können.“

Die hier gegebene Fassung der Worte des Fürsten ist insofern irrthümlich, als ganz bestimmt nicht gesagt worden ist: „Aber kommen werden

sie, das sollen Sie mal sehen!", sondern, wie von allen Ohrenzeugen übereinstimmend berichtet worden ist, etwa: „Wir werden nicht angreifen, und die Anderen werden es sich auch noch überlegen. Kommen sie aber doch, dann sollen sie mal sehen!" Die letzten Worte waren allerdings bei dem zunehmenden Getöse der Herandrängenden nicht weit hörbar, und es ist daher erklärlich, daß eine andere Fassung auftaucht.

* * *

Aus dem im Anfang der vorstehenden Berichtigung erwähnten Bericht des Herrn C. Krall aus Elberfeld, der also mit Ausnahme dieses Punktes zutreffend ist, theilen wir nach den „Hamb. Nachr." hier folgendes mit:

Ein Geburtstagsfest beim Fürsten Bismarck. ... Der Fürst war in der Unterhaltung so lebhaft, sein Aussehen an diesem Tage so frisch, ja blühend, daß man ihm leicht zehn Jahre weniger zugetheilt hätte. Dabei war er, wie auch die hohen Damen, von verbindlichster Liebenswürdigkeit seinen Gästen gegenüber. ...

Indem unsere Weißweingläser gefüllt wurden und wir das erste Glas dem Wohl des hochverehrten Geburtstagskindes weihten, erging er sich darüber, daß in früherer Zeit jedes größere Patrizierhaus seinen Wein selbst zog:

Was das für ein Getränk war, können Sie sich denken. Auch mein Vater zog auf Schönhausen seinen Wein selbst. Noch jetzt ist da ein viereckiges Loch, in welches man eine Wagendeichsel oder so etwas steckte, um den Wein zu keltern. Es war in einer prächtigen Nußbaumallee. Aber der Nußbaum, meine Herren, wo der Wein gekeltert wurde, ist doch arg zurückgegangen, bemerkte er launig.

Im Laufe der Unterhaltung kam Maler Lenbach, der zum Geburtstage von München herbeigeeilt war, schnellen Schrittes zur Thür herein. Der Fürst erhob sich, und beide Männer umarmten und begrüßten sich überaus herzlich. Als Bismarck wieder Platz genommen hatte, brachte ihm Dr. Chrysander einen ganz ungeheuer großen Stoß von eingelaufenen Briefen und Depeschen, es waren gewiß viele, viele Hunderte, trotzdem es erst der 31. März war.

Und da will nun jeder eine Antwort haben! sagte der Fürst.

Ich sehe, Durchlaucht, daß das allerdings ganz unmöglich ist, und da kommt es nur darauf an, wer der Glückliche ist, und ich erzählte ihm bei dieser Gelegenheit, wann und wie ich in den Besitz einiger Dankesschreiben und auch seines Bildes mit Unterschrift gelangt sei. Der Hauptstoß der Briefe wurde wieder fortgenommen und ihm statt dessen eine Glückwunsch-„Auslese" vorgelegt. Der Fürst hatte kaum das oberste Blatt in die Hand genommen, als er herzlich lachte und das Schreiben vorlas. Es stammte von sechs jungen Seminaristinnen aus Frankfurt a. d. Oder und lautete

etwa folgendermaßen: „Die Unterzeichneten senden Ew. Durchlaucht ihre ehrerbietigsten Glückwünsche zum Geburtstage, der für uns gleichzeitig ein kritischer Tag ist. Wir müssen ins Examen steigen, und bitten Ew. Durchlaucht dringend, für uns den Daumen halten zu wollen."

„Wat sall ick dorbi dhaun?" lachte der Fürst, indem er den Stoß der Glückwünsche durchblätterte und kurze Notizen und Anordnungen für die Beantwortung angab. Es fand sich auch ein Epos einer Dame von etwa 20 Seiten vor. Armer Fürst!

Es ist eigenthümlich, daß heutzutage fast jeder dichtet, das gab's zu meiner Zeit nicht, und man muß gestehen, meistens in guter und vollendeter Form.

Entsinnen sich Durchlaucht des Namens Scherenberg?

Gewiß, erwiderte er, und ich richtete ihm nun die Glückwünsche unseres heimatlichen Dichters aus, den ich kurz zuvor gesprochen hatte.

Danken Sie ihm, sagte der Fürst langsam und mit Nachdruck, nicht nur für die warme Theilnahme, die er mir stets entgegengebracht hat, sondern auch für seine objectiven Leistungen. Er ist einer unserer Koryphäen.

Kurz darauf gab man das schwungvolle Gedicht Scherenberg's, welches zu dem großen eisernen „Blumenstrauß" der Bismarckhütte verfaßt war, an der Tafel herum. Dr. Hirsch recitirte der Fürstin im Anschluß daran die Schlußverse eines schönen, warm empfundenen Gedichtes, das er vor zwei Jahren „dem Scheidenden" gewidmet hatte:

Dich würdig zu preisen, vermag kein Gedicht,
Doch denk' an die Worte treu und schlicht:
Wir vergessen dich nicht!

Die Rede kam auf den alten Fritz, und Fürst Bismarck erzählte eine Menge humoristischer Züge und eine Menge Anekdoten. Man führte an, daß der alte Fritz ein Autokrat, jedoch mit tiefem Gemüth, gewesen sei, und daß in ihm sehr oft die Seelen des Herrschers und des Menschen stritten. Der Fürst erzählte mehrere treffliche Beispiele, wie der alte Fritz auf ebenso gemüthvolle wie originelle Art Fehler seiner Heftigkeit wieder gut zu machen verstand. Ich will ein Beispiel anführen, das er mit köstlichem Humor zum Besten gab: Ein Rittmeister wird wegen eines Vergehens vom alten Fritz mit dem Krückstock verfolgt und nimmt Reißaus. Am andern Tage meldet der Vorgesetzte dem König, daß der Officier, einer seiner tüchtigsten, leider seinen Abschied eingereicht habe.

Er soll zu mir kommen, herrschte der alte Fritz.

Angstbeklommen kommt der Officier.

Morjen, Herr Major! begrüßte er den sprachlos Ueberraschten, ich wollte

es ihm ja schon jestern sagen, aber er lief ja, daß ich ihn nicht einholen konnte. Morjen!

Selbst auf die Gefahr hin, Bekanntes zu erzählen, muß ich noch folgende originelle Geschichte wiederholen, die ebenfalls große Heiterkeit erregte. Beim alten Fritz verdächtigt ein Officier den andern und sucht sich selbst auf dessen Kosten, den er als Trinker, als Säufer hinstellt, herauszustreichen. In der Schlacht zeigt sich die Tüchtigkeit des andern, und als nun der Verdächtiger, der in der gleichen Schlacht arg in die Patsche gerathen ist, an der Spitze seines Regiments am alten Fritz vorbeidefilirt, ruft er ihm mit Donnerstimme zu: Sauf' er auch!

Inzwischen war nach verschiedenen warmen Gängen der Nachtisch aufgetragen worden, und Fürst Bismarck zündete sich seine lange Pfeife an, indem er sich behaglich im Lehnstuhl anlehnte und erzählte. Er bot mir einen „alten Korn" meines Landsmannes „Lohmann" an, den ich mit Rücksicht auf die zahlreichen Gläser, die bereits vor mir thronten, dankend ausschlug.

„Na," sagte er scherzend, „ich glaube, daß das Trinken immer mehr und mehr abkommt! Möge es uns nur nicht gehen wie den Engländern, seit sie nur Thee und Wasser trinken!"

Und nun that er folgenden classischen, echt Bismarck'schen Ausspruch:

„Wir nordische Völker bedürfen eines ‚Aufgusses'. Die Ungarn und die Spanier und die anderen da unten kommen schon halbbenebelt zur Welt. Wenn sich aber der Deutsche seiner Kraft recht bewußt werden soll, dann muß er erst eine halbe Flasche Wein im Leibe haben oder — setzte er lachend hinzu — besser noch eine ganze, und Sie wollen wirklich nicht?" fragte er.

Natürlich konnte ich nach solchen Worten nicht länger widerstehen, und schnell den Diener mit Gläsern herbeirufend, schenkte er selbst als liebenswürdiger Wirth meinem Nachbarn und mir ein.

Ich liebe die Liqueure und das süße Zeugs nicht, fuhr er fort; aber bei der hochseligen Kaiserin Augusta gab's nur solches. Ein kräftiger Cognac, das ist eher etwas für mich. Glücklicherweise waren aber unter den bedienenden Unterofficieren ein paar „gerissene" Jungen, vor allem ein langer Artillerist — ich sehe ihn noch vor mir. Wenn er dann vor mich hintrat und ich zwinkerte mit dem rechten Auge — und dabei veranschaulichte uns der Fürst das drastische Mienenspiel in größter Lebhaftigkeit —, dann kniff er das linke zu, und ich wußte nun ganz genau, auf der Seite steht ein fester Cognac für mich.

Und dabei ergötzte sich der Fürst an dem wohlgelungenen Anschlage und lachte, daß ihm die Thräne im Auge stand (immer wieder der alte Irrthum! D. Verf.). Ich aber freute mich aus vollem Herzen, den verehrten gewaltigen

Recken in solch köstlicher Geburtstagslaune bewundern zu können. Auch die hohen Damen und die übrige Gesellschaft betheiligten sich lebhaft an der Unterhaltung. Seiner Familie gegenüber war der Fürst stets aufmerksam und liebenswürdig, und an vielen kleinen Zügen, deren Zeuge ich auch an den folgenden Tagen war, konnte ich erkennen, daß er ein ebenso liebevoller Gatte wie Vater ist.

Die Fürstin reichte uns das kleine „Fremdenbuch" zum Eintragen unserer Namen, während der Fürst das Tintenfaß herbeischob mit dem Bemerken, es sei ein historisches und stamme noch vom Marschall Bazaine Beim flüchtigen Durchblättern fand ich auf zwei sonst leeren Seiten den Namen Kaiser Wilhelm's II., das letzte Mal 1889. Ein historisches Tintenfaß und ein historisches Buch!

Noch mancherlei Ernstes und Heiteres war geredet worden, als der Fürst sich erhob und sich zwanglos auf die Fensterbank setzte, von wo man einen prachtvollen Blick in den schönen Park mit breiten Wasserflächen und alten hohen Bäumen hat. Wir drei Herren standen an einer Seite, während er uns erzählte, was er da alles gepflanzt und gezüchtet habe, und zum äußern Beweise seines vortrefflichen Behagens ließ er sich die zweite Pfeife kommen.

Ich drückte ihm meine Ueberraschung über die Schönheiten des Sachsenwaldes aus, den ich mir einförmiger gedacht hätte, und verglich den Eindruck mit dem der Havellandschaften, worauf mich jedoch der Fürst auf den Gegensatz der Laubhölzer des Sachsenwaldes hinwies. . .

Kurz vor 7 Uhr war der Fackelzug aufgestellt, und die Abordnung wartete auf Bismarck's Erscheinen. Das Eingangsthor zum Schloßhofe liegt unmittelbar, nur durch einen Weg getrennt, an der Bahn, und auf diesem Wege also sollte der Fackelzug vorbeiziehen. Punkt 7 Uhr erschien vor dem Thor der Fürst in voller Uniform, den blinkenden Cürassierhelm auf dem Haupte, jubelnd begrüßt. (Folgt die oben von uns berichtigte Stelle. Red. d. „Hamb. Nachr.")

Nun begann unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches der großartige Fackelzug. Ich kann sagen, die Gesichter der Vorüberziehenden, vom hellen Fackelglanz bestrahlt, glänzten von einer Begeisterung, wie ich Aehnliches noch nie gesehen habe. Die ersten schwenkten den Hut, und als nun einer erst die Hand des Fürsten gedrückt hatte, da war des Händeschüttelns kein Ende mehr.

Alle Augenblicke versuchte einer, seinen persönlichen Gefühlen Ausdruck zu verleihen: „Durchlaucht wollen gestatten, daß ich an diesem großen Tage den Gefühlen meiner . . .", aber weiter kam er nicht, denn die Masse der heranwogenden Schaaren verschlang ihn und seine Worte. Da sich diese köstlichen Scenen unabhängig von einander oft wiederholten, so fehlte den erhebenden Augenblicken auch nicht das humoristische Element. Bismarck stand aufrecht,

fast um Hauptеslänge alle Vorüberziehenden überragend, von Zeit zu Zeit mit seiner Gemahlin sprechend. Die Begeisterung war unglaublich. Noch zogen Schaaren und immer neue Schaaren vorbei, als schon ein großer Sonderzug den ersten Theil der Festtheilnehmer nach Hamburg zurückfuhr, um keine Stockungen eintreten zu lassen. Gerade als der Eisenbahnzug unter dem endlosen Jubel seiner Insassen langsam an dem Fürsten vorbeifuhr, wollte es der Zufall, daß der Marsch der vorbeiziehenden Musik mit der „Wacht am Rhein" einsetzte, und nun klang es aus tausend und abertausend Kehlen, untermischt mit dem brausenden Hoch und Hurrah der Abfahrenden:

Lieb Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Nicht mir allein wurden die Augen feucht, und ich war mir bewußt, Zeuge eines großen, denkwürdigen Augenblickes gewesen zu sein, denn es giebt im Dasein des Einzelnen, im Leben der Völker nichts Schöneres als das Gefühl der Dankbarkeit.

* *
*

Am 12. April (M.=A.) berichten die „Hamb. Nachr." aus Friedrichsruh:

Heute beging Ihre Durchlaucht, die Frau Fürstin von Bismarck, die Feier ihres Geburtstages, an welcher nicht nur die zur Zeit hier versammelten Mitglieder der fürstlichen Familie und Verwandte, sondern auch zahlreiche distinguirte Persönlichkeiten, namentlich aus Hamburg, Altona und Umgegend theilnahmen. Der Empfang derjenigen Herrschaften, welche die Ehre hatten, der Frau Fürstin persönlich ihre Glückwünsche darzubringen, fand nach zwölf Uhr statt. Die Gesellschaftsräume des Schlosses boten um diese Zeit ein sehr belebtes Bild, dessen festlicher Charakter durch die reichen und geschmackvollen Blumenspenden, welche der Frau Fürstin dargebracht worden waren, aufs freundlichste gehoben wurde. Während der Frühstückstafel concertirte vor der Terrasse des Schlosses die Capelle des Ratzeburger Jäger=Bataillons.

Im Laufe des Nachmittags mehrte sich die Zahl der Gratulanten, und das prachtvolle Frühjahrswetter führte ein zahlreiches Publicum, namentlich aus Hamburg hierher. Bei der Ausfahrt der fürstlichen Herrschaften wurden ihnen herzliche Ovationen bereitet. Von Nah und Fern waren zahlreiche Briefe und Depeschen eingelaufen, welche alle dem einen Wunsche Ausdruck gaben, daß der hohen Frau noch manches glückliche Jahr an der Seite des großen Mannes vergönnt sein möge, zu dessen fürsorgender Gefährtin seines welthistorischen Lebens die Frau Fürstin von der Vorsehung ausersehen worden ist.

* *
*

Auf die Veränderungen im preußischen Staatsministerium kommen die „Hamb. Nachr." in Folge eines Artikels der „Nat. Ztg." am 13. April (M.=A.) noch einmal zurück und führen Folgendes aus:

Ministerfragen. Die „National-Ztg." schreibt in einem Artikel über die Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten, man dürfe wohl die Behauptung aufstellen, daß schwerlich die Gesammtheit der amtlichen Aufgaben des Fürsten Bismarck auf irgend einen Nachfolger übergegangen wäre, wenn des Ersteren Ausscheiden sich in der friedlichen Weise vollzogen hätte, wie etwa Graf Moltke's Rücktritt von dem Posten des Generalstabschefs; es seien Andeutungen bekannt geworden, daß trotz des zwischen der Krone und dem ersten Kanzler entstandenen Gegensatzes ein „allmäliges" Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus seinen Aemtern, also wohl eine Theilung derselben, zuerst ins Auge gefaßt gewesen sei; nur die unerwartet rasche Zuspitzung des Conflicts habe die Ausführung des Planes vereitelt und den Uebergang der ungetheilten Amtslast des Fürsten Bismarck auf den Grafen Caprivi zur Folge gehabt.

Es hat zu der Zeit, von welcher die „Nat.-Ztg." spricht, **allerdings die Absicht bestanden, daß Fürst Bismarck Reichskanzler, sein Sohn, Graf Herbert, auswärtiger Minister bleiben, Herr von Caprivi aber preußischer Ministerpräsident werden sollte**; und zwar sollte diese Theilung vorläufig und versuchsweise bis zu den nächsten Reichstagswahlen bestehen bleiben. Wir glauben auch zu wissen, daß damals Fürst Bismarck Herrn von Caprivi, auf den die Wahl des Monarchen allerdings schon von anderer Seite gelenkt worden war, als Vorsitzenden des preußischen Cabinets in Vorschlag gebracht hat und zwar weil der damalige Reichskanzler zu jener Zeit, als die Versöhnungspolitik noch nicht eingeführt war, sondern ein innerer Kampf im Staatsinteresse unvermeidlich schien, in Herrn von Caprivi den Mann sah, den liberalisirenden und civilistischen Einflüssen im Ministerium eventuell die Spitze zu bieten.

In dem Artikel der „Nat.-Ztg." wird weiter ausgeführt, Herr von Caprivi habe die vom Fürsten Bismarck übernommene ungetheilte Amtslast in etwas anderer Weise als sein Vorgänger gehandhabt; zu den Veränderungen habe gehört, daß im preußischen Staatsministerium die Individualitäten sich hätten stärker geltend machen können, was nützlich gewesen sei und wichtige Reformen zu Wege gebracht habe. Wir geben zu, daß wichtige Reformen unternommen worden sind, ob aber auch nützliche, das kann nur die Zukunft lehren, wenn die Handelsverträge, die Landgemeindeordnung und die sonstigen Umgestaltungen längere Zeit in ihren Wirkungen beobachtet worden sind.

Die „Nat.-Ztg." kommt endlich bei ihrer Erörterung der Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten auf die Frage der Ausgestaltung der jetzigen Reichsregierung zu einer

Anzahl verantwortlicher Reichsministerien zu sprechen. Das Blatt führt u. A. aus, nach dem Stellvertretungsgesetze sei die ministerielle Verantwortlichkeit des Kanzlers schon jetzt den einzelnen Ressortchefs übertragen; das Recht des Kanzlers, in jedes Reichs-Ressort durch eigene Verfügung einzugreifen und die Verantwortlichkeit selbst zu übernehmen, bedeute thatsächlich nur die Macht des Kanzlers, jeden Ressortchef durch solche Bekundung der Unzufriedenheit zum Rücktritt zu nöthigen — was ein englischer Premierminister auf andere Art, aber, sofern er das volle Ansehen des Premiers besitze, ebenfalls bewirken könne.

Diese Parallele trifft unseres Erachtens doch nicht ganz zu. Die Stellung der Ressortchefs beschränkt die Macht des Kanzlers nicht in der Weise, wie die „Nat.-Ztg." sagt, sondern das Verhältniß ist ein anderes. Die Ressortchefs sind dem Kanzler dienstlich untergeben und haben ihm gegenüber, wenn er die Geschäfte selbst in die Hand nimmt, keinerlei Rechte; sie stehen im Verhältniß eines vornehmsten, vortragenden Rathes zu ihm. Der Reichskanzler kann ihnen ihr Verhalten jederzeit vorschreiben, ohne daß sie ihre Entlassung nehmen müßten, da sie eine eigene Verantwortlichkeit für die Ausführung der Anordnungen des Reichskanzlers nicht haben, sobald letzterer dieselbe persönlich übernimmt. Wenn in England die Befugniß des Premierministers seinen Ressortchefs gegenüber nicht regelmäßig praktisch gehandhabt wird, so liegt dies daran, daß die Minister, die Bedeutung im Parlamente haben, heutzutage an Wichtigkeit so gewachsen sind, daß der Premierminister sich enthalten wird, ohne Weiteres über sie zu verfügen. Bei uns haben sich die Verhältnisse bisher noch nicht derart entwickelt, daß die Ressortchefs eine Stellung einnehmen, die es dem leitenden Minister unmöglich machen könnte, sich von ihnen zu trennen, falls es ihm nöthig erschiene.

* * *

An die Thatsache, die Fürst Bismarck in der oben (S. 196 f.) citirten Danksagung erwähnt, daß ihm zum letzten Geburtstage mehr Glückwünsche zugegangen sind, als zu irgend einem früheren, knüpft die Berliner „Börsen-Ztg." folgende sehr richtige Bemerkung:

Fürst Bismarck hat, wie aus seinem jüngsten Dankschreiben hervorgeht, in diesem Jahre zu seinem Geburtstage eine weit größere Anzahl von Beweisen herzlichster Antheilnahme aus allen Kreisen der Nation empfangen als je zuvor. Die Feststellung dieser Thatsache ist wichtig angesichts der fortdauernden Versuche der unversöhnlichen Feinde des ersten deutschen Kanzlers, seine unsterblichen Verdienste um das Vaterland zu leugnen und so die Arbeit des Auslandes verrichten zu helfen. Denn es kann doch die Hoffnungen unserer auswärtigen Feinde nur ermuthigen, wenn sie aus

dem Treiben der inneren Feinde unseres größten Staatsmannes schließen zu dürfen meinen, daß der nationale Gedanke, auf den gestützt Fürst Bismarck allein seine weltgeschichtliche Aufgabe zu lösen unternehmen konnte, jetzt soweit erloschen sei, daß es heute in Deutschland fast zum guten Tone gehöre, in der wegwerfendsten Weise von Bismarck und seinen nationalen Großthaten zu sprechen.

Dem gegenüber sei betont, daß die Wahrnehmung der großen Verehrung, deren sich der Schloßherr von Friedrichsruh im deutschen Volk erfreut, und wofür ihm die Feier seines 77. Geburtstages so massenhafte Zeichen und Pfänder bescheerte, auf unsere Neider und Feinde da draußen wie ein Kaltwasserstrahl gewirkt hat — ein Effect, der ihnen nicht schaden, uns selber aber nur nützen kann.

* * *

Die „Hamb. Nachr.“ bringen am 14. April (M.=A.) folgenden Artikel:

Zur preußischen Steuerreform. Wir haben in unserer gestrigen Morgenausgabe eine Correspondenz unseres Berliner parlamentarischen Mitarbeiters veröffentlicht, worin es als Absicht des preußischen Finanzministers angekündigt wurde, die Grund= und Gebäudesteuer, sowie die Gewerbesteuer in Preußen den Communen zu überweisen. Der Gedanke an sich würde gewiß vielseitige Zustimmung finden; der Druck der Communallasten in Preußen, der durch diese Ueberweisung vermindert werden soll, ist so stark, daß jede derartige Maaßregel einer großen Popularität sicher sein darf. Aber wir fragen uns, ob das Project wirklich in der Weise ausführbar sein wird, wie unser Berliner Correspondent angegeben hat. Nach seinen Mittheilungen sollen die Mittel zur Ueberweisung der drei Steuern an die Communen beschafft werden: erstens aus dem Mehrertrage der Einkommensteuer, zweitens aus den durch Aufhebung der lex Huene frei werdenden Summen und drittens aus der höheren Besteuerung des fundirten Einkommens, die sich der Finanzminister bei Berathung des Einkommensteuergesetzes vorbehalten habe.

Ob diese Beiträge hinreichen werden, den Ausfall zu decken, den die Staatscasse durch Ueberweisung der Steuern an die Communen erleiden würde, ist fraglich. Die Grundsteuer beträgt 39907000, die Gebäudesteuer 35086000, die Gewerbesteuer 21919000 Mark. Es sollen also zusammen 96912000 Mark vom Staate an die Communen überwiesen werden. Diesem Betrage gegenüber steht das Plus des Einkommensteuerertrages mit 44000000 Mark; davon sind im Etat verwendet 7000000, bleiben 37000000. Aus der lex Huene werden höchstens 25000000 frei; also sind zusammen 62000000 Mark verwendbar, wobei aber die 9000000 Mark Schuldotation noch gar nicht zu letzterem Zwecke gebraucht werden dürfen. Woher sollen die fehlenden

34 000 000 genommen werden? Soll dieser Betrag aus der Sonderbesteuerung fundirten Einkommens fließen? Ganz abgesehen von dem bevorstehenden Deficit, das der Finanzminister auf 35 bis 40 Millionen veranschlagt hat, das aber auch höher ausfallen kann, befürchten wir, daß die Ueberweisung der drei Steuern an die Communen in den preußischen Staatssäckel ein Loch reißen würde, das um so schwerer auszufüllen sein dürfte, als die preußischen Finanzen an dem Opfer von 40 bis 50 Millionen jährlicher Zolleinnahmen, das mit den Handelsverträgen dem Auslande vom Reiche gebracht worden ist, naturgemäß am stärksten betheiligt sind.

Dieser Sachlage gegenüber haben wir die Empfindung, daß die stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens in einer Weise geplant ist, auf die man bis jetzt noch nicht vorbereitet war. Unser Berliner Mitarbeiter hat gestern die Absicht angedeutet, das „fundirte Einkommen — einerlei in welcher Form —" stärker zu belasten. Bei aller principiellen Zustimmung, welche die höhere Besteuerung des fundirten Einkommens verdient, würde es aber doch auf die Art der Verwirklichung dieser Absicht für die Beurtheilung sehr ankommen. Es wäre z. B. auf diesem Wege auch eine systematische Auspressung der besitzenden Classen denkbar, welche diese dem Staate entfremden und deshalb für nachtheilig erachtet werden müßte, selbst wenn sie finanziell sehr ergiebig wäre.

Dem Vernehmen nach soll übrigens die Absicht bestehen, neben der Einkommensteuer eine Vermögenssteuer herzustellen, wodurch der Ertrag der Einkommensteuer indirect gesteigert würde, und zwar um einen Procentsatz von dem Werthe sowohl des in der Einkommensteuer enthaltenen, als auch desjenigen Vermögens, das in den maßgebenden letzten beiden Jahren kein Einkommen geliefert hat, aber unter Umständen, wenn es gut bewirthschaftet würde, solches gewähren könnte. Für die Vermögenstheile, die von der Einkommensteuer schon betroffen sind, würde es sich also um eine additionelle Besteuerung zu der vom Einkommen erhobenen handeln; für diejenigen Vermögenstheile, die bisher, oder wenigstens in den beiden letzten Jahren, einen Ertrag nicht gehabt haben, würde eine Neubesteuerung eintreten, deren Ertrag und deren Wirkung auf die Besteuerten noch erheblicher, wie dies bei der Einkommensteuer der Fall ist, von den Auffassungen abhängen würde, die bei den Einschätzenden stattfinden. Der Plan einer Vermögenssteuer würde namentlich für die Landwirthschaft von Bedeutung sein, in der besonders viel Objecte, die bisher in der Lieferung von Einkommen nicht thätig waren, nach ihrem Vermögenswerthe, resp. Verkaufspreise der neuen Steuer unterworfen werden könnten. Freilich würde auch aller Luxusbesitz, ferner Papiere, die noch keinen Ertrag abwerfen,

endlich die Objecte der sogenannten Hoffnungskäufe und ganz besonders derjenige Grund- und Bodenbesitz zur Steuer herangezogen werden können, der in der Nachbarschaft der großen Städte zu Bauspeculationen, also um ihn demnächst wieder zu verkaufen, erworben wird.

Wir wissen unsererseits nicht, ob die Absicht der Einrichtung einer solchen Steuer in der That obwaltet, und in welchem Sinne die Steuer eventuell ausgearbeitet werden würde; wir verzeichnen nur Gerüchte, die uns darüber zu Ohren gekommen sind. Wir sind auch in Ermangelung statistischer Daten nicht in der Möglichkeit, uns ein ungefähres Bild von dem Umfange der neu zu besteuernden Objecte und deren Werth zu machen; wir wissen endlich nicht, ob in andern Ländern eine ähnliche Steuer bereits besteht oder versucht worden ist — jedenfalls aber würde mit einer solchen Steuer, wenn sie eingeführt werden sollte, eine jeder Ausdehnung fähige Steuerschraube hergestellt sein, die in scheinbar geringfügigen Sätzen zu ganz anderen Progressionen führen würde, wie die Einkommensteuer. Ein pro Mille Vermögenssteuer würde nach den heutigen Rentabilitätsverhältnissen schon zwischen 2 und 3 Procent des Einkommens decken.

* * *

Ueber die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit des Cartells zwischen den staatserhaltenden Parteien äußern sich die „Hamb. Nachr." am 15. April (M.-A.):

In einem Theile der Presse wird augenscheinlich geglaubt, daß unter den jetzigen Verhältnissen der politischen Weisheit letzter Schluß in der Behandlung des Cartellgedankens als überlebte Idee seinen Ausdruck zu finden habe. Darin drückt sich aber nichts Anderes als die vollste Verkennung der Möglichkeiten aus, die im Reichstage für die Bildung einer constanten Majorität bestehen. Das Cartell war eine Zusammenfassung der monarchischen Parteien mit abgeknickten Spitzen, damit sie sich gegenseitig nicht stachen. Das Cartell war das Ergebniß der politischen Lage, wie sie damals bestand und jetzt noch besteht; es bot die einzige Möglichkeit, eine in den Hauptgrundsätzen übereinstimmende Majorität herzustellen.

Für eine conservative Majorität im Sinne der „Kreuz-Zeitung" fehlen in der Bevölkerung die dazu nothwendigen Wählerquantitäten. Die conservativen Bezirke sind geographisch sehr begrenzt; conservative Wahlen wachsen nicht auf jedem Boden, sondern in der Hauptursache nur in den von der Landgemeindeordnung betroffenen preußischen Provinzen, mit Ausnahme von Posen, in Sachsen, soweit die Socialdemokratie dort das Terrain nicht occupirt, in Mecklenburg, allerdings diminuendo, und dann sporadisch in einigen Theilen des protestantischen Westfalens, sowie des württembergischen und badischen Südwestens.

Die Möglichkeit, daß die Nationalliberalen eine Majorität gewinnen können, ist nach früheren Erfahrungen nahezu erwiesen, heutzutage ist ihr Eintritt indeß nicht sehr wahrscheinlich. Aber es ist keineswegs ausgeschlossen, aus einer Verbindung der beiden conservativen Fractionen mit den Nationalliberalen eine Mehrheit herzustellen.

Die katholisch-conservative Majorität ist im preußischen Landtage vorhanden. Ob sie dort existent bleibt, ist fraglich; im Reichstage aber läßt sie sich nicht herstellen. Im letzteren wird die Politik nur unter Belassung mit allen den Schwächen getrieben werden können, welche im Auslande beispielsweise den Coalitionsministerien anhaften, also durch ein Cartell, das in gewissen Cardinalfragen einig ist und sich die itio in partes über Anderes vorbehält.

Es giebt keine Fraction, die im Reichstage eine geschlossene Mehrheit sicher zu stellen vermöchte; dies kann nur das Cartell. Wollten wir aber auf eine geschlossene Reichstagsmehrheit überhaupt verzichten, so würde die Entwickelung und Consolidirung unserer verfassungsmäßigen Zustände von Jahr zu Jahr zweifelhafter werden.

* * *

Unter der Ueberschrift „Neue Bismarck-Portraits“ enthalten die „Hamb. Nachr.“ vom 21. April (A.-A.) einen Feuilletonartikel eines ständigen Mitarbeiters, der gelegentlich der Ausstellung einiger neuen Portraits des Fürsten interessante Mittheilungen über die Entstehungsweise neuer Bismarckbilder macht. Der betreffende Abschnitt lautet:

Der permanente Ausstellungssaal im Börsenbau enthält jetzt zwei in Oel gemalte Bildnisse und eine tuschirte Portraitskizze des Fürsten Bismarck. Das eine Bild ist ein Werk Franz von Lenbach's, das zweite mitsammt der Skizze rührt von Walter Petersen in Düsseldorf her. Das Lenbach'sche Portrait stammt aus dem Jahre 1890, die Petersen'schen Aufnahmen sind allerjüngsten Datums, die Skizze trägt sogar ein nur wenige Tage zurückgelegenes Datum. Von den dadurch veranlaßten künstlerischen Erwägungen abgesehen, ist dieses Nebeneinander schon vom rein sachlichen Standpunkte aus interessant. Jeden Augenblick schwirrt ein anderer Künstlername in die Oeffentlichkeit hinaus, von dem es heißt, daß sein Träger sich zu Zwecken der Abportraitirung des großen Staatsmannes in Friedrichsruh oder in Varzin eingefunden habe. Das sieht fast so aus, als wäre der Fürst, den früher nicht einmal sein bevorzugter Künstler-Freund Lenbach zu einem regelrechten Sitzstündchen hat fest bekommen können, mit einem Male eitel geworden, und als verlangte ihn, aus seiner stillen Klause heraus die Welt mit seinen Conterfeis zu überschwemmen. Es ist aber gerade das Umgekehrte

der Fall. Die Welt ist unersättlich in dem Verlangen nach Abbildungen des großen Mannes, und ginge es nach ihr, so dürfte die Umgebung des Fürsten überhaupt nur mehr aus Malern und Bildhauern bestehen, allenfalls daß sie ihm gnadenweise noch den Dr. Schweninger gestattete!

Thatsache ist, daß die Ansuchen von Künstlern an den Fürsten, ihn für diesen oder jenen bevorzugten Anhänger malen zu dürfen, recht fleißig eingehen und bei der entgegenkommenden Liebenswürdigkeit des Fürsten auch die möglichste Berücksichtigung finden. Die bevorzugten Bewerber werden sodann in der gastlichsten Weise aufgenommen, selbst in den Familienkreis und zu Tisch gezogen, erhalten wohl auch die Vergünstigung, zur besseren Auffrischung ihres Gedächtnisses sich eine Moment-Photographie des Fürsten anfertigen zu dürfen — doch darüber hinaus geht die Opferwilligkeit des hohen Herrn nicht. Regelrechte und ausdauernde Sitzungen sind ihm auch heute noch gerade so unbehaglich, wie sie es ihm nur je zuvor gewesen sind, denn dazu ist das Blut noch viel zu lebendig in seinen Adern. Uebrigens ist es nicht ausgeschlossen, daß der Fürst über besonderes Ansuchen — und das geschieht gewöhnlich auf Intervention seiner Frau, bei der Alles, was Kunst ist, einen mächtigen Stein im Brette hat — vorübergehend in irgend einer bestimmten Pose stille hält. Doch eben nur vorübergehend. In der Hauptsache muß der betreffende Künstler sich schon auf sein eigenes Gedächtniß verlassen können, um späterhin aus diesem heraus die in dem persönlichen Verkehr flüchtig entworfenen Augenblicksskizzen zu ergänzen.

Diese Thatsache ist festzuhalten, wenn man nach einer Erklärung für die auffällige Verschiedenheit in den verschiedenen Bismarck-Portraits sucht, von denen, selbst wenn sie unmittelbar hinter einander gemalt sind, kaum zwei einander gleichen. Das erscheint fast selbstverständlich, wenn man die Verschiedenheit der jeweiligen Stimmungen in Betracht zieht, unter denen diese Portraits entstehen, und zwar nicht nur die Stimmungen des Darzustellenden, sondern weit mehr noch des Darstellers selbst. Denn man begreift, daß Einer, der zum ersten Male in der Nähe des großen Staatsmannes verweilt, ihn anders sieht, wie Einer, dem diese Auszeichnung wiederholt zu Theil geworden ist, wofür so recht bezeichnend die jüngst gefallene Aeußerung eines Künstlers ist, der den durch die Nähe dieser machtvollen Persönlichkeit empfangenen Eindruck präcisirend, sagte, daß es beim Ansichtigwerden des Fürsten stets des ganzen Aufwandes seiner Kräfte bedürfe, um überhaupt zum Skizziren zu kommen, sowie Durchlaucht aber das Wort an ihn richte, sei es mit dem Zeichnen „auch schon vorbei!"

* * *

Die „Hamb. Nachr." vom 23. April (M.-A.) bringen folgenden Artikel:

Zur Richtigstellung. Wir haben neulich geäußert, Fürst Bismarck habe im März 1890 Herrn von Caprivi als Vorsitzenden des preußi-

schen Cabinets in Vorschlag gebracht, weil er in Herrn von Caprivi den Mann gesehen hätte, den civilistischen Einflüssen im Ministerium die Spitze zu bieten. Die „Frankfurter Ztg." knüpft daran die Bemerkung, daß sich Fürst Bismarck in der Annahme, Caprivi werde sich „zu einem reactionairen Drillmeister der Minister" qualificiren, geirrt habe. Hierin liegt eine tendenziöse Entstellung der Absichten des Fürsten. Seine damalige Berechnung war auf die Ueberzeugung basirt, daß ein Conflict irgendwelcher Art nicht ausbleiben werde, und sein Bedürfniß war, in der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten einen strammen Militair, wenn man will, einen Haudegen zum Nachfolger zu haben, der dem Kaiser gegenüber bei etwaigen civilistischen Schwächen des Staatsministeriums die Festigkeit des letzteren bei inneren Schwierigkeiten sichern würde. Die Absicht des Fürsten Bismarck war, kurz gesagt, einen Conflictsminister, nach Art des Grafen Brandenburg im November 1848, ins Amt zu bringen, da es ihm nicht sicher schien, ob diejenigen unter den damaligen Ministern, welche bei etwaigen Revolten als Kriegsminister, als Chefs der Polizei und als Instructoren der Staatsanwaltschaften zunächst auf der Bresche gestanden hätten, ohne militairische Spitze dem Monarchen hinreichende Festigkeit gewährt haben würden. Will die „Frankfurter Zeitung" den Inhaber einer solchen Mission als „reactionairen Drillmeister der Minister" qualificiren, so mag sie es thun. Wir unsererseits glauben, daß Fürst Bismarck nur eine sicherere Vertheidigung der Monarchie bei vorkommenden revolutionairen Conflicten im Auge gehabt hat.

Aehnliche Bemerkungen macht die „Weser-Zeitung" zu unserer oben reproducirten Auslassung. Das Bremer Blatt schreibt in leicht erkennbarer Absicht, damals habe es noch kein nationalliberales Mitglied im Ministerium gegeben, und doch hätte Fürst Bismarck es für nöthig gehalten, den liberalisirenden Einflüssen die Spitze zu bieten.

Diese Insinuation der „Weser-Zeitung" entbehrt jeder Grundlage. Die Regierung stand damals unter dem Eindrucke der Streiks von 1889 und der Möglichkeit der Wiederholung derselben, welche schwere Conflicte im Gefolge haben konnte. Es handelte sich bei dem Blick in die Zukunft nicht um „liberalisirende Einflüsse im Ministerium", denen die Spitze zu bieten gewesen wäre, sondern um entschlossene Vertheidigung unserer staatlichen Einrichtungen und Rechtsverhältnisse gegen gewaltthätige Ausbrüche, die damals so wenig außerhalb des Bereiches der Möglichkeit lagen, wie sie heute liegen. Wenn sie erfolgt wären oder erfolgen sollten, so erwarten wir von den nationalliberalen Ministern dieselbe Energie in der Bekämpfung wie von den conservativen. Es kommt hierbei nicht

so sehr auf die Fractionsangehörigkeit wie auf die persönliche Tapferkeit und die sonstigen Charaktereigenschaften des Individuums an.

Die Unterstellung der „Weser-Zeitung“ ist sonach eine vollständig irrthümliche und ein Ergebniß mangelhafter Kenntniß der Stimmungen und Befürchtungen, mit denen wir damals in die Zukunft blickten und von denen wir uns auch heute nicht vollständig frei fühlen. Wir wissen nicht, ob der Verfasser der Bemerkung in der „Weser-Zeitung“ im Jahre 1848 schon zu eigenem Urtheile in politischen Angelegenheiten erwachsen war; aber wir haben den Glauben, daß, wenn 1848 ein Ministerpräsident von der soldatischen Natur des Grafen Caprivi an der Spitze des preußischen Staatsministeriums gestanden hätte, die Märztage jenes Jahres wahrscheinlich anders verlaufen wären, und daß eine befriedigende Lösung der deutschen Frage durch ein unerschüttertes Preußen vielleicht schon früher hätte eintreten können. Wir vermögen freilich nicht zu beurtheilen, ob eine Entwickelung in der Richtung der heutigen Zustände mit der hinreichenden Energie gefördert sein würde, aber wir sind überzeugt, daß unter einem Ministerpräsidium Caprivi die Truppen Berlin nicht verlassen hätten.

*   *
*

Auch eine Art Richtigstellung bedeutet nachstehende Ausführung an derselben Stelle:

In Pariser Blättern sind dieser Tage Mittheilungen über angebliche Rathschläge gemacht worden, die Fürst Bismarck seiner Zeit bezüglich der Annexion Belgiens durch Frankreich dem Kaiser Napoleon ertheilt haben soll; es ist sogar ein angeblicher Brief, den der Kaiser Napoleon im Juni 1870 an den Herzog von Grammont gerichtet habe, im Wortlaut veröffentlicht worden.

Wir brauchen allen Denen, welche die actenmäßige Geschichte jener Zeit gelesen haben und die facsimilirten Briefe Benedetti's kennen, nicht erst zu sagen, daß es sich bei allen diesen Veröffentlichungen einfach um französische Erfindungen handelt. Für Deutschland war es nur dankenswerth, daß der norddeutsche Bundeskanzler damals die nationale deutsche Frage als die ihn allein beherrschende angesehen hat. Neben derselben wird die belgische für ihn vielleicht auch ein Interesse gehabt haben, aber vorzugsweise in der Richtung, zunächst zu erproben, welche Leistungen England zu Gunsten der von ihm garantirten belgischen Unabhängigkeit praktisch auf sich nehmen werde, falls diese Unabhängigkeit durch Frankreich gefährdet würde.

Es ist leicht möglich, daß Fürst Bismarck den Norddeutschen Bund und Preußen nicht als den primo loco-Garanten für die belgische

Unabhängigkeit angesehen hat, sondern der Meinung gewesen ist, daß auch die übrigen europäischen Mächte dafür gleichzeitig und gleichmäßig eintreten müßten. Und wie das Verhalten des Norddeutschen Bundes sich gestaltet haben würde, nachdem Frankreich in Belgien eingebrochen wäre, geht aus den oben erwähnten französischen Publicationen auch nicht hervor.

Wir haben in anderweitigen Veröffentlichungen, die aus dem Gedächtniß der schnell lebenden Gegenwart verschwunden sein werden, die Angabe gefunden, daß Graf Benedetti dem Grafen Bismarck die offene Frage gestellt habe: „Würden Sie uns angreifen, wenn wir in Belgien einrückten?" und daß die Antwort darauf gewesen sei: „Nein!", während auf die weitere Frage: „Was werden Sie dann thun?" geantwortet worden sein: „Nous chercherons notre Belgique ailleurs!" — wahrscheinlich mit der Bedeutung: wir werden die Maingrenze beseitigen und die volle Einigung Deutschlands vollziehen, die 1866 noch nicht thunlich schien.

Was aus Belgien geworden wäre, war für die deutsche Politik vorläufig eine Frage zweiten Ranges; ein französisch-deutscher Krieg wäre bei dieser Entwickelung schwerlich ausgeblieben, und wenn derselbe den Verlauf wie 1870/71 genommen hätte, so würde auch Belgien wieder erstanden sein. Ob Deutschland alsdann den Ruhm seines französischen Krieges mit England zu theilen gehabt hätte, indem England sich seiner Garantie für Belgien erinnert haben würde, ist eine Frage, die zu beantworten heute kein Bedürfniß vorliegt. Aber gewiß ist, daß man den Fürsten Bismarck nicht tadeln kann, wenn ihm auch damals schon die deutschen nationalen Interessen höher gestanden haben, als die Gefahren und Kämpfe, welche über Belgien von Frankreich heraufbeschworen werden konnten.

*  *
*

Am 16. April hatten die „Hamb. Nachr." (A.-A.) einen Berliner Artikel gebracht über die Stellung des Finanzministers Dr. Miquel zum Volksschulgesetzentwurfe:

Dr. Miquel habe nur unbedeutende Einwendungen gegen den Entwurf gemacht. Sein Entlassungsgesuch habe in der That existirt, aber auch nicht einen Augenblick in dem Sinne eines ernstgemeinten Rücktritts; er habe es eingereicht, nicht weil er mit dem Inhalte des Volksschulgesetzentwurfs nicht einverstanden gewesen wäre, sondern weil er damit einverstanden war, aber für sein Theil sich von jeder Verantwortlichkeit für die Haltung, die seine früheren Parteigenossen dem Gesetzentwurf gegenüber eingenommen hatten, los und ledig machen wollte.

Daß eine Lossagung Dr. Miquel's von dem Nationalliberalismus sich vorbereite, wäre übrigens auch anderweit erkennbar gewesen. Als der Minister seinerzeit durch sein Influenzaleiden sowohl von der Theilnahme an der Vorfeier des 25jährigen Jubiläums der nationalliberalen Partei bei Dr. Hammacher als auch an dem eigentlichen Partei-Hauptfeste zurückgehalten wurde, konnte man vielfach die Meinung aussprechen hören, daß auch ohne Krankheitsanfall der ehemalige nationalliberale Parteiführer und Vater des Heidelberger Programms wahrscheinlich kaum in der Lage gewesen sein dürfte, dem Feste seiner Parteigenossen beizuwohnen.

Mit Bezug auf diese Correspondenz hieß es dann weiter am 21. April in den „Hamb. Nachr.“ (A.-A.) u. A:

Ob das über die Stellung des Herrn Dr. Miquel Gesagte richtig ist, wissen wir auch heute noch nicht; Thatsache ist, daß dem Finanzminister in der Presse seiner eigenen Partei schon früher Beziehungen zugeschrieben wurden, mit denen sein geschildertes Verhalten in der Volksschulgesetzfrage zu vereinen sein würde. So finden wir in unserem Redactionsarchiv, wenn wir die Acten Miquel nachschlagen, einen Artikel, der im April vorigen Jahres in der nationalliberalen „Bad. Land.-Ztg.“ erschien und worin u. A. ausgeführt wurde, daß die Schwenkung der Regierungspolitik zu Gunsten des Centrums seit Miquel's Eintritt in das Ministerium datire, daß dieser vormals im Reichstage die verblüffendsten Resultate bei Verhandlungen mit dem Centrum erzielt habe und daß nach alledem die Vermuthung Platz greifen könne, Dr. Miquel stände dem Katholicismus näher, als man seiner Confession nach annehmen sollte; es sei nur zu wünschen, daß falls dies irrig sei, eine entschiedene Widerlegung durch Thatsachen erfolge. Seitdem ist aber das gerade Gegentheil davon geschehen, nämlich die Vorlegung des Volksschulgesetzes, die der Herr Finanzminister unseres Erachtens hätte verhindern können, wenn er dies gewollt hätte.

Am 23. April (M.-A.) kommt dann diese Frage noch einmal zur Sprache:

Die neulich von uns veröffentlichte Berliner Correspondenz über die Stellung des Finanzministers Dr. Miquel zum Volksschulgesetzentwurfe bildet den Gegenstand fortdauernder Besprechungen in der Presse. Indem wir unserem Gewährsmann, wie bereits gesagt ist, die Vertretung seiner thatsächlichen Angaben und Conjecturen überlassen, theilen wir mit, daß uns inzwischen von anderer Seite aus Berlin Zuschriften zugegangen sind, welche abweichende Ansichten enthalten. Ihre Urheber folgern aus dem Abschiedsgesuche, welches Herr Dr. Miquel seiner Zeit eingereicht hat, daß der Minister keineswegs bezweckt habe, auf indirectem Wege eine Quittung über seine Unabhängigkeit von der nationalliberalen

Partei zu extrahiren, sondern daß er im Gegentheile seine Fühlung mit der Partei habe conserviren wollen. Sein Abschiedsgesuch sei in der Absicht eingereicht worden, es zu verwirklichen, wenn die definitive Beschlußfassung über das Volksschulgesetz in einem der nationalliberalen Partei widersprechenden Sinne ausfallen sollte. Er habe die Möglichkeit der Aenderung der Vorlage abwarten wollen, bevor er seinem Demissionsgesuche praktische Folge gebe, aber durch dasselbe die Absicht markirt, aus dem Ministerium auszutreten, falls die Vorlage unverändert bliebe.

Uns erscheint diese Darstellung sowohl mit Rücksicht auf die Quelle, aus der sie uns zugeht, als auch aus inneren Gründen als plausibel, wie wir auch die frühere anderslautende Schilderung mit allem Vorbehalt veröffentlicht haben. Aber wir sind außer Stande, mit Sicherheit zu entscheiden, welche der beiden Auffassungen die richtige ist; das kann nur Herr Dr. Miquel selbst thun. Wir müssen für beide divergirenden Angaben die Verantwortung unseren Berliner Gewährsmännern überlassen.

* *
*

Die am 24. März vollzogene Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten wird in den „Hamb. Nachr." vom 24. April (M.-A.) noch weiter behandelt (vgl. die Erörterungen S. 137 ff., 162 ff. und 177 f.):

Zu den Ministerfragen. Die „Kreuz-Ztg." bringt einen Artikel über die Modificationen, die durch Scheidung der Aemter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten in der Behandlung der Geschäfte des Reiches und Preußens namentlich im Bundesrathe bedingt seien. Es wird darin u. A. ausgeführt:

„Wie eng verwachsen mit einander die jetzt getrennten Aemter des Reichskanzlers und des Ministerpräsidenten sind und waren, das geht aus einer Beobachtung des Bundesraths hervor. Seit ungefähr 7 bis 8 Jahren sind sämmtliche preußische Staatsminister Mitglieder des Bundesraths, vorher gehörten mehrere derselben, z. B. die Herren von Goßler und Puttkamer, dem Reichstag als Abgeordnete an. Diesem Brauche zufolge wird nun der neue Ministerpräsident gleichfalls in den Bundesrath berufen werden; scheinbar müßte er in diesem Falle die Führung der preußischen Stimmen übernehmen und für Preußen die Abstimmung vollziehen. Das ist aber aus zwei Gründen gegenwärtig nicht ausführbar. Zu den 17 preußischen Bundesraths-Bevollmächtigten gehört bekanntlich auch der Reichskanzler, welcher nicht nur verfassungsmäßig Leiter des Bundesraths ist, sondern in seiner Anwesenheit selbstverständlich auch für Preußen abstimmt. Andererseits ist durch ein besonderes Gesetz ein Stellvertreter des Reichskanzlers in dem Staats-

secretair des Innern ernannt, der ebenfalls preußischer Bevollmächtigter ist und in seiner zweiten Eigenschaft als Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums den nächsten Anspruch hatte, in Behinderungsfällen den Reichskanzler auch als preußischer Stimmführer zu vertreten. Ihm wäre diese Befugniß entgangen, wenn der neue preußische Ministerpräsident auch im Bundesrathe voll seine Stellung eingenommen hätte; dem Letzteren wäre nicht nur die Stimmführung, sondern auch die Leitung der Sitzungen in Abwesenheit des Reichskanzlers zugefallen. Damit hätte sich aber die Stellung des Staatssecretairs von Boetticher auch in der Richtung eines allgemeinen Vertreters des Reichskanzlers wesentlich geändert. Alle diese Beobachtungen zeigen, auf welchen sachlichen Erwägungen das vor wenigen Wochen eingereichte Entlassungsgesuch de Herrn von Boetticher beruhte. Da der Letztere nun aber im Amte geblieben ist, so hat man einen anderen Weg eingeschlagen. Der preußische Ministerpräsident verzichtet auf die ihm zukommende Stellung im Bundesrathe, er wird dort als einfaches Mitglied erscheinen, und die Leitung der Geschäfte sowie die Stimmabgabe für Preußen dem Staatssecretair von Boetticher verbleiben, welcher im preußischen Staatsministerium der Vertreter des Grafen Eulenburg ist."

Diese Ausführungen beruhen auf irrthümlicher Auffassung der Verfassungsbestimmungen. Der König von Preußen ist in keiner Weise verfassungsmäßig verpflichtet, dem Reichskanzler, den er in seiner Eigenschaft als Kaiser zum Vorsitzenden des Bundesraths und zu seinem alleinigen verantwortlichen Minister in Reichssachen ernennt, auch gleichzeitig als König von Preußen die Führung der preußischen Stimmen im Bundesrathe zu übertragen. Ebensowenig liegt für den König von Preußen eine verfassungsmäßige Nöthigung vor, die übrigen preußischen Minister, oder selbst die Staatssecretaire der verschiedenen Verwaltungsressorts des Reiches zu preußischen Bundesrathsbevollmächtigten zu ernennen. Der König kann seine Vollmacht für den Bundesrath vielmehr einer jeden Person übertragen, die er für die Führung der preußischen Stimmen geeignet hält. Es ist also durchaus nicht selbstverständlich, daß der Kanzler für Preußen abstimmt, wenn er im Bundesrathe anwesend ist.

Ebensowenig ist durch ein besonderes Gesetz ein Stellvertreter des Reichskanzlers in der Person des Staatssecretairs des Innern ernannt, sondern auf Grund des Stellvertretungsgesetzes, nicht durch dasselbe, ernennt der Kaiser zum allgemeinen Stellvertreter für den gesammten Umfang der Geschäfte und Obliegenheiten des Reichskanzlers nach seiner Wahl wen er will und ist dabei keineswegs an den Staatssecretair des Innern oder sonst Jemanden gebunden. Es hat also Niemand, auch der

Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums nicht, einen Anspruch darauf, im Behinderungsfalle den Reichskanzler als preußischen Stimmführer im Bundesrathe zu vertreten. Der Reichskanzler ist in dieser seiner Eigenschaft nicht preußischer Stimmführer; es kann also auch Niemandem eine „Befugniß" entgehen, wenn der preußische Ministerpräsident im Bundesrathe voll seine Stellung einnimmt. Eine „Befugniß" existirt in dieser Richtung überhaupt nicht, und die Leitung der Sitzungen des Bundesrathes in Abwesenheit des Reichskanzlers fällt stets demjenigen Mitgliede des Bundesrathes zu, welches der Reichskanzler sich substituirt nach Maaßgabe des Artikel 15 Absatz 2 der Reichsverfassung, welcher bestimmt, daß sich der Reichskanzler durch jedes andere Mitglied des Bundesraths vermöge schriftlicher Substitution vertreten lassen kann.

Nach diesen verfassungsmäßig unanfechtbaren Sätzen kann auch der preußische Ministerpräsident nicht „auf eine ihm zukommende Stellung" im Bundesrath „verzichten" und dort als „einfaches Mitglied" erscheinen. Er muß die Leitung der Geschäfte dem Reichskanzler oder dem nach Artikel 15 der Verfassung von diesem substituirten Mitgliede des Bundesrathes nothwendig überlassen; und wem die Stimmabgabe für Preußen übertragen wird, hängt allein von der königlichen Entscheidung ab, die durch keine verfassungsmäßige oder gesetzliche Bestimmungen präjudicirt ist.

Das geschäftlich Natürlichste wird immer sein, daß die preußische Stimme von dem preußischen Ministerpräsidenten, falls er anwesend ist, abgegeben wird; aber es hängt diese Stimmabgabe für Preußen mit der Leitung der Geschäfte im Bundesrathe nicht untrennbar zusammen. Der preußische Ressortminister für die deutschen Angelegenheiten, also auch für die Stimmabgabe im Bundesrathe, ist und bleibt der preußische Minister für auswärtige Angelegenheiten, der sich dabei im Einklang mit seinen preußischen Collegen zu halten hat. Das Portefeuille der auswärtigen, also auch der deutschen Angelegenheiten Preußens hat der jetzige Reichskanzler Graf Caprivi in Händen behalten. Das preußische Votum im Bundesrathe kann daher, wenn seine Justificirung verlangt wird, nur durch eine vom Grafen Caprivi als preußischem auswärtigen Minister ausgehende Instruction seine staatsrechtliche Deckung finden.

Wir halten den vielen Unklarheiten gegenüber, die nicht nur in dem oben angezogen Artikel der „Kreuz-Ztg.", sondern analog auch in anderen Zeitungen uns aufgefallen sind, diese Richtigstellung für nothwendig.

* * *

In der gleichen Nummer der „Hamb. Nachr." finden wir eine Erwiderung an die Adresse der „Frankf. Ztg.":

Die „Frankfurter Ztg." stellt unsere neuliche Behauptung, daß die officiöse Presse heute in weiterem Umfange bestehe als früher, in

Widerspruch mit der Erklärung, welche Fürst Bismarck als Reichskanzler am 9. Februar 1876 im Reichstage abgegeben habe. Dieser Widerspruch ist für Niemanden vorhanden, der die Sache, um die es sich handelt, wirklich kennt.

Beim Eintritt des Herrn von Bismarck in das preußische Staatsministerium im Jahre 1862 war die Presse überhaupt nicht in der Hand des Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern, resp. Fürsten von Hohenlohe, sondern in der des Staasministers ohne Portefeuille Herrn von Auerswald. Demnächst ist sie nicht auf den Ministerpräsidenten, sondern auf den Minister des Innern übergegangen, nicht aus staatsrechtlichen Gründen, sondern aus thatsächlichen, weil diese Uebertragung dem Staatsministerium praktischer erschien, soweit die officiöse Presse sich mit den inneren Angelegenheiten zu beschäftigen hatte. Eine Betheiligung des Ministerpräsidenten an derselben war zwar auch für die inneren Angelegenheiten ausnahmsweise nicht ausgeschlossen, sie beschränkte sich aber doch im Wesentlichen auf auswärtige Fragen.

Nun ist ja sehr leicht möglich, daß diese Betheiligung des Ministerpräsidenten Fluthen und Ebben gehabt haben kann, und daß zur Zeit des 9. Februar 1876 der Reichskanzler von den gerügten Unbilden und Mißbräuchen, die mit dem Begriff „officiöse Presse“ getrieben wurden, einen so starken Eindruck gehabt hat, daß er, wie er sagte, müde geworden war, sich damit zu befassen; ebensowohl aber kann er 4 oder 10 Jahre später unter dem Wechsel der Zeiten das Bedürfniß gehabt haben, dem Preßfach wieder näher zu treten. Aber selbst wenn das nicht der Fall gewesen wäre und er sich absolut enthalten hätte, so würde doch unsere Behauptung nur um so richtiger sein, daß die officiöse Presse gegenwärtig in weiterem Umfange besteht als früher.

Es ist daher eine willkürliche Grobheit, unsere Gegenüberstellung, wie die „Frankf. Ztg.“ es thut, als eine „Lüge“ zu bezeichnen und einen injuriösen Artikel zu schreiben, worin die Beschuldigung der Unwahrheit 3 bis 4 Mal unterstrichen ist. Wir wiederholen die Behauptung, daß die Thätigkeit der officiösen Presse heute in weiterem Umfange besteht als früher, selbst wenn man in Betreff der früheren Zeit die vorwiegende Betheiligung des Ministeriums des Innern, der gegenüber die kanzlerische Presse sich in einer verschwindenden Minderheit befand, mit einrechnen will.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist allerdings auch in den Jahren 1876—90 in der Weise officiös gewesen, daß sie dem Reichskanzler persönlich zur Verfügung gestellt war und von dem preußischen Minister des Innern gewissermaßen nur per nefas gelegentlich autoritativ benutzt wurde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist doch aber jedenfalls in sehr viel geringerem Umfange als die Gesammtheit der heutigen officiösen Presse zu officiösen

Kundgebungen benutzt worden; es geschah nur ganz sporadisch, mitunter Monate lang gar nicht und selten mehr als einmal in derselben Woche.

Der Vorwurf der Lüge, den die „Frankfurter Ztg." unserer Gegenüberstellung widmet, ist also in gehässiger Weise aus der Luft gegriffen. Wir glauben kaum, daß die „Nordd. Allg. Ztg." früher von officiöser Seite auch nur einen annähernd gleich großen Bruchtheil der Mittheilungen erhalten hat, wie sie der „Frankfurter Ztg." seit Jahrzehnten von ihren französischen Correspondenten zugegangen sind.

* * *

Der Reichsanzeiger veröffentlicht am 23. April die Grundzüge für die Fortsetzung der preußischen Steuerreform.

Die von der Staatsregierung in Angriff genommene Reform der directen Staatssteuern sowie der Communalbesteuerung, welche nunmehr in ihrem ersten Theile im Wesentlichen zur Durchführung gelangt ist, verfolgt vorzugsweise folgende Ziele:

1) Eine gerechtere und gleichmäßigere Veranlagung der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer unter gleichzeitiger Entlastung der geringeren Vermögen und kleineren Gewerbebetriebe.

2) Die Verwendung der Mehrerträge aus der Einkommensteuer, sowie der bisherigen Ueberweisungen aus den Getreide- und Viehzöllen zur Verminderung bezw. Beseitigung der staatlichen Doppelbesteuerung des Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe und zu diesem Behufe

3) Ueberweisung zuerst von Grund- und Gebäudesteuer, demnächst von Gewerbesteuer an communale Verbände bezw. Außerhebungsetzung dieser Steuern oder Theile derselben nach Maaßgabe der Finanzlage.

4) Anderweite durchgreifende Regelung des Communalsteuerwesens auf der so gewonnenen Grundlage, insbesondere wesentliche Begründung der Communalsteuern auf den mit der Gemeinde unzertrennlich verbundenen Objecten und Verminderung der unsicheren und übermäßigen Zuschläge zu der zum Hauptträger staatlicher Besteuerung gewordenen Einkommensteuer im gleichmäßigen Interesse des Staats und der Gemeinden.

5) Endlich weitere Umgestaltung der Einkommensteuer insbesondere zum Zwecke einer besonderen Heranziehung des fundirten Einkommens im Verhältniß zu dem eigentlichen Arbeitseinkommen.

Diese grundlegenden Gesichtspunkte werden dann weiter ausführlich erörtert.

Zur allgemeinen Beurtheilung der hier gebotenen Grundzüge schreiben die „Hamb. Nachr." zunächst am 25. April (A.-A.):

Die Vermögenssteuer. Die Grundzüge der weiteren Steuerreform in Preußen sind am Sonnabend im „Staats-Anzeiger" veröffentlicht

und von uns gestern mitgetheilt worden. Es wird darin bestätigt, daß bei den Berathungen im preußischen Finanzministerium über die Beschaffung der Mittel zur Deckung des Ausfalls, welcher durch Ueberweisung der Grund- und Gebäude-, resp. der Gewerbesteuer an die Communen dem Staatssäckel entsteht, der Plan einer Vermögenssteuer in erster Linie ventilirt wird. Es ist eine besondere Heranziehung des fundirten Einkommens im Verhältniß zu dem eigentlichen Arbeitseinkommen ins Auge gefaßt; diese soll aber eventuell nicht, wie es das Natürlichste wäre, durch Zuschlag von vielleicht einem Procente Steuer auf fundirtes Einkommen erfolgen, angeblich weil eine angemessene Unterscheidung des fundirten und des nicht fundirten Einkommens innerhalb der Einkommensteuer auf zu große finanzielle Schwierigkeit stoße. Viel leichter lasse sich das Ziel einer stärkeren Heranziehung des fundirten Einkommens in der Form einer Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer erreichen, welche die Werthobjecte nach Abzug der Schulden direct treffe. Aus dieser Bevorzugung der Besteuerung des ertraglosen Besitzes vor dem Zuschlage auf das lebendige Einkommen ist zu schließen, daß die Vermögenssteuer in der für das Gesetz angekündigten Vorlage an den Landtag ihren Platz finden wird, falls sich nicht rechtzeitig allseitiger Widerspruch dagegen erhebt.

Wir unsererseits können nur vor der Betretung des Weges, der mit der Vermögenssteuer eingeschlagen werden soll, eindringlich warnen. Dem Vortheile, den sie bietet, stehen ebenso große oder größere Nachtheile gegenüber. Zu ihren Gunsten wird u. A. angeführt, man laufe bei der Form des Zuschlags zu der Haupteinkommensteuer Gefahr, die wirthschaftliche Thätigkeit doppelt zu besteuern, die geringere Tüchtigkeit aber steuerlich zu prämiiren, während man durch die Vermögenssteuer auch diejenigen Leute „fassen“ könne, die wegen Trägheit oder Ungeschick aus ihrem Besitz nicht die gehörige Rente herausschlügen; ferner Diejenigen, die einen großen Theil ihres Vermögens in unproductive Anlagen steckten (in Paläste, Parks, Kunstsammlungen), und endlich auch Diejenigen, die von langer Hand speculirten, also die Inhaber von städtischen oder vorortlichen Grundstücken, die von Jahr zu Jahr ihrem Inhaber durch Werthsteigerung einen Vermögenszuwachs, aber noch kein Renten-Einkommen brächten.

Gegen den ersten Theil dieser Lobrede auf die Vermögenssteuer läßt sich der Einwand erheben, daß umgekehrt die Vermögenssteuer Diejenigen ungerecht und hart treffen würde, die durch natürliche Unfähigkeit, durch Krankheit, Invalidität und durch andere Gründe an der gehörigen Ausnutzung ihres Besitzes verhindert sind, die unter gleichem Besitz an ertraglosen Vermögensobjecten da vielleicht nur 2 pCt. Gewinn zu erzielen

vermögen, wo ein Anderer 10 pCt. und mehr herausschlägt. Ihnen gegenüber liefe dieser Besteuerungsmodus auf den alten Satz hinaus: Wer hat, dem soll gegeben werden, wer nichts hat, dem soll genommen werden! Es wäre dies eine gesetzliche Belastung der Schwachen, eine Umkehrung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, nach welcher der Staat den wirthschaftlich Schwachen helfend zur Seite treten, nicht aber sie stärker belasten soll als die Geschickteren, Kräftigeren und Tüchtigeren. Namentlich auf dem Lande würde eine solche Vermögenssteuer sehr schädliche Folgen haben, indem der kränkliche, schwächliche oder ungeschickte Bauer, der ohnehin weniger erwirbt als sein gesunder, tüchtiger Nachbar, schwer von der Vermögenssteuer getroffen und in Feindschaft gegen den Staat getrieben werden würde, der ihn für körperliche, intellectuelle oder sonstige Schwächen, die ihm anhaften und ihm Schaden bringen, auch mit einer Steuer belegt. Die Vermögenssteuer ist eine Steuer, die allen Denjenigen, die nicht das Zeug und das Geschick zum lucrativen Betriebe haben, zuruft: „Ihr seid dumme unbrauchbare Kerle und müßt folglich für die Klugen mitbezahlen!"

Daß mittelst der Vermögenssteuer die Besitzer von Palästen, Parks und Gemäldegalerien getroffen werden können, ist unbestreitbar. Aber wir fragen: wer wird unrentables Besitzthum überhaupt haben wollen, wenn er alljährlich noch eine hohe Abgabe darauf bezahlen soll? Es würde dadurch auf die reichen Leute ein Druck in der Richtung ausgeübt werden, daß sie sich in Erwerb und Herrichtung von Luxusbesitz, mag er in Palästen, Parks, Gemäldesammlungen oder sonstigen Kunst- oder kunstgewerblichen Werthobjecten bestehen, erheblich einschränken. Auf diese Weise würde dem gesammten Erwerbsleben des Volkes ein schwerer Schade durch die Steuer zugefügt und die Besitzfreudigkeit gestört. Es wird sogar Leute geben, die lieber ihre Parks niederhauen und ihre Galerien verkaufen, ehe sie sie einer solchen Steuer unterwerfen lassen. Aber es handelt sich nicht blos um die Besitzer von Parks und Gemäldegalerien, sondern die geplante Steuer muß nothwendig allen Luxusbesitz treffen, wenn sie consequent durchgeführt wird, was sie wiederum muß, wenn nicht eine ungerechte Ungleichheit in der Besteuerung des ertraglosen Besitzes an Vermögensobjecten eintreten soll. Wie will man gerechter Weise die Grenze finden, vor der die Besteuerung der ertragslosen Werthe Halt zu machen hat? So gut Parks und Gemälde dieser Steuer unterworfen sein würden, könnte man den Schmuck der Damen, die Brillanten der Ordenssterne und schließlich auch das Ballkleid im Schranke zur Steuer heranziehen.

Fassen wir alle diese Gesichtspunkte zusammen, so gelangen wir zu

dem Ergebnisse, daß die Vermögenssteuer unter allen Umständen ein brutales, rohes, vexatorisches Gesetz sein und die Tendenz aufweisen würde, den reichen Mann in gehässiger Weise zu treffen, daneben aber die Wirkung hätte, die aus natürlichen Gründen weniger tüchtigen Besitzer zu bedrücken, die Erwerbsthätigkeit der Nation einzuschränken und die allgemeine Unzufriedenheit zu erhöhen. Wir können unsere vorläufigen Bemerkungen übrigens nicht abschließen, ohne wiederum darauf hinzuweisen, daß, wenn man sich nicht ohne genügenden Grund entschlossen hätte, auf 50—70 Mill. Reichszolleinnahmen durch die Handelsverträge zu verzichten, man sich jetzt schwerlich in der Lage sehen würde, solche schwere Eingriffe in die privaten Besitzverhältnisse der Staatsbürger überhaupt ins Auge zu fassen.

* *
*

Professor Dr. Leithäuser vom Johanneum in Hamburg hatte dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag ein Gedicht in deutschem und lateinischem Text übersandt. Der Fürst dankt ihm dafür mit folgenden Worten:

Friedrichsruh, den 27. April 1892.

Ihr in Latein und Deutsch gleich vollendetes Gedicht hat mich sehr erfreut, und verbindet mich der warme Glückwunsch zu besonderem Danke.

v. Bismarck.

* *
*

Am 28. April trifft der frühere preußische Eisenbahnminister von Maybach zum Besuche in Friedrichsruh ein und wird von dem Fürsten Bismarck selbst auf dem Bahnhof empfangen.

* *
*

Schon am 13. und 23. April (vgl. oben S. 177 und 183 ff.) waren die Gründe besprochen worden, die im Februar 1890 den Fürsten Bismarck veranlaßt hatten, den General von Caprivi als seinen Nachfolger im Ministerpräsidium in Vorschlag zu bringen. Infolge von mancherlei Bemerkungen, die von verschiedenen Blättern an jenen Artikel geknüpft worden sind, nehmen die „Hamb. Nachr." am 29. April (M.-A.) die Frage wieder auf und führen Folgendes aus:

Aus dem Jahre 1890. Wir hatten neulich geäußert, Fürst Bismarck habe im März 1890 Herrn von Caprivi als Vorsitzenden des preußischen Cabinets empfohlen mit Rücksicht auf etwaige Conflicte, deren Bewältigung einen energischen Militair im Ministerium erfordert haben würden. Die „Nat.-Ztg.", „Straßburger Post", „Frankf. Ztg." und andere Blätter knüpfen daran die Bemerkung, es sei schlechterdings nicht einzusehen, wieso im Jahre 1890 solche Ereignisse zu befürchten gewesen

wären, jedenfalls habe die Erfahrung gezeigt, daß derartige Besorgnisse unbegründet gewesen seien.

Solche Betrachtungen treffen bei den Ereignissen von 1830 und 1848 in demselben Maaße zu. Auch diese Ereignisse zu befürchten, lag kurze Zeit vor ihrem Eintritte kein Anlaß vor. Dieser Umstand aber bot ebensowenig einen Grund dar, die Stärke und Festigkeit der meisten Regierungen zu irgend einer Zeit als etwas Gleichgültiges zu betrachten. Im Anfange des Jahres 1890 war die Gesammtlage im Sinne einer vorsorglichen und ordnungsliebenden Regierung wohl kaum so harmlos wie vor 1830 und 1848, und die Thatsache, daß in den seitdem verflossenen zwei Jahren keine bedrohlichen Erscheinungen stattgefunden haben, ist keineswegs ein Beweis dafür, daß sie nicht noch vorkommen können; bei der Wahl der Minister aber hat man sich in Preußen gewöhnt, nicht blos die nächste Zukunft, sondern dauernde Zustände im Auge zu haben. Wenn man behaupten wollte, weil zwei Jahre lang kein gewaltsamer Vorgang stattgefunden habe, so brauche man auch keine Regierung, welche geneigt und im Stande sein werde, solchem die Spitze zu bieten, so hat dieses Argument denselben Werth, als wenn man sagen wollte, seit zweiundzwanzig Jahren haben wir keinen Krieg gehabt, und es ist deshalb eine Täuschung über die Zukunft gewesen, wenn man unsere Armee überhaupt verstärkt hat. Ein Staat wie Preußen und das Deutsche Reich kann nicht auf die Möglichkeit verzichten, jederzeit in der Lage zu sein, auch solchen Ereignissen entgegen zu treten, welche in den beiden letzten Jahren nicht stattgefunden haben, und wenn Fürst Bismarck — in der That nicht im März, sondern Anfang Februar 1890, nach Erlaß der kaiserlichen Proclamationen — in der Sorge gewesen ist, daß Verhältnisse eintreten könnten, die eine feste Regierung nothwendig machten, und wenn solche Ereignisse zwei Jahre hindurch nicht eingetreten sind, so liegt darin noch kein Beweis, daß die damaligen Befürchtungen des Fürsten Bismarck übertrieben gewesen wären. Daß bestimmte Befürchtungen seinem Rathe zu Grunde gelegen haben, glauben wir überhaupt nicht; nur der Wunsch, daß ihm ein Ministerpräsident folgen möge, der allen Eventualitäten gewachsen sei, wird ihm den Gedanken eingegeben haben, dem Könige die Ernennung eines Militairs zu seinem Nachfolger im Amte des preußischen Ministerpräsidenten zu empfehlen.

Die „Daily News“ sagen über dieselbe Frage, der Kaiser habe 1890 nicht an einen Conflict geglaubt. Seine Majestät hat aber dennoch im Hinblick auf die Möglichkeit eines solchen den ihm vorgeschlagenen General zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt; er wird also, selbst wenn er an einen unmittelbar drohenden Conflict nicht geglaubt hat, die Möglichkeit eines solchen nicht bezweifelt haben; denn es ist nicht wahrscheinlich,

daß seine Wahl ausschließlich durch die politischen Antecedentien des Herrn von Caprivi auf diesen gelenkt worden sei. Wenn die „Daily News“ sagen, der Kaiser hätte sich geweigert, den Conflict zu provociren, so war für eine solche Weigerung kein Platz, da die Zumuthung eines solchen Conflicts niemals Seiner Majestät nahe getreten ist.

Ob Fürst Bismarck, wie die „Straßburger Post“ sagt, sich im Februar 1890 über die innere Lage getäuscht hat, darüber werden wir die Antwort von der Zukunft zu erwarten haben. Wir glauben nicht, daß das Gefühl der Sicherheit in dieser Beziehung während und nach den Strikes von 1889 ein allgemeines gewesen ist, und die Regel: „Si vis pacem para bellum“ ist auch auf Kraftmessungen im Innern anwendbar, zu denen die Socialdemokratie bei uns den Anlaß geben konnte, sei es aus eigener Initiative, sei es durch äußere Anstöße, wie wir ja auch die deutschen Aufstände von 1830, die polnischen von 1831 und die Bewegung des Jahres 1848 in Deutschland nicht der eigenen Initiative, sondern der Ausbreitung der Brände verdanken, die in Frankreich ausbrachen. Die französischen Aufstände vom Juli 1830 und Februar 1848 wirkten eben ansteckend. Sollte dieser Bacillus seine Ansteckungskraft jetzt gänzlich verloren haben, und kann man die Entwickelung der Dinge in Frankreich heutzutage auf Jahre hinaus berechnen? Fürst Bismarck hat offenbar im Februar 1890 nicht geglaubt, daß dies möglich sei. In den zwei Jahren, wo innere Conflicte bei uns ausgeblieben sind, ist außerdem viel geschehen, was Fürst Bismarck bei seiner Berechnung der Zukunft nicht vorausgesehen hat. Wir meinen damit die beschwichtigende Behandlung aller Derer, die früher als Gegner des Reiches thätig gewesen waren: die Socialdemokratie, das Centrum, die Polen, die Franzosen im Elsaß und in letzter Instanz die Welfen. In Betreff der diesen Elementen gemachten Concessionen ist Fürst Bismarck allerdings nicht fähig gewesen, in die Zukunft zu blicken, und wir glauben auch kaum, daß es gelingen wird, auch nur Einen der genannten Gegner durch Concessionen zu versöhnen.

* * *

Dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr.“ beschäftigt sich abermals mit der „Frankf. Ztg.“:

Die „Frankfurter Ztg.“ ist neuerdings besonders verstimmt gegen uns; wohl deshalb, weil wir auf ihre französischen Correspondenzen angespielt haben (vgl. oben S. 192). Französische Correspondenzen haben alle Zeitungen; warum ist die „Frankfurter Ztg.“ so ergrimmt, wenn man der ihrigen auch nur Erwähnung thut? — Die „Frankfurter Ztg.“ sagt, Fürst Bismarck kenne zur Ueberwindung der Socialdemokratie kein Mittel, als das Recept „Blut und Eisen“. Weiß denn die „Frankfurter

Ztg." ein anderes? Dann werden Staat und Gesellschaft ihr gewiß sehr dankbar sein, wenn sie es mittheilt. Den Fürsten Bismarck beschuldigt die „Frankfurter Ztg." aber zu Unrecht, daß er kein anderes gekannt habe. Er hat Kaiser Wilhelm I. zum Erlaß der Botschaft vom 17. November 1881 gerathen und damit den Versuch gemacht, durch Abstellung gerechter Beschwerden den Verzicht auf ungerechte, d. h. auf Ansprüche zu gewinnen, welche weder in der heutigen gesellschaftlichen Ordnung noch in irgend einer anderen, die sich die Phantasie der Socialisten ausdenken kann, ihre Erfüllung finden werden. Die „Frankf. Ztg." behauptet, daß das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie dieselbe zur Verzweiflung hätte treiben können. Ein Verlust für das Deutsche Reich würde es nicht sein, wenn die Socialdemokratie an der Ausführbarkeit ihrer Utopien schließlich verzweifelte; und wenn das Ausnahmegesetz, oder ein schärferes, hierzu hätte beitragen können, wie die „Frankf. Ztg." anzunehmen scheint, so wäre seine Existenz hinreichend gerechtfertigt gewesen.

* * *

Angeregt durch Aeußerungen, die im preußischen Abgeordnetenhause am 28. April bei der ersten Berathung des Nachtragsetats für 1892/93 gefallen sind, gehen die „Hamb. Nachr." am 29. April (A.-A.) von Neuem auf die Indemnitätsfrage von 1866 ein und wenden sich dabei besonders gegen den conservativen Standpunkt: jene Vorlage habe dem König ein pater paccavi gegenüber dem widersetzlichen Landtage octroyirt und einen Bruch Bismarck's mit seiner ganzen Vergangenheit bedeutet — einen Standpunkt, den man in manchen conservativen Kreisen auch heute noch vertreten findet. Der Artikel der „Hamb. Nachr." lautet:

Zur Indemnitätsfrage. In der gestrigen und in der heutigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses ist die Indemnitätsfrage des Jahres 1866 mehrfach in die Debatte gezogen worden. Wir können, so lange die Stenogramme der Sitzungen nicht vorliegen, in eine Erörterung der verschiedenen Auslassungen nicht wohl eintreten; dagegen bietet uns die „Kreuz-Ztg." Anlaß, zur Indemnitätsfrage einige Bemerkungen zu machen, welche für die Beurtheilung der parlamentarischen Vorgänge Material liefern.

Die „Kreuz-Ztg." fährt in wiederholten Artikeln fort, ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß 1866 nach dem Frieden die Indemnität nachgesucht und nicht der Conflict fortgesetzt, resp. mit einem Staatsstreich unter Aufhebung oder Modification der Verfassung fortgesetzt worden sei. Wir möchten einstweilen das in dieser Richtung politisirende Blatt fragen, wie es sich etwa die Aenderung der preußischen Verfassung denkt, die den Einlauf in einen sicheren monarchisch-conservativen Hafen dauern-

den inneren Friedens gewährt haben könnte. Wir halten die preußische Verfassung, so wie sie ist, an sich noch für keine mit dem monarchischen und conservativen Principe in Widerspruch stehende; im Gegentheil, sie gewährt ein Gleichgewicht zwischen monarchischer und parlamentarischer Einwirkung, wie es die meisten anderen heutzutage in Europa geltenden Verfassungen kaum bieten. Jede der drei gesetzgebenden Gewalten in Preußen hat ein Veto gegen Veränderung der rechtlichen Situation, und die vollziehende Gewalt fällt in ihrem vollen Umfange dem König zu.

Es war gewiß möglich, 1866 im Jubel über die Siege den Satz zur Anerkennung zu bringen, daß die Verfassung für das vergrößerte Preußen nicht berechnet sei, also revidirt werden müsse, und daß Artikel 118 der Verfassung, welcher auf die Anpassung der preußischen Verfassung an die deutsche Bezug nimmt, als rechtliches Fundament dazu benutzt werden könnte. Aber wir würden der „Kreuz-Ztg." dankbar sein, wenn sie uns den Theil der Verfassung, deren Revision sie gewünscht haben würde, näher bezeichnete und mittheilte, was sie an Stelle der abgeschafften Bestimmungen gesetzt haben würde. Wenn man die Verfassung nicht revidirt hätte, aber der Opposition den Rückzug aus ihrer Sackgasse nicht eröffnet hätte, wie würde sich dann die Stellung des Königs und seiner Regierung für Preußen und Deutschland gestaltet haben? Die „Kreuz.-Ztg." erwähnt in ihren Artikeln die Einwirkung dessen, was zu geschehen hatte, auf die Gestaltung Deutschlands mit keiner Silbe. Unserer Ansicht nach waren der Krieg von 1866, der Friedensschluß mit Oesterreich und der Friedensschluß mit der Mehrheit der Opposition nur einzelne Theile der nationalen Politik Preußens, deren Ergebniß das heutige Deutsche Reich bildet. Wenn der Conflict in Preußen im Herbst 1866 fortgesetzt worden wäre, so glauben wir, daß dies alle Gegner, die Preußen damals in Deutschland und außerhalb der deutschen Grenzen hatte, mit großer Befriedigung erfüllt hätte. Daß Frankreich seine Revanche für Sadowa suchen würde, war damals auch den uneingeweihten Politikern so wenig zweifelhaft, wie daß es in dem Kampfe mit Frankreich bei der Ungewißheit, welche Stellung Oesterreich dazu nehmen würde, darauf ankam, die nationale Kraft nicht nur Preußens, sondern des gesammten Deutschlands möglichst zu stärken und zusammen zu halten. Schon ein fortgesetzter Conflict in Preußen war diesem Zwecke nicht dienlich; die außerpreußischen Staaten aber, wo die „Kreuz-Ztgs."-Partei und ihre Politik keine leitende Stellung haben, würden durch die öffentliche Meinung ihrer Bevölkerung zur Parteinahme für die preußische Opposition in noch stärkerm Maaße als vor 1866 gedrängt worden sein. Man würde in Preußen bei Fortsetzung des Conflictes mit der Presse und mit dem Vereinswesen schwerlich auf die Dauer haben in

Frieden leben können, keinesfalls aber bei den liberalen Massen in und außer Preußen einen begeisterten Aufschwung für die preußische „Kreuz-Zeitungs"-Politik zu erwarten gehabt haben. Die Parteifreunde der preußischen Opposition würden ihre antipreußische Preßthätigkeit bis nach Leipzig, Hamburg und selbst nach Dessau vorgeschoben, es würde in ganz Deutschland keine unpopulairere Regierung als die preußische gegeben haben. Es wäre das eine äußerst ungeschickte Vorbereitung auf den bevorstehenden französischen Krieg und auf die Durchführung der nationalen Einheit in Deutschland gewesen.

Letztere in ihrem seit 1866 begonnenen Aufschwunge zu lähmen, können wir uns kein wirksameres Mittel denken, als die Politik, welche die „Kreuz-Ztg." seit 1866 ihrerseits nachträglich empfiehlt und vertritt. Wenn man von der deutschen Entwickelung, wie es die „Kreuz-Ztg." thut, gänzlich absieht, wenn man außerdem den inneren Frieden in dem vergrößerten Preußen als nebensächlich und werthlos auffaßt, dann hätte man allerdings, gestützt auf die Begeisterung der damaligen Siege, eine Zeit lang ein vergrößertes und im Sinne der „Kreuz-Ztg." gewaltsam beherrschtes Preußen herstellen können. Mit diesem Ideal mag die „Kreuz-Zeitungs"-Politik verträglich sein, mit der Gründung und der Erhaltung des Deutschen Reiches aber ist sie es nicht.

* * *

Einen scharfen Artikel gegen die „Nordd. Allg. Ztg." enthalten die „Hamb. Nachr." am 30. April (M.-A.):

Officiöse Schönfärberei. Die „Nordd. Allg. Ztg." spricht in einem officiösen Artikel von einem großen Aufschwunge der wirthschaftlichen Verhältnisse in den Dreibundstaaten; es habe sich eine „Erstarkung und Kräftigung des wirthschaftlichen Haushaltes" vollzogen, „neue Bahnen des Gedeihens seien erschlossen worden". Mit speciellem Bezuge auf Oesterreich wird diese Behauptung in überschwänglichen Ausdrücken variirt; es wird von einer „segensreichen Entwicklung" gesprochen, die dem „Fortschreiten und Gedeihen des verbündeten Kaiserstaates nach den verschiedensten Richtungen hin Förderung gegeben und die Mittel zum wirthschaftlichen Ausgleich zwischen den einzelnen Gebietstheilen desselben gewährt habe; überall da, wo die Hülfskräfte des staatlichen Lebens schlummerten oder gesunken gewesen wären, seien sie belebt und herangezogen worden." In ähnlichem Tone geht es weiter.

Wenn diese Schilderung wirklich zuträfe, so würde sie nur einen Beweis mehr dafür liefern, daß Deutschland durch seine wirthschaftlichen Verträge mit Oesterreich den Aufschwung dieses Staates hervorgerufen hat und ihn aus seiner Tasche bezahlt. Wir halten aber die Schilderung der österreichischen Zustände für ebensowenig zutreffend, wie die Behaup-

tung von dem allgemeinen wirthschaftlichen Aufschwunge in den Dreibundstaaten, an dem doch Deutschland participiren müßte. Es wäre von der „Nordd. Allg. Ztg." zu erwarten gewesen, daß sie ihre Behauptung der „segensreichen Entwicklung" auf allen Gebieten des Erwerbslebens durch thatsächliche Anführungen und genauere Angaben über die Gebiete bekräftigt hätte, auf denen sie jenen Aufschwung wahrgenommen haben will. Die „Nordd. Allg. Ztg." würde dadurch, wenn ihre Angaben der Wirklichkeit entsprächen, das Vertrauen in die Zukunft gestärkt und in dankenswerther Weise zur Beseitigung des Beunruhigungs-Bacillus beigetragen haben.

Wir unsererseits müssen gestehen, daß die Ansichten, die im großen Publicum wie in den betheiligten Erwerbskreisen über den gegenwärtigen Zustand des wirthschaftlichen Lebens verbreitet sind, mit der Schilderung der „Nordd. Allg. Ztg." nicht übereinstimmen. Man hört im Gegentheile, daß auf den meisten Gebieten der wirthschaftlichen Thätigkeit Stagnation, Mangel an Vertrauen und an Unternehmungsgeist herrscht. Die Ausfuhr und der Absatz der Producte der Industrie befinden sich hiernach in einem Stadium der Stockung, wie wir es in den letzten zehn Jahren nicht erlebt haben. Wir lassen die Gründe davon hier, da wir nicht polemisch werden wollen, unerörtert; aber dadurch, daß man die Thatsachen leugnet, wird man sie nicht aus der Welt schaffen, am allerwenigsten, wenn man das Gegentheil derselben in so übertriebenen Ausdrücken, wie sie in dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." vorliegen, öffentlich behauptet.

Wenn ein notorisches Regierungsblatt sich in officiösen Artikeln in diesem Maaße in Widerspruch mit den allgemeinen Ansichten und Auffassungen setzt, die durch den selbsterlebten Niedergang der wirthschaftlichen Thätigkeit unmittelbar erzeugt werden, so kann damit nur ein Eindruck gemacht werden, der die Unsicherheit steigert, mit welcher man in die Zukunft blickt, der Eindruck nämlich, daß in den Regierungskreisen die wirklichen Vorgänge nicht bekannt sind; denn man wird nicht annehmen wollen, daß officiöse Artikel die Absicht haben könnten, die Bevölkerung absichtlich zu täuschen. Wenn die erste Eventualität zuträfe, so müßte das für die Zukunft bedenklich stimmen, die Annahme der zweiten aber wäre unwürdig.

* * *

An gleicher Stelle finden wir einen sehr bemerkenswerthen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem neuen, ohne erheblichen Widerstand angenommenen Auslieferungsgesetz der Schweiz und der deutschen Politik in der Wohlgemuth-Affaire:

Wie neulich aus Bern gemeldet wurde, ist bei der dortigen Bundes-

kanzlei nur eine ganz unbedeutende Anzahl Unterschriften für das Referendumsbegehren gegen das Auslieferungsgesetz eingegangen; letzteres ist somit in Kraft getreten.

Das schweizerische Auslieferungsgesetz ist die Frucht des diplomatischen Druckes, der seiner Zeit deutscherseits anläßlich der Wohlgemuth-Affaire auf die Eidgenossenschaft ausgeübt wurde, um dieselbe zu einer angemessenen Umgestaltung ihrer Fremdenpolizei zu bewegen. Der Zweck der damaligen diplomatischen Campagne, die übrigens im Einverständnisse mit den achtbarsten Elementen der Schweiz eingeleitet wurde, und die den dortigen Ordnungsparteien wesentliche Dienste geleistet hat, ist mit dem Erlasse des schweizerischen Auslieferungsgesetzes endgültig erreicht. Es lag der deutschen Diplomatie durchaus fern, Händel mit der Schweiz zu suchen; aber es war in den Verhältnissen begründet, daß durch Drohung mit künftiger Verweigerung der Anerkennung der schweizerischen Neutralität und ähnlichen Mitteln ein Druck auf die Eidgenossenschaft ausgeübt werden mußte, der stark genug war, den Widerstand im eignen Lande zu brechen.

Das neue schweizerische Auslieferungsgesetz bildet eine Quittung über die Richtigkeit des Vorgehens der deutschen Diplomatie in der Wohlgemuth-Affaire; ohne dasselbe wäre es wahrscheinlich kaum möglich gewesen, das Gesetz in der Schweiz durchzubringen, und die Anarchisten würden nach wie vor dort ungestört Unterkunft zu gewinnen vermögen.

* * *

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat entschieden Unglück: in unserem vorletzten Abschnitt („Officiöse Schönfärberei“) brachten wir erst eine scharfe Auslassung der „Hamb. Nachr.“ gegen sie; gleichzeitig hat sie es aber auch mit der „Köln. Ztg.“ völlig verschüttet. Wir finden darüber folgende Notiz in der zuletzt citirten Nummer der „Hamb. Nachr.“:

Die „Köln. Ztg.“ schreibt im Verlaufe einer Polemik gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Wenn die ‚Nordd. Allg. Ztg.‘ der allgemeinen Mißachtung, dem Hasse aller Parteien verfallen ist, so muß das in Dingen begründet sein, die mit ihrer officiösen Brauchbarkeit unmittelbar nichts zu thun haben und die also beseitigt werden können, ohne die Erreichung des Hauptzweckes zu beeinträchtigen. Unzweifelhaft liegt es nicht im Interesse der Regierung, wenn ein solches Blatt mit einem Maaße von Gehässigkeit und plumpem Ungeschick redigirt wird, welches die Grenzen des Erlaubten weit überschreitet. Denn von dem Aerger über Ungezogenheiten der Bedienten fällt stets auch etwas für die Herren ab.“

Aus letzterem Grunde möchten wir wiederholt daran erinnern, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Freiherrn von Ohlendorff gehört

und daß dessen Weisungen für das Blatt unzweifelhaft maßgebend sein müssen. Freiherr von Ohlendorff ist gewiß kein Mann, von dem man Begünstigung von Gehässigkeit und plumpem Ungeschick annimmt, und man darf erwarten, daß die Urtheile, die das ihm gehörige Blatt sich zuzieht, ihm nicht gleichgültig bleiben werden.

* * *

Eine Interpellation aus dem österreichischen Abgeordnetenhause, die sich auf den letzten Geburtstag des Fürsten Bismarck bezieht, werden die „Hamb. Nachr." in die Lage versetzt wörtlich zu veröffentlichen (30. April, M.-A.):

In der letzten Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses wurde von den deutsch-nationalen Abgeordneten Hauck und Dötz eine Interpellation über ein auf die Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck bezügliches Telegramm eingebracht, welche nach dem officiellen Protocolle wörtlich lautet:

Anfrage der Herren Abgeordneten W. Ph. Hauck und A. Dötz und Genossen an Seine Excellenz den Herrn Handelsminister, betreffend die Inhibirung eines von Herrn Georg Schönerer an den Germanenbund in Graz anläßlich dessen Bismarckfeier abgesandten Telegrammes.

Am 1. April d. J. hat Herr Georg von Schönerer an den Verband Graz des Germanenbundes aus Anlaß einer von demselben veranstalteten Feier des 77. Geburtstages des Fürsten Bismarck von der Telegraphenstation Rosenau ein Telegramm folgenden Inhalts abgesendet:

„Heil Alldeutschlands größtem Sohne!"

Dieses Telegramm wurde vom k. k. Telegraphenamte in Graz mit Beziehung auf Artikel 7 des internationalen Telegraphenvertrages „inhibirt".

Zwei Telegramme des gleichen Inhaltes, die an demselben Tage von Herrn von Schönerer nach Dresden, beziehungsweise nach Freilassing gerichtet worden waren, wurden anstandslos befördert; ebenso ein weiteres desselben Absenders am 3. April d. J. an Herrn Professor Polzer in Graz gerichtetes Telegramm, lautend:

„Mein am 1. April an den dortigen Germanenbund gesendetes Telegramm wurde in Graz inhibirt; es lautet: Heil Alldeutschlands größtem Sohne."

Nach Inhalt des bezogenen Artikels 7 des internationalen Telegraphenvertrages vom 10./22. Juli 1875, R.-G.-Bl. Nr. 82, sind die vertragschließenden Staaten nur berechtigt, die Beförderung von Privattelegrammen zu verhindern, welche für die Sicherheit des Staates gefährlich sind, oder gegen die Landesgesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstoßen.

Das Telegraphenamt zu Graz ist also offenbar der Ansicht, daß der

Ausdruck der Sympathie für Bismarck, den größten Staatsmann des Jahrhunderts, den Begründer des Deutschen Reiches, der überdies bis vor zwei Jahren der Kanzler des mit Oesterreich befreundeten Deutschen Reiches war und als solcher das Bundesverhältniß zwischen den beiden Reichen zu Stande gebracht hat, für die Sicherheit des Staates gefährlich sei.

„Es ist dies eine ganz merkwürdige Auffassung und sehr geeignet, in den weitesten Kreisen verletzend zu wirken; die Gefertigten fühlen sich daher verpflichtet, die Aufmerksamkeit der hohen Regierung auf diesen Vorfall zu richten, und in Erwägung, daß die Bestimmungen des internationalen Telegraphenvertrages nur Anwendung finden auf den Verkehr zwischen den Staaten, welche denselben geschlossen haben, nicht aber im gegebenen Falle, wo es sich um ein Telegramm handelt, das im Inlande aufgegeben wurde und daselbst abzugeben war; in weiterer Erwägung, daß übrigens auch die mit dem angezogenen Artikel 7 des internationalen Telegraphenvertrages im wesentlichen übereinstimmende Bestimmung des § 2 der mit Erlaß des hohen k. k. Handelsministeriums vom 16. Juli 1873, R.-G.-Bl. Nr. 130, bekanntgegebenen Telegraphenordnung im gegebenen Falle nicht Anwendung finden kann, da in dem Inhalte des inhibirten Telegrammes nicht im mindesten etwas gelegen ist, was für die Sicherheit des Staates gefährlich ist, oder gegen die Landesgesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstößt — die Bezeichnung Bismarck's als Alldeutschlands, das heißt der gesammten deutschen Nation größter Sohn kann denn doch nicht als staatsgefährlich oder gegen die öffentliche Ordnung verstoßend bezeichnet werden —, somit das Telegraphenamt Graz nicht berechtigt war, die Beförderung des fraglichen Telegrammes zu verweigern — an Seine Excellenz den Herrn Handelsminister die Anfrage zu stellen:

„„Ist derselbe geneigt, zu veranlassen, daß dem k. k. Telegraphenamte zu Graz im Wege der k. k. Statthalterei in Graz die entsprechende Belehrung zu Theil werde, sowie darüber dem hohen Hause zu berichten?““

| | |
|---|---|
| Dötz, | Hauck, |
| Polzhofer, | Dr. Bareuther, |
| Prade, | Dr. Steinwender, |
| Garnhaft, | Kaiser, |
| Stigler, | Dr. Fuß, |
| Schüder, | Troll, |
| Dr. Geßmann, | Dr. Hofmann, |
| Richter, | Dr. Pattai, |
| Dr. Lueger, | Schlesinger. |

* * *

Ebenda findet sich noch folgende Bemerkung:

Neulich wurde aus Paris gemeldet, verschiedene dortige Blätter sprächen die Ansicht aus, daß gegenüber den Anarchisten, welche sich außerhalb der allgemeinen Gesetze stellten, das Kriegsgericht eher am Platze wäre als das Schwurgericht. Diese Ansicht paßt mutatis mutandis auch auf unsere eigene Situation der Socialdemokratie gegenüber. Man wird sich früher oder später überzeugen, daß sich im Kampfe gegen die Socialdemokratie so wenig wie in dem gegen die Anarchisten mit juristischen Waffen erfolgreich fechten läßt, sondern daß dieser Kampf in Wirklichkeit nichts Anderes ist, als eine entschiedene Kriegführung eines Theiles der bürgerlichen Gesellschaft gegen die anderen Theile.

* * *

Der Rausch der Bismarckfeindschaft verraucht mehr und mehr! In einem Artikel über die Umgestaltung des Parteiwesens giebt die „Köln. Ztg." den Deutschfreisinnigen folgenden, auf den Fürsten Bismarck und dessen Wirthschaftspolitik bezüglichen Rath:

„Denjenigen Deutschfreisinnigen, die Werth darauf legen, mit den Nationalliberalen gute Freundschaft zu pflegen, möchten wir endlich den guten Rath geben, ihre Ausfälle gegen die Wirthschaftspolitik und gegen den Fürsten Bismarck zu unterlassen. Die Herren schaden damit höchstens sich selbst; denn der Brust manches deutschen Mannes, der in früheren Jahren wacker über den ersten Reichskanzler genörgelt hat, entringt sich jetzt oft der Seufzer: „Das war unter Bismarck nicht möglich!" Wir aber haben die Ehrenpflicht, den Begründer des Deutschen Reiches gegen Verunglimpfungen von Seiten jener Männer zu schützen, die mit uns in gleichem Schritt und Tritt marschieren wollen. Sind die Herren nicht gewillt, ihre Ansichten durch ihre Erfahrungen beeinflussen zu lassen, so sollten sie ihre Meinung über Bismarck in das geheimste Geheimfach ihrer Herzkammer verschließen. Auch wir denken Manches, was wir nicht jeden Tag sagen."

* * *

Einen zweiten Artikel über die geplante Weiterführung der preußischen Steuerreform bringen die „Hamb. Nachr." am 1. Mai (M.-A.):

Zur Vermögenssteuer. Wir hatten neulich (vgl. oben S. 192 ff.) u. A. gesagt, das Natürlichste bei einer besonderen Heranziehung des fundirten Einkommens wäre ein Zuschlag von vielleicht einem Procente zur Einkommensteuer. Die „Nat.-Ztg." führt dagegen aus, ein solcher Zuschlag würde erheblich mehr ausmachen als eine Vermögenssteuer von einem Viertel pro Mille, wie er in Aussicht genommen sei; rechne man eine Verzinsung von $3^1/_2$ Procent als die jetzt bei sicherer Anlage zu erreichende, so würde von einem Capital von 10000 Mark ein Ein-

kommensteuer-Zuschlag von 1 Procent 3,50 Mark betragen, ein Viertel vom Tausend Vermögenssteuer aber nur 2,50 Mark. Wir halten die Frage, ob ein Viertel, ein Halb oder ein pro Mille augenblicklich in Aussicht genommen ist, nicht für entscheidend; wir bezweifeln die Angemessenheit einer Steuer dieser Art überhaupt, bemerken aber, daß wir von einem Viertel pro Mille Niemanden haben sprechen hören; es wurde sogar officiös ein Steuersatz von 0,80 bis 1 pro Mille des Vermögens als wahrscheinlich bezeichnet. Aber selbst wenn nur $^1/_2$ pro Mille in Aussicht genommen wäre, so würde die Berechnung der „Nat.-Ztg." dahin zu berichtigen sein, daß während bei 1 Procent Einkommensteuer-Zuschlag für ein Capital von 10000 Mk. nur 3,50 Mk. zu zahlen sein würden, bei der Vermögenssteuer 5 Mk. zu entrichten wären.

Wie dem auch sei, wir glauben, daß der Begriff „Vermögen" ein zu vager ist, um auf ihn eine Steuer zu begründen. Eine „Vermögens"-Steuer kann durch Fiscalität — und die Entscheidung bei der Vermögenssteuer würde immer fiscalisch bleiben — auf jedes Object ausgedehnt werden, das sich im Besitz eines Menschen befindet, während die Steuerkraft des Besitzers nur von den Erträgen abhängt, welche ihm seine verschiedenen Vermögensobjecte liefern.

Nehmen wir an, daß ein industrieller Unternehmer sich Maschinen im Werthe von 100000 Mk. anschafft, so bilden diese Maschinen an sich jedenfalls ein Vermögensobject, dessen Werth und Steuerpflichtigkeit nach dem Anschaffungspreis eingeschätzt werden kann. Wenn nun das betreffende Unternehmen nicht prosperirt, wenn sein Veranstalter mit Verlust arbeitet, sei es aus Ungeschick, sei es wegen veränderter Conjuncturen, oder aus Unglück in der Wahl seiner Werkführer, so wird er immer seine Maschinen als Vermögensobjecte ihrem Werthe nach versteuern müssen, obwohl er den Zweck, zu dem er sie angeschafft, nicht erreicht hat. Er wird von den 100000 Mk. seines Vermögens, welche durch die Maschinen repräsentirt werden, dieselbe Vermögenssteuer bezahlen müssen, wie ein anderer Unternehmer, der das gleiche Vermögen in Maschinen anlegt, aber bessere Conjuncturen, bessere Mitarbeiter gefunden, mehr Glück gehabt und 30 oder 50% mit seinen Maschinen verdient hat. Ob und inwieweit der Maschinenbesitz dem vom Glück minder Begünstigten als steuerpflichtiges Vermögen anzurechnen sei, würde immer mehr oder weniger von dem strengeren oder wohlwollenderen Entscheiden der Finanzbehörden abhängen. Ein Bergwerk ist an und für sich gewiß ein Vermögensobject und wird unter Umständen zu Millionen verkauft. Wenn dieses Bergwerk aber constant oder vorübergehend keine Erträge liefert und mit Schaden arbeitet, vielleicht nur im Interesse der Arbeiter fortgesetzt wird, oder wenn der Besitzer den Betrieb

des Bergwerkes unter solchen Umständen aufgiebt und die Arbeiter entläßt, so wird es sich dennoch fragen, ob dadurch das Bergwerk aus seinem steuerpflichtigen Vermögen nach Ansicht der fiscalischen Behörden ausgeschieden ist; dies wird wenigstens fraglich bleiben, so lange die Wiedereröffnung des Betriebes nicht als für immer unmöglich nachgewiesen wird. Dasselbe kann man von Hochöfen sagen, die an und für sich ohne Zweifel ein Vermögensobject bilden; selbst ein ausgeblasener Ofen, wenn er Jahre lang kalt steht, bleibt ein Vermögensobject, denn er kann immer wieder angeblasen werden. Auch ein Wald, den ein Besitzer schonend behandelt, und sogar die jüngsten Culturen in demselben, von denen in ein oder zwei Menschenaltern ein Ertrag nicht zu erwarten ist, repräsentiren immerhin ein Vermögensobject und werden von dem Besitzer als solches kaum bestritten werden können; der letztere würde sich nach Herstellung einer Vermögenssteuer vielleicht nur zu fragen haben, ob er wohl thut, ein Grundstück aufzuforsten und dadurch ein Steuerobject zu schaffen, welches ihm und seinen nächsten Erben keinen Ertrag gewährt.

Wir können auf die Ansicht nicht verzichten, daß directe Steuern im Princip nur von gegenwärtigen Erträgen und Einnahmen entrichtet werden sollten. Man kann sagen, daß ein Schloß oder eine Gemäldegalerie für den Bewohner oder Besitzer einen Ertrag gewähren durch die Annehmlichkeit der Wohnung, die das Schloß leistet, und durch den Genuß, den die Gemälde ihrem Besitzer gewähren. Bei unbewohnten Gebäuden geht schon die Einkommensteuer sehr weit, wenn sie die Möglichkeit einer Miethsnutzung fingirt und besteuert, die in den meisten Fällen, wo sie bisher nicht stattfindet, überhaupt außerhalb der Möglichkeit liegt; der Vermögenswerth eines unbewohnten Palastes aber hat andere Dimensionen als der fingirte Miethswerth von industriellen Anlagen ohne Ertrag. Bei Bergwerken, die mit Deficit arbeiten, wird der Besitzer den ideellen Genuß des Vergnügens, welches er bei Betrachtung seines ertragslosen Vermögensobjectes empfindet, nicht als Entschädigung für die Steuer, die er trotzdem zahlen muß, in Anrechnung bringen können.

Wenn das fundirte Einkommen über die Steigerung auf 4% hinaus noch besonders getroffen werden soll, so würden wir immerhin vorziehen, daß diese Steigerung durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer auf diejenigen Einkommen bewirkt wird, welche ohne Zuthun des Steuerpflichtigen, ohne dessen eigene Arbeit ihm zufließen und ihm die Möglichkeit lassen, auch noch anderweit für seinen Erwerb zu sorgen. Und wenn mit der Vermögenssteuer ein Gedanke verbunden ist, wie ihn die Möglichkeit einer Zwangsanleihe eingeben kann, die im Kriegsfalle nach

dem Vermögen auszuschreiben wäre, so glauben wir, daß zu diesem Zweck die Einkommensteuer und die Berechtigung der Regierung, den Angaben über die Quellen des Einkommens näher auf den Grund zu gehen, eine hinreichende Grundlage für die Ausschreibung einer solchen Kriegscontribution bieten würde, ohne daß die Regierung zu Erhebung von Abgaben genöthigt wäre, welche mit dem Einkommen und der darauf beruhenden Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden in keiner nothwendigen Verbindung stehen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." nehmen Veranlassung, am 4. Mai (M.-A.) einen Bericht der Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" wiederzugeben über ein Interview, das ein Berliner Correspondent des Blattes, nachdem er zuvor die Herren Bebel und Singer erforscht, mit dem Hofprediger Stöcker gehabt hat. Sie berichten:

Der „New-York Herald", aus dem wir in unserm gestrigen Abendblatte an erster Stelle eine Unterredung mit Herrn Singer mitgetheilt haben, bringt in seiner in Paris am 29. v. Mts. erschienenen Nummer einen zweiten Bericht über ein Interview, dem derselbe Berliner Correspondent am 26. April den Hofprediger Herrn Dr. Stöcker unterzogen hat. Es heißt darin:

... „Vor 10 Jahren gab es eine Zeit, als ich davon träumte, die Socialdemokratie durch die Bildung einer großen Reformpartei zu besiegen, welche aus christlich-loyalen Arbeitern aus ihren eigenen Reihen zusammengesetzt wäre. Etwa ein Drittheil oder Viertel der Arbeiter Berlins hatte bei den Wahlen für uns gestimmt. Unsere Aussichten schienen glänzend; aber Fürst Bismarck trat uns entgegen, und da er fürchtete, daß die protestantische Kirche zu stark werden und ihm ebenso viel zu schaffen machen würde, wie die katholische, goß er kaltes Wasser auf unsere Bewegung und erstickte sie.

„Jetzt ist es zu spät, daran zu denken, in Deutschland die eine Arbeiterpartei gegen die andere aufzubieten: der Schaden ist einmal da. Bebel und Liebknecht haben das Ohr der Massen. Nicht als ob alle, die für sie stimmen, wirklich Socialdemokraten wären. Viele Arbeiter lassen sich von dem Wunsche leiten, Männer ihres Standes im Reichstage zu sehen. Sie wissen, daß sie ihnen zu einigen der erwünschten materiellen Vortheile verhelfen werden. Aber sie stimmen nicht nothwendigerweise mit ihrer Respectwidrigkeit und ihrem Atheismus überein."

Die Aeußerungen, so bemerken die „Hamb. Nachr.", die der Interviewer Herrn Stöcker über das Verhalten des Fürsten Bismarck in den Mund legt, lassen annehmen, daß er sich verhört hat. Wenn aber Herr Stöcker

wirklich so gesprochen haben sollte, so befindet er sich in einem unbegreiflichen Irrthume. Die Agitation seiner Partei ist durch den früheren Reichskanzler niemals gehindert worden, vielmehr hat derselbe ihre Wahlerfolge mit Freude gesehen. Wie wäre dies auch anders möglich gewesen, da die Stöcker'sche Partei der Socialdemokratie feindlich gegenübertrat?

Herr Hofprediger Stöcker stellt aber gerade diese Aeußerung nicht in Abrede; denn einige Tage darauf schreibt die „Kreuz-Ztg.":

„Von Seiten des Hofpredigers a. D. Stöcker erfahren wir betreffs seiner Unterhaltung mit dem Berichterstatter des „New-York Herald", daß der letztere im Ganzen wahrheitsgetreu und sachgemäß berichtet, aber an einem Punkte einen Irrthum begangen hat. Selbstverständlich hat Hofprediger a. D. Stöcker nicht gesagt, daß das Judenthum das Ohr seiner Majestät des Kaisers habe."

Das ist demnach alles, was er an dem Bericht zu berichtigen hat.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 6. Mai (M.-A.) folgenden Artikel:

Fürst Bismarck und der Socialismus. In der fortschrittlichen Presse wird der alte Vorwurf gegen den Fürsten Bismarck neu erhoben, daß er den Socialismus groß gezogen habe. Es heißt die Natur der europäischen Entwickelung vollständig verkennen, wenn man das Anwachsen der Socialdemokratie auf die Gesetzgebung eines einzelnen Staates und die Persönlichkeiten einzelner Minister zurückführen will. Der Socialismus ist das Ergebniß des seit Jahrhunderten in den Völkern wirksamen und bei Gelegenheit zum Ausbruch gelangenden, in der menschlichen Natur liegenden Strebens des Einzelnen, seine Lage zu verbessern und zu diesem Zwecke, wenn die gesetzliche Entwickelung ihm in der Richtung der Menschenbeglückung nicht rasch genug geht, sie aus eigener Kraft zu fördern. Die Neigung dazu wächst erfahrungsmäßig mit der Bildung, durch die den Unbemittelten ein breiterer Einblick in das Leben der herrschenden Classen gegeben wird, sowie mit der Vermehrung der moralischen und materiellen Mittel, über die sie verfügen können, um ihren Wünschen nach Verbesserung ihrer Lage Geltung zu verschaffen. Die Umwälzung, die im 14. Jahrhundert in den meisten deutschen Städten zu Gunsten der Zünfte und der arbeitenden Classe den herrschenden Geschlechtern gegenüber stattfand, die Jacquerie in Frankreich, der Bauernkrieg in Deutschland gehören alle in die Kategorie der socialistischen Bewegungen; der heutige Socialismus zeigt sich schon in einzelnen Erscheinungen der französischen Revolution mit denselben Bestrebungen und

Argumenten wie heute, er ist mit ihnen in diesem Jahrhundert in Frankreich zuerst im öffentlichen Leben aufgetreten in den Agitationen von Proudhon, Fourier und den sonstigen Aposteln der Phalanstère.

Die Verbreitung dieser für jeden Besitzlosen ansprechenden Auffassungen ist uns in Deutschland zunächst von Frankreich und England überkommen, gerade wie die Principien der großen französischen Revolution ihren Ursprung nicht in Deutschland genommen, sondern seit hundert Jahren einen Einfuhrartikel von steigendem Umfange geliefert haben, dessen Etappen nach den neunziger Jahren die Juli-Revolution und die Februar-Revolution waren. Die Grundsätze der letzteren fanden in Deutschland nicht bloß politischen Anklang bei den höheren Schichten, sondern sie machten auf die arbeitende Bevölkerung den Eindruck, dem wir das Berliner Tagelöhner-Parlament, wie es im Volksmunde genannt wurde, mit seinen schlesischen, pommerschen u. s. w. Handarbeitern verdankten, die auf Grund der Versprechung gewählt waren, daß die besitzlosen Arbeiter so und so viel Morgen Land, eine Kuh und sechzig Thaler vom Staate empfangen würden. Wir haben demnächst seit 1848 erlebt, daß das socialistische Element zunächst in Frankreich und in Belgien im Wachsen geblieben ist und daß sein heutiger Aufschwung in Deutschland gleichen Schritt hielt mit der Entwickelung der Preßfreiheit, des Vereinsrechts, der Freizügigkeit, kurz mit der freisinnigen Gesetzgebung.

Fürst Bismarck hat einmal in einer Rede gesagt, der Fortschritt sei eine außerordentlich günstige Vorfrucht für den Socialismus. Es würde zuviel Raum erfordern, wollte man an Einzelheiten die Richtigkeit dieses Satzes nachweisen; man müßte ein Buch darüber schreiben. Aber die Gesetzgebung und der Einfluß derjenigen parlamentarischen Fractionen, welche die obrigkeitliche Autorität einzuschränken für ihre Aufgabe hielten, die Freiheit der Bewegung und die gesteigerte Wohlhabenheit der arbeitenden Classen haben dem Socialismus die Gelegenheit geboten, auch bei uns den der menschlichen Natur jederzeit anhaftenden Begehrlichkeiten freien Spielraum zu geben. Die bewegende Kraft, welche diesen Begehrlichkeiten inne wohnt, wird stets und überall da, wo sie nicht durch Gegendruck niedergehalten wird, mit der gleichen Energie wie bei früheren geschichtlichen Ereignissen aufstreben, sobald ihr Wind und Sonne günstig sind. Sie hat die Natur einer elementaren Kraft, die sich Raum schafft, soweit sie nicht durch Gegendruck in den Schranken gehalten wird, welche die Sorge für salus publica ihr zieht. Daß sie die Nothwendigkeit dieser Schranken selbst erkennen und sie selbst errichten sollen, daß sie die Gefahren schrankenloser Entwickelung selbst genau begreifen sollen, ist von den Massen, die dabei betheiligt sind, nicht zu erwarten, namentlich nicht, wenn geschickte Führer ihnen nicht nur die Unschädlichkeit,

sondern auch die Berechtigung ihrer Bestrebungen vermöge überlegener Bildung und Gewandtheit einleuchtend zu machen wissen.

Es gehört ein erhebliches Maaß von Unehrlichkeit dazu, angesichts dieser Thatsachen einzelnen Staatsmännern, wie hier dem Fürsten Bismarck, die Schuld an Bewegungen aufbürden zu wollen, die nach den menschlichen Naturgesetzen überall erfolgen und soweit gehen werden, wie es ihnen die zur Gegenwirkung berufenen Kräfte freiwillig oder gezwungen gestatten. Der Socialismus hat sich in Frankreich, Belgien, England u. s. w. lange vor dem Fürsten Bismarck zu derselben principiellen Höhe entwickelt, wie heute in Deutschland, und ist nur durch die Staatsgewalt der genannten Länder abgehalten worden, stärker und für dieselbe gefährlicher anzuwachsen als bisher. Dies Anwachsen wird auch in Deutschland stattfinden, soweit die Gesetze des Staates und das Zusammenhalten der nichtsocialistischen Staatsbürger es nicht hindern. Fürst Bismarck hat im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 den Versuch angeregt, dadurch daß der Staat dem Streben der arbeitenden Classen durch Verbesserung ihrer Lage entgegenkam, die Motive der Unzufriedenheit dieser Classe zu mildern. Ob die dadurch angeregte Gesetzgebung wirksamen Erfolg in ihrer Richtung haben wird, und welchen, kann nur die Erfahrung lehren, durch die dabei auch die Mißgriffe corrigirt werden können, welche die betreffende Gesetzgebung und die Art ihrer Ausführung mit sich gebracht haben. Aber der Gedanke, daß auf diesem Wege die arbeitenden Classen zu einer wunschlosen Zufriedenheit gebracht werden könnten, hat gewiß jedem der betheiligten Gesetzgeber fern gelegen, und er wäre angesichts der Triebe der Menschennatur auch ein utopischer. Es giebt nicht viele Millionäre, welche mit ihrer Lage vollständig zufrieden wären und sie nicht zu verbessern strebten; wie sollte es möglich sein, für die besitzlosen Classen einen Gemüthszustand herbeizuführen, der bei den wohlhabenden Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft selbst auf rein materiellem Gebiete, wenn nicht unerreichbar ist, so doch nur ausnahmsweise erreicht wird. Wir müssen auch annehmen, daß der Mensch in dieser Welt prädestinirt ist, unzufrieden zu sein; denn mit voller Zufriedenheit Aller würde voraussichtlich auch das Ersterben strebsamer Energie in der gesammten Menschheit verbunden sein.

Wir glauben demnach, daß das Anwachsen des Socialismus, soweit es nicht durch Gegenwirkung gehemmt wird, ein natürliches Ergebniß der Zeit und einer Entwickelung der Menschheit ist, deren Förderung man eher den Gegnern des Fürsten Bismarck als ihm selbst zuzuschreiben berechtigt ist. Eine Nation, die sich gegen die Gefahren und Ungerechtig-

keiten des Socialismus nicht wehrt, wird ihm verfallen, wer immer die Personen sein mögen, die an ihrer Spitze stehen.

* * *

An gleicher Stelle befindet sich folgende Bemerkung:

In der Sitzung des preußischen Landtages vom 28. April hat Graf Eulenburg nach den vorliegenden Berichten über die Stellung des Ministerpräsidenten Folgendes erklärt:

„Daß die Aufgabe des preußischen Ministerpräsidenten nicht bloß darin besteht, die Verhandlungen zu leiten und die Stimmen zu zählen, glaube ich, bedarf keines Beweises; es ist die Aufgabe des Vorsitzenden des preußischen Staatsministeriums, für einen gleichmäßigen und in gleicher Richtung sich bewegenden Gang der Staatsgeschäfte zu sorgen und das Gesammtministerium, wo es nöthig ist, zu repräsentiren. Ich glaube also, daß die von jener Seite geäußerte Meinung, daß sein Antheil sehr unbedeutend sei, der Begründung entbehrt." (Beifall.)

Aus dieser Aeußerung darf man den Schluß ziehen, daß auch heute die Aufhebung der bekannten Cabinetsordre vom Jahre 1852 über die Befugnisse des Ministerpräsidenten, die bei der Entlassung des Fürsten Bismarck eine hervorragende Rolle gespielt hat, nicht erfolgt ist; denn wenn sie wirklich aufgehoben wäre, so würde der jetzige Ministerpräsident kaum in der Lage sein, das Programm, das er in obigen Worten aufgestellt hat und das sich der vollen Zustimmung des Abgeordnetenhauses erfreut, thatsächlich durchzuführen.

* * *

Auch die Wohlgemuth-Affaire wird aus einer Veranlassung, die die „Voss. Ztg." gegeben hat, hier noch einmal berührt:

Die „Vossische Zeitung" knüpft an unsere neuliche Erörterung des Zusammenhanges des schweizerischen Auslieferungsgesetzes mit dem diplomatischen Drucke, der deutscherseits anläßlich der Wohlgemuth-Affaire auf die Eidgenossenschaft ausgeübt worden ist, die Bemerkung, „gerade die ‚Hamburger Nachrichten' sollten sich hüten, an den Wohlgemuth-Handel zu rühren". Wir wüßten nicht weshalb. Gerade die Politik, die in den „Hamburger Nachrichten" vertreten wird, hat das größte Interesse daran, daß der Wohlgemuth-Handel nicht in Vergessenheit geräth. Wir würden uns wegen der wesentlichen Verdienste, die sich die deutsche Diplomatie damals um beide betheiligte Länder erworben hat, im Gegentheil sehr freuen, wenn man die Vorgänge jener Zeit einer gründlichen und actenmäßigen Prüfung unterzöge, die das damals allein erstrebte Ziel als das von Haus aus vorschwebende ebenso klarlegen

würde, wie die Thatsache, daß, wenn jenes Ziel neuerdings in Gestalt der Abwendung der Schweizer Regierung von den deutschen Anarchisten mehr und mehr erreicht wird, dies auf das Einschreiten der deutschen Diplomatie in dem Wohlgemuth-Handel zurückzuführen ist.

* * *

Im Verlage der Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart erscheint in der ersten Maiwoche der erste, die Jahre 1847—52 umfassende Band einer von Horst Kohl veranstalteten kritischen Ausgabe der politischen Reden des Fürsten Bismarck. Vorgedruckt ist dem Bande folgendes Schreiben des Fürsten an die Verlagsbuchhandlung:

„Der Plan, meine Reden vollständig herauszugeben, erweckt mein dankbares Interesse. In der Sammlung werden manche nur durch die jedesmaligen Zeiteindrücke gerechtfertigten Tagesleistungen zur Erscheinung kommen, deren Bedeutung für geschichtliche Festlegung an sich nicht ausreicht. Dies ist menschlich natürlich, und der Gesammteindruck würde ein unrichtiger werden, wenn die Darstellung nur die erfolgreicheren Leistungen im Kampfe unzulänglicher Kräfte gegen divergirende und wechselnde Zeitströmungen wiedergäbe; nihil humani a me alienum puto. Aber ich kann es nur dankbar anerkennen, wenn das von meiner politischen Thätigkeit zu gebende Bild möglichst ähnlich wird und auch in seinen schwächeren Theilen ohne Nachhülfe bleibt."

Friedrichsruh, den 18. März 1892.

v. Bismarck.

* * *

Folgende Mittheilung aus dem Familienkreise des Fürsten Bismarck bringen die „Hamb. Nachr." am 7. Mai (A.-A.):

Graf Herbert Bismarck hat an seine Verwandten folgende Mittheilung gesandt:

„Fiume, 4. Mai 1892.

Graf Herbert von Bismarck-Schönhausen beehrt sich seine Verlobung mit Gräfin Marguerite Hoyos, zweiten Tochter des Grafen Georg Hoyos, anzuzeigen."

Die Braut, Gräfin Marguerite Hoyos, ist am 20. September 1871 in Fiume geboren. Ihre Mutter, Gräfin Alice, ist, wie wir den Wiener Blättern entnehmen, eine Tochter des Gründers der Torpedofabrik in Fiume, Robert Whitehead, Herrn auf Paddakhurst in Sussex und Springfield; sie vermählte sich am 30. März 1869 mit dem Grafen Georg Hoyos, K. K. Linienschiffs-Lieutenant a. D., der gegenwärtig Mitbesitzer der Torpedofabrik ist. Aus dieser Ehe sind sieben Kinder, zwei Söhne und fünf Töchter, hervorgegangen, Die älteste Tochter des gräflichen Paares, Comtesse Leopoldine, vermählte

sich schon 1888 mit dem preußischen Gesandten im Darmstadt, Freiherrn Ludwig von Plessen.

Graf Herbert Bismarck ist am 28. December 1849 in Berlin geboren, steht also im 43. Lebensjahre. Baron Plessen, ein Freund des Grafen Bismarck, lud diesen, wie in den Blättern weiter mitgetheilt wird, vor zwei Monaten zu einem Ausfluge nach Fiume und Abbazia ein. Graf Bismarck verweilte zwei Wochen als Gast des Grafen Hoyos, mit dessen Familie er täglich Ausflüge machte. Hierbei lernte er seine jetzige Braut, eine anmuthige junge Dame, kennen. Graf Bismarck holte dieser Tage die Einwilligung der Eltern der Braut ein, und am 4. Mai wurde im engsten Cirkel die Verlobung gefeiert.

* * *

Die „Hamb. Nachr." kommen am 7. Mai (M.-A.) von Neuem auf die Steuerreform zurück:

> Zu den Steuerfragen. Nach den neulich im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Grundzügen der Steuerreform in Preußen hat letztere die Ueberweisung zuerst von Grund- und Gebäudesteuer, demnächst von Gewerbesteuer an die communalen Verbände, bezw. Außerhebungsetzung dieser Steuern oder Theile derselben nach Maßgabe der Finanzlage zum Ziele.
>
> Diese ausdrückliche Betonung der Maßgeblichkeit der Finanzlage für den Verzicht des Staates auf die genannten Steuern, drängt, abgesehen von dem problematischen Umfange und Werthe der Erleichterung, die durch die Ueberweisung für den einzelnen Steuerpflichtigen einträte, die Frage auf, ob jener Verzicht thatsächlich überhaupt stattfinden würde. Wenn der Staat auf Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer verzichtet und wenn er wirklich ein volles Aequivalent für diesen Verzicht durch neu aufzuerlegende Steuern gewinnt, so wird der Verlauf der Dinge doch der sein, daß die Steuern, die dem Staate Ersatz für die zu überweisenden Beträge liefern sollen, vorweg auferlegt werden, und daß der Staat sich bereits im Besitze des Ertrages der neuen Steuern befinden wird, wenn an ihn die Zumuthung des Verzichtes auf die alten herantritt. Wird aber dann die Lage der Finanzen derart sein, daß der Staat sich in der Möglichkeit befindet, den Steuerpflichtigen, die ihnen heute zugedachten Emolumente zu gewähren? Wenn in den nächsten Jahren das Staatsbudget in Folge des Rückganges der Eisenbahn-Ueberschüsse und der Zölle, in Folge der gesteigerten Militair-Bedürfnisse einem erheblichen Deficit gegenüberstehen sollte, oder der Nothwendigkeit, auf die Erhöhung der Wehrkraft einstweilen zu verzichten, wird der Staat in dieser Situation in der Lage sein, daß Mißverhältniß bei Verzicht auf die 97 Millionen Realsteuern, die er jetzt erhebt, zu beseitigen?

Wird der Finanzminister sich dann nicht genöthigt sehen, zu erklären: es sei seine ernstliche Absicht gewesen, die in Aussicht gestellte Ueberweisung der Steuern zu gewähren, aber angesichts der Finanzlage liege die sofortige Möglichkeit hierfür nicht vor; „es wär' so schön gewesen, es hat nicht sollen sein!"

Wir können nicht glauben, daß diese Eventualität bei der Erwägung des beabsichtigten Ausgleiches zwischen den verschiedenen Steuern in Preußen ganz außer Betracht gelassen sein sollte; denn es kann die Nothwendigkeit für die Finanzverwaltung eintreten, im nächsten Budget einstweilen nicht nur die neuen Steuern, sondern auch die alten fortzuerheben, also vorläufig beide Einnahmen, von denen heute die eine das Tauschobject für die andere bilden soll, beizubehalten. Wird der Landtag alsdann in der Lage sein, sich dem Drucke, den diese Situation auf sein patriotisches Gefühl üben wird, zu versagen? Wird er dem nachgewiesenen Staatsbedarfe gegenüber auf seinen Schein bestehen können, für den er Brief und Siegel nicht hat? Wird er sich der Pression der Frage: „Wollen Sie das Land wehrlos machen?" entziehen können?

Die von militairischer Seite für nöthig gehaltene Steigerung der Ausgaben für die Wehrkraft des Reiches wird verschiedentlich angegeben und zum Theil höher als der Gesammtbetrag der Steuern, auf die der Staat verzichten will, um den Steuerpflichtigen ein Aequivalent für die geplante Erhöhung der Besteuerung zu gewähren. Officiöse Artikel trösten sich damit, daß für die Beschaffung der Deckungsmittel für militairische Mehrausgaben das Reich, und nicht Preußen zu sorgen habe. Aber in irgend einer Form wird Preußen doch nach Verhältniß seiner Bevölkerung, also etwa zu drei Fünfteln, zu den gesteigerten Reichsausgaben beitragen müssen, und selbst drei Fünftel der Summen, um die es sich hier handelt, übersteigen immer noch um ein Erhebliches die Gesammtsumme der nach Verzicht auf die älteren Steuern verbleibenden Einnahmequellen.

Wir können uns also der Befürchtung nicht entschlagen, daß der preußische Staat in den nächst kommenden Jahren sich den Communen gegenüber zwar als Schuldner für den jährlichen Betrag der Steuern ansehen werde, deren Ueberweisung jetzt in Aussicht gestellt wird, daß aber die bevorstehende finanzielle Situation ihn nöthigen kann, sich einstweilen zur Bezahlung dieser Schuld aus politischen und finanziellen Gründen außer Stande zu erklären. Wie lange dann dieser Zustand der ganzen oder theilweisen Nichterfüllung der heutigen freigebigen Vorsätze mit gleicher Nothwendigkeit andauern wird, das läßt sich nicht mit Gewißheit voraussagen, wenn es nicht etwa dem preußischen Landtage gelingen sollte, bei der Neubewilligung directer Steuern volle gesetzliche

Sicherheit für die Leistung des jetzt in Aussicht gestellten Aequivalents zu gewinnen; geschieht dies nicht, so dürfte man auch nicht in der Lage sein, der Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie bei eintretendem finanziellen Nothstande Anstand nimmt, vor anderweiter Hebung desselben auf eine sichere und bisher flüssige Einnahme von der betreffenden Höhe zu verzichten. Das Staatsinteresse wird in diesem Falle doch zwingender wirken als die Erinnerung an heute bestehende wohlwollende Absichten, und wir glauben nicht, daß die Abgeordneten den Ministern, die nach diesem Grundsatz handeln, daraus einen Vorwurf würden machen können. Ultra posse nemo obligatur! An diesem zwingenden Satze der Politik können gute Absichten und Hoffnungen, die sich daran knüpfen, nichts ändern. Wenn der Staat im gleichzeitigen Besitz der Vermögenssteuer und der bisherigen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sich befindet, den Betrag beider Steuern aber nothwendig braucht, so wird er jedenfalls genöthigt sein, den ihm zugemutheten Verzicht auf die eine bis zum Eintritte besserer Verhältnisse aufzuschieben. Aus dem künftigen Budget wird man erst Klarheit über die Mittel entnehmen können, durch welche die Finanzverwaltung die wahrscheinlich bevorstehenden Bedürfnisse zu befriedigen gedenkt.

Dasselbe wie von der in Aussicht gestellten Ueberweisung der drei Realsteuern an die Communalverbände gilt von der im „Reichs-Anzeiger" angekündigten Verwendung der Mehrerträge aus der Einkommensteuer sowie der bisherigen Ueberweisungen aus den Getreide- und Viehzöllen zur Verminderung bezw. Beseitigung der staatlichen Doppelbesteuerung des Grundbesitzes und der Gewerbebetriebe. Auch hier kann bei dem fortlaufenden steigenden Geldbedürfnisse des Staates und des Reiches die Finanzverwaltung sich genöthigt sehen, auf die versprochene Beseitigung der Doppelbesteuerung zu verzichten und die Steuern für sich zu behalten, falls nicht eine gesetzliche Garantie dafür geschaffen wird.

Die im „Reichs-Anzeiger" angekündigten Maaßregeln haben schon zu Ende der 80er Jahre das Hinderniß gebildet, die Selbsteinschätzung bei der Einkommensteuer einzuführen, weil für die gleichzeitige Gewährung des Aequivalents an Steuererleichterungen eine Uebereinstimmung der Minister nicht rechtzeitig herzustellen war; die Einführung der Selbsteinschätzung ist seiner Zeit seitens des Finanzministers von Scholz nur unterblieben, weil andere Minister darauf bestanden, daß die Abschaffung der Doppelbesteuerung u. s. w. damit pari passu erfolgen müsse. Es ist natürlich, daß jetzt ähnliche Befürchtungen eines schließlichen Mißlingens der in Aussicht genommenen Steuer-Beseitigungen gehegt werden. Jedenfalls ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß, nachdem die Einführung der Einkommensteuer stattgefunden hat, noch andere Belastungen

folgen werden, ohne daß der gleichzeitige Verzicht auf die Realsteuern und die Doppelbesteuerung sich thunlich erweist, so daß das Entgelt für die Bewilligungen lediglich in Promissen von zweifelhafter Realisirbarkeit bestehen würde.

* * *

In derselben Nummer finden wir auch die folgende Aeußerung über die Vermögenssteuer:

Ein anscheinend officiöser Artikel unternimmt es, die gegen den Plan einer Vermögenssteuer in der Presse geäußerten Bedenken zu entkräften. Es wird u. A. gesagt:

„Der Haupteinwand gegen die nach dem Vermögen bemessene Steuer wird aus der Heranziehung solcher Vermögensstücke hergeleitet, die zwar einen Verkaufswerth darstellen, aber zur Zeit keine Einnahme liefern. Dieser Einwand wird nicht als durchschlagend anzusehen sein. Denn diese Vermögensstücke dienen regelmäßig entweder Luxuszwecken und werden demgemäß nach dem socialpolitischen Grundgedanken der Steuerreform ganz mit Recht zur Besteuerung herangezogen, oder sie stellen einen Vermögenserwerb in Aussicht durch eine zu erwartende Steigerung des Verkaufspreises, wie z. B. der großstädtische Baustellenbesitz, von dem sich nicht wird leugnen lassen, daß er ein Moment recht erheblicher Steuerfähigkeit, der ohne Verletzung der Gerechtigkeit nicht außer Betracht bleiben kann."

Es giebt aber doch auch Vermögensobjecte, die zu keiner Zeit einen Verkaufswerth haben und haben können, z. B. Inventare eines Betriebes, der an die Oertlichkeit gebunden ist, oder Theile eines Besitzes, für den eine Verkaufsmöglichkeit überhaupt nur als Gesammtheit existirt. Und wenn die Aussicht auf einen Vermögenserwerb besteuert werden soll, so kann nicht bloß gerechterweise, sondern auch aus wirthschaftlichen Gründen doch nur die gesicherte Aussicht auf Erwerb oder auf Steigerung des Verkaufspreises als Object angesehen werden; Anlagen und Ankäufe, die absolut sicheren Vermögenserwerb in Aussicht stellen, werden aber kaum noch aufzufinden sein. Besteuert man hingegen Vermögenstheile ohne Rücksicht auf die Aussicht künftigen Ertrages, so ist außer Zweifel, daß eine solche Maaßregel lähmend auf allen Unternehmungsgeist wirken muß. Jedermann wird von einer neuen Anlage abgeschreckt werden, wenn mit derselben als sicher einstweilen nur die Besteuerung verbunden ist, während im Uebrigen die Anlage ebensogut einen Vermögensverlust zur Folge haben, als ertragsfähig werden kann.

Bei etwaiger Einführung einer Vermögenssteuer würde übrigens eine Heranziehung der fiscalischen Betriebe u. s. w. nicht zu umgehen sein, da sonst die Bedingungen ihrer Concurrenz mit den Privatunternehmungen

zu sehr zu Ungunsten der letzteren verändert und die Beschwerden über die Beeinträchtigung der Erwerbsthätigkeit der Bevölkerung durch den Staat, wie sie z. B. der Zuchthausarbeit gegenüber vorliegen, erheblich verstärkt werden würden.

* * *

Am 30. April hatten die „Hamb. Nachr." (A.=A.) berichtet:

Unter der Ueberschrift „Ernste Ueberraschungen" gehen der hin und wieder zu officiösen Kundgebungen benutzten „Düsseldorfer Ztg.", wie sie sagt, „aus Berlin von hochgeschätzter Hand bemerkenswerthe Mittheilungen" zu, denen wir nachstehende Stellen entnehmen:

„Es kann und soll auch nicht geleugnet werden, daß die in Aussicht gestellte Militairvorlage den eigentlichen Brenn= und Kernpunkt der gesammten nächsten parlamentarischen Zukunft bildet. Die militairischen Autoritäten sind unerschütterlich davon überzeugt, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches einer durchgreifenden Reformation bedarf, daß sowohl eine starke Vermehrung der Officiers= und Mannschaftsziffern im Kriegsfalle unabweisbar ist, als auch eine Vermehrung der Armeecorps im Frieden ... Mag nun die Volksvertretung im Reichstage und im preußischen Abgeordnetenhause noch so skeptisch verfahren, darüber wird in kurzer Zeit ein Zweifel nicht mehr bestehen können, daß die Miquel'schen Steuerreformen im ursächlichsten Zusammenhange mit den geplanten Wehrverbesserungen stehen! Beides ist materiell nicht mehr von einander zu trennen, und der Gewissensconflict, in welchen der berechtigte Sparsinn der Volksvertreter mit ihren patriotisch=nationalen Pflichten tritt, muß gelöst werden!

„Wie ich aus allerzuverlässigster Quelle versichern kann, wird die Regierung Preußens, werden die Bundesregierungen bedingungslos an der Durchführung der Wehrvorlage festhalten, die Noth gebietet dies; die bestimmte Ueberzeugung, daß die heutige deutsche Wehrkraft nicht ausreicht, den von Ost und von West zu gewärtigenden Vorstößen auf die Dauer mit Erfolg die Spitze zu bieten, muß und wird diesen Widerstreit der finanzpolitischen und patriotischen Erwägungen zum Vortheil der letztern entscheiden, selbst auf die Gefahr einer Doppelauflösung, einer Auflösung des Reichstages und des preußischen Landtages hin!!"

Dieser Versuch (bemerken dazu die „Hamb. Nachr."), für die Vermögenssteuer durch Gründe der Sicherheit des Reiches Stimmung zu machen, ist namentlich in dem Schlußsatze des betreffenden Artikels von einer Naivetät, die wir selbst bei der jetzigen officiösen Presse nicht für möglich gehalten hätten.

Schon die „Berl. Polit. Nachr." weisen am 2. Mai darauf hin, daß eine derartige Argumentirung sachlich unhaltbar wäre. Aber damit nicht genug:

die officiöse „Düsseldorfer Zeitung" wird nun auch noch von der officiösen „Nordd. Allg. Ztg." desavouirt. Die „Hamb. Nachr." schreiben über dies wunderliche Spiel am 7. Mai (M.-A.):

Die neuliche Aeußerung der officiösen „Düsseldorfer Ztg.", daß die Regierung unter Umständen zur Durchbringung ihrer Steuer- und Militairvorlagen vor einer Doppelauflösung von Landtag und Reichstag nicht zurückschrecken werde, ist von der „Nordd. Allg. Ztg." zurückgewiesen worden. Der Vorgang bildet einen neuen Beleg, wie ungeschickt jetzt officiös verfahren wird und welche Verworrenheit in den betreffenden Regionen herrscht: ein Officiosus muß den andern dementiren! Nicht ohne Interesse ist auch eine Bemerkung, womit die „Voss. Ztg." die Leistung der „Düsseldorfer Ztg." begleitet. Das Berliner freisinnige Blatt schreibt:

„Mit der Drohung einer Doppelauflösung dürfte die Zeitung an der Düssel nur politische Kinder erschrecken. Die Regierung und Mitregierung sollte mit solchen gefährlichen Worten nicht zu leichtfertig spielen; der Pfeil würde vermuthlich mit doppelter Kraft auf den Schützen zurückfliegen."

Das schreibt die nämliche „Voss. Ztg.", die vor Kurzem dem Fürsten Bismarck vorwarf, daß er im Frühjahr 1890 an Conflicte geglaubt habe. Wenn das Berliner Blatt bezüglich einer eventuellen Auflösung der Volksvertretung mit einem „Zurückfliegen des Pfeils auf den Schützen" droht, so müssen doch seiner Auffassung nach Conflictsmöglichkeiten vorliegen, die eine so heftige Reaction der Wähler, wie sie durch jenes Gleichniß in Aussicht gestellt wird, wirklich hervorzurufen im Stande sein würden. Daß der vormalige Reichskanzler im Frühjahre 1890 seinerseits mit Conflictsmöglichkeiten rechnete, ohne aber dabei an eine Auflösung zu denken, wird ihm die „Voss. Ztg." nun nicht mehr verübeln können.

* * *

Am 9. Mai melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Der „Hamb. Correspondent" schreibt:

„Bismarck-Beleidigung. Kürzlich debattirten im Stadttheil Ottensen mehrere Personen, unter denen sich auch ein bekannter Geschäftsmann befand, der bereits vor Jahren wegen Bismarck-Beleidigung mit dem Gericht Bekanntschaft machen mußte. Im Laufe der Debatte ließ sich der Geschäftsmann wieder zu Aeußerungen hinreißen, die von anderer Seite als Beleidigung des Fürsten Bismarck aufgefaßt und nach Friedrichsruh berichtet wurden. Fürst Bismarck hat gegen den erwähnten Geschäftsmann Strafantrag wegen Beleidigung gestellt."

Diese Nachricht ist willkürlich erfunden. Fürst Bismarck hat, seitdem er

nicht mehr durch seine amtliche Stellung dazu genöthigt war, keinen Strafantrag wegen Beleidigung mehr gestellt.

* * *

In Stuttgart feiert am 9. Mai die deutsche Partei das Fest ihres 25 jährigen Bestehens. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Osann hält eine begeisterte Rede auf den Fürsten Bismarck, und unter jubelnder Zustimmung der etwa 400 Festtheilnehmer wird ein Telegramm an den Fürsten geschickt, in dem es heißt:

„Unsere Herzen schlagen höher in dem Gedanken an den verdienstlichsten unter den Schöpfern des Reichs, und stolz im Bewußtsein, Ihre großen Ziele nach Kräften gefördert zu haben, weihen wir Ihnen nie erlöschende Verehrung und Dankbarkeit."

Der Fürst antwortet sofort:

„Friedrichsruh, 9. Mai 1892.

Die warmen und patriotischen Worte, mit denen die Herren Mitglieder der deutschen Partei mich gestern begrüßten, haben mich sehr wohlthuend berührt, und bitte ich Euer Hochwohlgeboren, dafür meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den betheiligten Herren auszusprechen. v. Bismarck."

Am 11. Mai constatirt nun der „Schwäb. Merkur" folgende officiöse Preßleistung:

„Der ‚Reichsanzeiger' vom Abend des 9. druckt das Telegramm aus Stuttgart über die Jubelfeier der deutschen Partei gleich allen anderen Zeitungen wörtlich ab, streicht aber den Satz: die Versammlung richtete auch ein Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck.

„Für den nichtamtlichen Theil des Reichsanzeigers, in welchem Theile solche Berichte stehen, ist die Redaction desselben verantwortlich. Wie schlecht dient sie der Regierung des hochherzigen Fürsten auf dem Hohenzollernthrone, wenn sie verschweigt, daß in den Herzen der Süddeutschen die Dankbarkeit noch eine Stelle hat!"

Die „Köln. Ztg." bemerkt dazu:

„Jeder, der mit dabei war, beim Hauptacte wie beim Festmahle, der weiß, mit welch elementarer Gewalt der Strom des Jubels losbrach, so oft der Name Bismarck auch nur genannt wurde. Als der Vorsitzende des Landesausschusses nach den Telegrammen an Kaiser und König die Mittheilung machte, er habe nun noch ein drittes Telegramm vorzuschlagen, konnte der Redner, noch ehe er Bismarck's Namen genannt hatte, minutenlang vor begeisterten Zurufen nicht weiter sprechen."

Ja, sogar die ultramontane „Köln. Volks-Ztg." sagt:

„Auch uns ist die Streichung des ‚Reichsanzeigers' nicht verständlich."

* * *

Am 30. April hatte Herr A. Schmalstich, Procurist der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Hermann Laaß & Co., Magdeburg-Neustadt, dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh über den Bau einer Neuheit und eines eigenartigen Systems einer landwirthschaftlichen Maschine, der Universal-Patent-Kaiser-Hackmaschine, die in der Landwirthschaft zum Behacken von Getreide, Rüben und Kartoffeln mittels Pferdebetrieb dient, Vortrag halten dürfen. Bei dieser Gelegenheit genehmigte der Fürst die Annahme der 1000sten Jubiläums-Maschine, welche in genannter Fabrik fertig gestellt worden ist. Diese wurde ihm dann am 12. Mai durch den Inhaber der Firma, Herrn Hermann Laaß dargebracht.

* * *

Unter der Ueberschrift „Berlin — Wien — Rom“ [1]) bringt die Münchener „Allg. Ztg.“ in den M.-A. vom 12., 13., 15. und 18. Mai vier eingehende Artikel über die schon erwähnte Schrift gleichen Titels des Deutsch-Russen Eckardt. Die Artikel bilden eine umfassende Rechtfertigung der Politik des Fürsten Bismarck gegenüber der politischen Thätigkeit der Männer des neuen Courses; allein aus diesem Grunde (nicht um des Eckardt'schen Buches willen) müssen wir sie hier aufnehmen.

In der großen Zahl politischer Broschüren, heißt es da, die seit dem Frühling 1890 erschienen sind, nimmt die unter obigem Titel veröffentlichte nicht allein wegen ihres Umfangs und der Persönlichkeit ihres angeblichen Verfassers die Aufmerksamkeit in Anspruch. Wer in dem Buche irgendwie neue Enthüllungen oder bisher unbekannte Beiträge zur Zeitgeschichte suchen wollte, würde freilich seine Rechnung nicht finden, im Gegentheil, das Thatsächliche ist wohl die schwächste Seite der Schrift. Aber es ist ein geistvoller, zum Theil von neuen und großen Gesichtspunkten ausgehender Versuch zur Rechtfertigung der Politik der Nachfolger des Fürsten Bismarck, originell in der Auffassung, elegant und blendend in der Darstellung und ohne jede Verletzung des patriotischen Gefühls, welche die sonstigen publicistischen Vertreter des neuen Courses sich durch Verunglimpfung des Fürsten Bismarck leider nicht selten haben zu Schulden kommen lassen. Aber damit dürfte auch so ziemlich Alles erschöpft sein, was zum Lobe des Buches gesagt werden kann.

Der Verfasser hat weder aus Acten, noch aus sonst bisher verborgenen Quellen geschöpft; um so größer ist sein Verdienst, welches er sich um den „neuen Cours“ erworben: er hat diesen in ein System zu bringen gesucht, welches die heutigen Leiter der deutschen und preußischen Politik nicht gehabt haben und nicht haben konnten. Wie geschickt der

---

[1]) Berlin — Wien — Rom. Betrachtungen über den neuen Cours und die neue europäische Lage. Leipzig 1892, Verlag von Duncker & Humblot. 273 S. (5 Mk.)

Verfasser dabei die vielfachen Widersprüche dieses angeblichen „Systems“ dennoch zu einem einheitlichen Ganzen verflicht — ist für den politisch geschulten Leser vielleicht der interessanteste Theil der Arbeit. Die Schrift ist im Wesentlichen aus dem Mißfallen ihres Verfassers an den bisherigen officiösen Tagesleistungen entstanden. Als Mann von Geschmack und Begabung hat er selbst zur Feder gegriffen und sich der mühsamen Aufgabe unterzogen, „die deutschen Fortschritte seit 1890“ herauszufinden. Er hat dabei, mit Geist und Geschicklichkeit, weit über das Ziel hinausgegriffen und zu viel beweisen wollen. Qui trop embrasse — mal étreint. Die Handelsverträge und den Zedlitz'schen Schulgesetzentwurf zur gleichen Höhe des Ruhms erheben, Beides als integrirende Theile eines einheitlichen Systems darstellen zu wollen — war ein Versuch, an welchem auch diese Feder scheitern mußte. Graf Caprivi wird ohne Zweifel freudig überrascht gewesen sein, sein Bild plötzlich in einem so wesentlich vergrößernden und verschönernden Spiegel zu erblicken; aber die Zahl der politischen Männer im In- und Auslande, die es in der gleichen Strahlenbrechung schauen, dürfte gering sein.

Fragen wir uns nun, wie ein Schriftsteller von anerkannter Welt- und Lebenserfahrung, von reichem Wissen und langjähriger politischer Schulung zu einer Verherrlichung der „deutschen Fortschritte seit 1890“ gelangen konnte, so giebt uns das Leitmotiv, welches aus den verschiedensten Theilen der Schrift deutlich wiederklingt, vollen Aufschluß: Deutschland ist seit 1890 in einen entschiedenen Gegensatz zu Rußland getreten, und die Bekämpfung Rußlands ist der Ariadnefaden, der uns durch die verschiedenen Irrgänge des Buches geleitet. Wenn in Berliner Zeitungen, z. B. in der „National-Zeitung“, wiederholt erklärt worden ist, daß das deutsche Auswärtige Amt mit der Schrift nichts zu thun habe, so wollen wir dieser Versicherung insofern Glauben schenken, als dem Auswärtigen Amte schwerlich erwünscht sein kann, sich eine derartige Beurtheilung der öffentlichen Verhältnisse sowohl als auch der Triebfedern seines eigenen Handelns zugeschrieben zu sehen. Wir glauben unsrerseits, daß die vom Verfasser gezeichnete deutsche Politik wohl seinen Wünschen, aber nicht den Thatsachen entspricht, und daß er bei Abfassung seines Buches das inspirirende, aber nicht das inspirirte Element gewesen ist.

Eine sorgfältig und eingehend gegliederte Inhaltsübersicht erleichtert dem Leser die Orientirung. Aber auch wenn dieses Register nicht vorausgestellt worden wäre — das Capitel über „die Erbschaft des Fürsten Bismarck“ reicht zur Orientirung vollkommen aus. Ein Politiker von so scharf ausgesprochener anti-russischer Richtung, wie der Verfasser dieses Buches, mußte sich zwar wohl oder übel der Größe der gigantischen

Gestalt beugen, die Deutschland aus der Zersplitterung und Zerrissenheit zur Einheit geführt und an die Spitze der Nationen gestellt hatte; aber er kann es dem deutschen Herkules nicht verzeihen, daß dieser doch eine Arbeit ungethan gelassen: die Niederwerfung Rußlands. Daß dieser Vorwurf in geistvolle Bewunderung für den Fürsten gehüllt wird, neben welcher seine bisherigen Bewunderer als politische Dilettanten tief unter dem Beobachtungssinn und dem politischen Urtheilsvermögen des Verfassers stecken bleiben, ist charakteristisch für die Behandlung des Gegenstandes. Seltsam: während er selbst bemüht ist, dem neuen Cours ein „System“ zurecht zu machen, an welches dessen Leiter, als sie die Nachfolge des Fürsten Bismarck übernahmen, schwerlich gedacht haben, erhebt der Autor gegen die „im politischen Dilettantismus stecken gebliebenen unzähligen Deutschen“ den Vorwurf, daß sie die Action des Fürsten Bismarck in ein System gebracht hätten, bei welchem es nur darauf ankam, „die anscheinenden Widersprüche in eine höhere Einheit aufzulösen“.

Hatte Fürst Bismarck sich die Aufgabe gestellt, den deutschen Nationalstaat zu schaffen, so konnte nach 1870 weder er noch einer seiner Nachfolger irgend eine andere Aufgabe haben, als Deutschland in der Stellung, die es sich mit so schweren Opfern errungen, zu erhalten. Dieser politische Fundamentalsatz gebot, für die Erreichung dieses ersten aller staatlichen Zwecke so stark als möglich gerüstet zu bleiben, aber allen neuen Entscheidungen so lange als möglich auszuweichen, weil Deutschland dabei nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren hatte. Für eine Politik, welche jede weitere Gebietsausdehnung über die Grenzen von 1871 hinaus als ein Unglück ansah, konnte es keine anderen leitenden Gesichtspunkte geben.

Zu den politisch bestimmenden Momenten gesellten sich aber noch solche persönlicher Natur: die zunehmenden Jahre Kaiser Wilhelm's I., die entschiedene Abneigung seines Sohnes und Nachfolgers gegen jeden Krieg. Wohl ist dem Fürsten Bismarck wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß er die Situation von 1887/88 unbenutzt gelassen habe. Wer aber mochte die Verantwortlichkeit übernehmen, mit einem neunzigjährigen Kaiser und einem schwer erkrankten Kronprinzen die Geschicke Deutschlands abermals auf des Schwertes Spitze zu stellen?

Nach Lage unserer gesammten Verhältnisse, und wie namentlich die bundesstaatliche Gestaltung Deutschlands es erheischte, muß in einer kriegerischen Action die oberste Leitung und Entscheidung stets bei dem Kaiser sein. Wenn die Politik des Fürsten Bismarck nach Beendigung des französischen Krieges sorglich auf Erhaltung des Friedens gerichtet war — so ist das hohe Lebensalter Kaiser Wilhelm's I. dabei wohl in

hohem Grade mit bestimmend gewesen. Je mehr die Entwickelung der Dinge im Jahre 1870/71 bekannt wird, um so begreiflicher ist es, daß Fürst Bismarck sich nicht zu neuen Unternehmungen entschloß in einer Zeit, in welcher die an der Grenze der menschlichen Lebenskraft angelangte Persönlichkeit des Kaisers naturgemäß mehr und mehr in den Hintergrund treten mußte, und somit eine Beeinflussung der Entschließungen zu gewärtigen war, welche für eine folgerichtige Leitung der politischen Action die größten Schwierigkeiten voraussehen ließ.

(13. Mai, M.-A.) „Ob Fürst Bismarck vorhergesehen hat, daß die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens beim Ausgang des Jahrhunderts zum einzigen, die gesammte übrige Staatsraison verschlingenden Zwecke der französischen Politik und damit zur Quelle einer europäischen Gefahr werden werde, wissen wir nicht." Der Herr Verfasser hätte das ganz genau wissen können. Gerade Fürst Bismarck ist es gewesen, der wiederholt und öffentlich darauf hingewiesen hat, daß die Franzosen, die uns Waterloo und Sadowa nicht verzeihen konnten, uns Sedan und dessen Folgen noch viel weniger verzeihen werden. Die gesammte auswärtige Politik des Fürsten culminirte daher — und mit Recht — in dem Gedanken, Frankreich zu isoliren und den bestehenden europäischen Rechtszustand unter den Gesammtschutz aller anderen Mächte zu stellen. Daß er dabei persönlich wohlwollend gegen Frankreich war, der französischen Politik — je nach dem Verhalten ihrer Leiter — Gefälligkeiten erwies, soweit solche nicht auf Kosten Deutschlands zu erfolgen hatten; daß er ferner eine Annäherung Frankreichs an Deutschland einem nochmaligen Zusammenstoße vorgezogen hätte, und daß er es deshalb an Anregungen in dieser Richtung nicht fehlen ließ, ist mit jenem Fundamentalgedanken seiner Politik nicht nur vereinbar, sondern ergänzt diesen.

Wenn der Herr Verfasser an Stelle des geschickt aus Zeitungsausschnitten zusammengestellten, aber durchaus nicht „auf Informationen fußenden" Buches „Bismarck, zwölf Jahre deutscher Politik 1871—83" lieber die große Rede des alten Kanzlers vom 6. Februar 1888 hervorgezogen und als Quelle benutzt hätte, so würde er vielleicht auf manchen anderen Gedanken gekommen sein. Fürst Bismarck hat sich damals über Allianzgruppirungen in Europa, über russisch-französische Annäherungen u. s. w. mit hinlänglicher Deutlichkeit ausgesprochen. Freilich auf die Idee, daß eine russisch-französische Entente nur die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts bedeute, wie wir dies im vorigen Jahre aus dem Munde seines Nachfolgers in Osnabrück[1])

[1]) Rede des Grafen Caprivi am 27. September 1891 in Osnabrück.

vernommen, wäre Fürst Bismarck wohl nicht gekommen. Für einen Commentar zu diesem berühmt gewordenen Ausspruch würden wir dem Autor des Buches „Berlin — Wien — Rom“ aufrichtig dankbar gewesen sein; wir empfinden sein Schweigen über diesen „deutschen Fortschritt“ als eine bedauerliche Lücke, deren Ausfüllung sich eine etwaige zweite Auflage des Buches hoffentlich nicht versagen wird.

Eine vollständige Widerlegung des Buches wäre nur in einem anderen Buche ausführbar. Es sei daher hier von Kleinigkeiten abgesehen, so z. B. von der wiederholten Angabe, daß das deutsch-österreichische Bündniß vom Herbst 1878 datirt (S. 35, 37), während es bekanntlich erst ein Jahr später abgeschlossen worden war, nachdem russische Drohung inzwischen dazu genöthigt hatte. Aber wiederholen müssen wir, daß das Raisonnement der Schrift wesentlich daran krankt, daß sie die durch nichts beglaubigten angeblichen Aeußerungen des Fürsten zum Grafen St. Vallier (nach dem oben erwähnten Buche „Zwölf Jahre“) zur Grundlage macht. Selbst wenn Fürst Bismarck sich zu dem Vertreter Frankreichs in ähnlicher Weise ausgesprochen haben sollte, so liegt für uns Deutsche absolut kein Anlaß vor, solche Aeußerungen für baare Münze zu nehmen. Bekanntlich hat Fürst Bismarck gerade der französischen Diplomatie gegenüber à corsaire — corsaire et demi gespielt, und wenn er wirklich zum Grafen St. Vallier gesagt haben sollte, daß „das türkische Festland nur Oesterreichern, Franzosen und Deutschen gehören sollte“, so wird es kaum ein Dutzend Leute in Deutschland geben, die diesen Ausspruch ernsthaft nehmen. Man wird daher viel eher an das Gesicht denken, welches Graf St. Vallier bei diesen Worten gemacht haben muß.

Welches Stück „türkischen Festlandes“ hat der Herr Verfasser den Franzosen, welches den Deutschen zugedacht? Glaubt er, daß es dem größten Staatsmanne des Jahrhunderts wirklich hätte in den Sinn kommen können, Deutschland ein Stück türkischen Festlandes aufzuhalsen, einen Colonialbesitz, der nicht eine Schutztruppe, sondern Heere und Flotten zu seiner Behauptung erfordern würde, und zwar ohne jede directe Verbindung mit dem Reichsgebiet? Da scheint doch der beglaubigte, weil in öffentlicher Reichstagssitzung gethane Ausspruch des Fürsten seinem politischen System angemessener, „daß Bulgarien nicht die Knochen eines pommerschen Musketiers werth sei“ (nicht Grenadiers oder Füsiliers, wie häufig unrichtig gedruckt wird).

Was Fürst Bismarck schließlich gethan haben würde, wenn er im Amte geblieben wäre und die antideutsche Entwickelung in Rußland zu einer mehr als theoretischen Entente mit Frankreich geführt hätte, läßt sich heute nicht voraussagen. Es war nicht des Fürsten Art, „die

Arbeit unserer Enkel" zu machen, die Aufgaben künftiger Generationen unreif vorweg zu nehmen. Deutschlands Stellung und Action wird da immer wesentlich von der seiner Verbündeten abhängen. Der leitende Staatsmann wird an dem Tage, der ihn vor große und folgenschwere Entscheidungen stellt, gewissenhaft zu prüfen haben, ob der Preis das Opfer werth sei und ob die am Tage nach einem künftigen Friedensschlusse eintretende Situation sich nicht auch ohne einen Krieg erreichen lasse, dessen Ausgang Niemand zu verbürgen vermag. Ein Krieg darf immer nur um des Friedens willen, d. h. um Erreichung desjenigen Zustandes willen geführt werden, in welchem wir nach dem Kriege mit dem Gegner leben wollen. Wie Fürst Bismarck in dieser Beziehung über eine Verwickelung mit Rußland dachte, hat er deutlich genug durch die im Reichstage gesprochenen Worte erwiesen, daß er die Verantwortung, „auch noch nach dieser Seite ein System der Revanche-Rüstung, der dauernden Kriegsbereitschaft einzurichten", nicht übernehmen könne.

Es giebt nun Leute, welche glauben, daß Deutschland Oesterreich-Ungarn den größten Dienst geleistet haben würde, wenn es an seiner Seite in einen Krieg gegen Rußland eingetreten wäre; und es giebt Andere, welche meinen, Deutschland habe der Habsburgischen Monarchie den größten Dienst dadurch geleistet, daß es durch seine Stellungnahme Schulter an Schulter den Zusammenstoß mit Rußland bisher verhindert hat. Wir bekennen uns zu dieser letzten Kategorie, auch auf die Gefahr hin, von den Verfechtern des neuen Courses als Ketzer und Ungläubige gescholten zu werden.

Wir können nach dem Allen den Schlußfolgerungen nicht beitreten, welche der Verfasser auf Seite 52 und 53 über die den „Erben" des Fürsten Bismarck zugefallene Aufgabe zieht. Er will dieselben indirect in Schutz gegen den Vorwurf nehmen, daß sie ihre Bedeutung darin suchen, Alles anders und entgegengesetzt als der erste Kanzler des Reiches zu machen. Allerdings ist es richtig, daß schon das bloße Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Amt die Weltlage wesentlich veränderte, und zwar — wie wir hinzufügen müssen — schwerlich zum Vortheil Deutschlands. Um so weniger war Grund vorhanden, die „Methode" des Fürsten Bismarck principiell aufzugeben. Wohl war, wer auch immer der Nachfolger des Fürsten Bismarck gewesen wäre, ein gewaltiger Unterschied zwischen den beiden Persönlichkeiten. Fürst Bismarck war sein eigenes Zeitalter, der Nachfolger konnte das Amt, aber nicht die überlegene Kraft und die Erfahrungen eines Menschenalters und darüber erben, mit welchen Fürst Bismarck dieses Amt geführt hatte. Es waren neue Männer, die in den Kreis der europäischen Diplomatie traten, und menschlich begründet ist es, daß sie sich angenehm einzuführen

suchten. Die Welt fühlte nur zu bald, daß ihre Stellung Deutschland gegenüber eine andere und leichtere, sagen wir eine erleichterte, geworden war. Wir lesen S. 53: „Er hatte gezahlt ‚mit dem, was er war‘, die nach ihm kamen, mußten ‚mit dem zahlen, was sie thaten‘.“ Schade nur, daß sie sich so sehr beeilten, dieser ihrer Münze ein wesentlich anderes Gepräge zu geben und überdem zu zahlen, wo er die Zahlung für unnöthig oder schädlich erachtet hatte. Nebenbei bemerkt, können wir diese Wendung des Autors nicht sehr geschmackvoll finden. Schiller sagt: „Adel ist auch in der sittlichen Welt; gemeine Naturen zahlen mit dem, was sie thun, edle mit dem, was sie sind.“ Der Vertheidiger der Früchte des neuen Courses hätte sich vielleicht doch ein anderes Citat aussuchen sollen.

„Vor dem Nachfolger Bismarck's lag die ungeheure Aufgabe, Angesichts einer Spannung, die entweder nachlassen oder aber zu einer Entladung führen mußte, den durchaus heterogenen Erwartungen des Inlandes und des Auslandes zu entsprechen.“ Und weiter unten: „Mochten die Ziele deutscher Staatskunst die früheren geblieben sein, die Wege mußten andere sein, wenn sie sich als gangbare darstellen sollten.“ In diesem Satze liegt das, was wir im Eingang unserer Betrachtung als „blendend“ bezeichnet haben. Welches waren die keineswegs so „heterogenen“ Erwartungen des Inlandes und des Auslandes? Zunächst die, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck eine ganz gewaltige Schwächung Deutschlands bedeute. Das Deutsche Reich erschien fortan ohne diesen starken Coëfficienten in der europäischen Rechnung. Der Name, der Heere aufgewogen hatte, fehlte. In dieser Ueberzeugung stimmten Inland und Ausland überein; was wir trauernd in unser Soll eintrugen, schrieb das Ausland befriedigt in sein Haben. Die „Spannung“ konnte somit durch den Rücktritt des Fürsten zunächst nur vergrößert werden. Alexander III. sah den Staatsmann abtreten, welcher sein persönliches Vertrauen besessen hatte; Frankreich sah halb bestürzt, halb frohlockend den Sturz des Giganten, den allein es gefürchtet hatte. Bestürzt, weil man sich fragte, ob die Hand, welche den Fürsten Bismarck niedergeworfen, nicht auch weiterer Ueberraschungen fähig sein werde; frohlockend, weil Deutschland sich selbst seiner stärksten Waffe beraubte. Deutschlands Verbündete aber sahen sich einem neuen Minister ohne politische Vergangenheit und diplomatische Erfahrung gegenüber, dessen Befähigung und Neigungen man nicht kannte; man hatte nur die Gewißheit, daß die diplomatische Führung fortan nicht mehr bei Deutschland sein konnte.

War es wirklich nothwendig, daß die „Wege“ andere sein mußten? Wohl konnte der neue Lootse das Staatsschiff nicht mit der gleichen

Kühnheit und Entschlossenheit steuern, wie sein in einem sturmbewegten Menschenalter erprobter und erfahrener Vorgänger; aber war es nothwendig, die Wege selbst, das Fahrwasser deshalb zu verlassen?

Folgen wir nun dem Verfasser in die Untersuchung, „ob diese anderen Wege vorwärts oder rückwärts geführt haben, und ob das deutsche Soll und Haben vom Frühjahr 1892 sich ungünstiger stellt als dasjenige vom 20. März 1890“.

(15. Mai, M.-A.) Der zweite Theil des Buches, „Anfänge und Aufgaben der neuen Regierung“ überschrieben, trägt ungleich mehr als der erste polemische Färbung, auch der Person des ersten Reichskanzlers gegenüber. Wenn der Verfasser z. B. S. 60 sagt: „Schweizer, Dänen, Holländer u. s. w. meinten in der That, daß ihnen durch den Ministerwechsel vom 20. März 1890 erhöhte Bürgschaft für ihre Unabhängigkeit geboten worden sei und daß sie freier als bisher aufathmen dürften“, so wäre es schon vom Standpunkte der Billigkeit, geschweige denn vom Standpunkte des deutschen Patriotismus wohl seines Amtes gewesen, hinzuzufügen, daß „Schweizer, Dänen und Holländer“ vielleicht nie einen stärkeren Bürgen ihrer Unabhänigigkeit gehabt haben als den Fürsten Bismarck. Und wenn der Verfasser S. 61 sagt: „Gewisse professionsmäßige Hochwächter der nationalen Sache klagten bereits im Frühjahr 1890, daß Herr von Caprivi mit allen Parteien auf gleich höflichem Fuße verkehre und von den Antipathien nichts zu wissen schiene, die zum eisernen Inventar des alten Courses gehört haben sollten“ — so übersieht er dabei, daß der stetig wachsende lärmende Beifall, mit welchem die fortschrittliche und demokratische Presse das neue Regime damals auf Schritt und Tritt begleitete, wohl geeignet war, „die Hochwächter der nationalen Sache“ mit Besorgniß zu erfüllen. Die ihm „unheimliche“ Bundesgenossenschaft zurückzuweisen, nahm Herr von Caprivi bekanntlich erst ein Jahr später Veranlassung. (Vgl. unsern Bd. II, S. 42 f. D. Verf.)

Eine Anzahl Seiten sind sodann der Stimmung, richtiger der Verstimmung in Deutschland im Zusammenhang mit der Aufhebung des Socialistengesetzes gewidmet, auf welche der Verfasser die Verstimmung in erster Linie zurückführt. Auch dabei passiren ihm allerlei Menschlichkeiten. So z. B. daß er S. 66 eine in Gotha erschienene Broschüre „Welchen Cours haben wir?“ ohne Weiteres für „autoritativ“ erklärt, d. h. auf den Fürsten Bismarck zurückführt. Wir glauben, daß selten ein größerer Mißbrauch getrieben worden ist als in den letzten zwei Jahren mit der angeblichen Vaterschaft bald des Fürsten Bismarck, bald des Grafen Herbert Bismarck, bald Lothar Bucher's für allerlei Preß-

erzeugnisse in Artikeln und Broschüren, sobald diese nur irgendwie, gleichviel mit welchem Recht und welchem Inhalt, als Vertheidiger des Fürsten Bismarck auftraten.

Vom Socialistengesetz und dem kleinen Belagerungszustand gilt dasselbe wie von der Preßverordnung für Elsaß-Lothringen: man suchte mit kleineren, wenn auch für die Betroffenen unbequemen Maaßregeln auszukommen, um größere, einschneidendere Maaßnahmen zu ersparen. Der „kleine“ Belagerungszustand im Jahre 1878 hat den größeren erspart, ebenso wie die Preßverordnung ein letzter Versuch war, sich Frankreich und der französischen Spionage und Corruption in Elsaß-Lothringen gegenüber auf einem anderen Wege als durch Aufstellung von Vorposten, d. h. durch kriegerische Maaßnahmen zu behelfen. Warum haben denn Diejenigen, die heute hinterher Alles besser zu machen wissen, geschwiegen und sind nicht mit anderen Vorschlägen herausgetreten, als es an der Zeit war? Im Parlament wie in der Presse wäre Gelegenheit dazu gewesen, und „das Bessere“, welches mehr als nur der Feind des Guten war, hätte sich leicht kenntlich gemacht. Zum mindesten aber sollte man verlangen, daß, wer es unternimmt, den Fürsten Bismarck und seine Maaßnahmen so zu kritisiren, wie es seitens des Verfassers geschieht — Maaßnahmen, die doch auf alle Fälle die Zustimmung der deutschen Regierungen und der deutschen Volksvertretung gehabt haben —, über die Thatsachen Bescheid weiß.

So erfahren wir aber S. 71, daß die Einberufung der internationalen Conferenz zur Erörterung der Arbeiterfrage „unter die Ursachen für den Rücktritt des Fürsten Bismarck gezählt wurde“. „Das genügte, um dieses Unternehmen von vornherein in ungünstiges Licht zu stellen.... Der persönlichen Initiative des Monarchen entsprungen, stellte dieser Versuch überdies keinen Regierungsact dar, für welchen der Nachfolger des Fürsten Bismarck hätte in Anspruch genommen werden dürfen.“ Hier ist fast jeder Satz eine Unrichtigkeit. Die internationale Arbeiterschutzconferenz ist erst vom Fürsten Bismarck in die Februar-Erlasse hineingebracht worden, um etwas Wasser in den brausenden Wein der damals bestehenden Projecte zu thun, und um wenigstens einen Versuch zu machen, der fremden Industrie doch vielleicht annähernd einen Theil der Lasten aufzuerlegen, denen die deutsche zum Besten der Arbeiter unterworfen werden sollte. Es war ein für Erhaltung der Concurrenzfähigkeit der deutschen Industrie unternommener Schritt. Derselbe war nichts weniger als „der persönlichen Initiative des Monarchen entsprungen“. „Der Nachfolger des Fürsten Bismarck“ konnte für die Conferenz um so weniger verantwortlich gemacht werden, als die Einladungen dazu noch unter der Amtsführung des Fürsten

Bismarck ergangen waren. Daß diese internationale Conferenz aber, auch wenn sie der persönlichen Initiative des Monarchen entsprungen gewesen wäre, „keinen Regierungsact“ dargestellt haben soll, wo die Einladung doch nur von Regierung zu Regierung erfolgen konnte und erfolgt ist, ist in der That eine befremdliche Auffassung.

Wenn der Verfasser einige Zeilen weiter wiederum gegen die Schrift „Welchen Cours haben wir?“ polemisirt, so sei er daran erinnert, daß Niemand mehr als Fürst Bismarck seit und mit der kaiserlichen Botschaft von 1881 die Rolle der Könige von Preußen „als Beschützer der Bedrängten und Schwachen“ betont hat, und daß die Enquête, deren Ergebnisse der „Reichs-Anzeiger“ vom 20. Januar 1890 veröffentlichte, doch ebenso wie diese Publication selbst in seine Amtsführung fällt. Schon diese eine Thatsache hätte ihn belehren können, daß die oben citirte, die Conferenz wie die Enquête tadelnde Schrift keine „autoritative“, d. h. keine die Meinung des Fürsten Bismarck mit absoluter Richtigkeit wiedergebende, sein kann.

Nach so zahlreichen und grellen Irrthümern wäre es vielleicht an der Zeit, das Buch beiseite zu legen; doch dazu ist es zu anziehend und geistvoll geschrieben. Wir wollen weder auf die Frage der Aufhebung des Socialistengesetzes eingehen, deren Opportunität die nächsten Reichstagswahlen beantworten werden, noch auf den Eifer, mit welchem der Verfasser in den Arbeiterfragen selbst solche Geleise wieder aufsucht, die der Staatswagen des neuen Coursus bereits längst verlassen hat. Mehr fesseln seine Betrachtungen über den ostafrikanischen Vertrag, von welchem nach seiner Ansicht nicht mehr und nicht weniger als die Erneuerung der Tripelallianz abhängig gewesen sein soll, und wobei es ihm passirt, die russische Reise Kaiser Wilhelm's II. vom Jahre 1890 als „noch unter den Auspicien des Fürsten Bismarck beschlossen“ darzustellen, während längst bekannt ist, daß Fürst Bismarck ein Gegner dieser Reise war, und daß diese Gegnerschaft den hauptsächlichen Untergrund der Verstimmungen bildete, die in den Märztagen 1890 ihre elementare Entladung fanden. (Vgl. unsern Band II, S. 181 f. D. Verf.) Auch das Capitel über die Anglophobie in Deutschland ist nicht ohne Interesse, namentlich wenn man bedenkt, daß als der vornehmste Träger derselben Kaiser Wilhelm II. noch als Kronprinz und selbst in der ersten Zeit seiner Regierung galt.

Die Discussion über den deutsch-englischen Vertrag heute wieder aufzunehmen, liegt nicht in unserer Absicht. Nicht als ob wir der Erörterung auszuweichen hätten. Im Gegentheil, das Thema ist für uns zu ernst, um bei dieser Gelegenheit darauf zurückzukommen. England hat den Moment, in welchem ihm Männer gegenüberstanden, die in

Geschäften neu und unerfahren waren, trefflich zu benutzen verstanden, ebenso die hier nicht weiter zu erörternden Umstände, welche auf deutscher Seite gar zu eilig zum Abschluß drängten. Das Bedauern, nicht über die Verständigung mit England, sondern über die Art und den Inhalt dieser Verständigung war bis in die deutschen amtlichen Kreise hinein namentlich deshalb ein so weit verbreitetes, weil zu befürchten war, das Ausland werde nach diesem ersten „Geschäft" der neuen Regierung die Befähigung derselben zu den Geschäften überhaupt bemessen und Deutschland auch bei anderen, schwerer wiegenden Gelegenheiten in die Rolle des gebenden Theiles verweisen. Alles, was der Verfasser über die Nothwendigkeit dieses Abschlusses um der Tripel-Allianz willen, oder Kaiser Wilhelm II. mit der Freundschaft Englands in der Tasche in St. Petersburg erscheinen zu lassen, behauptet, ist nicht stichhaltig. Wir können die Widerlegung aber ihm selbst überlassen, wenn er (S. 135) schreibt: „England braucht Italien, wenn es sich das Mittelmeer und die Durchfahrt nach Indien erhalten will, und weil es Italien braucht, muß es mit uns, dem Verbündeten Italiens und dem Garanten seiner Continentalstellung, gemeinsame Sache machen, sobald Frankreich und Rußland sich zu nähern beginnen." Nun, wenn dem so ist — wozu dann dieser deutsch-englische Vertrag über Ostafrika? Weshalb zahlen wir, wo England muß?

(18. Mai, M.-A.) Wie den Lesern bereits bekannt, verweist Fürst Bismarck die ihm in dem Buche „Bismarck. Zwölf Jahre deutscher Politik" zugeschriebenen Unterredungen mit dem Grafen St. Vallier und dem polnischen „Hochtory" in das Gebiet der lügenhaften Erfindungen (vgl. unten S. 235 f. den betreffenden Artikel der „Allg. Ztg." vom 15. Mai. D. Verf.). Auf diese baut nun der Verfasser von „Berlin — Wien — Rom" seine Beweisführung, daß die Politik des neuen Courses eine durchaus richtige und die Weiterführung der eigentlichen Politik Bismarck's sei!

Zur Sache selbst ist Folgendes festzustellen: Es ist nie ein Pole außer dem zum Bismarck'schen Hause in freundschaftlichen Familienbeziehungen stehenden Grafen Bninski in Varzin gewesen; sein Verkehr mit dem Fürsten war jedoch stets ohne jede politische Nebenbedeutung, auch war Graf Bninski nicht im Jahre 1881 in Varzin, wie in dem citirten Buche S. 53 u. f. behauptet wird. Ein andrer Pole ist nie in Varzin gewesen. Unterhaltung wie Briefwechsel mit dem Grafen Bninski ist stets in deutscher Sprache geführt worden; es ist somit auch der angebliche französische Brief des Fürsten an den ungenannten Polen gefälscht. Für den aufmerksamen Politiker ergiebt sich dies schon aus

der Unterschrift „Fürst Bismarck", die der Fürst bekanntlich niemals gebraucht. Der Fürst schreibt nicht „Fürst". Die ganze angebliche Unterredung ist ein frei erfundenes Taschenspielerkunststück, erfunden wie der betreffende „Pole" selbst. Einen solchen Polen hat es nie gegeben, er ist eine durchaus lügenhafte Erscheinung.

Von diesem erfundenen Polen hat sich nun Fürst Bismarck „den Gedanken der Wiederherstellung Polens ruhig vortragen lassen", und der Verfasser der „Zwölf Jahre" kann nicht umhin, diesen Umstand den Reden gegenüberzustellen, welche der Fürst „bei jeder Gelegenheit gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Polen gehalten" habe. Während aber der Compilator, Herr Robolsky, sich mit dieser kleinen Gifteinspritzung begnügt, erbaut der Verfasser von „Berlin—Wien—Rom" darauf ein ganzes Gebäude von Trugschlüssen. In diese Kategorie gehört Alles, was er über das Verhältniß Englands zum Dreibunde und über Italiens Stellung in demselben sagt, von seiner Beurtheilung des Verhältnisses Deutschlands zu Rußland völlig abgesehen.

Englands Stellung zum Dreibund beruht nicht auf dem Helgoland-Vertrag, sondern auf Italien. Mit der Theilnahme Italiens würden auch die Sympathien Englands für den Dreibund entfallen, wie wir denn auch gegen den Willen Englands, z. B. unter einem Ministerium Gladstone, niemals auf den Beistand Italiens zu rechnen haben. Italien hängt am Dreibunde nur auf den Wunsch Englands, nicht aus Sympathie für Deutschland oder Oesterreich. Letztere beide sind auf einander angewiesen. Nach Erledigung des alten im Jahre 1866 ausgetragenen Streites haben sie keine nothwendigen Streitobjecte mehr mit einander, ihr Zusammengehen beruht auf dem Vorhandensein gemeinsamer Interessen. Die österreichisch-ungarische Armee ist aber für Deutschland nur verfügbar, soweit Oesterreich-Ungarn ihrer etwa nicht in Italien bedarf. Wäre letzteres jemals wieder der Fall, so würde für Deutschland nur die Hälfte des österreichisch-ungarischen Heeres in Betracht kommen. Deutschland wird sich daher stets mit dem Gedanken vertraut zu machen haben, im Nothfall auch ohne den Dreibund den an uns herantretenden Eventualitäten gewachsen zu bleiben. Vollständig gewachsen sind wir ihnen im Bunde mit Oesterreich, falls dieses seine ganze Armee verfügbar hat und von Italien aus keine Bedrohung erfährt. Italien ist somit ein sehr wesentlicher Factor im Dreibunde, auch wenn es sich darauf beschränkt, Oesterreich nicht anzugreifen, und ohne an einer Invasion in Frankreich oder an Kämpfen am Pruth Theil zu nehmen. Von seinem Verhalten hängt die Bewegungsfreiheit der österreichischen Armee ab, auf die es für Deutschland wie für Oesterreich ankommt, und es ist daher ein Mangel an politischem Ju-

dicium, Italien das Verbleiben im Dreibunde durch Controlirung seiner Cadres zu erschweren.

Man liebt es, Deutschland als von zwei Seiten bedroht darzustellen. Diese zweiseitige Bedrohung ist keine Nothwendigkeit. Der Gedanke an einen Ueberfall oder Raubzug Rußlands ist utopisch, mühsam erhalten und groß gezogen durch die demokratischen und polnischen Preßeinflüsse in Rußland. Demokraten und Nihilisten hetzen die großen Monarchien gegen einander. Der politische Pole kann seine Ideale nur durch Krieg zwischen Deutschland und Rußland verwirklichen, der Krieg ist seine Hoffnung, freilich auch nur dann, wenn Rußland den Kürzeren dabei zieht. Der Pole ist geschickter und klüger als der Russe, er hat überall confrérie, er arbeitet in weitverzweigten Verbindungen in der russischen Presse für den deutsch-russischen Krieg. Könnten die Namen veröffentlicht werden, so würde man über die vielen Polen in der russischen Presse erstaunen. Sie halten zusammen und treiben in gemeinsamer Arbeit aus Haß gegen Rußland dieses zum Bruch mit Deutschland. Rußland hat in seiner Staatspolitik keinen Grund, über Deutschland herzufallen, solange wir nicht aggressive antirussische Bündnisse haben, die außerhalb unsers Rayons liegen. Es bedarf deshalb nur mäßiger diplomatischer Geschicklichkeit auf deutscher Seite, um einen russischen Krieg auf Menschenalter hinaus zu verhüten. Die Spannung der Weltlage wäre eine wesentlich geminderte, wenn es gelänge, in den leitenden russischen Kreisen den seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck erschütterten Glauben an unsre nachbarliche Ehrlichkeit wieder herzustellen. Kundgebungen wie die in der Broschüre „Berlin — Wien — Rom" werden, namentlich in Anbetracht der Stellung ihres Verfassers,[1]) dazu allerdings wenig beitragen.

Deutschland hat 200 Meilen russischer Grenze. Ein russischer Krieg ist somit eine Calamität, die man über die Bevölkerung der anliegenden Provinzen nicht ohne zwingende Nothwendigkeit verhängt, wie man denn überhaupt ohne eine solche nicht in einen der schwersten Kriege eintreten soll. Wo ist nun diese zwingende Nothwendigkeit?

Das Gewicht eines deutsch-russischen Krieges ist um so schwerer, als sich sofort der deutsch-französische Krieg daran hängen würde, während umgekehrt ein deutsch-französischer Krieg nicht nothwendig den deutsch-russischen im Gefolge hätte. Hierzu kommt die gänzliche Unmöglichkeit eines Kampfpreises. Was sollen wir von Rußland fordern? Polnisches Gebiet? oder die Herstellung eines Königreichs Polen, das nur eine neue Verlegenheit für uns und ein neuer Bundesgenosse für Frankreich sein würde mit dem Wunsche, seine Grenzen bis zur Ostsee und bis zur

---

1) Eckardt war damals kaiserlich deutscher Generalkonsul in Marseille.

Oder auszudehen? Wir würden somit im besten Falle nur einen zweiten revanchebedürftigen Nachbar und auf Menschenalter hinaus eine aus Muthwillen geschaffene unbehagliche Situation haben.

Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Diplomatie, die unvernünftigen und gefährlichen Gründe für einen Krieg mit Rußland aus der Welt zu schaffen, bei welchem Deutschland absolut nichts zu gewinnen hätte. In den zwanzig Jahren von 1870—1890 ist diese Aufgabe mit Geschick gelöst worden. Das Kriterium über „die deutschen Fortschritte seit 1890" hängt von der Beantwortung der Frage ab: Ist seit 1890 in dieser Richtung mit diplomatischem Geschick gearbeitet worden oder nicht? Sind unsre Beziehungen zu Rußland noch so wohlwollend und friedlich und zugänglich wie im October 1889 nach der damaligen Unterredung zwischen dem Zaren und dem Fürsten Bismarck in Berlin?

Können diese Fragen mit Sicherheit bejaht werden, dann sind wir zu einem guten Zeugniß bereit.

Was die „deutschen Fortschritte" auf dem Gebiete der innern Politik anbelangt, zu der wir in erster Linie für das Reich die Handelsverträge und für Preußen die Gemeindeordnung rechnen, so muß einstweilen dahingestellt bleiben, ob man nach drei Jahren noch mit der gleichen Befriedigung davon sprechen wird; wenigstens ist die bisherige Stimmung der betheiligten Kreise kein Präjudiz für ein Urtheil im Sinne des Verfassers. Die hauptsächlichen Einwände auf dem Gebiete der innern und wirthschaftlichen Politik betreffen den Mangel an Sicherheit und Stetigkeit in den leitenden Principien. Man ist in gewisser Beunruhigung darauf gefaßt, daß weitere tief einschneidende Neueinrichtungen jeden Tag auf die Tagesordnung kommen können. Dieser Mißstand lähmt den Unternehmungsgeist. Ist dieser gelähmt, so sind die Arbeiter die Achivi qui plectuntur, und kein Arbeiterschutzgesetz vermag den Mangel an Erwerbsfähigkeit auszugleichen. Das Vertrauen in die Stetigkeit der Regierung ist das bisher noch nicht aufgefundene Arcanum.

Die Frage nach der politischen Bilanz dieser zwei Jahre kann auf dem inneren Gebiete folgerichtig nur dahin beantwortet werden, daß vor dem 20. März 1890 diese Beunruhigung der erwerbenden Classen nicht vorhanden war.

* * *

Am 16. Mai melden die „Hamb. Nachr." (A.-A.):

Wir hören aus Friedrichsruh, daß Graf Herbert Bismarck auf einen Tag dort gewesen und gestern Nachmittag nach Oesterreich zurückgefahren ist, sowie daß alle Mittheilungen der Blätter über den Termin seiner Vermählung verfrüht sind.

Im Anschluß an diese rein persönliche Notiz erfolgt andern Tages, 17. Mai (M.=A.), folgende Mittheilung:

Graf Herbert Bismarck. Anläßlich der Verlobung des Grafen Herbert Bismarck sind in der Presse verschiedene Erfindungen in Umlauf gesetzt, deren Inhalt seiner übereinstimmenden Fassung nach auf Einheit des Ursprungs schließen läßt und die Unwahrheit verbreitet, als ob seit dem Austritt des Grafen Herbert aus dem Staatsministerium der Wiedereintritt desselben von ihm oder seinem Vater jemals gewünscht oder auch nur für möglich gehalten worden wäre.

Wie eine mit den politischen Verhältnissen vertraute Zeitung den Nonsens drucken kann, Graf H. Bismarck habe einen Botschafterposten „gefordert", ist vollkommen unbegreiflich. Schon die sprachliche Fassung dieser Erfindungen läßt Zweifel darüber aufkommen, ob ihr Ursprung sie der Ehre werth macht, in achtbare Blätter aufgenommen zu werden. Worte wie „Rehabilitirung", „Ansprüche fallen lassen", „unterhandeln" würde kein Sachkundiger auf solche Vorgänge anwenden, wenn sie stattfänden. Allen Eingeweihten sind die Gründe bekannt, welche den Grafen Bismarck Ende März 1890 bestimmten, zurückzutreten, und die Versuche, welche stattfanden, um ihn zum Verbleiben im Amte zu bewegen; es ist aber auch von allen wohl Informirten verstanden worden, weshalb er dauernd ablehnte, zu bleiben. Daß nun der Graf nachträglich von dem streberhaften Ehrgeize erfaßt sein sollte, auf dem Posten eines Agenten der heutigen Leitung des Auswärtigen Amtes ein Vollstrecker der Instructionen desselben zu werden, das zu glauben, verräth Anschauungen von Leuten, die mit der Denkungsart unabhängiger und ehrliebender Männer nicht hinreichend vertraut sind, um ein Urtheil darüber zu haben.

Wir haben zu Ende des vorigen Jahres schon einmal Veranlassung gehabt, den damals auftauchenden Verdächtigungen über den Grafen Bismarck entgegen zu treten (vgl. Bd. II, S. 356f.). Nachdem die bezüglichen Insinuationen nunmehr und sogar in achtbaren Blättern wiederholt werden, haben wir nicht unterlassen wollen, es von Neuem als eine willkürliche Erfindung zu kennzeichnen, wenn über den Grafen behauptet wird, daß er seit seinem Ausscheiden aus dem Ministerium irgendwelche Anstellung erstrebt, gewünscht, oder gar, wie einige Blätter sagen, „beansprucht" habe.

Die Versuche, auch seinem Vater Unterhandlungen über diese Frage zuzumuthen, können wir unbeachtet lassen.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." vom 17. Mai (M.=A.) bringt folgende Kundgebung:

Es steht authentisch fest, daß die angeblichen Gespräche des Fürsten Bismarck mit dem Grafen St. Vallier und einem polnischen „Hochtory", welche in der Broschüre „Berlin—Wien—Rom" als die eigentlichen Grundlinien der Bismarck'schen Politik zur Rechtfertigung der Politik des neuen Courses verwerthet worden sind, sich als absolut willkürliche Erfindungen darstellen, denen jede thatsächliche Unterlage fehlt und an welche zu glauben nur für eine vom diplomatischen Standpunkte geradezu banausische Beurtheilung der deutschen wie der europäischen Verhältnisse möglich ist.

Fürst Bismarck hat zu der Behauptung, er habe zum Grafen St. Vallier geäußert, „daß das türkische Festland nur zwischen Oesterreichern, Franzosen und Deutschen getheilt werden dürfe", die Bemerkung gemacht, er würde, wenn er einen solchen Unsinn begangen hätte, sich sofort freiwillig für eine Heilanstalt gemeldet haben. Graf St. Vallier ist ein viel zu ernster und verständiger Politiker gewesen, als daß irgend Jemand auch nur im Scherz ihm mit derartigen Ungeheuerlichkeiten hätte kommen können; auf diejenigen, die ihn gekannt, muß es geradezu komisch wirken, daß er auf derartige Vorschläge hin nach Paris gereist sein soll.

Fürst Bismarck selbst ist schon zur Zeit der Luxemburger Frage der Ansicht gewesen und seitdem geblieben — wie er es damals auch im Reichstage ausgesprochen —, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, wie er auch ausgehen möge, nur einen hundertjährigen Kriegszustand eröffnen oder den bisherigen dreihundertjährigen Kriegszustand verlängern werde; um so mehr hielt er es für seine Pflicht, zu verhüten, daß ein gleicher Zustand der Kriegsdrohung und Revancherüstung sich auch an unsrer Ostgrenze etablire. Nach seiner Ansicht hatte Deutschland für Oesterreichs Existenz mit oder ohne Vertrag einzutreten, an einer politischen Offensive Oesterreichs im Orient oder sonst gegen Rußland aber keinen Antheil zu nehmen.

Ist hierin, wie der Verfasser der mehrgenannten Schrift annimmt, eine Deutschland weiter verpflichtende Aenderung eingetreten; haben wir ferner auch England gegenüber, wie er S. 93 behauptet, die „Verbindlichkeit" übernommen, Rußland zur Erreichung seiner asiatischen Ziele („der indischen Meere") nicht behülflich zu sein, so sind nicht nur die bisherigen Wege, sondern auch die bisherigen Ziele und Zwecke der deutschen Staatskunst aufgegeben, und Deutschland ist damit in den Dienst fremder Interessen getreten, auf Zumuthungen hin, deren das kleine Preußen zur Zeit des Krimkrieges sich erfolgreich zu erwehren verstand.

Die Entscheidung der vom Verfasser aufgeworfenen Frage, ob die neuen Wege rückwärts oder vorwärts geführt haben, und ob das deutsche

Soll und Haben vom Frühjahr 1892 sich ungünstiger stelle als dasjenige vom 20. März 1890, könnte somit — vorausgesetzt, daß seine eigenen Behauptungen richtig sind — nur dahin getroffen werden, daß wir gegen Oesterreich und England neue, uns belastende Verbindlichkeiten eingegangen sind, für die es eine Gegenleistung nicht giebt, und daß wir in dem gleichen Maaße das Vertrauen der leitenden Kreise Rußlands in die Friedfertigkeit der deutschen Politik eingebüßt haben. Leider wäre die Bilanz damit noch nicht erschöpft.

* * *

Von ersichtlich aufs Beste informirter Seite erhält die Münchener „Allg. Ztg.“ am 17. Mai (A.-A.) folgende Mittheilungen über die „Annäherungsversuche“ der jüngsten Tage:

Falsche Zeitungsnachrichten haben in diesen Tagen wieder einmal zu unrichtigen Schlußfolgerungen geführt. Die Wiener „Neue Fr. Pr.“ hatte von einem Telegramm Kaiser Wilhelm's an die Familie Hoyos wissen wollen. Flugs war daraufhin eine ganze Fluth von Annäherungsgerüchten entstanden, ja in manchen Kreisen, die von einer Annäherung nicht zu gewinnen hätten, soll bereits eine Art Panik bestanden haben. Das Telegramm Kaiser Wilhelm's an die Familie Hoyos existirt nicht, und damit entfallen — wie ich Ihnen mit voller Authenticität versichern kann — alle dadurch hervorgerufenen Schlußfolgerungen. Es ist dies eine Frage des Tactes, die sich Jedermann leicht selbst beantworten konnte. Unmöglich konnte Kaiser Wilhelm die ihm unbekannte Familie Hoyos beglückwünschen, ohne gleichzeitig einen Glückwunsch an die Eltern des Bräutigams nach Friedrichsruh zu senden. Wäre letzteres geschehen, so hätte dies vielleicht eine Bedeutung gehabt; da es unterblieb, war auch das erstere unmöglich.

Von irgend welchen „Annäherungen“, die direct oder indirect versucht sein sollen, ist absolut keine Rede. Alles, was darüber geschrieben worden, gehört in das Gebiet der Hoffnungen und Wünsche oder — Befürchtungen. Ein bedauerliches Zeugniß für einen nicht geringen Theil unsrer Presse bleibt indeß die Art, wie die „Bedingungen“ dieser Annäherung discutirt werden konnten. Man sollte in Friedrichsruh die „Bedingung“ eines Botschafterpostens für den Grafen Herbert Bismarck fallen gelassen und Letzterer sich entschlossen haben, sein politisches Bedürfniß künftig durch ein Reichstagsmandat zu befriedigen. Beides ist vollständig Unsinn! Hätte es sich für die Herstellung einer Annäherung oder Aussöhnung nur um einen Botschafterposten gehandelt, so bestände sie seit zwei Jahren.

Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sind von allerhöchster Stelle die energischsten Versuche gemacht worden, den Grafen Herbert Bismarck im Dienst zu erhalten; es wurde sogar der Fürst selbst angegangen, auf

seinen Sohn in dieser Richtung einen bestimmenden Einfluß zu üben. Damals hätte Graf Bismarck wohl jeden Botschafterposten haben können. Er hat dies mit aller Entschiedenheit abgelehnt, weil er — und gewiß mit vollem Recht — geltend machte, daß er nach seiner ganzen Vergangenheit diplomatische Instructionen von den in Geschäften völlig unerfahrenen Nachfolgern seines Vaters nicht annehmen könne. Dieser Grund besteht auch heute noch unverändert fort, und es kann nur wiederholt werden, daß von Seiten des Grafen Bismarck — in voller Uebereinstimmung mit seinem Vater — ein Botschafterposten nicht nur niemals zur Bedingung gemacht worden ist, sondern daß auch das Angebot eines solchen mit voller Entschiedenheit abgelehnt werden würde, solange die jetzige Leitung der deutschen auswärtigen Politik fortdauert.

Damit mögen alle Annäherungsgerüchte bis auf Weiteres ihre Erledigung finden, und die „Voss. Ztg.", welche gestern diesem Gegenstand eine lange Betrachtung widmete (vgl. S. 239. D. Verf.), braucht sich fürerst den Kopf nicht weiter zu zerbrechen, welche Form die Annäherung oder Aussöhnung überhaupt annehmen könnte. Daß es in sehr hohen Stellen Personen gibt, welche an ein nahes Ende des jetzigen Laufes der Dinge mit wachsender Bestimmtheit glauben, soll dabei nicht bestritten werden. Deuten doch bittere, in diplomatischen Kreisen umlaufende Wortspiele darauf hin, daß es nicht nur Zeitungsschreiber sind, welche sich mit der heutigen Situation nicht abzufinden vermögen; will man doch in diesen Kreisen bereits von bestimmt in Aussicht genommenen Entschließungen des Kaisers wissen. In Verhältnissen wie diejenigen, in welchen wir heute leben, werden jedoch „Stimmungen und Strömungen" verschiedenster Art immer vorhanden sein, und es muß davor gewarnt werden, sie voreilig für Thatsachen zu nehmen.

Graf Herbert war auf zwei Tage nach Schönhausen und Friedrichsruh zurückgekehrt und hat sich gestern Abend nach Wien begeben, von wo aus er in der nächsten Woche mit der Gräfin Marguerite Hoyos und mehreren Mitgliedern der Familie wieder in Friedrichsruh eintrifft. Die Vermählung findet — wahrscheinlich in Fiume — gegen Ende Juni statt. Bleiben die gesundheitlichen Verhältnisse des Fürsten so ausgezeichnet, wie sie gegenwärtig sind, so ist seine und der Fürstin Anwesenheit bei der Hochzeitsfeier, ungeachtet der weiten Reise, in sichere Aussicht zu nehmen. Das freudige Ereigniß hat beide fürstliche Gatten tief bewegt und namentlich auf das in letzter Zeit mehrfach unerwünschte Befinden der Fürstin den erfreulichsten Einfluß geübt. Die Rückreise von Fiume wird mit dem diesjährigen Badeaufenthalte des Fürsten verbunden werden.

* * *

Graf Herbert Bismarck ist nun überhaupt für die Presse eine interessante Persönlichkeit geworden. Combinationen, Gerüchte und Erfindungen

jeglicher Art schießen üppig ins Kraut, nur vereinzelt erklingen verständige Stimmen. So schreiben die „Hamb. Nachr." am 18. Mai (M.-A.):

Die „Vossische Zeitung" enthält bezüglich des Grafen Herbert Bismarck einen Artikel, dessen Quintessenz in der Darlegung besteht, daß man in einem auf die Verlobungsanzeige erfolgenden Glückwunsche des Kaisers an ein junges Brautpaar nicht mehr zu sehen brauche, als ein unpolitisches Zeichen von Höflichkeit. Die „Vossische Zeitung" motivirt dies, ohne Bekundung von Wohlwollen für den Fürsten Bismarck, aber in sehr verständiger Weise. Das Berliner Blatt hat ganz Recht, wenn es das Wort „Versöhnung" in Anführungszeichen setzt, und nicht weiß, was es sich darunter denken soll. Ein Streit, der durch „Versöhnung" beizulegen wäre, kann zwischen dem Monarchen und einem früheren Minister niemals Platz greifen, also sind auch keine Situationen denkbar, die durch das, was die Zeitungen „Versöhnung" nennen, zu beseitigen wären. Den früheren Kanzler aber neben den amtlichen und verantwortlichen Ministern als nichtverantwortlichen Rathgeber der Krone in Aussicht zu nehmen, ist ein Gedanke, den die „Vossische Zeitung" mit vollem Rechte als undurchführbar bezeichnet, indem sie sagt:

„Folgt der Kaiser dem Rath des unverantwortlichen ‚Altreichskanzlers' gegen seine verantwortlichen Minister, so giebt es überhaupt keine Regierung mehr."

Nicht minder ist der „Voss. Ztg." zuzustimmen, wenn sie schreibt:

„Daß Graf Herbert Bismarck vorerst nicht daran denkt, ein Amt zu übernehmen, ist wahrscheinlich genug. Ist er doch aus dem Dienste ausgeschieden, ohne daß ihm die Einreichung des Entlassungsgesuches angesonnen war! Aber daß Graf Caprivi die Aussöhnung hindere, ist eine leere Vermuthung. Ueberdies ließe sich der Kaiser, wenn er sich mit dem Fürsten Bismarck versöhnen wollte, daran sicherlich nicht durch den Grafen Caprivi hindern. Welche ‚einflußreichen Mitglieder des preußischen Ministeriums' aber könnten nach dieser Aussöhnung Verlangen tragen?"

Auch die Londoner „Daily News" bringen über diese Frage eine Auslassung, gehen dabei aber von einem Irrthume aus, wenn sie annehmen, daß in Friedrichsruh irgend ein Bedürfniß zur erneuerten Betheiligung an den Staatsgeschäften obwaltet, und daß in Folge dessen überhaupt „Vermittelungen einflußreicher Personen stattfinden."

Gleichzeitig wird auch hier gemeldet:

Wie wir erfahren, treffen Graf und Gräfin Hoyos mit ihrer Tochter, der Gräfin Marguerite, der Braut des Grafen Herbert Bismarck, in Begleitung des Letzteren künftigen Sonnabend (den 21. Mai) Mittag zum Besuche in Friedrichsruh ein. Fürst Bismarck beabsichtigt,

diesen Besuch demnächst zu erwidern und an der Hochzeit des gräflichen Paares, die gegen Ende Juni in Fiume stattfinden soll, Theil zu nehmen. Alsdann dürfte sich der Fürst auf der Route durch Bayern zur gewohnten Kur nach Kissingen begeben. Auch ist ein vorheriger Aufenthalt in Gastein nicht ausgeschlossen.

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 18. Mai (M.-A.) folgenden Artikel:

Deutschland und Rußland. In der Presse ist dieser Tage ein Buch besprochen worden, das den Titel „Berlin—Wien—Rom" führt und den Generalconsul von Eckardt zum Verfasser haben soll. Wir greifen aus der Zeitungslitteratur hierüber einen Artikel der „Braunschweigischen Landes-Ztg." heraus, um an ihn einige Berichtigungen zu knüpfen. Das genannte Blatt führt als Motiv des Verhaltens des Fürsten Bismarck in den früheren Stadien der bulgarischen Frage folgenden Satz an:

„Galt es doch in jener Zeit, als er vom Zaren noch etwas für den Frieden erhoffen zu dürfen meinte, dem Letzteren, durch eine strenge Enthaltsamkeit vor jeder Berührung seiner empfindlichsten Saite, nämlich der bulgarisch-russischen Interessen, zu zeigen, wie sehr es der deutschen Politik darum zu thun sei, mit Rußland in aufrichtigem Einvernehmen zu leben und sich dadurch das Vertrauen des Zaren in die bona fides Deutschlands zu wahren, ihn mithin von einem russisch-französischen Bündniß, dem Damoklesschwert, das über den Häuptern der Deutschen auch damals schon sich zu zeigen begann, abzulenken."

Und ferner:

„Jede Abweichung von dieser Linie der Uninteressirtheit würde der deutschen Politik das Uebelwollen des Zaren zugezogen und die Annäherung Rußlands an Frankreich zur Thatsache gemacht haben."

Wir glauben, daß die Basis der Politik des damaligen Kanzlers eine andere und breitere war. Nicht die diplomatische Rücksicht auf Rußland war für sie maßgebend, sondern der generelle Grundsatz, daß der deutschen Nation nur behufs Vertretung deutscher Interessen die Opfer eines großen Krieges zugemuthet werden dürfen. Das punctum saliens der Frage liegt in dem Schlußsatz des Braunschweiger Artikels, „daß heute die Uninteressirtheit an der Donau, respective am Balkan für Deutschland nicht mehr als Glaubenssatz zu gelten braucht". Wenn Deutschland im Balkan oder an der unteren Donau Interessen hätte, die den Einsatz der nationalen Wehrkraft als geboten erscheinen ließen, so könnte diese Auffassung berechtigt sein; wir bestreiten dies aber absolut. Die Gestaltung der Dinge im Balkan hat für Deutschland nur ein entferntes,

indirectes Interesse und ist noch heute die gesunden Knochen eines pommerschen Grenadiers so wenig werth wie früher. Die Behauptung des Gegentheils entspricht denselben Interessen, die Preußen im Krimkriege anzutreiben suchten, die Sache der Westmächte auf sich zu nehmen und den Krimkrieg auf die Weichselgrenze zu übertragen. Es wurde damals ausschließlich die deutsche Donau-Schiffahrt als nationaler Kriegsgrund für Preußen von Publicisten in den Vordergrund geschoben, welche die Natur der Donauschiffahrt absichtlich oder aus Unkenntniß ignorirten. Die Schiffahrt auf der unteren Donau ist wesentlich ein Appendix der Seeschiffahrt auf dem Schwarzen Meere, keineswegs aber eine ebenbürtige Fortsetzung der deutschen Schiffahrt auf der oberen Donau. Die mittlere Donau ist nicht in dem Maaße schiffbar wie etwa der Rhein, und der Verkehr der unteren Donau nach Deutschland geht in seinen Hauptmassen durch das Schwarze und das Mittelländische Meer nach Antwerpen und den anderen Nordseehäfen.

Wir wollen hier nicht den Raum auf Nachweisungen verwenden, die jedem Sachkundigen bekannt sind, sondern nur hinzufügen, daß auch die Frage, wessen Einfluß in Bulgarien prävalirt, für die deutschen Bürger und Bauern nicht wichtig genug ist, um mit Millionen Soldaten ins Feld zu rücken und einen Krieg nach zwei Seiten aufzunehmen. Denn daß ein französischer Krieg dem russischen unmittelbar folgen würde, ist ebenso sicher, wie es nicht nothwendig ist, daß ein französischer Krieg den russischen zur Folge hat. Einen deutsch-französischen Krieg kann vielleicht unter Umständen keine Diplomatie verhindern, einen deutsch-russischen Krieg zu verhindern, wird unter den heutigen Verhältnissen die deutsche Diplomatie in ihrer Gewalt haben, wenn sie das Geschick besitzt, das die Völker im Allgemeinen von ihren Diplomaten mit Recht erwarten, und den guten Willen, den die Leiter der Politik ihren Völkern schuldig sind.

Daß der Verfasser des Buches, mit dem sich die „Braunschweigische Landeszeitung“ beschäftigt, in Betreff der deutsch-russischen Politik nicht der geeignete Rathgeber ist, kann man ihm nicht übel nehmen; er gehört zu den baltisch-deutschen Russen, denen man die Verstimmung über ihre und ihrer Landsleute harte und ungerechte Behandlung durch die russische Regierung nicht verargen wird. Aber als richtige Pfadfinder für die deutsch-russische Politik möchten wir diese unsere stammverwandten Freunde doch nicht auffassen. Das Schwergewicht des deutschen Mutterlandes ist zu groß, um es nach nationalen Sympathien für Stammesgenossen zu dirigiren, die geographisch zu weit von uns getrennt sind. Und auch ein Krieg mit Rußland, der, nach dem Inhalte des Eckardt'schen Buches zu urtheilen, seinem Verfasser lieber sein würde als der Frieden zwischen

beiden Nachbarreichen, würde darin, selbst wenn er für Deutschland siegreich wäre, eine dauernde Wendung zum Besseren kaum zur Folge haben können.

* * *

Daß das Fürsten Bismarck lebhaftes Interesse weit über den Rahmen der inneren und äußeren Politik hinausgeht und sich auf alles Das erstreckt, was zum Gedeihen und Erstarken des Deutschen Reiches in Angriff genommen ist — besonders auch auf seine thatkräftige Initiative hin —, das zeigt deutlich die folgende Mittheilung der „Hamb. Nachr." vom 18. Mai (M.=A.):

Gestern hat der Civil=Ingenieur Herr Vering den Fürsten Bismarck auf dessen Wunsch in Friedrichsruh besucht, um ihm über die Fortschritte des Nord=Ostsee=Canal=Baues Mittheilung zu machen, da diese Unternehmung für den Fürsten immer ein hervorragendes Interesse gehabt hat. Man wird sich erinnern, daß der Canalbau zuerst im Jahre 1864 bei den Verhandlungen mit dem Prinzen von Augustenburg eine Rolle von politischer Nachwirkung gespielt hat, indem der Erbprinz die Erfüllung der damit verbundenen preußischen Ansprüche nicht glaubte zusagen zu können. Fürst Bismarck hat damals das Unternehmen in erster Linie aus militairischen Rücksichten betrieben, um durch den Canal Kiel indirect zum Nordseehafen zu machen, und nach seinen Plänen sollte der Canal vom linken Elbufer aus, wo der Bau im flachen Marschlande leichter als im holsteinischen Landrücken sein würde, bis zum Jadehafen und wenn möglich bis zur Ems verlängert werden. Auch wenn letzteres nicht geschieht, so hat der Canal immer zur Folge, daß die gesammte deutsche Flotte mit gleicher Leichtigkeit in Ostsee und Nordsee auftreten kann und daß eine Blockade an jedem der beiden Meere ihr überlegen sein müßte; aber in noch höherem Maaße wäre dies der Fall, wenn die deutsche Flotte auch aus der Jade und aus der Ems Ausfallspforten hätte. Das sind Zukunftspläne, die vor der Hand nicht in Berechnung stehen.

Den Canal in seiner heutigen Begrenzung hat der frühere Reichskanzler gleich nach Erwerbung von Schleswig=Holstein durch Preußen wieder in Aussicht genommen, aber den König Wilhelm damals gegen den Widerspruch theils der Finanzverwaltung, theils der Landesvertheidigungscommission nicht sofort dafür gewinnen können. Von militairischer Seite wurde gegen den Canal eingewendet, daß der Schutz dieses Werkes eine zu starke Betheiligung der Landarmee erfordern würde, die alsdann anderweit nicht in voller Stärke gebraucht werden könne.

Der frühere Reichskanzler war der Meinung, daß die betreffenden Landestheile mit Rücksicht auf Hamburg, Kiel und Lübeck ohnehin gegen jede von Norden her zu erwartende Invasion gedeckt werden müßten.

Es gelang ihm erst nach Eingang der französischen Kriegscontribution, die Wiederaufnahme des Unternehmens durchzusetzen und einen hinreichenden Antheil an den Contributionsgeldern dafür sicher zu stellen. Es ist daher erklärlich, daß der frühere Reichskanzler jeden Fortschritt des Canalbaues mit Interesse verfolgt.

* *
*

Ueber den Welfenfonds äußern die „Hamb. Nachr." am 18. Mai (A.-A.):

Wir haben bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, über Verwendungen zu berichten, die der Herzog von Cumberland aus den ihm überwiesenen Summen des Welfenfonds gemacht hat, so z. B. 20000 Mk. an den früheren Vorsitzenden eines welfischen Vereins zur Anlage einer Ernst August-Straße. Durch solche Spenden wird bewiesen, daß Verwendungen aus dem Welfenfonds zu politischen Zwecken nach wie vor stattfinden, nur nach anderen Grundsätzen und nach einer anderen Richtung. Während früher die preußische Regierung die Fonds theils zu Unternehmungen verwandte, die im Nutzen der Provinz Hannover lagen, theils zur Unterstützung von Leuten, von denen man Widerstand gegen die Losreißung Hannovers von Preußen direct oder indirect erwarten konnte, scheint jetzt umgekehrt Unterstützung von Zwecken aus dem überwiesenen Fonds erfolgen zu sollen, die das gerade Gegentheil der Bestrebungen darstellen, die früher mit den Mitteln des Welfenfonds verwirklicht werden sollten.

Es bleibt unter diesen Umständen abzuwarten, ob die Entwickelung der Dinge in Hannover in Zukunft dieselbe sein wird, wie sie es war, solange der preußischen Regierung die Verfügung über den Welfenfonds zustand. Einstweilen haben wir den Eindruck, daß, wenn früher die Verwendung der Welfenfondsgelder in Hannover in der Richtung erfolgte, als deren Repräsentanten wir Herrn von Bennigsen bezeichnen möchten, sie in Zukunft wahrscheinlich eine solche sein wird, die durch die Person des Herrn von Münchhausen-Vahlberg ihre Deckung findet, der neulich bei der Feier des Geburtstages der ehemaligen Königin Marie von Hannover der Hoffnung Ausdruck gab, „den jungen welfischen Prinzen in nicht zu ferner Zeit auf wohlgenährtem weißen Rosse den Einzug in seine Hauptstadt Hannover halten zu sehen".

* *
*

Am 19. Mai finden wir in den „Hamb. Nachr." folgenden Artikel:

Der Druck auf Italien. Wir haben schon öfters Veranlassung gehabt, hervorzuheben, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde wesentlich von der Einwirkung abhängig ist, die England auf Italien ausübt, weil letzteres, wenn es nicht Gefahr laufen will, im Kampfe um die Herrschaft im Mittelmeer isolirt zu werden und der französischen

Macht zu unterliegen, der eventuellen Deckung seiner Küsten durch die englische Flotte sicher sein muß. Es liegt anderseits im englischen Interesse, die italienische Mittelmeer-Politik Frankreich gegenüber zu fördern. Für England ist es nützlich, im Mittelmeer ein unabhängiges Italien zu haben; von Frankreich wird heute, wie unter den Napoleons, ein abhängiges Italien erstrebt. England hat ein erhebliches Interesse daran, nicht nur die Türkei, sondern noch mehr Italien Frankreichs wegen in der jetzigen Machtstellung zu erhalten.

Sind somit die Beziehungen Englands zum Dreibunde durch Italien, und durch nichts anderes, bedingt, so ist es ein Irrthum, wenn man annimmt, wie dies im Eckardt'schen Buche „Berlin — Wien — Rom" geschieht, daß Englands Unterstützung des Dreibundes durch das gute Geschäft gesichert sei, das England bei dem Austausch von Helgoland gegen Sansibar mit Deutschland gemacht hat. Das Object, um das es sich bei diesem Geschäft handelt, ist überdies für eine Weltmacht wie England, die über 350 Millionen Einwohner gebietet, von zu geringem Gewicht, als daß es die schwere englische Staatslocomotive in ihrem Gange irgendwie beeinflussen könnte. Dieser Gang ist zu allen Zeiten stets nur auf das eine Ziel der Vertretung ausschließlich englischer Interessen ohne Rücksicht auf andere Staaten gerichtet gewesen, und das dürfte auch in Zukunft so bleiben.

Unter diesen Gesichtspunkten, d. h. weil Italiens Zugehörigkeit zu dem Dreibunde wesentlich von England abhängt, erscheint es unrathsam, auf Italien, wenn es sich in finanzieller Schwierigkeit befindet, irgendwelchen Druck zwecks Erhöhung seiner Militairmacht auszuüben und dies mit Dreibunds-Rücksichten zu motiviren. Wenn Italien aus finanziellen Gründen der Versuchung ausgesetzt ist, „auf Kosten des Dreibundes ein bequemes Dasein zu führen", wie sich die „Kreuz-Ztg." ausdrückt, so sollte man es ruhig gewähren lassen. Selbst ein minder starkes Italien, das sich nach seiner Decke streckt, leistet dem Dreibunde, wenn es auf seiner Seite bleibt, immer noch gute Dienste. Die Gefahr, gegen die der Dreibund errichtet ist, die eines Doppelkrieges mit Frankreich und Rußland, ist Deutschland allenfalls im Stande abzuhalten, wenn seine Politik richtig geleitet wird. Dabei ist vorausgesetzt, daß Deutschland auf die Unterstützung der vollen österreichisch-ungarischen Armee rechnen kann. Diese Bedingung des Erfolges fällt fort, wenn sich Oesterreich in Folge der Haltung Italiens genöthigt sähe, seine halbe Armee zur Deckung seiner italienischen Grenze zu verwenden. Das Ziel einer verständigen Dreibunds-Politik muß also darauf gerichtet bleiben, den Verbleib Italiens im Dreibunde möglichst zu sichern und, wenn Italien in der Versuchung ist, aus finanziellen Gründen in dieser Beziehung zu

schwanken, ihm seine Entschließung zu Gunsten des Dreibundes zu erleichtern. Dies geschieht nicht, indem man Italien im Namen des Dreibundes Daumschrauben ansetzt, um es zur Erhöhung seiner militairischen Leistungen zu zwingen. Das ist auch insofern unberechtigt, als Italien keine Dreibunds-Verpflichtung zu irgend einer bestimmten Armeeziffer hat. Jede italienische Armee, die zur Verfügung der Dreibunds-Politik steht, muß dieser willkommen sein; wir halten es daher nicht für klug, eine Pression auf Italien dahin auszuüben, daß es mehr Soldaten stellen solle, als seine Finanzen ihm erlauben.

* * *

Die zweite Berathung im preußischen Abgeordnetenhause über die Einführung der neuen Landgemeindeordnung in Schleswig-Holstein ist am 16. Mai in auffallender Theilnahmlosigkeit und Eile verlaufen. Die „Hamb. Nachr." üben an solchem Verfahren ziemlich scharfe Kritik, indem sie am 19. Mai (M.-A.) ausführen:

Die Verhandlungen, welche im preußischen Abgeordnetenhause über die Einführung der Landgemeindeordnung in der Provinz Schleswig-Holstein geführt worden sind, haben aufs Neue bewiesen, daß einschneidende und praktische Materien, bei denen aber keine Fractionsinteressen im Spiele sind, von der Kammer nicht eingehend berathen werden. Die Annahme der Vorlage erfolgte in zweiter Lesung unter voller Theilnahmlosigkeit des Hauses nach der abmahnenden Bemerkung des Grafen Limburg-Stirum ohne weitere Discussion. Aeußerlich findet die ungenügende Berathung der wichtigen Materie ihren Ausdruck darin, daß in dem Oldenberg'schen Berichte über die Sitzung die Debatte über die für ein Bauernland wie Schleswig-Holstein überaus schwerwiegende Frage nur den Raum einer halben Spalte einnimmt, während der ganze Rest des Berichts von sechs Spalten der dritten Berathung der Berggesetznovelle gewidmet ist, bei der die Streitpunkte der Fractionen und ihrer Führer unter einander mehr in den Vordergrund traten. Da hatte die Kammer vollständig Zeit, die vorliegenden Fragen eingehend zu discutiren; in Folge der Bestrebungen des Centrums auf dem Gebiete der „Arbeiterfreundlichkeit" wollte das Reden kein Ende nehmen.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß die Provinz Schleswig-Holstein über 1 200 000 Einwohner hat, die ganz vorwiegend einer ländlichen Bevölkerung angehören und die vermöge der Lage ihres Landes und aus maritimen Gründen besondere Rücksichtnahme des Staates erwarten können, während die bergbautreibende Bevölkerung, für die das Berggesetz Interesse hat, kaum 2—300 000 Menschen umfaßt. Wir haben bei dieser Gegenüberstellung den Eindruck, daß die Provinz

Schleswig-Holstein im Vergleich mit den westfälischen Bergarbeitern als quantité négligeable vom preußischen Landtage behandelt worden ist und daß das Interesse der Herren vom Landtage und insbesondere der Centrumsmitglieder und Polen weniger durch die materielle Bedeutung einer Frage bedungen wird, als durch das Maaß ihrer Verwerthungsfähigkeit im Kampfe der Fractionen und ihrer Führer.

Die Landgemeindeordnung ist für eine wesentlich aus ländlicher Bevölkerung bestehende Provinz wie Schleswig-Holstein, für deren Ruhe, für deren Sicherstellung gegen den bevorstehenden Einbruch der Socialdemokratie in das Dorfregiment doch kaum weniger wichtig als die Einzelheiten des Berggesetzes. Es ist vielleicht ein Fehler der schleswig-holsteinischen Dorfbewohner, daß sie der Regierung nicht so viel Schwierigkeiten machen und den Fractionen nicht so viel Stoff zum Streit geben, wie der unruhige Theil der Bergleute und die socialistischen Redner des Centrums. Den Landbewohnern kann man viel mehr aufbürden, bevor sie murren. Die Bergleute sind empfindlicher. Es ist aber in der Politik nicht nützlich, die Empfindlichkeit zu prämiiren.

* * *

Der Bedeutung, die die gegenwärtige Polenpolitik der preußischen Regierung für die Beziehungen Deutschlands zu Rußland hat, wenden die „Hamb. Nachr." vom 20. Mai (M.-A.) ihre Aufmerksamkeit zu in einem Artikel unter der Ueberschrift:

Panslawismus. In einer Warschauer Correspondenz der „Frankfurter Ztg." bestreitet der Verfasser „auf Grund langjähriger Erfahrung", daß der „neue Cours" der preußischen Regierung den Polen gegenüber das politische Verhältniß Deutschlands zu Rußland ungünstig beeinflusse. Die Russen — so wird weiter ausgeführt — fühlten sich so stark, daß sie die Polen als eine quantité négligeable ansähen. Das Verhältniß Preußens zu seinen Polen habe jetzt für die internationalen Beziehungen nicht mehr die Bedeutung, die es zur Zeit der Dreikaiser-Allianz gehabt hätte. Jetzt stehe obenan der Panslawismus als leitende Idee des Zarenreichs mit Kaiser Alexander III. als seinem Hauptvertreter. Jeder im Panslawismus befangene Russe sehe in Deutschland den Erbfeind, mit dem früher oder später ein Kampf auf Leben und Tod stattfinden müsse.

In dieser Darstellung der „Frankf. Ztg." wird der Ausdruck Panslawismus mit derselben Gedankenlosigkeit gebraucht, wie es in der Presse üblich ist. Der Panslawismus ist an und für sich unmöglich auf Slawisirung der Deutschen gerichtet. Den Deutschen zu slawisiren gelingt allenfalls den polnischen Geistlichen vermittels des Gängelbandes des Katholicismus; aber wir glauben nicht, daß ein orthodoxer Russe oder

die russische Geistlichkeit jemals auf den Gedanken gekommen ist, die Ostpreußen zu gläubigen Anhängern der griechischen Kirche zu machen.

Der russische Panslawismus hat seine Richtung nach Süden und Südwesten und folgt dabei mehr den confessionellen Bahnen als dem Abstammungsprincipe. Das griechische Kreuz auf der Sophienkirche in Konstantinopel ist immer das letzte Ziel des volksthümlichen Panslawismus in Rußland gewesen. Die Bekehrung der lutherischen Deutschen ist daneben ein polizeilicher Sport für Beamte, die ihre Carrière durch Pobjedonoszew und dergleichen Leute machen wollen; sie hat für das protestantische Bewußtsein etwas Kränkendes, aber für die europäische Politik eine nicht in dem Maaße ins Gewicht fallende Bedeutung, wie das zur Zeit Katharina's vorhandene Bestreben, alle griechischen Orthodoxen unter der Cäsareopapie Rußlands zu vereinigen.

Der religiöse Fanatismus der Russen unterscheidet wenig zwischen slawischer und anderer Abstammung und unterschätzt das Nationalgefühl der zu assimilirenden Völkerschaften im Vergleich mit dem religiösen Bekenntniß. Im vorigen Jahrhundert und später bis zu den griechischen Aufständen hatte man darauf gerechnet, daß die Nachkommen der Hellenen die Liebe zum Popen über die Erinnerungen an Alcibiades und Plato stellen würden, und sah sich enttäuscht, nachdem man sie befreit hatte. Aehnlich ging es mit den Rumänen und selbst bei den Bulgaren, wo zu der griechischen Kirche noch die slawische Abstammung kommt. Hier hat sich als das erste Bedürfnis der von den Türken befreiten Reiche die Unabhängigkeit von der russischen Herrschaft herausgestellt. Diese Mißerfolge haben den Panslawismus nicht entmuthigt, und die Unzugänglichkeit für die gemachten Erfahrungen berechtigt zu der Vermuthung, daß den Russen noch mehr wie am Panslawismus an dem Besitz der Meerengen liegt, die immerhin mohammedanisch bleiben können, wenn ihr Verschluß nur die Küsten des Schwarzen Meeres schützt. Wenn der Panslawismus eine wirklich durchschlagende Leitung in der russischen Politik hätte, so müßte es ihm willkommen sein, wenn in Posen, Westpreußen und in Schlesien die Deutschen polonisirt würden, denn die Polen sind Slawen; aber wir haben bisher immer gesehen, daß der Panslawismus mit der Feindschaft gegen das polnische Element absolut verträglich ist. Wenn wir über diese thatsächliche Erscheinung eine Conjectur machen sollen, so suchen wir die Ursache in der Verschiedenheit der Confessionen. Soweit die Orthodoxie reicht, wird Slawismus vorausgesetzt; katholische Slaven haben in ihr keine Stelle, und dies würden auch die Tschechen sehr bald empfinden, wenn sie dem russischen Einflusse jemals directer als bisher unterliegen sollten.

Wir halten den Panslawismus für eine Phantasmagorie, der das

Streben nach dem Besitz von Konstantinopel in Nebel hüllt, und die orthodoxe Kirche mehr für das treibende Element als das Slawenthum.

Für antirussische Publicisten in Deutschland ist der Panslawismus ein Schiboleth geworden, das benutzt wird, ohne daß irgend jemand das Bedürfniß nach Klarheit über das Wesen der Sache hat, um die es sich dabei handelt. Für die deutsche Politik bedeutet unserer Ansicht nach der Panslawismus das Drängen nach den Meerengen und weiter nichts. Die damit verbundene antideutsche Stimmung hat nicht das Ziel, die Popen in Ostpreußen einzuführen, sondern sie wird in der russischen Presse hauptsächlich gepflegt durch die Einflüsse, welche Polen, Franzosen, Nihilisten und Socialdemokraten auf dieselbe üben. Die Elemente, von denen diese Einflüsse auf die russische Presse ausgehen, haben ein starkes Interesse daran, daß der Friede zwischen Rußland und Deutschland niemals sicher erscheine, und daß der Krieg zwischen beiden Ländern nach Möglichkeit gefördert werde. Nur aus dem Kriege und seinen Folgen können Verhältnisse hervorgehen, unter denen die polnischen, die französischen, die nihilistischen und die republikanischen Tendenzen zur Blüthe gedeihen. Für den vorwiegenden Einfluß in der russischen Hetzpresse gegen Deutschland halten wir den polnischen. Der Pole ist gewandter als der Russe und in der Regel gebildeter; seine Meisterschaft in conspiratorischem Zusammenhalten ist in Europa bekannt; und wenn man die polnischen Einflüsse in der russischen Presse beseitigen könnte, so glauben wir, daß die Deutschfeindlichkeit der letzteren erheblich abgeschwächt erscheinen würde.

* *
*

Der Central-Ausschuß der vereinigten Innungs-Verbände hatte dem Fürsten Bismarck die Protocolle des Berliner Handwerkertages übersandt. Der Fürst erwiderte mit folgendem Dankschreiben:

Das Protocoll des letzten Handwerkertages habe ich mit dem lebhaften Interesse eingesehen, welches ich der Förderung des Handwerks entgegenbringe, und mich über die Ausdehnung der Betheiligung gefreut, welche das Register nachweist. Ich bitte Sie und die Herren des Vorstandes, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

* *
*

Der 21. Mai ist ein bewegter Tag für die Bewohner des Schlosses in Friedrichsruh: die Ankunft des Grafen Herbert mit seiner Braut und deren Eltern, Graf und Gräfin Hoyos, und unmittelbar darauf die Ovation der Dresdener Liedertafel.

Den theils telegraphischen, theils schriftlichen Berichten der „Hamb. Nachr." aus Friedrichsruh entnehmen wir Folgendes:

Die Dresdener Sänger, welche der fürstlichen Familie heute ein Gesangsconcert geben wollen, waren schon um 11½ Uhr auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen, um alsbald zu erfahren, daß die Ovation erst um 1 Uhr stattfinden könne. Die meisten Sänger begaben sich darauf in das „Landhaus“, während die kleinere Zahl der auf dem Bahnhof Zurückbleibenden um 12 Uhr die Freude hatte, den Fürsten Bismarck begrüßen zu dürfen, der schon um diese Zeit allein, nur von der treuen Dogge Rebecca begleitet, nach dem Bahnhof kam, um die Ankunft des Grafen Herbert und dessen Braut und Schwiegereltern zu erwarten. Die Kunde vom Erscheinen des Fürsten am Bahnhof ließ diesen sich schnell wieder mit Gästen füllen, die wiederholt in laute Hochrufe ausbrachen. Der sehr wohl aussehende und außerordentlich aufgeräumte Fürst unterhielt sich längere Zeit mit dem Dirigenten der Liedertafel Reinhold Becker und dem Präsidenten Näumann.

Alsbald erschien auch die Fürstin mit der Gräfin Rantzau. Um 12 Uhr 28 Minuten rollte der Berliner Schnellzug in den Bahnhof. Die junge, vor freudiger Erregung strahlende Braut des Grafen Herbert wurde mit herzlichen Umarmungen und Küssen von ihren fürstlichen Schwiegereltern und ihrer Schwägerin begrüßt. Fürst Bismarck und Graf Herbert hielten sich lange fest umfangen. Das Publikum hatte sich, tactvoll zurücktretend, so lange völlig schweigend verhalten, bis die ersten Begrüßungen der beiden Familien vorüber waren. Dann aber ertönten brausende Hochrufe auf den Fürsten, seine Familie und das junge Paar, wieder und immer wieder, bis die neben dem Bahnhofsgebäude haltenden Wagen mit dem hohen Fürstenpaar und seinen Gästen davonfuhren.

Eine halbe Stunde später zogen die activen Mitglieder der Dresdener Liedertafel, gegen hundert Mann stark, nach dem Schloß und stellten sich auf der Rückseite desselben unterhalb des großen Altans auf. Das Erscheinen des Fürsten auf dem Balcon wurde von den Sängern mit einem dreimaligen, in Es-dur gesungenen Hoch begrüßt. Es folgten dann in kurzen Pausen Gesang und Reden, ersterer unter Leitung Reinhold Becker's. Zuerst der „Wahlspruch“ der Liedertafel, dann Beckers „Bismarcklied“. Darauf hielt der Präsident der Liedertafel, Näumann, eine treffliche Ansprache an den Fürsten, die mit einem „Hoch und Heil Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck“ schloß.

Der Fürst erwidert, nachdem die brausenden Hochrufe verklungen sind, nach dem Bericht der „Hamb. Nachr.“[1]) etwa Folgendes:

---

[1]) Diesen Wortlaut hat auch H. v. Poschinger (Die Ansprachen des Fürsten Bismarck). Es giebt noch eine andere Form der Wiedergabe, die in verschiedenen Zeitungen stand und z. B. auch von K. Wippermann (Deutscher Geschichtskalender 1892 I) aufgenommen ist. Ihr Ursprung ist uns unbekannt.

Nehmen Sie, meine Herren, die rauhe Witterung, die heute zu meinem Bedauern hier in unserer nördlichen Gegend eingetreten ist, nicht für ein Zeichen der Gesinnung, die wir Ihnen entgegenbringen. Ich danke Ihnen herzlich, daß Sie die weite Reise nicht gescheut haben, und freue mich, Sie hier zu bewillkommnen.

Ihr Herr Präsident sprach von jener Zeit, wo die Stiftung der Liedertafel stattfand, ich glaube 1839. Wenn ich an diese Zeit zurückdenke, so wurde damals das Wohlwollen zwischen den deutschen Stämmen nicht mit der Sorgfalt gepflegt, daß sie Früchte der Einigung hätte tragen können. Während in dem alten Reichsverbande Sachsen und Preußen zu Zeiten scheelsüchtig aufeinander blickten, ist das nach Gottes Rathschluß heute anders geworden und, wie ich hoffe, für immer anders geworden. Die gemeinsamen Thaten im Felde gegenüber dem Angriff des Hauptfeindes, der unsere Nationalität bedrohte und unsere Einheit zu zerstören das Bedürfniß hatte, die Vermischung von Blut, Wunden, Tod auf dem Schlachtfelde von St. Privat hat den Kitt gebildet, der uns unzerreißbar zusammenhält. Wie die preußische und sächsische treue Kriegskameradschaft dort zum Werk der Einigung beigetragen hat, so ergiebt sich aus der Geschichte, daß alle Einigkeit durch gemeinsame Kriegsthaten am festesten begründet wird. Wir haben gelernt unter dem Donner der fremden Geschütze, daß wir nicht nur Nachbarn sind, sondern eine Einheit bilden und von einer deutschen Grenze bis zur anderen zusammenhalten sollen. Unsere Einheit bedurfte auch, glaube ich, dieser Bluttaufe und der gemeinsamen Abwehr äußerer Feinde, um alle Verdrießlichkeiten vergessen zu lassen und nur das Eine klar vor uns zu halten, daß wir nach Schiller's Wort ein Volk von Brüdern sind, einig in Noth und Gefahr. Es kann keinen Sachsen eine Gefahr treffen, die nicht von jedem Preußen und Bayern als die seinige empfunden würde, und wir werden in die alten Sünden der Zwietracht nicht wieder verfallen.

Die nationale Einigung aber wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kohle unter der Asche nicht glimmend gewesen wäre. Wer hat dies Feuer gepflegt? Die deutsche Kunst, die deutsche Wissenschaft, die deutsche Musik: das deutsche Lied nicht zum wenigsten. Wir haben keine sächsische und keine preußische Musik in Deutschland. Wenn ein Lied gedichtet ward, so war es einerlei, wo, es war ein' deutsches, und es ist das deutsche Lied und die Pflege der Musik eine Macht gewesen. Auch die Universitäten und mit ihnen die deutsche Litteratur haben merklich mitgeholfen, das Nationalitätsgefühl wachzuhalten. Die Wissenschaft appellirt an den Verstand, die Musik ans Gefühl, und das Gefühl ist, wenn es zur Entscheidung kommt, stärker und standhafter als der Verstand des Verständigen.

Und deshalb erlauben Sie mir, daß ich Ihnen ein Glas bringe auf das Wohl Ihrer Liedertafel als Vertreterin der gesammten deutschen Musik und des deutschen Liedes und als einer Pflegerin unserer nationalen Einheit. Sie lebe hoch und möge noch lange dauern und wirken auf das deutsche Gefühl, und wenn der Verstand sich einmal wieder vom Gefühl lossagen sollte, dann dazu beitragen, daß das Gefühl dem Verstande überläuft.

Während nun die Liedertafel „Das deutsche Lied“ von J. W. Kalliwoda anstimmte, schritt der Fürst die vom Balcon nach dem Park führende Treppe hinab und blieb fortan im Kreise der Sänger unten, bald mit diesem und jenem plaudernd, sich allerlei Auskünfte erbittend, bald gemächlich an die Balconmauer gelehnt, den Gesangsvorträgen lauschend, zwischendurch auch einmal einen Abstecher nach den Seiten des Parkes hin machend, wo unter schnell aufgezimmertem Schutzdach eine Tafel errichtet war, an der später die Bewirthung der Sänger stattfinden sollte, da für die große Zahl das Innere des Schlosses nicht Raum genug geboten hätte. Ohne Bewirthung geht's im gastlichen Hause des Fürsten nun einmal nicht, und seien der Gäste noch so viele! Als guter Wirth nachzuschauen, ob auch alles wohl hergerichtet sei, das läßt sich der Fürst auch nicht nehmen, und deßhalb war einer seiner ersten Gänge der nach der Frühstücksecke.

Dem Deutschen Lied folgte das Kärnthner Volkslied: „O Diandle tief drunt' im Thal“ und dann das herrliche „Wer hat dich, du schöner Wald“ von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Diesem Vortrag applaudirte die Fürstin Bismarck ganz besonders lebhaft; sie rief laut den Sängern zu: „Wundervoll, grad' unser Lieblingslied!“

Nun hielt Dr. Poetzsch aus Dresden eine Ansprache in gebundener Rede, die besonderen Bezug auf die Frau Fürstin nahm und in ein Hoch auf das Bismarck'sche Haus ausklang.

Da trat der Fürst auf den Redner zu und dankte ihm, indem er u. A. bemerkte:

„Damit, daß Sie in so schönen Worten meiner Frau gedacht, haben Sie mir eine ganz besondere Freude bereitet, denn die Gesundheit meiner Frau ist meine eigene Gesundheit.“

Dann fuhr er fort: „Das deutsche Lied ist vom deutschen Trunk niemals geschieden gewesen, und so wollen wir denn nun einmal sehen, was uns Kulmbach geliefert hat. Ich bitte Sie zu einem Imbiß und einem deutschen Trunke!“

Hier unterlief ein reizender Scherz mit Reinhold Becker, der erwiderte: „Durchlaucht, wir haben programmmäßig noch zwei Lieder zu singen.“ Der Fürst verstand etwas wie „zwei Liter“ und meinte:

„O, Sie können überzeugt sein, daß ein jeder zwei volle „Liter“ credenzt erhält.“

Diese Verwechselung von „Lieder“ und „Liter“ war von brillanter Wirkung, und machte sofort einer launigen, fröhlichen und ungezwungenen Stimmung Platz.

Mit dem Vortrag der Richard Wagner'schen Composition: „Gruß seiner Getreuen“ schloß das Concert. Diese Hymne wurde 1845 an den König von Sachsen gerichtet. Die außerhalb des sächsischen Königreichs wenig bekannte Composition war in der künstlerisch schönen Durchführung seitens der Dresdener Sänger von überwältigend großartigem Eindruck. Es war ihr heute ein von Dr. Paul Liman in Dresden zu der besonderen Veranlassung gedichteter Text untergelegt worden; er lautete:

Wo deutscher Männer Sang ertönt in deutschen Landen,
Wo er zum Himmel machtvoll dringt empor,
Da denkt man Dein, der uns erlöste aus den Banden,
Der Einheit uns und Macht und Ruhmesglanz erkor.
Sei uns gegrüßt, Du Held in blankem Eisen!
Dir tönen unsre Weisen.
So lang noch Waffen dröhnen
Und deutsche Lieder tönen,
Wird Dein man denken, preisen Dich in deutschem Männersang,
Sei uns gegrüßt, o Held, Du Deutschlands größter Sohn!

Alldeutschland lag gebannt in todesbangem Dämmern;
Kaum wagte leises Hoffen furchtsam sich zum Licht,
Da kam Held Siegfried stark, die Waffen uns zu hämmern,
Und mit dem scharfen Schwert schlug er den Feind zunicht.
Sei uns gegrüßt u. s. w.

Um Deinem Volk und Deinem greisen Herrn zu dienen,
Bist Du mit Feuermuth gestürzt in Kampfesnoth —
So soll als Siegespreis Dir ewig Lorbeer grünen,
So soll des Volkes Lieb' Dir bleiben bis zum Tod.
Sei uns gegrüßt u. s. w.

Nach Beendigung des Programms dankte der Fürst dem Vorstande nochmals und unterhielt sich mit verschiedenen Herren in der leutseligsten Weise. Im Laufe des Gesprächs berührte der Fürst auch die Vorzüge Dresdens und sagte hierbei mit besonderer Betonung:

„Ihr höchster Herr, Seine Majestät der König von Sachsen, ist mir stets ein besonders gnädiger Herr gewesen!“

Und dann nach einer kleinen Pause:

„Aber nun kommen Sie, meine Herren, nun wollen wir die zwei ‚Liter‘ trinken.“

Der Fürst führte hierauf die Theilnehmer der festlichen Huldigung nach den in dem Parke errichteten Zelten, wo eine fast unabsehbare Fülle von kalten Speisen und viele Fässer mit Bier aufgestellt waren. Hier, mitten unter den Sängern, stieß der Fürst mit vielen Einzelnen an und bemerkte u. A. ganz laut und überall hin vernehmbar:

„Ich trinke auf Ihre Gesundheit, auf das fernere Gedeihen der Dresdener Liedertafel!“

Hier wurden dem Fürsten auch die beiden einzigen in dem Festzuge betheiligten Damen, Frau Reinhold Becker und Frau Starcke-Görlich (die Solosängerin des Concertes) vorgestellt. Der Fürst trank beiden Dammen ein volles Glas zu und hatte für sie die liebenswürdigsten Worte.

Fast eine volle Stunde weilte der Fürst trotz nicht günstiger Witterung im Parke unter den Mitgliedern der Liedertafel, sich mit diesem und jenem in ein kurzes, lebhaftes Gespräch einlassend. Auch Graf Herbert Bismarck, welcher den Fürsten begleitete, sprach oft und viel mit den Sängern und passiven Mitgliedern, und als er Herrn Traiteur Kneist erblickte, eilte er auf ihn zu und rief: „Ach, bei Ihnen habe ich immer so vortrefflich gespeist, und wenn ich nach Dresden komme, besuche ich Sie sicher wieder!“

Um 2 Uhr zog sich der Fürst zurück und ließ die Mitglieder des Vorstandes noch zur Familienfrühstückstafel bitten. Auch hier fiel noch manches Scherzwort.

So erwiderte ein Gast auf die Bemerkung des Fürsten, ob sich die Herren nicht vielleicht durch die kühle Witterung einen Schnupfen zugezogen haben könnten, daß sie dies in Anbetracht der unvergeßlichen Stunden gern ertragen würden. „Nun, wenn Sie sich auch aus dem Schnupfen nichts machen,“ replicirte der Fürst, „so möchte ich doch wünschen, daß Sie diesen Ort nicht verschnupft verlassen!“ Die Fürstin freute sich namentlich über die Richard Wagner’sche Melodie, die nach ihrer Anschauung in Wagner’schen Werken sonst nicht oft zu finden wäre.

Um 3 Uhr traten die Sänger in gehobenster Feststimmung mittels Extrazuges die Rückfahrt nach Hamburg an.

* * *

Den „Hamb. Nachr.“ vom 24. Mai (A.-A.) entnehmen wir Folgendes: „**Bismarck.**“ Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die freisinnige „Voss. Ztg.“ einen Leitartikel, der sich gegen die Angriffe eines Herrn Bigelow auf den Fürsten Bismarck richtet. Wir haben diese Angriffe, als sie jüngst in der Londoner „Contemporary Review“ publicirt wurden, ohne Erwide-

rung gelassen, weil sie und ihr Urheber uns nicht tanti erschienen.[1]) Wenn wir die Entgegnung der „Voss. Ztg." nachstehend wörtlich, also auch mit denjenigen Stellen, gegen die wir Einsprache erheben müssen, abdrucken, so geschieht es, weil wir den Artikel für ein bemerkenswerthes Symptom von Gewissensregung halten und seinen Gesammteindruck innerhalb des freisinnigen Rahmens nicht beeinträchtigen wollen. Die „Voss. Ztg." schreibt:

In der „Contemporary Review", einer angesehenen englischen Zeitschrift, ist jüngst ein Aufsatz unter der Ueberschrift „William" erschienen. Es ist eine psychologische Studie über den deutschen Kaiser. Man braucht mit dem Verfasser nicht einverstanden zu sein und kann dennoch seinen Stil glänzend finden. Er führt die Feder, wie ein meisterhafter Fechter das Florett; er sticht mit Anmuth und mit Sicherheit. In der folgenden Nummer derselben Zeitschrift ist ein Aufsatz unter der Ueberschrift „Bismarck" abgedruckt. Der Verfasser tritt für den Kaiser in die Schranken. Man kann seine Absicht loben und seinen guten Willen anerkennen und nichts destoweniger die Ausführung verfehlt finden. Herr Poultney Bigelow, ein Jugendfreund des deutschen Herrschers, wird bissig, aber leider nicht witzig; er schlägt auf den Widersacher los, aber wie mit einem Holzschwerte. Er wird die Freunde des früheren Kanzlers nicht bekehren und dessen Gegner nicht erfreuen. Um einen gewaltigen Menschen wie den Fürsten Bismarck des Ruhmes zu entkleiden, bedarf es anderer Waffen, als der Mittel, die dem königstreuen Amerikaner zu Gebote stehen.

Herr Poultney Bigelow hat für gut befunden, seine Arbeit auch der großen Masse des deutschen Volkes durch eine Uebersetzung zugänglich zu machen, deren Aushängebogen uns von dem Verlage C. F. Müller in Leipzig zugeschickt werden. Die Uebersetzung ist nicht gut, aber sie ist besser als der

---

[1]) Am 14. Juni dess. Js. bringen die „Hamb. Nachr." (A.-A.) folgende Nachricht, die ihren passenden Platz hier findet:

In der „Nat.-Ztg." finden wir folgende Notiz über Herrn Poultney Bigelow, die unter verschiedenen Gesichtspunkten interessiren kann:

„In hiesigen amerikanischen Kreisen macht eine Ausweisung aus Rußland großes Aufsehen. Herr Poultney Bigelow, der in letzter Zeit durch eine Reihe von Artikeln in englischen Zeitungen viel von sich sprechen machte, in denen er heftige Angriffe gegen den Fürsten Bismarck richtete und den Kaiser Wilhelm II. verherrlichte, hatte sich im Auftrage des größten amerikanischen illustrirten Blattes ‚Harpers Monthly' nach Rußland begeben, um von dort in Wort und Bild Land und Leute zu schildern. In seiner Begleitung befand sich ein hervorragender Zeichner, Herr Remington. Wie auf derselben Mission durch Oesterreich nach dem Schwarzen Meere, so sollte auch hier die ganze Reise auf eigenem Boote zurückgelegt werden. Die Empfehlungen der beiden Herren waren die vorzüglichsten. Trotzdem sind sie sehr schnell aus Rußland ausgewiesen worden. Ein Grund ist ihnen nicht angegeben worden und ihnen auch nicht bekannt. In ihrer journalistischen Thätigkeit, soweit sie Rußland betrifft, ist er nicht zu suchen, da bisher noch nichts von ihnen veröffentlicht ist."

Inhalt des Aufsatzes. Ist es schon ein zweifelhaftes Beginnen, den Fürsten Bismarck herabzusetzen, nur zu dem unverhüllten Zwecke, den heutigen Kaiser zu verherrlichen, so beweist der Verfasser jedenfalls zu viel, wenn er den früheren Reichskanzler als einen Dutzendmenschen ohne jedwedes Talent, ohne jedwedes Verdienst darstellt. Freilich sucht er seine Ansicht zu begründen Er spricht von Bismarck und den Socialisten; ihm ist Ferdinand Lassalle nichts als ein „eitler Lebemann", der ein seichtes System der Demagogie geschaffen habe. Daß der preußische Ministerpräsident sich mit ihm unterhielt wie mit einem geistreichen Gutsnachbarn, das scheint Herr Poultney Bigelow nicht fassen zu können. Es ist keine schwere Arbeit, die Fehler in der Socialpolitik des früheren Kanzlers aufzudecken; sie sind zahlreicher, als der amerikanische Verfasser schildert (?); aber dem Fürsten Bismarck nachzusagen, alle seine Maßnahmen auf diesem Gebiete seien mißlungen, und erst der Kaiser habe sich endlich zu andern Heilmitteln als der Verfolgung auf diesem Gebiete veranlaßt gesehen, das widerspricht der Wahrheit. Man mag über die Versicherungsgesetze denken, wie man will, jedenfalls sind sie der Socialpolitik des Fürsten Bismarck entsprungen und beachtenswerthe Versuche, die Gegensätze anders als durch Verfolgung zu mildern. Ob die Socialdemokratie auf die Dauer unter dem neuen Course eine glimpflichere Behandlung als unter dem alten Course finden werde, das bleibt abzuwarten; sie selbst scheint das Gegentheil ernstlich zu befürchten.

Auch als Minister der auswärtigen Angelegenheiten soll Fürst Bismarck wenig mehr als ein unbedeutender Handwerker gewesen sein. In einem Punkt macht ihn der Verfasser besser als er war. Er sagt nämlich dem früheren Reichskanzler nach, daß er jährlich nur 200000 Mk. Geheimgelder zur Beeinflussung der Presse ausgegeben habe. Man wird nicht fehlgehen, wenn man den Betrag weit höher schätzt. Schon aus dem Welfenfonds standen dem Fürsten Bismarck über 1200000 Mk. jährlich zur Verfügung, und mindestens ein starker Bruchtheil dieser Summe wurde für die „Erziehung der öffentlichen Meinung" beansprucht. In andern Punkten beweist der Verfasser eine wunderliche Harmlosigkeit. Er scheint zu meinen, daß Fürst Bismarck, der doch zum Schutze gegen Rußland das Bündniß mit der habsburgischen Monarchie abschloß, noch lange Jahre nachher keine Ahnung von den russischen Truppenansammlungen in Polen hatte: „Selbst Moltke konnte ihn von dieser offenkundigen Thatsache nicht überzeugen. Der gegenwärtige deutsche Kaiser erkannte den russischen Vormarsch schon 1885 und warnte die deutsche Regierung vor dem, was sich seither genau in der vorher gesagten Weise vollzogen .... Ein großer Minister hätte denn doch diesen Dingen einige Beachtung widmen sollen. Er hätte es wohl auch nicht für vorzeitig zu halten gebraucht, sich nach ihrer Bedeutung zu erkundigen, nachdem die Sachen soweit gediehen waren, daß keine Ratte über den Narew schwimmen

kann, ohne auf einen Kosaken zu stoßen." So schließt das Urtheil über den Fürsten Bismarck als Leiter der auswärtigen Politik. Der Einsiedler im Sachsenwalde wird herzlich lachen, wenn er diese Ausführungen liest. Er soll in der That um die russischen Rüstungen sich nicht bekümmert haben? Er, der im Reichstage erklärte, solche Dinge sehe man, ohne darüber zu sprechen, man mache keine Vorstellungen, sondern treffe seine Gegenmaßregeln? Fürst Bismarck soll erst durch einen Wink des damaligen Prinzen Wilhelm Aufklärung über die russischen Pläne erhalten haben? Und zu einem solchen Stümper in der Staatskunst sind Männer wie Tisza, Andrassy, Crispi, Kalnoky gepilgert? In ihm mußte Gortschakow seinen Meister kennen lernen? Ihm brachte Lord Beaconsfield seine Bewunderung entgegen? Wie klein und thöricht müssen alle diese Staatsmänner, müssen die Völker allesammt sein, wenn sie, ob sie auch in dem Fürsten Bismarck vielfältig einen Gegner sahen, doch den glänzendsten Diplomaten der Neuzeit verehrten? Und hat Herr Poultney Bigelow nichts von den Noten und Denkschriften des Fürsten Bismarck kennen gelernt? Und glaubt er ernsthaft, daß die heutigen Staatslenker auch in der auswärtigen Politik dem Fürsten Bismarck überlegen seien?

In der Haltung gegenüber den Polen ist Fürst Bismarck sicherlich nicht glücklich gewesen: aber wenn der amerikanische Jugendfreund des deutschen Kaisers rühmt, daß in Folge des neuen Courses die preußischen Polen heute laut auf die Gesundheit des Kaisers trinken, und wenn er fragt: „Wird irgend Jemand sagen wollen, das hätte unter dem Fürsten Bismarck geschehen können?" so ist es kühn, aus derlei Trinksprüchen politische Schlüsse zu ziehen. Manche Kenner der Verhältnisse behaupten, daß das Deutschthum durch die Polenpolitik des neuen Courses in der Entwickelung in den gemischten Provinzen um ein Menschenalter zurückgeworfen sei. In der Colonialpolitik sind dem Fürsten Bismarck zweifelsohne manche Fehler und Widersprüche nachzuweisen, obwohl es verkehrt ist, auf ihn allein den ganzen Drang nach dem dunklen Welttheil zurückzuführen oder, wie der Verfasser thut, allenfalls hinzuzufügen: „Der Enthusiasmus kam allein von rauf- und wagelustigen jungen Leuten und von geographischen Gesellschaften im Binnenland." Fürst Bismarck ist kein Colonialschwärmer gewesen. Aber wenn er in der Begünstigung dieser Schwärmer weiter gegangen ist, als noth thut, muß man ihn darum auch in diesem Punkte in Gegensatz zu dem Kaiser stellen und dem heutigen Herrscher nachrühmen, daß er bedächtiger verfahren sei? Der Kaiser hat Stanley und Emin so freudig begrüßt, als es je Fürst Bismarck konnte, und der Kaiser ist es gewesen, der die Genehmigung zu der Colonial-Lotterie im Kronrath durchsetzte, nachdem das Staatsministerium die Ablehnung ausgesprochen hatte.

Als Schutzzöllner ist Fürst Bismarck sicherlich am wenigsten der liberalen Partei sympathisch. Hier könnte man am liebsten in das Lob auf den neuen

Cours einstimmen, wenn der Verfasser nicht wiederum über das Ziel hinausschösse. Daß er das Schreiben des Kanzlers vom 15. December 1878 an das preußische Herrenhaus ergehen läßt, während es an den Bundesrath gerichtet ist, hat nichts zu besagen. Aber wenn er den Erfolg der neuen Handelsverträge mit den Worten schildert: „Sie haben Ungarn gewonnen, Ungarn, das Donaubollwerk der Civilisation gegen russischen Einbruch .... Dies muthige, kraft- und freiheitsvolle Volk durch gelegene Concessionen für den Dreibund erwärmt zu haben, ist viele Bismarck's werth,“ so wird man über diese Darstellung nicht am wenigsten in Ungarn selbst erstaunt sein. Denn Ungarn ist stets die Grundsäule des Dreibundes in der habsburgischen Monarchie gewesen; die Magyaren haben sich von jeher mit solcher Wärme und Begeisterung für Preußen und Deutschland verwendet, daß man sie nicht erst durch einige Zollherabsetzungen für den Dreibund zu gewinnen brauchte. Wenn aber der Verfasser noch als zweite Frucht der Handelsverträge eine Schwenkung der — serbischen Politik in Aussicht stellt, so hoffen wir, daß der neue Cours auf diesem Felde wohl bessere Erfolge erreichen werde, als sie Herrn Poultney Bigelow vorschweben.

Wenn Fürst Bismarck ein Tropf in der Socialpolitik, in der Handelspolitik, in der auswärtigen Politik war, soll ihm nicht wenigstens ein geringes Verdienst an der Einigung des Deutschen Reiches gelassen werden? „Die Sache ist nichts weniger als bewiesen,“ meint der Verfasser. Kaiser Friedrich habe in sein Tagebuch geschrieben, daß Bismarck der Einigung Deutschlands widersprach. Wo mag das in dem Tagebuch stehen? Wir finden unter dem 20. August 1870 verzeichnet: „Bismarck gemäßigt, durchaus nicht sanguin; unsere Bedingungen sind Elsaß und Kriegskosten.“ Damals war Sedan noch nicht geschlagen. Wir finden weiter unter dem 9. October verzeichnet: „Bismarck faßt die Kaiserfrage ins Auge, sagt mir, er habe 1866 gefehlt, sie gleichgültig behandelt zu haben. Er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber ich ihn beruhige.“ Unter dem 14. November steht in dem Tagebuche: „Gespräch mit Bismarck über die deutsche Frage. Er will zum Abschluß kommen, entwickelt aber achselzuckend die Schwierigkeiten.“ Am 3. December verzeichnet der Kronprinz: „Nach Tische Vortrag Bismarck's .... Als wir das Zimmer verließen, reichten Fürst Bismarck und ich uns die Hand. Mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt ....“

Der Verfasser versichert, daß schon Friedrich Wilhelm III. das Deutsche Reich neu belebt hätte, wäre er nicht durch Rußland und Oesterreich daran gehindert worden. Wer die Denkwürdigkeiten Boyen's und die zeitgenössische Litteratur kennt, wird wissen, daß jener König der letzte Fürst war, der das Sehnen der Deutschen zu erfüllen vermocht hätte, auch wenn er nirgends auf

Widerstand gestoßen wäre. Herr Poultney Bigelow meint, Bismarck habe allerdings schließlich recht gethan, Moltke's Sieg „für die Intentionen seines Monarchen zu verwerthen“ und den Einzelstaaten und ihren Fürsten die Nothwendigkeit des Reichsgedankens dringlich nahe zu legen. Handelte er nur nach den Intentionen seines Monarchen, oder mußte er nicht vielmehr diesen Monarchen erst mit solchen Intentionen erfüllen? In dem Tagebuche, auf welches sich der Verfasser beruft, ist unter dem 30. September verzeichnet: „Ich rede Seine Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Anrücken begriffen; er betrachtet sie als gar nicht in Aussicht stehend.“ Noch unter dem 17. Januar 1871 verzeichnet der Kronprinz folgende Aeußerung seines Vaters: „Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stande der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte,“ und fünf Tage später trägt der Kronprinz nach, daß der Kaiser zu seiner Umgebung gesagt habe, er bleibe nach wie vor ihr König.

Die deutsche Nation hat mit dem Fürsten Bismarck eine stattliche Rechnung zu begleichen (?); die liberale Partei insbesondere hat keinen Grund zu blinder Bewunderung oder auch nur zu einer nachsichtigen Beurtheilung seiner Fehler, Mißgriffe und Schwächen. Aber darum wird sie nicht verkennen, daß der frühere Reichskanzler eine mächtige Persönlichkeit von ursprünglicher Kraft und vielseitigen Verdiensten ist, und wer ihn nur in der Absicht, dem heutigen Kaiser Weihrauch zu streuen, kleinlich herabzusetzen und zu verunglimpfen sucht, der wird in Deutschland weder bei den Freunden noch bei den Gegnern des Fürsten Bismarck, sondern höchstens bei dem Hofgesinde auf Beifall zu rechnen haben.

* * *

Auf Anregung des Bergedorfer Radfahrervereins unternimmt es der Gau I des deuschen Radfahrerbundes, vor dem Fürsten Bismarck in der Nähe von Friedrichsruh am Himmelfahrtstage, den 26. Mai, einen Corso zu veranstalten. Eine Lichtung des Waldes in der Nähe von Trittau, eine halbe Stunde von Friedrichsruh, ist zum Festplatz ausersehen.

Um $^{3}/_{4}$12 Uhr kommen die fürstlichen Wagen, von hinten her durch den Wald heranfahrend, bei der Radfahrergruppe an; im ersten Wagen befindet sich der Fürst mit seiner Gemahlin, die wieder sehr rüstig geworden ist und keine Spuren ihrer schweren Krankheit vom vorigen Jahre mehr zeigt. Auf dem Bock des ersten Wagens hat der Leibarzt des Fürsten, Professor Schweninger, Platz genommen. Der zweite und dritte Wagen bringt den Grafen Herbert nebst Braut und Schwiegereltern, Graf Wilhelm und Gemahlin, Gräfin Marie Rantzau und den Grafen Keyserlingk mit seiner Gemahlin, der als Sohn eines kürzlich in Kurland verstorbenen Jugendfreundes des Fürsten Bismarck z. Z. bei diesem auf Besuch weilt. Der Fürst, der munter und

frisch aussieht, hat schwarze Civilkleidung an und trägt einen dunkeln breitkrämpigen Schlapphut. Er verläßt in rascher Bewegung den Wagen, hilft der Fürstin beim Aussteigen und tritt sofort auf die in der Mitte des Kreises stehenden Herren zu.

Herr Escher aus Hamburg richtet eine Ansprache an den Fürsten, die in ein All Heil! auf ihn ausklingt. Der Fürst antwortet:

„Meine Herren! Ihr Besuch macht mir eine große Freude. Einmal ist es eine hohe Ehre für mich, daß aus so weiten Gauen Deutschlands Landsleute kommen, um mich freundlich zu begrüßen. Ich sehe auch mit Vergnügen aus den Telegrammen, welche ich aus Köln, aus Thüringen, Schlesien und anderswoher bekommen habe, daß Ihre dortigen Kameraden Ihnen zustimmen, wenn Sie mich hier begrüßen.

„Ein anderer Grund meiner Freude ist das Gedeihen Ihres Bundes; Ihr Sport involvirt eine Gymnastik, durch welche die körperliche Gesundheit gefördert und einigermaßen ein Ersatz gebildet wird für die in England gebräuchlichen Ball- und Ringspiele. Alles das hat bei uns nicht recht Wurzel geschlagen, während es in England selbst die Damen mit Vergnügen betreiben. Muskelkräftigende Uebung, wie sie im Ballspiel liegt, hat nicht recht Annahme bei uns gefunden. Fast der einzige Sport, der die Thätigkeit der unteren Muskeln pflegt, ist derjenige, den Sie betreiben. Es ist sehr anerkennenswerth, daß Sie Ihren Landsleuten diese Wohlthat verschafft haben.

„Ich wundere mich, daß Ihre Kunst nicht früher weitere Verbreitung gefunden hat; denn das Fahrrad ist keine Erfindung der Neuzeit. Ich erinnere mich, es vor 70 Jahren, als ich auf die Turnschule kam, schon kennen gelernt zu haben. Draisine war damals die Bezeichnung, und man bewegte sich darauf fort, indem man sich auf dem Boden selber mit den Fußspitzen weiter stieß, und die Geschwindigkeit war auf ebenem Wege vielleicht annähernd dieselbe, wie die jetzt von Ihnen erreichte. Eine zweite Sorte bequemerer Art hatte einen Drehkurbel wie eine Kaffeemühle. Aber diese Draisine hat 50 Jahre geruht, bis vor etwa 20 bis 25 Jahren — älter ist es, glaube ich nicht — eine lebhafte Förderung Ihres Sports eingetreten ist.

„Dann aber bin ich Ihnen dankbar als Politiker in Bezug auf meine frühere Thätigkeit. Ich freue mich über jede Arbeit, die eine Verbindung zwischen unseren deutschen Stämmen ohne Rücksicht auf die Grenzen der einzelnen Staaten herstellt. Ich danke Ihnen dafür und freue mich darüber, daß Sie Ihre Verbandsthätigkeit von Schleswig bis Bayern, ja bis Oesterreich-Schlesien und Krain ausgedehnt haben. Um die Schranken zu beseitigen, die sich zwischen den einzelnen deutschen Stämmen noch erheben, sind alle Bestrebungen, sei es in Musik, in Gesang, in

Sport, in Gymnastik nützlich, weil sie das intime Zusammenhalten befördern. Darum bin ich Ihnen dankbar für die politische Seite Ihrer Thätigkeit und erkenne mit Freuden den Einfluß, den Ihre Verbindung in Deutschland gewonnen hat.

„Ich kann leider von hier die Banner auch mit der Brille nicht alle so sehen, um sie genau zu erkennen; aber ich sehe doch, daß ein guter Theil Deutschlands von denen, die hier versammelt stehen, vertreten ist, und daß von den Gegensätzen, die uns vor vierzig Jahren getrennt haben, hier nichts mehr zu spüren ist. Das ist eine herzerfreuende Erscheinung für mich, daß die Einrichtung, an der ich gearbeitet habe, durch sportliche Verbindungen wie die Ihrige ausgebildet wird. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Arbeit, die Sie in Ihrem Bunde über das Deutsche Reich hin mit dem uns verbündeten Oesterreich gemeinschaftlich geschaffen haben. Sprache, Litteratur, Wissenschaft und Kunst haben an der österreichischen Grenze keinen Halt gemacht, ebensowenig wie Ihre Verbindung; und darum bitte ich Sie, mir beizustehen und ein Hoch auf die deutsche Radfahrkunst auszubringen mit Einschluß aller Mitglieder, soweit die deutsche Zunge klingt, also ein Hoch auf das Fahrrad als Ihr Bild und Ihren gesammten Bund. Er lebe hoch!"

Als das Hoch verklungen war, fügte der Fürst hinzu:

„Möge er immer deutsch und fest bleiben!"

* * *

Die „Post" meldet am 28. Mai:

„Das Telegramm der Eisenacher Nationalliberalen an den Fürsten Bismarck hat der ‚Reichsanzeiger', wie von der ‚Rhein.-Westf. Ztg.' hervorgehoben wird, in seinem Bericht nicht, wie bei dem Bericht über das Stuttgarter Parteifest, unterdrückt."

* * *

Der 28. Mai brachte für den Sachsenwald eine ganz eigenartige Feier: Der Hamburger Verein für Kunst und Wissenschaft veranstaltete ein Waldfest mit Damen und hatte die Ehre, den Fürsten Bismarck und die ganze fürstliche Familie, soweit sie in Friedrichsruh anwesend war, als Gäste in seiner Mitte zu sehen. Dem ausführlichen Bericht der „Hamb. Nachr." entnehmen wir Folgendes:

Der Fürst hatte den Wagen noch nicht verlassen, als er schon von Damen umringt war, die ihm die Hand küßten und Blumensträuße überreichten. Langsam erreichte der Fürst, der sehr frisch aussah und in liebenswürdigster Heiterkeit für die stürmischen Huldigungen nach allen Seiten dankte, unter Führung des Vereinsvorstandes die für ihn und die fürstliche Familie

inmitten der anderen Tafeln reservirten Ehrenplätze. Nachdem die fürstlichen Gäste sich niedergelassen hatten, nahm Oberingenieur Andreas Meyer (mit dessen Hause der Fürst in persönlichem Verkehr steht. D. Verf.) zu folgender Ansprache das Wort:

„Was wir lange ersehnten, steht heute vor uns, hehr und groß, unser Hort und unser Stolz. Begehrt haben wir es wohl schon oft und mit dem alten Rückert gesprochen: ‚Der ist eines Dinges nicht werth, der nicht den Muth hat, daß er's begehrt.‘ Aber wie durften wir ihn aus diesem herrlichen weiten Walde in die enge Stadt einladen? Da sind wir denn stets am 1. April hinausgegangen und haben ihm mit unsern Fackeln zum Geburtstagsfest geleuchtet. Und wenn wir dann hernach auf dem Bismarckcommers unsere Treue gegen den, der uns das Vaterland wieder aufgerichtet, in Sang und Wort dargebracht haben, dann hieß es: ‚Wenn er doch einmal unter uns träte, wie wollten wir glücklich sein!‘ Darüber ist der Mai gekommen mit Buchenlaub und Waldmeister. Die Stadtbehörde hat ein Einsehen und schließt die Schulen, und Alles strömt heraus und sagt: ‚Die Fenster auf, die Herzen auf, geschwinde, geschwinde.‘

„Wir eilen zu ihm hierher, denn er hat es uns erlaubt, der Herr dieses alten deutschen Waldes, darinnen die Zauber Wotan's weben und die Altvorderen in ihren Gräbern schlafen, die Gewaltigen, zu denen er gehört.

„Und unser Verein hängt seine Kunst, seine Wissenschaft, seine Vorträge und seine Vorstandssitzungen an den Nagel und ladet die lieben Frauen, Mägdelein ein zum Tanzreigen unter den Buchen.

„Ja, wir sind da und schwingen den Hut und bringen in echtem Maiwein ein ‚Heil dem Manne, der den grünen Hain des Vaterlandes sich zur Heimath auserwählet — Den die Freiheit und der goldne Wein — Mit Liebe, Muth und Fröhlichkeit beseelet.‘

„Und wir laden ihn ein mit seiner durchlauchtigen Frau Gemahlin und seiner ganzen verehrten Familie, es sich bei uns gefallen zu lassen und unsere Gesellschaft mit dem Sonnenglanz seiner Jugend, seines alten und neuen Familienglücks zu vergolden. Und wenn wir einfachen deutschen Menschen ihm nichts Anderes zu bieten vermögen als das Kleinod, welches der württembergische Bauer dem geliebten Grafen Eberhard geleistet hat, so wollen wir doch hoffen, daß ihm diese Stunde, die er uns gütig widmete, nicht verloren sei; und wenn gute Gesinnung, gute Wünsche etwas vermögen, so wird ihm auch der brausende Heilruf zum Segen gereichen, in welchen wir unsere Dankbarkeit für Alles, was er uns gegeben, auch für den heutigen Tag zusammenfassen. Heil dem geliebten Hort unseres Vaterlandes, unserem gütigen Waldesherrn, dem Fürsten Bismarck und seinem ganzen Stamm. Er lebe hoch!“

Als das brausende dreifache Hoch verklungen war, wurde dem hohen Gaste

aus dem Humpen des Vereins für Kunst und Wissenschaft der Willkommenstrunk credenzt. Der Fürst that einen tiefen Zug aus dem mächtigen Glase und erwiderte etwa Folgendes:

„Mein theurer Freund, Sie sagten, daß Sie mir heute nichts Neues bieten könnten. Aber ich wohne seit zwanzig Jahren hier im Walde, so schön jedoch wie heute habe ich den Wald noch nicht gesehen. Einen solchen Damenflor habe ich noch niemals gesehen. Ich möchte wünschen, ich würde im Walde immer so begrüßt und der Wald blühte immer in einem solchen Flor. Dieser Wunsch liegt in der menschlichen Natur. Ich bitte Sie, auf das Wohl der Damen anzustoßen, die hier sind, und auch auf diejenigen, die Sie etwa zu Hause gelassen haben."

Die Versammelten stimmten darauf das bekannte Lied an:

„Man soll Dich ewig preisen,
Du ritterlicher Held,
Daß Du mit scharfem Eisen
Gepflügt das deutsche Feld" u. s. w.

Als der Gesang beendet war, meinte der Fürst scherzend, bei dem musikalischen Segen würden im nächsten Jahre die Buchen noch besser wachsen.

Herr Oberingenieur Andreas Meyer lenkte nunmehr mit einigen Worten die Aufmerksamkeit auf ein in unmittelbarster Nähe befindliches Hünengrab, dessen Kuppe bis dahin von Gesträuch verdeckt gewesen war. Plötzlich tauchten aus den Büschen Gnomen auf, die hurtig das Gestrüpp zur Seite rissen und emsig zu graben begannen. Und nach wenigen Minuten hatten sie die Riesengestalt des Roland zu Tage gefördert, die, von Bildhauer Pfeiffer modellirt, die Züge des Altreichskanzlers vortrefflich wiedergab. Im Nu wurde der Roland mit Laub bekränzt, die Zwerge warfen ihre Spaten bei Seite und gruppirten sich mit Wappenschildern in den Händen um das Standbild.

Während der Fürst von seinem Platze aus, sichtlich erheitert, noch sein Ebenbild in mittelalterlichem Costüm betrachtete, rief Oberingenieur Meyer, da der Fürst so viel für die Damen gethan habe, so möchten sie auch etwas für ihn thun. „Wir können Sie augenblicklich nicht gebrauchen," meinte der Redner, „darum lagern Sie sich um den Roland, damit wir von hier aus den schönen Anblick haben."

Unter Lachen und Scherzen wurde diesem Wunsche Genüge geleistet, der reiche Damenflor umkränzte den Hügel mit einer farbenreichen Blumenkette, während die Herren unter Musikbegleitung das Lied „Roland der Ries'" anstimmten. Und nun folgte eine ganz reizende Scene. Kaum war der Gesang beendet, als von den Damen her unter lebhaftem Tücherschwenken ein dreimaliges helles Hoch auf den Fürsten herübertönte. Fürst Bismarck erhob sich sofort, ging elastischen Schrittes auf die Damen zu und richtete

einige herzliche Worte des Dankes an sie. Das Bild wäre so reizend, meinte er u. A., daß er es immer im Walde so haben möchte. Der Fürst verweilte dann längere Zeit inmitten eines größeren Kreises und ließ sich zahlreiche bekannte und hervorragende Persönlichkeiten Hamburgs vorstellen. Dabei fiel manche treffende und scherzhafte Bemerkung. So äußerte Herr Dr. Antoine-Feill auf eine Frage, daß er bisher nur die Ehre gehabt habe, den Fürsten im Reichstage zu sehen, worauf der Fürst lächelnd sagte:

„Hier unter den Buchen ist es jetzt jedenfalls viel gemüthlicher.“

Später sang die Versammlung noch ein von Fräulein Dahlström für den Tag besonders gedichtetes Festlied nach der Melodie der „Wacht am Rhein“; es schloß mit der Strophe:

Und deutscher Mütter Lieb' und Treu'
Pflanzt in den Sohn die Ehrfurcht neu,
Daß Bismarck's Name nie verhallt,
So lang noch rauscht ein deutscher Wald!
:,: Stimm an, wer deutsch sich fühlt mit mir, :,:
:,: Brausenden Hochgesang auf Bismarck hier :,:

Kaum war der letzte Ton verklungen, als Fürst Bismarck ungefähr folgende Worte sprach:

„Der Text dieses Liedes thut mir mehr Ehre an, als ich in meinem ganzen Leben verdient habe. Diese Ehre muß ich mit Denjenigen theilen, die mitgeholfen haben, das Geschaffene zu erringen. Ich denke dabei an die Tapferkeit des deutschen Heeres, ich möchte sagen, an den furor teutonicus, an die Festigkeit, die sich nicht nur im Gefecht, sondern auch im Bivouac, in Schnee und Eis, in Hunger und den größten Strapazen bewährt hat. Und gerade die Truppen der Hansestädte und der diesen benachbarten Gebiete haben sich in dieser Beziehung hervorgethan. Mit ihnen, die mir das Beste erringen halfen, will ich die Ehre theilen. Jeder Mann war ein Held.

„Ich bringe ein Hoch aus auf die Sechsundsiebziger und alle, die mit ihnen gekämpft haben.“

Diesen Worten folgte wieder jubelnder, langanhaltender Beifall.

Nachdem hierauf Professor Metz noch eine warme Ansprache auf die fürstliche Familie, besonders die Frau Fürstin und das glückliche Brautpaar gehalten hatte, war die Reihe der Reden erschöpft. Noch fast zwei Stunden blieb der Fürst in heiterster Stimmung inmitten der festlichen Versammlung und trat dann mit den Seinigen, zum Abschied von Neuem jubelnd begrüßt, die Heimfahrt an.

* * *

Am 26. Mai war der frühere Oberbürgermeister von Berlin, Dr. von Forkenbeck, gestorben. Der Tod wurde seitens des Magistrats auch dem Fürsten Bismarck angezeigt. Dieser schrieb darauf an den Oberbürgermeister Zelle:

„Friedrichsruh, den 29. Mai 1892. Euer Hochwohlgeboren bitte ich dem hohen Magistrat für die geneigte Anzeige vom Ableben des Herrn Oberbürgermeisters meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Ich bedaure, daß meine Gesundheit mir nicht gestattet, meine aufrichtige Theilnahme an dem Ausscheiden meines langjährigen Mitarbeiters in der Politik aus seiner für Berlin so erfolgreichen Thätigkeit Ausdruck zu geben. v. Bismarck."

* * *

Am 30. Mai empfängt der Fürst eine Abordnung des deutschen Kriegervereins in Mylau in Sachsen. Er richtet folgende Ansprache an sie:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie den weiten Weg nicht gescheut haben, mich hier zu besuchen, und ich freue mich, durch Ihre Begrüßung die Erinnerung an unsere Kriegszeit wieder aufzufrischen. Gerade zu Weihnachten fand ich Ihr hübsches Album unter dem Tannenbaum, worüber ich mich herzlich freute; ich gedenke gern der schönen Gegend des Vogtlandes, wie sie mir aus diesen Bildern und bei Gelegenheit meiner Reisen aus eigner Anschauung bekannt geworden ist: Grün in Grün soweit das Auge reicht, und wellig, dazu die stattlichen Bauten, großartige Eisenbahnviaducte. Dabei habe ich die Erinnerung, daß dort auf der Höhe eine rauhe, aber gesunde Luft weht, dieselbe scheint Ihnen allen aber auch gut zu bekommen, denn das Aussehen jedes Einzelnen von Ihnen bestätigt dies.

Ich freue mich jedesmal, wenn ich Kriegskameraden von 1870 wiedersehe, und insbesondere, wenn sie mich auch hier besuchen und damit bekennen, daß sie der Kameradschaft eingedenk sind. Diese bildete die Unterlage für unsere nationale Einigung und wird sie immer bilden; denn die erste Bedingung unserer vaterländischen Einheit gegenüber den äußeren und inneren Gefahren ist das kameradschaftliche Zusammenhalten der Wehrkraft des gesammten deutschen Volkes, und um so rühmlicher ist mir das Zeichen, welches Sie dafür ablegen.

Unser gegenseitiges Verhältniß war nicht immer so wie es jetzt ist. Der Feldzug 1870 hat uns aber einander näher gebracht, wir haben uns auf dem Schlachtfelde kennen und lieben gelernt. Zu diesem erfreulichen Ergebnisse haben die hohe Begabung und der deutsche Sinn Ihres obersten Heerführers und jetzigen Königs, des damaligen Kronprinzen, wesentlich mitgewirkt. Was er erkämpfen half, hält er

als treuer Bundesfürst fest. Sein Vater war ein Herr von hoher geistiger Begabung, aber er stand zur Armee nicht in den engen Beziehungen wie Ihr jetzt regierender König.

Sie bestärken mich von Neuem in der frohen Gewißheit, daß wir stets gute Kameraden sein werden, wo immer wir uns begegnen. Ich hoffe, daß dies nicht nochmals auf dem Schlachtfelde sein wird; es ist ein wohlthuendes Gefühl, daß auch im Frieden diese Uebereinstimmung herrscht und gepflegt wird.

* * *

Zugleich mit der Abordnung aus Mylau wurde auch ein Vertreter von 800 Deutschen in den La Plata-Staaten, der deutsche Dr. med. C. Brendel in Montevideo, zur Ueberreichung einer Adresse an den Fürsten Bismarck von diesem empfangen. Sein Bericht darüber in der deutschen „La Plata-Zeitung" trägt so eigenartige Färbung und enthält so besondere Einzelzüge, daß wir uns nicht versagen können, wenigstens einen Auszug daraus nach den „Hamb. Nachr." hier wiederzugeben:

Nachdem Dr. Brendel erwähnt hat, daß er zugleich mit der Abordnung des Kriegervereins von Mylau im sächsischen Vogtlande empfangen wurde und mit den Herren in der Bibliothek auf den Fürsten, der auf einem Spaziergange abwesend war, wartete, fährt er fort:

Nach etwa 10 Minuten Warten kam der Fürst herein und trat an den Tisch, um den wir im Halbkreis standen. Er war in einfachem bürgerlichen Rock. Alles so schlicht und einfach wie nur denkbar, und doch schwebte ein unnennbares Etwas durch den Raum. Man fühlte die Nähe des großen — des größten Mannes, den unser Volk wohl hatte. Hinter ihm hatte sich Graf Herbert Bismarck aufgestellt, ebenfalls im gewöhnlichen, dem Landaufenthalte entsprechenden Anzug. Der Fürst dankte den Sachsen und dem Dr. Brendel für ihr Kommen und unterhielt sich einige Zeit aufs freundlichste mit ihnen. Dann sagte er: „So, nun kommen Sie, und lassen Sie sich meiner Frau und den Damen vorstellen."

Im Nebenzimmer begann dann die Vorstellung und ging sofort in den Eintritt in das Eßzimmer über. Es ist groß, hell, in lichter Farbe, mit Fenstern nach dem Park, überaus einfach. Mir fiel kein Möbel oder Schmuck als etwas Besonderes auf. Auch keine Rede von vornehmen Tafelaufsätzen oder besonderem Geschirr. Die Gläser waren einfach, aber gut, das Geschirr von gewöhnlichem Steingut. Das sage ich nicht, um zu tadeln, sondern zu loben, daß es noch Menschen giebt, und zwar so hohe, die an dem großen Wettjagen des allgemeinen Luxus nicht Theil nehmen, sondern mit vornehmer Einfachheit jenem Protzenthum der Parvenus conservativ gegenüberstehen.

Der Fürst gab mir den Platz zur Rechten seiner Frau, der er gegenüber saß. Rechts vom Fürsten saß die Gräfin Hoyos, eine stattliche Dame in den

vierziger Jahren. Weiter nach unten saßen Graf Herbert und seine Braut, deren frische Farben zum einfachen, rosa-weiß geblümten Kleid gut paßten; kein Schmuck. Neben ihr die Gräfin Wilhelm Bismarck, deren Mann auf seinen Posten nach Hannover zurückgefahren war. Weiter rechts oben von der Gräfin Hoyos folgte ein Sachse; dann kam noch die Gräfin Rantzau, Bismarck's Tochter, die sich leicht und nett beim Papa entschuldigte und ihn grüßte.

Der Fürst stand auf und trank sein Glas Champagner auf den König von Sachsen, den treuen deutschen Fürsten, seinen gnädigen Herrn. Dann floß wieder die Unterhaltung in ihrem vielseitigen Wechsel. Auf Sachsen kam er natürlich öfter zu sprechen und zog Vergleiche über sonst und jetzt. Er meinte, man hielte die Sachsen im Allgemeinen für sanfter und gutmüthiger, als sie wirklich seien. Der Fürst erzählte, wie er einmal auch durch das hier vertretene Städtchen Mylau gekommen und recht inopportun vom Festredner politisch angezapft worden sei.

Daß sich Bismarck nicht anzapfen läßt, mußte ich selbst gleichzeitig mit der Fürstin erfahren. Er sprach etwas über Ungarn, und ich benutzte die Gelegenheit, um mein Bedauern auszusprechen, daß die Magyaren so unfreundlich gegen unsere Stammesgenossen in Siebenbürgen seien. Eisige Miene und anscheinend unheilbare Taubheit war die Antwort, ebenso als ihm die Fürstin als neueste Neuigkeit den Nachfolger Forkenbeck's nannte. Er giebt den Ton an, aber er ist kein Clavier, auf dem man spielen kann. Aber das sind alles nur ganz vorübergehende Momente; bei seiner Lebhaftigkeit kommt er auf hundert Dinge zu reden, freut sich, wenn man darauf eingeht, ihn unterstützt, ablöst, wie es eben bei einem so hochgewandten Unterhalter sich von selbst versteht. Die Unterhaltung floß angeregt und anregend weiter.

Immer wieder wandte sich gütig und freundlich der Fürst an mich. So fragte er auch nach der Zunahme des italienischen Elements am La Plata. Mit Achtung und Zuneigung sprach er von dessen Tüchtigkeit und geringen Ansprüchen. „Auch bei uns am Nordostseecanal sind sie die besten Arbeiter." Auch die Gräfin Hoyos, die ja in Fiume wohnt, sprach anerkennend von ihnen.

* * *

In den „Hamb. Nachr." vom 31. Mai (A.-A.) finden wir Folgendes:

Ueber die Schrift „Berlin-Wien-Rom" veröffentlicht ein Berichterstatter des „New-York Herald" einige Aeußerungen des Fürsten Bismarck, denen wir Folgendes entnehmen:

> „Eckardt (der Verfasser) ist, äußerte sich der Fürst, einer von den baltischen Deutschen, die aus Rußland ausgewiesen wurden entweder auf Grund der Proscriptionsliste der Polizei oder auf einen Special-

befehl hin. Er kam vor langer Zeit einmal nach Deutschland und ließ sich in Hamburg nieder. Seine Ansichten sind alle gefärbt durch den Haß gegen Rußland, so sehr, daß er seine damalige Stellung als Mitarbeiter am ‚Hamb. Corresp.‘ nicht beibehalten konnte, obwohl das Blatt ausgesprochen russenfeindlich ist. Seine Stellung gefiel ihm nicht. Er ist, was man nennt un peu mauvais coucheur; und so gab ich (Bismarck) ihm eine Stelle als Consul in Tunis — und ließ ihn dort.

„Er besitzt keine Unabhängigkeit, sondern schreibt und publicirt Alles, wenn es ihm nur in seiner Carrière dienlich ist. Es ist ziemlich erwiesen, daß Eckardt seine Broschüre vor der Veröffentlichung zum Grafen Caprivi schickte, und daß Letzterer davon in den schmeichelhaftesten Ausdrücken sprach, so daß man Eckardt's Auseinandersetzung über die russische Frage als halbofficiell ansehen kann. Wenn man den Standpunkt des Herrn Eckardt als einen nothwendig antirussischen ansieht, so ist es eine besondere Thatsache, daß auf die Beziehungen Deutschlands zu Rußland nicht ein einziges Mal Bezug genommen worden ist, und daß er von Deutschland spricht, als wenn es 1000 Meilen von Rußland entfernt wäre.

„Er stellt Deutschland in antirussischen Dienst und folgt dabei denselben Wegen, wie die Polen, die Socialdemokraten oder die Juden; die Letzteren sind in Rußland fast ebenso schlecht behandelt worden wie die Polen oder die baltischen Deutschen; so kommt es, daß diese drei, der Pole, der baltische Deutsche und der Jude, in der russischen Presse thätig daran arbeiten, den Haß zwischen Rußland und Deutschland zu schüren und einen Krieg anzufachen. Französisches Geld ist auch zu diesem Zwecke in der russischen Presse thätig gewesen. Viele Russen haben französische Frauen. Durch diese ist die russische öffentliche Meinung beeinflußt oder besser gefälscht. Die Russen sind Novellisten, aber keine Zeitungsredacteure, Dichter aber keine Politiker. In politischer Intrigue und Zeitungsschreiberei stehen sie unter der Führung von Ausländern — zu Zeiten möglicher Weise von Engländern.

„Dies ist nur natürlich, denn der Haß zwischen Rußland und Deutschland dient den englischen Interessen. England braucht nicht mit Rußland zu kämpfen, wenn ihm Deutschland die Mühe abnimmt. So versuchte England auch stets während des Krimkrieges den Kriegsschauplatz von der Krim nach der Weichsel zu verlegen. England hat Recht. Wenn ich einen großen und starken dummen Kerl finden könnte, der für mich mit meinem Feinde kämpft, so würde ich ihn absolut nicht daran zu hindern suchen; und wenn ich ein englischer Staatsmann wäre, würde ich es ebenso machen wie sie. Ich wäre ein Esel, wenn ich es nicht thäte.

„Wir sind Gutfreund mit England und würden seine Partei nehmen, aber nicht im Osten, noch in entfernteren Gegenden der Erde. England nahm niemals unsere Partei während des französischen Krieges. Keiner von uns steht zur Verfügung seiner Freunde. Ein großes Volk wie das deutsche kann nur in den Krieg gehen in Vertheidigung der Interessen der deutschen Bevölkerung; und solche giebt es im Osten nicht. Kein deutscher Vater würde seinen Sohn um eine östliche Frage in den Krieg schicken; und es giebt drei Millionen solcher Väter in Deutschland, deren Söhne in den Krieg ziehen müßten. Gegen Frankreich oder Rußland werden sie sie schicken; aber nicht um den Osten oder den Balkan oder die indische Frage. Das ist Oesterreichs, Italiens, Englands Sache, aber nicht unsere. Alles, was wir für England im Falle eines Krieges mit Rußland thun könnten, wäre, Frankreich in Schach zu halten."

Auf die Bemerkung des „Herald"-Correspondenten, daß es in diesem Falle der französischen Regierung schwer fallen würde, Frankreich ruhig zu halten, sagte der Fürst:

„Dann laßt sie nur kommen, wir sind immer bereit, gegen Frankreich zu kämpfen, denn es ist die einzige Großmacht, welche unsere Unabhängigkeit bedroht, und wenn Frankreich wieder gegen Rußland kämpfen würde, so würden wir kein Interesse haben, Frankreich davon abzuhalten. Wären wir mit Rußland verbündet, so würden wir gegen Frankreich sofort kämpfen, wenn zwischen ihm und Rußland Krieg ausbräche. Da wir aber keine Allianz mit Rußland haben, so müssen wir unsere Stellung zu Frankreich allein nach unseren eigenen Interessen beurtheilen.

„Wir könnten keinen Angriff Frankreichs auf Oesterreich dulden. Ein unabhängiges und mächtiges Oesterreich ist eine Nothwendigkeit für Deutschland, und wenn Frankreich oder Rußland es angriffen, so könnten wir nicht gleichgültige Zuschauer bleiben. Aber es besteht keine Gegenseitigkeit in diesem Falle. Oesterreich garantirt uns keineswegs, daß es unser Alliirter sein wird, wenn Frankreich uns angreift, trotzdem sind wir verpflichtet, Oesterreich sowohl im Osten, wie im Westen zu vertheidigen. Oesterreich ist nur verpflichtet, uns im Falle eines Krieges mit Rußland beizustehen, so daß diese Broschüre Eckardt's gerade über den wichtigsten Punkt schweigt. Dieses schweigende Aufgeben des wichtigsten Punktes ist einfach perfide. Die Broschüre soll Deutschland wie einen Fleischerhund gegen Rußland hetzen."

Wir müssen natürlich dahin gestellt sein lassen, bemerken die „Hamb. Nachr.", ob dieser Bericht in allen Punkten genau zutrifft.

* * *

Am 1. Juni verlassen Graf Herbert Bismarck, Graf, Gräfin und Comtesse Hoyos Friedrichsruh und reisen über Berlin nach Wien.

* * *

Der „Tägl. Rundschau“ geht am 3. Juni folgende, dann auch vom Wolff'schen Telegraphenbureau weiter verbreitete Nachricht zu:

„Die seit längerer Zeit ins Werk gesetzten Bemühungen, die persönlichen Beziehungen Bismarck's zum Kaiser angenehmer zu gestalten, scheinen nicht ohne Erfolg bleiben zu sollen. Es verlautet nämlich, daß bei passender Gelegenheit binnen Kurzem der Fürst Veranlassung nehmen werde, den Kaiser persönlich zu begrüßen. Hiernach wird ohne Zweifel die Möglichkeit geboten sein, Seiner Majestät die Ueberzeugung zu verschaffen, daß gewisse in in- und ausländischen Blättern gegen den Kaiser und dessen Regierung erhobene Angriffe zu Unrecht auf Anregung aus Friedrichsruh zurückgeführt werden.“

Auch die „Schles. Ztg.“ spricht gleichzeitig ernstlich von der Möglichkeit, „daß es demnächst zu einer Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck kommen werde“; ja, am 7. Juni meldet sie sogar: „In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß an allerhöchster Stelle die Absicht bestehe, den Fürsten Bismarck zum Präsidenten des Staatsraths zu ernennen.“

Man braucht sich diesen Gerüchten gegenüber nur der Zustimmung der „Hamb. Nachr.“ zu der Aeußerung der „Voss. Ztg.“ zu erinnern, daß von einer „Aussöhnung“ zwischen Kaiser und Kanzler zu reden ganz unangebracht sei (vgl. S. 239), um zu erkennen, daß sie alle jeder thatsächlichen Grundlage entbehren.

* * *

An den soeben mitgetheilten Aeußerungen des Fürsten Bismarck gegen den Correspondenten das „New York Herald“ über die Schrift „Berlin—Wien—Rom“ und ihren Verfasser hat der „Hamb. Corresp.“ einzelne unbedeutende Ausstellungen zu machen. In Folge dessen gehen die „Hamb. Nachr.“ am 4. Juni (M.-A.) noch einmal auf die Angelegenheit ein:

> Die Eckardt'sche Broschüre. Der „Hamb. Corr.“ macht zu Aeußerungen, die dem Fürsten Bismarck über die Schrift „Berlin — Wien — Rom“ und über deren Verfasser, Herrn Generalkonsul Eckardt, zugeschrieben werden, einige „thatsächliche Berichtigungen“. Als ob das, was wir gesagt haben, und was der Berichterstatter des „New-York Herald“ mitteilt, dadurch widerlegt würde, daß Herr Eckardt nicht aus Rußland ausgewiesen, sondern freiwillig ausgewandert ist, und daß er wegen seiner Russenfeindlichkeit nicht aus der Redaktion des „Hamburgischen Correspondenten“, sondern aus seiner Stellung als Hamburgischer Senatssecretair ausscheiden mußte! Unseres Erachtens wird die Wahrscheinlichkeit seiner Russenfeindschaft nur verschärft, wenn der Angestellte der Hamburgischen Regierung durch seine schriftstellerische Thätigkeit die

Aufmerksamkeit des russischen Gesandten in einer Weise auf sich zog, daß er vom Hamburgischen Senate nicht gehalten werden konnte. Daß Herr Eckardt alsdann von dem damaligen Reichskanzler durch Beschäftigung in der ministeriellen Publicistik entschädigt wurde, bevor er nach Lösung auch dieses Verhältnisses zum Consul in Tunis ernannt wurde, hat Alles mit der Tragweite seiner Schrift nichts zu thun. Daß die Tadler unserer Kritik sich an dergleichen Nebensachen halten, die uns der Erwähnung nicht werth schienen, zeigt, daß sie in der Hauptsache unsere Kritik zu bekämpfen nicht in der Lage sind, nämlich im Punkte der Unparteilichkeit der Beurtheilung der Aufgaben der deutschen Politik in Europa und im Punkte des Ignorirens der Thatsachen, daß wir Rußland gegenüber 200 Meilen Grenze haben, und daß keine der beiden Mächte den entferntesten Grund hat, gegen die andere Krieg zu führen. Die Beachtung dieser beiden Thatsachen und die Erwägung des Gewichtes, die sie für die deutschen Interessen haben, vermissen wir in der Eckardt'schen Schrift.

Es giebt ja viele Blätter in der Publicistik, welche daran arbeiten, zwischen Deutschland und Rußland künstlich Haß zu erzeugen und wenn irgend möglich, beide Nationen zum Kriege miteinander zu treiben. Wenn man sich diesen Erscheinungen gegenüber fragt: cui bono? so gelangt man immer zu dem Ergebniß, daß keines der beiden Völker, die sich bekämpfen sollen, von einem solchen Kriege, mag er ausfallen, wie er will, Vortheil haben kann. Aus Haß und Verstimmung allein rücken die Streitkräfte so großer Völker, wie dieser beiden, nicht gegeneinander ins Feld, namentlich nicht, nachdem sie anderthalb Jahrhunderte in Frieden unter dem Wechsel von Verstimmung und Liebe miteinander gelebt haben; und man müßte den Haß künstlich erzeugen und anblasen, um ihn für vorkommende Verwickelung in Bereitschaft zu haben.

Wer hat aber ein Interesse daran, daß Rußland und Deutschland gegeneinander Krieg führen? In erster Linie die Polen, in zweiter Frankreich, um sich den Bundesgenossen gegen Deutschland warm zu halten. Zur Erbitterung haben die baltischen Deutschen und die Juden der russischen Politik gegenüber volles Recht, aber ihre Vergewaltigung ist kein zureichender Grund, um Millionen deutscher Soldaten in den Krieg zu führen. Außerdem hat England ein Interesse, die Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland offen zu halten, weil es nicht mit Sicherheit voraussehen kann, daß seine Interessen mit den russischen in Asien nicht collidiren. Auch die österreichischen Blätter sind nicht frei von dem Wunsche, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mehr und mehr erkalten zu sehen; denn auch Oesterreich kann so wenig wie England voraussehen, wie lange die Balkanfragen in der

jetzigen Lage beharren werden. Wir wundern uns deshalb auch nicht über die Artikel der verschiedenen Blätter.

Wenn aber das officiöse Wiener „Fremdenblatt" einen Aufsatz der „Nowoje Wremja" anscheinend zustimmend reproducirt, worin das St. Petersburger Blatt, anknüpfend an unsere neulichen Ausführungen, sagt, daß Deutschland sich keine vergebliche Mühe geben solle, um Rußlands Freundschaft zu werben, so übersieht das Wiener Blatt, daß die „Nowoje Wremja" sich von unseren Andeutungen über die nicht russischen und antirussischen Einflüsse auf die russische Presse besonders getroffen fühlen mußte. Uns wundert das nicht. Der vom Wiener „Fremdenblatt" citirte Artikel der „Nowoje Wremja" ist das prägnanteste Beispiel fremdländischen Hetzeinflusses, der auf die russische Presse stattfindet. Auch die „Kreuz-Zeitung", die sonst weiteren politischen Blick nach ihrer langjährigen Erfahrung hat, führt in einem Artikel den Hohn, mit dem uns die russische Presse überschütte, als zureichenden Kriegsgrund an. Wir wissen nicht, ob die „Kreuz-Zeitung" darüber genauer unterrichtet ist, in wie weit die betreffenden Ausführungen der russischen Presse polnischer Herkunft sind. Wenn sie aber statt der „russischen" Presse „polnische" setzen wollte, so würde sie sich selbst von der Unzulänglichkeit des Kriegsgrundes überzeugen. Die Ansicht des Berliner Blattes, daß die fortdauernde „Gefahr eines hundertjährigen Kampfes" nicht wesentlich günstiger sei, als der Kampf selbst, können wir nicht theilen; wir glauben, daß die Gefahr nach wie vor durch zweckmäßige Leitung der deutschen Politik abgewandt werden kann, weil eben genügende Kriegsgründe auf beiden Seiten nicht vorliegen, und weil viel diplomatisches Ungeschick dazu gehören würde, um einen großen Krieg wegen künstlicher publicistischer Verstimmung beim Fehlen sonstiger genügender Gründe zum Ausbruch kommen zu lassen.

Bisher haben uns die Kritiken und Ergänzungen, die unsere Aeußerungen über die deutsch-russischen Beziehungen in gleichgültigen und uns selbst bekannten Dingen gefunden haben, keinen Eindruck gemacht, der uns hinderte, unsere Ansicht uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Gefreut aber würden wir uns haben, wenn die Angabe, daß die Eckardt'sche Schrift vor ihrer Publication eine Anerkennung von hoher amtlicher Stelle erfahren haben solle, autoritativ widerlegt worden wäre; es würde dadurch der bedauerlichen Publication wenigstens jeder Anspruch auf officiöse Ermächtigung entzogen worden sein.

* * *

Eine zweite Auslassung über äußere Politik in derselben Nummer der „Hamb. Nachr." betrifft Fürst Bismarck's Beziehungen zu Crispi, Deutschlands Verhältniß zu Italien:

Die „Perseveranza“ behauptet, Crispi habe seiner Zeit in Friedrichsruh beim Fürsten Bismarck ein militairisches Protocoll unterzeichnet, durch welches Italien sich verpflichtete, eine gewisse Anzahl von Armeecorps den Verbündeten zu Hilfe zu senden. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Crispi hat in Friedrichsruh niemals irgendetwas Derartiges unterschrieben. Verhandlungen sind natürlich bei jeder Anwesenheit des italienischen Staatsmannes in Friedrichsruh gepflogen worden, aber ein Abkommen, irgend eine Unterschrift politischer Natur hat niemals stattgefunden, in Bezug auf die italienische Heeresstärke nicht einmal eine mündliche Verabredung oder auch nur Besprechung.

Fürst Bismarck hat schon damals der Ueberzeugung gelebt, daß die gegenseitige Freundschaft und das Zusammenhalten zwischen Deutschland und Italien von der Stärke des italienischen Heeres nicht abhängig sei. Der frühere Reichskanzler hat stets die Ansicht vertreten, daß für den Dreibund Italien mit einer größeren oder geringeren Heeresmacht als der heutigen immer ein Genosse sei, dessen Freundschaft zu pflegen und zu erstreben sei; diese Auffassung ist auch in Friedrichsruh für den Verkehr des Fürsten Bismarck mit Crispi stets maßgebend gewesen. Wie man in dieser Auffassung eine Geringschätzung Italiens suchen kann, ist nicht ersichtlich; im Gegentheil geht daraus das Anerkenntniß hervor, daß Italien, wie immer es seine Armee derzeit ausrüstet, das Gewicht einer europäischen Großmacht hat, deren Freundschaft wünschenswerth ist und gesucht wird. Es wäre umgekehrt eine Mißachtung unseres Verbündeten und des Gewichts des italienischen Nationalstaates, wenn man eine Heeresziffer fingiren wollte, von deren Erreichen oder Nichterreichen das Maaß des Gewichts abzuhängen hätte, das auf die Freundschaft dieser Macht zu legen sei.

* * *

Den Beziehungen zu Frankreich gilt an derselben Stelle ein drittes Entrefilet. Es bezieht sich auf die Festlichkeiten der französischen Studenten in Nancy, die dort vom 5.—8. Juni abgehalten werden sollen. Alle europäischen Universitäten sind dazu eingeladen, nur die deutschen nicht. Die französischen Studenten wollen zeigen, wie lebhaft bei ihnen das Universitätsgefühl ist; sie veranstalten das Fest, „um für diese elsaß-lothringische Universität zu reden, welche wir groß und stark machen wollen gegenüber der deutschen Universität in Straßburg“.

Ueber den ausgesprochen deutschfeindlichen Charakter dieses Festes regt sich ein großer Theil der deutschen Presse auf. Da ermahnen die „Hamb. Nachr.“, denen man doch wirklich keine Schwäche gegen Frankreich zum Vorwurf machen kann, zur Besonnenheit und schreiben:

Wir haben unser Bedauern darüber auszusprechen, daß ein Theil der deutschen Presse in Bezug auf die Festlichkeiten in Nancy so wenig kaltes Blut und so wenig Ruhe bis zur Würdelosigkeit gezeigt hat. Dieselben Leute, welche die Paßmaßregeln tadelten, die den französischen Hetzereien in Elsaß einigermaßen das Geschäft erschwerten, geben sich den Anschein, als ob die Turner- und Studenten-Kundgebungen in der ausschließlich französischen Stadt Nancy für Deutschland etwas Bedrohliches oder auch nur Herausforderndes haben könnten! Wir thun diesseits der deutschen Grenze, was wir wollen; aber wir müssen den Franzosen jenseits ihrer Grenze auch mehr freie Bewegung gestatten, als viele deutsche Zeitungen ihnen zu gewähren sich geneigt zeigen. Wir schreiben es wesentlich dem Mangel an politischem Stoffe zu, der die beginnende Sommerzeit charakterisirt, wenn über solche Vorkommnisse so viel Aufhebens gemacht wird; aber Diejenigen, die ruhige Beziehungen zwischen beiden Ländern sich einleben lassen wollen und die dieselben durch die deutsche Paßeinrichtung gestört fanden, sollten doch erwägen, daß der Zeitungslärm, der in deutschen Blättern über die in Nancy beabsichtigten Festlichkeiten gemacht worden ist, schädlich wirken muß. Auch bei ruhigen Franzosen wird durch eine so scharfe und mißtrauische Beobachtung der Vorgänge innerhalb der französischen Grenzen der Eindruck hervorgerufen, als ob wir ununterbrochen nur darauf aus wären, Vorwände zur Verstimmung zu suchen. Wir würden es der Würde des deutschen Volkes entsprechend gehalten haben, wenn unsere Blätter über das Fest in Nancy ebenso wie über die Frage des russischen Gegenbesuches niemals ein Wort verloren hätten.

* * *

Wenige Tage nach dem Tode des Oberbürgermeisters von Forckenbeck (26. Mai) hatte die „Weser-Ztg." in einigen Erinnerungen die Beziehungen zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Verstorbenen geschildert. Dazu bemerken die „Hamb. Nachr." am 4. Juni (M.-A.):

Anläßlich des Todes des Herrn von Forckenbeck ist dessen Verhältniß zum Fürsten Bismarck in der Presse vielfach zum Gegenstand unzutreffender Darstellungen gemacht worden. So schreibt z. B. die „Weser-Ztg.":

„Mit Bismarck persönlich stand Forckenbeck nicht zum Besten. Er hatte einst, als der Kanzler im Parlament mit heftigen Invectiven gegen eine Partei vorging, leise an die Glocke gerührt, um ihn zur Mäßigung zu mahnen. Bismarck wandte sich heftig um und erklärte, daß er nicht unter der Disciplin des Präsidenten stehe, sondern kraft eigenen Rechtes spreche.

„Um so mehr hielt der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Forckenbeck. Bismarck machte später eine halb ausgesprochene Andeutung, daß er die

Lasten seines Amtes nur weiter getragen habe, um zu verhindern, daß sein Rücktritt Forckenbeck zu Gute komme. Vollends loderte Bismarck's Zorn in Flammen auf, als Forckenbeck im Mai 1879 den Versuch machte, durch Einberufung eines ‚deutschen Städtetages‘ das gesammte Bürgerthum gegen die Zölle auf Lebensmittel zu organisiren. Der Versuch scheiterte bekanntlich.

„Als ein Jahr später Bismarck auch das Steuer seiner Kirchenpolitik umgelenkt hatte, wie das der Zollpolitik, und die nationalliberale Partei dabei eine zweideutige Stellung einnahm, schied Forckenbeck mit Stauffenberg, Bamberger, Rickert, Lasker, Braun und einigen zwanzig Abgeordneten aus der nationalliberalen Partei aus, um die liberale Vereinigung, die sogenannte secessionistische Partei zu gründen. Im Frühling 1884 betheiligte er sich an der Verschmelzung der Secessionisten und Fortschrittler zur deutsch-freisinnigen Partei.“

Soviel Sätze, soviel Unrichtigkeiten. Herr von Forckenbeck hat niemals die Glocke gerührt, um den Fürsten Bismarck zur Mäßigung zu mahnen, sondern um seine lärmenden Gegner zur Ruhe zu bringen; Herr von Forckenbeck hat stets gewartet, bis Fürst Bismarck seine Rede beendet hatte, und dann seiner Meinung Ausdruck gegeben. Meinungsverschiedenheiten zwischen Forckenbeck und dem früheren Reichskanzler können möglicherweise in der Frage der präsidialen Disciplin über die Mitglieder des Bundesrathes, wenn sie im Reichstage sprachen, stattgefunden haben; wir glauben aber kaum, daß jemals ein Mitglied des Bundesrathes vom Präsidenten des Reichstages disciplinarisch unterbrochen oder rectificirt worden ist. Wir erinnern uns nur einer Sitzung, in welcher der vormalige Reichskanzler, zu Herrn Forckenbeck gewandt, den Ausdruck gebrauchte: „Sie sind Präsident des Reichstages, ich des Bundesrathes!“ In dieser lakonischen Andeutung mag der Anspruch des Reichskanzlers gelegen haben, daß disciplinarische Aeußerungen über die Reden der Mitglieder des Bundesrathes, wenn überhaupt Jemandem im Saale, nur dem Präsidenten des Bundesrathes zustehen könnten.

Im Uebrigen glauben wir, daß die Beziehungen zwischen den beiden Herren in gegenseitiger Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der Jeder seine Ueberzeugung im Streite vertrat, niemals unfreundliche gewesen sind. Daß Herr von Forckenbeck als Politiker vermöge der Lebhaftigkeit seiner Ueberzeugungen mitunter die Ruhe verlor, zeigte seine Rede im Zoologischen Garten und sein Gedanke, Deputationen aller Städte nach Berlin zu berufen nach Analogie der Conföderirten in der ersten französischen Revolution. Wir glauben, daß die Einsicht, hiermit zu weit gegangen zu sein, auf Herrn von Forckenbeck's weitere Entschließungen und auf sein Verhalten nicht unwesentlich zurückgewirkt hat.

Was die „Weser-Zeitung" in Bezug auf den damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm andeutet, ist pure Erfindung. Herr von Forckenbeck hatte gute Beziehungen zum Kronprinzen, aber Nachfolger des Fürsten Bismarck würde er unter der späteren Regierung Kaiser Friedrich's nicht geworden sein. Von einer Rivalität zwischen Forckenbeck und dem Fürsten Bismarck ist niemals die Rede gewesen. Schon mehrere Jahre vor dem Hintritt Kaiser Wilhelm's I. hat der damalige Kronprinz über seinen Entschluß, den Fürsten Bismarck als Reichskanzler beizubehalten, weder diesen selbst noch sonst Eingeweihte im Zweifel gelassen. Nicht minder unzutreffend ist das, was die „Wes.-Ztg." über den ursächlichen Zusammenhang der Einstellung des Culturkampfes mit der Secession behauptet. Die Secession ist nicht durch die kirchenpolitische Wendung veranlaßt worden, sondern umgekehrt diese durch jene, die Secession war eine zwingende Ursache, weshalb die Kirchenpolitik der Regierung aufgegeben werden mußte, da die Hauptvertreter des Culturkampfes in das fortschrittliche Lager und damit in die Bundesgenossenschaft des Centrums übergingen.

* * *

Mit noch einem anderen kurz zuvor verstorbenen Parlamentarier, dem früheren Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Kleist-Retzow (gest. 20. Mai), beschäftigt sich dieselbe Nummer der „Hamb. Nachr.":

In einem Artikel der ultramontanen „Köln. Volks-Ztg." über Herrn von Kleist-Retzow lesen wir:

„Die spätere parlamentarische Wirksamkeit des Herrn von Kleist-Retzow hatte jedoch für die Katholiken viel Versöhnendes, so daß sie heute wohl ohne Groll an jene ungesetzliche, ungerechte und rücksichtslose Behandlung zurückdenken können. Namentlich der tiefe religiöse Sinn des alten Herrn mußte ihnen sympathisch sein. Wäre Herr von Kleist-Retzow als Katholik geboren gewesen, so wäre er zweifellos ein Führer des Centrums geworden. Auch so hätte er mit seiner religiösen Anschauung, die bei aller Stärke der Empfindung doch nicht durch Unduldsamkeit oder Fanatismus verletzte, ganz gut ins Centrum gepaßt, gerade so wie sein Freund und Lehrer, der alte Herr von Gerlach. In dem Kampfe für den christlichen Sonntag hat das Centrum keinen entschiedeneren Verbündeten gehabt wie Herrn von Kleist. Kam die Sonntagsruhe in Frage, so gerieth die kleine, zierliche Gestalt in lebhafte Bewegung. Die Augen funkelten, und die Arme suchten auf alle Weise den rasch und feurig hervorsprudelnden Worten Nachdruck zu verleihen. Eines Tages handelte es sich im Reichstage um die Sonntagsruhe in den Papierfabriken. Dabei wurde erwähnt, daß auch in den Papierfabriken von Friedrichsruh Sonntags gearbeitet werde. Sofort meldete sich Herr von Kleist-

Retzow zum Wort zu einer Rede in sehr ärgerlichem Tone, in der er erklärte, er halte es für ganz unmöglich, daß in den Friedrichsruher Fabriken Sonntags gearbeitet werde; wenn aber ja, so werde es doch nur eines Wortes bei dem Besitzer derselben bedürfen, der von diesem Unfuge zweifellos gar keine Kenntniß habe, um demselben ein Ende zu machen. Er forderte dann den anwesenden Herrn von Boetticher in der nachdrücklichsten Weise auf, seinem Vorgesetzten und Collegen über diese Verhandlung sofort Vortrag zu halten, damit in den Papierfabriken desselben der christliche Sonntag nicht länger verletzt werde. Herr von Boetticher machte dazu ein sehr verblüfftes, süßsaures Gesicht und erweckte den Eindruck, daß es ihm im höchsten Maaße unbequem sei, mit dem Fürsten Bismarck über die Sache zu sprechen."

Diese Mittheilung kann unmöglich authentisch sein. In Friedrichsruh und Umgegend existirt keine einzige Papierfabrik, und wenn eine Verwechselung mit Varzin obwalten sollte, so liegt schon in dieser Vertauschung der Beweis für die mangelnde Correctheit der ganzen Darstellung. Die Papierfabriken in Varzin gehören nicht dem Fürsten Bismarck, sondern einer Actien-Gesellschaft, an welcher der Fürst nicht betheiligt ist, sondern die von ihm nur Wasserkräfte und Wasserbauten gepachtet hat. Wir glauben also kaum, daß Herr von Boetticher zu diesen Debatten ein anderes Gesicht gemacht haben kann, als sein gewöhnliches.

Daß die „Kölnische Volkszeitung" an der parlamentarischen Thätigkeit des Herrn von Kleist-Retzow mehr Freude hatte als an seiner oberpräsidialen, ist uns nicht neu gewesen. Es bestand zwischen beiden Bestrebungen eben der Unterschied der bewußt reichsfeindlichen und unbewußt reichsschädlichen.

* * *

Ueber die Reisepläne des Fürsten Bismarck erfahren wir an derselben Stelle:

Fürst Bismarck wird sich dem Vernehmen nach am 17. oder 18. d. M. von Friedrichsruh — möglicherweise über Schönhausen — nach Dresden begeben, dort übernachten und am 19. nach Wien weiterreisen, wo die Ankunft spät Abends erfolgen würde. Nach seiner Theilnahme an der Hochzeit des Grafen Herbert, die nach neueren Dispositionen nicht in Fiume, sondern in Wien am 21. Juni stattfindet, dürfte sich der Fürst nach Kissingen begeben.

* * *

Nach einem Berichte der „Weser-Ztg." hat sich Fürst Bismarck über die gesetzliche Sonntagsruhe gegen einen Fabrikanten, der die industriellen Anlagen im Sachsenwalde besichtigte, folgendermaßen geäußert:

Dieses Gesetz will mir garnicht behagen, denn ich komme dabei mit meinem Gewissen in Conflict. Ich führe nur einen Fall an. Ich reite an einem Sonntag Morgen durch die Felder und freue mich über den Stand der Saaten. Da erblicke ich nun in der Ferne einen fleißigen Arbeiter, der sein kleines Stück Land zum Nutzen seiner Familie bestellt, Das Gesetz schreibt vor: die Arbeit am Sonntag ist gesetzlich verboten. und als Gutsherr bin ich von Rechts wegen verpflichtet, den Mann zur Anzeige zu bringen oder ihm die Arbeit zu verbieten.

Die Folgen kann man sich ja allein denken: der Mann kehrt ärgerlich heim, die Frau will es ihm kaum glauben, daß er nicht das Recht hat, auf seinem gepachteten Stück Land, wie es doch seit alten Zeiten Sitte gewesen, zu arbeiten. Der Mißmuth steigt in dem Manne auf, und er begiebt sich in den Krug. Der Sonntag ist den Leuten durch das rigorose Gesetz verdorben. Ob das nun die richtige Heiligung des Sonntags ist, muß doch sehr bezweifelt werden.

Wenn ich als Gutsherr mir die Sache richtig überlege, so werde ich bei meinem Ritt durch die Felder, wenn ich einen Sonntagsarbeiter sehe — eben ihn nicht sehen, sondern ich wende mein Pferd und eile von dannen, um den arbeitsamen, fleißigen Tagelöhner nicht in Ungelegenheit zu bringen; denn es würde noch weit schlimmer sein, wenn ich den Mann in Conflict mit sich selbst brächte, und ich würde vielleicht zur Zerstörung seines bisher ungetrübten Familienglücks beigetragen haben, wenn ich ihm die Sonntagsarbeit auf dem eigenen Stückchen Land, das ihm die Nahrungsmittel für das Jahr liefern soll, verbiete.

Sind das auch nicht des Fürsten eigne Worte, so entspricht doch der Inhalt völlig seinen Anschauungen über die gesetzliche Sonntagsruhe — deshalb haben wir den Bericht der „Weser-Ztg." hier aufgenommen.

* * *

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" bezeichnet die Gerüchte von sogenannten Aussöhnungsbestrebungen als „müßige Vermuthungen" mit den Verhältnissen „Unvertrauter" und bemerkt am 7. Juni darüber des Weiteren:

Den Plänen, welche auf dieser Seite gefördert werden sollen, muß im Dienste der geschichtlichen Wahrheit mit aller Entschiedenheit entgegengearbeitet werden. Diese Pläne gehen nämlich dahin, einmal die Vorgänge, welche sich seit Februar 1890 abgespielt haben, stillschweigend so erscheinen zu lassen und vorauszusetzen, als ob Fürst Bismarck jetzt oder zu irgend einer Zeit wünschen könnte, sie in Vergessenheit gebracht zu sehen — und sodann bezwecken sie, die Thatsache, daß die Entlassung Bismarck's für Deutschland und Preußen und selbst für den Weltfrieden sich als ein Unglück herausgestellt hat, als eine unabänderliche hinzustellen, und zwar darum als eine unabänderliche, weil Fürst Bismarck in seinem Trotz oder seiner Verbitterung sich weigere,

den ersten Schritt zu thun, den der Souverain, um seine Majestät zu wahren, verlangen müsse, bevor eine Wiederannäherung zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck denkbar wäre. So soll Fürst Bismarck sowohl für die Vergangenheit als für die Zukunft ins Unrecht gesetzt werden.

Die Wahrheit liegt aber umgekehrt. Der Kaiser will unter gar keinen Umständen vom Fürsten Bismarck Rath noch Freundschaft haben; er hat so wenig persönliche Sehnsucht, sich auf einen „Commentfuß“ mit dem Fürsten Bismarck zu stellen, als Letzterer Neigung verspürt, sich zu der Unwahrhaftigkeit herzugeben, durch Errichtung eines solchen Verhältnisses die Art und Weise in Vergessenheit gerathen zu lassen, wie er aus seinen Aemtern weggejagt worden ist.

Ein Bedürfniß, die Art und Weise, wie die Person des Fürsten Bismarck im Frühjahr 1890 gekränkt worden ist, in Vergessenheit zu bringen, mag anderswo bestehen: beim Fürsten Bismarck besteht es nicht; und alle Versuche, den Schein hervorzurufen, als ob es bei ihm bestände, werden von seiner Seite die entschiedenste Abweisung zu gewärtigen haben.

Ob Fürst Bismarck dem Befehl des Kaisers, das Reichskanzleramt wieder zu übernehmen folgen würde, wissen wir nicht; das aber wissen wir, daß Fürst Bismarck niemals etwas thun wird, was ihn in den Schein brächte, als habe er sich in seinem Verhalten seit dem Tode Wilhelm's I. bis zu dieser Stunde, insbesondre dem Kaiser Wilhelm II. gegenüber, irgend etwas vorzuwerfen.

Ohne Rücksicht auf die zeitliche Folge fügen wir hier gleich noch einige Preßäußerungen über dieselbe Frage an. Unter der Ueberschrift „Die Aussöhnung des Kaisers mit Bismarck“ sagt der „Hamb. Corresp.“ am 8. Juni: Es unterliege keinem Zweifel, daß in weiten Kreisen der lebhafte Wunsch nach Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Beiden herrsche. Freilich sei der Gedanke gänzlich ausgeschlossen, als handle es sich darum, dem Fürsten wieder den Weg in die Stellung eines Reichskanzlers zu ebnen. Das etwa Geplante könne nur auf der Grundlage dauernden Ruhestandes des Fürsten sich bewegen. Die Gründe für die Wiederannäherung knüpften an die Interessen des Vaterlandes an. Die Aussöhnung würde dem Kaiser zahlreiche Herzen gewinnen und eine nicht zu unterschätzende Quelle der Unzufriedenheit beseitigen. Das gelte namentlich von der Bevölkerung Süddeutschlands. Auch liege „das Bedauern nahe, daß die Erfahrung und Weisheit des großen Staatsmannes namentlich in Sachen der auswärtigen Politik für das Vaterland nicht anders nutzbar gemacht werden kann, als auf dem Wege fragwürdiger Preßleistungen“. Den jetzt vergrabenen Schatz von Staatsweisheit zu Nutz und Frommen des Vaterlandes wieder ans Tageslicht zu heben, liege augenscheinlich im öffentlichen Interesse.

Dazu äußert schon zwei Tage später, am 11. Juni, wieder die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung":

Der Gedankengang entspricht zweifellos dem Empfinden weitester Kreise unseres Volkes wie des ganzen friedlichen Theils des Erdballs. Wir glauben aber nicht, daß die Vertrauensleute der jetzigen Regierung dem Kaiser einen Dienst erweisen, wenn sie fort und fort betonen, eine Aussöhnung liege nicht minder im kaiserlichen Interesse und in dem der Nation. Man wird, wenn trotz dieser im Volke verbreiteten Erkenntniß die Kluft unüberbrückt bleibt, naturgemäß die Frage aufwerfen, wo denn die Schuld gelegen habe, daß diese Kluft gerissen wurde und unausgefüllt geblieben ist. Es fehlt die Voraussetzung einer Versöhnung, die etwas anderes als eine der Nation vorgespielte inhaltlose Komödie wäre, ganz und gar; denn es fehlt an den in Betracht kommenden Stellen die Neigung, den Rath des Fürsten Bismarck in ernsthafter Absicht in Anspruch zu nehmen.

Am 12. Juni bestreitet die „Westd. Allg. Ztg.", daß Fürst Bismarck das Bedürfniß nach einer persönlichen Versöhnung mit dem Kaiser fühle, und daß er noch vor seiner Reise nach Wien — wie manche Zeitungen melden — diesen befriedigenden Abschluß über Vorgänge der letzten Jahre zu geben hoffe. „Die Form schon, in der diese Meldung auftritt, erweist sich als eine freche und empörende Verdächtigung des Fürsten Bismarck, der keinem Menschen eine Aufklärung schuldig ist, noch eine solche zu geben das mindeste Bedürfniß hat."

Die ultramontane „Köln. Volkszeitung" berichtet am 14. Juni:

„Die Aussöhnung des Fürsten Bismarck mit dem Kaiser oder, besser gesagt, die Wiederaufnahme des Fürsten in Gnaden durch den Kaiser erscheint heute trotz allem und allem nicht mehr als ausgeschlossen." Das soll so gekommen sein: als der Kaiser am 24. und 25. April bei Herrn von Stumm in Neunkirchen gewesen wäre, wäre es diesem gelungen, eine Umstimmung herbeizuführen durch den Hinweis darauf, daß bei dem großen Ansehen des Fürsten bei den Großindustriellen eine Verständigung gerade in deren Kreisen einen besonders günstigen Eindruck machen würde (!).

Die „Kreuz-Ztg." hält es gegenüber der „Westd. Allg. Ztg." für ausgeschlossen, daß die Versöhnung mit einem Canossa für den Kaiser erkauft werde. Sie hätte zwar, sagt die „Kreuz-Ztg.", an der innern und äußern Politik der dermaligen Leitung viel auszusetzen, meine aber, solange der Kaiser den Männern an der Spitze sein Vertrauen schenke, sollten sie allein verantwortlich handeln und rathen.

„Eine Combination Wilhelmsstraße plus Friedrichsruh erscheint uns als logischer Nonsens. Eine Hauptschwierigkeit der innern Lage liegt darin, daß die wirklich oder vermeintlich auf den Fürsten Bismarck zurückgehende Kritik der äußern und innern Politik unserer Regierung in den Augen eines großen

Theiles des deutschen Volkes gleichbedeutend ist mit einer Verurtheilung dieser Politik. Auch nach außen hin wirkt diese Kritik in ähnlicher Weise, und das Resultat bedeutet hier wie dort eine Schwächung unsrer Gesammtstellung."

(Es hätte richtiger gesagt werden müssen, daß diese „Schwächung unsrer Gesammtstellung" nicht durch die Kritik, sondern durch die kritisirte äußere und innere Politik herbeigeführt wird. D. Verf.)

Die officiöse „Düsseldorfer Zeitung" schreibt am 16. Juni:

„Es versteht sich von selbst, daß die ungebührlichen Versuche, eine Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten plausibel zu machen, auch zur Kenntniß des Kaisers gekommen sind. Man hält in Berlin nach wie vor eine Aussöhnung auf der von übereifrigen Anhängern des Fürsten angedeuteten Grundlage für absolut ausgeschlossen, obgleich nicht nur am Hofe, sondern auch in den Regierungskreisen eine mächtige Partei zu Gunsten eines Ausgleichs unter der Hand thätig ist."

An demselben Tage führt die „Westd. Allg. Ztg." noch aus:

„Die Leute, die den Schein hervorrufen wollen, als habe Fürst Bismarck dem Kaiser etwas abzubitten, kennen entweder die Vorgänge des Frühjahrs 1890 nicht, oder sie verkehren sie, um jede Möglichkeit einer ‚Aussöhnung' — wie der Ausdruck aufgebracht wurde — zwischen dem Kaiser und seinem verdientesten Unterthan zu vereiteln. Um das Opfer, den Anschein auf sich zu laden, als habe er commissione oder omissione wider den Kaiser sich vergangen, würde Fürst Bismarck selbst das Reichskanzleramt nicht wieder übernehmen, so sehr er vielleicht überzeugt ist, daß dessen Führung unter seinem Nachfolger keine für das Deutsche Reich in jeder Beziehung ersprießliche gewesen ist. Noch weniger aber würde er um diesen Preis eine äußerliche Beziehung wieder aufnehmen wollen, die für die Politik des Reichs einen Nutzen garnicht verspräche und auf einen solchen auch nicht berechnet wäre.

„Die Leute, die Schuld haben, daß der Kaiser dem Fürsten Bismarck 1890 den Abschied gab, mögen vielleicht das Gewissensbedürfniß haben, eine ‚Aussöhnung' zwischen den beiden geschichtlichen Personen herbeigeführt zu sehen, weil sie ahnen, daß die Zeit kommen wird, wo die volle Klarheit über diese Vorgänge der Geschichte überliefert werden wird. Fürst Bismarck hat nirgends etwas abzubitten; die Leute aber, die wegen ihrer Ohrenbläsereien, die zum Sturz des Fürsten Bismarck führten, vor dem Kaiser und vor der Nation unendlich viel abzubitten haben, werden ihrer zutreffenden Schilderung in der Geschichte nicht entgehen — dafür ist gesorgt."

* * *

Ueber den Empfang des Kriegervereins aus Osten an der Oste am 4. Juni berichteten die „Hamb. Nachr." am 9. Juni (A.-A.) u. A. Folgendes:

Nachdem Fürst Bismarck im Jahre 1891 die Ehrenmitgliedschaft des

Kriegervereins Osten angenommen und sich zum Empfange einer Abordnung des Vereins bereit erklärt hatte (vgl. Band II, S. 323), begab sich am Pfingstsonntage eine Deputation von zwölf Mitgliedern nach Friedrichsruh, um dem Fürsten das Diplom zu überreichen. Unter der Führung des Lieutenants der Reserve 3. Garde-Regiments zu Fuß Dr. Diederich Hahn betrat die Deputation um 12 Uhr das Schloß und wurde zunächst von Dr. Chrysander empfangen. Bald erschien der Fürst in Begleitung seiner Söhne, der Grafen Herbert und Wilhelm, und begrüßte die Deputation mit einem kräftigen „Guten Morgen, meine Herren!", das militairisch mit „Guten Morgen, Durchlaucht!" erwidert wurde. Der Vorsitzende des Kriegervereins, Herr Pellens, überreichte das Diplom mit einer Ansprache.

Der Fürst erwiderte ungefähr Folgendes:

„Für Ihre guten Wünsche und die kameradschaftliche Begrüßung danke ich Ihnen herzlich. Wenn Sie erwähnten, daß von Bestand sein werde, was in schweren Kämpfen unter dem alten Kaiser errungen ist, so möchte ich hervorheben, daß dieses in erster Linie von Gesinnung und Verhalten des Standes abhängt, den Sie hier vertreten. Wenn der gesammte Kriegerstand treu zu Kaiser und Reich steht, wer will uns dann etwas anhaben? In Rücksicht hierauf freue ich mich aller Bestrebungen, die den Zweck haben, die Einigkeit der wehrfähigen Mannschaft zu pflegen. Auf dieser Einigkeit beruht die Erhaltung der Ordnung und der Gesetze, die Unabhängigkeit und Macht unseres ganzen Volkes.

„Der Kriegerstand ist bei allen Völkern jeder Zeit der bevorzugteste gewesen — mit Recht! und ich freue mich über jeden Verein, der aus ihm hervorgegangen ist und einen Beitrag bildet zum Zusammenhalten des Ganzen. Wenn alle Kriegervereine im Reiche von demselben Geiste erfüllt sind und von derselben Entschlossenheit, das Erkämpfte zu behüten, so ist die Einheit da und gesichert. Mehrheit der Kopfzahl auf der anderen Seite ist ohne Bedeutung; sie hat keine Macht in den Händen. Ohne den Wehrstand ist der Nährstand seines Erwerbes nicht sicher, und des Lehrstandes Thätigkeit steht in der Luft. Ihr Erscheinen und Ihre Worte sind mir eine erfreuliche Bestätigung, daß meine Ueberzeugung von Ihnen getheilt wird."

Darauf besichtigte Fürst Bismarck das Diplom und freute sich ganz besonders über die von Dr. Diederich Hahn verfaßten, dem Diplom angefügten plattdeutschen Widmungsverse:

Wat noch nümmens harr rutstudeert,
Hett uns uns' ol' Kanzler lehrt —
All uns Dütschen in de Welt:

Unse Sak' is god bestellt,
Denn wi brukt vör gor keen een,
As uns Herrgott, bang to ween!
Fürst von Bismarck hett dat seggt!
Und he harr noch jümmer Recht!

Nachdem der Fürst sich mit jedem einzelnen Kameraden leutselig unterhalten hatte, wurde die Deputation der Fürstin Bismarck, der Gräfin Rantzau, der Gräfin Wilhelm Bismarck und den Grafen Herbert und Wilhelm vorgestellt und mit einer Einladung zum Frühstück beehrt. Während der Frühstückstafel richtete Dr. Hahn eine kurze Ansprache an den Fürsten, die in ein Hoch auf ihn ausklang.

Unmittelbar nach dem Hoch nahm der Fürst das Glas und antwortete ungefähr Folgendes:

„Herzlichen Dank für Ihre warmen Worte und die erfreulichen Mittheilungen aus meinem Wahlkreise! (Dr. Hahn hatte die treue Gesinnung der dortigen Bevölkerung gerühmt. D. Verf.) Ich habe mich vor meinen Wählern zu entschuldigen, daß ich das Mandat bisher nicht erfüllte. Aber, was nicht ist, kann noch werden. Das Mandat währt noch drei Jahre, und wenn ich im Verlauf des letzten die Möglichkeit nicht gefunden habe, auf einem für mich annehmbaren Boden im Parlamente mitzuarbeiten, so sind diese Behinderungen im nächsten vielleicht nicht mehr vorhanden. Sie als Militairs werden es mir nachfühlen, wenn es mir schwer wird, an demselben Orte, wo ich vierzig Jahre hindurch die Politik der Regierung vertreten habe, sie jetzt zu bekämpfen — da, wo ich Bundesgenosse war, jetzt als Gegner aufzutreten. Von der Entwicklung der Dinge wird auch mein Verhalten abhängen. Ich wünsche lebhaft, daß sich mir eine mit unseren soldatischen Empfindungen vereinbare Möglichkeit bietet, die Pflichten gegenüber meinem Wahlkreise zu erfüllen.

Bringen Sie, bitte, meinen Wählern meine herzlichen Grüße und trinken Sie mit mir auf ihr aller Wohl!"

* * *

Die „Hamb. Nachr." haben Anlaß, am 12. Juni (M.-A.) von Neuem das Verhältniß zwischen Deutschland und der russischen Presse zu erörtern. Sie führen Folgendes aus:

Deutschland und die russische Presse. Die „Kreuz-Ztg." beschäftigt sich in einem übrigens auffallend maßvoll gehaltenen Artikel mit unseren neulichen Betrachtungen über den Einfluß, den polnische Federn auf die russische Presse in deutschfeindlichem Sinne ausüben. Das Berliner Blatt behauptet, daß dies nicht in dem Maaße der Fall

sei, wie wir angegeben hätten: „So viel steht jedenfalls fest" — fährt die „Kreuz-Ztg." fort — „daß, wenn es in St. Petersburg polnische Kriegshetzer giebt, es dort auch an polnischen Friedensfreunden, d. h. an solchen Vertretern der Presse nicht fehlt, welche die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Westen wünschen und nach Kräften pflegen. Wir denken hier vor Allem an den ‚Europäischen Boten', der keine Gelegenheit vorübergehen läßt, ohne zu Frieden und Eintracht mit Deutschland zu rathen."

Gerade die Citation dieses einzigen wenigstens nicht deutsch-feindlichen russischen Blattes bestätigt unsere Auffassung, und wir können kaum annehmen, daß die „Kreuz-Ztg." glaubwürdige Nachrichten darüber besitzt, daß der „Europäische Bote" ebenfalls polnischen Einflüssen unterliegt. Wir halten denselben für eins der wenigen rein russischen und unabhängig redigirten Blätter, wir schreiben die objective Haltung dieser Zeitung gerade dem Umstande zu, daß sie sich von polnischen und anderen fremdländischen Einflüssen frei erhalten hat. Grade dieses Blatt dient uns zum Beweis, daß die nur russische und nur russischen Einflüssen unterliegende Presse in ihren russischen Interessen keinen Anlaß sieht, gegen Deutschland zu hetzen. Wir wünschen nur, daß dieses versöhnliche und ehrliche russische Blatt mehr Leser und weitere Verbreitung in Rußland hätte, als unseres Wissens der Fall ist. Es hat dies vielleicht darin seinen Grund, daß der „Europäische Bote" seiner Stellung nach den Lesern weniger piquante und aufregende Artikel zu liefern vermag, als die Hetzblätter, welche in russischer Sprache erscheinen und die mehr Einflüssen derjenigen Elemente unterworfen sind, in deren Interesse es liegt, Verstimmung zwischen Rußland und Deutschland zu schaffen, zu erhalten und zu fördern, weil sie in einem deutsch-russischen Kriege das Mittel sehen, ihren nichtrussischen Zielen näher zu kommen.

Von den Balten glauben wir nicht, daß sie diesen Zweck mit Bewußtsein anstreben, weil auch wir mit der „Kreuz-Ztg." sie für ehrliche Leute und treue Unterthanen ihres Kaisers halten. Aber daß die berechtigte Erbitterung, in welche die Balten durch ihre üble Behandlung versetzt worden sind, auf die Färbung der russischen Presse gegen Deutschland mit einwirkt, das wollen wir nach dem Beweis e contrario annehmen; denn man behauptet, daß die Färbung der russischen Presse Deutschland gegenüber eine andere sein würde, wenn die Träger der deutschen Bildung in jenen fernen Landen sich durchweg in derselben zufriedenen Stimmung und in der einflußreichen Stellung befänden, wie es etwa vor einem Menschenalter der Fall war. Wir haben in unserem neulichen Artikel die baltischen Deutschen keineswegs in gleicher Linie mit den Polen genannt, sondern nur zur Vervollständigung des Bildes

neben den französischen, englischen und österreichischen Stimmungen und und Bedürfnissen bezüglich der gegenseitigen Beziehungen von Deutschland und Rußland. Den deutschen Balten werden freundliche Beziehungen an unserer östlichen Grenze gewiß lieb sein, aber wenn sie ihrer gerechten Verstimmung in der deutschen Presse Ausdruck geben, so werden die Antworten, die diese Kundgebungen in der russischen Presse finden, immer im Sinne der Verstimmung zwischen den beiden großen Nachbarvölkern wirksam sein.

Die „Kreuz-Ztg." wird uns zugeben müssen, daß der baltische Streit mit zu den Elementen gehört, durch welche die aus der europäischen Politik nicht motivirbare feindliche Haltung der russischen Presse gegen Deutschland verschärft wird. Unser Zweck ist, zum Ausdruck zu bringen, daß in der europäischen Politik und in den russischen Interessen an derselben das Hauptmotiv für die feindliche Haltung der russischen Presse gegen Deutschland nicht liegt, sondern daß dieselbe durch künstliche Zuthaten und, abgesehen von der baltischen Frage, durch bewußte Mache und Hetzerei von nicht-russischer Seite beeinflußt wird. Die Haltung des „Europäischen Boten", der fremden Einflüssen unzugänglich ist, befestigt uns nur in dieser Ueberzeugung und kann von der „Kreuz-Zeitung" zur Widerlegung derselben nicht verwerthet werden.

* * *

An gleicher Stelle findet sich auch wieder eine Notiz über die Schrift „Berlin — Wien — Rom":

Wir haben neulich geäußert, daß wir uns gefreut haben würden, wenn die Angabe, die Eckardt'sche Schrift „Berlin — Wien — Rom" solle vor ihrer Publication eine Anerkennung von hoher amtlicher Stelle erfahren haben, autoritativ widerlegt worden wäre; es würde dadurch der bedauerlichen Publication wenigstens jeder Anspruch auf officiöse Ermächtigung entzogen worden sein.

Dazu bemerkt die „Nat.-Ztg.": „Eine solche Erklärung ist allerdings nicht erfolgt; wir wissen aber zufällig genau, daß noch unmittelbar vor der Ausgabe der Schrift im hiesigen Auswärtigen Amte nichts von derselben und ihrem bevorstehenden Erscheinen bekannt war."

Wir glauben überhaupt nicht, daß im Auswärtigen Amte Alles bekannt ist, was in unserer auswärtigen Politik geschieht. Wir haben auch nicht behauptet, daß das Auswärtige Amt die Schrift gekannt habe; wir haben nur die Frage zu erörtern versucht, ob die Eckardt'sche Schrift in irgend einem Stadium vor oder nach ihrer Drucklegung eine Anerkennung von hoher amtlicher Stelle erfahren haben solle. Das Auswärtige Amt haben wir als diese hohe amtliche Stelle nicht bezeichnet.

Außerdem wird aber das Auswärtige Amt ein gewisses Maaß von Verantwortlichkeit für eine politische Veröffentlichung eines im auswärtigen Dienste befindlichen Beamten doch nur dann mit Erfolg ablehnen können, wenn es dieser Ablehnung einen öffentlichen und autoritativen Ausdruck giebt.

* * *

Auch die nachstehende Notiz über den Dreibund entnehmen wir derselben Nummer der „Hamb. Nachr.“:

Die Londoner „Daily News“ schreiben nach der Uebersetzung der „Köln. Ztg.“, die gegenwärtige Gruppirung der festländischen Mächte sei naturgemäß. Sie biete für beide Seiten die stärkste Hinleitung zum Frieden, indem sie jede für den Kriegsfall unsicher mache. Alle vernünftigen Menschen müßten für den gegenwärtigen Zustand Europas dankbar sein; unter den bestehenden Verhältnissen sei er der beste, den man wahrscheinlicherweise erlangen könne.

Die von dem englischen Blatte betonte gegenwärtige politische Situation ist das Product der diplomatischen Arbeit in den Jahren 1878 bis 1889. Die citirten Sätze der „Daily News“ sind also ein Zeugniß zu Gunsten der Richtigkeit der damaligen Politik. Dies Zeugniß fällt um so schwerer ins Gewicht, als es gewissermaßen ein unbeabsichtigtes ist. Der Dreibund, den die „Daily News“ als Garantie des für ganz Europa wünschenswerthen Friedens proclamirt, ist vom Jahre 1879 ab von der damaligen Leitung unserer Politik unter Ueberwindung schwerer Hindernisse und im festen Hinblick auf das heute noch wirksame Ergebniß zunächst durch den Vertrag mit Oesterreich und demnächst durch den Zutritt Italiens vervollständigt und durch das Vertrauensverhältniß, das zwischen Crispi und dem Fürsten Bismarck existirte, befestigt worden. Wenn dieser Institution die Erhaltung des Friedens bis auf den heutigen Tag zu verdanken ist, so gebührt die Anerkennung dafür der Politik Kaiser Wilhelm's I. und seines Kanzlers. Der Dreibund ist nicht das Werk der heutigen Regierung, sondern letztere hat denselben vorgefunden; wir können nur hoffen und wünschen, daß sie ihn erhalten möge.

* * *

Wir gedachten oben (vgl. S. 277 ff.) der mancherlei Gerüchte über Versuche einer angeblichen „Aussöhnung“ zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten Bismarck, dabei auch jenes Gerüchtes, das schon eine bestimmte amtliche Stellung für den Fürsten in Bereitschaft hatte (vgl. S. 269). Darüber äußern sich die „Hamb. Nachr.“ am 12. Juni (M.-A.):

Durch einige Blätter lief dieser Tage die Mittheilung, daß Fürst Bismarck zum Präsidenten des preußischen Staatsrathes ernannt

werden solle. Wir fühlen uns dem gegenüber unwillkürlich veranlaßt, das Dichterwort anzuführen:

„Denn eben wo die Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Dieses Wort ist das „Präsidium des Staatsrathes“. Wenn die Urheber dieser Nachricht etwas näher über die Tragweite ihrer Angabe nachdenken, sich die staatsrechtliche Lage und die Stellung des Staatsrathes in derselben vergegenwärtigen, so glauben wir, daß sie selbst das Zutreffen unseres dichterischen Citates anerkennen werden. — Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, und zwar im Widerspruche zu verschiedenen amtlichen Registern, daß Fürst Bismarck unserer Ansicht nach heute noch Mitglied des Staatsrathes ist, da er solches nicht in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident war, sondern bereits 1854 als Bundestagsgesandter zum permanenten Mitgliede des Staatsrathes ernannt worden und in dessen Abtheilung für auswärtige Politik classificirt worden ist. Fürst Bismarck ist also viel früher Staatsrath als Minister geworden, und wenn erstere Eigenschaft somit nicht an letztere geknüpft war, so kann sie mit dieser auch nicht erloschen sein. Wenn, wie in der freisinnigen Presse behauptet wird, dem Erfinder der Nachricht, daß Fürst Bismarck das Präsidium des Staatsrathes übernehmen solle, der Gedanke vorgeschwebt hat, der Fürst werde alsdann den Staatsrath zu einer Art „Gegenministerrath“ ausbilden, um auf diese Art in autoritative Stellung zurückzugelangen, so erledigt sich diese einfältige Insinuation sachlich durch den Hinweis darauf, daß der Staatsrath nur in Thätigkeit tritt durch kaiserliche Berufung und Befragung. Ein „Gegenministerrath“ würde sich nur unter der Voraussetzung eines Kampfes der Krone gegen die eigenen Minister ausbilden können. Diesen Kampf aber kann der Träger der Krone viel kürzer und directer im Cabinet selbst führen. Dazu bedarf er keines Staatsrathes.

Die Mitgliedschaft am Staatsrathe ist übrigens praktisch ganz gleichgültig und eine rein theoretische Frage des Staatsrechtes, da zu Staatsrathssitzungen nur diejenigen Mitglieder erscheinen, welche ausdrücklich dazu berufen werden.

* * *

Auch der Abgeordnete **Bamberger** erscheint hier auf der Bildfläche. Er hat sich das Verdienst erworben, eine neue Erdichtung über den Fürsten Bismarck in die Welt zu setzen und damit Stimmung gegen ihn zu machen. In der soeben citirten Nummer der „Hamb. Nachr.“ lesen wir:

Wenn die Zeitungen wahrheitsgemäß berichten, hat der Reichstagsabgeordnete **Bamberger** unlängst in einer Wählerversammlung in Alzey, seinem Wahlkreise, in bestimmtester Weise geschildert, wie **Fürst Bis**-

marck unmittelbar vor seinem Abgang den Plan fertig hatte, der Verfassung zur Noth mit Gewalt beizukommen. Er scheine daran gedacht zu haben, einen Conflict herauf zu schwören, mit Hülfe eines schneidigen Generals ihn auf militairische Weise zu lösen und nach einem Sieg über die Volksvertretung den Kaiser durch alle diese Excesse so mit dem Volke und der Volksvertretung zu verfeinden, daß derselbe dann um so willenloser sich in die schützenden Arme seines Kanzlers retten müßte. Unter Kaiser Friedrich habe der Cartell-Reichstag gegen die Krone mobil gemacht werden sollen, unter Kaiser Wilhelm II. die Krone gegen den vom Cartell erlösten Reichstag. Das alles sei aber ganz anders gekommen zum Glück Deutschlands, zum Glück der Welt.

Wir erblicken in diesen Bamberger'schen Auslassungen einen Beweis, daß die bisher gegen den Fürsten Bismarck in Umlauf gesetzten Unwahrheiten und Verleumdungen anfangen, sich unwirksam zu erweisen, und daß man sich neue ausdenken muß. Solche Phantastereien, wie die obigen, sollte man aber von einem sonst als Redner so nüchtern und zersetzend auftretenden Kritiker wie Herrn Bamberger nicht vermuthen. Daß Fürst Bismarck bei seinem Ausscheiden aus dem Amte an die Möglichkeit gedacht hat, es könne im Laufe der nächsten Jahre ein Conflict eintreten, und daß er deshalb zu seinem Nachfolger im preußischen Ministerpräsidium einen schneidigen General vorgeschlagen hat, um etwaige civilistische Defecte anderer Ministerien in Conflictsfällen zu decken, das ist ja sehr wohl möglich. Aber von da bis zu dem verbrecherischen Bestreben, einen Conflict herauf zu beschwören, um Krone, Parlament und Parteien als Opfer kanzlerischer Herrschsucht gegen einander chaotisch auszuspielen, ist doch ein Vorwurf, gegen den eine dreißigjährige, besonnene und patriotische Amtsführung des ersten Kanzlers hätte schützen sollen. Die Wahrung der Verfassungen und insbesondere der Reichsverfassung gegen unitarische, socialistische und parlamentarische Angriffe hat sich der erste Reichskanzler während seiner ganzen Amtsführung jeder Zeit angelegen sein lassen, und wie ihm diese Sorge am Herzen lag, hat er noch beim vorjährigen Empfange der Studenten in Kissingen bekundet, wobei er, zur verwunderlichen Kritik unserer Nörgler, der Jugend das strenge Festhalten an der Verfassung in erster Linie ans Herz legte.

Es ist richtig, wenn die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" in einer Besprechung der Bamberger'schen Phantastereien sagt, daß der frühere Reichskanzler den Versuch einer Trennung des Reichskanzleramtes von der preußischen Ministerpräsidentschaft bereits ins Auge gefaßt hatte und deshalb bei seiner Beschränkung auf die Geschäfte des Reichskanzlers der Preußen verbleibenden Executivgewalt eine Stärkung zu verschaffen

wünschte, in welcher ein Ersatz für seinen eigenen Rücktritt vom Ministerpräsidenten gewährt würde. Aber da er für sich selbst nur die Stellung des Reichskanzlers ohne territoriale Executivgewalt behalten wollte, so konnte er von dieser aus um so weniger in die Lage kommen, umstürzende Bestrebungen in verfassungsfeindlichem Sinne unternehmen oder durchführen zu wollen. Wir können diese ganze Bamberger'sche Anzapfung also nur in die Kategorie der Gehässigkeiten verweisen, welche Unterlagen zu Verleumdungen gegen den Fürsten Bismarck willkürlich herstellen, wenn sie sich thatsächlich nicht darbieten.

* * *

Eine ganz nachdrückliche Abfertigung wird an derselben Stelle der „Germania“ zu Theil:

Die „Germania“ beschäftigt sich mit den früheren Leistungen aus dem Welfenfonds und führt dabei in gehässiger Weise die Gewährung von Pensionen an die Herren Meding und von Holle an. Es ist Jedem in Erinnerung, welche Haltung die „Hannoversche Legion“, die sich als „Hannoversche Armee“ betrachtete und gerirte, in den Jahren vor 1870 eingenommen hat, wie sie in Hollaud, in der Schweiz und schließlich in Frankreich als fremde Truppe eingemiethet und einquartiert war und mit welchen Zukunftshoffnungen sie sich getragen hat. Der französische Krieg war damals vorauszusehen und wurde schon 1867 wegen Luxemburg nicht ohne Schwierigkeit vertagt, hauptsächlich vielleicht, weil man deutscherseits der Meinung war, daß jedes Jahr Aufschub dieses mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehenden Krieges der deutschen Armee in Hannover, Hessen, Nassau, Schleswig-Holstein und auch in den damals schon kriegsverbündeten süddeutschen Staaten einen Zuwachs von mehr als 100000 nach preußischem Muster ausgebildeter Mitkämpfer verschaffen werde.

Das ist eine Frage, die der Geschichte anheim fällt; aber darüber war schon damals kein Zweifel, daß die Herstellung eines unabhängigen Königreichs Hannover, für die ein Theil des früheren königlich hannoverschen Heeres im Auslande bereit gehalten wurde, nur in Folge eines Krieges erstrebt werden könne, den Frankreich allein, oder im Bunde mit Oesterreich, gegen den Norddeutschen Bund geführt haben würde.

Wenn auch 1870 beim Ausbruch des Krieges keine Welfenlegion mehr in Frankreich stand, so lag doch die Thatsache vor, daß vormals hannoversche Officiere sich bereit hielten, auf Befehl des Königs Georg wieder in Activität zu treten; und daß sie eine Gefolgschaft von Unterofficieren und Soldaten, wenn auch vielleicht weniger zahlreich, doch

immer noch gefunden haben würden, ebenso gut wie auf ihrer Wanderung nach Holland, nach der Schweiz und nach Frankreich, war sehr wahrscheinlich.

Für die deutsche Politik wäre es aus vielen Gründen menschlicher und politischer Natur eine Calamität gewesen, wenn sie hannoversche Soldaten in den Reihen der Landesfeinde gefunden hätte oder genöthigt gewesen wäre, gegen aufständische Bewegungen in dem Lande zwischen Weser und Elbe militairisch und kriegsrechtlich einzuschreiten. Wir können es deshalb nur als einen wesentlichen Dienst, welcher der nationalen Sache und dem nationalen Gefühle erwiesen worden ist, ansehen, wenn es gelungen ist, jeder derartigen Bewegung im Keime zuvorzukommen und zu verhindern, daß deutsches Blut nach deutschem Kriegsrechte vergossen wurde.

Daß Männern, welche erfolgreich zur Verhinderung solcher Calamität mitgewirkt haben, ihre Zukunft sichergestellt wurde, war ein Verfahren, für das jeder deutsche Patriot der damaligen Regierung noch heute dankbar sein wird.

* * *

Endlich ebendaher noch eine Notiz, in der sensationelle „Reminiscenzen" auf ihren wahren Werth zurückgeführt werden:

In der Presse circuliren „Reminiscenzen aus dem Jahre 1878", worin von Besuchen des Grafen Peter Schuwalow beim Fürsten Bismarck, von Unterredungen zwischen beiden Staatsmännern und von diplomatischen Actenstücken die Rede ist. Die ganze Darstellung ist von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen und zwar nicht nur in Bezug auf die Begegnung des Grafen Peter Schuwalow und des Fürsten Bismarck, sondern auch in Betreff eines jeden der den beiden Staatsmännern in den Mund gelegten Worte und in Betreff aller Schriftstücke, welche erwähnt und mit derselben Dreistigkeit fingirt sind, wie wir sie früher aus der Thätigkeit der Pariser Fälschungsbureaus behufs Verhetzung zwischen Deutschland und Rußland in weitverzweigten Falsificaten kennen gelernt haben.

* * *

Am 13. Juni erläßt das Festcomitée in Dresden einem Aufruf an die Bürgerschaft zum festlichen Empfang des Fürsten Bismarck.

* * *

Die Frau Fürstin Bismarck trifft am 14. Juni in Altona ein zum Besuch der Frau Gräfin Waldersee; gleichzeitig begiebt sich der commandirende General Graf Waldersee zum Besuch des Fürsten nach Friedrichsruh.

* * *

Aus Dresden mehren sich zusehends die Meldungen über die Vor-

bereitungen zum Empfang des Fürsten Bismarck. Aus den vielen Berichten heben wir nur einen kleinen Satz heraus, weil er in seiner Schlichtheit charakteristisch ist für den Geist, der das Volk in seiner Festesfreude beherrscht. Der Satz lautet:

„Großen Dank verdienen auch die Elbschifffahrtsgesellschaften, die veranlassen, daß während der Nacht bis Sonntag Morgen 10 Uhr kein Läuten, kein Kettenknarren, keine Dampfpfeife den Schlummer des Mannes stört, der oft genug für uns und für ganz Deutschland gewacht hat."

* * *

Die „Hamb. Nachr." bringen am 18. Juni (M.-A.) folgenden Artikel:

Zur Richtigstellung. Die freisinnige Presse fährt trotz unseres neulichen Dementis fort, die Bamberger'schen Aeußerungen zu fructificiren, daß Fürst Bismarck im Frühjahre 1890 einen inneren Conflict habe heraufbeschwören wollen. Wir können nur wiederholen, daß diese Angaben jeder Begründung entbehren. Jeder verständige Staatsmann wird für den Fall eintretender Conflicte Vorsorge zu treffen haben; aber die Behauptung, daß Fürst Bismarck Conflicte absichtlich und um Gelegenheit zu umstürzenden Verfassungsbrüchen zu erhalten, herbeizuführen versucht habe, ist eine verleumderische Insinuation. Es liegt in diesen Dingen eine Analogie mit der Frage auswärtiger Kriege vor. Fürst Bismarck hat stets der Tendenz, einen Krieg, weil er nützlich schien oder späterhin doch eintreten würde, herbeizuführen, mit voller Energie Widerstand geleistet, nicht bloß in der Luxemburger Sache, sondern auch später in den siebenziger und achtziger Jahren. Noch viel weniger ist die Beschuldigung berechtigt, daß er einen inneren Conflict künstlich herbeizuführen versucht habe, um ihn gegen die Verfassung auszubeuten. Die Möglichkeit eines Conflictes nach den Strikeerlebnissen von 1889 im Frühjahr 1890 außer Acht zu lassen, wäre eine sträfliche Leichtfertigkeit gewesen. Die Politik des Fürsten Bismarck war immer darauf gerichtet, den Conflict, wo es irgend anging, zu verhüten, aber doch nothwendigerweise auch auf die Möglichkeit seiner Abwehr, falls er dennoch eintreten sollte.

Das Unwürdige bei allen diesen Angriffen auf den Fürsten Bismarck ist, daß sie sich immer mehr gegen seine Person, seinen Charakter und seine angeblichen Absichten richten, als gegen seine wirklichen Leistungen. Einer Anfechtung der letzteren begegnen wir in den demokratischen Blättern selten, und wo sie vorkommt, doch nur in einer gezwungenen und unglaubwürdigen Form. Dagegen wird mit Vorliebe das argumentum ad hominem angewandt, daß der Fürst ein gefährlicher und übler Mensch von Charakter sei, daß seine Intentionen ruchloser wären als die von ihm erreichten Ziele. Es ist beschämend, daß selbst angesehene

demokratische Blätter nicht vor diesem System der Verunglimpfung des früheren Reichskanzlers zurückschrecken, und noch bedauerlicher, daß ein hervorragender Abgeordneter, wie Herr Bamberger, ebenfalls in das Horn der Verdächtiger seines politischen Gegners bläst.

Wir haben Herrn Bamberger früher für zu einsichtig gehalten, als daß auch er durch die Befürchtung fanatisirt zu werden vermöchte, Fürst Bismarck könnte nochmals wieder in seine früheren Amtsverhältnisse zurückkommen. Und doch bildet diese Befürchtung, wie uns scheint, den einzigen Grund der fortgesetzten Angriffe und Beschuldigungen gegen den früheren Kanzler in den gegnerischen Blättern. Es scheint, daß die Legendenbildung über „Aussöhnungs"-Verhandlungen in dem Lager der socialistischen, demokratischen und social-clericalen Blätter einen erneuten Anstoß zu dem Bestreben gegeben hat, der Welt zu zeigen, was für ein böser Mensch der frühere Reichskanzler sei.

Wir haben uns über die ganzen sogenannten „Aussöhnungs"-Artikel der Blätter in der Hauptsache des Urtheils enthalten und beschränken uns auf die Wiederholung unserer Ansicht, daß bei uns zu Lande das Wort „Aussöhnung" für das Verhältniß des Kaisers zu seinem früheren Minister ein ungeschickt gewähltes ist. Wir wissen nicht, ob Fürst Bismarck bei Sr. Majestät in Ungnade ist; aber wenn er es wäre, so wird er eben ruhig abzuwarten haben, ob und wann diese Situation aufhört. Das Verhältniß ist kein zweiseitiges gleichstehender Betheiligter, sondern, so weit es existirt, nothwendig ein einseitiges. Die „Liberale Correspondenz" vom 13. Juni enthält einen außerordentlich heftigen Artikel mit sehr starken Ausdrücken, welcher das Verhältniß auf eine persönliche Gegnerschaft zwischen dem früheren Kanzler und dem Kaiser hinauszuspielen sucht. Wir haben uns unsererseits, und, so viel wir wissen, hat sich auch Fürst Bismarck in seinen Aeußerungen zu Interviewern niemals eine Kritik über den Kaiser oder eine Polemik gegen Se. Majestät erlaubt. Unser Grundsatz ist immer: measures, not men. Wenn wir aber finden, daß die Regierung Sr. Majestät politische Wege geht, die wir nicht billigen, so halten wir es mit der monarchischen Treue für absolut vereinbar, wenn wir unsere abweichende Meinung kundgeben und, soviel wir können, dazu thun, daß wir in der öffentlichen Meinung und im Parlament Anerkennung für dieselbe gewinnen, sobald und solange wir sie für die richtigere halten. Ob unsere „Preßbosheiten", wie die „Liberale Correspondenz" es nennt, wirkungslos bleiben, ist für uns nicht maßgebend; unser Bedürfniß ist: dixisse et salvare animam. Wir wollen uns von jeder Verantwortung für politische Irrthümer freihalten, auch wenn wir dadurch keinen weiteren Erfolg gewinnen als den in dem Zeugniß der Geschichte und der Nachwelt liegenden.

Dieselben Blätter, die auf der einen Seite den Fürsten Bismarck anklagen, daß er sich widerstrebend gegen die kaiserlichen Intentionen benehme, behaupten auf der anderen, daß er für das, was sie irrthümlich als „Aussöhnung" charakterisiren, schwärme und alle möglichen Intriguen anspinne, um wieder in Lohn und Brot des Staates zu gelangen. Wir glauben, daß sie den Fürsten Bismarck nach der einen Richtung hin verleumden und nach der anderen unterschätzen.

* * *

Ueber die Reise des Fürsten Bismarck wird ebenda mitgetheilt:

Fürst Bismarck wird seine Reise nach Wien zur Vermählungsfeier seines ältesten Sohnes, des Grafen Herbert, mit dem heutigen Berliner Mittagsschnellzuge von Friedrichsruh aus antreten. Die Fahrt geht heute bis Dresden, wo, wie bereits mitgetheilt ist, dem Fürsten umfangreiche Ovationen dargebracht werden sollen.

In Oesterreich wird sich der Fürst wegen der vielfachen dortigen Gegensätze in der Bevölkerung mit Zurückhaltung zu bewegen haben, um nicht in den Anschein einer Parteinahme für innere österreichische Fragen zu gerathen. Um Versuchungen zu Demonstrationen seinerseits thunlichst vorzubeugen, wird der Fürst beispielsweise den Weg nicht über Prag nehmen, sondern abseits von dieser böhmischen Hauptstadt, in welcher die Verstimmungen, die das Parteileben in Böhmen beherrschen, ihren Culminationspunkt finden. Auch in Wien wird Fürst Bismarck schon durch seine Gesundheit genöthigt sein, sich allen öffentlichen Vorkommnissen zu entziehen, da sein Alter und seine Kräfte eben nur eine einfache Reise gestatten.

* * *

Gleichzeitig erfolgt auch noch die Widerlegung eines unbegründeten Gerüchtes:

Durch die Blätter läuft folgende auf die Trauung des Grafen Herbert von Bismarck bezügliche Notiz:

„In den Kreisen des katholischen hohen Adels in Wien circulirt, wie man dem ‚Hamb. Corr.' mittheilt, ein Bogen, in dem aufgefordert wird, sich an der Trauung des Grafen Herbert Bismarck mit der Gräfin Hoyos nicht zu betheiligen, weil, obwohl die Braut katholisch sei, die Trauung in einer protestantischen Kirche stattfinde, und daß keine Garantie gegeben sei, daß die eventuellen Kinder katholisch erzogen werden."

Diese Mittheilung ist schon deshalb falsch, weil die Gräfin Hoyos, wie ihre englische Mutter, evangelischen Bekenntnisses ist und mithin von keinerlei Verletzung der katholischen Pflicht der Kindererziehung die Rede sein kann.

# VI. Periode:

## 18. Juni — 8. August 1892.

## Dresden, Wien, München, Kissingen, Jena.

Wir treten in die äußerlich bewegteste Epoche ein, die die Zeit seit der Entlassung des Fürsten Bismarck aus seinen Aemtern aufzuweisen hat: auf der einen Seite die erhebendsten Beweise von Liebe und Dankbarkeit seitens des Volkes — auf der anderen Seite die beschämendsten Kundgebungen ängstlichen und engherzigen Hasses seitens der verantwortlichen Gewalthaber in Berlin; hier Offenbarung unerschütterlicher Treue, die auch die Throne trägt — dort der Geist der Selbstsucht, der Alles zu untergraben vermag. Inmitten der beiden völlig entgegengesetzten Mächte sehen wir des Fürsten Bismarck gewaltige Gestalt bald tief bewegt von der Freude über die Lebenskraft seines Lebenswerkes, bald entflammt von gerechtem Zorne und sein gutes Recht mit wuchtigen Hieben wahrend: das Ganze ein Bild von packender Gewalt und ewig unvergeßlich allen Denen, vor deren Augen es sich entrollte.

Am Sonnabend, den 18. Juni, Mittags trat das fürstliche Paar in Friedrichsruh die Reise an. In seiner Begleitung befand sich nur der Leibarzt Professor Dr. Schweninger und Dr. Chrysander sowie die aus zwei Personen bestehende Dienerschaft.

Den ersten Aufenthalt gab es in Berlin auf dem Anhalter Bahnhofe.

Als um 5 Uhr 10 Minuten der Salonwagen des Fürsten in die Bahnhofshalle einfuhr, stand eine nach vielen Hunderten zählende Menschenmenge Kopf an Kopf gedrängt auf dem rechtsseitigen Bahnsteig und begrüßte den Fürsten mit brausenden, immer wieder sich erneuenden Hochrufen. Es war ein Augenblick von mächtiger Wirkung, als die Menge, in welcher sich Frauen

und Herren aus allen Ständen und Gesellschaftsclassen, darunter auch Officiere in Uniform, befanden, zu dem Wagen des Fürsten hindrängten, dabei unverkennbar darauf bedacht, den Anordnungen der Polizeibeamten, die sehr rücksichtsvoll vorgingen und von übermäßig strengen Maßnahmen Abstand nahmen, zu entsprechen. Die Hochrufe gingen in die Klänge des Liedes „Deutschland, Deutschland über Alles" über, das wie auf Verabredung angestimmt wurde, als der Wagen des Fürsten in der Bahnhalle anhielt und der Fürst an dem geöffneten Fenster sichtbar wurde. Gleichzeitig wurde auf den Altreichskanzler ein förmliches Bombardement mit Blumen eröffnet.

Und da stand der alte Herr, ein Bild unverwüstlicher Kraft, mit freundlichem Lächeln und Winken für die ihm dargebrachten Huldigungen dankend. Gekleidet war er, wie Meister Lenbach ihn gemalt hat, in einen braunen Rock, der schon manchen Sturm erlebt haben mag, um den Hals eine weiße Cravatte geschlungen, das mächtige Haupt mit einer Reisemütze bedeckt, die der Fürst alsbald abnahm, als er der seiner Harrenden gewahr wurde. Nachdem der Wagen des Fürsten in den Zug eingereiht war, wurden von allen Seiten herrliche Blumensträuße hineingereicht. Fast alle die Damen, die das Wagniß nicht gescheut hatten, ihre duftigen Frühlingskleider den Gefahren des unbeschreiblichen Gewühles und Gedränges auszusetzen, um den Fürsten zu sehen, hatten einen Strauß mitgebracht, und der Fürst, seine Gemahlin und seine Begleiter konnten nur mit Mühe alle diese lieblichen Spenden in Empfang nehmen.

„Ich habe ja nicht Hände genug," rief Bismarck, sichtlich aufs Tiefste ergriffen. Ein Hoch auf den Fürsten folgte dem andern, und immer stürmischer wurden die Rufe. Junge Damen suchten seine Hand zu ergreifen und küßten sie; Officiere in Uniform folgten ihrem Beispiele, ebenso zahlreiche Herren im Bürgerkleide, denen es gelang, die Hand des gefeierten Mannes zu erfassen. Lächelnd suchte der Fürst abzuwehren.

Nachdem dem Alt-Reichskanzler ein Glas Münchener von dem Wirth des Bahnhofes credenzt worden war, und er dieses bis zur Hälfte unter Verbeugung gegen das Publikum geleert hatte, rief Jemand aus: „Silentium für den Fürsten Bismarck!" Und „Ruhe, Ruhe!" ertönte es überall. Als Stille eingetreten war und Alles erwartungsvoll den Fürsten ansah, der sich zum Fenster hinauslehnte, sagte er, indem ein humoristisches Lächeln seinen Mund umspielte: „Ich soll doch nicht reden?" Als ein „Ja, ja!" ertönte, sagte der Fürst ernster werdend: „Meine Aufgabe ist — schweigen!" — Eine Pause trat ein. Da rief einer seiner Verehrer, der dem Fenster gegenüber stand: „Wenn Durchlaucht schweigen, so werden die Steine reden!" Bravo und Lachen ertönte aus der Menge, in das Professor Schweninger herzlich mit einstimmte, während Fürst Bismarck einen Augenblick zurücktrat.

Eines andern Vorganges wollen wir noch erwähnen, der sich mehr am

Kopfende der Halle zutrug, und der in der Nähe des Fürsten nicht zu Gehör kam. Ein Herr rief: „Strecken Sie mit mir die Schwurhand empor und schwören wir: Wenn Alle untreu werden, so bleiben wir doch treu, daß Dankbarkeit auf Erden nicht ausgestorben sei! In dieser Gesinnung stimmen Sie mit mir ein in den Ruf: Se. Durchlaucht der Fürst Bismarck, der größte aller lebenden Deutschen, unser Bismarck, er lebe hoch und nochmals hoch und immer hoch!" So weit die Stimme gedrungen, stimmte Alles in das Hoch ein.

Als ein Hoch auf Graf Herbert und Gräfin Hoyos ausgebracht wurde, antwortete der Fürst:

„Ich werde es bestellen und danke im Namen meines Sohnes und meiner zukünftigen Schwiegertochter!"

Immer von Neuem erschallten Hochrufe, und zweimal ward „Deutschland, Deutschland über Alles" gesungen. Die Fürstin weinte vor Rührung; ein zweimaliges Hoch wurde auf sie ausgebracht. Allgemeines Händeschütteln; zum Schluß drängten sich auch die Bahnbeamten und die Schutzleute heran mit dem Rufe: „Wir auch, Durchlaucht!"

Da wurde plötzlich gerufen: „Hierbleiben!" „Zurückkommen!" Der Fürst zuckte mit den Achseln, lächelte, machte eine unbeschreibliche, leichte Handbewegung, die Vieles bedeuten konnte, und verneigte sich. Während der beschriebenen Vorgänge war die angesammelte Menge auf mehrere Tausend Personen angewachsen, und ein Hochruf folgte dem anderen.

„Zurück, zurück, meine Herrschaften," sagte endlich der Fürst mit einer abwehrenden Handbewegung, als der Zug, dem brausende Hochs und der Ruf: „Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!" nachtönten, sich in Bewegung setzte, um den Fürsten in Dresden neuen Huldigungen entgegenzuführen.

* * *

Ueber die Fahrt des Fürsten von Berlin nach Dresden schreibt ein Berichterstatter der „Nat.-Ztg.", der die Fahrt mitgemacht hat:

Es war einfach beispiellos, dieses ununterbrochene Jubeln einer Menschenmenge, die von Minute zu Minute mehr anstaute, während Fürst Bismarck von Berlin nach Dresden fuhr. Es herrschte überall ein lebensgefährlicher Enthusiasmus, bei dem jeder Einzelne um jeden Preis seinen Wunsch, Bismarck die Hand zu drücken, erfüllt sehen wollte. Wir kennen sie, diese mächtige, kräftig und doch edel geformte, von tief eingegrabenen Linien durchfurchte Hand, die sich so Manchem schwer auf den Nacken gelegt hat. Anfänglich streckte der Fürst seine beiden Hände dem Publikum entgegen. Aber bald merkte er wohl, daß er ökonomisch verfahren müsse, denn so ein tausendfach multiplicirter Druck ist keine Kleinigkeit selbst für einen Riesen. Das zeigten die rothen Flecke, die sich der rechten, von Männern und Frauen herzhaft gedrückten, von Mädchen und Kindern ehrfurchtsvoll geküßten Hand einprägten.

Da mußte bald die Linke herhalten und so ging es während der ganzen Reise, Bismarck's Hand hat gezeigt, daß sie viel aushalten kann, denn es gehört viel Kraft dazu, ein solches Maaß von Liebe zu ertragen.

Wir hatten aber die brausende Menge auf dem Perron des Anhalter Bahnhofes noch nicht aus den Augen vorloren, als sich uns rechts und links neue Gruppen darboten. Auf dem Hofe des Bahnhofs Hurrah, in einem Güterwagen, der auf einem todten Geleise stand, Hurrah aus schöner Frauen Munde, selbst die Beamten auf den Trittbrettern des Nachbarzuges stimmten kräftig mit ein und schwenkten die Mützen. In Lichterfelde, wo der Zug ohne Aufenthalt vorbeisauste, Orchestermusik, vielstimmiger Jubel. In Herzberg, wo wir nur eine Minute hielten, sahen wir Bismarck eine lange Pfeife rauchen, mit der grünen Jagdmütze auf dem Kopf, ein prächtiger Anblick. Daneben die Frau Fürstin, die sich ihre schwarze Lorgnette vor die klugen, freundlichen Augen hält, um besser sehen zu können. Außerdem Professor Schweninger, eifrig bemüht, die massenhaft gespendeten Blumen in Empfang zu nehmen.

Eine blonde junge Dame hat ihr Söhnchen als Husaren gekleidet. Beiden leuchten die Augen, sie wollen die Triumphfahrt mitmachen. In Falkenberg vier Minuten Aufenthalt. Bismarck läßt sich ein Glas Bier bringen und sieht den kleinen Husaren. Er nippt nicht, sondern erlaubt, daß der prächtige Knabe ihm die Blume vorkomme: „Trink mal," sagte er, „ein Husar muß auch trinken." Und der Junge machte Gebrauch von dieser Erlaubniß. Es waren aber auch viele große, wirkliche Soldaten in Falkenberg, die dem hohen Reisenden die Hand drückten.

Was wollte das aber Alles gegen den Empfang in Röderau, der ersten Station auf sächsischem Boden, sagen! Da waren die Officiere in ihren Jagdwagen von Riesa herbeigeeilt, da wurde die „Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über Alles" gesungen, da kamen die Vereine mit Kränzen, Blumen und Fahnen, da wurde ihm ein Ehrenpokal ins Coupé gereicht. Bismarck sprach nur wenige Worte, aber mit welchem Ton und Ausdruck! Er sagte, diese Anerkennung berühre ihn um so tiefer, als sie ja nur dem Privatmann gelte, dem keine amtliche Autorität mehr zur Seite stehe. Dann schloß er scherzhaft, er sehe in alledem eine Quittung über „gute Aufführung".

So ging es weiter auf der Fahrt nach Dresden. In den Häusern wurde bengalisches Licht entzündet, die Kinder jubelten aus den Fenstern, auf den Aeckern standen die schlichten Landleute mit ihren Frauen und priesen laut den Schöpfer der deutschen Einheit. Und das Alles in unserem als kühl verschrieenen Norden! Was will gegen diese elementare germanische Gluth alles Strohfeuer der Romanen bedeuten, wenn sie sich erhitzen. Bismarck steigt in Dresden aus dem Coupé. Ich sehe sein mächtiges Haupt durch

die Fenster der Thüre zum Wartesaal. Wie aus Erz gegossen steht diese Gestalt da, als der Pfiff der Locomotive ertönt, die mich dem unvergeßlichen Augenblick entreißt und nach Wien entführt ..."

* * *

Schon am Morgen des 18. Juni bringen die „Dresdener Nachrichten" folgenden Begrüßungsartikel:

Willkommen, Fürst Otto von Bismarck! Willkommen in Dresden!

Als Otto von Bismarck auf der Höhe seiner Macht stand, reich an dem Vertrauen seines kaiserlichen Herrn, da hat Sachsens Haupt- und Residenzstadt ihn zu ihrem Ehrenbürger erkoren. Längst waren in jenen Tagen die Sorgen entschwunden, daß der Mann mit der eisernen Faust tasten könne an unseres Stammes Freiheit und den Rechten unseres Landes; längst war in die Herzen des Sachsenvolkes die Gewißheit gedrungen, daß er der Berufene sei, den Traum unserer Väter zu erfüllen. Manches Vorurtheil war niedergerungen, tiefes Mißtrauen besiegt, scharfer Haß erloschen. An ihre Stätte war Vertrauen, Begeisterung, Liebe getreten. Fürst Bismarck wurde und blieb der Hort des nationalen Gedankens, in ihm lernten wir den sichersten Schutz heimischen Wesens erkennen.

Seitdem aus den blutigen Tagen der Kriege die deutsche Einheit leuchtend emporstieg, hat Fürst Bismarck uns Treue gehalten. Treue um Treue, das ist deutsche Art, das ist Sachsenart.

Fürst Bismarck steht nicht mehr im Amte, die neue Zeit will über ihn fortschreiten, sie möchte es aus dem Gedächtniß unserer Nachkommen löschen, was uns Bismarck geworden. Aber wir vergessen nicht, wir halten zähe fest. Und heute, wo er nach langen Jahren in unserer Königsstadt weilen soll, da werden wir ihm zeigen, daß wir gleich unseren Vätern gelernt haben, Treue zu halten.

Ein freudiger Anlaß führt den greisen Helden in unsere Mitte, über den Spätherbst seines Lebens lagert sich der goldene Schein häuslichen Glückes. In der alten Kaiserstadt Wien, dort, wo er zuerst darüber gesonnen, wie er Deutschland rette aus dem Jahrhunderte alten Zerwürfniß, wo er zuerst erkannte, daß nur aus Blut und Eisen der Kitt unserer Einheit geschaffen werden konnte, wird er den Bund seines ältesten Sohnes mit einer Tochter aus Oesterreichs ältestem Adel segnen.

Nicht in Berlin, das ihm seine Größe dankt, will er ruhen von den Mühen des Weges, sondern hier unter uns, wo einst der Groll gegen ihn flammte, wo heute nur dankbare Herzen ihm entgegenschlagen. Die Bürgerschaft Dresdens aber wird ihm heute beweisen, daß sie in würdiger Form die Größe zu ehren weiß. Willkommen, Fürst Bismarck, in Dresden! [Li.]

* * *

In Dresden rollte der Zug zur fahrplanmäßigen Zeit in die festlich geschmückten Hallen des Leipziger Bahnhofes, dessen Räume gefüllt waren von begeisterten Menschen. Hier hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel mit den Deputationen des Rathes und der Stadtverordneten im Schmucke der goldenen Amtsketten am Eingang zum königlichen Wartesalon Aufstellung genommen. Als unter tausendstimmigem Hurrah der Zug in den Bahnhof einfuhr, zeigte sich an einem Fenster des Salonwagens das Antlitz des greisen Fürsten. Jubelnd werden die Hüte vom Kopfe gerissen: Hoch, Bismarck, hoch! Herr Bahnhofsinspector Freytag öffnet die Thür des Salonwagens und geleitet die fürstlichen Herrschaften in den königl. Wartesalon. Dort hält Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel an den Fürsten eine Ansprache, in der er dem hohen Gaste der Stadt Dresden herzliches Willkommen entbietet, und zwar „in voller Uebereinstimmung mit unserm König“.

Fürst Bismarck, sichtbar ergriffen, erwidert etwa wie folgt:

„Ich danke Ihnen, Herr Oberbürgermeister, von Herzen für Ihre warme Ansprache. Es ist für mich und an sich eine hohe Auszeichnung, von den städtischen Behörden in so ehrender Weise begrüßt zu werden, von Männern dieser Stadt, die sich vor Deutschland wie auch vor ganz Europa in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht auszeichnet. Durch den wohlwollenden Empfang, der mir zu Theil wird vom Rath der Stadt, deren Ehrenbürger ich bin, fühle ich mich so ausgezeichnet, als sei ich in eine höhere Ordensclasse eingerückt. Ich bin Ihnen hierfür von Herzen dankbar.

„Es ist für mich aber auch eine Genugthuung. In meinen alten Tagen bin ich nicht mehr so leistungsfähig, wie Sie, Herr Oberbürgermeister, annehmen; aber ich nehme an, daß Sie es mit 77 Jahren noch sein werden. Aber ich habe ein hartes und rasches Leben hinter mir, so daß ich nicht mehr das leisten kann, was die Gegenwart verlangt mit ihren nationalen Erfordernissen. Mit derselben Lebhaftigkeit und Tiefe verfolge ich alles, nur das Mitarbeiten ist nicht mehr mein Beruf; ich bin in das Privatleben zurückgetreten, aber ich folge allem, was unsere Nation betrifft, mit reger Emsigkeit, als beträfe es meine eigene Haut.

„Ich habe kein anderes Interesse, als an der Sache selbst, an der ich Jahrzehnte gearbeitet habe. Und ich darf wohl sagen, daß ich meine Kräfte zu weit verbreitetem Erfolg, auch mit Erfolg auf den Thron verwandt habe. Einen wesentlichen Antheil am Erfolg hat Ihr gnädiger König; ihm, Ihrem gnädigen Herrn, zolle ich einen großen Theil Dankbarkeit, er war immer gnädig gegen mich. Seinen Beistand im Felde und auf dem Papier habe ich stets gefühlt, wo es das Wohl des Reichs und des Sachsenlandes galt.

„Glücklich, daß es gelungen ist, beider Interessen zu versöhnen, die man vor 30 Jahren für unversöhnlich hielt. Es ist ein Verdienst, nicht mein Verdienst, sondern das der Thatsachen, daß wir uns näher kennen gelernt haben. Ich war ja schon hier und kam damals über Leipzig. Für damals war das eine lange Strecke, und in welcher kurzen Zeit bin ich heute nach Dresden gekommen; wie local, so sind sich auch die Herzen näher gerückt, wir haben uns kennen gelernt und erfahren, daß Mancher nicht so böse war, wie er früher gehalten wurde; wir sind ehrlich national, und darum kann ich auf meine Thätigkeit mit Freude zurückblicken. Dies ist mir eine Genugthuung für manchen Verdruß, den ich habe erleben müssen.

„Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen, daß sie mich so feierlich und herzlich begrüßt haben. Ich freue mich, so viel Freunde hier zu haben. Ich nehme Sie nicht nach Zahl, sondern nach Ihrer Qualität.“

Weiter äußerte sich Fürst Bismarck dahin, wie sich in Dresden das Regiment der Verwaltung und die Arbeitslust bei einer Einwohnerzahl von jetzt nahe 300000 Köpfen gesteigert haben werde, es sei zu wünschen, daß diese Vereinigung (Einverleibung der Vororte) Allen gefallen möge, in Preußen ginge dies nicht immer so glatt ab.

Nachdem der Oberbürgermeister und der Stadtverordneten-Vorsteher die Mitglieder der städtischen Abgeordneten vorgestellt hatten, äußerte der Fürst vor dem Heraustreten aus dem Hauptsalon:

„Gott sei Dank, daß wir so zufrieden mit einander stehen; sehr viel Mißverhältnisse und viel Mißtrauen hat geherrscht, jetzt stören keine Mißverständnisse das Vertrauen mehr. Es war eine schwere Arbeit, uns zusammen zu bringen, schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen.“

Einem unendlichen Triumphzuge glich dann die Fahrt der fürstlichen Gäste. Vom Neustädter Bahnhof an bis zum Hotel vermochten die Wagen nur im langsamen Trabe zu fahren, vielfach sogar fluthete die Menschenmenge von allen Seiten derartig heran, daß nur ein Fahren im Schritt möglich war. Am Eingange der Augustusbrücke vor dem Wiener Garten (Canzler), wo eine mächtige Tribüne von Hunderten von Zuschauern besetzt war, hielt der Wagen, um dem Fürsten Gelegenheit zu geben, aus der Hand des Fräulein Canzler ein prächtiges Bouquet entgegenzunehmen. Hier drängte das Publicum mit elementarer Gewalt heran, so daß der Wagen nur mit Mühe und Noth den Weg fortsetzen konnte.

Ganz überwältigend war die Einfahrt auf den Theaterplatz. Die Menschenmengen, die seit der Dämmerung bereits den Platz besetzt gehalten hatten, waren soweit zurückgedrängt worden, daß ein weiterer Raum die Durchfahrt der Wagen gestattete. Herrlich war der Blick nach den Straßen am Schlosse

hin, die bereits im Glanze zahlloser Fackeln leuchteten, während vom Zwinger und von der Stallstraße her die Sängerzüge mit ihren Lampions herannahten. Brausende Jubelrufe, die sich von der Neustadt herüber fortpflanzten bis zum Hotel Bellevue, kündeten der dichtgedrängten Menge den ersehnten Moment an: Fürst Bismarck nahe.

Wohl hatte die Polizei das volle Bestreben, den Platz zur Durchfahrt frei zu halten; als jedoch die fürstlichen Wagen auf den Platz einbogen, da gab es kein Halten, die Menge durchbrach die Kette der Polizeibeamten, und unter tausendstimmigem Hoch: „Fürst Bismarck Dank! Heil unserem Kanzler!“ umfluthete sie den Wagen. Es war dies ein so plötzlicher, ein so natürlicher Ausbruch der Volksempfindung, es war ein spontaner Act so begeisterter Huldigung, daß dieser Augenblick überwältigend genannt werden muß.

Mühsam gelangte der Wagen zum Eingang des Hotels. Dort hatte die Verwaltung das nordöstliche Eckzimmer zum Empfange des Fürsten hergerichtet und, indem sie die Mauer durchbrach, dem Fürsten den directen Zugang zu einer etwa $2^1/_2$ Fuß hohen Estrade ermöglicht, über deren mit Teppichen dicht belegten Boden sich ein prachtvoller, mit scharlachrothem Sammet ausgeschlagener Baldachin wölbte. Ueber demselben strahlte in Flammen eine mächtige Herzogskrone, unter der verschlungen und lorbeerumkränzt die Buchstaben leuchteten: O. B. Vom italienischen Dörfchen glänzte herüber das Licht einer reichen Illumination.

Der Fürst stieg aus, umdrängt von den beneideten Personen, die am Eingang des Hotels Platz gefunden hatten. Er schien tief gerührt zu sein. Wollten doch die jubelnden Hochs auf dem Platze kein Ende nehmen. Sie pflanzten sich fort bis hinauf in seine Gemächer. Denn auf den Treppen standen als begeisterte Verehrer zahlreiche Gäste des Hotels. Während der Fürst in seinen Räumen weilte, die ihm, wie er sich aussprach, äußerst behaglich erschienen, und an denen er vor Allem auch den herrlichen Ausblick auf die Elbe mit ihren reich beflaggten Schiffen bewundernd pries, hatten sich im Damensalon im Parterre die Mitglieder der Empfangsdeputation versammelt.

Kurz nach der Ankunft wurde der Redakteur der „Dresd. Nachr.“ Dr. Liman durch Dr. Chrysander zum Fürsten Bismarck entboten, um Seiner Durchlaucht einige Auskünfte zu geben. Bei dieser Gelegenheit erzählte der Fürst das ergötzliche Malheur, das ihm in Coswig passirt war. Bei dem dortigen Empfange war ihm aus einem Ehrenbecher der Stadt Meißen ein kühler Trunk Champagner credenzt worden, der, wie der Fürst erzählte, ihm trefflich gemundet hatte. Während nun der Festredner vor dem jubelnden Lärm der Menge nicht zur rechten Zeit zum Worte kommen konnte, setzte sich der Zug bereits in Bewegung, und der Fürst kam, wie er bemerkte, zu

seinem großen Bedauern, um den Genuß einer schönen Rede. Zugleich kamen aber auch die Meißner um ihren silbernen Ehrenbecher. Unter herzlichem Lachen erwähnte der Fürst, daß er den Champagner unterwegs mit großem Behagen ausgetrunken hätte.

Dr. Liman führte darauf den Fürsten in das Zimmer der Deputation, wohin auch die Fürstin, Dr. Schweninger und Dr. Chrysander alsbald folgten. Die rechte Hand leicht gestützt auf seinen historischen Stock, trat er an den mit herrlichen Blumen geschmückten Tisch und nahm die Ansprache des Herrn Hofrath Dr. Osterloh, als Vertreters des Bürgerausschusses, entgegen.

Sie schloß mit den Worten:

„Durchlaucht sind auf der Reise zu einem Familienfeste begriffen, bei welchem die Liebe Ihnen eine willkommene, holdselige Tochter zuführt.

„Nehmen Sie, Durchlaucht, am heutigen Abend als Hochzeitsgabe der Dresdener Bürgerschaft die Liebe und Dankbarkeit und Anhänglichkeit unserer gesammten Bevölkerung entgegen.

„Die Liebe höret nimmer auf,
Gott segne und schütze Euer Durchlaucht!"

Fürst Bismarck erwiderte hierauf:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für ihre ehrenvolle Begrüßung, und ich bin bewegt, aber angenehm, durch diesen glänzenden Empfang, den ich hier erfahren. Der ging von Herzen, also geht er auch zum Herzen und umsomehr, als ich in meiner heutigen Stellung annehmen darf, daß er lediglich nur meiner Person und meiner Vergangenheit gilt.

„Ich bin in keiner amtlichen und autoritativen Stellung mehr, und was mir heute an Ehre erwiesen wird, ist das Ergebniß der Beziehungen, die sich in der Vergangenheit zu meinen Mitbürgern und mir gebildet haben. Ich stehe vor Ihnen als Vertreter einer abgeschlossenen Zeit, der weder in der Gegenwart noch in der Zukunft eine Mitwirkung an unseren weiteren Verhältnissen erstrebt. Aber es ist mir von höchstem Werthe, wie von der höchsten Instanz, von der öffentlichen Meinung meiner Mitbürger, die Vergangenheit, die ich Ihnen gegenüber vertrete und die Sie in meiner Person die Güte haben anzuerkennen, wie sie beurteilt wird. Wir haben gemeinsam gearbeitet, um der deutschen Nation den Rang zu verschaffen, auf den sie in Europa nach ihrer Geschichte und nach ihrer Begabung einen Anspruch hat.

„Dazu war nothwendig, daß wir uns dem Drucke des Netzes entzogen das in scharfer Accentuirung der inneren Landesgrenzen in Deutschland über uns geworfen wurde, und daß wir Dem gemeinsam gegenüber traten an unseren äußeren Reichsgrenzen und Europa den neuen politischen Begriff lehrten, daß es eine starke deutsche Macht in Europa

gebe, anstatt des früheren Preußens, das den Namen einer Großmacht führte, ohne die Kraft dazu zu besitzen, und das, allein auf seine langgestreckte, schmale Fläche angewiesen, doch der deutschen Nation in Europa nicht das Gewicht verschaffen konnte, auf das sie im Vergleich mit anderen Nationen gleichberechtigt war. Die Franzosen, die Engländer, selbst die Russen waren uns an Gewicht und Ansehen vorausgegangen, heute sind sie es nicht mehr. Wir stehen ihnen vollkommen gleichberechtigt gegenüber, das hat eine schwere Arbeit gekostet. Es waren viele Vorurtheile unter den deutschen Stämmen verbreitet. Wo sind sie gefallen? Hauptsächlich auf dem Schlachtfelde, wie Sie mit Recht erwähnten, wo wir gegeneinander, ich will sagen, eifersüchtigen Stämme erkannt haben, daß wir eigentlich Alle besser waren und daß wir Alle tüchtige, deutsche Kerls waren, die nur sich kennen zu lernen brauchten, um Mißhelligkeiten zu vergessen und den Werth der Stellung kennen zu lernen, die wir heutzutage nicht bloß in der europäischen Welt, sondern überall einnehmen.

„Die Männer, die in erster Linie an einer Verwirklichung dieser Aufgabe mitgewirkt haben, sind natürlich weniger zahlreich geworden. Der Kaiser Wilhelm, der Kaiser Friedrich, Graf Roon, Graf Moltke sind zu ihren Vätern versammelt. Aber gerade Ihnen in Dresden lebt noch Einer, der mit Degen und Feder in der wirksamsten Weise mitgewirkt hat an der Herstellung unserer deutschen Einheit. Ihr König Albert! Und ich kann meinen Dank für den Empfang, der mir heute zu Theil wird, nicht kürzer und bezeichnender ausdrücken, als wenn ich Sie bitte, in den Ruf für den mir immer gnädigen Herrn und erfolgreichsten Mitarbeiter, nicht bloß an der Herstellung, sondern an der Ausdehnung und Erhaltung der deutschen Einheit einzustimmen. Mit Vorsicht und Besonnenheit, mit Tapferkeit und Entschiedenheit ist er einer der wesentlichsten Schmiede des Eisens gewesen, was uns zusammenhält. Und ich bitte Sie deshalb, meinen Dank für Ihre Begrüßung in einem gemeinschaftlichen Hoch entgegen zu nehmen, das wir auf Seine Majestät den König Albert von Sachsen ausbringen. Hoch, hoch, hoch!“

Dann ließ sich der Fürst die Mitglieder der Deputation vorstellen. Besonders herzlich begrüßte er den General von Kusserow, den Vorstand der Liedertafel Herrn Näumann und Herrn Innungs-Obermeister Kaschek, an den er die Worte richtete: „Ich freue mich, Sie zu sehen. Gott segne das Handwerk.“ Hierauf trat der Fürst auf die Estrade. Der Jubel, der in diesem Momente ausbrach, ist unbeschreiblich. Unaufhörlich entblößte der Fürst das Haupt, unaufhörlich grüßte er — die Hochrufe nahmen kein Ende. Wer

das Glück gehabt, in der Nähe der Estrade zu stehen, der hob die Hände empor, um die Hände des Fürsten zu drücken. Unermüdlich war der Fürst hierzu bereit.

Nun galt es noch, den im Anmarsch begriffenen Huldigungszug, welcher 13 000 Fackelträger und nahe an 1600 Sänger zählte, entgegenzunehmen. Die Menschenmenge mochte unterdessen auf 40000 angewachsen sein, noch niemals hatte Dresden Aehnliches erlebt. An der Spitze des imposanten Zuges gingen Mitglieder des Rathes und der Stadtverordneten, hinter welchen der Julius Otto-Bund und der Elbgau-Sängerbund unter Gesängen folgten. Letzerer brachte unter seinem Dirigenten Kantor Schöne das Lied von Adam: „Wie könnt' ich Dein vergessen", der Julius Otto-Bund unter Hugo Jüngst drei Verse vom Liede „Das treue deutsche Herz" zu Gehör und sodann beide Vereine drei Strophen der Wacht am Rhein.

Nach diesem Liede erhob sich der Fürst unbedeckten Hauptes von seinem Sitze und sagte, allenthalben weithin vernehmbar:

„Ich danke Ihnen ganz besonders für das letzte Lied, das Sie gesungen haben; denn es entstammt einer großen Zeit, die wir durchlebt haben. Dieses Lied hat sehr wesentlich dazu beigetragen, die deutsche Einheit zu erringen. Diese Einheit ist unverbrüchlich, und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß diese Einheit zu zerstören noch viel schwerer sein und noch viel mehr Blut kosten würde, als damals, wo wir sie geschaffen.

„Ich habe mein ganzes Leben dem Dienste der deutschen Nation gewidmet; und wenn ich Erfolg erzielte, so ist das in meinen alten Tagen ein Beweis, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Das gegenseitige Wohlwollen der deutschen Stämme war früher nicht; es ist das Ergebniß der Politik der letzten Jahrzehnte! Gott erhalte es! Wir wollen sein und bleiben — ein einig Volk von Brüdern, wie wir im Kampfe geworden sind!"

Der Anblick der Dresdener Liedertafel erregte beim Fürsten sichtbar die angenehmsten Erinnerungen (vgl. oben S. 249 ff.).

Der Sängerschaft schlossen sich nunmehr in 9 Zügen einige 90 Corporationen und Vereine an. Fürst Bismarck war über diese imposante Kundgebung, deren Entfaltung allerdings kaum geahnte Schwierigkeiten bot, freudig überrascht. Immer von Neuem grüßte er, ohne besondere Ermüdung zu zeigen, die vorüberziehenden Gruppen, die in ihrem Kommen und Gehen $1^1/_2$ Stunden Zeit beanspruchten.

Auch an einem drolligen Zwischenfall hat es hierbei nicht gefehlt. Naturgemäß strebte Jeder der in endlosem Zuge Vorüberziehenden eifrigst, die

Hand des Fürsten zu ergreifen und zu drücken. Hatte der Fürst auf das Zureden des getreuen Leibarztes sich zuweilen gesetzt, so erhob er sich doch immer wieder nach wenigen Secunden, um immer von Neuem kurze Worte und Händedrücke auszutauschen. Da verfiel Dr. Schweninger, als der Fürst sich doch wieder einmal niedergelassen hatte, auf die Idee, seine eigene Hand über die Balustrade hinaus den Heranziehenden entgegenzuhalten. Die Ersten merkten den frommen Betrug auch thatsächlich nicht; plötzlich nahte ein braver, aber mißtrauisch veranlagter Handwerksmeister, der gleichfalls Schweninger's Hand drückte, sie aber dann kurzgefaßt zur Seite schlug und energisch die „echte“ Hand forderte, die ihm der Fürst dann auch lächelnd darbot.

Erst $^1/_2$12 Uhr war es dem greisen Herrn, für den die stürmischen Hurrahs kein Ende nehmen wollten, vergönnt, sich in seine Gemächer zur Ruhe zurückzuziehen; lange nach Mitternacht war es, als die letzten Abtheilungen ihre Sammelplätze zum Niederlegen der Fackeln erreicht hatten. Obwohl von 8—11 Uhr Abends Hunderttausende die Straßen durchströmten, war doch nicht der geringste störende Zwischenfall vorgekommen, so groß auch namentlich auf dem Theaterplatz der Andrang war.

Die Leutseligkeit aber und die Unermüdlichkeit, mit der der Fürst die Tausende von Zurufen und die zahlreichen Händedrücke entgegennahm, machte auf Alle einen tiefergreifenden Eindruck.

Der Sonntag Morgen (19. Juni) versammelte schon frühzeitig eifrige Verehrer des Fürsten auf dem Platze vor Hotel Bellevue, die geduldig der Stunde der Abfahrt harrten. Zahlreiche Blumengewinde und Bouquets wurden in das Hotel gesandt, darunter ein Strauß, der besonders durch seine Pracht auffiel, vom Hoflieferanten Geyer. Namentlich auch aus den Kreisen der Dresdener Aristokratie waren zahllose Angebinde gesandt, die Zahl der Depeschen und einlaufenden Briefe war bedeutend. Ein großer Theil der hohen Aristokratie sandte den fürstlichen Herrschaften seine Karten.

Bald nach halb 11 Uhr verließ der Fürst seine Wohnräume und schritt zum Wagen hinab. Abermals die Huldigungen wie am Abend zuvor, wieder der Jubel, wieder dieselbe helle Begeisterung. Ueberall streckten sich Hände mit Blumensträußen entgegen; aus ihrer Zahl sei nur noch der eine genannt, den die Frau des Hoteldirectors Welzer dem Fürsten darbot. Im vorderen Wagen nahm das fürstliche Paar und Dr. Schweninger Platz, im zweiten Wagen Landrath von Kotze nebst Gemahlin, sowie Dr. Chrysander und Redacteur Dr. Liman.

Auch jetzt konnten die Wagen größtentheils nur im Schritt fahren. Eine besondere Huldigung bot sich dem greisen Kanzler in der prächtig geschmückten Wilsdrufferstraße. Vor dem Hotel de France ergoß sich über den Wagen

des Fürsten ein förmlicher Blumenregen. Hier stand auch, sehr stark vertreten, um ihr Banner geschaart, die Dresdener Liedertafel, welche den Fürsten mit einem brausenden Hoch begrüßte und Sr. Durchlaucht und der Fürstin glückliche Reise wünschte.

Vor dem Rathhause begrüßten den Scheidenden noch einmal in corpore Rath und Stadtverordnete, dann ging es die See- und Pragerstraße hinab zum Böhmischen Bahnhof. Von den dichtbesetzten Balcons, aus allen Fenstern tönten jubelnde Hochs, zahllose Blumen flogen herab in den Wagen — auch hier war der Weg des Fürsten eine via triumphalis, auch hier war der Eindruck der Begeisterung überwältigend, unvergeßlich!

Wohin der Wagen kam, drängte die Menge heran und strömte hinter dem Wagen her, dem Fürsten die Hand zu drücken oder noch einen Gruß zu empfangen. Als der Fürst auf dem Böhmischen Bahnhofe seinem Wagen entstieg und sich im Aussteigen grüßend gegen die den Wagen umstauende Menge wendete, erhob sich erneuter Jubel, der seines Gleichen nicht leicht wieder finden wird.

Der Fürst betrat hierauf mit seiner Gemahlin und seiner Begleitung den Königssalon, und ihm folgten Oberbürgermeister Dr. Stübel, Generalmajor von Kusserow und Hofrath Dr. Osterloh, um ihm im Namen der Stadt und des Comités das Geleite zu geben. Der Fürst verweilte gegen fünfundzwanzig Minuten im Königssalon und unterhielt sich mit verschiedenen der anwesenden Herren, u. A. mit Oberbürgermeister Dr. Stübel, Herrn von Kusserow, Dr. Osterloh, Dr. Liman. Er äußerte, einen solchen überwältigenden Empfang habe er überhaupt noch nie und nirgends gesehen, und bei einer andern Gelegenheit meinte er zu einem der Vertreter der Presse, diese Massenbewegung erinnere ihn mutatis mutandis an 1848.

Im Königssalon fanden sich nach und nach noch Graf und Gräfin Rantzau, die von Prag herübergekommen waren, Landrath von Kotze und dessen Gemahlin, eine Nichte, sowie Herr von Bismarck, ein Neffe des Fürsten, ein. Der Fürst betrat den Perron, und sofort brach auch hier der orkanähnliche Beifallssturm aus; man stimmte „Deutschland, Deutschland über Alles“ und andere Lieder an. Der Fürst kehrte wieder in den Salon zurück, nachdem auf dem Perron verschiedene hübsche Episoden vorgefallen waren, unter Anderem ein kleines Mädchen der Fürstin einen Blumenstrauß überreicht hatte, begleitet von einem Knäblein in der historischen Uniform des Reichskanzlers.

Als endlich die Stunde der Abfahrt nahte, erhob sich der Fürst, der sich im Salon etwas ermüdet niedergelassen hatte, und betrat zum zweiten Male den Perron. Nur mit Mühe konnte er mit der Fürstin sein Coupé erreichen, denn nun konnte die Polizei die angesammelten Menschenmassen nicht mehr zurückstauen, man stürzte ihm entgegen, küßte ihm die Hände und umjubelte ihn mit ununterbrochenen Hochrufen. Endlich gelang es dem Fürsten, bis

zu seinem Coupé vorzudringen, das ganz zu einem Blumengarten ausgeschmückt war, und von hier aus überschaute er nun die wild durcheinander drängende Menge, die die Hände erhob, um ihm die Hand zu drücken. Man ließ den Fürsten, die Fürstin, Graf Herbert Bismarck und dessen Braut leben, man stimmte von Neuem patriotische Lieder an, und als man auf Wunsch des Fürsten Stille hergestellt hatte, sprach dieser noch einige letzte Abschiedsworte, mit denen er versicherte, er würde gern Allen die Hand geben, aber die Hand thäte ihm schon weh, er habe nur eine Hand, aber er danke Allen und werde bis an sein Lebensende diesen Empfang in Dresden nicht vergessen.

Langsam setzte sich der Zug in Bewegung, man rief „auf Wiedersehen!“ von allen Seiten, und, so sagt Dr. Liman in den „Dresd. Nachr.“, so entführte der schnell eilende Zug das Bild des geliebtesten Volkshelden, den jemals ein Volk aufs Gewaltigste verherrlicht hat. Der Fürst war auch hier mit seinem schwarzen Schlapphut, der weißen Binde und dem schwarzen Rock bekleidet. Niemand, der ihn gesehen hat, wird die Züge des monumentalen Antlitzes mit dem wahrhaft historischen Gesichtsausdrucke vergessen, der auch im harmlosen Verkehr immer wieder wie ein Schatten über die Mienen des großen Mannes geht.

Die Letzten, von welchen er sich verabschiedet hatte, waren seine eigene Tochter, Gräfin Rantzau, mit ihrem Gemahl, denen es geglückt war, bis an den Wagen vorzudringen.

Auch nachdem der Eisenbahnzug sich in Bewegung gesetzt hatte, hielt die Begeisterung an. Dem Geleise entlang, welches bei dem Böhmischen Bahnhof über die Reichsstraße führt, standen die Menschen zu Tausenden in dichtem Spalier und riefen dem allgeliebten Manne noch Glück- und Segenswünsche nach.

* * *

Während der Fahrt durch Sachsen fanden noch kürzere Begrüßungen in Pirna und in Schandau statt; dann ging es auf österreichischen Boden. Hier gestaltete sich gleich auf der ersten Station, in Tetschen, der Empfang zu einer begeisterten Huldigung. Der Fürst verließ den Wagen, unterhielt sich mit den Umstehenden und hielt vor der Abfahrt entblößten Hauptes noch folgende Ansprache:

„Ich freue mich von ganzem Herzen und danke Ihnen sehr, daß ich hier an der Grenze Oesterreichs so warme Aufnahme gefunden habe. Es ist stets mein Bestreben gewesen, mit diesem engverbündeten Staate die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen, und ich freue mich, daß mein Sohn bei seiner Verheirathung in privater Beziehung vollständig denselben Weg einschlägt, den ich in der Politik angestrebt habe.

„Die Freundschaft mit dem blutsverwandten und geschichtlich verbündeten Nachbarreiche, mit dem wir eine lange Grenze theilen, wird auch weiterhin

auf die beiderseitigen Beziehungen Einfluß nehmen, und ich hoffe, daß sich diese Beziehungen weiter pflegen, und daß Sie immer, in alle Ewigkeit, unsere Freunde bleiben, oder wenigstens so lange, als wir hier Anwesenden auf dieser Welt leben und wirksam sein werden! Wenigstens so lange ich lebe, werde ich das Werk, das ich im Jahre 1879 persönlich in Wien nicht ohne Mühe durchgesetzt habe, nicht im Stiche lassen."

Aehnlich wie in Tetschen verliefen die Begrüßungen in Iglau und Znaim.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." bringt unter dem 19. Juni (20. Juni, A.-A.) die nachstehende politische Erörterung über die Reise des Fürsten nach Mitteldeutschland und Oesterreich:

Fürst Bismarck auf Reisen. Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck auf Reisen" hatte zu Anfang der Woche ein Berliner freisinniges Blatt der Befürchtung Ausdruck verliehen, die Reise des Alt-Reichskanzlers zur Hochzeit seines Sohnes könne, wenn auch vielleicht nicht den Zweck, so doch zum Mindesten das Resultat haben, die Verwendung „fremder Fürsten" für seine Rückkehr in das Amt oder doch für die Wiederherstellung seines Einflusses in irgend welcher Form herbeizuführen. Selbst „der Zweck" war zugegeben, und diese Lesart klingt seitdem in den Blättern dieser Richtung wieder.

Interessant ist dabei wohl nur die Furcht, welcher in so seltsamer und so unnöthiger Weise Ausdruck verliehen wird, eine Furcht, die gleichmäßig in der freisinnigen, der ultramontanen und der socialdemokratischen Presse zum Ausdruck gelangt. Damit ist die Summe der eigentlichen Gegnerschaft des Fürsten Bismarck nahezu umschrieben, und damit ist zugleich auch angedeutet, wer eigentlich von seinem Rücktritt bisher Nutzen gehabt hat oder doch erwartet. Zu jener komischen Unterstellung und Befürchtung gesellte sich dann noch die gewaltige Anstrengung, welche ein anderes Berliner Blatt machte, um die Deutschen in Wien von einer Begrüßung des Fürsten abzuhalten. Es wurde ein ganzes Register von Schlechtigkeiten veröffentlicht, welche der Fürst und Graf Herbert in Bezug auf Oesterreich begangen haben sollten, während bekanntlich der Fürst in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 ausdrücklich ausgesprochen hat, welchen Werth Deutschland auf die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn zu legen habe, und hinzufügte: „Wenn Oesterreich nicht existirte, müßten wir es schaffen."

Sind somit seine eigenen Auffassungen in diesen Beziehungen vor der Mitwelt und der Geschichte festgelegt — von 1867 bis 1871 war es sein unausgesetztes Bemühen, ein gutes Verhältniß zu Oesterreich her-

zustellen, und ihm allein war es zu verdanken, wenn im Jahre 1866 Oesterreich gegenüber „die Siege ohne Gleichen" durch eine Mäßigung ohne Gleichen überboten wurden —, so ist Graf Herbert viel zu sehr überzeugter Anhänger der Politik seines Vaters, um in dieser Cardinalfrage anderer Ansicht zu sein. Wenn selbst bis in höchste deutsche Kreise hinein vor Jahresfrist die Einflüsterung einen Augenblick Boden gewonnen haben mag, daß eine die Auflösung Oesterreichs behandelnde Broschüre[1]) die Anschauungen des ehemaligen Staatssecretairs des Auswärtigen Amtes wiederspiegele, so hat sich doch längst Gelegenheit gefunden, dem in überzeugendster Weise entgegenzutreten, und heute glaubt kein ernsthafter Mensch mehr an die Unterstellung, daß die Auflösung Oesterreichs jener Politik entsprechen könne, deren Grundgedanke Jahrzehnte hindurch die Erhaltung Oesterreichs, seines Einflusses und seiner Integrität gewesen ist.

Was nun die „fremden Fürsten" anbelangt, deren Einfluß angeblich zu Gunsten des ersten Kanzlers aufgeboten werden soll, d. h. zu Gunsten von Wünschen, die er gar nicht hat, so könnten bei dieser Reise doch nur der König von Sachsen und der Kaiser Franz Joseph in Betracht kommen. In Bezug auf die „Reichskanzlerfrage", wenn es eine solche gäbe, ist der König von Sachsen kein „fremder Fürst". Er hat für die Wiederherstellung des Reiches als einer der obersten Heerführer gestritten, war persönlich unserm alten Kaiser von Herzen ergeben, und sein kluger Rath ist in der Aufrichtung und Weiterentwickelung des Reiches gerade vom Fürsten Bismarck stets dankbar empfunden worden. Und nicht nur vom Fürsten Bismarck. Unvergessen ist der Toast,[2]) in welchem Kaiser Wilhelm II. sich im Sommer 1888 bei König Albert für die treue Sorge bedankte, welche er — dem Kaiser Friedrich ertheilten Gelöbniß gemäß — ihm, dem Sohn und Nachfolger, zugewendet habe, und dabei die Mitwirkung des Königs an der Gestaltung und Festigung unserer deutschen Verhältnisse mit besonderem Danke hervorhob. Heute ist König Albert, des Reiches Feldmarschall, der Nestor unter den deutschen Fürsten, welcher für die Einigung des Reiches in Rath und That gestritten — ein Regent, dessen stets kluger Rath und gereifte Erfahrung vollberechtigten Anspruch auf Beachtung haben, während seine militairische Befähigung ihn zu einer der Gestalten macht, auf welche das deutsche Volk und Heer für Tage der Noth und Gefahr mit größtem Vertrauen blickt.

---

[1]) Max Bewer, Der Untergang Oesterreichs, Dresden 1891, Druckerei Glöß.

[2]) Rede des Kaisers im Residenzschlosse zu Dresden am 7. September 1889 (bei Penzler a. a. O. S. 67 ff.).

Aber von dem Allen ganz abgesehen, halten wir dafür, daß es für die deutschen Fürsten überhaupt keine gleichgültige Frage ist, wer an der Spitze der Geschäfte des Reiches steht. Der Reichskanzler wird ja vom Kaiser ernannt, aber er ist in Wahrheit der erste Beamte des Reichs, d. h. der Gesammtheit der zum Reiche verbündeten Fürsten und freien Städte. Das persönliche Vertrauen der deutschen Fürsten ist für den Reichskanzler nächst dem Vertrauen des Kaisers die erste Bedingung seiner Wirksamkeit. Fürst Bismarck hat dieses Vertrauen der Herrscher von Bayern, Sachsen und Württemberg im höchsten Grade besessen, es ist ihm unvermindert bis auf den heutigen Tag bewahrt worden. Wenn diese Fürsten es vermieden haben, in der Kanzlerfrage Stellung zu nehmen und Einflüssen entgegenzutreten, die in der Krisis von 1890 eingewirkt haben, so folgte daraus doch nicht, daß sie in einer Frage, welche die vitalsten Interessen des Reiches, der deutschen Dynastien und der deutschen Einzelstaaten so nahe berührt, als „fremde Fürsten“ anzusehen sind.

Anders liegt die Sache in Bezug auf den erlauchten Herrscher von Oesterreich-Ungarn. Wie erinnerlich, sandte bald nach dem 1. April 1890 Kaiser Wilhelm II. den damaligen Flügeladjutanten Grafen Wedel mit einem eigenhändigen Schreiben nach Wien, um dem Kaiser Franz Joseph über die Ursachen des Rücktrittes, richtiger der Entlassung des Fürsten Bismarck Aufschluß zu geben. Das Schreiben und sein Träger sollen gleichzeitig die Versicherung überbracht haben, daß die Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn durch diesen Wechsel in der Leitung der deutschen Politik nicht berührt werden würden. Kaiser Franz Joseph sandte bald darauf gleichfalls ein eigenhändiges Schreiben nach Berlin, und in Rohnstock[1]) wird wohl auch noch ein mündlicher Gedankenaustausch über diesen Gegenstand stattgefunden haben.

Man sagt, daß namentlich in den politischen Kreisen Ungarns die Entlassung des Fürsten Bismarck mit besonderer Befriedigung begrüßt worden sei, weil damit Aussicht auf eine active Orientpolitik und auf einen Handelsvertrag eröffnet wurde, welcher beim Fürsten Bismarck nicht zu erreichen war. Der ersehnte Handelsvertrag ist dem Rücktritt des Fürsten auf dem Fuße gefolgt, und in der Orientpolitik wich die Magnetnadel bald sehr stark von dem bisher innegehaltenen Course ab; die Ernennung des Herrn von Stablewsky zum Erzbischof von Posen lediglich auf Grund einer Rede, in welcher er die Unterstützung seiner Landsleute für den Kampf gegen Rußland zur Verfügung stellte, mußte

[1]) Bei der Anwesenheit Kaiser Franz Josephs zu den preußischen Manövern in Schlesien am 17. September 1890; vgl. Band I, S. 254 ff.

ebenso wie in St. Petersburg auch in Wien zu denken geben und als ein charakteristisches Symptom der deutschen Politik verzeichnet werden.

Was vom Standpunkte des ungarischen Chauvinismus richtig sein kann, auch wenn es recht undankbar gegen den Fürsten Bismarck ist, dem die Ungarn gerade recht viel zu verdanken haben, braucht aber wohl noch nicht den Anschauungen des Kaisers Franz Joseph zu entsprechen, welche in der Politik des verbündeten Kaiserstaates doch die maßgebenden sind. Wir neigen vielmehr zu der Ansicht: dem Kaiser Franz Joseph ist eine deutsche Politik werthvoller, deren persönliche Einflüsse stark genug sind, zwischen den Gegensätzen, die Oesterreich-Ungarn und Rußland trennen, die hemmende und mäßigende Hand zu halten.

Die großen Monarchien haben heutzutage andere Interessen, als sich in Kriegen zu zerfleischen, deren Preis wahrscheinlich niemals den erforderlichen ungeheuren Opfern an Gut und Blut entsprechen würde. Kein Interessengegensatz, der sie trennt, ist so mächtig wie die Interessengemeinschaft, welche sie verbinden muß; und wir vermögen einstweilen die Zuversicht nicht aufzugeben, daß die letztere sich doch auf die Dauer stärker erweisen wird, als alle chauvinistischen Strömungen in den einzelnen Ländern. Das ist stets der leitende Gedanke der Politik des Fürsten Bismarck für die Beziehungen der drei Kaiserreiche gewesen.

Wenngleich der Herrscher Oesterreich-Ungarns sich selbstverständlich den Geboten der Vorsicht nicht entziehen konnte, welche die kriegerischen Vorbereitungen, verbunden mit einem überlauten Chauvinismus, in Rußland ihm auferlegten, so hat er dem Grundgedanken der Bismarck'schen Politik doch stets Vertrauen und Anerkennung in einem Maaße gezollt, daß wohl anzunehmen ist, der Rücktritt des Staatsmannes, mit welchem er so viele und entscheidende Berathungen gepflogen und durch welchen vor nunmehr dreizehn Jahren die Allianz abgeschlossen wurde, die seitdem der Grund- und Eckstein der europäischen Politik geworden ist, habe ihn seinerzeit mit aufrichtigem Bedauern und mit nicht geringer Sorge erfüllt. Selbstverständlich kann und wird niemals davon die Rede sein, daß Kaiser Franz Joseph sich für die Reactivirung des Fürsten Bismarck, in irgend welcher Form, verwendet, so wenig, wie man in Wien deutsche Rathschläge in analogen Fragen der Habsburgischen Monarchie annehmen würde.

Bemerkenswerth ist aber jedenfalls die Thatsache, daß die lediglich private Familienfeier der Vermählung des Grafen Herbert Bismarck durch die begleitenden Nebenumstände, ganz abgesehen von den Erörterungen in der Presse aller Länder, doch zu einem politischen Ereigniß für Europa geworden ist. Nicht mit Unrecht wird in Paris die An-

wesenheit zweier russischer Botschafter bei der Hochzeitsfeier im Palais Palffy als ein Umstand verzeichnet, der doch ganz erheblich schwerer in die Waage fällt als die Maklerdienste, die Herr von Mohrenheim den Großfürsten Konstantin in Nancy[1]) verrichten ließ. Die Grüße, welche Kaiser Alexander dem Fürsten Bismarck durch den Grafen Waldersee sandte,[2]) geben jener Thatsache noch ein besonderes Gewicht.

* * *

In Wien kommt der Zug Abends kurz nach 10 Uhr an. Auf dem Perron sind über zweihundert Personen, Herren und Damen, erschienen, darunter viele deutsche Reichsangehörige, sowie die Reichsrathsabgeordneten Polak und Fuss. Die Anwesenden bilden Spalier, als kurz vor Ankunft des Zuges die Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck, Graf Hoyos, Comtesse Marguerite Hoyos und die übrigen Familienmitglieder erscheinen. Als der Zug einläuft, erblickt man im zweiten Waggon neben der Fürstin Bismarck aufrechtstehend den Fürsten Bismarck in dunklem, hochgeschlossenem Rocke und Ueberzieher. Der Fürst, welcher vortrefflich aussieht, winkt dem Grafen Herbert Bismarck zu und lüftet grüßend den schwarzen Schlapphut auf die enthusiastischen Zurufe des Publicums. Dieses schwenkt die Hüte und Tücher und ruft: „Hoch Bismarck! Heil Bismarck!" und löst im Verlangen, den Fürsten recht nahe zu sehen, das Spalier, so daß einiges Gedränge entsteht und der Fürst nur langsam an der Seite Herbert Bismarck's die kurze Strecke zum Wartesaal zurücklegen kann. Unter ununterbrochenen brausenden Hochs empfängt der Fürst, sichtlich gerührt und freundlich lächelnd, die Huldigungen mannigfacher Art, die Blumenspenden, Händedrücke und Handküsse. Namens der deutschen Frauen Wiens überreicht Frau Generaldirector Oertel der Frau Fürstin Bismarck ein Rosenbouquet.

Während der Fürst den Wartesaal durchschreitet, ist er wieder dicht umdrängt, alles sucht seine Hand zu erhaschen, einen freundlichen Blick zu bekommen. Endlich kann der Fürst mit Graf Herbert Bismarck und dem Professor Schweninger den offenen Wagen besteigen, während die Fürstin und Graf Wilhelm Bismarck im geschlossenen Wagen folgen. Auf der Fahrt zum Palais Palffy ist der Fürst ununterbrochen von Sympathiekundgebungen begleitet, in der Wallnerstraße bildet das Publicum Spalier. Im Palffy'schen Palais werden die Gäste vom Hausherrn und der Gräfin Gabriele Andrassy herzlichst begrüßt.

Am Montag, den 20. Juni, Vormittags, gönnt sich der Fürst vollständige Ruhe und bleibt im Palais Palffy. Erst am Nachmittag unternimmt er

---

[1]) Am 4. Juni 1892; vgl. S. 272 f.

[2]) Nach der Zusammenkunft Kaiser Wilhelm's II. mit dem Zaren in Kiel am 7. Juni 1892; die Grüße wurden vom Grafen Waldersee bei dem Besuche in Friedrichsruh am 17. Juni überbracht; vgl. oben S. 289.

in Begleitung des Grafen Herbert eine Ausfahrt, wobei er vielfach erkannt und von den Passanten achtungsvoll begrüßt wird. Im Laufe des Nachmittags statten dann der Fürst und Graf Herbert dem deutschen Botschafter Prinzen Reuß einen Besuch ab; darauf fährt der Fürst vor dem Ministerium des Auswärtigen vor und giebt seine Karte für den Minister Grafen Kalnoky ab. Endlich giebt der Fürst auch Karten bei dem Oberhofmeister Prinzen Hohenlohe und dem Nuntius Galimberti ab und fährt dann in den Prater, von wo er gegen $5^1/_2$ Uhr zurückkehrt.

Kurz vor 7 Uhr empfängt der Fürst den Besuch des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kalnoky. In den ersten Stunden des Nachmittags fahren gegen 60 Wagen mit Studenten und Deputationen deutschnationaler Vereine vor dem Palais des Grafen Palffy vor, um in der Portierloge Karten für den Fürsten und die Fürstin Bismarck abzugeben.

An dem Familiendiner beim Grafen Hoyos nehmen der Fürst und die Fürstin nicht Theil, sondern bleiben im Palais Palffy. Hier veranstaltet dann am Abend der Hausherr eine glänzende Soirée, an der u. A. auch Graf Kalnoky, die russischen Botschafter an den Höfen von Berlin und Wien, die Botschafter Englands und Italiens, der Minister Szögyenyi, Baron Chlumetzky, der Attaché der deutschen Botschaft in Rom, von Below, der deutsche Consul Baron Liebig, also ein großer Theil der officiellen Kreise Theil nehmen.

Gegen 11 Uhr erscheinen der Fürst und die Fürstin Bismarck; sie nehmen zahlreiche Vorstellungen entgegen, und der Fürst zeigt sich in bester Stimmung.

Auf ein Zeichen des Hausherrn begiebt sich dann die ganze Gesellschaft in die Galerie, deren Fenster nach dem Hofraum hinausgehen. Dort hat sich der Wiener akademische Gesangverein versammelt, um dem Fürsten ein Ständchen darzubringen. Nach dem vortrefflichen Vortrag von drei Chorgesängen und einem melodischen Hoch auf den Fürsten steigt dieser in den Parterreraum hinab, um den Sängern seinen Dank zu sagen. Seine Ansprache hat ungefähr folgenden Wortlaut:

„Ich danke Ihnen herzlich für die schöne, melodiöse Begrüßung, die aus Freundesherzen kommt und zum Herzen dringt. Wir werden die alte Stammesgenossenschaft jederzeit pflegen; solange ich gewirkt habe, sogar wie wir uns gegenüberstanden, habe ich immer an ein festes Band gedacht, welches nothwendig zwischen uns Beiden ist. Ich freue mich, daß ich heute, als Privatmann erscheinend, solcher Vertiefung unserer Beziehungen begegne; diese haben nächst Gott die Völker ihren Regenten zu verdanken. Halten Sie immer fest zu Ihrem Vaterlande! Meinerseits wird Alles geschehen, diese

Freundschaft zu erhalten, deren Dauer die Gnade Gottes hoffentlich gewähren wird."

Der Obmann des Vereins dankt darauf dem Fürsten und betont die deutsche Gesinnung der Sänger, Fürst Bismarck fragt dann, ob alle Sänger Studenten seien; auf die Bejahung sagt der Fürst:

„Um so größere Ehre ist es für Sie, daß Sie neben der Wissenschaft die Kunst so eifrig pflegen; gerade Kunst und Wissenschaft sind es, welche die verschiedenen deutschen Länder zusammenhalten. Wien hatte immer große Bedeutung im deutschen Kunstleben; die Namen Mozart und Haydn bezeugen, was Wien auf musikalischem Gebiet geleistet hat; schon damals ist die Kunst das Bindemittel der deutschsprechenden Völkerschaften gewesen. Deutsche Musik, deutsche Poesie sind es, welche hier zusammenklingen und ein geistiges Band bilden, welches alle Kämpfe der Vergangenheit überdauert hat, wie die politischen Gefahren. Möge die Kunst immer ein Bindemittel unserer gegenseitigen nationalen und geschichtlichen Beziehungen sein!"

Die Studenten bringen dem Fürsten darauf enthusiastische Ovationen dar; es wird ihm ein Silberbecher credenzt, aus welchem er einen kräftigen Zug thut.

Als der Fürst wieder die Treppe emporsteigt, sagt er nochmals den Sängern seinen aufrichtigen Dank, worauf erneute Ovationen folgen und die Sänger die „Wacht am Rhein" anstimmen.

Das glänzende Fest dauert dann noch bis 1 Uhr. Der Fürst, dessen Frische und Elasticität allgemein freudig bewundert werden, nimmt fortwährend den regsten Antheil an der Unterhaltung. Gleichwohl läßt sich der Eindruck der Berliner Machinationen nicht gänzlich verwischen. Sehr zutreffend schließt die Münchener „Allg. Ztg." den Bericht über dieses Fest mit folgender Betrachtung:

„Wie bietet doch die Schaubühne nur einen matten Abglanz der Pracht und der Bitterkeit des wirklichen Daseins! Da fehlen oben im Saale alle Mitglieder der deutschen Botschaft in Wien, deren Chef sich in den edelmüthigsten Bestrebungen erschöpft hatte, den Bruch zu heilen. Da stehen zwei mächtige Herrscher verstimmt abseits, welche so lange den weisen Rathschlägen des großen Staatsmannes gelauscht hatten. Festglanz und gerechte Bitterniß des Herzens; Begeisterung des Volkes und ungnädiges Abwenden der Höfe; das verklärte Lächeln der Braut und die ernsten Erwägungen der Familie von Staatsmännern, in die sie tritt — all das vereinigte sich zu dem fesselndsten Gemälde, das nur die Phantasie ersinnen könnte."

Der 21. Juni ist der Hochzeitstag des Grafen Herbert Bismarck. Die Trauung findet in der helvetisch-reformirten Kirche in der Dorotheenstadt statt. Fürst Bismarck erscheint in der Kürassieruniform mit dem Schwarzen

Adlerorden, dem Eisernen Kreuz erster Klasse und dem Großkreuz des Stephansordens. An der Trauung nehmen außer der Familie Bismarck, Hoyos und Palffy zahlreiche Vertreter des Adels Theil, vielfach in der Tracht der ungarischen Magnaten. Vom Hofe und von der diplomatischen Vertretung ist aber Niemand zugegen.

Ein störender Zwischenfall hatte sich auf der Fahrt des Fürsten zur Kirche ereignet. Den „Hamb. Nachr." wird telegraphisch darüber gemeldet:

Als Fürst Bismarck mit dem Grafen Herbert zur Kirche fuhr, durchbrach ein Mann in dürftiger Kleidung das Spalier und warf ein in braunes Papier eingeschlagenes, etwa zwei Finger dickes Packet in Großquartformat in den Wagen. Das Packet traf den Fürsten auf die Brust, welcher sich, momentan irritirt, zurücklehnte, während Graf Herbert vom Sitze aufsprang, das Packet ergriff und aus dem Wagen warf. Das Individuum, welches das Publicum zu lynchen drohte, wurde von der Polizei auf die nächste Wachtstube gebracht, gebärdete sich dort seltsam und erklärte, Rache haben nehmen zu wollen, weil er vom Fürsten Bismarck mit Füßen getreten worden sei. Das Packet enthielt schmutzige, weiße Schriften mit Aufschrift: „Für Bismarck und die Oeffentlichkeit." Schließlich wurde constatirt, daß das Individuum ein gewisser Ferdinand Lorenz, aus Bayern gebürtig, in Wien zuständig und geistig gestört war. Lorenz will eine Holzschneidemaschine erfunden, diese dem Fürsten Bismarck vorgezeigt und eine ungerechte Abweisung erfahren haben.

Das Hochzeitsmahl findet im engsten Kreise im Palais Palffy statt. Nach einem Toast des Grafen Géza Andrassy auf das neue deutsch-österreichisch-ungarische Bündniß erhebt sich der Fürst zu folgenden Worten:

> „Ich danke zunächst dem Herrn Grafen Andrassy für die Erinnerung an die politische Vereinigung der beiden großen Reiche, denen wir angehören, eine Verbindung, zu deren Zustandekommen sein Herr Onkel, mein treuer Freund, so viel beigetragen hat. Der Sympathie zu Oesterreich-Ungarn bin ich bis zu diesem Augenblicke treu geblieben und werde ihr immer treu bleiben, weil sie der natürliche Ausdruck unseres Herzensbedürfnisses in Deutschland ist. Dann aber bitte ich Sie, auf das Wohl der Angehörigen des österreichisch-ungarischen Reiches, welche mir heute besonders nahe getreten sind, auf das Wohl des Herrn Grafen und der Frau Gräfin Hoyos, der Eltern meiner neuen Tochter, Ihr Glas zu leeren."

Gegen 5 Uhr treten die Neuvermählten ihre Hochzeitsreise an, die sie zunächst nach Linz führt.

* * *

Die Münchener „Allg. Ztg." bringt von diesem Tage (21. Juni) aus Wien folgendes Telegramm:

Dringende Einwirkungen von Berlin führten den Entschluß herbei, daß Fürst Bismarck vom Kaiser Franz Joseph nicht empfangen wurde. In discretester Weise hatte der deutsche Botschafter, Prinz Reuß, vermittelt. Noch als der Fürst von Friedrichsruh abreiste, schien Alles in freundlichem Gange. Im letzten Augenblicke kam die Entscheidung, so daß die Kronprinzessin Stephanie, die sich eine Karte für die Trauung bestellt hatte, plötzlich abreiste. Kein Mitglied der deutschen Botschaft erscheint heute in der Kirche.

* * *

Am Vormittag des 22. Juni stattet die Gemahlin des deutschen Botschafters Prinzen Reuß dem Fürsten und der Fürstin Bismarck einen längeren Besuch ab. Die Tochter des dem Fürsten Bismarck stets besonders geneigten Großherzogs von Sachsen(-Weimar) erhob damit an ihrem Theile Protest gegen die von der Münchener „Allg. Ztg." gemeldeten Beeinflussungen von Berlin aus.

Es sei gleich hier eine spätere Meldung der „Hamb. Nachr." (M.-A. vom 11. August) eingefügt über die Thätigkeit, die die Prinzessin schon vorher in der Angelegenheit des Bismarck'schen Besuches in Wien entfaltet hatte:

Einem Berliner Blatte ging vor einiger Zeit aus Wien nachstehende Schilderung der Vorgänge zu, die sich dort vor der Bismarck'schen Hochzeit abgespielt haben und die wir nachträglich noch mittheilen zu sollen glauben.

„Längere Zeit vor der Hochzeit, als es festgestellt war, daß diese in Wien gefeiert werden sollte, suchte man von Friedrichsruh aus alle Fragen der Convenienz und der Etikette in der sorgsamsten Weise klarzustellen. Da es bekannt ist, daß die Gemahlin des deutschen Botschafters am Wiener Hofe, Prinz Reuß, die Tochter des Großherzogs von Weimar, eine ebenso taktvolle Dame als begeisterte Verehrerin der Bismarck'schen Familie ist, so schien sie als Vermittlerin besonders geeignet. Sie wendete sich im legalen Wege an den für diese Fragen zuständigen ersten Hofbeamten, den Oberhofmeister Fürsten Hohenlohe, der mit dem Kaiser Franz Joseph Rücksprache nahm, insbesondere betreffs der Audienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser. Die auf diesem Wege der Prinzessin Reuß zurückgegebene Antwort lautet dahin, daß Kaiser Franz Joseph es natürlich und selbstverständlich finde, daß Fürst Bismarck als alter und bewährter Freund seines Hauses und der österreichischen Politik ihm seine Aufwartung mache. In dieser Zeit dachte Niemand in Wien daran, daß der Anwesenheit Bismarck's von Berlin aus ein anderer Charakter beigemessen werden könnte, als der eines freundschaftlichen Wiederbegegnens alter Bekannten. Der Botschafter Prinz Reuß war zu dieser Zeit

bettlägerig krank und kümmerte sich um die Angelegenheit garnicht. Trotzdem kam sie zu Ohren des gesammten deutschen Botschaftspersonals, und aus dem Kreise gelangte ein Brief an den Grafen von Caprivi, der ihm die Vorkommnisse meldete. Erst auf Grund dieses Briefes trat die Action von Berlin ein, welche dazu führte, daß dem Fürsten Bismarck die nachgesuchte Audienz versagt wurde. Dieses Vorgehen wurde von dem Fürsten Bismarck und namentlich von seinen ungarischen Freunden um so peinlicher empfunden, als der Fürst hiervon erst in zwölfter Stunde erfuhr, zu einer Zeit, als es ein Rückwärts für ihn nicht mehr gab."

Mittags um 2 Uhr begiebt sich das fürstliche Paar zum Grafen August Zichy nach Penzing zum Frühstück. Während der Fahrt dorthin werden sie in der Mariahilferstraße und in der Schönbrunnerstraße vom Publicum lebhaft begrüßt. Kurz vor dem Einmünden in die stille Schmidtgasse, wo die Villa des Grafen August Zichy liegt, passirt der Wagen das Palais des Herzogs von Cumberland, das Fürst Bismarck aufmerksam betrachtet. Bei dem Eintreffen des Fürsten in der Villa ist die Gesellschaft bereits versammelt, bestehend aus den Angehörigen der Familien Bismarck, Hoyos, Whitehead. Man dejeunirt im Park.

Der Fürst hat Tags zuvor beim Hochzeitsmahle besonderen Gefallen an den wienerischen Weisen der Capelle Drescher bekundet, weshalb Graf Zichy die Tafelmusik auch heute durch diese Capelle besorgen läßt. Der Fürst äußert, er höre Wiener Musik, aber auch Wiener Lieder gern. Demgemäß werden echte Wiener Volkslieder unter Musikbegleitung vorgetragen. Der Fürst ist sehr heiter und klatscht nach jedem Stück Beifall. Das Dejeuner dauert zwei Stunden, worauf der Fürst Bedürfniß nach der Pfeife empfindet. Mittels Fiakers wird der im Palais Palffy vergessene Pfeifenkasten rasch herbeigeschafft. Um $^1/_2$5 Uhr kehrt die Gesellschaft in die Stadt zurück.

Der Fürst, die Fürstin, Graf und Gräfin Hoyos, Baron und Baronin Plessen fahren nach dem Hotel Metropole zum Besuche des Grafen Henckel von Donnersmarck. Bald umgibt das Publicum das Hotel und bringt dem Fürsten beim Verlassen des Hauses Ovationen dar. Das Fürstenpaar kehrt dann ins Palais Palffy zurück und fährt um 7 Uhr wieder ins Hotel Metropole, um beim Grafen Henckel das Mittagsmahl einzunehmen.

Nach dem Diner begiebt sich die ganze Gesellschaft nach dem Prater und in den Park der Theater-Ausstellung. Man fährt nach „Altwien" zum Stalehner, wo die Schrammeln spielen. Das Publicum umdrängt den Fürsten und bringt ihm immer neue Ovationen. Der Fürst Bismarck folgt mit Interesse den Vorträgen der Volkssänger Edi und Biedermann und des Kunstpfeifers Lang. Gleich beim Eintritte hat sich der Fürst ein Krügel Lagerbier geben lassen und auf einen Zug geleert.

Nach einer Viertelstunde läßt er seinen Wagen kommen, in den die Damen Blumen werfen, und fährt langsam, während das ganze Publicum unter Hochrufen den Wagen umgiebt, zum Pavillon des Münchener Bürgerbräus. Hier empfangen den Fürsten der deutsche Reichscommissar Hilger, sowie der Vertreter des Münchener Bürgerlichen Bräuhauses, Robert Underberg. Die Zigeunercapelle Horváth wird herbeigerufen und dem Fürsten in einem Kelchglase Münchener Bier servirt. Während der Fürst den ungarischen Weisen lauscht und sich mit den Damen seiner Gesellschaft lebhaft unterhielt, läßt Director Underberg ein im Locale unter Glas und Rahmen aufgehängtes Autogramm des Fürsten herabnehmen und überreicht es dem Fürsten. Es lautet: „Berlin, 2. April 1886. An den Director des Bürgerlichen Brauhauses, Herrn Proelz in München. Für ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage und für die Festgabe, welche dieselben begleitete, bitte ich meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. v. Bismarck.“ Nachdem der Rahmen entfernt, schreibt der Fürst mit Bleistift an den Rand des Documentes: „Gesehen. Wien, den 22. Juni 1892. v. Bismarck.“

Graf Wilhelm Bismarck stellt dem Fürsten den Generaldirector der Ausstellung, Ausspitzer, vor, dem der Fürst bemerkt,

> er habe von der Ausstellung viel Schönes gehört und kenne die Fürstin Metternich aus dem Jahre 1862, da der Fürst preußischer Gesandter in Paris war, als geistsprühende Dame. Er, Bismarck, freue sich, im schönen, gemüthlichen Wien eine so glückliche, zufriedene Bevölkerung gefunden zu haben, zufriedener und glücklicher als in manchen anderen Städten.

Ein Viertel nach Mitternacht bricht die Gesellschaft auf, nachdem der Fürst dem deutschen Commissar Hilger versprochen, wenn halbwegs möglich, die Ausstellung zu besuchen. An das jubelnde Publicum sich wendend, sagt der Fürst:

> „Ich danke Ihnen herzlich für den freundlichen Empfang. Da mich jetzt Verwandtschaftsbeziehungen an Oesterreich knüpfen und ich ein freier Mann bin, hoffe ich Sie noch oft wiederzusehen.“

Darob großer Jubel und Hochrufe des Publicums, das dem Fürsten unablässig zujauchzt, als er den Wagen zur Rückkehr nach der Stadt besteigt.

Am Mittag des 23. Juni besichtigte Fürst Bismarck unter Führung des Bürgermeisters Dr. Prix das Wiener Rathhaus. Dieser führte den Fürsten durch den Arcadenhof zur großen Feststiege in dem vorderen Tracte des Rathhauses, wo sich eine Anzahl Menschen angesammelt hatte, welche den Fürsten mit Hochrufen begrüßte.

Fürst Bismarck schritt die Stiege Anfangs mit fast jugendlicher Leichtigkeit und in ziemlich raschem Tempo empor. Schon auf dem ersten Treppenabsatze aber hielt er inne, warf einen Rundblick auf die Feststiege, fragte, wohin die verschiedenen Stiegen führen, und schritt dann etwas langsamer weiter. Man

bemerkte, daß die starke Bewegung dem Fürsten das Athmen sehr erschwerte und daß er ziemlich mühsam vorwärtsschritt. Auf dem nächsten Treppenabsatze angelangt, blieb der greise Fürst abermals stehen und fragte:

„Wie viel Stufen haben wir wohl schon gewonnen?"

Der Rathhausverwalter antwortete: „Etwa 80. Die Zahl der Stufen bis zum Festsaal beträgt 158." — „Und das nennt man ein erstes Stockwerck", fügte Bürgermeister Dr. Prix bei.

Im Festsaale angelangt, nahm der Fürst auf einer der Sammtbänke längs der Fensterreihe Platz. Er warf einen Blick auf den langen Saal und bemerkte, daß derselbe sehr schön und sehr groß sei. Er fragte dann:

„Wie viele Menschen faßt dieser Saal?"

Bürgermeister Dr. Prix antwortete: „Etwa 4000."

„Das ist viel," meinte der Fürst, „und ist kaum zu glauben. Wenn ich mir ein Bataillon auf Kriegsfuß hereingestellt denke, müßte es dicht gedrängt stehen, um Platz zu finden."

Der Fürst fragte dann um die Bedeutung einiger der Statuen; die Lustres betrachtend, wünschte er zu wissen, ob der Saal mit Gas- oder elektrischem Lichte beleuchtet werde, und fügte auf die Antwort des Bürgermeisters, daß elektrisches Licht verwendet werde, hinzu:

„Ja, das ist der großen Hitze wegen, welche das Gas erzeugt, auch angezeigter."

Fürst Bismarck ließ sich dann die Herren vorstellen, die den Bürgermeister umgaben, und setzte hierauf, nachdem er noch von der Loggia aus einen Blick auf den Rathhausplatz geworfen hatte, den Weg durch den Festsaal in die Nebenräume fort.

In dem Nebensaale, in dem sich Thorwaldsen's „Amor" befindet, ließ Dr. Prix ein Fenster öffnen, um den Fürsten die Aussicht auf das Parlament und die Museen zu zeigen. Fürst Bismarck bewunderte den herrlichen Ausblick, indem er sich des Lorgnons bediente, das ihm aber trotzdem — seiner Kurzsichtigkeit wegen — die Umrisse der das Rathhaus umgebenden Paläste nur ungenau bot. Fürst Bismarck fragte, ob die Kuppel, welche man vom Fenster aus erblickte, sich auf dem Parlamente befinde, worauf ihn der Bürgermeister dahin aufklärte, daß dieselbe das Naturhistorische Hofmuseum schmücke. Auf die Quadrigen auf dem Parlamentsbau hinweisend, fragte Fürst Bismarck:

„Ist das ein Engel mit den Fügeln dort? Es sieht aus, wie wenn der Kutscher des Gespannes ein Engel wäre."

Dr. Prix erwiderte, daß das Parlament mit Quadrigen geschmückt sei, worauf Fürst Bismarck meinte:

„Die Engel sollte man füglich bei einem Parlament außer Discussion

lassen; ich hätte überhaupt für einen Parlamentsbau ein ruhigeres Ornament gewünscht, als ein Gespann."

Vom Amorsaale führte Dr. Prix den Fürsten durch zwei mit den Bildnissen verschiedener verdienstvoller Männer Wiens geschmückte Säle in das Arbeitszimmer des Bürgermeisters und bat den Fürsten, hier an dem Arbeitstische Platz zu nehmen. Der Fürst, der durch den ziemlich weiten Weg ermüdet zu sein schien, setzte sich auf den Stuhl des Bürgermeisters, worauf dieser die Gelegenheit benutzte, den Fürsten um sein Autogramm zu bitten. Der Fürst fragte:

„Wo soll ich meinen Namen hinschreiben?"

Dr. Prix legte einen mit dem Wappen der Stadt Wien geschmückten weißen Bogen Papier, wie sie in der Präsidial-Kanzlei benutzt werden, vor den Fürsten hin; dieser ergriff die Feder und schrieb mit den bekannten großen, markanten Zügen: „Fürst Bismarck, 23. Juni 1892." Als er die Unterschrift vollendet hatte, sagte er zum Bürgermeister:

„Ich schreibe mit einer Stahlfeder schwer, aber mit Mühe ist es mir doch gelungen, meinen Namen zu schreiben."

Bürgermeister Dr. Prix dankte hierauf für das Autogramm, indem er beifügte, daß dasselbe im Museum der Stadt Wien seine Aufbewahrung finden werde.

Im Bureau des Bürgermeisters bemerkte der Fürst das Bild, das Kaiser Franz Joseph in seiner Jugend darstellt. Er fragte: „Ist das der Kaiser?" Auf die bejahende Antwort des Bürgermeisters sagte der Fürst:

„Ja, ich erinnere mich. Ich war im Jahre 1852 einmal als preußischer Gesandter kurze Zeit in Wien und überreichte dem Kaiser damals in Ofen meine Papiere."

Fürst Bismarck erhob sich hierauf, warf noch einen Blick in den Empfangssaal des Bürgermeisters und sagte dann, zu Letzterem gewendet:

„Nun ist es wohl Zeit für mich, daß ich mich wieder zurückziehe."

Es war noch beabsichtigt, den Fürsten auch in die Sitzungssäle des Gemeinderathes und in die Museen zu führen, doch mußte von diesem Vorhaben in Folge der Ermüdung des Fürsten abgesehen werden.

Fürst Bismarck durchschritt nun wieder die Säle und begab sich über die große Feststiege in das Vestibül. Vor demselben war bereits der Wagen des Fürsten, in dem Professor Schweninger Platz genommen hatte, vorgefahren. Der Fürst dankte schließlich dem Bürgermeister, indem er sagte:

„Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister, vielmals für Ihren freundlichen Empfang. Ich nehme den besten Eindruck von Wien mit und hoffe, bald wieder hierher zurückzukehren."

In dem Vestibüle hatte sich mittlerweile eine große Menschenmenge angesammelt, die den Fürsten mit lebhaften Hoch- und Heilrufen begrüßte.

Fürst Bismarck dankte nach allen Seiten hin. Während der Wagen abfuhr, wiederholten sich die stürmischen Acclamationen, in die sich auch die Rufe: „Auf Wiedersehen!“ mischten.

Nach einem Familienfrühstück im Palais Palffy erfolgte am Nachmittag $^1/_2$4 Uhr die Abreise nach München. Obgleich die Stunde der Abreise früher nicht genau bekannt war, hatte sich in der Umgebung des Westbahnhofes und auf dem Perron ein zahlreiches Publicum versammelt, das den Fürsten lebhaft begrüßte Von Wiener Verehrern wurde dem Fürsten ein großer Blumenkorb übergeben. Der Präsident des Vereins „Niederwald“, Oertel, überreichte zwei Kränze dem Fürsten und der Fürstin als Scheidegruß von deutschen Landsleuten in Wien und zum Zeichen dankbarer Verehrung des deutschen Volkes, mit dem Wunsche, daß der Fürst noch lange dem dankbaren, treuen deutschen Volke erhalten bleiben und oft ins gastliche Wien zurückkehren möge.

Der Fürst und die Fürstin dankten und verabschiedeten sich herzlichst vom Grafen Palffy und der Gräfin Andrassy. Die Fürstin küßte die Gräfin Andrassy, und der Fürst hielt noch, aus den Fenstern seines Salonwagens sich beugend, die Hand des Grafen Palffy lange in seiner Hand.

Inzwischen schollen aus dem Publicum immer wieder Rufe: Hoch Bismarck! Heil Bismarck! Glückliche Reise! Wiederkommen! Der Fürst, aufrecht im Coupé stehend, dankte mit freundlichem Lächeln, und unter stürmischen Zurufen verließ der Zug die Halle. Zahlreiche Deutschnationale fuhren mit bis nach St. Pölten.

Die „Neue Freie Presse“ bringt folgende Danksagung Bismarck's:

„Bei Anlaß der Verheirathung unseres Sohnes sind meiner Frau und mir eine so große Zahl Glückwünsche zugegangen, daß ihre einzelne Beantwortung auf der Reise unmöglich ist. Ich bitte Alle, welche uns von hier und aus der Ferne durch wohlwollende Begrüßung geehrt haben, für ihre liebenswürdige Theilnahme unseren herzlichen Dank auf diesem Wege freundlich entgegenzunehmen. v. Bismarck.“

Die „Neue Freie Presse“ fügt hinzu: „Der Fürst legt gleichzeitig Werth darauf, daß wir der Wiener Bevölkerung mittheilen, wie sehr ihn die sympathische und herzliche Theilnahme gefreut habe. Der Fürst ist von seinem Wiener Aufenthalte im höchsten Maaße befriedigt und hat sich in unserer Mitte sehr wohl gefühlt; von den ihm überall entgegengebrachten freundlichen Gesinnungen ist er aufs Angenehmste berührt und wünscht, daß sein Dank öffentlich bekannt werde.“

Bei der Durchfahrt durch St. Pölten überreichen die am Vormittag vorausgefahrenen deutschnationalen Studenten dem Fürsten Bismarck einen großen Blumenstrauß und richten eine Ansprache an ihn, die der Fürst dankend

beantwortet. Auf dem Bahnhofe in Amstetten haben sich ungefähr 150 Personen eingefunden. Bei der Ankunft und Abfahrt des Fürsten erschallen Hochrufe. Der Fürst zeigt sich am Fenster und dankt auf das Freundlichste.

In Linz erwarten Graf Herbert Bismarck und seine Gemahlin die fürstlichen Eltern, um mit ihnen gemeinsam nach Salzburg zu fahren und nachher über Innsbruck weiter zu reisen in die französische Schweiz. Als der Zug ankommt und Fürst Bismarck am Coupéfenster erscheint, bricht das zahlreich versammelte Publicum in Hochrufe aus, die sich wiederholen, als der Fürst Worte des Dankes spricht und daran erinnert, daß er vor 13 Jahren in Linz gewesen sei. Inzwischen ertönt der Ruf: „Hoch der Begründer des Deutschen Reichs! Hoch Fürst Bismarck!" Der deutschliberale oberösterreichische Landtagsabgeordnete Beurle ruft: „Dem größten Mann des Deutschen Reiches!" worauf der Fürst entgegnete:

„Sagen Sie: Begründer des Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland."

Es werden ihm viele Blumenspenden überreicht, bei der Abfahrt des Zuges erneuern sich die Hochrufe, eine Anzahl Studenten singt die Wacht am Rhein.

Und so geht es weiter über Wels und Limbach, von wo aus die bayrische Regierung dem Fürsten einen Extrazug stellt, nach München.

* * *

Am letzten Vormittag seines Wiener Aufenthaltes gewährte Fürst Bismarck einem der Herausgeber der „Neuen Freien Presse", dem Herrn Moritz Benedikt, die Unterredung, deren Inhalt den Anlaß zu den scharfen Angriffen auf den Fürsten in der „Nordd. Allg. Ztg." am 27. und 28. Juni gab. Das genannte Blatt berichtet darüber Folgendes:

Ich war ein wenig befangen, als Professor Schweninger in das Parterrezimmer des Palais Palffy trat, um mich zum Fürsten Bismarck zu geleiten. Ein Gespräch mit dem Fürsten Bismarck ist ein Ereigniß, welches eine Erinnerung für das ganze Leben bildet, und in dem Augenblicke, wo ich dem Manne gegenüberstehen sollte, welcher durch seinen Geist unserer Zeit den politischen Inhalt gegeben hat, bemächtigte sich meiner ein eigenthümliches Gefühl, welches nur unvollkommen als Scheu und Verwirrung bezeichnet werden kann und der Erregung gleicht, die uns auf Berghöhen überfällt.

Professor Schweninger führte mich über eine ziemlich schmale Treppe in den ersten Stock, ich folgte schweigend bis zum letzten Stufenabsatze, wo sich rechts der Speisesaal befindet und links eine weiße Thür den Eingang zu den Gemächern, welche Fürst Bismarck hier bewohnt, verschließt.

Fürst Bismarck empfing mich in einem mäßig großen Zimmer mit bescheidener, aber bequemer Einrichtung, er hatte sich auf einem Sopha nieder-

gelassen, und ich saß an seiner Seite in einem Fauteuil. Ich hatte ihn schon früher wiederholt auf der Straße gesehen, aber ich fand, daß alle Vorstellungen, die man sich von ihm macht, falsch sind. Fürst Bismarck ist sehr groß und hat einen mächtigen Körperbau, aber in dem schwarzen Anzuge mit dem weißen Gilet, welches er trug, erschien er mir durchaus proportionirt, schlank und geradezu elegant. Ich merkte keine Spur von Schwerfälligkeit oder Schwäche, er bewegte sich so frisch und gewandt, daß es fast wie Koketterie klingt, wenn er mit einer gewissen Vorliebe auf sein Alter hinweist.

Auf dem hochaufgeschossenen Körper sitzt ein Kopf, der im Verhältniß klein ist, den aber Niemand vergessen kann, der ihn je gesehen hat. Energie, Klugheit, Hang zur Lebensfreudigkeit, Humor, Würde und Ernst, das Alles läßt sich rasch ablesen und wird durch ein lebhaftes Mienenspiel versinnlicht, das gleichsam einseitig, je nach der Wendung des Gespräches, bald diesen und bald jenen Charakterzug stärker ins Gesicht prägt. Das Schönste ist aber das offen geschnittene, etwas hervortretende, große glänzende Auge mit seiner stahlblauen Farbe. Dieses Auge muß das wichtigste Werkzeug des Fürsten Bismarck gewesen sein; denn der Besucher fühlt, wie es sich prüfend einbohrt, das Ganze der Persönlichkeit zu ergründen sucht, am Körper von oben bis unten mit dem Blicke niedergleitet und nach dem Aufschlage auch das Urtheil kundgiebt. Fürst Bismarck selbst sprach von seinen Augen, indem er lächelnd bemerkte:

„Ich lese so oft, daß mir die Thränen über die Wangen liefen und daß ich geweint habe. Dieses Thränen der Augen ist eine Eigenthümlichkeit, welche schon mein Vater, und, wie ich glaube, auch mein Großvater hatte; und nun schreibt man, was doch nur Schwäche der Augen ist, einer Schwäche der Empfindung zu.“

In der Nähe des Fürsten Bismarck muß die Befangenheit schwinden. Er ist nicht liebenswürdig im Sinne der Herablassung oder der sichtbaren Lust, zu gefallen, er ist einfach, natürlich-menschlich, offen, ohne die Spur einer Affectation. Man hat als Publicist sofort die Vorstellung einer Art von entfernter Berufsgemeinschaft auf dem Boden der Politik; er versetzt den Besucher in eine angenehme, bequeme und im Gleichgewichte ruhende Stimmung, und in die Spannung des Hörers mengt sich das Vergnügen, wenn er vernimmt, wie die Stimme mit einem leisen, norddeutschen Accente, aber fast frei von wirklichem Dialekt, die Sätze bald fließend, bald stockend, da ein Wort suchend und dort ein gebrauchtes verbessernd aus dem Munde holt und wie sich Alles ohne jeden Zwang zur Pointe zuspitzt, die brillant und überraschend zugleich plötzlich hervorbricht.

Dann hat wohl der Fürst selbst zuweilen ein Gefallen daran, er lacht mit dem Munde, den Augen und dem ganzen Gesichte, er schlürft das Wort wie

ein Feinschmecker nach und sucht zu erforschen, ob der Hörer auch wirklich bis in die letzte Feinheit mit eingedrungen ist. Ein solches Gespräch ist ein geistiger Genuß, dem sich nichts vergleichen läßt . . .

Der Fürst sprach seine besondere Freude darüber aus, daß man in Oesterreich mehr Erinnerung habe für seine Thätigkeit, bei der es ihm vergönnt war, mit Oesterreich zu gehen und Oesterreich zu nützen, als für die, wobei er gezwungen gewesen sei, gegen Oesterreich aufzutreten.

„Ich habe eben als Staatsmann meines Landes gehandelt, die Politik meines Landes geführt, das Interesse meines Landes vertreten, was doch natürlich und selbstverständlich war."

Als der Besucher sagte, er gestehe offen, daß sich die Deutschen Oesterreichs besonders hart getroffen fühlten, wenn Eure Durchlaucht . . ., da fiel ihm der Fürst ins Wort:

„Wenn ich als antiösterreichisch gelte. Ich habe gewiß nichts gegen Oesterreich. Man darf auch nicht Alles auf mich zurückführen, was die ‚Hamburger Nachrichten' bringen.[1]) Dieses Blatt hat zu einer Zeit, wo sich alle Welt von mir zurückgezogen hatte, den Muth gefunden, für mich einzutreten und sich mir anzuschließen; es wäre ja doch undankbar, wenn ich das nicht anerkennen würde. Aber Zeitungen schreiben oder redigiren: dazu habe ich weder die Zeit, noch die Arbeitsfähigkeit, noch bei meinem hohen Alter die Lust. Ich empfange hie und da einen Herrn aus Hamburg, der sich mit mir über Politik unterhält, das ist Alles. Man darf mir nicht Alles in die Schuhe schieben, was in den Zeitungen steht unter der Formel: ‚Wie ein Organ des Fürsten Bismarck sagt', oder ‚Wie von der Bismarck'schen Seite gemeldet wird' und dergleichen mehr. Das gilt von der Münchener ‚Allgemeinen Zeitung' und von der ‚Westdeutschen Allgemeinen Zeitung'.

„Mein Standpunkt war, daß ich den Handelsvertrag mit Oesterreich unseren landwirthschaftlichen Interessen widersprechend gefunden habe. Dieses gilt noch mehr vom Vertrage mit der Schweiz, welcher übrigens auch für Oesterreich nicht besonders günstig

---

[1]) Dazu bemerkt die Redaction der „Hamb. Nachr.":

Wir bringen in Erinnerung, daß wir in Uebereinstimmung mit dem Fürsten Bismarck im Laufe der letzten beiden Jahre oft genug Gelegenheit genommen haben, gegenüber willkürlichen Insinuationen der Presse über den Ursprung unserer Artikel darauf hinzuweisen, daß die Redaction der „Hamburger Nachrichten" sich nicht in Friedrichsruh, sondern in Hamburg befindet, daß wir auf die Vertretung unserer eignen Ansichten nicht verzichten und wie jedes andere Blatt den Anspruch festhalten, die Verantwortlichkeit für unsere Publicationen selbst zu tragen. (Vgl. unsere diesbezüglichen Erklärungen vom 21. Mai, 23. Juli 1890 und 28. Februar, 1. und 3. März 1891.) — (Vgl. in unserm Werke: Band I, S. 70f., 178; Band II, S. 46 und 49.)

ist, und außerdem vom italienischen Vertrage, wofür unser Weinbau die größten Opfer zu bringen hat. Beim österreichischen Vertrage beanstandete ich die landwirthschaftlichen Concessionen und Zugeständnisse für einige Industrieproducte; aber einen Vorwurf kann ich Ihren Staatsmännern daraus nicht machen, wenn sie mit Geschicklichkeit die Schwäche und Unzulänglichkeit unserer Unterhändler auszunutzen suchten; da bin ich doch zu lange in der Politik, um dies nicht selbstverständlich zu finden. Dies habe ich auch zum Grafen Kalnoky ausdrücklich gesagt, daß ich es ganz natürlich finde, wenn Oesterreich die Schwäche und die Unzulänglichkeit unserer Unterhändler zu seinem Vortheile benutzt hat. Ich hätte es nicht anders gemacht, und auch die Schweiz hat darin Recht. Wenn ich dagegen unseren Standpunkt vertheidigt habe, kann man daraus nicht schließen, daß ich eine gegen Oesterreich gerichtete Gesinnung hätte. Das für uns nachtheilige Resultat ist dadurch eingetreten, daß bei uns, weil eben Alles geändert und gewendet werden mußte, Männer in den Vordergrund gekommen sind, welche ich früher im Dunkeln hielt."

Fürst Bismarck sagte ferner: „Mein Standpunkt war, daß wir nach 1871 Alles erreicht hatten, was wir zur Selbstständigkeit, zur anständigen nationalen Existenz brauchten. Deutschland kann unmöglich die Vermehrung seines Gebietes anstreben, nach keiner Richtung, sei es an der französischen, an der holländischen, belgischen oder russischen Grenze. Was sollen wir denn auch wünschen? Wir sind gesättigt, und der Zustand Deutschlands erinnert uns an eine Aeußerung Andrassy's: ‚Das Schiff Ungarns ist so voll, daß ein Pfund mehr, sei es nun Dreck oder Gold, es zum Scheitern bringen könnte.' Wir haben ohnehin nichtdeutsche Elemente genug, und Krieg ist keine Kleinigkeit. Ich habe selbst Kriege mitgemacht; ich schrecke vor einem nothwendigen Kriege nicht zurück und selbst nicht vor einem anständigen Untergange. Aber was soll ein Krieg, der kein Ziel hat, und der, wenn uns Gott Erfolg giebt, gar keinen Gewinn bringt? Sollen wir einen Raubzug nach Rußland unternehmen, um dort Geld zu holen? Das wäre schwer. Oder soll Rußland Aehnliches in Deutschland thun? Auch Rußland kann keinen Wunsch haben, sein Gebiet auf unsere Kosten zu vermehren, denn es wird mit den Deutschen in den baltischen Provinzen ohnehin schwer fertig. Deshalb war es mein Gedanke bei Schaffung des österreichischen Bündnisses, gerade im österreichischen Interesse und damit wir die österreichische Politik wirksamer unterstützen und fördern könnten, den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren und uns immer die Möglichkeit zu erhalten, mit der russischen Politik in Fühlung zu bleiben.

Das liegt ja im österreichischen Interesse; denn was will Oesterreich? Oesterreich will Frieden, und ich denke, Oesterreich hat an Bosnien wohl genug.

„Nicht wahr?“ wiederholte der Fürst, „Sie haben genug an Bosnien und wünschen sich keine Vermehrung?“

Und hat sich, fragte der Besucher, dieser Zustand seit der Demission Eurer Durchlaucht geändert?

Der Fürst antwortete mit rascher Wendung des Kopfes:

„Ja! Dadurch, daß wir keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitzen, daß wir nicht mehr in die Lage kommen, Rußland zu rathen. Was kann denn ein Staatsmann thun? Er muß die Kriegsgefahr kommen sehen und verhüten. Es ist wie beim steeple-chase: man muß wissen, wie das Terrain ist, worauf man sich bewegt, ob man auf Sumpf- oder festen Boden kommt. Man muß Erfahrung haben, man muß wissen, ob man die Kraft hat, das Hinderniß zu nehmen, und ob der Graben nicht zu breit ist, um über ihn hinwegzusetzen. Nicht wahr, Sie verstehen mein Gleichniß?“

Gewiß, Durchlaucht, aber durch welche Thatsachen sind die Veränderungen in den Beziehungen zu Rußland nach der Demission Eurer Durchlaucht eingetreten?

„Diese Thatsachen sind das Schwinden des persönlichen Vertrauens. Ich hatte durch das Vertrauen, welches man mir schenkte, Einfluß auf den russischen Botschafter in Berlin. In der letzten Unterredung, die ich mit dem Kaiser von Rußland vor meiner Demission hatte, sagte er mir, nachdem ich ihm meine politischen Anschauungen dargelegt hatte: ‚Ja, Ihnen glaube ich und in Sie setze ich Vertrauen; aber sind Sie auch sicher, daß Sie im Amte bleiben?‘ Ich sah den Kaiser erstaunt an und sagte: ‚Gewiß, Majestät, ich bin dessen ganz sicher, ich werde mein Leben lang Minister bleiben!‘ Denn ich hatte keine Ahnung, daß eine Aenderung bevorstehe, während der Zar selbst, wie seine Frage zeigte, von der Wandlung, die sich vollziehen sollte, bereits unterrichtet sein mochte. Diese persönliche Autorität und das Vertrauen fehlen bisher meinem Nachfolger, und daraus, daß ein solcher Factor fehlt, welcher auf die russische Politik Einfluß zu nehmen vermag, erklärt sich die Veränderung, welche seit meiner Demission in der politischen Situation Europas eingetreten ist.“

Halten Durchlaucht diese Veränderung für eine Verschlimmerung?

„Ja! Der Draht ist abgerissen, welcher uns mit Rußland verbunden hat. Ich betrachte als Hauptziel der Politik die Erhaltung des Friedens. Wohin würden wir kommen, wenn wir nach einem glücklichen Kriege mit Rußland zwei Nachbarn hätten, die uns mit ihren Revanche-

gedanken immer bedrohen würden, einer im Westen, einer im Osten? Krieg mit Frankreich mag unausweichlich sein; es handelt sich da immer nur darum, daß sich dort ein Mann findet, welcher Pulver in das Wasser — der Fürst wies dabei auf sein Glas — schüttet, damit es aufschäumt. Das ist eine Frage, der wir im Laufe der Jahre kaum ausweichen werden. Anders jedoch mit Rußland. Deutschland hat nicht das geringste Interesse an einem Kriege mit Rußland und umgekehrt. Zwischen uns liegt nicht der geringste Gegensatz der Interessen. Wir haben von einander nichts zu wünschen, nichts zu gewinnen. Auch Oesterreich ist ein friedfertiger Staat, und gerade Oesterreich könnten wir dienen, wenn der Draht, der uns mit Rußland früher verband, nicht abgerissen wäre."

Durchlaucht, hat sich die Lage auch durch politische Thatsachen verschlimmert?

„Wie gesagt, in erster Linie durch eine Schwächung des deutschen Einflusses auf die russische Politik. Der deutsche Botschafter in St. Petersburg hat jetzt viel weniger Einfluß als früher. Dazu treten andere Umstände, die insbesondere die Wandlung der polnischen Politik betreffen. Man hat einen Polen zum Erzbischof von Posen gemacht und ihm eine Stelle gegeben, welche im Interesse der deutschen Politik einem deutschen Katholiken gebührt hätte. Gewiß hat dieser polnische Bischof in Elbing eine staatstreue Rede gehalten und bezüglich der deutschen Nation besser gesprochen, als er als Pole sonst thut, aber er hat doch selbst da den Gegensatz zu Rußland ziemlich deutlich hervorschimmern lassen. Die Politik gegenüber den Polen in Posen hat das Vertrauen, welches unsere Regierung früher in Rußland genoß, geschädigt, unseren Einfluß ebenfalls herabgemindert!"

Und ist Angesichts der Bedenken, welche Eure Durchlaucht gegen die jetzige deutsche Politik hegen, nicht bei Eurer Durchlaucht das Bedürfniß vorhanden, wieder die Leitung der Regierung zu übernehmen?

„Das ist ganz aussichtslos. Ich bin dieses Jahr nicht in den Reichstag gegangen, nicht weil ich mich körperlich nicht rüstig fühlte; im Gegentheile, ich habe mich sehr wohl gefühlt, was ich immer daran erkenne, wie mir das Reiten bekommt. Ich wäre sehr gut im Stande gewesen, kraft meiner schon früher gewonnenen Autorität im gleichen Geleise den Wagen fortzuziehen. Die Politik ist keine Wissenschaft, wohl aber eine Kunst, zu deren Ausübung Erfahrung gehört. Aber jetzt — wer weiß, ob ich in Rußland das alte Vertrauen, welches ich früher genossen, wieder fände, und wer weiß, ob in Oesterreich? Letzteres glaube ich wohl. — Ich bin nicht in den Reichstag gegangen, weil ich, wenn ich dort erscheinen würde, die Regierung en visière ouverte angreifen

müßte, gewissermaßen als Chef der Opposition. Das würde mich in zahlreiche persönliche Gegensätze bringen. Allerdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen. Man sprach davon, mich zum Präsidenten des Staatsrathes zu machen. Warum nicht lieber zum General-Adjutanten, da ich doch Uniform trage? Dann könnte ich die Minister gegen den Kaiser, oder diesen gegen die Minister schützen und die Camarilla wäre fertig. Auf solche Dinge gehe ich nicht ein."

Hier lachte der Fürst herzlich und sagte:

„Dazu fehlt mir doch die christliche Demuth!"

Haben Durchlaucht den Plan, in den Reichstag zu gehen, aufgegeben?

„Gewiß nicht. Das hängt von den Umständen ab."

Könnte nicht eine äußere Nothwendigkeit Durchlaucht veranlassen, die politische Bühne wieder zu betreten?

„Ich glaube nicht; es ist vorüber. Der Fehler der jetzigen Politik besteht darin, daß eben der Draht, welcher uns mit Rußland verknüpfte, abgerissen ist, und ob er wieder anzuknüpfen ist, vermag ich nicht zu sagen. Wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen ist, so ist die Lage schwierig. Fortwährend mich auf Nebengeleisen zu bewegen und immer auszuweichen, ist überhaupt nicht meine Sache. Das ist wohl für immer vorüber. Freilich, die Kritik der heimathlichen Zustände kann man einem so alten Politiker wie mir nicht verwehren. Dieses Recht kann ich mir für die wenigen Jahre meines Lebens nicht nehmen lassen, und ich habe nur unsere Regierung, welche unsere handelspolitische Situation nicht genügend gewahrt hat, getadelt, aber nicht die Ihre, welche von dieser Situation Gebrauch machte."

Der Fürst kam dann wieder auf Wien zu sprechen:

„Es klingt ein wenig wie Ueberhebung, wenn ich von meiner Popularität in Wien spreche, aber ich finde kein anderes Wort. Diese Popularität hat mich sehr gefreut. Ich war nie grundsätzlicher Gegner Oesterreichs, sondern immer nur Wahrer unserer eignen Interessen, was man mir als vaterländischem Staatsmann nicht übelnehmen kann. — Ich würde am liebsten wie ein einfacher Privatmann durch die Straßen Wiens spazieren gehen, wenn ich nicht", wie der Fürst lächelnd hinzufügte, „fürchten müßte, daß dann die Polizei wieder Arbeit bekommt. Ich lege den größten Werth darauf, daß meine Dankbarkeit für die Aufnahme in Wien der Bevölkerung bekannt gegeben wird."

Fürst Bismarck hatte mit großer Lebhaftigkeit gesprochen, die Unterredung schien ihn selbst zu interessiren, denn er wurde ungeduldig, wenn ein Diener ins Zimmer trat und eine Störung verursachte. Das Gespräch hatte nahezu drei Viertelstunden gedauert, die Gräfin Hoyos wurde gemeldet, und ich erhob mich unter dem mächtigen Eindrucke des Gehörten und einer so bedeutenden und doch so anziehenden Persönlichkeit. Ich habe in dem ganzen Gespräche kein Ausweichen wahrgenommen. Der Fürst sprach wie ein freier Privatmann, dem seine Vergangenheit den Anspruch giebt, ein Mahner und Rather seines Volkes zu sein.

Der Aufenthalt in Wien hat einen sonnigen Schimmer über sein ganzes Wesen gebreitet. Er scherzte über die Zumuthung, welche der Aufnahmsfähigkeit seines Magens gemacht worden sei, und er meinte, er habe sich oft über die Souveraine gewundert, welche bei festlichen Gelegenheiten genöthigt seien, drei- oder viermal im Tage zu speisen. Fürst Bismarck zeigte nicht die Merkmale der Verbitterung, der heitere Untergrund seines Gemüthes bricht stets im Gespräche hervor, welches sich wie mit einem Zaubermantel bis zu den steilsten Gipfeln der Politik erhob. Ich verließ ihn mit dem Eindrucke, als hätte ich der Geschichte selbst ins Angesicht gesehen.

* * *

Je länger es unbestimmt geblieben war, ob Fürst Bismarck auf der Reise nach Kissingen München besuchen würde, und je weiter, auch nachdem diese Frage bejahend entschieden war, durch zweimalige Verlängerung des Aufenthalts in Wien die Ankunft in der bayrischen Residenz hinausgeschoben wurde, desto höher war auch dort die festlich-freudige Erwartung gesteigert worden.

Nachdem am 23. Juni ein förmlicher Sturm mit Regen geherrscht hat, bessert sich nach Mitternacht gegen 1 Uhr Morgens das Wetter. Um diese Zeit beginnt auch die Bahnhofshalle mit den amtlichen Persönlichkeiten und geladenen Gästen sich zu füllen, die den Fürsten und die Fürstin Bismarck erwarten. Anwesend sind u. A. Schauß, Lenbach, viele Künstler, Bürgermeister und Gemeinderäthe als Empfangscomité, während auf dem Bahnhofsplatze die Feuerwehr Aufstellung genommen hat und die Vereine und Studirenden Kopf an Kopf mit Fackeln bis zur Wohnung des Fürsten, der Villa des Malers Lenbach, Spalier bilden.

Um 2 Uhr fährt der Extrazug in die Halle, und die Musikcorps intoniren einen Marsch und dann die „Wacht am Rhein“. Als der Fürst auf die enthusiastischen Begrüßungen hin freundlich grüßend den Hut zieht und aussteigt, bricht ein Jubel aus, der Alles mit fortreißt. Der Vorstand des Comités von Miller, Lenbach und Andere begrüßen den Fürsten mit Händedruck, und mehrere anwesende Damen überreichen ihm und seiner Gemahlin

kostbare Blumensträuße. Das Publicum drängt mit unbeschreiblichem Jubel an den Fürsten und begleitet ihn unter stetem Hochrufen und Hüteschwenken zu dem offenen Wagen im Hofe. Der Fürst nimmt mit seiner Gemahlin im ersten blumenübersäten Wagen Platz. Lenbach und das Gefolge schließen sich an, und unter stets sich erneuerndem Jubel fährt der Fürst in seine Wohnung.

Dort in dem herrlich beleuchteten Palast und der großartigsten Umgebung der Propyläen, der Glyptothek und des Kunstausstellungsgebäudes werden die hohen Gäste von dem Hornquartett der Gesellschaft „Allotria“ mit Fanfaren begrüßt. Der Fürst dankt ununterbrochen auf das Freundlichste und begiebt sich sodann in seine Gemächer.

Die sechs Zimmer sind prachtvoll eingerichtet, mit Kostbarkeiten gefüllt und bieten einen schönen Blick auf die Anlagen der Glyptothek. Im Mittelsaale befindet sich ein Balcon, von welchem aus der Fürst wiederholt für die Ovationen dankt. Das Publikum singt die „Wacht am Rhein“ und patriotische Lieder und entfernt sich hierauf mit Hurrahrufen auf die gefeierten Gäste.

Am andern Morgen umstehen von früher Stunde an zahlreiche Gruppen die fahnengeschmückte Wohnung des Fürsten Bismarck, um bei dessen Ansichtigwerden stets in stürmische Hochrufe auszubrechen. Im Verlaufe des Vormittags sprechen einzelne intimere Bekannte des Fürsten vor, und um 11 Uhr bringt der akademische Gesangverein ihm eine Huldigung dar, die der Fürst vom Balcon des Hauses anhört.

Er sagt in seiner Ansprache:

> „Ich freue mich, daß mir hier in München ein solcher Empfang zu Theil geworden ist. Um die frühe Morgenstunde, zu der ich angekommen bin, hätte ich bloß noch Nachtwächter auf der Straße erwartet.“

Im Laufe des Vormittags erscheint auch eine Deputation aus Augsburg bei dem Fürsten. Sie bittet um den Besuch des Fürsten auf der Fahrt nach Kissingen und erhält sofort eine freundliche Zusage:

> „Ich komme gern zu Ihnen. Ihr Oberbürgermeister ist mir so ein alter lieber politischer Freund.“

(Oberbürgermeister Dr. Fischer; vgl. Bd. I, S. 206.)

Darauf macht der Fürst dem ihm seit lange befreundeten königlichen Oberstallmeister Grafen Holnstein einen längeren Besuch; bei ihm wird auch das Frühstück eingenommen, dessen Speisenfolge lauter bayrische Nationalgerichte aufweist.

Am Nachmittag erscheint in der Wohnung des Fürsten eine städtische Deputation, bestehend aus dem Ersten Bürgermeister Dr. Widenmayer und 8 Gemeinderäthen (4 liberale, 3 clericale und 1 conservativer). Der Erste Bürgermeister begrüßt den Fürsten mit der folgenden herzlichen Ansprache:

„Durchlauchtigster Fürst, durchlauchtigste, gnädigste Fürstin! Wie unvorbereitet München war, die hohen Gäste würdig zu empfangen, davon ist unser großer Mitbürger (Lenbach), dessen Heim Ew. Durchlaucht mit Ihrem Besuche beehrt haben, ein unverdächtiger Zeuge. Aber das Herz ist zu festlichem Gruße immer bereit da, wo es mit Verehrung, Dank und Liebe betheiligt ist. So bittet die Stadt München, ihren Willkommgruß zu würdigen.

„Wir haben mit warmer Theilnahme und innigen Segenswünschen Eure Durchlaucht auf Ihrer Reise nach der schönen Kaiserstadt begleitet, als Sie in den gewaltigen Baum des Bismarckstammes ein neues holdes Reis aufnahmen.

„Der Jubel, mit dem München Eure Durchlaucht empfing, ist nicht mit dem Winde verweht, denn er wurzelt in dem Dank einer gut deutschen Stadt für die unvergänglichen Verdienste Euer Durchlaucht um Deutschlands Einigung, um Kaiser und Reich und in dem besondern Dank der bayrischen Hauptstadt für die Bayern allzeit bewiesene Freundschaft.

„Mögen viele frohe Stunden in diesem Künstlerheim Ihr und der Fürstin Herz erfreuen. Der Bürgerschaft Münchens aber bitten wir die besondere Ehre zu erweisen, das Haus der Stadt zu besuchen."

Stehend erwidert darauf der Fürst, fast eine Viertelstunde sprechend, Folgendes:

> „Meine Herren, ich bin sehr dankbar für die hohe Ehre Ihres Besuchs. Als ich diese Reise antrat, that ich es mit dem hoffnungsfrohen Herzen eines Vaters, der für seinen Erstgeborenen eine Lebensgefährtin findet, die Allem entspricht, was ein Vater seinem Sohn wünschen kann. Aber ich habe nicht erwarten können, daß meine Befriedigung durch eine so glänzende Aufnahme überall und durch politische Erfahrungen (anders kann ich es auch als Privatmann nicht bezeichnen) erhöht werden sollte, wie ich sie, besonders in Dresden und hier, gemacht habe.
>
> „Die wohlwollenden Begrüßungen, welche mir zu Theil wurden, sind eine Genugthuung für mich, besonders weil Niemand, der sich mir nähert, Grund hat, von mir irgend etwas zu erwarten oder zu fürchten, während in Amt und Würden ein gewisser Abzug geboten ist. Ich bin tief gerührt davon und in hohem Maße erfreut. Es ist mir, ich möchte sagen, als wenn ich Absolution von meinen politischen Sünden erhielte, die ich ja begangen habe wie jeder Andere, der so lange wie ich am Ruder geblieben ist. Es ist das ein Zeugniß, daß die besseren Eindrücke meiner Amtsführung die überwiegenden geblieben sind, und ich habe das Gefühl eines Primaners, der mit einem guten Abiturientenzeugniß abgeht.

„Zugleich geben mir diese Kundgebungen Grund zu fester Hoffnung für unsere deutsche Zukunft. Das ist keine Ueberhebung; denn die Aeußerungen des Wohlwollens für mich persönlich sind ein Ausdruck

der Befriedigung mit den Zuständen wie sie sind, und da ist Aussicht, daß die 50 Millionen unserer Landsleute sich das Errungene nicht werden rauben lassen. Es ist eine besonders gnädige Führung Gottes gewesen, daß er unsere lange von der Vorsehung scheinbar vergessene Nation Wege geleitet hat, die zu einer dauernden Einigung zu führen geeignet waren. Nehmen Sie an, die Einigung wäre durch kriegerische Macht von irgend einer Seite erzwungen worden; da wäre in den Vergewaltigten das Gefühl der Gegnerschaft schwer erloschen, und die Dauer des Werkes zweifelhaft. Aber Gott hat uns so geführt, daß in jenem Werdegange — wie man im Norden sagt — alle Volksstämme mit deutschen Armes Kraft mit auf den Ambos zugeschlagen haben, auf dem die Einheit geschmiedet ward. Die Sachsen bei St. Privat, die Württemberger vor Paris, die Bayern bei Wörth, Bazeilles und im Schnee von Orleans, sie Alle haben freudige und stolze Erinnerungen an die Tage unserer Einigung. Das ist Gottes Gnade, daß es so gekommen ist.

„Wenn nach 1866 das Deutsche Reich schon hergestellt wäre, so hätte es auf Viele unserer Landsleute doch den Eindruck einer Gewaltthat gemacht; und der Bürgerkrieg als einziges Mittel zur Lösung des gordischen Knotens unserer geschichtlich übernommenen Uneinigkeit würde trübe Ausblicke in die Zukunft verstattet haben. Aber, daß wir Alle vereint haben mithelfen können, ist die Bürgschaft der Dauer.

„Vollkommen ist ja nichts auf der Welt, und wir werden immer noch Zwirnsfäden zu lösen haben, aber doch nur Zwirnsfäden. Im Ganzen ist die Einigung von allen Stämmen gebilligt, und die Eintracht der Stämme, die ich als Vorbedingung inneren Friedens und äußerer Geltung und Sicherheit stets betrachtet habe, ist vorhanden. Nach engeren Formen der Einheit zu streben ist unnöthig: das Beste ist des Guten Feind, ohne daß ich deswegen in Allem contenti estote sagen möchte.

„Der deutsche Sinn wird uns nicht verlassen, und ich glaube nicht, daß äußere Gewalt uns etwas thun kann. Ich gehe noch weiter, ich glaube nicht, daß die große Gefahr, welche im teutonischen Selbstständigkeitsgefühle liegt, uns auseinandersprengen könnte. Trotz aller Utopien bleibt herrschendes Princip in Deutschland doch immer die öffentliche Meinung des großen Durchschnitts der gebildeten Stände. Und was meine Aufnahme in großen Städten wie Dresden und hier betrifft, so ist sie mir deswegen so wohlthuend, weil sie von dem eben bezeichneten ausschlaggebenden Theile der Bevölkerung ausgeht. Ich werde in den heimischen Wald befriedigter zurückkehren, als ich ihn verließ.“

Daß die Popularität des Fürsten nicht bloß in den höheren Kreisen, sondern

auch im Volke selbst wurzelt, beweist eine Rundfahrt, die er mit seiner Gemahlin und Professor Lenbach im Laufe des Nachmittags unternimmt und bei der er von allen Seiten mit spontanen Kundgebungen begrüßt wird. Den Schluß der Rundfahrt bildet ein viertelstündiger Besuch im Hofbräuhause, wo er mit Professor Lenbach einen sogenannten Stehhumpen leert.

Laute Hochrufe ertönen, als Fürst Bismarck anfährt, und im Augenblick ist der ganze Platz dicht mit Leuten besetzt, die der Rückkehr des Fürsten harren. Dieser ist inzwischen in die sogenannten Arcaden des Bräuhauses getreten, setzt sich dort auf die Bank zu einfachen Leuten und trinkt, bis sein Krug kommt, aus dem Kruge eines gegenübersitzenden bejahrten Schmiedes. Der Besuch verursacht selbstverständlich das größte Aufsehen, die Gäste drängen sich dicht an den Fürsten und seine Begleiter heran, Viele stellen sich auf Stühle, Bänke und Tische. Auf das unermüdliche Hochrufen hält er eine kurze Ansprache, in der er daran erinnert, daß er bereits vor 42 Jahren einmal an diesem Platz gestanden und das vortreffliche Hofbräuhausbier getrunken habe. Münchener Bier, wenn auch nicht Hofbräubier, werde jetzt noch stets in seinem Hause getrunken. Er stößt mit einem Studenten an. Der Chorus ruft „Schmollis!"

Nach 8 Uhr Abends stellen sich die Studirenden zum Fackelzuge auf; eine Stunde später erreicht das erste Musikcorps des 1600 Fackeln zählenden Zuges die Lenbach'sche Villa; und nun entwickelt sich eine großartige Huldigung der Studenten und auch der Einwohnerschaft, die sich zu Tausenden eingefunden hat. Unter Hochrufen, die Chargirten in Wichs, ziehen die sämmtlichen Corps mit je einem Musikcorps vorüber, den Fürsten begrüßend, dessen gewaltige Gestalt manchmal durch den Rauch der Fackeln hindurch sichtbar wird. Auch die Fürstin und Professor Lenbach nebst Gefolge sehen vom Balcon aus dem Vorbeizuge zu. Nach dem allgemeinen Absingen der Wacht am Rhein hält der Erste des präsidirenden Corps eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf Bismarck endet.

Der Fürst antwortet etwa Folgendes:

> „Ich sage Ihnen herzlichen Dank für die Begrüßung, die Sie mir hier darbringen. Ich kann Sie nur bitten, das heutige Fest zu beenden, indem Sie meinem Worte sich anschließen, daß wir das Deutsche Reich, welches unter dem alten deutschen Kaiser in Verbindung mit Ihrem erhabenen Prinzregenten, unserm erlauchten Kriegskameraden, vor 22 Jahren begründet wurde, daß wir dieses Reich mit eisernen Klammern festhalten."

Jubelnder Zuruf folgt diesen Worten. Dann wird der Vorbeimarsch wieder aufgenommen, und damit endigt diese akademische Feier für die Oeffentlichkeit.

Nach dem Fackelzug findet in der Lenbach'schen Villa eine ungezwungene Unterhaltung statt, an der eine illustre Gesellschaft Theil nimmt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" berichten darüber:

Der Fürst war auf das Tiefste gerührt über die ihm bereiteten Ovationen, trug aber mit seltener Frische und jugendlicher Kraft bis zu später Stunde die Kosten der Unterhaltung, wobei er von Zeit zu Zeit wieder seine lange Pfeife anzündete.

In längerem Gespräch weilte der Fürst mit Dr. Paul Heyse. Man sprach von den Verdiensten König Ludwig's II. um die Errichtung des neuen Deutschen Reichs.

„Der König," so sagte der alte Kanzler, „hat damals zuerst an den Kaiser geschrieben, daß es ihm schwer sein würde, sich in die Neuordnung der Dinge zu finden, wenn der König von Preußen nicht der primus inter pares würde. Wenn der König von Preußen Kaiser würde, werde sich die gesammte Neuordnung anders gestalten. Er selbst hat damals zum alten Kaiser gesagt, Majestät komme nur auf diesem Wege dahin, nicht länger ein Neutrum zu sein. Der Kaiser fragte: Wieso? Majestät würden dann ewig nur das Präsidium sein."

Paul Heyse kam auch auf König Max zu sprechen und meinte, Seine Majestät hätte sich schwerer in die Neuordnung der Dinge gefügt, zumal er ein ernster Vertheidiger der Triasidee gewesen sei. Der romantische, hoch=ideale Zug Ludwig's habe gewiß viel dazu beigetragen, den Kaisergedanken zu verwirklichen.

„Das ist sehr richtig," antwortete Bismarck. Kaiser Wilhelm sei ein Mann des vorigen Jahrhunderts gewesen und habe auch daran fest=zuhalten gesucht, mit großer Gerechtigkeit und Schonung aller bestehenden Verhältnisse an der Einigung des deutschen Vaterlandes zu arbeiten, wenn auch nicht auf der Grundlage des alten Bundes, so doch nicht in ganz neuer Form. Ebenso sei König Max in alten Traditionen auf=gewachsen, während das junge Geschlecht anderen Ideen sich zugewendet.

Die Unterredung gab auch Gelegenheit, Geibel's zu gedenken. Geibel, so meinte Paul Heyse, hat sich von Anfang an mit der Kaiseridee getragen. Wir jungen Leute hatten dies noch als Utopie betrachtet, sind aber bald in die neuen Ideen hineingewachsen. Es ist eine Genugthuung für den alten Sänger des Reichs gewesen, daß er die Verwirklichung seines Traumes noch erlebte. Bismarck entgegnete:

Diese Wünsche sind im Volke sehr verbreitet gewesen, aber ohne Lebens=gefahr für den Bestand Deutschlands würde es niemals dahin gekommen sein, daß dessen Stämme sich zusammengeschlossen hätten. Nur der Noth und der großen Begeisterung verdanken wir das Reich.

„Durchlaucht kennen die Weltgeschichte besser als ich,“ fuhr Heyse fort; „aber darin müssen Sie mir Recht geben, daß niemals ein Mann, der so viel geleistet und so sehr im öffentlichen Leben gewirkt hat, eine so unmittelbare Liebe und Verehrung im Volke genossen wie Eure Durchlaucht. Friedrich der Große z. B. war in seinen alten Tagen im Volke nicht beliebt.“

„Je länger man lebt, desto mehr ist man genöthigt, Menschen gegenüber zu treten und sich Feinde zu machen. Die Dankbarkeit zieht sich zurück, wenn man seine Pflicht gethan hat. Ich bin von der Anhänglichkeit und Liebe so gerührt, daß ich nicht immer gleich die Worte finde, um so zu danken wie ich möchte,“ entgegnete der Fürst.

Der Fürst sprach dann noch über Forstcultur und hieran anknüpfend über die vielfach auftauchenden Pflasterungsfragen. Der Fürst meinte, daß Holzpflaster ihm am zweckmäßigsten erscheine. „Ich bin aber hier vielleicht parteiisch, weil ich selbst ‚Holzhändler‘ bin.“

Als Chronisten müssen wir auch noch einer Aeußerung Erwähnung thun, die der Fürst anläßlich der großen Ovationen, die ihm dargebracht worden, gethan hat:

„Früher“, sagte er, „war mein ganzes Bestreben dahin gerichtet, das monarchische Gefühl im Volke zu heben. An den Höfen und in der officiellen Welt wurde ich gefeiert und mit Dankbarkeit überhäuft. Das Volk wollte mich steinigen. Heute jubelt mir das Volk dafür zu, während die anderen Kreise mich ängstlich meiden. Ich glaube, das nennt man Ironie des Schicksals.“

* * *

Am 25. Juni Mittags Punkt 12 Uhr fuhr am Münchener Rathhause der Wagen vor, mit dem der Fürst und die Fürstin kamen, um der Einladung der städtischen Deputation zur Besichtigung des Hauses Folge zu leisten.

Am Portal des Rathhauses wurden die Gäste von dem Comité mit dem Bürgermeister Dr. Widenmayer an der Spitze empfangen. Der Fürst reichte dem Bürgermeister freundlich die Hand und begab sich dann mit den Mitgliedern des Comités sowie der Fürstin in das Innere. Corridore und Treppen waren geschmückt, und im schön decorirten Sitzungssaale war ein Ehrentrunk bereitet. Der Bürgermeister führte die Fürstin in den Saal, ihnen folgte der Fürst. Beide hohen Gäste nahmen inmitten der Uebrigen an der Tafel Platz, wo neben dem Frühstück in goldenen Bechern der Ehrenwein (Deidesheimer Gewächs) aufgetragen war.

Der Bürgermeister entbot in warmer, begeisterter Rede dem hohen Paare Namens der Stadt München den Willkommensgruß mit folgenden Worten:

„Ich reiche Euer Durchlaucht den Becher zum Ehrentrunk. Gepriesen sei die Stunde, in der Euer Durchlaucht das Haus der Stadt

betraten. Sie wird im Herzen Derer, die sie mit erlebt, wie im Buche der Stadt fortdauern als eine Stunde des Glücks.

„Wir denken in diesem weihevollen Augenblicke an die gewaltigen Dinge, die im deutschen Volke seit 22 Jahren geschehen sind, an die geheiligten Gestalten, denen das deutsche Volk seine nationale Wiedergeburt verdankt, vor Allem an des großen Reichskanzlers eigene Thaten. Jeder Tag dieses Lebens stand im Dienste deutscher Einheit und Größe.

„Nehmen Euer Durchlaucht den Dank und Segen der Stadt München aus dem Munde seiner Vertreter entgegen und die wärmsten Wünsche für Ihr und der fürstlichen Familie Wohl und Glück.

„Stimmen Sie mit mir ein, meine Herren Collegen, in den Ruf: „Seine Durchlaucht Fürst Bismarck, er lebe hoch!“

Fürst Bismarck erhob sich hierauf, um mit klarer, nicht selten bewegter Stimme ungefähr zu erwidern:

> „Ich bin von meiner Heimath ausgefahren, um meinem Hause eine neue Tochter zu werben. Daß ich bei dieser Gelegenheit Tausende und Abertausende von Freunden, und nachdem ich nicht mehr in Amt und Würden bin, darf ich wohl sagen ‚persönlichen Freunden‘ begegnete und begrüßt habe, erhöht ja in besonderem Maaße die Genugthuung und Freude, mit der ich von meiner Sommerreise wieder in die Heimath zurückkehren werde.
>
> „Es wirkt die Anerkennung, die ich bei dieser Gelegenheit von einer so großen Zahl meiner Landsleute erfahren, um so erhebender für mich, als sie mir entgegentritt an den hervorragenden Sitzen deutscher Intelligenz und Bildung. Denn man darf diese doch in den größten unserer Städte suchen, und die größten, wenn ich das mir befreundete und benachbarte Hamburg abrechne, sind eben Dresden und München. Ich bin dabei nicht blind für die amtlichen Centralsitze unserer Bildung in den Universitäten, die ich ja hier auch zu begrüßen Gelegenheit habe. Aber wenn ich auch nach den kleineren deutschen Universitäten hinkomme, habe ich die Ueberzeugung, und ich darf wohl sagen, auch die Bürgschaft, daß ich dort mit demselben Wohlwollen aufgenommen werde, wie hier von der studirten und unstudirten Münchener Welt.
>
> „Wenn ich die Anerkennung der Jugend und die Anerkennung der gebildeten Bürgerschaft unter meinen Landsleuten vereinige, so bin ich auch dessen sicher, was ich allein in meinem Privatleben noch erstrebe, ein gewisses und gerechtes Maaß der Anerkennung von Seiten Derer, die nach mir und nach uns leben werden. Ich bin ja in der Lage, mich mit dem, was nach mir kommen wird, schon mehr zu beschäftigen als mit der Gegenwart; denn in meinem Alter habe ich so sehr viel nicht mehr vor mir, und die paar Jahre

kann ich es schon aushalten. Aber es mag kommen, wie es will, ich wünsche auch Denen, die lange nach mir leben werden, nicht bloß ein langes, sondern auch ein angenehmes Leben. Dazu gehört vor allen Dingen Friede im Innern und Aeußern im Vaterlande, Friede und Eintracht unter den deutschen Stämmen, die Jahrhunderte lang ohne landsmannschaftliches Wohlwollen unter einander gelebt haben und oft mit gezogenem Schwerte einander gegenüber traten. Also Friede nach innen, Friede nach außen! (Bravo!)

„Ihn gestört zu sehen, können doch nur böse oder gewissenlose Leute wünschen. Wir sind gerade durch die große Macht, die uns die Einigkeit und die gewonnene Eintracht giebt, ziemlich sicher, daß wir nicht mit demselben Muthwillen angegriffen werden, wie noch vor einigen zwanzig Jahren und früher öfter. Man hat ja doch gesehen, daß das geeinigte Deutschland sich nicht so behandeln läßt, wie das zerrissene, wir haben die volle Ebenbürtigkeit im Ansehen vor dem Auslande mit den anderen großen Nationen, die früher als wir einig geworden waren, ganz zweifellos erlangt. Man respectirt uns, und man wird uns nicht muthwillig angreifen, namentlich wenn fest bestehen bleibt die südliche und südöstliche Deckung unserer Grenze, die wir durch das Verhältniß mit Oesterreich-Ungarn gewonnen haben und bei der Bayern betheiligt ist mit einer sehr langen Strecke von Hof bis Lindau.

„Die Sicherheit, auf dieser langen südöstlichen Strecke Friede und Freundschaft zu haben, ist namentlich auch für Bayern von hohem Werthe, aber auch für ganz Deutschland, und die Pflege dieser zwar internationalen, aber doch auf alten nationalen Traditionen beruhenden Freundschaft ist meines Erachtens die Pflicht einer jeden deutschen Reichsregierung, und ich hoffe, daß diese Pflicht erfüllt wird.

„Am sichersten wird sie erfüllt werden von einem Theilnehmer an dem Kriege, durch den wir sie erkämpft haben. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent ist einer der erlauchten Kriegskameraden meines damaligen Königs und aller Derer, die mitgefochten haben, und die bayrischen Truppen, deren Blut zum Kitt unserer damals gewonnenen Einigkeit gehört, wissen, daß er in jeder Gefahr in ihrer Mitte geblieben ist, ebenso wie die Prinzen aus dessen Hause, die nicht im Hauptquartier, sondern bei ihrer Batterie den Krieg mitmachten.

„Also erlauben Sie mir, obschon ich eigentlich nicht mehr berechtigt bin, von dem hohen Herrn zu sprechen, nachdem Sie mich mit einem Toaste überrascht haben, daß ich ein Glas auf das Wohl Ihres für mich immer sehr gnädig gewesenen Herrn und Regenten leere. — Seine königliche Hoheit Prinz und Regent Luitpold lebe hoch! (dreimaliges

Einstimmen) — ein Toast, der vor Allem ins Münchener Rathhaus gehört und den ich von ganzem Herzen ausbringen will."

Nachdem der Hochruf auf den Landesfürsten verklungen war, ließ sich Fürst Bismarck mit Gemahlin, Professor Lenbach und Dr. Schweninger am Frühstückstische nieder, an dem Bürgermeister von Widenmayer und dessen Gemahlin die Honneurs machten. Der Fürst sprach dem in einem großen Glase credenzten Biere wacker zu und ließ sich im Laufe der Unterhaltung noch den Professor Rudolf Seitz und den Bierbrauereibesitzer Commerzienrath Sedlmayr vorstellen.

Der Lebensgefährtin des Altreichskanzlers galt die Huldigung, welche nun der erste Vorsitzende des Gemeindecollegiums Hänle in folgenden Worten den Gästen widmete:

„Die Worte Eurer Durchlaucht haben in unser Aller Herzen begeisterten Widerhall gefunden, die wir uns als gute Deutsche und als gute Bayern fühlen; und um so größere Bedeutung haben sie für uns, weil sie aus dem Munde eines Mannes kommen, der sich um die Einigung Deutschlands, um die Wiedererrichtung des Reiches, um unser deutsches Vaterland unvergängliche Verdienste erworben hat. Warm schlagen Ihnen, Durchlaucht, die Herzen hier in München entgegen, warm auch Ihnen, durchlauchtige Frau Fürstin, in der wir die verständnißvolle und treue Begleiterin Ihres thatenreichen Lebensgefährten sehen. Unseren begeisterten Empfindungen bitte ich Sie Ausdruck zu geben mit dem Rufe: Seine Durchlaucht der Fürst und Ihre Durchlaucht die Fürstin Bismarck leben hoch!"

Launig erwiderte der Fürst:

„Ich danke im Namen meiner Frau, welche nicht die Gewohnheit hat, öffentlich zu reden, und trinke meinerseits auf Ihr Wohl!"

Nachdem dann noch sowohl der Fürst wie die Frau Fürstin ihre Namen in das Goldene Buch der Stadt München eingetragen hatten, verließen sie nach anderthalbstündigem Aufenthalte das Rathhaus.

Am Nachmittag erwiderte der Fürst den Besuch des Prinzen Ferdinand von Coburg (jetzigen Fürsten von Bulgarien), der gerade in München weilte, im Schloß zu Biederstein, dann fuhr er bei dem bayrischen Ministerpräsidenten von Crailsheim vor und blieb dort etwa eine halbe Stunde. Als Freiherr von Crailsheim seinen Gegenbesuch abstatten wollte, war der Fürst bereits zum Besuche der Kunstausstellung fortgefahren.

Ehe der Wagen aber dorthin lenkte, leisteten der Fürst und die Fürstin einer Einladung der Gesellschaft Allotria in deren Kneipzimmer Folge.

Die hohen Gäste erschienen gegen 5 Uhr in der gemüthlichen Kneipe, wo schon Alles fröhlicher Dinge beisammen saß. Auf der Galerie hatten zahlreiche Damen und sonstige Angehörige von Mitgliedern Platz genommen.

Als der Fürst eintrat, brauste ihm ein donnerndes Hoch entgegen, während das originelle Hornensemble mit Paukenbegleitung Fanfaren ertönen ließ. Der alte Reichskanzler war von dieser Huldigung auf das Freudigste überrascht und dankte nach allen Seiten hin.

Der Fürst nahm nach der Vorstellung einiger Herren in einem Lehnstuhl an einem der vorderen Tische Platz. Vor ihm stand die große „Bismarck-Kanne", welche zu Ehren des Festtages mit einem Blumengewinde geschmückt war. Die Kanne trägt die Inschrift: „Aus mir trank Otto von Bismarck, der große Kanzler des Deutschen Reichs, den ihm von der Künstlergesellschaft Allotria dargebrachten Willkommentrunk zu München am 31. Juli 1886."

Ein Mitglied begrüßte den Fürsten mit folgendem Willkommenspruch:

„Unsers Vaterlandes Vater weilet heut' in unsrer Mitte,
Soll Allotria ihn begrüßen Hymnen singend, wie's so Sitte?
Nein, sie schweige still und lausche jenem eisernen Gedichte,
Das der Heros eingemeißelt in die Tafeln der Geschichte.
Doch mit dankerfülltem Herzen naht Allotria sich dem Manne,
Dem sie wieder darf credenzen ihr Juwel, die Bismarck-Kanne. Prosit!"

Diesen Worten folgte unbeschreiblicher Jubel. Fürst Bismarck erhob sich und meinte in seinen Dankesworten, man habe ihn über Verdienst gelobt. Auf die vor ihm stehende Bismarck-Kanne blickend fuhr er fort:

„Ultra posse nemo obligatur. Ich möchte Ihnen gern daraus ordentlich Bescheid thun, aber ich habe nicht das Talent jenes Bürgermeisters von Rothenburg, der durch einen Trunk seine Vaterstadt rettete. Trotz der Güte des Bieres kann ich das nicht nachmachen."

Mit einem lauten Prosit nahm der Fürst einen kräftigen Schluck aus der Kanne. Die ganze Gesellschaft brach in stürmische Hochrufe aus und hob die Bierkrügeln in die Höhe, um dem Fürsten zuzutrinken.

Hierauf wurde dem Fürsten und der Fürstin eine Halbeglas mit Franziskanerbräu vorgesetzt. Nach einem donnernden Hoch auf die hohen Gäste erhob sich der Fürst nochmals und sagte:

„Ich danke Ihnen allen herzlich für den freundlichen Empfang, den ich hier gefunden, und zugleich dafür, daß Sie einst meinen Sohn Herbert so freundlich in Ihrem Kreise aufgenommen haben (vgl. S. 86 f.). Es ist mir dies einer der eindruckreichsten Momente, den ich mit nach Hause nehme. Ich werde mich stets an den Pokal und die Gesellschaft erinnern. Wir haben im Norden auch ein Bier, es ist zwar das, aber nicht naß. Ich trinke auf das Wohl des Vereines, Sie müssen aber mit mir einstimmen, sonst ist mein Hoch zu dünn."

Lauter Jubel folgte diesen Worten. Unter erneuten Ovationen verließ der Fürst die Gesellschaft, um sich in den Glaspalast zu begeben.

Die Kunstausstellung besichtigte das fürstliche Paar unter der Führung des Präsidenten von Stieler und mehrerer Herren des Comités. Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich versammelt. Von einer genauen Besichtigung der Ausstellung konnte in der kurzen Zeit (bis 6 Uhr) natürlich keine Rede sein. Nur vor dem großen Gemälde des Malers Rocholl in Düsseldorf „König Wilhelm's Ritt um Sedan" weilte der Fürst eine längere Weile.

Auf die ihm dargebrachten Ovationen antwortete er:

> „Ich bin nicht gekommen, um mein Kunstbedürfniß zu befriedigen, da ich meinen Besuch leider nicht so lange ausdehnen kann. Ich bin an diese Stätte nur gekommen, um der Münchener Kunst und den Münchener Künstlern meine Hochachtung zu bezeugen. Es ist eine Art Staatsvisite, die ich mache, und doch kann ich wieder nicht Staatsvisite sagen, da ich mit dem Staat nichts mehr zu thun habe. Es freut mich, durch den Pinsel Lenbach's hier mich so verewigt zu sehen, wie ich der Nachwelt gern erhalten bleiben möchte."

Er schloß mit Dankesworten und schritt dann dem Ausgang zu.

Nach der Besichtigung der Kunstausstellung im Glaspalaste machte Fürst Bismarck noch eine Spazierfahrt, von welcher er kurz nach 7 Uhr zurückkehrte. Bald nachdem der Fürst und die Fürstin mit Professor von Lenbach, Professor Dr. Schweninger und Dr. Chrysander sich in den Speisesaal begeben hatten, verkündete Musik das Nahen des großen Festzuges. Voran schritten die studentischen Corporationen, denen sich die Münchener Vereine des Bayrischen Sängerbundes und sodann die übrigen Corporationen anschlossen.

Als die Spitze des Zuges bei der Villa Lenbach angelangt war, bildete sich gegenüber der Terrasse eine schöne Fahnengruppe. Hofrath Näher brachte das erste Hoch auf den Gründer des einigen Deutschen Reiches aus, das mit Begeisterung von vielen Tausenden dreimal wiederholt wurde. Hierauf richtete der Senior des den Münchener S. C. führenden Corps Palatia feurige Worte des Dankes Namens der Studirenden der Universität an den Fürsten, die durch ihn (den Redner) den schuldigen Tribut der Liebe, Ehrfurcht und Dankbarkeit, von patriotischer Begeisterung durchglüht, dem Fürsten darbrächten, ihm, der nach siegreichem Kampfe die Wiedererstehung des mächtigen alten Deutschen Reiches durchzusetzen vermochte. Die Aufforderung, ihm diese Ovation zu bringen, begrüßten alle Studenten mit Jubel, da Fürst Bismarck stets zum Schutze der akademischen Jugend, der Studentenschaft, gegen den „blassen Neid", der die idealen Bestrebungen dieser Jugend in den Staub treten wollte, kräftig eingetreten. Redner schloß mit einem Hoch auf den Gönner und Förderer der akademischen Jugend, auf den Fürsten Bismarck, das lebendigen, lauten Widerhall fand.

Dann ergriff Fürst Bismarck das Wort, um seine Freude darüber auszusprechen, daß zu den Vertretern der Musik und des Gesanges auch die der Wissenschaft sich gesellt hätten, und daß er sie vereint vor sich sehe, noch bevor er München verlasse; seien doch Musik, Kunst und Wissenschaft lange Zeit allein die Träger der deutschen Einheitsidee und des Nationalgefühls gewesen. Die heutige Feier werde ihm in dankbarer Erinnerung bleiben. Er sei nun alt, die Jugend aber habe noch eine lange Zeit vor sich: möge sie denn die nationalen Gelübde für das Vaterland fest und treu bewahren für alle Zeit. Um das bitte er sie und er danke ihr herzlich.

Minutenlanger donnernder Beifall folgte den Worten Bismarck's. Ein Regen von duftenden Blumensträußen flog in den Garten zu den Füßen des Fürstenpaares, alle am Festzuge betheiligten Corporationen legten Eichen-, Lorbeer- und Blumenkränze am Fuße der Terrasse nieder.

Nun waren die Sänger des Bayrischen Sängerbundes an der Villa angelangt und trugen unter der Leitung ihres Musikdirectors Schmitt den herrlichen „Frühlingsgruß ans Vaterland“ von Franz Lachner in ergreifender Weise vor. Fürst Bismarck verneigte sich dankend.

Nachdem Oberregierungsrath Rutz ein Hoch auf den Altreichskanzler ausgebracht hatte, richtete Rechtsanwalt Dr. Dürck an den Fürsten eine feurige, geistvolle Ansprache, in der er hervorhob, wie heute die Sprache des Herzens aus tausend frohen Gemüthern zum Himmel emporjuble aus Freude, den Fürsten unter sich zu haben und ihm ins Auge blicken zu dürfen. Ein Triumphzug wie der seinige in diesen Tagen sei unerhört in der Geschichte. Die Residenzen wie die kleinen Dörflein, die an dieser via triumphalis liegen, thaten ohne Ausnahme ihr Bestes, um ihn würdig zu empfangen. „Aber auch wir, auch das deutsche Lied durfte nicht fehlen, das uns Deutschen den einzigen Zusammenhalt in den Jahren der Noth gab. Aus Lied wird That — früh oder spat,“ fuhr Redner fort, „und das Lied ist zur That geworden: Bismarck hat es zur That gemacht.“

Brausende Hochrufe auf den Fürsten unterbrachen den Redner, der zum Schlusse nochmals den Gefeierten des unauslöschlichen Dankes der Deutschen, insbesondere aber auch Münchens versicherte und ihn bat, Liedesklang, Fahnengruß und Jauchzen dieser Stunde als das äußere Zeichen der Verehrung, Liebe und Dankbarkeit aufzunehmen. Mit den Worten: „Gott schütze Bismarck und sein Haus!“ schloß der Redner. Brausender Jubel folgte der Rede.

Aufs Neue erhob sich Fürst Bismarck und erklärte, daß er stets die Macht und Gewalt des deutschen Liedes in vollem Maße anerkannt habe. Auch der Bürger wie der Soldat hätten sich daran aufgerichtet, das deutsche Lied habe sie zu ihren herrlichen Thaten begeistert. Er betrachte es als eine Gnade Gottes, daß die Arbeit seiner vergangenen

Tage sich in der Richtung bewegte, welche das deutsche Lied vorzeichnete zum Beginne deutschen Heils, und als ein Glück bezeichne er es, daß es ihm vergönnt war, seinen Namen einzuschneiden in die Rinde der deutschen Eiche. Dafür danke er Gott und lebe jetzt darauf stolz, glücklich und zufrieden. Der Abschied von der freundlichen, schönen Stadt München falle ihm schwerer, als er es sonst gewesen. Er hoffe aber, jetzt in seinem unabhängigen Zustande werde es ihm vergönnt werden, in einem anderen Jahre die freundlichen Gefühle für München hier wieder erneuern zu können; er sage Dank für die herzlichen, gegen ihn und die Seinigen ausgesprochenen Gefühle.

Unendlicher Jubel folgte den Worten des Fürsten. Nachdem sodann noch der Sängerspruch des Bayrischen Sängerbundes und die „Wacht am Rhein" gesungen waren, richtete Namens der „Geselligen Vereinigung der Münchener Künstlergenossenschaft" der Maler Th. Pixis Worte des Dankes an den Fürsten für das fröhliche Gedeihen, das durch ihn für die Kunst erst ermöglicht worden. Der von den Künstlern niedergelegte ungeheure, prachtvolle Kranz trug auf den Schleifen die Aufschrift: „Dem Fürsten Bismarck, dem Schöpfer und Bildner unseres Deutschen Reiches, in unbegrenzter Verehrung die Gesellige Vereinigung der Münchener Künstlergenossenschaft."

Allmählich hatte sich ein leichter Regenschauer eingestellt, der den Fürsten nöthigte, sich, nachdem der Festzug vorübergezogen war, sofort zurückzuziehen. Bürgermeister Dr. von Wiedenmayer gab der Menge, die sich nicht vom Platze entfernen wollte, endlich kund, daß der Fürst nach den vorangegangenen Anstrengungen dem Verlangen nach Wiedererscheinen nicht mehr Folge leisten könne. Erst nach dieser Mittheilung begann die Menge sich zu zerstreuen.

* * *

Am Sonntag, den 26. Juni, Mittags um 12 Uhr erfolgte die Abreise über Augsburg nach Kissingen. Es ist begreiflich, daß sich in dieser Abschiedsstunde das Uebermaß der Begeisterung, Liebe und Dankbarkeit für den Fürsten noch einmal mit elementarer Gewalt kundgab. Der Bahnhof war von Menschen dicht besetzt, der Bahnsteig mit den herrlichsten Rosen bestreut, die Locomotive mit mächtigen Guirlanden aus Eichenlaub geschmückt, der Salonwagen des fürstlichen Paares in einen Blumengarten, voll der edelsten Gewächse, verwandelt. Der Enthusiasmus spottete jeder Beschreibung. Stürmisch verlangte das Publicum, daß der Fürst noch einmal reden sollte.

Da plötzlich tiefe Stille, und weithin vernehmbar erschallt in der Bahnhofshalle die Stimme des greisen Fürsten:

Er habe in seiner vierzigjährigen Dienstzeit viele Dienstreisen machen müssen; mehr aber und großartiger sei er noch nicht geehrt worden als

jetzt, da er als Privatmann auf seiner Reise München berührt habe. Das freue ihn sehr, und er sage Allen seinen tiefgefühltesten Dank. Dann ermahnte er das Publicum, die Ordnung im Bahnhofe aufrecht zu erhalten, und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf ein fröhliches Wiedersehen.

„Ja, auf Wiedersehen! Wiederkommen! Fürst Bismarck, unser Bismarck lebe hoch!" so tönte es begeistert von tausend und aber tausend Lippen.

Ein Berichterstatter schreibt: „Der Münchener Bahnhof hat solch eine Abschiedsfeier noch nie gesehen."

* * *

Wir begleiten den Fürsten zunächst bis an das Ziel seiner Reise, bis nach Kissingen.

Nach einstündiger Fahrt läuft der Zug in dem Bahnhof von Augsburg ein. Eine vieltausendköpfige Menge begrüßt den Fürsten, der rasch dem Wagen entsteigt und dem ihm befreundeten Bürgermeister von Fischer mehrmals die Hand drückt. In einer langen Wagenreihe begiebt man sich durch die Stadt zum Rathhaus unter unbeschreiblichem Jubel des Publicums und häufig unter wahrem Blumenregen. Im Rathhaus richtet Bürgermeister von Fischer eine kurze Ansprache an den Fürsten und reicht dann ihm und der Frau Fürstin in einem prachtvollen silbernen Pocal den Ehrentrunk.

Fürst Bismarck antwortet:

„Mit meinem herzlichen Dank für diese Ihnen aus dem Herzen gekommene Begrüßung verbinde ich zunächst den Ausdruck meines Bedauerns darüber, daß die Umstände mich nöthigen, nur so kurze Zeit in dieser weltberühmten Kaiserstadt, in welcher ich so viele und treue Freunde und einen so tapferen und langjährigen Kampfgenossen in der Herstellung des Reiches, Ihren Herrn Oberbürgermeister, begrüße, zu verweilen. Aber ich wußte überhaupt nicht, daß ich nach Augsburg, ja auch nur nach München kommen könnte, bevor die mir sehr wohlgewogene bayrische Verwaltung mir den Reiseplan festgelegt hatte.

„Nun, da ich mit Hülfe meines bayrischen Pflegers, der mir gegenübersteht, alle Anstrengungen einer in meinen Jahren ungewohnten Reise so wohl überstanden habe, wäre ich gern länger hier geblieben; aber es lag doch der Reiseplan so fest, daß ich ohne schwere Belästigung der Eisenbahnverwaltung meine persönlichen Wünsche nicht auszusprechen wagen durfte. Ich weilte gern Tage da, wo ich früher mit meinem alten verstorbenen Herrn im Fuggerhause ebenfalls tagelang geweilt habe.

„Im Uebrigen ist mir die freundliche Begrüßung, die ich hier fand, ein neuer Beweis, daß Gottes Gnade mich von dem Fluch des Alters, der Vereinsamung, ferngehalten hat. Ich habe kaum glauben können, als ich meinen heimathlichen Wald verließ, daß ich im

fernen Süden so viele und so warme Freunde finden würde, wie in Dresden, wie in München, wie hier, ja wie auch in Wien. Daß das der Fall ist, giebt mir für die Jahre, die ich mit Gottes Hülfe noch zu leben habe, eine Stärkung und eine Genugthuung im Rückblick auf mein Leben; denn ich darf in Ihrem Wohlwollen eine Billigung und Anerkennung dessen sehen, was ich in meinem Leben gethan habe."

Dann nimmt er den gefüllten silbernen Krug, den ihm der Bürgermeister Namens der Stadt credenzt, und sagt:

„Aus diesem Silber, einem Metall, dessen Verarbeitung in Augsburg lange Zeit sprichwörtlich gewesen ist, bekräftige ich meinen Dank, indem ich auf das Wohl der Stadt, civitatis et qui illam regit, diesen Becher leere!"

Kaum hat der Fürst ausgesprochen, da erklingen mächtig vom Augustusbrunnen her die Töne einer 700köpfigen Sängerschaar — eine Ovation, die einen geradezu überwältigenden Eindruck macht.

Dann werden die Wagen wieder bestiegen; im Königssalon des Bahnhofs wird ein Imbiß gereicht, und Punkt 2 Uhr verlassen die fürstlichen Gäste unter den Klängen der Weber'schen Jubelouverture das gastliche Augsburg.

Wo der Zug hält, giebt es herzliche und stürmische Begrüßungen, soweit die kurz bemessene Zeit es gestattet. So begrüßt in Nördlingen Bürgermeister Reiger den Fürsten, und dieser antwortet — das hatte man gar nicht zu hoffen gewagt. Mit einem allen Anwesenden unvergeßlichen Ausdruck sagt er seinen Dank für die improvisirte Huldigung:

Es habe ihn besonders gefreut, hier in dem schönen Schwaben, nicht allein in Augsburg und Nördlingen, sondern auf allen Stationen, welche er leider nur habe durchfliegen können, einen solchen Empfang zu finden; besonders werthvoll sei ihm, auch in dieser seit frühester Zeit geschichtlich denkwürdigen alten Reichsstadt so freundliche Gesinnungen für seine Person zu finden. Es werde ihm dies immer eine seinem Herzen wohlthuende Erinnerung von seiner Reise bleiben, und er bitte, ihm auch fernerhin das Wohlwollen zu bewahren.

In Gunzenhausen ist Maschinenwechsel und daher fünf Minuten Aufenthalt. Eine colossale Menschenmenge erwartet den Fürsten. Den Jubel unterbricht eine Handbewegung des Fürsten, er will sprechen:

„Herzinnigsten Dank", sagt er, „für die dargebrachte Ovation. Der herzliche Empfang, den mir die Einwohner Gunzenhausens sowohl als aller jener Städte dieses schönen Landstriches, den zu durchreisen ich das Vergnügen habe, bereiten, thut meinem Herzen wohl. Es freut mich namentlich, daß ich unter Ihnen so viele Standesgenossen sehe. (Dabei deutet er auf einen im Sonntagsanzug vor ihm stehenden Altmühlbauern.) Sie sind doch Landmann nach dem Habit zu schließen?

und das bin ich auch. — Also nochmals meinen verbindlichsten Dank und den Wunsch, daß es Ihnen allen wohlergehen möge."

In Ansbach verläßt der Fürst sogar für wenige Augenblicke den Zug und unterhält sich in freundlichster Weise mit Beamten, Officieren und Bürgern.

In Würzburg credenzt dem Fürsten der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Pocal Leistwein; er thut Bescheid mit den Worten:

„Sonnenschein und guter Wein ist das Beste, was ein alter Mann braucht."

Auf dem Oberndorfer Bahnhof in Schweinfurt kennt die Freude des Publicums keine Grenzen.

Der Fürst sagt, daß er dankbar empfinde, daß man in ihm nicht nur den Reichskanzler von ehedem, sondern auch sein deutsches Herz anerkenne.

Endlich um 8 Uhr Abends kommt man in Kissingen an. Staatliche, städtische und Badebeamte heißen den Fürsten und die Frau Fürstin herzlich willkommen. Die bereit stehenden königlichen Wagen bringen die Reisemüden durch die von jubelnden Menschen erfüllten und reich beflaggten Straßen der Stadt nach der oberen Saline.

* * *

Fürst Bismarck hat in München einen Correspondenten der „Allgemeinen Zeitung" empfangen. Dieser berichtet darüber:

„Der Fürst sprach seine volle Befriedigung über den überaus herzlichen Empfang aus, den er in München und Dresden gefunden. Schon in letzterer Stadt fand er, daß, um ihn zu sehen, weit größere Menschenmassen die Straßen füllten, als er geglaubt hätte, daß bei dieser Gelegenheit sich einfinden würden. Und nun erst in München! Es freuen ihn die großen und herzlichen Begrüßungen auch insofern, als die bekannten Gegner daraus neuen Anlaß finden, gegen ihn förmlich Gift in ihren Blättern zu speien. Daß auch München viele Socialdemokraten zähle, hätten ja die Wahlen bewiesen; er selber geize nicht nach Wohlwollen von dieser Seite; würde ihm von daher ein besonderes Wohlwollen zu theil, so müßte er sein eigenes gutes Gewissen fragen, ob und wodurch er am Wohlwollen seiner alten Freunde eingebüßt haben könne. So aber könne er die Angriffe verschiedener Blätter auf ihn als eine Quittung über sein Wohlverhalten betrachten.

„Uebrigens wäre es Unrecht, alle Leute, die socialdemokratisch wählen, auch der socialdemokratischen Partei zuzuzählen; sie wollten mit ihrer Wahl nur beweisen, daß sie unzufrieden seien; so dumm seien sie nicht, daß sie glaubten, daß das socialdemokratische Programm ihren Leiden abhelfen könne; Viele wüßten vielmehr, daß ihnen die Ausführung dieses Programms neue Leiden brächte, da es ja die Welt zu einem Zuchthause und Zellengefängniß machen würde.

Fürst Bismarck bezeichnet es auch als eine Anomalie, wenn just die Deutschen, die doch sonst so schwer unter Einen Hut zu bringen wären, soviel von ihrer individuellen Selbstständigkeit, dem socialdemokratischen Programm zu Liebe, aufzugeben bereit wären. Bei Franzosen und Russen sei es eher erklärlich, daß sie ohne Widerspruch gehorchen und entsagen.

Fürst Bismarck bedauerte, daß bei seiner Anwesenheit in Wien Leute bei den Ruhestörungen geschädigt wurden, und meinte, dieselben hätten, nach ihren Sympathiebeweisen für ihn, wohl selber gelegentlich noch Händel mit der Polizei gesucht. Er könne über solche Auflehnung gegen die österreichische Polizei doch sicher nicht erfreut sein. (Bei der Fahrt des Fürsten vom Bahnhofe ins Palais Palffy war es zu so ungestümen antisemitischen Kundgebungen gekommen, daß die Polizei energisch einschreiten mußte. D. Verf.)

In Wien glaubte der Fürst in der Bevölkerung zwei Strömungen zu beobachten, eine auf Seiten der Bevölkerung von großem Wohlwollen, und eine auf Seiten namentlich mancher Staatsdiener, die einer anbefohlenen Zurückhaltung ähnlich sah. Er sei mit den Hofkreisen Wiens seit vierzig Jahren in Verkehr gewesen, sei er doch schon 1852 dort als Abgesandter gewesen. Oesterreich und er hätten in Gutem und Bösem viel mit einander erlebt, aber allezeit sei zwischen ihnen der Verkehr ein wohlwollender gewesen; ohne unhöflich zu sein, habe er nicht anders als um eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph nachsuchen können, und er habe dies schon von Friedrichsruh aus, und zwar auf dem amtlichen Wege durch die deutsche Botschaft gethan.

Anfangs sei seinem Gesuche die Stimmung günstig gewesen, aber dann habe diese umgeschlagen, wohl kaum ohne eine starke Pression von Berlin. Er habe nur mündlich die Antwort erhalten, daß die Audienz, um die er als Verehrer des Kaisers und als Militair nachgesucht, nicht gewährt werden könne. In Dresden und München habe er, ohne unhöflich zu sein, nicht um eine Audienz nachsuchen können, da die Frist seines Aufenthaltes anfänglich zu kurz bemessen gewesen sei. Ob und wie lange er in München hätte bleiben können, habe ganz davon abgehangen, ob ihn die Aufregung, die Freude und das ungewohnte längere Reisen nicht etwa so ermüdeten, daß der Arzt die sofortige Reise nach Kissingen oder Friedrichsruh dictirte.

Jetzt freue er sich, da ruhiger Zuschauer zu sein, wo er früher Mitarbeiter gewesen sei, und er freue sich namentlich der ungemeinen Herzlichkeit, mit der er in München empfangen worden sei. Diese Tage werden ihm unvergeßlich bleiben, solange er noch in Friedrichsruh seine Bäume pflegen könne.

* * *

Von Aeußerungen der Presse über diese letzten Tage führen wir nur folgende an. Die „Post“ schreibt:

Die Wiener Aeußerungen des Fürsten Bismarck geben den grundsätzlichen und persönlichen Gegnern desselben, in erster Linie natürlich der „Freisinnigen Zeitung“, Anlaß, ihrem Aerger über die Dresdener und Münchener Kundgebungen durch heftige persönliche Angriffe und Hetzereien gegen den Alt-Reichskanzler Luft zu machen. Vielleicht wirkt auch die Angst, welche kleine Seelen in den letzten Wochen ausgestanden haben, dabei noch mit. Denn das, was Fürst Bismarck über die Handelsverträge, die Art des Zustandekommens derselben und unsere Beziehungen zu Rußland geäußert hat, enthält nur die aus mannigfachen Aeußerungen bekannte Auffassung des Fürsten über diese Fragen und faßt nur das, was mehrfach im Einzelnen kundgegeben ist, rund zusammen. Es sind dies übrigens Auffassungen, welche auch unabhängig von den Aeußerungen des Fürsten Bismarck vielfach in Deutschland getheilt werden und, soweit sie die Handelsverträge betreffen, sowohl in der Presse als im Reichstage zum Ausdruck gelangt sind.

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt zu einer der Münchener Reden des Fürsten Bismarck:

Das Beste, was über die errungene Einheit unseres Volkes gesagt werden kann, und gerade im Süden unseres deutschen Vaterlandes gesagt werden kann, ist in der Rede einbegriffen, mit welcher Fürst Bismarck die Ansprache des Bürgermeisters von München erwiderte (vgl. oben S. 330 f.). Es giebt keine bescheidenere und doch auch keine schlagendere Rechtfertigung der preußischen und der deutschen Politik unter Bismarck's Leitung, als den kurzen Rückblick auf den „Werdegang“ der deutschen Einheit. In der ganzen Rede ist kein Wort zu viel und kein Wort zu wenig, alles einfach, kernig, würdig, vom Geiste der Wahrheit durchdrungen.

Der deutschen Einheit wie sich selbst und den wichtigsten Thaten in seinem eigenen Wirken hat der gewaltigste Schöpfer dieser Einheit mit seiner Münchener Rede ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Die Brust jedes guten Deutschen sollte diese Worte in Erinnerung an den großen Mann in sich schließen und unvergänglich bewahren, um sein Gedächtniß dauernd zu schützen und zu ehren.

In einem Artikel der „Magdeb. Ztg.“ über den Besuch des Fürsten Bismarck in Bayern wird u. A. gesagt:

Einen Kernschuß ins Centrum — wie solche der früh verklärte bayrische Dichter Karl Stieler in seinem unvergeßlichen Liede vom „Bismarck“ so meisterhaft wiedergab — hat der Gast aus Friedrichsruh diesmal gethan, indem er in München — vor dem Glaspalast, in welchem er der Kunst

nur die obligate „Staatsvisite“ abstattete — das Hofbräuhaus und seine biederen Stammgäste überraschte. Daß ihm, dem Manne von weltgeschichtlicher Größe, der schlichte Bürger mit dem Maaßkrug auf gleichem Boden Willkomm und Bescheid bringen durfte, ward fast zum geschichtlichen Merkzeichen, als man von dem illustren Bierfreund hörte, daß sein letzter früherer Besuch des Münchener Staatstranktempels just um ein halbes Jahrhundert zurücklag.

Der Hauptcharakter der ganzen Bismarcktage Münchens mußte der eines echt deutschen Nationalfestes sein, und das ist er auch in vollem Maaße gewesen. Der staatsmännische Begründer des Reiches, der Heros an Geistes- und Willenskraft, dem das große Werk der bundesstaatlichen Einigung gelungen ... — der Reichsbaumeister, dessen grandiose Schöpfung gerade die Angehörigen der kleineren Staaten mit dem größten Danke zu würdigen wissen ... — dieser Bismarck Alldeutschlands wurde in München gefeiert, und an dieser Feier haben sich alle nationalgesinnten Elemente, hoch und niedrig, jung und alt, Männer und Frauen mit Dank und Freude in deutscher Treue um Treue betheiligt.

Besondere Beachtung verdient ein Artikel, den die „Neue Freie Presse“, nachdem Fürst Bismarck wenige Tage zuvor einen ihrer Vertreter empfangen hatte, gewissermaßen als Epilog über dessen Wiener Aufenthalt bringt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckt den Artikel in ihrer Nummer vom Abend des 27. Juni, derselben, die den ersten scharfen Angriff gegen den Fürsten Bismarck bringt (vgl. Band IV, S. 1 ff.), geflissentlich ab. Der Artikel lautet:

Das Familienfest des Hauses Bismarck in Wien hat noch sein kleines publicistisch-politisches Nachspiel erhalten. Der Fürst hat sich veranlaßt gesehen, in einer Art Interview, zu welchem die Aufforderung von seiner Seite ausgegangen war, allerlei Erklärungen über den neuen Cours und dessen Steuermänner im Deutschen Reiche, über seine eigene persönliche Stellung zu diesen Staatsmännern und ihrer Richtung, sowie über seine Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Rußland zu geben. So weit sich der Altreichskanzler mißmuthig über die Wendung der Dinge in Deutschland seit seinem Rücktritte in das Privatleben ausgesprochen hat, berühren uns in Oesterreich-Ungarn seine Aeußerungen nicht unmittelbar. Darüber mag man draußen im Reiche mit ihm sich auseinandersetzen, falls man es für angemessen erachtet, auf solche Kundgebungen einer nervösen Empfindlichkeit zu reagiren, die eben auch eine der psychologisch-räthselhaften Seiten des großen Staatsmannes bildet. Mit solch psychologisch-räthselhaften Charakterzügen wurden wir während des kurzen Aufenthaltes des Fürsten in Oesterreich ja auch wiederholt überrascht. Mußten wir doch wahrnehmen, daß Fürst Bismarck, der einst wie ein Olympier ab-

geschlossen auf seiner Höhe gethront, unnahbar für die gewöhnlichen Sterblichen, der in den Bismarck=Beleidigungsprocessen für sich eine Unantastbarkeit beanspruchen ließ, wie sie sonst nur der sacrosancten Majestät der Krone zuerachtet wird, eine staunenerregende Empfänglichkeit für Ovationen häufig sehr fragwürdigen Ursprungs kundgab. Kam es doch vor, daß im populairsten Biersalon der Praterausstellung auf den anschmeichelnden Trinkspruch eines Unbekannten unter den zu spät vorgerückter Stunde noch hinter dem Steinkrug sitzenden Gästen sich des Altreichskanzlers Hünengestalt zu dankender Gegenrede erhoben hat! Wir müssen ihm bei alledem noch danken für die verdiente Zurechtweisung, welche er gestern in Linz einem Sprecher der dortigen Schönerer=Partei verabfolgte. Zur Erklärung der Bereitwilligkeit, mit welcher der Altreichskanzler sich zum Gegenstand von Kundgebungen, welche — wie dies auch die leitenden reichsdeutschen Blätter nicht ohne Entrüstung vermerken — zumeist einen ganz anderen als loyal österreichischen Grundzug hatten, machen ließ, mag vielleicht dienen, daß er mit der Ostentation seiner auch über die deutschen Reichsgrenzen hinausreichenden Popularität gewisse Kreise im Reiche selbst ebenso ärgern wollte, wie mit seinen wenig respectvollen (!) Aeußerungen über die Männer des neuen Courses und deren Politik. Bei uns zu Lande weiß man, was man von einem guten Theil jener Ovationen zu halten hat, und zu allem Ueberflusse sagen dies auch recht großmäulig die Organe der Antisemiten und der Schönerer=Partei, und sagten dies die ganz unqualificirbaren Interpellationen, welche von gleicher Seite am verflossenen Dienstag (vgl. Band IV, S. 9) im Abgeordnetenhause gestellt worden sind.[1])

Weit mehr als dies müssen die Aeußerungen des Fürsten Bismarck über seine auswärtige Politik gegenüber Rußland und folglich auch über den Dreibund und Oesterreich=Ungarn interessiren. Hätte es noch eines neuen dringenden und zwingenden Arguments bedurft, unsere Befriedigung über den neuen Cours in Berlin zu verstärken, der Altreichskanzler hat es erbracht in den von uns bereits im heutigen Abendblatte mitgetheilten Aeußerungen. Es waren dies eigentlich nichts Anderes als Glossen zu seinem alten Satze von den zwei Eisen im Feuer, mit einer wenig neuartigen Nutzanwendung. Er stellt sich als den einzigen Friedensbürgen hin, der allein Rußland zu beruhigen und in einer friedlichen Stimmung zu erhalten verstanden habe, während doch bereits der Zwei= und Dreibund, das Vertheidigungs= und Abwehrbündniß gegen Rußland, seit Jahren eine vollendete Thatsache gewesen.

[1]) Natürlich entspringt dies ganze Raisonnement der deutschliberalen „Neuen Freien Presse" aus ihrer erbitterten Gegnerschaft gegen die antisemitische Partei; bei dieser befanden sich aber viel mehr wirkliche deutsch=nationale Elemente, als bei den Deutschliberalen, daher entstanden auch aus ihrer Mitte die begeistertsten Kundgebungen für den Fürsten Bismarck. Der Unwille darüber wird nun direct auf den Fürsten entladen.

Nach des Fürsten Bismarck Darlegung hätte die Sicherheit Deutschlands gegen einen gelegentlichen Angriff von Seite des nordischen Nachbars eigentlich nur in dem persönlichen Vertrauen, welches er beim Zaren genossen, bestanden und wäre mit seiner Entfernung der Leitungsdraht zerrissen, mittels welches eine ausgleichende Vermittelung zwischen Berlin und Petersburg bei etwa bedrohlich werdender Spannung der Beziehungen hätte erzielt werden können. Fürst Bismarck setzte ferner auseinander, Rußland habe keinen Grund zum Kriege gegen Deutschland, Deutschland keinen zum Kriege gegen Rußland, da beiden im Falle eines siegreichen Krieges eine Gebietserweiterung im Grenzlande nur Schaden bringen könnte; das Deutsche Reich sei bei seinem gegenwärtigen europäischen Besitzstande vollauf befriedigt. Wir haben derartige Beschwichtigungsreden in allen denkbaren Tonarten während der ersten Jahre nach der Constituirung des Deutschen Reiches und dem Frankfurter Friedensschlusse von Berlin aus unzählige Male wiederholen gehört. Fürst Bismarck hat dies im Reichstag in ganz überzeugender Weise auseinandergesetzt, und seine Organe wurden in der Reproduction dieser Idee nicht müde. Es galt eben damals, vor zwei Jahrzehnten, das Mißtrauen gegen die neuerstandene militairische Vormacht im Herzen Europas, die in zwei Eroberungskriegen ihr Gebiet abgerundet hatte, zu zerstreuen. Unbillig wäre es und ferne von uns sei eine solche Ungerechtigkeit, die Verdienste, welche Fürst Bismarck damals und noch jahrelang später um die Erhaltung des Friedens sich erworben hat, auch nur um ein I-Tüpfelchen schmälern zu wollen. Freilich wird man hierbei nicht übersehen können, daß die Bismarck'sche do ut des-Politik Rußland freie Bahn im Orient eingeräumt hatte, sowie daß es nicht einzig ihr Werk war, als die Russen nach ihrem Balkan-Feldzuge und mit ihren maßlosen Ansprüchen bei den Verhandlungen von San Stefano in dem Widerstande Englands einem gebietenden Halt begegnet sind und später auf dem Berliner Congreß Disraeli-Beaconsfield das Wesentlichste zur diplomatischen Schmälerung der militairischen Erfolge Rußlands beigetragen hat. Bismarck hielt es hierauf für nothwendig, das zweite Eisen ins Feuer zu legen: das deutsch-österreichische Bündniß wurde vereinbart. Einige Jahre nach Abschluß desselben waren die russisch-preußisch-deutschen Beziehungen nichts weniger als glatt. Fürst Bismarck hielt es aber deßungeachtet für angemessen, auch das russische Eisen nach Möglichkeit warm zu halten; daß das russische nicht bis jetzt rothglühend geblieben ist, das macht er nun dem neuen Course zum schweren Vorwurf.

Wir in Oesterreich-Ungarn und unsere Bundesgenossen südwärts der Alpen finden hingegen, daß gerade diese loyale Klärung der deutsch-russischen Beziehungen dem Dreibunde erst seinen vollen Werth verleiht. Fürst Bismarck betrachtet die Dinge ausschließlich von seinem preußisch-deutschen Standpunkt aus, und es wäre unbillig, von ihm die Verfechtung deutsch-österreichischer

oder italienischer Interessen zu verlangen. Was man aber von einem Staatsmann von solcher welthistorischen Bedeutung immerhin erwarten dürfte, ist, daß er die preußisch-deutschen Angelegenheiten 1892 aus einem anderen Gesichtspunkt betrachte, als vor einem Vierteljahrhundert . . . In Bismarck's Aeußerungen über das Verhältniß Deutschlands zu Rußland spukt etwas von dem alten preußischen Respect gegenüber dem Protector Kaiser Nikolaus. Würde aber von Deutschland auch fin de siècle und im beginnenden kommenden Jahrhundert Bismarck's geflügeltes Wort: „Constantinopel sei nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Füsiliers werth", als leitendes Axiom betrachtet, so käme das Reich im Laufe der Zeiten genau wieder in die gleiche Lage gegenüber dem zur Hegemoniemacht in Europa und Asien erstarkten Rußland, in der sich das Königreich Preußen in der Jugendzeit Bismarck's befunden hatte. Die Männer des neuen Courses sind durch die avitischen Reminiscenzen, von denen Bismarck und Kaiser Wilhelm I. keineswegs frei waren, nicht mehr befangen, und das Bundesverhältniß ist dadurch klarer geworden. Es entspricht heute in der öffentlichen Meinung Oesterreich-Ungarns mehr der Idee, welche der Mitschöpfer des Zwei-Kaiser-Bundes, Graf Julius Andrassy, einmal offen und unzweideutig klar in einer Parlamentsrede entwickelt hat, als er auseinandersetzte, weshalb Rußland nicht Herr auf der Balkanhalbinsel werden, nicht seine Vorposten bis zum Adriatischen und Aegäischen Meere vorschieben dürfe. Nicht darum handelt es sich für Oesterreich, „mehr Bosnier" zu erhalten, sondern darum, die Balkanstaaten und das Goldene Horn freizuhalten von der Dictatur Rußlands. Dies liegt ebenso im Interesse Deutschlands und Italiens, wie Oesterreich-Ungarns; dies liegt auch im Interesse Großbritanniens, des stillen Compagnons im Dreibunde . . ."

* * *

Sächsische und bayrische Blätter veröffentlichen folgende Danksagung des Fürsten Bismarck für die ihm auf seiner Reise von der dortigen Bevölkerung dargebrachten Huldigungen:

„Kissingen, den 27. Juni 1892.

„Am Ziele meiner Reise drängt mich die Erinnerung an die mir unterwegs zu Theil gewordenen sympathischen Kundgebungen und an meine Unfähigkeit, dieselben nach dem Bedürfnisse meines Herzens im Einzelnen zu erwidern, zur öffentlichen Aussprache der dankbaren Gefühle, welche sie in mir hervorrufen.

„Die ehrenvollen Begrüßungen in Dresden, München, Augsburg und auf der Bahnfahrt durch Sachsen und Bayern haben mich von Herzen erfreut, weil sie mir bewiesen, in welchem Umfange ich durch meine Mitarbeit an der Einigung des Vaterlandes die Anerkennung und das Wohlwollen meiner deutschen Mitbürger außerhalb meiner engeren Heimath gewonnen habe. Alle, die dazu mitgewirkt haben, mir nach dem Abschlusse

meiner arbeit- und sorgenvollen amtlichen Thätigkeit für den Rest meines Lebens diese wohlthuende und tröstliche Befriedigung zu gewähren, bitte ich, durch diese Veröffentlichung meinen warmen Dank freundlich entgegen zu nehmen. v. Bismarck."

* * *

An demselben Tage empfängt der Fürst in Kissingen einen Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten". Dieser berichtet darüber:

Kissingen, den 28. Juni. Gestern Nachmittag $4^1/_2$ Uhr wurde ich auf der oberen Saline von dem Fürsten Bismarck empfangen, der die Anstrengungen der letzten Woche mit erstaunlicher körperlicher und geistiger Frische überstanden hat.

Mit inniger Rührung wies der Fürst auf die spontanen, so von Herzen kommenden Ovationen hin, die ihm überall entgegengebracht worden. Er sei in seinem Leben schon viel mit hohen und höchsten Persönlichkeiten auf Reisen gewesen, er habe aber eine ähnliche herzliche, unmittelbare Begrüßung noch nicht erlebt. Am meisten freue ihn die Herzlichkeit und die gemüthvolle Art, mit der er im Süden Deutschlands empfangen worden. Ueberall, wo er hinkam, streckten ihm die Leute die Hände entgegen und wollten ihm die Hände drücken. Seine Hand thue ihm oft recht weh, aber das mache nichts. Nur habe er gefürchtet, es könnte einmal ein Unglück passiren. Wie leicht sei es möglich, daß besonders Kinder unter die Eisenbahnräder kämen. Er sei übrigens in der großen „Blumenschlacht" der letzten Tage etwas verwundet worden. Die Drähte eines Blumenbouquets, welches ihm gerade unterhalb des Auges in das Gesicht geworfen worden sei, haben ihn verletzt, so daß er die ganze Nacht über Schmerzen gehabt habe und kalte Umschläge machen mußte. Es sei ja dies Alles gewiß recht gut gemeint.

Dann nahm der Fürst mehrere Zeitungen in die Hand, in welchen mit Blaustift einige Artikel gezeichnet waren, und las zuerst aus dem Begrüßungsartikel der „Münchener N. N." folgenden Passus vor: „Aber ein Mann von der historischen Größe Bismarck's sollte an Denen, die ihm wehe gethan haben, edlere Rache nehmen und nicht den blitzenden Strahlenkranz seines Ruhmes selbsteigener Hand mit düsteren Schleiern umhüllen." Der Fürst fügte mit überzeugungsvollem Ausdruck hinzu:

„Rache zu nehmen ist nicht mein Zweck und nicht meine Absicht, das liegt mir ganz fern. Wozu sollte ich mich denn rächen und an wem? Am allerwenigsten an meinem Nachfolger, der mir ja nie etwas zu Leide gethan hat. Rachsüchtig bin ich durchaus nicht. Man sagt zwar, der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande. Aber wenn ich doch hie und da meine Stimme vernehmen lasse, so thue ich das zum Besten des Vaterlandes. Ich will, soweit meine Erfahrung reicht und meine Autorität

noch Geltung hat — und nach dem Lärm und dem Aufheben, das man in der ganzen Welt über jede meiner Aeußerungen macht, scheine ich sie noch zu besitzen —, jene Handlungen der jetzigen Regierung, die ich für eine gedeihliche Entwickelung des Landes nicht zuträglich finde, beeinflussen und sie, der Ausdruck ist wohl nicht anmaßend, corrigiren. Dies allein ist meine Absicht."

Der Fürst blätterte hierauf wieder unter den bereitgehaltenen Preßäußerungen über das Wiener Interview und kam auf die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu sprechen.

„Ich bin", sagte er ungefähr, „vielfach irrig verstanden worden. Man wirft mir vor, daß ich mich in Wien als Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses habe feiern lassen, während ich andererseits beklage, daß der Draht zwischen Deutschland und Rußland abgeschnitten sei! Die Sache liegt doch sehr einfach. Das Bündniß verdanken wir zunächst dem äußeren Anlaß, daß von Petersburg äußerst ungeschickte kaiserliche Briefe nach Berlin gesandt worden waren. Man muß doch ins Auge fassen, daß das Bündniß mit Oesterreich nur ein Defensivbündniß ist. Es soll nur die Sicherheit dafür geben, daß Oesterreich und Deutschland nicht angegriffen werden können. Es war dies eine Sicherstellung, die auf Gegenseitigkeit beruht. Unsere guten Beziehungen zu Rußland konnten trotzdem fortbestehen bleiben, da ja in Petersburg genau bekannt war, daß das Bündniß nur einen defensiven Charakter trage. Man konnte doch Oesterreich nicht zumuthen, wegen ein paar Hammeldieben an der Donau sich in einen Krieg zu verwickeln. Oesterreich und Rußland waren die gegnerischen Mächte, und unsere guten Beziehungen zu Rußland hätten uns stets erlaubt, Mißverständnisse zu beseitigen und für Oesterreich ein gutes Wort einzulegen.

„Ich muß nochmals versichern, daß ich das Vertrauen des Kaisers Alexander III. im höchsten Maaße genossen habe, und es ist ganz falsch, was zum Beispiel der ‚Berliner Börsencourier' in Nr. 316 schreibt; dort heißt es: ‚Es ist doch sattsam bekannt, daß Fürst Bismarck außerordentliche Mühe hatte, dem Zaren Alexander die Beweise dafür zu erbringen, daß die Schriftstücke gefälscht waren, welche bei dem russischen Selbstherrscher die Meinung an der Zweizüngigkeit der deutschen Politik in der bulgarischen Angelegenheit hervorgerufen hatten.'

„In jener Unterredung im Jahre 1889 genügte allein meine mündliche Versicherung, daß die Schriftstücke, welche sehr geschickt mit Stempel und Unterschriften gefälscht waren — sie waren angeblich zwischen dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien und der Gräfin von Flandern gewechselt worden —, unecht waren. Meiner mündlichen Versicherung schenkte der Zar sofort das vollste Vertrauen. Ich war darüber

sehr gerührt. Die guten Beziehungen zu Rußland beruhen lediglich auf dem Vertrauen, das ich bei Sr. M. dem Kaiser von Rußland hatte. Er sagte damals noch: ‚Ihnen schenke ich mein vollstes Vertrauen, wenn ich nur die Garantie hätte, daß Sie auch immer Minister blieben.‘ Ich sagte: ‚Ich denke wohl, Majestät, daß ich bis zum Ende meiner Tage die Geschäfte führen werde‘, da ich keinen Grund hatte, anderer Meinung zu sein.“

Im weiteren Gange der Unterhaltung äußerte sich der Fürst auf meine Anfrage auch über die vom ganzen deutschen Volk so sehr gewünschte und jüngst wieder in Aussicht gestellte Versöhnung zwischen dem Altreichskanzler und dem Kaiser. Der Fürst entgegnete mit sichtlicher Rührung:

„Ich bin bei dem Kaiser in Ungnade gefallen, und ich weiß heute noch nicht warum. Von einer Versöhnung kann man doch nicht sprechen. Der Kaiser ist ja nicht“, meinte der Fürst lächelnd, „bei mir in Ungnade gefallen. Wenn Seine Majestät die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältniß ja das alte. Ich glaube gewiß, das Intriguen mit untergelaufen sind. Der Kaiser hätte ja gewiß sein eigener Kanzler sein können, das Ausscheiden aus meinem Amte hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist.“

Zum Schlusse äußerte der Fürst nochmals seine Genugthuung über den großartigen Empfang, den er auf seiner Reise gefunden:

In Wien habe es ihm recht gut gefallen, und er werde sich stets an den dortigen Aufenthalt erinnern. Lebhaft bedaure er, daß er den guten Kaiser Franz Joseph nicht angetroffen habe, der ihm stets ein so gnädiger Herr gewesen.

Er fühle sich jetzt so frisch und behaglich, fern von den Geschäften, und er habe neuen Muth geschöpft, im Winter nach Berlin zu kommen und sich im Reichstage sehen zu lassen. Es seien zwar dort alle Beziehungen zwischen ihm und den aristokratischen und officiellen Kreisen abgebrochen. Es sei eine große Erkältung eingetreten, seitdem er aus dem Amte geschieden. Man wolle eben nach oben nicht anstoßen.

Es ist rührend und giebt zugleich ein Bild von der geistigen Frische des Altkanzlers, mit welch jugendlicher Kraft er noch die einzelnen Phasen des öffentlichen Lebens verfolgt, wie sehr er noch mit seinem ganzen Fühlen und Denken an dem Gange der Ereignisse und des Staatslebens Theil nimmt. Eine Unmasse Zeitungen aller Schattirungen bilden seine tägliche Lectüre.

# Register.

---

## Druckfehlerberichtigung.

S. 229, Z. 2 und 6 von oben ist statt Preßverordnung zu lesen **Paß**verordnung.